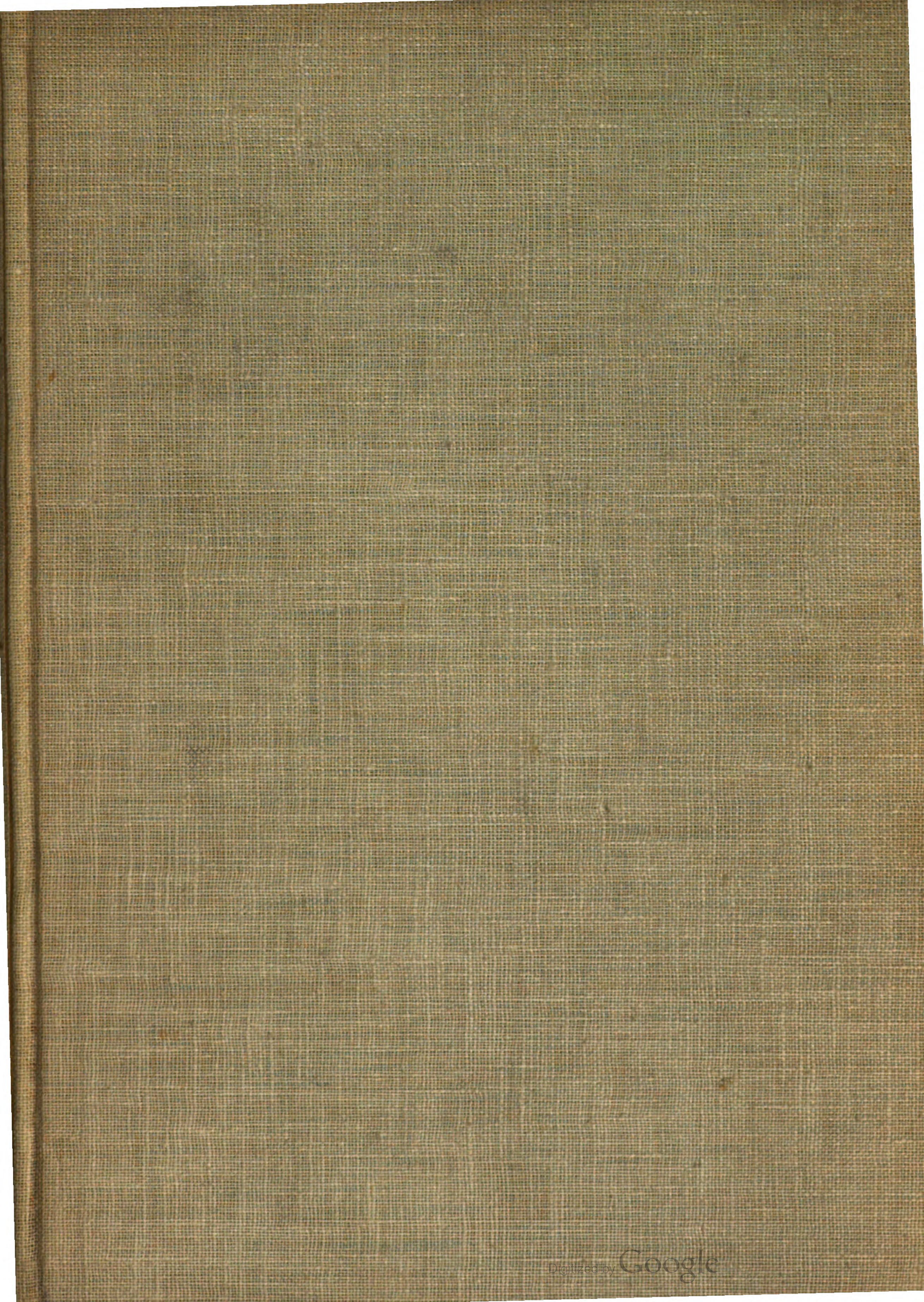






ZEITSCHRIFT FÜR
GEOPOLITIK

Herausgegeben von *Dr. K. Haushofer*, Honorarprofessor an der Universität, München, General-Major a. D., *Dr. E. Obst*, o. Professor a. d. technischen Hochschule, Hannover, unter ständiger Mitarbeit von *Dr. H. Lautensach*, Studienrat, Hannover und Privatdozent *Dr. F. Termer*, Institut für Amerikaforschung an der Universität, Würzburg. Schriftleitung *Dr. F. Hesse*, Berlin - Grunewald, Hohenzollerndamm 83.

I. JAHRGANG 1924
II. HALBBAND
HEFT 7-12 / JULI-DEZEMBER

BERLIN-GRUNEWALD
KURT VOWINCKEL VERLAG

PRINTED IN GERMANY



INHALTSVERZEICHNIS

VON HEFT 7-12 / JULI-DEZEMBER 1924

*ES BEDEUTEN: L LEITAUFSATZ, U UNTERSUCHUNG, * MIT KARTENBEIGABEN ODER ILLUSTRATIONEN*

FRANZ TERMER:

DIE GEOPOLITISCHE BEDEUTUNG DES KLIMAS FÜR DIE AUSWANDERUNG NACH DEN TROPEN

In der Gegenwart ist das Auswanderungsproblem in den verschiedenen Staaten Europas besonders dringlich geworden, eine Erscheinung, deren Gründe keiner weiteren Erklärung hier bedürfen, da sie ihren Ursprung in den bekannten wirtschaftlichen, sozialen und bevölkerungspolitischen Zuständen der Nachkriegszeit haben. Aus der Mehrzahl der Länder unseres Kontinentes liegen Berichte über eine stetige Zunahme der Auswandernden vor, die die ganze Tragweite dieser modernen Bewegung erkennen lassen. Unsere Heimat selbst kann dafür als ein ebenso naheliegendes wie eindrucksvolles Beispiel dienen. Waren doch im Jahre 1923 über vier mal mehr Auswanderer zu zählen als im Jahre 1913. Damals vor dem Kriege belief sich ihre Zahl auf 25843, jetzt nach demselben ist sie auf 115416 hinaufgeschnellt. Und gerade diese Ziffer des letztvergangenen Jahres ist um so beachtenswerter, wenn man sie mit jener von 1922 vergleicht, wo 36527 Deutsche das Reich verließen. Ähnlich, ja vielleicht noch schlimmer, liegen die Verhältnisse in Italien, in England, während andere Staaten wie Spanien oder Frankreich noch nicht solche Summen aufweisen.

Je größer nun die Anzahl von Staatsbürgern ist, die ihre Heimat dauernd verlassen, um sich in einem fremden Gebiete anzusiedeln, desto mehr erhält eine derartige Bewegung eine politische Bedeutung, einerlei ob dabei die Auswanderer ihre Staatsangehörigkeit gewollt oder ungewollt verlieren oder ob sie staatsrechtlich mit ihr auch weiterhin noch in engerer Verbindung bleiben. Zwiefach ist diese Bedeutung insofern, als sie sowohl für das Einwanderungs- wie für das Auswanderungsland besteht. Hierin sind mancherlei Konfliktstoffe eingeschlossen, sei es daß zwischen den Interessen von Ursprungs- und Bestimmungsland politische Differenzen bestehen, sei es daß sich mit der Wanderungsbewegung bestimmte kulturliche Tendenzen eines dieser Länder verknüpfen. Letzteres etwa in Fällen, wie sich einer gerade jetzt in Italien auszuprägen beginnt, wo man es gern sehen würde, daß die Emigranten in ihrer neuen Heimat die Kenntnis italienischer Industrieerzeugnisse in großem Umfange verbreiteten. Eine Kulturpropaganda soll also damit verbunden sein. Auf der anderen Seite sehen wir heute Interessengegensätze besonders scharf zwischen den Vereinigten Staaten und fast allen Hauptauswanderungsländern der Alten Welt hervortreten, Italien, die Ost- und Südosteuropäischen Staaten, Japan und China. Ihren Ausgleich findet die Spannung darin, daß andere Gebiete dafür eintreten, in die sich der Strom der Wanderer ergießt. Die Gegenwart hat dazu in erster Linie die Südamerikanischen Staaten bestimmt,

in zweiter und dritter Linie und vielleicht erst in einer späteren Zukunft werden noch Gebiete in größerem Ausmaße hinzukommen, wie etwa Canada, Rußland und Afrikanische Länder.

Im Einzelnen soll diesen auf politischem Gebiete gelegenen Fragen hier nicht näher getreten werden. Es verlohnt sich aber, sie einmal unter geopolitischen Gesichtspunkten zu betrachten und speziell unter einem der wichtigsten, der Beziehung zwischen Klima und Auswanderung in die Tropen. Der Einfluß des Klimas auf Staat und Volk ist oft schon behandelt worden, und seine politisch-geographische Bedeutung hat Friedrich Ratzel hervorgehoben (Politische Geographie 2. Aufl. 1903 S. 282 ff.). Auf die Lage des Staates weist er dort als besonders wichtig für seine politisch-geographische Bedeutung hin.

Sehen wir uns daraufhin die Auswanderungs- und Einwanderungsstaaten der Gegenwart an, dann finden wir jene vorwiegend in den gemäßigten Breiten der nördlichen Halbkugel gelegen und nur mit einigen Ausläufern in die den wärmeren Subtropen sich nähernden Himmelsstriche hineinragen, diese dagegen zwar ebenfalls in den gleichen Zonen auf der nämlichen Halbkugel, dazu aber auch in den gemäßigten und warmen Breiten der südlichen Hemisphäre angeordnet. Verfolgt man die geschichtlichen Anfänge der Ausbreitung abendländischer Nationen über die Welt im Zeitalter der Entdeckungen und in den unmittelbar darauf folgenden Jahrzehnten, dann sind es zunächst die warmen Klimagebiete, die bevorzugt werden. Die Tropen der Alten und der Neuen Welt sind das erstrebte Ziel, die Inselwelt Hinterindiens und die Hochgebirge Mittel- und Südamerikas mit ihren Nachbarzonen nebst Brasilien. Schwere Opfer haben die Völker, die damals den Hauptanteil an dieser Bewegung hatten, Spanier, Portugiesen, Holländer, zahlen müssen. Die alten Berichte über so manches Unternehmen in den amerikanischen Tropen führen in ihrer anschaulichen Weise entsetzliche Bilder von Elend und Entbehrungen vor Augen, die den Heroismus dieser Menschen bewundern lassen. Zu den aufreibenden Kämpfen mit kriegerischen Eingeborenen gesellt sich das Ringen mit dem Klima und allen seinen schlimmen Folgeerscheinungen an Krankheiten und Tod. Und dieses Ringen zieht wie ein roter Faden durch die Kolonialgeschichte der folgenden Jahrhunderte bis in die neueste Zeit hinein sich hindurch. In Amerika lagen die Verhältnisse damals schon insofern etwas günstiger, als die für die Wirtschaft wertvollsten Gebiete zugleich in den kühleren, edelmetallreichen Hochländern gelegen waren, deren Klima in mancher Hinsicht gerade für die Südeuropäer durchaus zuträglich war. Sie bildeten auch schon damals in gleicher Weise wie heute Rückzugsgebiete für die in den feuchtheißen äußerst ungesunden Küstentiefländern sich aufhaltenden Weißen, auf die sie sich zur Kräftigung ihrer Gesundheit begeben konnten. Das Vorhandensein von Hochgebirgen in den Tropen ist immer und überall ein sehr wichtiger geopolitischer Faktor, der auch



heute stets eine ganz besondere Berücksichtigung verlangt, ebenso wie übrigens auch offene tropische Landschaften geopolitisch von größerer Wichtigkeit als tropische Waldgebiete sind (Plehn).

Zur Erläuterung der Ausführungen mögen aus älteren Berichten hier zwei Stellen angefügt sein, die die Verhältnisse im 16. Jahrhundert charakterisieren. John Chilton, einer der wenigen Engländer, die in der spanischen Kolonialzeit im 16. Jahrhundert nach Mexiko kamen, erzählt von Vera Cruz: „In dieser Stadt wird niemals eine Frau entbunden. Denn sobald sie sich schwanger fühlen, bringt man sie aufs Hochland, um die Gefahren von Seiten der verpesteten Luft zu vermeiden, obwohl man an jedem Morgen an die 2000 Stück Rindvieh durch die Stadt zu treiben pflegt, um die üblen Ausdünstungen des Erdreiches fortzubringen" (John Chilton, Travels in Mexiko 1568—85. Bei Beazley, Arber: An English Garner Westminster 1903 I. S. 265). Die Tatsache einer äußerst hohen Sterblichkeit des Nachwuchses von weißen Einwanderern in den Tropen hat sich schon in den ersten Zeiten der spanischen Konquista offenbart. Und Ähnliches wie aus Mexiko hören wir vom Jahre 1578 aus englischem Munde über die Landenge von Panama. Es handelt sich um die im Tieflande einst gegründete Niederlassung Nombre de Dios. Da heißt es: „In den Häusern von Venta Cruz fanden wir drei Frauen, die vor kurzem dort entbunden worden waren, obgleich ihre Wohnungen in Nombre de Dios lagen. Der Grund hierfür war, wie man uns mitteilte, der, daß man seit längerer Zeit beobachtet hatte, daß keine spanische oder überhaupt weiße Frau je in Nombre de Dios mit hinreichender Sicherheit entbunden werden könnte, sondern daß sie vielmehr innerhalb von zwei oder drei Tagen stürben. Wenn sie aber andererseits vor der Niederkunft nach Venta Cruz oder Panama auf fünf bis sechs Jahre gebracht würden und hernach wieder nach Nombre de Dios zurück, sie da ebenso gesund leben könnten wie in jedem anderen Orte. Voraussetzung aber wäre, daß sie im ersten oder zweiten Monat Krankheiten entgangen wären. Gleichwohl könne ein Fremder, wie man behauptet, es dort nicht lange aushalten ohne ernste Gefahren vor Tod und sehr schweren Krankheiten." (Nichols, Sir Francis Drake reviewed. Bei R. Beazley, An English Garner l. c. II. S. 276 f.). Die wunde Stelle aller Tropenbesiedelung durch Europäer tritt in diesen alten Mitteilungen deutlich zu tage. Klima und lebensfähige Nachkommenschaft ist ein wichtiges geopolitisches Problem innerhalb der hier behandelten Frage, vielleicht das wichtigste, das zu lösen ist, wenn man nichttropische Bevölkerungselemente in den Tropen dauernd ansiedeln will. Ist die Säuglingssterblichkeit schon unter den dem Klima angepaßten farbigen Eingeborenen hoch, wie das die interessanten nnd belehrenden Untersuchungen von C. Ittameier und H. Feldmann für Deutsch-Ost-Afrika (Wissenschaftliche Beiträge zur Frage der Erhaltung und Vermehrung der Eingeborenen-Bevölkerung. Hamburg 1923) und die Mitteilungen vieler Rei-

sender aus dem tropischen Südamerika erwiesen haben, so wird sie doch in gewisser Weise durch eine im allgemeinen nicht erheblich verringerte Fruchtbarkeit dieser Völker einigermaßen wett gemacht. Freilich entfällt auch dieser Ausgleich überall da, wo die moderne Zivilisation ihre schädlichen Gifte dem Eingeborenen einimpft. Bei den Einwanderern aus gemäßigten Breiten erlischt jedoch die Fähigkeit zur Erzeugung des Nachwuchses bereits in der zweiten, sicher in der dritten Generation.

So wäre damit eigentlich vom Standpunkte der europäischen Einwanderung aus der Stab über die Tropen gebrochen, und ihre klimatischen Verhältnisse wären ein negativer Faktor in ihrer geopolitischen Bedeutung. Aber mit der zunehmenden Auswandererbewegung und den sich damit verkleinernden Flächen wirtschaftlich und klimatisch in gleicher Weise geeigneter Gebiete nimmt das Bestreben, der Kampf der Weißen zu, dennoch diese Länder dauernd in Besitz zu nehmen. Der Zukunft bleibt sein Austrag vorerst noch vorbehalten. Wie er erfolgreich gestaltet werden könnte, dafür zeigt sich nach den bisher gemachten Erfahrungen ein viel versprechender Weg; langsam, generationenweise vor sich gehende Anpassung an das Klima durch allmähliche schrittweise Annäherung an die tropischen Siedelungsgebiete durch die Subtropen hindurch.

Die politischen Verhältnisse auf der Erde und die natürliche Anordnung der Ländergebiete bringen es mit sich, daß heute und in Zukunft nur die südliche Halbkugel für diese Bewegung in nennenswertem Umfange in Frage kommt. Und es sind hier drei Gebiete, in denen praktische Erfahrungen nach dieser Richtung hin vorliegen: Queensland, Brasilien und Südafrika. In jenen Ländern ist seit längerem eine weiße Einwandererbevölkerung europäischer Herkunft ansässig, die sich dem subtropischen Klima und durch langsames Vordringen auch zum Teil schon dem tropischen Klima angepaßt hat, so daß z. B. in Queensland Weiße die Feldarbeit im Freien verrichten können. Ob dieses Vordringen vorläufig nur einen auf bestimmte Volkseinheiten beschränkten Erfolg haben oder ob es auch einst für ganze Völker von Erfolg sein wird, muß die kommende Zeit erweisen. Jedenfalls dürfen wir bis heute das langsame Vorrücken, das „petit acclimatement", als die geopolitisch aussichtsreichste Lösung des Problems dauernder Anpassung von Auswanderern an ein ihnen an sich unzuträgliches Klima bezeichnen. Selbstverständlich werden dabei die Wanderer aus den wärmeren Gegenden Europas, also beispielsweise die Romanen, schon von Haus aus siedelungsgeeigneter für wärmere Gebiete sein als die aus den kühleren Gebieten stammenden germanischen Völker Mittel- und Nordeuropas. Das zeigt sich gegenwärtig in Brasilien, wo in den Fabriken des tropischen Teils durchweg das einheimische Arbeiterelement, in denen von São Paolo bis nach Rio Grande do Sul hinab aber das eingewanderte in der Überzahl ist. Und auch bei diesem sind es hauptsächlich die Italiener, die



in den tropennäheren Bezirken tätig sind, während die Deutschen auf die südlichen sich mehr beschränken. —

Fragen der Akklimatisation lassen sich verdeutlichen durch vergleichende Betrachtung der Temperaturen der betreffenden Länder. Und so möge auch hier zu dem Gesagten eine vergleichende Temperaturtabelle über die heutigen Haupteinwanderungsländer und Hauptauswanderungsländer angefügt sein, nach den Mittelwerten, wie sie J. v. Hann in seinem Handbuch der Klimatologie gegeben hat. Die Auswahl erfolgte so, daß Orte aus den Ländern mit starker Wanderbewegung in der Gegenwart in Europa (England, Deutschland, Südosteuropa, Italien, Spanien) solchen von den tropischen Einwanderungsländern gegenübergestellt wurden, die in letzter Zeit immer als solche genannt zu werden pflegen. Besonders dabei sind zu beachten die Jahresmittel, die Extreme, die jährliche mittlere Temperaturschwankung und die wärmsten und kühlsten Monate. Der Raum gestattet nur diese kurzen Hinweise, so daß die Ausführungen nur auf die hier vorhandenen Probleme in großen Zügen aufmerksam machen können unter Betonung ihrer Wichtigkeit für die geopolitische Bedeutung der Tropen im allgemeinen. —

Im einzelnen unterrichtet über diese Fragen K. SAPPER, Auswanderung und Tropenakklimatisation, Würzburg 1921.

	Einwanderungsgebiete:			
	Subtropen			Tropen
Ort	Sidney 33 51′	Grande do Sul 32 0′	Kimberley 28 43′	Neu-Freiburg 22 19′
Januar	21,9	22,7	23,9	20,3
Februar	21,7	22,8	23,3	20,2
März	20,7	21,9	20,4	19,7
April	18,1	18,6	16,5	17,8
Mai	14,7	14,8	12,2	15,5
Juni	12,4	12,4*	9,3	13,6*
Juli	11,3*	12,8	9,3*	14,1
August	12,7	13,0	12,2	14,2
September	14,9	14,2	16,2	15,6
Oktober	17,5	16,2	19,5	17,3
November	19,4	19,9	22,1	18,8
Dezember	21,1	21,7	23,9	20,3
Jahr	17,2	17,5	17,4	17,3
Schwankung . . .	10,6	10,8	14,6	6,7
Mittl.	—	— 3,5	— 6,7	3,8
Extr.	—	37,1	42,5	30,2

	Einwanderungsgebiete: Tropen		
Ort	Kakonda 13 44′ s. B.	Tabora 5 3′ s. B.	Manaos 3 8′ s. B.
Januar	21,6	22,0	25,8
Februar	21,4	22,2	25,6
März	20,4	21,9	*25,5
April	20,5	21,6	25,6
Mai	19,5	21,6	25,8
Juni	*17,6	*21,1	26,0
Juli	18,6	21,2	26,0
August	19,9	22,9	26,2
September	19,2	24,4	26,5
Oktober	21,2	25,4	26,7
November	20,4	24,2	27,0
Dezember	19,4	22,0	26,5
Jahr	20,5	22,5	26,1
Schwankung	4,0	4,3	1,5
Mittl.	9,5	10,4	20,0
Extr.	30,5	35,7	35,3

	Auswanderungsgebiete: Gemäßigte Zone			
Ort	Liverpool 53 24′	Göttingen 51 32′	Nürnberg 49 27′	Bukarest 44 25′
Januar	4,1°	— 0,1°	— 1,5°	— 3,6°
Februar	4,6	0,8	— 0,1	— 1,5
März	5,4	3,0	3,2	4,3
April	8,1	7,8	8,0	11,0
Mai	10,7	12,2	12,3	16,3
Juni	14,1	16,1	16,1	20,1
Juli	15,4	17,4	17,8	22,8
August	15,4	16,6	17,0	21,9
September	13,3	13,4	13,3	17,6
Oktober	9,4	8,8	8,0	12,0
November	6,8	3,5	2,6	4,7
Dezember	4,6	0,4	— 1,1	— 1,0
Jahr	9,3	8,3	8,0	10,4
Schwkg.	11,3	17,5	19,3	26,4
Mittl.	— 12,8	— 17,9	— 18,2	— 19,6
Extr.	31,7	31,4	32,8	35,5

	Auswanderungsgebiete: Gemäßigte Zone		Einwanderungsgebiete: Gemäßigte Zone		Subtropen
Ort	Neapel 40 52′	Sevilla 37 23′	Sta. Cruz 50 2′ s. B.	Pto. Montt 41 30′	Buenos Aires 34 37′ s. B.
Januar	8,2°	11,2°	15,9°	14,7°	23,1
Februar	9,1	13,3	14,1	14,6	22,8
März	10,8	15,3	12,0	13,0	20,9
April	13,8	17,7	9,0	10,8	16,6
Mai	17,6	20,9	4,9	9,0	13,3
Juni	21,3	25,6	1,2	7,5	10,6
Juli	24,2	29,3	0,6°	7,3°	10,1°
August	23,9	29,4	3,5	7,5	11,3
September	21,0	25,6	6,1	8,6	13,4
Oktober	17,3	20,2	8,8	10,3	16,1
November	12,6	15,6	11,4	12,2	19,6
Dezember	9,3	11,6	12,9	13,9	21,9
Jahr	15,8	19,6	8,4	10,8	16,6
Schwkg.	16,0	18,2	15,3	7,4	13,0
Mittl.	— 4,5	0,2	— 17,0	— 0,9	— 5,0
Extr.	37,3	46,5	33,0	26,0	39,5

ALBRECHT HAUSHOFER:

ZUR GENFER ZONEN-FRAGE

Man kann wohl sagen, daß die allgemeine geopolitische Entwicklung Europas in den letzten Jahrhunderten in der Richtung der Zusammenfassung kleinerer geographischer Gebilde zu zusammenhängenden politischen Räumen gegangen sei — wenn man sich auch fragen kann, ob diese Entwicklung nicht schon zu einem gewissen Abschluß gelangt, ja in weiten Teilen Europas bereits wieder rückläufig geworden ist, so daß man in dem Europa des 20. Jahrhunderts wieder mehr mit Zersplitterung, als mit Zusammenfassung rechnen müßte. Manche politisch-geographischen Linien von Versailles weisen nach dieser Richtung. Wie aber auch die Dinge sich in Zukunft gestalten mögen, — zweifellos finden sich auch heute noch geopolitische Relikt-Zustände aus der Zeit vorwiegender Zusammenfassung; und zwar sind sie umsomehr noch heute wirksam, je weniger befriedigend sie für die einer politischen Zusammenfassung geopferten kleineren, geographisch begründeten staatlichen Bildungen waren. Solche Angliederungen, die z. B. die Ära der französischen Revolution in reichem Maße brachte, konnten ohne nachhaltige Schwierigkeiten vollzogen werden, wo die geographischen Grundlagen des angegliederten denen des angliedernden Staatswesens einigermaßen gleich oder ähnlich waren, oder wo doch wichtige Teile des Großen dem Wesen des Kleinen verwandt waren. Wo solche gemeinsame Grundlagen aber fehlten, da ergaben sich geopolitische Reibungsflächen, die noch lange nachwirkten, oft noch in Perioden, denen die Kenntnis der ursprünglichen Zusammenhänge schon aus dem lebendigen Bewußtsein ganz oder teilweise entschwunden war.

Eine solche geopolitische Reibungsfläche findet sich in den Landschaften südlich des Genfersees, in dem 1860 französisch gewordenen Savoyen; sie ist in jüngster Zeit auch aktiv-politisch stark in Erscheinung getreten — und es ist von mehr als einem Gesichtspunkt aus interessant, sie auf ihre geographisch-historische Entstehung hin zu prüfen.

Es handelt sich neben der kleinen Jura-Landschaft Gex hier um die — abgesehen von den Landschaften der Dauphiné — beiden am stärksten hochgebirgsbestimmten Departements Frankreichs: Savoyen und Hochsavoyen. Nun ist das Verhältnis zwischen Hochgebirgsstaaten und mehr oder weniger in der Ebene gelegenen, wenn sie zu einem politischen Gebilde zusammengefaßt sind, nie ein einfaches, auch und gerade dann nicht, wenn Hochgebirgsgebiete und andere darin einigermaßen gleich verteilt sind: die Geschichte der Schweiz mit ihrem fortwährenden Gegensatz zwischen den Urkantonen und den Vorlandstädten Bern und Zürich bietet ein einziges großes Beispiel dafür, ebenso gehört



hierher z. B. die Rolle, die die spanischen Gebirgsgebiete, speziell die baskischen, im Verlauf der zahlreichen Revolutionen des 19. Jahrhunderts gespielt haben. Wird nun aber ein verhältnismäßig kleines Gebirgsgebiet von einem anderen großen, geographisch wesensfremden Staatswesen aufgenommen, so kann ein Ausgleich der politisch-geographischen Grundrichtungen (wie er z. B. der Politik der Schweiz doch immer wieder ihr Gepräge gibt) natürlich nicht in Frage kommen: das kleine, in seiner Bevölkerungszahl auch relativ gegenüber dem Hauptland im Nachteil befindliche Gebirgsland muß darauf verzichten, in dauernder Einwirkung seine geographische Wesenheit zur Geltung zu bringen. Und diese Wesenheit tritt dann nur in Krisenmomenten plötzlich bestimmend auf, sei es, daß das Land selbst sich auf seine politisch-geographische Eigenart besinnt (wie etwa das Tirol von 1809 innerhalb der Habsburgischen Monarchie, oder einzelne Schweizer Tallandschaften in den Kämpfen der Helvetik), sei es, daß an eben diese Sonderart geknüpfte, anscheinend geopolitisch tote, internationale Bindungen und Verträge — oder auch Vertragsverletzungen! — wieder Leben gewinnen, und das politische Antlitz des betreffenden Stückes Erdoberfläche bestimmend beeinflussen.

Ein Fall dieser Art liegt mit dem Französisch-Schweizer Zonenkonflikt vor uns. Die staatsrechtlich-historische Seite, durch die Verhandlungen der letzten Jahre stark kompliziert, braucht hier nur so weit berührt werden, als sie für die Erfassung des geopolitisch Wesentlichen unentbehrlich ist. Dabei ist festzuhalten, daß der gegenwärtige Konflikt sich zwar auf wirtschaftspolitischem Gebiete abspielt — damit aber nur eine, und vielleicht nicht einmal die wichtigste Seite der Frage anschneidet. Neben den wirtschaftlichen Freizonen stand nämlich bis 1919 die räumlich noch weiter ausgedehnte savoyische Neutralität[1]) — und das ganze Problem kann geopolitisch richtig nur dann gesehen werden, wenn dieser speziell militär- und allgemein politische Komplex in der Betrachtung mit eingeschlossen, ja ihr zugrunde gelegt wird.

Welche durch die ganze Geschichte der Gebiete um den Montblanc und den Genfersee verfolgbaren politisch-geographischen Dauermotive liegen nun dem als „Zonenfrage“ bezeichneten, auf die Verträge von 1815 zurückgehenden[2]) Konflikt zwischen Frankreich und der Schweiz zugrunde?

Für die Staatenentwicklung in Gebirgsgebieten spielt eine größere Rolle, als in anderen Landschaftstypen, die Differenzierung des Landes nach Verkehrsgunst und Verkehrsfeindlichkeit. Man wird also bei allen größeren politischen Bildungen in den Alpen nach der Beziehung zu den Verkehrslinien suchen müssen, will man ihre geopolitischen Grundlagen verstehen. Dabei können natürlich die Ergebnisse negativ und positiv ausfallen: negativ bei solchen staatlichen Bildungen, denen gerade die Abwesenheit größerer Verkehrslinien, die Entlegenheit vom Durch-

gangsverkehr, ihr selbständiges, oft durch Jahrhunderte unverändertes Dasein gewährleistet hat; positiv bei allen denjenigen, die ihre Bedeutung über den lokalen Rahmen hinaus gerade der Beherrschung wichtiger Verkehrsstrecken verdanken. Zu einem solchen Staatswesen, zu einem „Paßstaat"[3]) gehörten auch bis 1860 die Landschaften um die Arve, die obere Isère und den Arc, die Wiegengebiete des Hauses Savoyen. Die Bedeutung dieser oberen Tallandschaften lag also in ihrer Beherrschung der westlichen Zugangslinien zu den hauptsächlichen Übergängen über die Westalpen: Kl. St. Bernhard und Mt. Cenis. Auf diesen beiden Pässen ist die staatliche Stellung von Savoyen-Piemont aufgebaut gewesen und den Tallandschaften der Maurienne und der Tarantaise im Westen entsprachen diejenigen der Dora Baltea und der Dora Riparia im Osten, als Sammellinien des Verkehrs vor dem Aufstieg zur Überschreitung der Hauptwasserscheide.

So weisen wesentliche geopolitische Grundzüge der Lage Savoyens auf die Verbindung nach Osten; und diese sind sogar stark genug gewesen, um hier in den Westalpen die Wanderung ein und desselben Staatswesens und ein und derselben Dynastie über den Alpenkamm hinweg zu ermöglichen.

Der anthropogeographischen und geopolitischen Bedeutung der Paßlinien, die nach Osten weisen und auf der Verkehrsbedeutung relativ dünn besiedelter, aber — angesichts ihres Durchquerens völlig anökumenischer Gebiete — um so wichtigerer Strecken beruht, steht nun aber noch ein anderes geopolitisches Zentrum gegenüber, das der Entwicklung Savoyens seine Wege gewiesen hat: das Gebiet des Genfersees, ein Zentrum sowohl des Verkehrs wie der Siedlung. Die letztere hat gegenüber den ärmeren Gebieten der Hochalpen die reichgesegneten Seeufer stets bevorzugt, und damit das geopolitische Gewicht vermehrt, das jede größere Wasserfläche als verbindendes Mittel für den Zusammenhalt ihrer Umgebung von vornherein hat (vergl. die vielen kleineren und größeren staatlichen Bildungen um ein mehr oder weniger abgeschlossenes und beherrschtes Wasserbecken herum: von den frühamerikanischen Reichen um den See von Mexiko und den Titicaca, und dem alten um den Bodensee gelagerten Herzogtum Schwaben bis zu den großen Reichsbildungen Schwedens oder Japans, und den neuesten, in gleicher Richtung, wenn auch mit weniger Erfolg sich bewegenden Versuchen Italiens und Griechenlands in Adria und Ägäis!).

Der Verkehr aber fand im Genfersee-Gebiet die Stelle, wo sich die Linien des sich verengenden Alpenvorlandes und des Jura-Randes mit denen des Rhone-Tales und der alpinen Quer-Übergänge kreuzten und verbanden.

Zwischen diesen beiden, geopolitisch aktiven Gebieten: der eigentlichen Hochalpenlandschaft mit den Pässen und den oberen Flußläufen und Talstrecken beiderseits, und der Landschaft um den Genfersee ergaben sich mannigfache Beziehungen. Dabei ist aber festzustellen, daß zwischen beiden eine überzeugende, ja nur eine



genügende Verbindung vor allem verkehrsgeographischer Art fehlt: Die hindernde Stellung des Montblanc-Massivs wird darin deutlich, daß die direkte Verbindung zwischen Oberitalien (und damit auch den nördlichen Teilen von Piemont) und dem Genfersee den Paß des Gr. St. Bernhard benutzte, also das eigentliche Savoyen umging. Mit der im Interesse der Verbindung mit dem Genferseegebiet erfolgten Einfügung des Gr. St. Bernhard in den Bau des savoyisch-piemontesischen Staates, die im Mittelalter durch die Beherrschung des Unterwallis zeitweilig gelang, war also eine Zurückdrängung der geopolitischen Hauptbedeutung der eigentlichen savoyischen Stammlande verbunden. So ließen sich die geopolitischen Bedürfnisse der see- und der paß-bestimmten Teile des savoyisch-piemontesischen Staates von vornherein nicht zu völliger Übereinstimmung bringen — und damit ergab sich für seine Weiterentwicklung von Anfang an ein Dualismus des Wachstums, der sein Schicksal, und vor allem das Schicksal der savoyischen Stammlande, entscheidend beeinflußt hat.

Der Versuch, um den Genfersee herum zu voller staatlicher Entwicklung zu gelangen, stieß auf den Widerstand der nordöstlich benachbarten Vorlandmächte, vor allem Berns, und führte, nach anfänglichem Erfolg, im Verlauf des Spätmittelalters und endgültig zur Zeit der größten Schweizer Machtentfaltung um 1500 zu völligem Rückzug vor der Eidgenossenschaft. Dieser brachte neben dem Verlust der Herrschaft über das nördliche Seeufer, das Unterwallis und damit die lebenswichtige St. Bernhard-Straße sogar ein zeitweises Übergreifen Berns nach dem Südufer des Genfersees. Aber auch dieser Gegenstoß hatte keine festhaltende Dauerkraft: die geopolitische Einheit der Genfersee-Landschaft ist damit in ihrer staatlichen Ausprägungsform zerstört. Daß sie trotzdem noch weitergewirkt hat, und heute noch weiterwirkt, bildet den Untergrund des heutigen Zonenkonflikts.

Die vom Genfersee zurückgeworfene, nunmehr italienwärts gerichtete Entfaltung des savoyisch-piemontesischen Paßstaates kann hier nicht verfolgt werden: sie hat schließlich zur Aufrichtung des italienischen Nationalstaats, zur Verkümmerung und endlich zur Aufgabe der savoyischen Stammprovinzen geführt. Freilich hat sich diese Entwicklung nicht auf einen Schlag vollzogen: schon bei jeder vorübergehenden Aufhebung der staatsrechtlich geordneten Verhältnisse in diesem Teil Europas, d. h. bei jedem zugleich Frankreich und Italien berührenden Krieg der Neuzeit, ist Savoyen von Frankreich her zumindest stets bedroht, fast immer wenigstens für einige Jahre besetzt, d. h. de facto annektiert worden.

Eine der längsten dieser zeitweiligen Angliederungen an Frankreich fällt in die napoleonische Epoche — und auf diese Zeit geht die jüngste Reaktivierung der Frage nach dem politisch-geographischen Schicksal des Genfersee-Gebietes zurück. Der am Südufer des Sees dahinziehende Hauptast der Simplonstraße (deren Neubau ja Napoleons Werk ist) war — in Verbindung mit der Herrschaft

über das Wallis — für Frankreich wesentlich zur Beherrschung Italiens. Dadurch, daß der Wiener Kongreß das Wallis aus dem französischen Herrschaftsbereich löste, und ebenso wie das wieder selbständige Genf in die alte Verbindung mit der Eidgenossenschaft zurückließ (somit den Hauptteil wie den Ausgangspunkt der Simplonstraße unter Übergabe an die Schweiz neutralisierte), erhob sich die Frage nach dem Schicksal des am Südufer des Genfersees hinziehenden Teilstücks, das in ursprünglichen Savoyischen Landen lag[4]).

Die an sich geographisch verständigste Lösung – auf die schon die oben erwähnten Entwicklungen aus der Zeit des Kampfes zwischen Bern und Savoyen hindeuteten — die Angliederung zumindest des Chablais, vielleicht auch des Faucigny an die Schweiz, scheiterte weniger an dem Widerstand des Savoyischen Hauses, als an der überlegenen Diplomatie Talleyrands[5]), deren Spiel durch die mangelnde Einigkeit der zeitgenössischen Vertreter in Wien und den Doktrinarismus ihres Haupt-Abgesandten nicht gerade erschwert wurde[6]). So kam es denn zu einem Kompromiß, das neben der Neutralisierung Hochsavoyens und einiger angrenzender Bezirke (— eine Einrichtung, die auch dem Hause Savoyen genehm war, da sie erhebliche militärische Ersparnisse ermöglichte und gleichzeitig wenigstens die Illusion einer Sicherheit vor französischen Angriffen gab) einige kleine territoriale Zugeständnisse und wesentliche Erleichterungen für das in seiner exponierten Lage als Fast-Enklave wirtschaftlich gefährdete Genf ergab (Freizonen von Gex und St. Gingolph; sogenannte „Kleine" und „Große" [Chahlais und Faucigny umfassende] Savoyische Zone)[7]).

Die Neutralisierung, verbunden mit den wirtschaftlichen „Servituten" — d.h. mehr oder weniger einer Einbuße an der Souveränität der betreffenden Landesteile — war für den Mittelstaat Savoyen wohl ertragbar, zumal sie ja erhebliche wirtschaftliche Vorteile für die an den Genfersee grenzenden Landschaften brachte (erleichterte Nahrungsmittelversorgung der Stadt Genf durch die umliegenden savoyischen Bezirke usw.). Wesentlich anders sahen sich die Dinge von Paris aus an, als Frankreich 1860 endgültig seine Hand auf Savoyen gelegt hatte: der lokale wirtschaftliche Vorteil kam für Frankreich als Ganzes so gut wie nicht in Betracht; um so stärker war man dagegen geneigt, die Neutralisierung, verbunden mit dem international garantierten Verzicht auf bestimmte wirtschaftspolitische Rechte (Zollgrenze), als lästig, und für eine Großmacht schwer erträglich zu empfinden. Das Jahr 1870 hat Frankreich auf ein halbes Jahrhundert daran verhindert, in der Richtung auf den Genfersee und die obere Rhone alten Expansionslinien geopolitisch nachzugehen, und die Eingliederung der selbständig gewesenen Hochgebirgslandschaften der Westalpen in den Gesamtkörper des französischen Staatsbaus zu vollenden; mit dem endgültigen Fall der Verträge von 1815 für Frankreich im Versailler Friedensvertrag ergab sich sofort die Erneuerung der



alten Stoßrichtung. Dabei fiel in Separatverhandlungen zuerst die Neutralisierung[8]) — sodaß in Art. 435 Abs. 1 des Versailler Vertrags die einschlägigen Bestimmungen aus dem Jahre 1815 als überholt bezeichnet werden konnten. Abs. 2 beseitigte dann für die wirtschaftlichen Bestimmungen die internationale Garantie, ohne an dem tatsächlichen Zustand zunächst etwas zu ändern. Die Neuregelung wurde Verhandlungen zwischen Frankreich und der Schweiz vorbehalten. Wessen Stellung dabei die stärkere war, konnte keinen Augenblick zweifelhaft sein — wenn man auch nicht sicher sein konnte, daß Frankreich durch einen offensichtlichen Gewaltstreich die strittigen Fragen endgültig entscheiden wolle und werde[9]).

Die Formen dieses Gewaltakts können hier unerörtert bleiben, ebenso wie die weitere juristisch-staatsrechtliche oder rein politische Betrachtung der ganzen Entwicklung seit 1919. Für die politische Geographie und die Geopolitik, die mit gegebenen geographischen Grundtatsachen und Entwicklungslinien zu rechnen hat, aber ist ebenso notwendig die Zusammenfassung und das Erkennen von typischen Zügen, von allgemeinen Zusammenhängen, wie die Analyse einer einzelnen politischen Situation oder Handlung. Und darum sei die Zonenfrage jetzt noch kurz in ihrer symptomatischen Bedeutung beleuchtet: als ein Teilstück des Problems der französischen Ostgrenze, der „natürlichen Grenzen" Frankreichs (bei deren Bezeichnung ja zwischen Rhein und Alpen eine gern verschleierte „Lücke" klafft!), und der großen Auseinandersetzung zwischen dem europäischen Westen und der europäischen Mitte.

Die französische Staatsentwicklung beruht — im Gegensatz zur deutschen — auf einem verhältnismäßig einheitlichem Naturgebiet, dessen Innerem auf weiten Flächen überzeugende Binnengrenzen fehlen. Die frühe Entwicklung eines staatlichen Zentralismus zunächst innerhalb des Seine- und Loire-Gebiets, endlich die völlige Zerstörung des alten inneren Gefüges durch die Departements-Einteilung der Großen Revolution, sind dadurch stark gefördert, wenn nicht überhaupt erst ermöglicht worden. Sonderentwicklungen auf Grund mehr oder weniger auffallender geographischer Selbständigkeit sind im eigentlichen Frankreich sehr früh ausgelöscht worden (Aquitanien, Bretagne, Normandie — wo die Dinge denkbar schwierig lagen!). Je weiter östlich des Seine-Beckens und des Zentral-Plateaus, um so stärker sind die regionalen Kräfte — analog der immer stärkeren Ausbildung geographischer Sonderart in der Landschaft. So haben Maas- und Saone-Gebiete relativ lang eine gewisse Selbständigkeit bewahrt (zweifellos liegt in dem Rhone-Saone-Graben eine nicht zu unterschätzende Kraft zu selbständiger Staatsbildung!). Aber alle diese regionalen politischen Kräfte sind nach und nach absorbiert worden; — und der fortgesetzte Verschluckungsvorgang an der französischen Ostgrenze, die auf diese Weise, wenn auch unter Rückschlägen, immer weiter in den mitteleuropäischen Raum hinein fortschreitet, ist die Erscheinung,

die dem französischen Vorgehen in der Savoyischen Zonenfrage seine europäische Bedeutung gibt.

Talleyrand gegenüber den untereinander hadernden, durch die Sonderwünsche ihrer Kantone voneinander getrennten Vertretern der Schweiz auf dem Wiener Kongreß — das zentralistisch organisierte Frankreich gegenüber den zersplitterten Staaten und Völkern der europäischen Mitte — das ist das gleiche Bild und die gleiche Erscheinung. Zweifellos wohnt — eben kraft ihrer geographischen Eigenschaften — den einzelnen Landschaften, ja den einzelnen Gauzellen Mitteleuropas eine für ihre Kleinheit recht erhebliche Widerstandskraft inne: das ist eine Lehre, die gerade die Einheit des Genfersee-Gebiets erteilen kann. Sie findet sich, wenn auch mit kaum verhüllter Ironie, auch in solchen französischen Vorschlägen, die letzten Endes darauf hinzielen, statt einer Schweizer Freizone auf französischem Boden eine französische auf Schweizer Boden zu schaffen[10]). Die Ansätze nach dieser Richtung hin sind allerdings durch die Schweizer Volksabstimmung[11]) von vornherein niedergeschlagen worden. Daß sie überhaupt vorhanden waren, und in französischen Köpfen zweifellos noch weiterhin sind, gibt mehr als alles andere einen Fingerzeig nach der Richtung hin, wo französischerseits die Beweggründe zu dem ganzen Vorgehen gegen die Schweiz zu suchen sind .... Der neuere Imperialismus liebt Methoden „friedlicher Durchdringung", bevor er zum Gewaltstreich ausholt![12])

Es ist eine alte Tatsache, daß der Widerstand einer einzelnen geographischen Zelle gegen einen planmäßigen Angriff einer an Raum überlegenen Macht nicht ausreicht; und daneben steht die Erfahrung, daß in zellenmäßig organisierten Räumen Völker und Staaten ihnen allen gleichermaßen drohende Gefahren meistens zu spät erkennen, und selten merken, daß die Not des Nachbarn oft in kurzer Frist die eigene wird. Dann aber ist es zur Abwehr häufig zu spät.

Dieses: „Tua res agitur!" erkennen zu lehren, und zu rechtzeitiger Abwehrhandlung zu befähigen, ist eine Hauptaufgabe der Geopolitik gerade in geographisch zersplitterten, zur Enge des politischen Horizontes neigenden Räumen. Und in diesem Sinn ist der Zonenkonflikt für Mitteleuropa in mehr als einer Richtung lehrreich — eine Leuchte in vergangene Entwicklungen hinein — und eine Warnung für die Zukunft!

ANMERKUNGEN

[1]) Die Grundlage hierzu: Art. 92 der Schlußakte des Wiener Kongresses und Art. 3 des Pariser Vertrags vom 20. Novemb. 1815. Vgl. zu diesem Aufsatz S. 188 der Zeitschrift: Berichterstattung.

[2]) Hier muß generell auf die Schlußakte des Wiener Kongresses, auf den Pariser Vertrag vom Nov. 1815 und auf die umfangreiche Literatur über den Wiener Kongreß, sowie über die Schweizer



Geschichte der napoleonischen Zeit verwiesen werden.

[3]) Der Ausdruck „Paßstaat", der, von Schulte für die Schweiz geprägt, die bekannte Kontroverse mit v. Below hervorgerufen hat, erscheint mir für Savoyen durchaus angemessen, und bezeichnet überhaupt einen sonst nicht wohl faßbaren, bestimmten politisch-geographischen Staatstyp.

[4]) Zur Erläuterung: Vor 1798 war das Genfer Territorium in sich zusammenhanglos, und durch französisches Gebiet von dem bernischen Waadt getrennt. Das Südufer des Sees war savoyisch. Wallis war den Eidgenossen zugewandtes Gebiet. Zur Zeit der Helvetik sind Genf und Savoyen von Frankreich annektiert: Wallis ist ein Kanton der Helvetik. Um den Weg zum Simplon ganz in die Hand zu bekommen, annektiert Napoleon 1810 das Wallis, nachdem es auf sein Geheiß 1802 eine „unabhängige" Republik geworden war. 1815 empfängt die Schweiz ihre heutige Gestalt; Savoyen wird wiederhergestellt.

[5]) Talleyrand vereitelte auch die Abtretung eines größeren Teiles des Pays de Gex, das, in französischer Hand, eine ständige Bedrohung Genfs bedeutet.

[6]) Auch hier noch wirkte der alte Glaubenszwiespalt (wie in der Veltliner Frage) gegen die territorialen Lebensinteressen der Schweiz! Wie so oft in Mitteleuropa!

[7]) Kleine Gebietsabtretungen von Frankreich ermöglichten die territoriale Verbindung von Genf und Waadt, solche Frankreichs und Savoyens („die 13 Dörfer") den Zusammenschluß des Kantons Genf zu einem Ganzen.

[8]) Ob die — mehr oder weniger freiwillige und ohne rechten Gegenwert erfolgte — Aufgabe der Savoyischen Neutralität durch Herrn Ador, in Paris, weitschauend im Interesse der Schweiz war, muß ebenso zweifelhaft erscheinen, wie festgestellt werden muß, daß die verantwortlichen Faktoren der Schweizer Außenpolitik auch in der Frage der wirtschaftlichen Zonen den Selbsterhaltungsinstinkt und Weitblick vermissen ließen, den das Schweizer Volk als Ganzes mit der Verwerfung des Zonenabkommens im Februar 1923 so unmißverständlich bekundet hat. Das gilt von der Zustimmung zum Art. 435 des Versailler Vertrages ebenso, wie von der späteren Behandlung der ganzen Angelegenheit durch Herrn Motta. Auf das Juristische, das reichlich kompliziert liegt, kann hier nicht eingegangen werden. Dafür, wie für das rein Wirtschaftliche sei auf die Tagespresse verwiesen, oder auf Zeitschriften, wie die „Schweizerischen Monatshefte für Politik und Kultur", die zusammenfassend berichten.

[9]) Einseitige Aufhebung der Zonen durch Poincaré im Oktober 1923.

[10]) Wobei, ähnlich wie in Deutschland, der Versuch gemacht wird, gewisse förderalistische Strömungen geschickt auszunutzen . . .

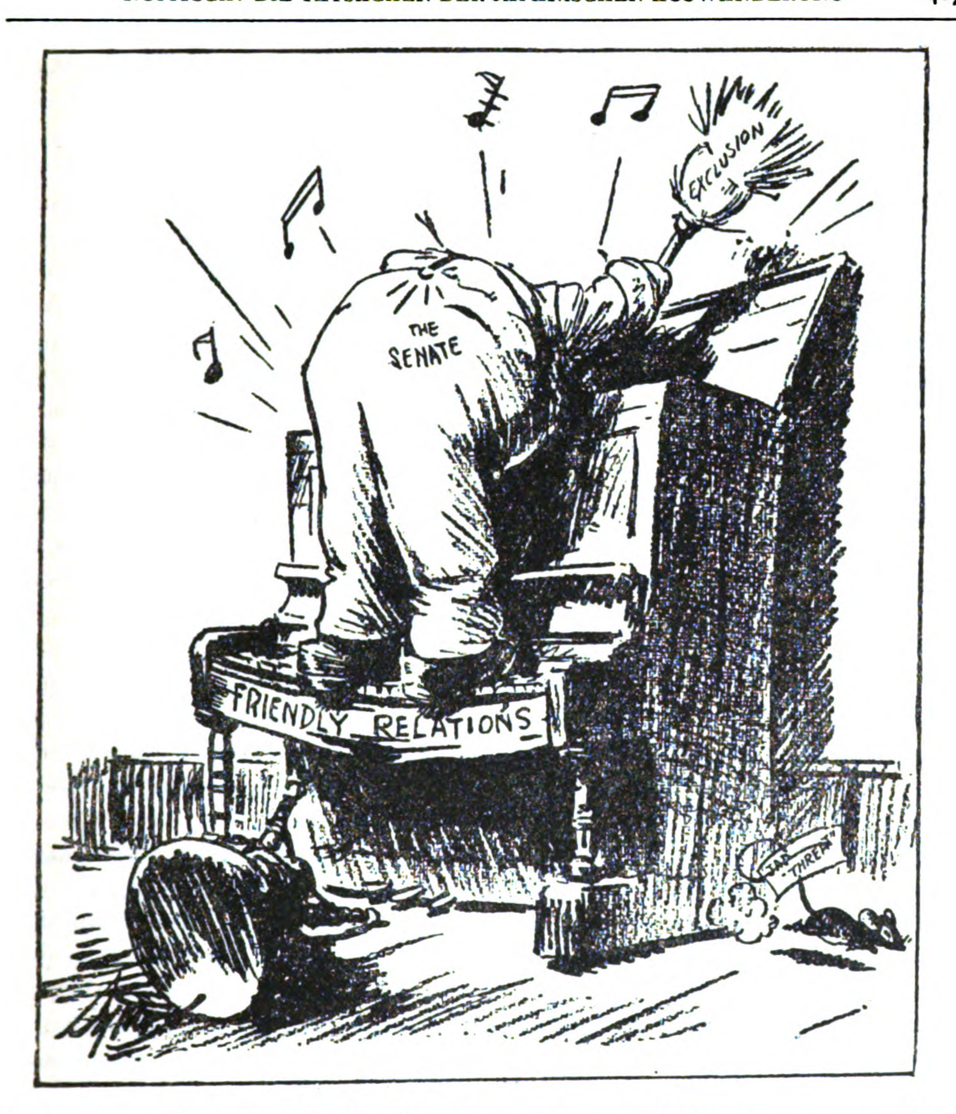
[11]) 18. Februar 1923. Stimmzahlen: 92 000 Ja gegen 410 000 Nein — eine gewaltige Mehrheit gegen das von der eigenen Regierung und einem Großteil der Presse empfohlene, Frankreich sehr entgegenkommende „Zonenabkommen".

[12]) Daß die internationale Stellung eines kleinen neutralen Staatswesens innerhalb eines Weltteils, der seine Hegemonialmacht hat, eine erheblich andere ist, und viel mehr außenpolitischen Instinkt erfordert, als die in einem ausgeglichenen kontinentalen Gleichgewichtssystem, braucht hier nur angedeutet werden. Daß dabei auch die rechtliche Stellung als Völkerbundsmitglied — trotz der Neutralitätsgarantie in Art. 435 des Versailler Vertrags — leicht zu Verwicklungen führen könnte, hat die Debatte über den Garantiepakt des Völkerbundes deutlich gelehrt. Es ist das Verdienst vor allem der „Schweizerischen Monatshefte für Politik und Kultur", gerade diesen Gesichtspunkt in der Schweizer Öffentlichkeit zu betonen. Auch der Völkerbund ist ein geopolitisches Werkzeug!

T. NOPITSCH:

DIE TATSACHEN DER JAPANISCHEN AUSWANDERUNG UND IHRE VÖLKERPSYCHOLOGISCHE WIRKUNG

Für die Entwicklung des modernen Japan waren die um die Mitte des vorigen Jahrhunderts abgeschlossenen Handelsverträge mit der Außenwelt von hervorragender Bedeutung. Sie öffneten nicht nur den Handelskompagnien der großen Mächte die Jahrhunderte lang gesperrten Häfen des Inselreiches, sondern gaben auch den Söhnen des eigenen Landes die früher mit Todesstrafe bedrohte Fernfahrt zu fremden Ländern und Kulturen frei, aus der in einem Menschenalter eine bemerkenswerte Volksbewegung erwuchs. — Von einer eigentlichen japanischen Auswanderung kann man erstmals sprechen, seit auf Ansuchen der Pflanzer von Hawai, die großen Mangel an Arbeitskräften litten, die japanische Regierung sich 1886 zu der Aussendung von Kontraktarbeitern bereit erklärte. Nach kurzen Jahren war eine starke Auswanderung im Gange. 1896 gab die Regierung ihre Vermittlerrolle auf, an ihre Stelle traten die Auswanderungsagenturen, die jedoch durch das Auswanderungsschutzgesetz ganz unter dem Einfluß der Regierung standen und die für durch sie beförderte Emigranten zu weitgehender Bürgschaft verpflichtet waren[1]). 1898 wurde Hawai unter die Herrschaft der Vereinigten Staaten gestellt und zählte unter der Gesamtbevölkerung 1/3 Japaner, vor allem ländliche Arbeiter. Diese hatten aber, als durch Amerika die Kontraktarbeit aufgehoben wurde, Gelegenheit, Handwerkerberufe und Kleinbetriebe zu übernehmen und dadurch wirtschaftlich emporzukommen. Es war ihnen eine größere Beweglichkeit gegeben, sie drängten auf hohe Löhne und fingen an, nach Nordamerika weiter zu wandern, wo ihrer eine bessere Aufstiegsmöglichkeit wartete. Das Reiseziel waren vornehmlich die westlichen Küstenstaaten, die durch ihre geringe Bevölkerung große Not an Arbeitskräften aufwiesen (besonders seit dem Chinesen-Einwanderungsverbot) und in denen die billige japanische Arbeitskraft um so willkommener war, als man in ihr ein Mittel sah, sich von der Diktatur der trade unions zu befreien. Die Japaner waren auch hier überwiegend ländliche Arbeiter und bewährten sich in Obst- und Gemüsebau, dann auch bei Eisenbahnanlagen. Besonderes Geschick zeigten sie für alles, was mit persönlicher Bedienung zusammenhängt. Ein großer Teil der Gastwirtschaften lag in ihrer Hand, und sie scheuten keine Anstrengung, in höhere Stellen einzudringen. Durch ihre Spartätigkeit entstand eine Menge kleiner Banken, die aber oft zusammenbrachen. Es herrschte trotz des Arbeitermangels eine heftige Konkurrenz zwischen gewerkschaftlich organisierten, europäischen Eingewanderten und den stets unterbietenden Asiaten. Dazu kam die Verschiedenheit der Sprache, die völlig fremde Kultur,



Rassenvorurteile und politischer Argwohn. So waren Reibungen unvermeidlich. Eine Beschränkung der direkten Einwanderung nach den Vereinigten Staaten um 1900 durch die japanische Regierung hatte nur vorübergehenden Erfolg.

Die gegenseitige Gereiztheit steigerte sich und kam 1906 im Schulkonflikt von San Francisco zum Ausbruch. Die tatsächlichen Ereignisse wurden beiderseits übertrieben, und nur durch das energische Eingreifen des Präsidenten wurde der Sache der bedrohliche Charakter genommen. Auch die japanische Regierung zeigte sich der schwierigen Lage gewachsen; man war sich klar, daß es kein Recht

2

auf Einwanderung in fremde Staaten gibt. Sie versprach, selbst eine Einschränkung durchzuführen, und tat dies durch Zurücknahme der Neu-Einwanderungs-erlaubnis nach Amerika und Verschärfung der Paßüberwachung. Eine wirkliche Abstellung erforderte freilich auch eine gleiche Beschränkung für Hawai, Mexiko und Kanada. Damit kam das Einströmen japanischer Volksmassen auf dem amerikanischen Festland zu einem Ende. Seither besteht aber zwischen beiden Mächten eine Hochspannung, die um diese Frage zentriert; sie äußert sich in wiederholten Abkommen, die eine anwachsende Verschärfung der Einwanderungs- und Siedlungsbedingungen ergeben. So erfolgte 1913 ein Erlaß, der Personen, die nicht das Bürgerrecht der Vereinigten Staaten besitzen, den Ankauf von Grundeigentum in Kalifornien verbietet; 1922 die Entscheidung, daß Japaner als Angehörige der gelben Rasse das Bürgerrecht in den Vereinigten Staaten nicht erwerben können. Die Statistik von 1920 nennt für die Vereinigten Staaten zirka 115000 Japaner.

Die Verhältnisse in Kanada sind denen in der Union ähnlich, haben aber geringere Bedeutung wegen der kleineren Zahl von Einwanderern; die größte Anziehungskraft übten bei weitem Kalifornien und die umliegenden Gebiete aus mit ihrem regeren Wirtschaftsleben, höheren Löhnen, und nicht zuletzt mit dem den Japanern gemäßeren Klima. Die Einwanderung in Kanada begann 1896 und zählte Fischer, Holz- und Bahnarbeiter; die Lage war günstig, da die Japaner als Bundesgenossen Englands das Bürgerrecht erwerben können. Aber die gereizte Stimmung der amerikanischen öffentlichen Meinung übertrug sich auf Kanada, es kam auch hier zù Unfrieden, wobei jedoch die japanische Gefahr des raschen Ansteigens der Einwanderung halber wesentlich überschätzt wurde. Die Volkszählung ergab 1920 eine Gesamtzahl von 17000 Japanern. Durch die Beschränkung der Einwanderung nach den Vereinigten Staaten, die freiwillig auf Kanada ausgedehnt wurde, erreichte man in Kanada bald den gleichen Zustand wie dort.

Nun sind noch einige japanische Auswanderungsziele zu erwähnen, die jedoch bis jetzt die Bedeutung, die man sich von ihnen versprach, nicht erlangten, Lateinamerika, Australien und die Küstengebiete am Stillen Ozean. Diese Länder waren Japan zumeist nicht freundlich gesinnt und beherrscht von Rassenvorurteilen. Arbeitermangel ist dort auch, doch sind die Verhältnisse ungünstig, die Löhne niedriger, die Verkehrswege schlecht. Peru eignete sich wohl, bietet aber mit seiner geringen Verdienstmöglichkeit, Vereinsamung der Japaner, seinen vorhergegangenen Mißerfolgen und Krankheitsgefahren keinen Ersatz für Hawai. In Brasilien bedürfte es richtiger Ansiedler, die bleiben wollen. Immerhin ist die Einwanderung, ermutigt durch die Regierung, während des Weltkrieges angewachsen. 1920 wohnten dort insgesamt 34000 Japaner, in Sao Paolo allein befinden sich jetzt 20000, von denen 4000 eigene Kaffeeplantagen besitzen[2]). Mexiko mußte wegen des Schmuggels nach den Vereinigten Staaten der

Beschränkung unterworfen werden. Im übrigen Inselgebiet ist eine stattliche Anzahl Japaner verstreut, doch sind es im Verhältnis zur Bodenfläche nur wenig Tausende, sie können volkswirtschaftlich keinen großen Einfluß gewinnen, denn den Japanern fehlt zu nachhaltiger Kolonisation das Geld. Auch würden die übrigen Mächte ein planmäßiges Vorgehen nicht dulden, vor allem nicht Australien. Hier war die Stimmung von Anfang an feindlich gegen alle, die das Ideal des „weißen Australien" gefährden könnten. Die geographisch naheliegendsten Auswanderungsziele: die Malaienstaaten, Niederländisch-Indien und China haben keinen Menschenmangel, wenn sie auch wie z. B. die Philippinen in ihrer außerordentlich schwankenden Dichte einer Einwanderung gewissen Raum böten. Immerhin sind auch hier einige Tausend Japaner angesiedelt, doch nicht als Kolonisten, sondern als Kaufleute. Ein neues Feld eröffnet sich Japan in den verlorenen deutschen Südseeinseln. Es stehen jetzt unter japanischer Verwaltung die Mariannen-, Karolinen-, Marschall- und Palauinseln. — In Russisch-Ostasien fanden die Japaner nach dem Krieg vorteilhafte Bedingungen. Sie waren schon vorher als Bauarbeiter tätig gewesen und seither gibt es dort japanische Zimmerleute und Händler. Durch eine regelmäßige Dampferverbindung und konsularische Vertretung nahm die Kolonie einen dauernden Charakter an. Doch wird viel geklagt über japanische Spionage und Schleichhandel. In jüngster Zeit ging die Einwanderung dorthin zurück. In allen letzterwähnten Ländern ist die japanische Einwanderung mit der in Nordamerika nicht zu vergleichen. Diese aber ist unterbunden und so zeigt sich jetzt eine ständig fortschreitende Wanderbewegung nach den japanischen Kolonien.

Die älteste Kolonie ist die Insel Jesso oder der Hokkaido. Sie gilt heute als ein Teil des Mutterlandes, ist aber wegen ihrer schwachen Besiedlung immer noch ein Kolonisationsgebiet und weist als solches Erfolge auf. Es kommen auf dieser Fläche, die zweimal so groß ist als Holland und $^1/_4$ des ganzen Japan einnimmt, 26 Einwohner pro qkm. Der freiwillige Zuzug ist gering, doch herrscht eine lebhafte Kolonisationstätigkeit der Regierung, die den Einwanderern große Vergünstigungen gewährt. Die Erfolge sind befriedigend, doch strömen immerhin $^1/_6$ der Ausgewanderten wieder zurück. Jedenfalls erschließt sich Japan hier ein weites aufnahmefähiges Feld für ca. 3 Millionen[3]) seiner Bevölkerung. Seit dem Krieg mit Rußland besitzt Japan auch einen Teil von Sachalin in der Größe von Formosa. Es bietet eine reiche Ausbeute durch Wald, Kohle- und Fischbestand. Die Landwirtschaft ist des rauhen Klimas wegen nicht aussichtsreich. Bei der Übernahme war das Land fast unbekannt und unbesiedelt. Jetzt macht man jährlich 100—500 Familien dort ansässig und gewährt ihnen große Erleichterung. Trotzdem ist die Seßhaftigkeit sehr gering. Die Kolonie zählte 1920 91 000 Bewohner. Ganz andere Verhältnisse finden sich auf Formosa, das seit 1895 zu

Japan gehört. Die Insel ist großen Teils von friedlichen Eingeborenen bewohnt; man verzeichnete 1920 ca. 3½ Millionen in einer ansehnlichen Dichte von 102 pro qkm. Dennoch hofft man die Bevölkerung auf 6,5 Millionen steigern zu dürfen, und es besteht auch ein starker Bedarf an Arbeitskräften. Von den vielen jährlich zureisenden Japanern bleiben nur wenige. Sie gehören meist freien oder kaufmännischen Berufen an. Die Regierung betreibt auch hier eine planvolle Siedlungspolitik und macht sich besonders um die gesundheitlichen Verhältnisse der Insel verdient. — Die als Auswanderungsziele noch meist genannten Gebiete sind Korea und die Mandschurei. Korea hat 17 Millionen einheimische Bevölkerung, 76 pro qkm., dazu 350 000 Japaner; es könnten noch leicht 4 Millionen Menschen dort ansässig werden. Der Krieg brachte eine Menge Einwanderer im Gefolge der Armee, über deren moralische und wirtschaftliche Beschaffenheit viele Klagen laut wurden. Die Regierung griff ein, und man muß ihr zuerkennen, daß sich heute schon vieles gebessert hat. Die Japaner leben dort in den Hafenstädten, und ihre Viertel stechen angenehm ab von den schmutzigen Gassen der Koreaner. Die Löhne sind für Japaner höher als für Einheimische. Sie betreiben Fischerei und betätigen sich als Beamte, Soldaten und Bauarbeiter. Die landwirtschaftliche Entwicklung geht langsam vor sich, wird aber gefördert durch ein großzügiges Kolonisationsunternehmen, das auch Pfandbriefe ausgibt. — Seit dem Frieden von Portsmouth steht ein Teil der Mandschurei unter japanischer Verwaltung. Auch hier brachte der Krieg die Einwanderung in Fluß. Aber der wirkliche japanische Zuwachs ist nicht groß. Die japanischen Ansiedler können den Wettbewerb mit den zähen, anspruchslosen Chinesen nicht aufnehmen. Sie stellen hier durchweg eine städtische Bevölkerung. Das Land selbst ist in Händen der Eingeborenen. Man scheint deshalb von dem Plane, die Mandschurei besiedeln zu wollen, abgekommen zu sein und betrachtet sie als Handelskolonie wie auch das neuerworbene, 1923 wieder zurückgegebene Tsingtau. — In seinen Kolonien hat Japan vorerst den nötigen Zukunftsraum, und die Regierung unternimmt alles um eine planmäßige Besiedelung zu gewährleisten. Ob sich ihre Bemühungen lohnen werden, hängt davon ab, ob das dem Südklima in seiner ganzen Lebensart verwachsene Volk, das sich fremden Umständen so schwer anpaßt, in dem rauhen Norden wird heimisch werden können.

Die Ursache der japanischen Auswanderung ist also nicht, wie man allgemein annimmt, die Übervölkerung allein. Tatsächlich handelt es sich hier um geschichtliche, wirtschaftliche und auch psychische Vorgänge, die zusammenwirkend eine so zielsichere und geschlossene Bewegung auslösten. Im Großen gesehen bedeutet die Auswanderung eine Reaktion auf die 250 Jahre währende, strenge Abschließung Japans gegen die Außenwelt, einen Kraftausdruck dieses in Selbstbeschränkung allmählich erstarkten Volkes. Im Einzelnen mögen wirtschaftliche Gründe eine



große Rolle gespielt haben. So fehlte es in dem kapitalarmen Japan nicht an Menschen, die ihre Lage in der Fremde erheblich verbessern konnten. Doch mußte erst durch Lockungen von Agenten hierfür das Bewußtsein geweckt werden. Dann freilich übten die hohen Auslandslöhne große Anziehung aus; denn die Menschenkraft war in Japan sehr gering bewertet. Es betrug z. B. der Tageslohn eines landwirtschaftlichen Arbeiters 39 Sen (zirka 80 Pfg.)[4]). Die tatkräftige Unterstützung der Bewegung durch die Regierung begründet sich, von politischen Erwägungen abgesehen, in dem Willen, die ausgesandten Menschen dem Vaterland zu erhalten und nebenbei die passive Handelsbilanz und den Außenhandel zu heben. Aber die Konzentrierung der Auswanderer auf Süden und Südwesten des Landes — $^1/_4$ entfällt auf Hiroshima — läßt doch auch andere Beweggründe zur Auswanderung annehmen. Die Bevölkerung dieser südlichen Küstenbezirke ist durchaus mit Seefahrt vertraut, verfügt über bessere Verkehrswege und ist im ganzen unternehmungsfreudiger und energischer als die der übrigen Landesteile, sie stellt meist die führenden Männer Japans. – Und nun zu dem naheliegendsten Grund, der Übervölkerung. Das japanische Gebiet beherbergt mit seinen Kolonien beiläufig so viel Menschen als das Deutsche Reich, ist aber größer um ein Gebiet wie Bayern, Ost- und Westpreußen, und genießt zum Teil die großen landwirtschaftlichen Vorzüge des Monsumklimas. Die Bevölkerungsdichte schwankt zwischen 0,8 und 200 pro qkm. Von den 26,5% der Bodenfläche, die einer Bebauung fähig sind, ist erst die Hälfte bewirtschaftet, so daß ein Gebiet größer als die Schweiz der Auswertung noch offen steht. Die Nahrungsmittelversorgung hängt von der Ergiebigkeit des Reisbaus ab, doch stellt eine Denkschrift fest, daß, die Vermehrung inbegriffen, das Hauptland noch bis 1941 im Stande sei, seinen Bewohnern den nötigen Reis zu liefern. Die Bevölkerungszuwachsrate ist, wie auch die Geburtenrate, eine mittlere; der starken Ehefrequenz stehen eine große Zahl Scheidungen gegenüber, die zu erwartenden sanitären Verbesserungen werden durch die gesundheitlichen Gefahren der Industrialisierung aufgehoben. Geographisch verteilt sich der Bevölkerungszuwachs vor allem auf die großen Städte, während in anderen Regierungsbezirken eine sichtliche Abnahme zu verzeichnen ist. Japan ist also vorwiegend noch Agrarstaat, ein stark — und im Verhältnis zu den menschenarmen Gebieten Australiens und Kaliforniens — ein zu stark besiedeltes Land. Man kann nicht sagen, daß für Zuwachs kein Raum mehr ist, besonders bei Intensivierung des wirtschaftlichen Lebens. Schließlich spricht auch gegen die Annahme einer zwingenden Notwendigkeit des Abströmens von Menschenmassen die Tatsache, daß der Anstoß zur Auswanderung nicht von Japan, sondern dem weit entfernten Hawai ausging. Aber wer könnte nicht begreifen, daß es dem Japaner fast unmöglich wurde, die gebirgigen, für sein Klimaempfinden rauhen und unwirtlichen Gebiete seiner nördlichen Heimat urbar zu machen, wenn er

sich in den nicht mühelosen, aber doch einträglichen Dienst des amerikanischen Wirtschaftslebens stellen konnte, das ihm in kurzen Jahren ökonomische Unabhängigkeit versprach. Gesellte sich zu diesem persönlichen Interesse noch das Bewußtsein, einem als Großmacht jungen aber starken Volke anzugehören, das den hartnäckigen Willen hat, sich zu beteiligen am allgemeinen Wettbewerb, so erklärt es sich, daß die Amerikaner eine vitale Kraft hinter der halben Million japanischer Auswanderer spürten und sie danach beurteilten. „The motive power back of the movement is a fundamental need for the satisfaction of which men will stop short not even of death."[5])

Aus den Beweggründen der japanischen Auswanderung erklärt sich zum Teil auch die Art des Japaners, sich im Ausland zu geben. Der anfänglich durchwegs kurze Aufenthalt in der Fremde gab der Auswanderung bald den Charakter einer Sachsengängerei über See. In der Aussicht auf baldige Heimkehr zeigten sie, unterstützt durch die Schwierigkeit der Verständigung, gar nicht den Willen, sich dem fremden Boden anzupassen. Bei längerem Bleiben ließen sie wohl auch die Familien nachkommen, gründeten eigene Schulen, Zweckverbände, Zeitungen, aber alles in völliger Abgeschlossenheit, so daß die wirtschaftlichen Schranken, die sie von den Unternehmern trennten, noch verschärft wurden durch die nationale. Sie stellten eine Arbeiterbevölkerung dar, die durch niedrige Lebenshaltung, längere Arbeitszeit und Billigkeit der Arbeitskräfte in alle Berufe vordrang und sich halten konnte. Man schätzt sie wohl als tüchtige Arbeiter, lobt ihren Lerneifer und ihre Reinlichkeit; doch seien sie überall, wo sie Übermacht gewönnen, herrschsüchtig und unverträglich. Besonders macht sich eine nationale Empfindlichkeit fühlbar und steigert sich so sehr, daß oft die Beleidigung eines einzigen Japaners einen Ausstand heraufbeschwört. Nach dem Gesagten kann es nicht wundernehmen, wenn die japanischen Einwanderer, auch wo sie nur in geringen Zahlen erschienen, auffielen. Bei der dünnen Besiedlung, insbesondere der amerikanischen Weststaaten und bei der Konzentration der Japaner auf einige Gebiete, machten sich die Neuankömmlinge bald fühlbar. So war die japanische Einwanderung von Anfang an Gegenstand der öffentlichen Meinung. Diese war in der ersten Zeit nicht feindlich — billige Arbeitskraft war nur zu erwünscht —, doch übertrug sich sogleich auf die Japaner ein Vorurteil, das die chinesische Einwanderung begründet hatte, und bald setzte von seiten der Arbeiterführer eine planvolle Hetze gegen die lohndrückenden Asiaten ein; jedoch konnte das japanische Problem zu einem nationalen nur durch den Hintergrund der Rassenverschiedenheit gemacht werden. Und diese Rassenverschiedenheit erscheint ja nun tatsächlich — von einzelnen Ausnahmen wie Mac Kauley[6]), der lediglich ökonomische Schwierigkeiten sieht, abgesehen — in allen Schriften als das unüberwindliche Hindernis eines sonst so günstigen Ausgleiches der Bedürfnisse der



bevölkerungssatten Reiche Ostasiens und der menschenhungrigen Weststaaten. Die Nichtassimilierbarkeit der Japaner, ihr den sozialen und politischen Idealen der Bundesrepublik so entgegengesetztes zähes Festhalten an der nationalen Eigenart verdrießt Amerika nicht nur, sondern läßt es die gelben „Horden" fürchten; und das um so mehr als es ihrer bedürfte. „Their penetration of the lands of other powers is favored by their manner of living and the prime necessity of the withe planter in the tropics of securing aclimated labor" [7]). Mit Freimütigkeit wird Japan die Notwendigkeit eines Abflußgebietes für seine Volksmassen zugestanden, aber die früher so gastlichen Tore bleiben verschlossen mit der Erklärung: „The Jap is not the right color" [8]). Ein Gleiches hörten wir von Australien und gewiß war es mit der Einfluß Nordamerikas, der die übrigen in Betracht kommenden Einwanderungsländer den Japanern so wenig geneigt machte. In Russisch-Ostasien wirkt allein die Grenzlage so ungünstig, auch hat der Krieg wenig gute Elemente dort hinterlassen, die die Meinung nicht besserten. So sieht sich Japan überall dort, wo sich seine Wünsche erfüllen ließen, ausgeschlossen — gesetzlich oder freiwillig durch einsichtige Politik. Welchen Ausweg wird es einschlagen? Asien den Asiaten klingt sehr berechtigt, aber diese Lösung würde den europäischen Mächten schwere Opfer kosten. Industrialisierung Japans, eine Möglichkeit zu dichterer Besiedlung? Das würde die modernen Staaten nicht nur endgültig um das große Absatzgebiet Ostasien bringen, es würde auch einen Konkurrenten erstarken lassen, der durch seine billige Menschenkraft weithin die Küsten des Pazific wirtschaftlich zu erobern imstande wäre. Das zeigen allein die neuen japanischen Schiffahrtslinien, gegen die sich die amerikanischen nicht zu halten vermochten und die Vorteile, die der Weltkrieg Japan in dieser Hinsicht gebracht hat. Welche Lösung die Zukunft bringen wird, läßt sich hier nicht sagen. Die japanische Auswanderung ist jedenfalls in ihren Tatsachen ein außerordentlich wichtiges populationistisches Problem, in ihren Beweggründen und Wirkungen ist sie einem Fenster vergleichbar, durch das wir einen lehrreichen Blick werfen können auf das ungeheure Ringen um wirtschaftlichen und kulturellen Lebensraum in der pazifischen Welt. Der japanische Abgesandte forderte auf der Friedenskonferenz zu Versailles die Aufhebung aller Einwanderungsbeschränkungen soweit sie auf Rassenunterschiede gegründet seien. Er fand keine Zustimmung. Daß ein solches Verlangen bei solcher Gelegenheit laut wurde ist der Beweis dafür, daß an der Entscheidung über diese Frage alle Mächte beteiligt sind und daß uns damit nicht nur das Recht sondern auch die Pflicht gegeben ist, sie selbst und ihre Zusammenhänge zu erforschen. —

ANMERKUNGEN

Alle Bevölkerungszahlen sind dem Résumé Statistique de l'Empire du Japon 1923 entnommen.

[1]) Auswandererschutzgesetz § 7 b: Die Auswanderungsagenten übernehmen mit Bezug auf Auswanderer, deren Überfahrt sie vermittelt haben, vom Tag der Abreise an für volle 10 Jahre die Pflichten der Bürgen, d. i.: Verfällt der betreffende Auswanderer in Not, so haben die Bürgen ihn zu unterstützen oder heimzuschaffen. Hat die Verwaltungsbehörde die Auswanderer unterstützt oder heimgeschafft, so haben die Bürgen die Kosten zu ersetzen.

[2]) Bowman: The new World Harrap, London, Sidney 1923, S. 492.

[3]) Takaoka: Die innere Kolonisation Japans, Leipzig 1904.

[4]) Durchschnittslohn für 1908 nach dem Résumé statistique 1911.

[5] u. [6]) Steiner: The Japanese Invasion, Chicago 1917, S. 199, S. 181.

[7]) Bowman: The new World, Harrap, London, Sidney 1923, S. 524.

[8]) Park: „Racial Assimilation in Secondary Groups" Amerik. Journ. Soc. March 1914, S. 610.

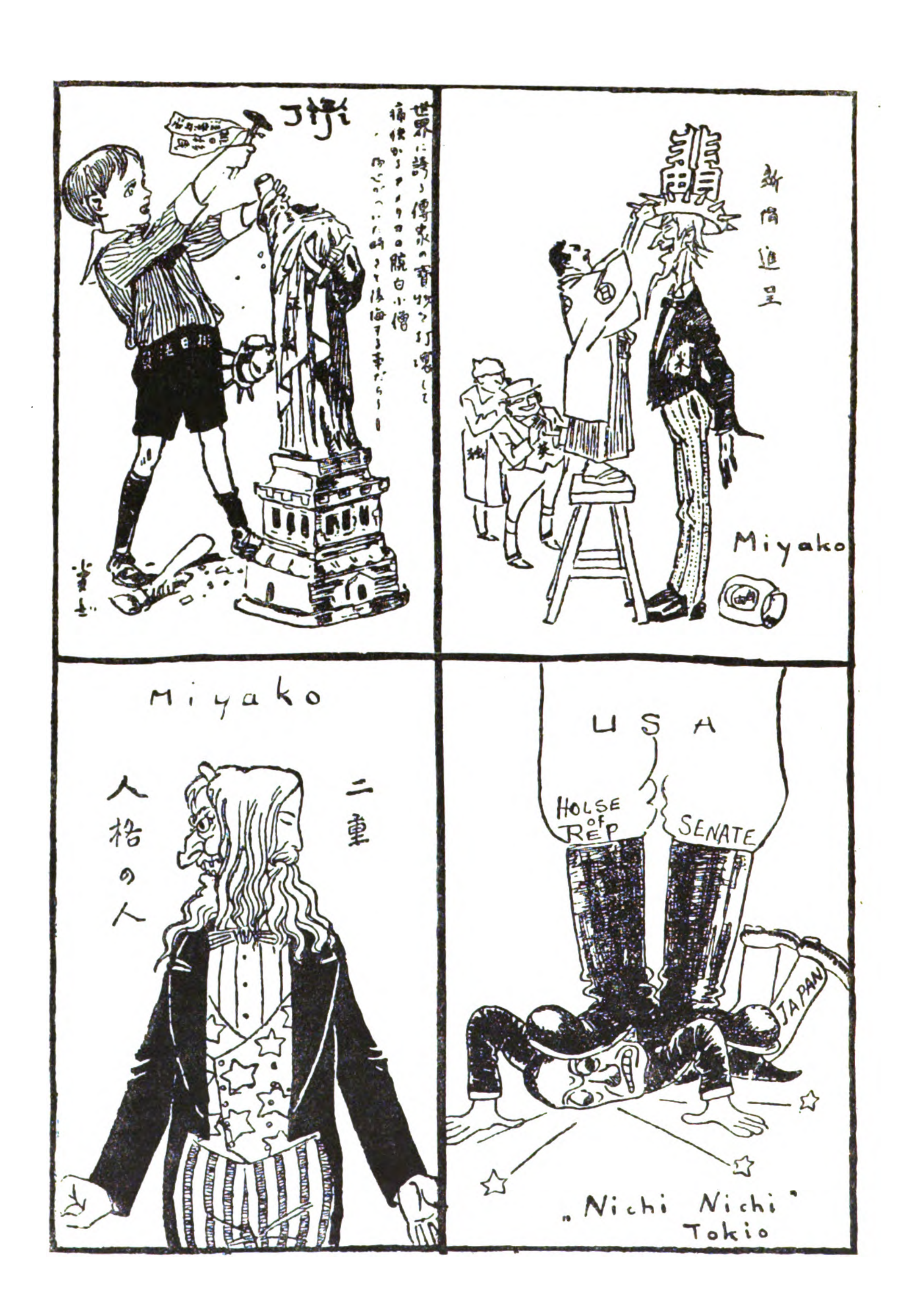
KARL HAUSHOFER:
DIE POLITISCHE KARIKATUR IN SÜD-OST-ASIEN ALS GEOPOLITISCHES SYMPTOM.

Die politische Spottbild-Kunst in Ostasien ist zügellos, verrät wenig mehr von der alten Kultur, die uns noch aus dem chinesischen Rollbild, dem japanischen Farbenholzschnitt entgegenleuchtet, und erinnert eher an die ungeberdige Pflanzenwelt, die einem lang geschonten Waldboden in einem frischen Kahlhieb entwächst. Aber sie ist — im Gegensatz zu den beherrschten Geberden des chinesischen, japanischen, Philippino und Malaien-Staatsmanns — von einer hie und da verblüffenden Offenherzigkeit.

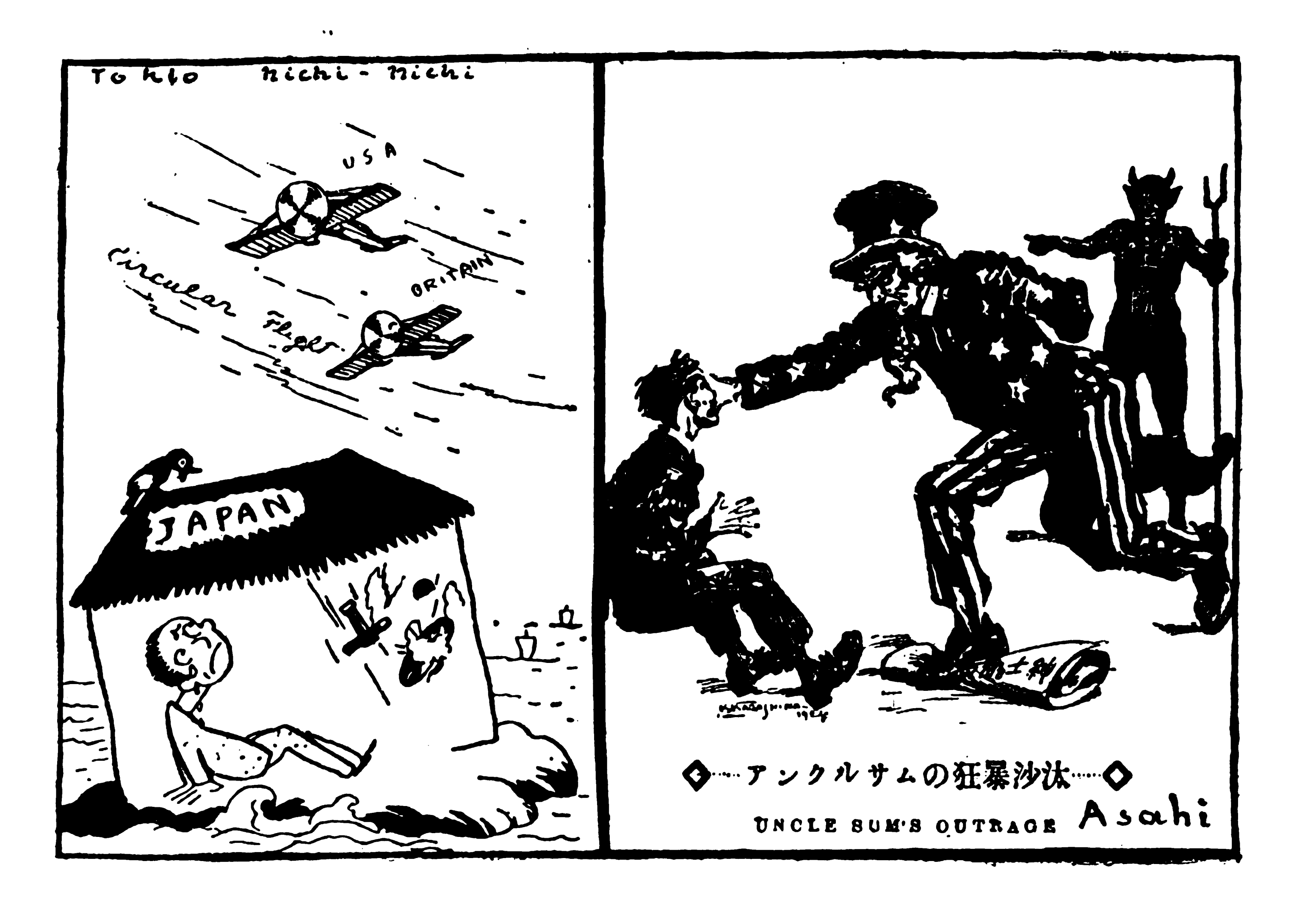
Das macht uns die Karikatur der Indo-pazifischen Welt besonders wertvoll als geopolitisches Symptom, weil wir mit ihrer Hilfe hinter Kulissen zu schauen vermögen, die sonst so geschickt aufgebaut werden, daß amerikanische und europäische Staatsmänner und Presseleute ahnungslos inmitten von Geheimnissen herumlaufen können, die für Millionen der betroffenen Erdräume so öffentlich sind, daß sie die Wände sich zuzurufen scheinen.

Vielleicht genügt es, an die Ahnungslosigkeit der amtlichen deutschen Vertreter beim Ausbruch des russisch-japanischen Krieges zu erinnern, gegen die der allein im Bilde befindliche Militärattaché vergeblich mit dem Hinweis darauf anzukämpfen suchte, daß sich das ganze Reich doch im Zustand latenter Mobilmachung befinde. Ähnliche Ahnungslosigkeit erlebte ich selbst an amerikanischen Vertretern zur Zeit des sogenannten Knox-Proposal über die Neutralisierung der mandschurischen Verkehrswege. Sie waren überzeugt von ihrer allgemeinen Beliebtheit, obwohl die japanische Volksseele unter dem schnell von der Regierung über ihre erste Aufwallung gestülpten Presse-Deckel kochte, und mir am Morgen noch ein sehr maßvoller junger Japaner zugeraunt hatte: „Die Toten von Port Arthur zu bezahlen, wer besitzt dazu Geld genug", was sich auf die unglückliche Idee der Vereinigten Staaten-Diplomatie bezog, die Japaner aus ihrer mandschurischen Vorzugstellung herauszukaufen.

Da sich kaum ein Herrenvolk der Erde von den Beschwichtigungshofräten seiner Presse williger täuschen läßt, als das der Vereinigten Staaten, und wir uns nicht mit ihm den Luxus eines solchen Rausches leisten können, der uns vorspiegelt, wir seien höchst beliebt in einem Augenblick, wo wir andere Völker unter die Nase schlagen, unterbreiten wir unsern Lesern eine kleine Sammlung von 10 Spottbildern, damit sie die wirkliche Seelenstimmung des Fernen Ostens daraus mühelos ersehen, aus der z. B. die Neigung zu Abschlüssen, auch um hohen Preis mit den Sowjets hervorgeht, oder das willige Schlucken so eigenmächtiger



世界に誇る傳家の寶物を打壊して
痛快がるアメリカの腕白小僧
Miyako
新聞進呈
Miyako
二重
人格の人
USA
HOUSE of REP
SENATE
JAPAN
"Nichi Nichi"
Tokio


Tokio Nichi-Nichi
USA
BRITAIN
Circular Flyer
JAPAN
◇……アンクルサムの狂暴沙汰……◇
UNCLE SUM'S OUTRAGE
Asahi

Maßregeln, wie die Verleihung der Militärgewalt in der mandschurischen Provinz Kirin durch Marschall Tsang Cho Lin an seinen Sohn.

Die Bilder sind nicht etwa von langer Hand gesammelt, sondern ein nur etwas gesichteter Zufallsgriff in die jüngste Erzeugung dieses Frühlings. Aber sie führen eine deutliche geopolitische Sprache. Man pflegt nicht Idealvölker, Bannerträger der Demokratie und Freiheit, von denen man die Selbstbestimmung der kleinen und großen Völker, und die Achtung der heiligsten Rechte der Persönlichkeit und Menschheit erwartet, darzustellen, wie sie mit ihren beiden gesetzgebenden Körpern in Russen-Stiefeln andere niedertrampeln, mit der charakteristischen Unterschrift: Shikata ga nai (Jap.) „Da kannst nichts machen!". Aber auch das Zerschlagen der Freiheits-Statue durch den U.S.-Senat, das Niederboxen des Partners unter Zertreten des Gentlemen-Abkommens, die doppelgesichtige Darstellung des Blattes Miyako, und der Ersatz des Freiheitshutes durch eine Tyrannenkrone müßte in Amerika zu denken geben.

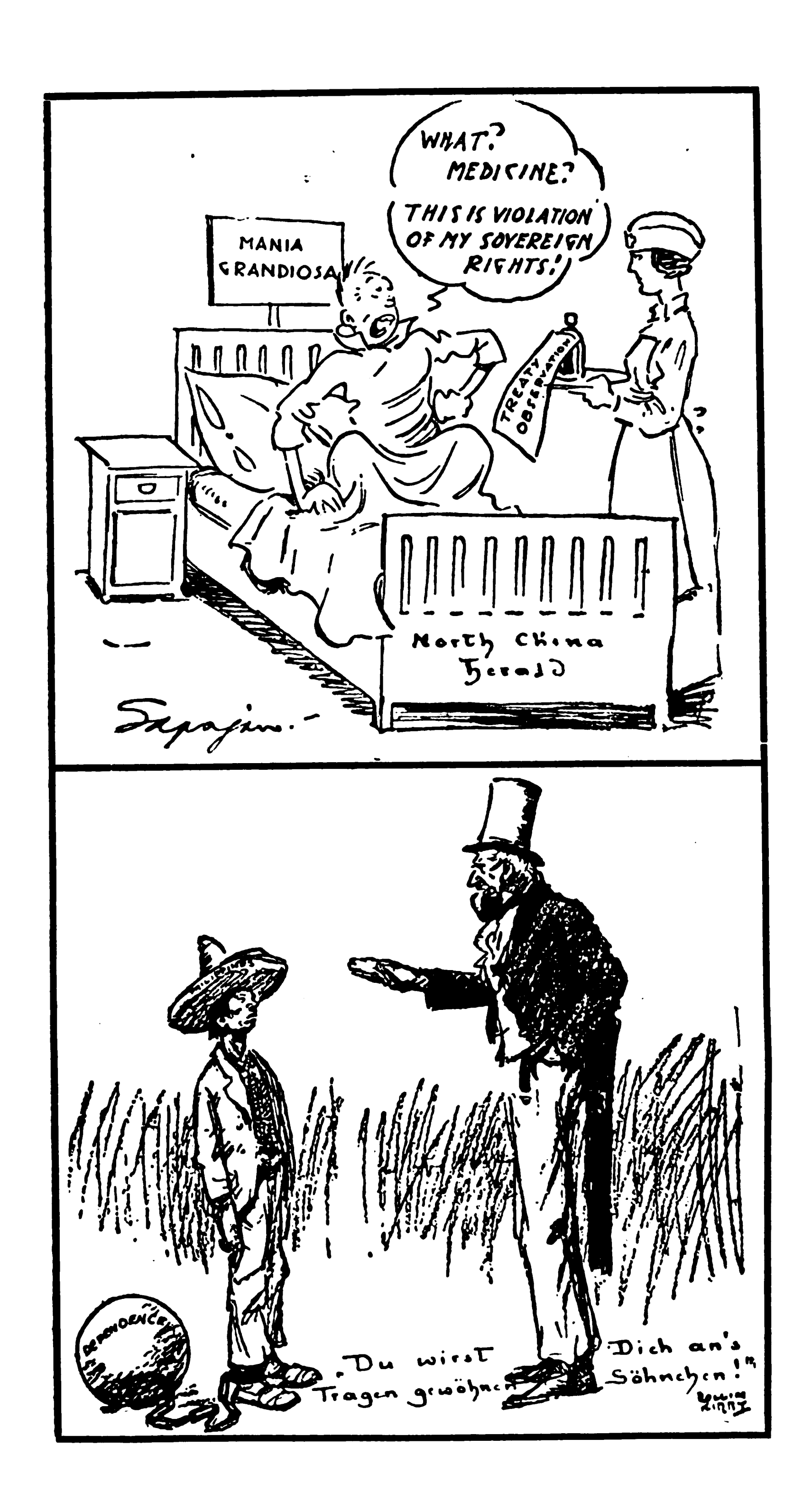
Es ist ein ganz anderes Bild, als das etwa in Mitteleuropa zum Zweck der Annahme des Dawes-Abkommens an die Wand gemalte, und die Darsteller haben noch etwas mehr Erfahrung mit der geopolitischen Praxis der großen transatlantischen Demokratie. Sie sehen deshalb auch mit Unbehagen die fremden Flieger über das Inselreich hinwegkreuzen, und nur die erhebliche Überlegenheit des Franzosen d'Oisy über die Angelsachsen war ein bescheidener Trost.

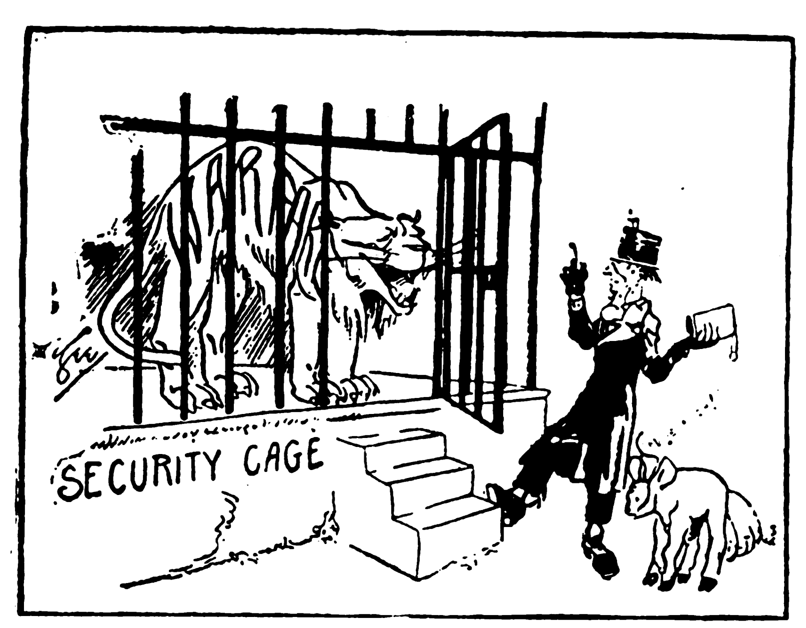
Man könnte sagen: diese Spottbilder sind der Ausfluß einer über die japanische Ausschließung von der amerikanischen Einwanderung verärgerten Stimmung, und geben nur Auffassungen des Inselreichs wieder.

Deshalb zeigen wir in einem andern Bild aus jüngster Vergangenheit Jung-China, nicht gerade im Zustand überquellender Muskelfülle im Spital-Bett, wie ihm von einer recht wohlernährten Nurse, bei der man an die gutbezahlten amerikanischen Missionen denken könnte, die bittere Arznei: „Einhaltung der Verträge" verabreicht werden soll, die der Kranke für ein Attentat gegen seine Souveränitätsrechte erklärt. „Größenwahn", schreibt die, fremden Interessen dienende, Shanghai-Zeitung auf die Krankentafel über dem Bett. Aber wer — etwa aus Gilbert Reids: China-captive or free? — die Art und Weise kennt, wie China, ähnlich fast, wie Mitteleuropa in Versailles und Trianon, in verderbliche Verträge und Diktate hineingehetzt worden ist, der wird den furchtbaren Doppelsinn dieser Zeichnung erkennen, und begreifen, warum Jung-China sich nicht auf viele Geschlechter verknechten will, warum auch dort die Frage wach wird, warum sich die fleißigsten Völker der Erde von den gewandter lügenden, und unerhörte Gewalt in christliche und humane Schleier hüllenden Raubmächten auf die Dauer vergewaltigen lassen sollen!

Wie es vertrauensseligen Völkern geht, die in der Verzweiflung die teuer zu




WHAT? MEDICINE?
THIS IS VIOLATION OF MY SOVEREIGN RIGHTS!
MANIA GRANDIOSA
TREATY OBSERVATION
North China Herald
„Du wirst Dich an's Tragen gewöhnen Söhnchen!"



Die Tür ist offen, Sir. Ich bin sicher, Sie werden mein Vertrauen nicht mißbrauchen.



„Manila Times"

bezahlende Hilfe der großen Demokratie annehmen, das verrät dann die Gegenüberstellung der beiden Blätter über die Philippinen. Gewiß: es kann sein, daß der Versuch, die Unternehmungen der Philippinen von der gewaltigen Kapitalsmaschine der Vereinigten Staaten abzukuppeln, den die Independenten kühn unternehmen, gefährliche Folgen hat: aber ob es nicht besser ist, Alles an Alles zu wagen, als die Kugel am Bein der andern Darstellung für alle Ewigkeit zu tragen, das müssen Männer mit ihrer innersten Seelenstimmung abmachen, und gerade die Stammverwandten der Angelsachsen lösten die Frage mit dem Rufe: Lieber tot, als Sklav!

Weil aber solchen Gegenüberstellungen von tragischer Wucht niemals das erheiternde und versöhnende Satyrspiel fehlen soll, bringen wir zum Schluß eine Skizze der Selbstironie über den Entschluß zur Zurückstellung der Befestigung von Singapur, wie sie sich mehr oder weniger allgemein in den Seelen der Kolonialbriten malen, und jedenfalls auf breitestes Verständnis rechnen dürfte.

Eine mehr bemitleidenswerte, als furchterweckende oder Achtung gebietende, friedliebende Gestalt steht, angstbebende Kälbchen beschirmend, mit erhobener Hand an der geöffneten Türe eines Tigerkäfigs, und ermahnt die sich erheitert und freßlustig dehnende, fast gemütlich schauende Bestie: „Die Tür ist offen, Sir. Ich bin sicher, Sie werden mein Vertrauen nicht mißbrauchen".

Das Spottbild erinnert an ein ausgezeichnetes des New-York American aus der Zeit der Konferenz von Washington, wo Onkel Jonathan zwischen der japanischen Raubkatze und der englischen Seegewalt auf steilem Küsten-Bergpfad abgebildet war. Hinter ihm ist eben die Steinlawine des englisch-japanischen Bündnisses abgegangen, die Kniee wanken noch ein wenig, und eine mahnende Stimme ruft: Überlege Dirs zweimal, Onkel, eh' Du Dich in die Lage begibst!

Es ist die heitere Selbstironie der großen Räuber, die aus solchen Selbstverspottungen spricht, mit Augenzwinkern ausgesprochene halbe Wahrheiten, die der Kluge überhören und dennoch ad notam nehmen kann, der Thor verkennen.

Unendlich ist in Wahrheit der Schaden, den unbedachte Zeichnung geopolitisch stiften kann, groß, wie der Nutzen, der bei umsichtiger Verfolgung der Aussagen dem geopolitisch geschulten Beobachter erwachsen kann: denn die politische Karikatur, wie übertrieben sie scheine, ist in gewissen Einzelheiten immer wahrer, als das dem Augenblick dienende Schrifttum. Sie kann sich viel weniger von ihren Strichen losleugnen, und enthüllt dadurch Wandlungen und Wendungen, die andere Beobachtungsmittel nicht erschließen.

OTTO SCHLÜTER:

STAAT, WIRTSCHAFT, VOLK, RELIGION IN IHREM VERHÄLTNIS ZUR ERDOBERFLÄCHE: II.

2. Die Herrschaft bedarf einer wirtschaftlichen Grundlage, aus der sich die Bevölkerung erhält. So ist das Staatsgebiet in einem gewissen Sinne auch immer das Wirtschaftsgebiet seiner Bewohner, als welches es sich von anderen durch Währung und Zoll deutlich absondert. Allein, damit ist über das geographische Verhältnis von Wirtschaft und Staat noch wenig gesagt. Beides sind lebendige Mächte, die ihre eigenen Kreise ziehen. Aus Gütererzeugung und Verbrauch erwächst eine Wirtschaftsgenossenschaft, die auch räumlich einen gewissen Bezirk erfüllt. So entstehen besondere Wirtschaftsgebiete, die trotz allen Zollschranken die Grenzen der Staaten vielfach überschreiten und kreuzen. Ist es aber so, dann müssen sich auch Spannungen zwischen Staat und Wirtschaft ergeben und damit wieder Bestrebungen, die darauf abzielen, solche Spannungen auszugleichen, d. h. Staatsgebiet und Wirtschaftsgebiet zur Deckung zu bringen.

Nun ist ein Selbstgenügen schon im engsten Kreise der „geschlossenen Hauswirtschaft" möglich, wo der einzelne Haushalt alles zum Leben Nötige hervorbringt und alles Gewonnene selbst verbraucht. Wo so einfache Zustände herrschen, da kann in der Wirtschaft offenbar kein besonderer Anlaß zu irgendwelchem staatlichen Zusammenschluß liegen. Erfolgt er doch, so müssen es andere Ursachen sein, die dahin wirken: Volksverwandtschaft, Gemeinsamkeit der Religion, vielleicht auch das bloße Zusammenwohnen in einem Gebiet von ausgeprägter Eigenart, etwa einer Gebirgslandschaft oder einer Insel, namentlich, wenn dies alles bedroht und sein Wert dem Volke durch einen Führer zu Bewußtsein gebracht ist. Auch kann Übertragung des Staatsgedankens von außen her mit im Spiele sein. Arminius und Marbod, die Schöpfer der ersten größeren politischen Gebilde im alten Deutschland, hatten in Rom höheres Staatsleben kennen gelernt, und der erste nennenswerte Staat unter den Slawen soll gar von einem Fremden, dem Franken Samo, gegründet sein. Unter solchen rein bäuerlichen Verhältnissen wäre also selbst das bescheidenste Staatsgebiet viel größer als die einzelnen Wirtschaftsgebiete, deren es immer eine ganze Anzahl umfaßt.

Ein stärkerer Einfluss wirtschaftlicher Bedingungen auf die Staatenbildung als bei der altgermanischen und altslavischen Bauernbevölkerung läßt sich für die Völker der Trockengebiete Innerasiens annehmen [1]. Die Steppennomaden und die Bewohner der Berieselungsoasen sind eng aufeinander angewiesen, und die grossen Eroberungszüge waren gewöhnlich durch Ernährungsschwierigkeiten veranlaßt. Sie zeigten, daß auch das Innere des Erdteils in seiner Gesamtheit auf



die Dauer nicht ohne die ackerbauenden Randgebiete auskommen kann. Dazu gesellte sich noch der Kampf um die grossen Handelsstraßen, die den Kontinent durchziehen. Bei den Riesenreichen, die sich in diesen offenen Räumen so leicht bildeten, fehlte dann freilich doch der wirtschaftliche Grund für ihre Größe und Gestalt. Es sind in dieser Form Musterbeispiele eines reinen Machtstrebens. Auch bei ihnen ist der Staat immer viel größer als das Wirtschaftsgebiet.

Dagegen ist es für gewisse Zeiten und Länder typisch, daß auf Grund des Zusammenarbeitens von Landwirtschaft und Gewerbe Versorgungsgemeinschaften, zunächst von beschränktem Umfang, entstehen, die sich auch staatlich als besondere Gemeinwesen ausbilden. Staatsgebiet und Wirtschaftsgebiet werden also hier wenigstens annähernd zusammenfallen. Das gilt zwar nicht ohne weiteres für alle Stadtstaaten des Altertums und des Mittelalters; denn bei vielen von ihnen ging die Bedeutung des Gewerbes und des Handels weit über die bloße Versorgung des Gebietes hinaus. Aber unter denen, die mehr abseits von den Haupthandelsstraßen lagen, werden sich manche Beispiele nahezu sich selbst genügender Territorien finden lassen ebenso wie in Indien und anderen außereuropäischen Kulturländern. Von den antiken Stadtstaaten dürften Theben und Sparta dauernd auf dieser Stufe geblieben sein, während Athen nach den Perserkriegen ganz aus ihr herauswuchs. Athen ist es dann nicht gelungen, den Kreis seiner Wirtschaft, für welche die Getreidebezirke am Pontus die wichtigste Grundlage bildeten, mit seiner Staatsmacht sicher zu umfassen. Darin lag seine Schwäche.

Das soviel größere Römerreich aber konnte die durch die große Einwohnerzahl der Hauptstadt und die zunehmende Vernachlässigung der Landwirtschaft in Italien nötig gewordene Lebensmittelzufuhr genügend schützen und sich als einigermaßen organisierte Wirtschaftseinheit ungleich länger halten. Deutlicher noch ist die Selbstgenügsamkeit auf Grund weitreichender Beziehungen bei China, d. h. dem eigentlichen Land der achtzehn Provinzen, zu erkennen. Da hier zwischen den bedürftigen Landesteilen im Norden und dem reicheren Süden ein schärferer Gegensatz im Klima obwaltet, so war zur Erhaltung eines festen staatlichen Gemeinwesens ein ergänzender Verkehr notwendig. Er ist denn auch für diesen Zweck, namentlich von den Mongolenkaisern im Mittelalter, bewußt gefördert worden. Nur so konnte sich China so lange gegen die Aussenwelt abschliessen.

Im europäischen Kulturkreis hat erst die Neuzeit, neben der Schaffung einer eigentlichen Volks- oder besser Staatswirtschaft, den Verkehr zwischen verschiedenen Klimazonen in größerem Maße ausgebildet, dann freilich in einem Umfang, der alles andere weit übertrifft. Der im Vergleich zur ostasiatischen Kultur so viel stärkere Drang nach Ausbreitung mag einigermaßen schon in dem Unterschied der Wirtschaftsform begründet sein, die im chinesischen Gartenbau ganz auf das

Kleine und Kleinste gerichtet war, in Europa aber, besonders dem nördlichen, mit viel größeren Flächen rechnete. Wichtiger sind die allgemeinen geographischen Verhältnisse. Vermag in China der reichere Süden ohne Mühe so viel abzugeben, wie der kleinere nördliche Teil zur Ergänzung bedarf, so stehen in Europa den ausgedehnten Ländern nördlich der Alpen mit ihrer in der Neuzeit so sehr schnell wachsenden Bevölkerung im klimatisch begünstigteren Süden nur die kleinen Räume des bergreichen Mittelmeergebietes gegenüber, die niemals das Fehlende an Nahrungsmitteln und Rohstoffen ausreichend liefern können. Hinzu kommt, daß das Ganze durch die Wüstenzone und das Meer von den Tropen wie von anderen Erdteilen geschieden wird. Da aber die Trennung nicht so scharf war, daß sie nicht seit den ältesten Zeiten gewisse Beziehungen, vor allem zu dem stets ersehnten Indien, erlaubt hätte, so wirkte sie als eine Erhöhung der Spannung und gewöhnte den europäischen Handel frühzeitig an weite Ziele. So entwickelte sich von Europa aus der erdumspannende Verkehr, der eine Weltwirtschaft anbahnte. Dem Drang in die Ferne kam die Änderung der Wirtschaftsweise zu Hilfe; denn der Kapitalismus, für den der Erwerb maßgebender war als der Bedarf, mußte für seine überschießenden Gewinne immer neue Unternehmungsfelder aufsuchen. Über die Staatsgrenzen wuchsen diese Beziehungen weit hinaus, trotz der sich mehrenden Kolonialgründungen und mancher Versuche, sie durch Monopole ausschließlich dem Mutterlande nutzbar zu machen. Die Wirtschaftskreise waren nun viel größer geworden als die Staatsgebiete. Ihnen mangelte auch die räumliche Geschlossenheit wie die scharfe Umgrenzung, ja selbst die Beständigkeit der Beziehung zwischen Erzeugungs- und Verbrauchsländern. Von welchem Teil der amerikanischen Getreidefläche nun gerade dieses oder jenes europäische Land die Lücken seiner eigenen Produktion ergänzte, blieb völlig unbestimmbar, und je nach der Konjunktur des Jahres konnten mehr die Vereinigten Staaten, Kanada, Argentinien oder Rußland und die Donauländer herangezogen werden. Der klar umrissene Staat ist zugleich unentwirrbar verwoben mit dem System einer allgemeinen Weltwirtschaft.

Unter diesen überaus verwickelten Verhältnissen scheint es kaum denkbar, daß Staats-und Wirtschaftsgebiet auch nur einigermaßen angeglichen werden könnten. Dennoch machen sich dahingehende Bestrebungen unverkennbar geltend. Es ist der Gedanke der Selbstversorgung, der Autarkie, der neuerdings so oft in den Vordergrund gerückt wird, nachdem man ihn lange über Gebühr vernachlässigt hatte. Denkt man sich dieses Streben am Ziel, so müßte ein Staat alle Stoffe und Kräfte seines Gebietes für die eigene Wirtschaft verwenden, er müßte aber auch alle Gegenden, welche die für seine Wirtschaft nötigen Stoffe liefern, unter seiner Herrschaft vereinigen und logischerweise selbst die Absatzgebiete für seinen Über-



schuß. Systematischer Zusammenschluß nach innen und ein mehr oder weniger strenger Abschluß nach außen wären das Ergebnis.[2])

Die Aufgabe sieht sich anders an vom Standpunkte eines Landes mit stark überwiegender Nahrungsmittel- und Rohstofferzeugung, anders von dem des Industriestaates. Den Industriestaat muß das Streben nach Selbstversorgung notwendig zur Ausdehnung führen, teils wegen des Rohstoffbedarfes, teils weil hier eben zunächst die Gewinne erzielt werden, die immer wieder neue Unternehmungen veranlassen. Länder mit überwiegender Rohstofferzeugung können zur Selbstgenügsamkeit gelangen, wenn sie die nötigen Industrien auf eigenem Boden entwickeln. Weitere Ausdehnung ist an sich nicht nötig, wohl aber gehört von vornherein ein großer, mannigfaltig ausgestatteter Raum dazu. Dort die Richtung, in der sich England fortdauernd bewegt hat, freilich ohne das Ziel einer autarkischen Beschränkung auf sein eigenes Reich anders als nur notgedrungen ins Auge zu fassen. Hier der Weg, dem sich Rußland in der Vorkriegszeit in einem gewissen Maße zugewendet hatte, und den zu Ende zu gehen, kein Land mehr berufen scheinen könnte als die Vereinigten Staaten.

Weniger Bedeutung für die Frage der Autarkie kommt dem zwischen Roherzeugung und Gewerbe oder Verbrauch vermittelnden Handel zu. Reine Handelsstaaten hat es nur in früheren Zeiten und nur als Seemächte gegeben. Sie waren zwar sehr darauf bedacht, die Handelswege ausschließlich in ihrer Gewalt zu haben, trugen aber selten Verlangen, ihre Macht auf die Produktions- und Konsumtionsgebiete auszudehnen. Vielmehr beschränkten sie gern den Landerwerb auf das zur Sicherung der Wege Notwendige, wie es Venedig, die letzte unter ihnen, tat.[3]) In der Neuzeit tritt der Handel als staatenbildende Kraft nur mehr in Verbindung mit den anderen Wirtschaftszweigen auf, besonders der Industrie.

So groß sein Anteil an der Entwickelung des Britischen Reiches auch sein mag, so ist es hier doch mehr und mehr jener Handel, der mit der englischen Industrie zusammenhängt, ihr die Rohstoffe liefert und ihre Produkte absetzt. Namentlich in der späteren Zeit liegt die treibende Kraft der staatlichen Ausdehnung mehr in der Industrie als im Handel, soweit nicht das Machtstreben selbst den Forderungen der Wirtschaft vorangeht. Der Handel kehrt sich nicht an die Staatengrenzen, und der Staat sieht ungern fremde Länder seiner Ausfuhr verschlossen. So wird denn auch dort, wo autarkische Bestrebungen irgendwie ernstlich sich regen, selten daran gedacht, den eigenen Ausfuhrhandel zu beschränken. Im Gegenteil soll die geschlossene Staatswirtschaft ihm eine sichere Grundlage bieten, ihm größere Kraft verleihen. So bei den Vereinigten Staaten, die ihre Fähigkeit, auf sich selbst zu stehen, immer mehr in den Dienst wirtschaftlicher Expansion stellen. Ebensowenig denkt England, wenn es das Reich

nach dem Grundsatz der Selbstversorgung ausgestalten will, daran, auf Absatz nach anderen Gebieten zu verzichten. Nur die Weltreiche aber, die durch mehrere Zonen gehen, sind überhaupt in der Lage, sich die Autarkie im Sinne einer wirklich geschlossenen Wirtschaft innerhalb ihres Herrschaftsbereiches als Ziel zu setzen. Alle übrigen Kulturstaaten können bei den heutigen Wirtschaftsbedürfnissen den Abschluß niemals in sich selbst finden. Sie sind an die Weltwirtschaft gebunden und können nur versuchen, sich durch Vermeidung von Einseitigkeiten, vor allem durch Erhaltung einer kräftigen Landwirtschaft, ihre Gesundheit und Selbstbestimmung zu bewahren.

Gerade das aber ist es, dem die Weltwirtschaft an sich entgegenarbeitet. Solange der Handel noch nicht so viele lebenswichtige Dinge zwischen den Erdteilen umsetzte, hatte sich das Netz der weiten Verbindungen nur mehr oberflächlich über die Länder gelegt, ohne sie oder auch nur ihre kleineren Teile in ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit wesentlich zu beeinträchtigen. Das änderte sich, je mehr aus dem weltweiten Verkehr eine wirkliche Weltwirtschaft erwuchs. Einzelne Landschaften, dann ganze Länder gingen dazu über, einseitig nur das zu erzeugen, womit sie auf dem Weltmarkt den größten Gewinn zu erzielen hofften, selbst unter Vernachlässigung eigener Lebensnotwendigkeiten. Diese „Monokultur" ist die logische Folge der erdumspannenden Verkehrs- und Geldwirtschaft. Zu Ende gedacht, würde sich das Bild ergeben, daß jedes Land und jede Landschaft hervorbrächte, wozu es besonders geeignet ist und so in gewissem Sinne seine geographische Eigenart am deutlichsten ausprägte. Für alle übrigen Güter aber wäre die Bevölkerung auf Einfuhr, oft aus weiter Ferne, angewiesen. Ja, selbst die Spezialität der Gegend braucht nicht — und das ist ja tatsächlich oft genug der Fall — ihren Bewohnern unmittelbar zu Gute zu kommen, sondern auch sie gehört völlig dem Weltmarkt. Die Bevölkerung hängt in ihrem Dasein gänzlich von dem allgemeinen Verkehr ab, dessen Fäden sie nicht in der Hand hält, es sei denn, daß sie im Mittelpunkte des Systemes sitzt. Und so ist sie von der Scholle gelöst, entwurzelt. Solange der Vorgang sich auf einzelne Landschaften eines Staates beschränkt, wie die Umwandlung des Languedoc aus einem Gebiet mannigfacher Landwirtschaft in eins mit völlig einseitigem Weinbau, bleibt er ohne große politische Bedeutung oder dient nur dem engeren Zusammenschluß des Volksganzen. Auf demselben Wege aber hat Portugal seit dem Methuen-Vertrag von 1703 mit seiner wirtschaftlichen auch die staatliche Selbständigkeit verloren und ist zu einem Vasallen Englands geworden. Irland wurde der einseitige Kartoffelanbau zum Verhängnis. Die übermäßige Korinthenkultur brachte Griechenland schwere Krisen und lähmte die Freiheit seines Handelns. Ägyptens Wirtschaft blühte zwar unter der Leitung der Engländer auf, doch verstärkte die einseitige Pflege der Baumwolle auch die Abhängigkeit des Landes. England,



einst der alleinige, noch immer der Hauptvertreter der Weltwirtschaft, hat am häufigsten derartige Umbildungen veranlaßt oder begünstigt, um seine Weltherrschaft zu befestigen, auch über die Grenzen des eigenen Reiches hinaus. Die Vernichtung des einheimischen Gewerbes in Indien und anderwärts ist nur eine andere Form desselben Verfahrens. Daß England aber mit seiner völligen Industrialisierung auch selbst, und sogar am allermeisten, die wahre Eigenwüchsigkeit der Wirtschaft eingebüßt hat, konnte vergessen werden, bis der Weltkrieg, obgleich es ihn schließlich überstand, die Gefahren dieser Lage aufs deutlichste offenbarte.

In der Tat ist dieses System nur gesichert, wenn es alle wichtigen Teile der Erde in sich eingeordnet hat und den gesamten Weltverkehr fest in einer Hand vereinigt. Die Weltwirtschaft in ihrem ausgeprägten Sinn drängt auf ein einziges Weltreich, sie gibt den darauf zielenden Gedanken eine starke Unterstützung. Doch werden auch so wohl die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Der Weltkrieg hat immerhin einige Gegenströmungen ausgelöst und England selbst von seiner leitenden Stellung verdrängt; anderseits darf allerdings nicht vergessen werden, daß mit Deutschland und Rußland die mächtigsten Gegenspieler vernichtet sind; daß ein dritter, Japan, an Bedeutung verloren hat, nicht wegen des Erdbebens, sondern weil es den rechten Augenblick verpaßte; daß Frankreich für England nicht immer ein so bedrohliches Aussehen haben wird wie gegenwärtig, und daß schließlich der Gegensatz zwischen England und Amerika sich auch einmal, so oder so, in eine Einheit umwandeln könnte.

3. Muß die Staatsherrschaft ihre Grundlagen in der Wirtschaft suchen, so fehlt beiden, für sich oder zusammengenommen, doch der wahre Inhalt. Was bedeutet die bloße Macht, wenn sie nicht edleren Gedanken als Fahrzeug dient! Wie armselig ist selbst die höchstentwickelte Wirtschaft, wenn sie nur als Selbstzweck oder als Mittel der Herrschaft auftritt! Es ist gut, daß der Gebrauch, zwischen Zivilisation und Kultur zu scheiden, der in engeren Kreisen schon seit langem geübt wurde, mehr und mehr zum Allgemeingut wird. So sieht ein jeder, daß alle technischen Erfindungen und alle Einrichtungen, die nur die Bedingungen des äußeren Lebens verbessern, keinen Maßstab für die Kultur abgeben. Nur solche zivilisatorischen, leicht übertragbaren Errungenschaften sind es aber besten Falles, die eine staatliche und wirtschaftliche Weltherrschaft zu bringen vermag. Kultur ist dagegen an Stamm und Volk gebunden. Denn sie ist Formung inneren Erlebens und setzt ein inneres, seelisches Verständnis und Gemeinsamkeitsempfinden voraus, wie sie nur in einem Volk gegeben sind.

Was ein Volk sei, läßt sich freilich sehr schwer genauer bestimmen und gewiß nicht mit ein paar Worten einwandfrei aussprechen. Doch ist kein Zweifel, daß es eben auf die Gemeinsamkeit inneren Erlebens ankommt. Man darf auch da die

Begriffe nicht bloß aus der verwirrenden, empirischen Wirklichkeit zu gewinnen suchen, sondern muß, wie beim Staatsgedanken, wie beim geschlossenen Wirtschaftskreis, Idealvorstellungen zu Hilfe nehmen. Da nun die Sprache die Trägerin des Denkens und das weit vorzüglichste Mittel des geistigen und seelischen Verkehrs ist, so kann in diesem Sinne die Volksgemeinschaft als Sprachgemeinschaft bezeichnet werden. Die Sprache vermag die Menschen sehr viel inniger zu verbinden als die nüchternen, dem Einzelnen in ihrer Bedeutung meist gar nicht überschaubaren Wirtschaftsbeziehungen oder der abstrakte Staatsgedanke. Aus ihr erst erwächst der Wille, eins zu sein. Das gilt aber nur, soweit die Sprache wirklich als Ausdruck verwandten Denkens und Fühlens empfunden wird. Wenn sie nur als Mittel zur Verständigung über äußerliche Dinge dient, ist die verbindende Kraft nicht groß. So muß denn das Streben nach Befestigung und Vertiefung der geistigen Gemeinschaft dem Wesen des Volksgedankens mehr entsprechen als der Drang nach schneller Ausbreitung in die Ferne.

Gleichwohl wächst auch die Volksgemeinschaft und breitet sich aus. Sie ist anfangs, da es nur auf die erlebte Spracheinheit ankommt, nicht aber auf irgendwelche philologische Verwandtschaft, immer nur sehr klein. Später dagegen, wenn sich einmal eine Schriftsprache und ein Schrifttum entwickelt haben, kann sie eine sehr große Zahl von Menschen innerlich verbinden, selbst über weite Entfernungen hinweg. Allein dieses Wachstum geht eben sehr viel langsamer vor sich als die Entstehung großer Reiche oder weiter Handelsbeziehungen.

Die Ausbreitung und Verschiebung der Völker unterliegt denselben Gesetzen wie alle Bewegungen des Menschen auf der Erdoberfläche. Nur sind Form und Anlaß der Veränderungen so mannigfaltig, daß in der Regel ein viel bunteres Bild herauskommt als bei den Staaten. Schnelle Wanderungen ganzer Stämme, Ortswechsel Einzelner, — der sich dann doch zu großen Wirkungen ansummen kann —, landwirtschaftliche Besiedelung in zusammenhängender Fläche, zerstreute Niederlassung von Kaufleuten und Gewerbetreibenden gemäß den Bedingungen des Verkehrs, Ausbreitung im Anschluß an das Staatsgebiet, Auswanderung in ferne Länder: das alles wechselt, wie auch die Richtung der Wanderungen, selbst bei ein und demselben Volk im Laufe der Zeiten. Und die Wirkungen aller dieser gleichsam unbewußten, nur selten planvoll geleiteten Vorgänge überdauern deren Veranlassung.

Die Ergebnisse der Jahrhunderte lagern sich in wechselvoller Weise nebeneinander und bedingen so den Eindruck des Zufälligen, den eine Völkerkarte so oft erweckt. Selten, daß sich auch nur ein Volk von mittlerer Kopfzahl irgendwie genauer an ein geographisch zusammengehöriges Naturgebiet hält. Da die Staaten oft gleichfalls ohne geographische Regeln wuchsen oder zurückgingen, aber in anderer Weise als die Völker, so konnte eine hochgradige Disharmonie zwischen Staat und Volk



entstehen. Es fehlt sogar nicht an Bestrebungen, die einer Übereinstimmung zwischen beiden mehr oder weniger bewußt entgegenwirken. Erobererstaaten entrissen die unterworfenen Völker ihrem natürlichen Zusammenhang und mischten sie durch Verpflanzung willkürlich durcheinander. Andere Staaten locken absichtlich Volksfremde ins Land, wie slavische Herrscher im Mittelalter so vielfach Deutsche herbeigerufen haben, um den Wald zu roden und die Bergschätze zu erschließen. So bilden sich übervölkische Staaten und zwischenstaatliche Völker, unter denen die Juden das Extrem darstellen. Beide werden der Richtung auf die allgemeinen, erdumspannenden Zusammenhänge zuneigen.

All diese Widersprüche zwischen Volk und Staat wecken auch wieder das Streben, sie auszugleichen, also jene beiden räumlich zur Deckung zu bringen. Dabei kann der Gedanke zur Vereinigung sowohl von dem Volk wie von dem Staat ausgehen. Ein Volk mit dem Bewußtsein der Zusammengehörigkeit sucht die staatliche Form, um sein inneres Wesen, das ihm zum höchsten Gut geworden ist, schützen und ausbilden zu können. Die Idee des Nationalstaates beherrscht die Neuzeit, und obwohl im Weltkrieg den anderen Tendenzen der Sieg blieb, hat doch auch jener Gedanke vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker" einen neuen Anstoß bekommen. Er wird seine gestaltende Kraft weiter bewähren.

Der Weg vom Volk zum Staat trifft auf Schwierigkeiten, wo der räumliche Zusammenhang des Volksgebietes gelockert ist. Wenn sich die Völkergrenzen mannigfach verzahnen, können ihnen die politischen Grenzen nicht genau folgen. Es muß dann im einzelnen das Bedürfnis des Staates nach Geschlossenheit seines Gebietes und Einfachheit seiner Umrisse den Ausschlag geben. Sollten auch die zerstreuten, weiter abliegenden Volkssplitter mit aufgenommen werden, so könnte das nur mit Eingliederung der sie verbindenden Teile fremden Volksgebietes geschehen; dann aber würde der Volksstaat sich selbst aufheben.

Daß nicht nur das Volk den Staat schafft, sondern auch der Staat das Volk, wird nicht immer genügend beachtet. Von den größeren Völkern Europas hat sich keines ohne Aufnahme fremder Bestandteile gebildet, und keines wäre zur Einheit gelangt, wenn nicht staatlicher Zusammenschluß dazu geholfen hätte. Selbst das lockere Gefüge des alten deutschen Reiches ist eine Vorbedingung für die Herausbildung eines deutschen Volkstum gewesen. Ohne dies wären die germanischen Stämme weiter auseinander gegangen, sie hätten sich sprachlich immer mehr von einander entfernt und zu besonderen Völkern ausgebildet. Dem Staat der Neuzeit liegt besonders viel daran, seine Bevölkerung zu einem wahren Volk umzugestalten; denn der Gesamtwille muß durch die Vertiefung des Gemeinschaftsgefühls wesentlich verstärkt werden, was bei dem verfassungsmäßigen Anteil der Bevölkerung am Staatsleben erhöhte Bedeutung gewinnt. Auf dem Wege der Vereinheitlichung wird der Staat bei zielbewußter Ausdauer auch sicherlich

bedeutende Erfolge erzielen können. Sind aber die Bevölkerungselemente gar zu ungleich, so wird es schließlich eine Grenze geben, an der alle Versuche einer innerlichen Verschmelzung scheitern müssen. Ob bei den Vereinigten Staaten die höchst planvolle Pflege des amerikanischen Selbstgefühls, verbunden mit der ausgeprägten Eigenart des großen zusammenhängenden Wohnraumes tatsächlich den Erfolg haben wird, aus der „Nation" ein wirkliches Volk zu machen, muß die Zukunft lehren. Zweifel sind berechtigt, zumal die ost- und südeuropäische Einwanderung der letzten Jahrzehnte die Unterschiede vermehrt hat und der Gegensatz zwischen Weißen und Negern sich eher vertieft als verflacht. Gelingt aber die Verschmelzung nicht, so bleibt es zuletzt bei dem bloßen Staatsgedanken, dem die Stammesart der Bewohner gleichgültig ist. Dann wäre die Sprachgemeinschaft nur eine äußerliche; sie würde nicht mehr bedeuten wie das Englischsprechen der Iren. Gänzlich gescheitert ist der Versuch einer Vereinigung der Völker des alten Österreich, obwohl die geographischen Beziehungen der Kronländer zu einander einer solchen keineswegs ungünstig waren. Niemals nachdrücklich verfolgt, mußte das Ziel endgültig entweichen, als das verbindende deutsche Element, statt einflußreicher, immer schwächer wurde.

Der Weg, der vom Volk zum Staat führen soll, kann in anderer Richtung das Ziel verfehlen. Bildet der Glaube an sich selbst die Vorbedingung für die Schaffung des Nationalstaates, so schließt er bei einem großen Volke auch die tiefwurzelnde Überzeugung ein, daß es eine Aufgabe für die Menschheit zu erfüllen habe. Es wird nicht Halt machen an den Grenzen seiner Verbreitung, es wird suchen, durch friedliche oder kriegerische Eroberung seine Wesenheit, seine Kultur auszubreiten. Je größer der Erfolg, der ihm auf diesem Wege beschieden ist, desto sicherer wird sich dabei das eigene Volkstum verflachen. um schließlich ganz in der Allgemeinheit aufzugehen, wie es einst mit dem Griechentum infolge des Alexanderzuges geschah. Gelänge es den Franzosen, die ja überzeugt sind, daß es für die anderen Völker kein größeres Glück gäbe, als wenn sie ihrer Kultur teilhaftig würden, ihre weitausschauenden Herrschaftspläne zu verwirklichen, so wäre dies das sichere Ende ihrer Volksindividualität. Selbst dem „auserwählten" Herrenvolk der Engländer dürfte ein gleiches Schicksal, wenn die Entwickelung ihres Reiches in den bisherigen Bahnen weitergeht, eben so wenig erspart bleiben wie ihren römischen Vorgängern. Die Verarmung des geistigen Lebens bei wachsender Machtentfaltung und immer steigender Schätzung äußerlicher Zivilisationswerte, wie sie sich in dem Verlust des nationalen Dramas, in dem gänzlichen Verschwinden der ehemals blühenden eigenen Musik, und neuerdings auch in dem offenbaren Absinken der Wissenschaft zeigt, muß selbst den festesten Nationalcharakter aushöhlen. — Auf solche Weise hebt sich der Volksgedanke selbst auf. Das Wertvollste,



was die Ausprägung völkischer Eigenart mit sich bringt, die aus innerem Erleben erwachsene Kultur, verliert sich in die Allgemeinheit einer äußerlichen Zivilisation. Nicht die möglichst weite Ausbreitung seiner Herrschaft kann es deshalb sein, was ein Volk seinem Wesen nach ersehnen muß, sondern die Verstärkung und Vertiefung der inneren Gemeinschaft, und nur soweit kann eine Ausbreitung ihm wahrhaft nützen, als sie sich mit diesem Ziel verträgt. Eine nationale Wirtschaft, ein völkischer Staat, müssen dieser inneren Gemeinschaft die feste Grundlage und den sicheren Schutz geben. Dann hat der Staat seinen reichsten, lebensvollsten Inhalt. Das Verhältnis der Völker zu einander aber sollte sich regeln auf Grund einer gegenseitigen Achtung, wie sie aus wahrer Selbstachtung erwächst. Einen paradiesischen Ruhezustand ohne Fehde, mit ein für allemal feststehenden Grenzen kann das freilich nicht bedeuten. Im ewigen Wechsel der Dinge muß das Volk seine Stellung täglich neu erobern und verteidigen, im äußeren Streit sein inneres Wesen lebendig erhalten. Aber es wäre doch etwas ganz Anderes als die äußerlich so großartigen, innerlich so hohlen Weltherrschaftsgedanken die nur dazu führen, alle Freiheit, sei es mit Gewalt niederzuschlagen, sei es — was fast noch schlimmer ist — beim Schein äußeren Gedeihens zu untergraben. Ein Volk, dem es gelänge, solche Ideen nicht nur zu einer theoretischen Anerkennung, sondern zur tatsächlichen Herrschaft zu bringen, würde eine unvergleichlich viel höhere Aufgabe für die Menschheit erfüllen als irgendein Welteroberer, mag er sich noch so sehr zu diesem Berufe auserwählt glauben.

4. Die letzten Ausführungen streiften bereits eine Gedankenwelt, die noch tiefer wurzelt und noch höher hinaufreicht als die des Volkstums. Es ist die **Religion**. Von ihrem vielfältigen Einfluß auf Staat, Volk und Anderes kann hier nur andeutungsweise die Rede sein und immer nur im Hinblick auf die räumliche Verbreitung der Religionsgemeinschaften. Auch sie beginnen im engsten Rahmen, da sie zunächst nur einzelne Stämme oder noch kleinere Gruppen umfassen. Unter den Faktoren ihrer weiteren Verbreitung ist die Staatsmacht zwar nicht der einzige, aber in älteren Zeiten jedenfalls der wirksamste. Im früheren Altertum waren die Religionen Staatsreligionen; beider Gebiet fiel meist zusammen. Wurden im Orient Völker unterjocht, so wurden auch ihre Götter unterworfen, die Götterbilder entführt. Der Islam gewann seine weiten Räume mit den Eroberungen der Araber, und selbst das Christentum ist nach der rein geistigen Frühzeit oft genug durch politische Machtmittel verbreitet worden.

Ist es hier der Staat, der die Religion weiterträgt, so kann sie selbst wieder auf die staatliche Ausdehnung nachhaltig einwirken. Denn der Glaube an die eigene Überlegenheit und an die Aufgabe für die Menschheit, von dem wir sprachen, wurzelt entweder in religiösen Vorstellungen oder nimmt mehr oder weniger religiöse Formen an, wie wieder Alexander der Große am deutlichsten zeigt. So

leitet sich aus dieser Quelle das Recht, ja, die Pflicht zur kriegerischen oder friedlichen Eroberung her. Nicht nur der Islam, sondern auch die christlichen Völker, nicht zum wenigsten die Engländer, liefern Beispiele dafür.

Erst nach einer gewissen Befestigung des Bestandes setzt beim Christentum, wie beim Islam die reine Glaubensmission in fremde Länder ein. Doch konnte sie wiederum des staatlichen Rückhalts oft nicht entbehren und hat, gewollt oder ungewollt, staatliche Folgen nach sich gezogen.

Auch losgelöst vom Staat ist aber die Religion in ganz besonderem Maße geeignet, ihre Bekenner zusammenzuschliessen. Sie kann darin selbst dem Volk überlegen sein, wie die Verhältnisse in Indien zeigen, und wie es bis vor kurzem noch auf der Balkanhalbinsel zu beobachten war, wo das Bekenntnis eine viel engere Gemeinschaft schuf als die Sprache. Doch tritt die Religion in der Beziehung, wenigstens in Europa, immer mehr hinter der Volksgemeinschaft zurück. Was bleibt und fortwirkt, ist die allgemeine, über allem Staatlichen und Völkischen stehende Macht des religiösen Gedankens, wie sie im Christentum von allem Anfang an lebendig ist. Ins Irdische übertragen bedeutet dies ein Streben nach weltumfassender Einheit. So scheint die Religion in dieselbe Richtung zu weisen, welche die Herrschaft und die Wirtschaft einschlugen, denen sie als geistige Macht oft weit voraneilen konnte.

Damit wären denn die größten Gegensätze in eine Nähe gerückt, die bedenklich erscheinen muß. In der Tat, sollte die Religion, wegen der äußerlich gemeinsamen Richtung, mit den Gedanken der Weltherrschaft und der Weltwirtschaft in engere Verbindung treten, so könnte es nur auf Kosten ihres eigenen Wesens geschehen. Wäre schon die Erneuerung kirchlicher Machtansprüche nicht zum Segen des religiösen Lebens, so müßte eine Verbindung mit dem Weltwirtschaftssystem geradezu verhängnisvoll werden. Es genügt, an das bekannte Wort zu erinnern, daß die Engländer „God“ sagen und „cotton“ meinen, sowie an jenes widersittliche Verfahren der Weltwirtschaft, die Selbständigkeit der Völker zu untergraben. Man braucht aber nicht einmal so weit zu gehen, um zu bezweifeln, ob die religiöse Einheit aller Menschen wirklich erstrebenswert sei. Einheit bei reinster Innerlichkeit mag wohl als letztes Ziel vorschweben. Aber das liegt dann in unendlicher Ferne. In der Welt der Erfahrung werden die beiden Forderungen sich gegensätzlich verhalten. Eine Einheit wird nur in den mehr äußerlichen Dingen erreichbar sein, die in tiefster Seele wurzelnde Religiosität aber wird sich in mannigfachen Formen kundtun. Sollte da nicht gerade in der beschränkten Einheit des geistig verbundenen Volkes jenes Zugleich von Freiheit und Gemeinschaft am besten gegeben sein, das die Voraussetzung fruchtbringenden religiösen Lebens bildet? Suchte jedes Volk den einfachen und doch unerschöpflich tiefen Gedanken des Christentum frei nach der besonderen Art, die ihm gegeben, nach-



zuleben, so müßte das der religiösen Entwickelung höchsten Reichtum und Kraft verleihen. So steht die Religion trotz ihrer allumfassenden Aufgabe nicht in einem notwendigen Gegensatz zu der Beschränkung des Volkstums; vielmehr kann eins das andere stützen und fördern. —

Noch einmal denken wir zum Schluß an den Schauplatz des Kampfes der Gemeinschaftskräfte, der hier in kurzen Worten geschildert wurde. Das der Erdoberfläche eigene Zugleich von Gliederung und Zusammenhang spiegelt sich in den bald auf das Ganze zielenden, bald sich beschränkenden Bestrebungen wieder. Aber die unendliche Vielheit dieser sich kreuzenden und widerstreitenden Vorgänge verhindert eine durchgehende Anpassung an die Gestaltung der Erdoberfläche, von der doch alle einzelnen Bewegungen in ihrem Verlauf beeinflußt werden. Nimmt man auch nur die Staaten, so gibt es neben Fällen, bei denen die Anpassung an die geographischen Gegebenheiten in der Tat weit gediehen ist, doch des Widersprechenden genug. Dabei geht es nicht an zu sagen: dies sind schnell wechselnde Zufälligkeiten, Dauer hat nur das, was den geographischen Bedingungen entspricht. Tatsächlich ist geographisch Widersinniges oft lange erhalten geblieben, während das anscheinend Naturgegebene nur für Augenblicke oder auch niemals verwirklicht wurde. Wie aus dem Verhältnis des Staates zu den anderen Gemeinschaften Bestrebungen entstanden, die Gebiete zur Deckung zu bringen, so erwachsen solche Tendenzen auch aus dem Verhältnis des Staates zur Gliederung der Erdoberfläche, und es ergibt sich der Einklang von Staat und Land, — dieses in der Gesamtheit seiner geographischen Eigenschaften genommen —, nicht zwar als Ausdruck des Wirklichen, wohl aber als eine der gestaltenden Ideen, die das Staatsleben bestimmen.

ANMERKUNGEN

[1]) Vgl. hierzu die geistvollen Betrachtungen von J. v. Cholnoky über „Künstliche Berieselung in Innerasien und die Völkerwanderung." Geogr. Zeitschr. 1909, Bd. 15, S. 241—258.

[2]) Wertvolle Gesichtspunkte zur Beurteilung der Frage entwickelt O. Haussleiter, Der Gedanke der Autarkie als Leitsatz der auswärtigen Handelspolitik und seine Begründung. Umrisse zur Geschichte einer wirtschaftspolitischen Idee. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Jena, 1923, Bd. 120, S. 193—241.

[3]) Vgl. Fr. Ratzel, Politische Geographie, 2. Aufl., München, 1903, S. 716.

H. LAUTENSACH:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER ALTEN WELT

Die politische Lage der neutralen Staaten in Europa war vor 1914 eine ungleich günstigere als heute. Damals verhinderte das System des Gleichgewichts der Großmächte auf dem europäischen Festland auch die geringfügigste Verletzung ihrer Hoheitsrechte. Heute sind sie den Übergriffen der Siegerstaaten schutzlos preisgegeben, falls sie sich nicht selbst zu wehren verstehen. Das gilt ganz besonders von der Schweiz, die, ohne einen erlösenden Ausweg zum Meer, mitten in die hochgespannten geopolitischen Kraftfelder Europas eingekeilt ist. Zweidrittel ihrer Grenzlänge hat sie jetzt mit Frankreich und Italien gemeinsam. Frankreich greift seit 1919 im Nordwesten bis an die Tore von Basel vor und droht durch seine elsässischen Kanalisierungspläne, der Schweiz den einzigen schiffbaren Wasserweg zum Meere lahm zu legen und den eben ausgebauten Baseler Rheinhafen zu einem Karpfenteich zu machen. Im Südosten reicht Italien seit der Annexion Südtirols bis zum Reschenscheideck und umfaßt damit die Ausstülpung des zur Schweiz gehörenden, aber zur Etsch entwässernden Münstertales, das der unentwegte Irredentist Ettore Tolomei schon 1915 als ein Ziel italienischer Aneignungswünsche bezeichnet hatte. Nachdem Italien in Tirol, im Isonzogebiet und Karst an seine der Volksmeinung nach „natürliche" Grenze, die periadriatische Wasserscheide, gelangt ist, ragt nur noch die Schweiz ins Stromgebiet des Po vor, und was liegt daher näher, als daß das italienische Volk auch ein „natürliches" Anrecht auf das Flußgebiet des Tessin zu haben meint, in dem, im Gegensatz zum Etsch- und Isonzogebiet, das Italienische sogar die ausschließliche Landessprache ist. Der Deputierte Mussolini bewegte sich ganz im Rahmen dieser Gedankengänge, als er 1920 äußerte, die natürliche Grenze Italiens liege am Gotthard. Der Ministerpräsident Mussolini allerdings erklärte erst vor wenigen Wochen, er kenne keine Tessiner Frage, was den Mailänder „Ambrosiano" sofort zu der sehr offenherzigen Bemerkung veranlaßte, das sei hoffentlich nicht die wahre Meinung des Duce. Es ereigneten sich auch seit dem Rommarsch der Schwarzhemden alle paar Monate in dem italienisch-tessinischen Grenzraum „Zwischenfälle", so in Mendrisio, Ponte Tresa, Varese, Lugano. In Südtirol begannen mit der Faszistenherrschaft rücksichtslose Italienisierungsversuche. Den Namen Südtirol auszusprechen, wurde bei hoher Strafe verboten; stellt er doch einen staatsgefährlichen Begriff dar! Alle deutschen und ladinischen Berg-, Fluß- und Ortsnamen wurden in die oft wunderlichsten italienischen Formen gegossen. In den Fahrplänen findet man die guten alten deutschen Städte Bozen, Franzensfeste, Bruneck unter Bolzano, Fortezza, Brunico. Alle diese Versuche haben aber nur den Ladinern gegenüber Erfolg gehabt, die nach italienischer Auffassung überhaupt nur eine italienische Mundart sprechen, und könnten die Italiener daher allerdings leicht ermutigen, ihre Propaganda auf die Rhätoromanen Graubündens auszudehnen. Die Deutschen haben trotz des faszistischen Terrors am 6. April d. J. 35 000 Wähler (gegenüber 40 000 1919 im demokratischen Italien) auf die Beine gebracht, und so sind wieder zwei deutsche Abgeordnete ins römische Parlament eingezogen. Seit diesem Frühjahr, ganz besonders seit der durch die Ermordung Matteottis hervorgerufenen innerpolitischen Krise ist jedoch an der Schweizer Ost- und Südgrenze eine gewisse Entspannung eingetreten. Die Tessiner „Zwischenfälle" haben ihre diplomatische Erledigung gefunden und sich seit April nicht wiederholt. Der Polizeikommissar in Bruneck, der Terrorakte gegen die deutschen Wähler begünstigt hatte, wurde nach Sizilien versetzt, der dortige Unterpräfekt Paterno wird ihm vermutlich folgen.

Viel schwieriger ist die politische Lage der Schweiz gegenüber Frankreich, und zwar nicht ganz ohne eigene Schuld. Hat doch die Schweiz am 16. Mai 1920 ihren Beitritt zum Völker-



bund erklärt und sich damit ihrer wahren Neutralität solange begeben, bis der Völkerbund aus einem politischen Werkzeug der Siegerstaaten zu einem unparteiischen Hort und Wahrer des Weltfriedens geworden sein wird. Schon 7 Monate nach ihrem Beitritt wurde die Schweiz von Paris aus auf ihre militärische „Durchlässigkeit" geprüft, dadurch daß das Ansinnen auf Durchmarsch von „Völkerbund"truppen gestellt wurde, die als Abstimmungstruppen im Wilnagebiet Verwendung finden sollten. Nach anfänglicher Zustimmung von seiten des Vorstehers des Politischen Departements, Motta, verweigerte der Bundesrat „in diesem Falle" den Durchzug, weil „keine zwingende Notwendigkeit" zur Benutzung schweizerischen Gebiets vorliege, fügte jedoch hinzu, daß dieser Mitteilung keineswegs „der Charakter einer prinzipiellen Entscheidung" zukomme. Nun wurde im verflossenen Frühjahr der Wortlaut des am 24. 1. d. J. geschlossenen französisch-tschechischen Bündnisvertrages bekannt, in dessen Artikel 3 sich die beiden vertragschließenden Teile verpflichten, sich im Fall einer wiederauflebenden Anschlußbewegung Deutschösterreichs an Deutschland „über die eventuell notwendigen Maßnahmen zu verständigen", und unter diesen kann nur eine militärische Besetzung Österreichs gemeint sein. Wie, fragt sich der aufrechte Schweizer mit Recht, sollen französische Truppen nach Österreich anders kommen als durch die Schweiz, wo der Zug durch Süddeutschland Krieg mit dem Deutschen Reich bedeuten würde, die Italiener aber sich eine Benutzung der Bahn Grenoble—Turin—Udine—Villach sehr energisch verbitten würden? Der schlimmste Übergriff Frankreichs aber ist der Genfer Zonenkonflikt, der über das in Heft 3 dieser Zeitschrift (S. 188) geschilderte Stadium seither noch nicht hinausgekommen ist. Denn die ersten Verhandlungen der beiderseitigen Rechtsdelegierten, die Mitte Mai d. J. in Paris stattfanden, verliefen gänzlich ergebnislos, indem der französische Delegierte einfach den Standpunkt vertrat, der von der Schweiz zuvor in bald einem halben Dutzend Noten als völlig unannehmbar bezeichnet worden war. Unter dem Eindruck der durch den Beitritt zum Völkerbund drohenden Gefahr bildete sich im Juni 1921 der „Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz". Das Eidgenössische Politische Departement verunglimpfte in einem vertraulichen Bericht an seine Gesandtschaften vom 4. Juli 1921 diesen aufs schwerste. Als im Juniheft 1924 der ausgezeichneten „Schweizerischen Monatshefte für Politik und Kultur" jener Geheimbericht veröffentlicht wurde, ging eine Welle der Entrüstung gegenüber Motta durch die deutsche Schweiz. Es ist klar, daß unter solchen inner- und außerpolitischen Schwierigkeiten das Einvernehmen der drei in der Schweiz vereinigten Hauptnationalitäten leiden muß.

Auf anderen Gebieten hat die Schweiz in der Nachkriegszeit erfreuliche Wiederaufbauarbeit geleistet. Soeben hat der Bundesrat eine neue Truppenordnung herausgebracht, die die Verteidigungsmöglichkeit der Schweiz wesentlich verbessert, indem sie in kluger geopolitischer Einsicht den Gebirgscharakter des Landes stärker als bisher militärisch zu nützen bestrebt ist. Auch hebt sich in diesem Jahre die Schweizer Wirtschaft. Die Ausfuhr nach Deutschland war im 1. Vierteljahr 1924 dreimal größer als im gleichen Zeitraum 1923, und im Anschluß an die Schweizer Mustermesse in Basel tagten die südwestdeutschen und schweizerischen Handelskammern in gemeinsamer Sitzung. Die Zahl der Arbeitslosen fiel bis Mitte Mai auf 23000.

Deutsch-Österreich erschien bisher dem geopolitisch Schauenden als das unglücklichste politische Gebilde der Nachkriegszeit: fast ausschließlich ein Gebirgsstaat mit ungemein ungünstiger Grenzführung, ohne genügend umfangreichen produktiven Boden, ohne zahlreiche Bodenschätze, vor allem fast ohne Steinkohlen, ohne den blühenden Durchgangshandel und Fremdenverkehr der Schweiz, mit dem Wasserkopf einer weit exzentrisch gelegenen 2 Millionen-Hauptstadt, die fast ein Drittel der Gesamtbewohnerzahl beherbergt. Da machte der Völkerbund aller geopolitischen Ungunst zum Trotz das unmöglich Scheinende möglich. Er „sanierte" Österreich. Die französische, englische, amerikanische Finanz stützte die Krone, die seit September 1922 völlig stabil auf dem 14400. Teil des Vorkriegswertes steht. Der bisherige Rotterdamer Bürgermeister, Zimmerman, wacht als Generalkommissar des Völkerbundes in Wien unerbittlich darüber, daß die dem öster-

reichischen Staat geliehenen Gelder in dessen Sinne verwendet werden. Es kam das überaus starke Anziehen der Steuerschraube, die Herabsetzung der Beamtengehälter, der Beamtenabbau. Alles aber genügte nicht, und so beantragte die österreichische Regierung auf der Völkerbundratstagung im Juni d. J. die Erhöhung des Sanierungsbudgets von 350 auf 530 Mill. Goldkronen. Dieser Antrag wurde nicht genehmigt, eine endgültige Stellungnahme wurde der Vollversammlung des Völkerbundes, die im Herbst tagen soll, vorbehalten. Damit ist, schon nach Ablauf von 2 Jahren, der Erfolg des ganzen Sanierungswerkes in Frage gestellt. Österreich macht eine schwere finanzielle und wirtschaftliche Krise nach der anderen durch. Seine Handelsbilanz ist stark passiv (1923 mit 715 Mill. Goldkronen), seine gänzlich unzureichend besoldete Beamtenschaft unzufrieden, die Bundesbahnen, deren Elektrisierung allerdings tatkräftig in Angriff genommen wird, bedürfen immer noch eines Zuschusses, das Gleichgewicht in Staatsausgaben und -einnahmen ist nach seiner Herstellung um die vergangene Jahreswende erneut gestört, der Hektarertrag der landwirtschaftlich genutzten Flächen bleibt um 10—20% unter dem Vorkriegsertrag zurück, die Beschäftigung der Industrie ist infolge der Überbelastung mit Steuern und der Kreditnot bis unter 50% der Vorkriegsleistungsfähigkeit herabgedrückt. Die Finanzkontrolle seitens des Völkerbundes wird daher nicht vorzeitig aufgehoben, wie Österreich jüngst in Genf beantragt hatte.

Wie so viele andere europäische Mittel- und Kleinstaaten hat auch die Tschechoslowakei ihre Agrarreform durchgeführt. Hier zeigt sich am krassesten, was auch das Beispiel Polens (s. S. 258), Litauens, Lettlands und Estlands lehrt, daß in diesen Jahren eine jede Agrarreform in Ländern mit deutscher Teilbevölkerung zu ungunsten des Deutschtums ausläuft. Obwohl keine der sudetendeutschen Parteien (s. S. 319) eigentlich den deutschen Großgrundbesitz vertritt und daher grundsätzlich Gegner einer Bodenreform ist, lehnen trotzdem alle, die Kommunisten inbegriffen, eine Agrarreform, wie sie in der Tschechoslowakei betrieben wird, ganz entschieden ab. Denn deren einziger Zweck besteht darin, die tschechische Faust auf deutsche Heimaterde zu legen. Vielfach wurde der angeblich so staatsschädliche Großgrundbesitz belassen, indem man den den deutschen Großgrundbesitzern entzogenen Boden tschechischen Großagrariern, Industriellen und Börsianern zuschanzte. Bisweilen wurde nur ein Drittel des enteigneten Bodens kleinen Anwärtern zuerkannt, darunter tschechischen Legionären, die von Landwirtschaft nicht das Geringste verstehen. Die nächste Bodenenteignung, die 205900 ha umfassen wird, soll im Herbst dieses Jahres erfolgen. Durch sie werden etwa 20000 Güterangestellte und landwirtschaftliche Arbeiter, und zwar meist Deutsche, brotlos werden.

In das Enteignungsverfahren sind auch die an der deutschen Grenze gelegenen Wälder eingeschlossen. Da die Randgebiete fast ausnahmslos von Deutschen bewohnt werden, sind in diesen Wäldern, soweit sie Privatbesitz sind, auch größerenteils bisher Deutsche als Förster, Köhler, Holzarbeiter, Beerensucher tätig. Aus strategischen Erwägungen heraus soll die Grenzwacht hier lieber den Tschechen anvertraut werden. Der Deutsche, den man bis aufs Blut peinigt, erscheint als ein zu unsicherer tschechoslowakischer Staatsbürger.

Die entsprechenden Methoden, wie bei der Agrarreform, wenden die Tschechen bei der Entlassung und Versetzung der Beamten, in der Schulpolitik, bei der Abhängigmachung der deutschen Industrie von den nationaltschechischen Banken an. Das Ziel ist die Durchsetzung und schließlich die Auflösung des geschlossenen deutschen Sprachgebiets in Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien. Alle deutschen Privatschulen im Hultschiner Ländchen z. B. sind aufgelöst worden. Vom September ab wird in allen Hultschiner Gemeinden mit Ausnahme von Zauditz und Thröm nur tschechisch unterrichtet. Dabei haben die Gemeindewahlen im Hultschiner Ländchen vom 15. Juni d. J. den Deutschen 19, den Tschechen nur 11 Mandate gebracht. Und dieses Land mußte das Deutsche Reich im Versailler Vertrag abtreten, weil die Bevölkerung nicht deutsch, sondern tschechisch sei!

Am 1. Juni wurden in der Tschechei 2 Ausstellungen eröffnet, die weit über die Landesgrenzen hinaus Beachtung finden. Die Prager Luftzeugausstellung ist die Schaustellung des imperialistischen Tschechentums, die Aussiger Ausstellung für Kultur und Wirtschaft ein Beweis friedliebenden kulturfördernden Schaffens der Deutschböhmen.

Die Slowaken, die sich ebenfalls als bedrückte Minderheit in der Tschechei fühlen, obwohl sie den Tschechen völkisch nahe verwandt sind, fordern Autonomie: einen eigenen Landtag in Preßburg und eine eigene Regierung. Das Mindestprogramm der slowakischen Abgeordneten im Prager Parlament lautet: Gleichberechtigung, selbständige Verwaltung und eigenes Schulwesen. Eine Erreichung auch dieses Mindestzieles auf parlamentarischem Wege erscheint ausgeschlossen.

Die wirtschaftliche Lage der Tschechoslowakei ist die günstigste in ganz Mitteleuropa. Die Zahl der Arbeitslosen ist von 112 500 im Mai 23 auf 29 000 im Mai 24 gesunken. Die Zucker-, Hopfen- und Glasausfuhr hat sich gegenüber 1923 stark gehoben. Die Handelsbilanz (s. S. 319) ist nach wie vor aktiv.

In noch stärkerem Maße als für die Tschechoslowakei ist in Polen das Minderheitenproblem die Kardinalfrage staatlicher Existenz. Dieses verlangt zu seiner Lösung weiter nichts, als daß der polnische Staat die in seiner Verfassung niedergelegten und in dem (einen Bestandteil des Versailler Diktats ausmachenden) Minderheitenvertrag ihm zugewiesenen Verpflichtungen sinngemäß erfüllt. Des ist aber ein großer Teil der polnischen Führer, vor allem auf der Rechten, durchaus nicht willens. Der polnische Senatsmarschall Trompzynski forderte kürzlich allen Ernstes sogar die formale Aufhebung des Minderheitenschutzvertrages. Am furchtbarsten ist die Erregung der völkischen Minderheiten im Osten, unter den größtenteils orthodoxen Weißrussen u. Ukrainern, denen die Polen ihre Gotteshäuser nehmen, und die von dem gerade hier besonders ungebildeten polnischen Beamtentum gepeinigt werden. Diese vor zwei Jahren noch völlig politisch gleichgültigen Bauern sehen jetzt in einem Kriege zwischen Polen und Rußland die einzige Rettung. Ihr Führer sagte den Polen im Sejm Kampf bis aufs Messer an. — Auf den russischen Krieg bereitet sich Polen zielbewußt vor. Es hat es unter der Leitung seiner Kriegsminister Sosnkowski und Sikorski verstanden, die von den drei Teilungsmächten am Weltkriegsende übernommenen Truppenkörper zu einem einheitlichen Ganzen zusammenzuschweißen und durch Einführung der allgemeinen zweijährigen Dienstpflicht sich eine Friedenspräsenzstärke von 350 000 Mann zu sichern, so daß es in wenigen Jahren eine einheitlich durchgebildete Armee von mehr als 1 Million Mann Kriegsstärke besitzen wird. Alles das in denselben Jahren, in denen das mehr als doppelt so volkreiche Deutschland mit seinen 100 000 Berufssoldaten immer erneut auf seine völlige „Abrüstung" durchsucht wird! Dem Abbruch der Wiener Verhandlungen über Bessarabien ist sofort ein Schritt des polnisch-rumänischen Generalstabssyndikats gefolgt; der Chef der Operationsabteilung des rumänischen Generalstabes, General Florescu, unternahm eine dreiwöchige Informationsreise durch die polnischen Garnisonen.

Die Kosten für die Unterhaltung des Heeres machen fast die Hälfte der gesamten Staatseinnahmen aus. Die Existenz dieses Heeres bedroht somit ernstlich die wirtschaftliche Zukunft Polens. Die polnische Währung ist seit einem halben Jahr stabilisiert. An die Stelle der Polenmark ist der Zloty und der Groschen getreten, die durch die neue polnische Goldnotenbank gehalten werden. Welcher ungeheueren Opfer aber hat es bedurft, um dieses Ziel zu erreichen! An Italien mußte unter drückendsten Bedingungen das polnische Tabakmonopol verpfändet werden, um eine Goldanleihe von 100 Millionen Goldlire zu erhalten. Der berühmte Urwald von Bialowecz und andere Wälder, insgesamt 300 000 ha bester Bestände, sind auf 13 Jahre der englischen Century Trust Ltd. zur Ausbeutung überlassen worden. Da auch große Teile der Lodzer und ostoberschlesischen Industrien in englische und französische Hände übergegangen sind, stehen wir einer beispiellosen Überfremdung der nationalen Wirtschaft gegenüber, die immer noch größer werden wird, wenn der Zloty vor dem Schicksal der Polenmark bewahrt werden soll. Neben diese ausländischen

Geldquellen hat der Finanzminister Grabski ein äußerst einschneidendes Steuersystem gestellt (Vermögensabgabe, Wald- und Bodensteuer erhöhte Einkommensteuer). Es ist aber noch äußerst fraglich, ob diese ungeheuren Steuerbeträge werden eingetrieben werden können und damit die auf dem Papier nahezu erreichte Ausgleichung des Budgets 1924 Wirklichkeit wird. Denn die Lage der Wirtschaft ist eine von Monat zu Monat schlechtere. Vor allem zeigt sich in ihr die Erscheinung, die auch wir, allerdings in abgeschwächterem Maße, kennen, und die die Russen „die Schere“ nennen, d. h. die sich immer weiter ausdehnende Spannung zwischen den Preisen für industrielle und landwirtschaftliche Produkte mit ihren unliebsamen Folgen, der Absatzkrise der Industrie und der Kreditnot der Landwirtschaft. Am schwierigsten haben sich die Verhältnisse in Ostoberschlesien entwickelt, dem industriellen Rückgrat der jetzigen polnischen Wirtschaft. Hier erfüllt sich schon jetzt mit erschreckender Deutlichkeit das von deutscher Seite vor der Grenzregulierung vorausgesagte Schicksal dieses ehemals geschlossensten festländischen Montanbezirks: die Zertrümmerung in zwei Torsi und die Abschneidung von den natürlichen Bezugs- und Absatzgebieten führt den Niedergang des polnischen Teiles herbei. Dieser wird vollständig dann werden, wenn die durch den Genfer Spruch Deutschland auferlegten befristeten Beschränkungen in seiner Zollfreiheit gegenüber dem polnischen Ostoberschlesiens gefallen sein werden (Ende 1924 bzw. 1926).

Trotz dieser überaus ungünstigen wirtschaftlichen Lage erklärte der polnische Staatspräsident auf der Posenschen Messe, es seien noch nicht alle Gebiete, die zur vollen Existenz Polens notwendig seien, mit dem Mutterlande vereint worden. Also noch derselbe schrankenlose Expansionsdrang wie 1919, der zu ungeheueren Rüstungsausgaben zwingt! Bedrückung der Minderheiten, Imperialismus, riesige Heeresrüstungen, Stabilisierung des Zloty, Blüte der Wirtschaft, das sind fünf Dinge, die auch der klügste polnische Staatsmann nicht vereinigen wird. Circulus vitiosus!

Danzig ist eine Stadt, die noch nicht 6 % Polen enthält, die deutsch ist und deutsch bleiben will. Diese Erinnerung gab der Präsident Sahm den Mitgliedern des Hansischen Geschichtsvereins und den deutschen Burschenschaftern, die Pfingsten in seinen Mauern tagten, mit auf den Heimweg. Danzig kann dem Deutschtum aber nur durch angestrengteste Mitarbeit jedes Reichsdeutschen erhalten bleiben. Augenblicklich beabsichtigt Polen eine Eisenbahndirektion dorthin zu verlegen. Kürzlich wurde die für das polnische Depot in Danzig bestimmte Munition (s. S. 258) statt in dem allerdings infolge Geldmangels noch unvollendeten polnischen Kriegshafen Gdingen im Danziger Handelshafen ausgeladen und dazu für zwei Tage der gesamte Hafenverkehr von den Polen gesperrt.

K. HAUSHOFER:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER INDO-PAZIFISCHEN WELT

Die Juni-Berichterstattung steht notwendig unter dem Eindruck herber Enttäuschungen, die geopolitisch begründete Selbstbestimmungs- und Gleichberechtigungs-Wünsche wichtiger indopazifischer Lebensformen, Staaten und Völker, durch angelsächsische Mächte erfahren haben, und des Rückschlags darauf, der einerseits panasiatischen Konzentrations-Bestrebungen, andererseits Verhandlungen des in asiatischen Fragen vielfach sehr klug vorgehenden, aber auch in Zentralasien bedrängten Sowjet-Bundes zugute kommt.

Nicht nur Japan ist in der amerikanischen Einwanderungsfrage an einer für seinen Rassenstolz empfindlichen Stelle getroffen worden: es ist in dieser Frage Vorkämpfer auch Chinas und Indiens, wie der Malaio-polynesischen Welt, und erfährt dadurch in dem kritischen Augenblick des Regierungsantritts einer im Parlament und öffentlicher Meinung rückenstarken Regierung unter dem allerdings anglophilen Baron Kato einen Antrieb in für seine Urheber sehr unerwünschten Richtlinien. Denn gleichzeitig haben in den Philippinen die Vorkämpfer der Unabhängigkeit,

wie im Irak die Vertreter des Glaubens an die Wahrheit des Schlagworts von der Selbstbestimmung der kleinen Völker erfahren, wie es sich in Wahrheit damit beim Verkehr mit großen Nationen verhält; und die großen Völker Chinas und Indiens haben gleichzeitig entdeckt, daß sie ihren Willen bei kluger Ausnützung unverlierbarer geopolitischer Vorteile sowohl den britischen Imperiums-Trägern, wie der transpazifisch nicht immer glücklichen Staatskunst der Vereinigten Staaten auftrotzen können.

Der Abschluß der Verhandlungen zwischen China und Rußland im wesentlichen auf der Grundlage einer Anerkennung der Sowjetregierung durch ihren zahlenstärksten, und auf die Dauer vielleicht gefährlichsten Nachbarn, der Anerkennung des chinesischen Staatsrechts auf die Mongolei, und des russischen Wirtschaftsrechts auf die ostchinesische Bahn, neben einer Reihe von kleineren Flurbereinigungsmaßregeln, ist eine Niederlage der ozeanischen und Kolonialmächte vor der eurasischen Kontinental-Idee.

Das gleiche gilt von den Verhandlungen, die augenblicklich Vertreter aller großen indischen Parteien in London mit Vertretern des britischen Reichsgedankens führen, eben doch in der „round table" Konferenz, die den Swaraj-Vorkämpfern ursprünglich um jeden Preis abgestritten werden sollte. Wir sagten in diesen Blättern voraus, daß es doch dazu kommen werde, und zeichneten früher die günstige Stellung der vereinigten indischen Unabhängigkeitsparteien. Kennzeichnend ist, daß Lajpat Raj (ein Mann, der noch vor zehn Jahren weit eher Gefahr lief auf den Andamonen zu verschwinden, als in London al pari genommen zu werden), bei der entscheidenden Sitzung fehlte, in der als Gegengabe für eine dominonartige Stellung Indiens dessen voraussichtliches Verbleiben beim Reich festgestellt werden sollte. Er also fühlt sich nicht gebunden!

In der Tat: wer hält eine Dominion India, mit 320—30 Millionen Einwohnern, einem binnen 15—20 Jahren zu 50—75% indisierten Zivildienst, einem eigenen Heer mit beträchtlicher kontinentaler Autarkie auf die Dauer in einem ozeanischen rassenfremden Reichsrahmen fest, wenn es der Wille zur rücksichtslosen Gewalt nicht mehr kann? Carthills hier besprochenes Werk gibt mit seinem Titel die Antwort darauf: „The lost Dominion!" ist es überschrieben.

Aus folgerichtigen geopolitischen Studien ergibt sich zwanglos die Forderung an die mitteleuropäische Indologie, einen ausgewählten Kreis junger Leute nicht in erster Linie Sanskrit und Veden lernen zu lassen, sondern Urdu und Hindustani, damit sie — als machtpolitisch ungefährlich — „greifbar" am Markte stehen, wenn Indien wehr- und wirtschaftstechnisch geschulte Kräfte aus Völkern sucht, die ihm weniger gefährlich werden können, als seine jetzigen Organisatoren. „Befreite Völker pflegen nicht dankbar, sondern anspruchsvoll zu sein." Das wird auch der anglo-indische Beamtenkörper schnell erfahren, und die im gleichen Heft enthaltene Zeichnung über den geöffneten Tigerkäfig bedarf keiner erläuternden Worte. Sie hat auch für Indien Bedeutung.

Ein seit 1757 eingesperrter, häufig gereizter und hungernder Tiger, der plötzlich den Käfig offen sieht, dürfte sich mehr von Fresslust und „Ressentiment", als von objektiver Gerechtigkeit und Pazifismus leiten lassen.

Die bereits eingeleiteten japanisch-russischen Verhandlungen werden, genau wie die chinesisch-russischen, zu einem günstigen Abschluß kommen, dessen Preis das von Japan teuer zu bezahlende Nordsachalin sein wird. Dafür werden in Peking japanische und russische Botschafter, in Moskau chinesische und japanische sitzen, und die Leidtragenden werden die Vereinigten Staaten und die Raubmächte des europäischen Westens sein.

Schwierig bleibt dann die Zwischenstellung Tschang Tso Lins in der Mandschurei, der zunächst die Russen der ostchinesischen Bahn fernhalten möchte, aber in eine unmögliche Lage gerät, wenn die Sowjet-Politik und die der großen ostasiatischen Mächte sich auf einer mittleren Linie gegen die großen Kapitalträger zusammenfindet.

An anderer Stelle wurde die Bedeutung der Philippinen als Druckmesser für völkerpsychologische Stimmungen im Gesamtraum der Monsunländer betont und belegt. Es ist fesselnd, zu sehen, wie sich die jüngsten wichtigen Ereignisse für die Geopolitik des Fernen Ostens in der Philippinen-Presse widerspiegeln: die er-

neute Verweigerung der Emanzipation der Philippinen, ihre Vertröstung auf 1934 durch Präsident Coolidge, der einstweilige Abbruch der russisch-chinesischen Verhandlungen unter U.S.-amerikanischen Diplomatischen und französischem Kapital-Druck, die Wiederanknüpfung und rasche Abschließung unter heimlicher japanischer Förderung, die im Zusammenhang mit beiden Ereignissen stehende Wiederaufnahme der russisch-japanischen Verhandlungen in London und Peking.

El Comercio, El Debate, The Philippines Herald, La Nacion und La Vanguardia — alphabetisch, nicht nach einem Werturteil aufgeführt! — sind unsere Zeugen auf den Philippinen, die chinesischen Zeitungen Yi Shi Pao, Shuntien Shi Pao und Chen Pao, das Studenten-Organ mögen für das Festland-Echo als Beleg dienen.

Die hinhaltende Antwort von Präsident Coolidge nennt Nacion den Todesstreich für die Unabhängigkeitshoffnung, die sich an die beschleunigte Amerikareise von Manuel Quezon und Osmena, und die Aktion des Volksvertretungs-Sprechers Roxas geknüpft hatte, und nun wieder zurückgeworfen scheint. Vanguardia hofft, daß man die Bewegung auf Mehrheitsbeschlüsse und Resolutionen werde eindämmen können.

Philipp. Herald nennt zwar die Abreise der Unabhängigkeitskommission verfrüht, perhorresziert aber die gehässige Nadelstich-Maßnahme des U.S. Amer. Insular-Auditors Ben F. Wright, weitere Zahlungen des Unabhängigkeits-Fonds zu sperren, was — wie Commercio sagt — eben gerade der Freiheitsbewegung Gelegenheit geben müsse, nun die Mittel für Ozeanreisen ihrer Vertreter erst recht flüssig zu machen, und ihre Geschlossenheit, ihr Zusammenhalten zu zeigen, wenn eine Hemmung ihre Freiheit und nationale Ehre berühre. Jedes Mitglied des Parlaments hat einen Monatsgehalt, die Universitätsprofessoren in Manila haben 5 % ihres Einkommens, der Politik ganz fernstehende Menschen große Mittel geopfert, um nun gerade die Reise der Unabhängigkeits-Abordnung nach den Vereinigten Staaten zu ermöglichen. Dem Versuch, die Philippinen in das U. S. Amerikanische Schiffahrts-Gesetz hereinzuziehen, also das Reich tatsächlich über den Pazifik wegzuspannen, begegnet entschlossener Widerstand.

So zeigt das Philippinen-Barometer für die Süd-Ostasiatische Selbstbestimmungs-Bewegung auf Sturm: Das Sturmfeld ist durch eine unkluge Maßregel auch noch lokal gestört, und zwar gerade in einem Augenblick, wo die amerikanischen gesetzgebenden Kräfte den ostasiatischen Rassenstolz schwer beleidigen, wo China seine Ohnmacht und Unfähigkeit enthüllte, die notwendige Rückversicherung mit Rußland allein zu finden, von seinem überseeischen Vormund sich getäuscht fühlt, und ausgerechnet — Japan dafür einspringt, sich mit ernsthaften Leuten in London, und wieder in Peking mit Karachan zusammensetzt, um über die Nadelstich-Politik hinweg zu einem durch die großen Zusammenhänge Asiens geforderten Einvernehmen zu kommen, während die Vereinigten Staaten die Nadelstich-Politik gegen Philippinen, Japan — gegen wen noch, fragt Mitteleuropa — dafür aufnehmen! Freilich: „Die Sowjet-Regierung war unehrlich von Anfang an . . .“ sagt Yi Shi Pao, der bis zum jüngsten Bruch die Freundlichkeit selber gegen Sowjet-Rußland war. Aber sind es die Vereinigten Staaten nicht auch in der Unabhängigkeitsfrage von Anfang an gewesen, soweit ihnen nicht die eigene Phraseologie und Wählerschaft andere Schein-Wege zwingend vorschrieb?

Gleichzeitig geben Räubereien und ein Mord eines Missionsschülers an der Tür der amerikanischen Missionsschule in Sheklung bei Canton der Forderung nach 6 Fluß-Kanonenbooten zum Schutz der amerikanischen Missionen in China Relief. Man stand vor der Frage, entweder — unter dem Druck der amerikanischen Arbeiterforderungen — nur drei in den Vereinigten Staaten bauen zu lassen, und zerlegt herüber verschiffen zu müssen, oder sechs in Hankau zu bauen, was billiger gekommen wäre, als die drei in der Heimat gebauten! Eine solche Tagesnachricht wirft geopolitische Schlaglichter: sechs Flußkanonenboote müssen die Träger des Evangeliums des Friedens schützen, von denen China im Grunde nichts wissen will; und der Unterschied zwischen den billigeren Ostasiatenkräften und der teuren amerikanischen Arbeit ist so groß, daß man doch im Ernste daran denkt, das Unterdrückungswerkzeug der chinesischen Ströme im Herzen des

mittleren Yangtse-Beckens in Hankau von den zum Christentum wider ihren Willen zu bekehrenden Chinesen mit Dollars bauen zu lassen. Kann Aristophanes grimmigere Satiren erfinden?

Dabei hatte zu jener Zeit die chinesische Zentralregierung sogar wieder einmal Geld aufgetrieben, um ihre Beamten zu bezahlen: Militärpolizei erhielt 70%, die Bildungsbeamten, Hochschul-Professoren und Schulmeister bekamen 55%, der Rest, der weder körperliche, noch geistige Waffen zu führen in der Lage war, 40% des Gehalts auf dem Papier. Auch darin — deshalb bringen wir die Zahlen — drückt sich der gegenwärtige Zustand Chinas im Macht-Verhältnis zwischen Tutschun und „Militarismus", Konfuzianischer und Neu-Bildungs-Idee und ohnmächtiger Staats-Organisation aus, wie $7 : 5^{1}/_{2} : 4$! Man hat das selten in nüchterner zahlenmäßiger Schätzung beisammen.

Aber daneben wurde doch der Baumpflanztag am 6. April noch eingehalten; Kirin und Honan gehen mit Aufforstungen vor, die an das Musterbeispiel der deutschen Pflanzungen von Tsingtau anknüpfen; in Hunan wird die Riksha durch elektrische Kleinfahrzeuge ersetzt, und das Ganze hält kulturgeographisch und wirtschaftsgeographisch ebenso stark mit natürlichem zentripetalem Drang zusammen und wirkt auf alle Nachbarn als unheimliche Wirtschaftskraft, wie es politisch zentrifugal ist.

Noch bleiben einige geopolitische Wahrzeichen zu erwähnen: An der indischen Nordwest-Grenze hat — in der Nähe von Kotazam bei Tank — ein Trupp Mahsuds von etwa 100 Köpfen einer kleinen Grenzpolizei-Abteilung zehn Gewehre genommen, und einen Verlust von 11 Toten und 3 Verwundeten beigebracht; nur ein zufällig bekannt gewordener von den vielen kleinen Grenzhändeln, die dort nicht ausgehen; sicherlich unbedeutend, verglichen mit den Gefahren, die aus dieser Wetterecke etwa 1918 bis 1920 drohten, und durch den jüngst hier erwähnten Prozeß O Dwyer durch Aussagen der Pundschab-Behörden gerichtsbekannt wurden.

Aber wenn wir uns der dazwischen hineingeschobenen bitteren Schlappe in Wasiristan erinnern, in der die Streitkräfte des Imperiums aus dieser wilden Berglandschaft mit Begleiterscheinungen ausgekehrt wurden, die an die Varus-Schlacht mahnen, so entstehen hier unerfreuliche geopolitische Reihen!

Inzwischen leiten im gleichen Raum nicht nur Rußland, sondern auch Frankreich sehr fein gesponnene Fäden vorwärts; sie knüpfen u. a. an eine archäologische Mission in Afghanistan. M. A. Foucher, in Indien und vornehmlich an Gandhara-Ausgrabungen (zusammen mit Sir John Marshall) geschult, und A. Godard, zusammen mit H. Viollet in Samara tätig gewesen, sind zusammengespannt worden — vorderasiatische und mittelöstliche Erfahrung — um in dem wichtigsten Übergangslande die Spuren des Alexander-Zugs zwischen dem obern Oxus, den Südabhängen und Hochtälern des Hindukusch (Bamyan, Begram-Kapiça), und den Zugängen dahin von Herat, Ghazni, Kabul und Jelalabad-Pischaur zu verfolgen und auszugraben.

Das sind weit zurückliegende Dinge, die wenig mit moderner Geopolitik zu tun haben, könnte man glauben. Aber es versteht sich von selbst, daß auf diese Weise hervorragende Landeskenner herangezüchtet werden, daß nebenbei vorzügliche Routenaufnahmen, Karten, Verbindungen entstehen, denn es sind Männer von ungewöhnlicher Geschicklichkeit beteiligt und planvoll ausgewählt: Foucher, der Indologe, Godard, der an Mesopotamien geschulte Künstler, und J. Hackin, der Indolog und Schüler Fouchers, der von ihm Mitte Mai in Balkh erwartet wird, um die Ausgrabungen fortzuführen, auf die sich Frankreich das Monopol und die Hälfte der Ergebnisse gesichert hat, neben einer unschätzbaren Beobachtungsmöglichkeit an einer Stelle wichtiger politischer Neubildungen. Es genügt dafür, an die unverkennbaren Erneuerungs- und Verjüngungs-Vorgänge in Afghanistan (6 Mill. Einw. auf 558 000 qkm) und Persien (9 Mill. Einw. auf 1,6 Mill. qkm), beides künftige Menschen- und Ausfuhr-Saugräume, zu erinnern, und an die fortwährenden Versuche des Turan, seine Unabhängigkeit von dem Sowjet-Verbande wieder zu gewinnen, bald mit Hilfe türkischer (Emin, der dabei fiel), bald russischer Außenseiter. Im Turan leben zirka 8,8 Mill. Mohammedaner auf etwa 2 Mill. qkm in

Abhängigkeit von Rußland, das sie im allgemeinen ehrlich hassen, in Indien 87 Mill., die auch nicht viel für „british raj" übrig haben, und dazwischen modernisiert sich (freilich unter Zuckungen) ein kräftiger, derber, ganz unabhängiger Islam-Mittelstaat von immerhin 6 Mill. auf ähnlichem Raum, wie ihn das deutsche Reich besitzt. Wie nützlich ist es, dort eine ganz unverfängliche, langfristig wissenschaftlich arbeitende Beobachtungs-Warte zu haben!

Vom festen, durch Gebirgs- und Wüstengürtel geschützten Kontinentalboden zu Wahrzeichen in Wasser- und Luft-Hülle übergehend, verzeichnen wir ein neues Beispiel für jene plötzlichen Umwertungen, wie sie Pazifik-Inseln so leicht erfahren: (Vgl. Guam und Yap als Kabel-Anhafte-Stellen, Palmyra und Fanning als Kabel-Kreuzungs-Punkte, den Umschwung in Nauru vom völligen Vergessen-Werden zu einer Schätzung auf 30 Milliarden Goldmark Phosphatlager): Willis Island.

Es ist ein wenig über 400 m langes, sanft gewelltes, grasüberwogtes Riff, mit nur sechs Pflanzenarten, das aber nun die Australische Commonwealth eigens annektiert hat, als Sturmwarte zwischen der Korallen-See, dem großen nordostaustralischen Schiffahrts-Korridor von Brisbane nordwärts hinter dem Barriere-Riff, und dem Entstehungsgebiet der Wirbel-Dreh-Stürme, die sie gefährden, das zwischen Papua (Neu-Guinea) und den Salomonen liegt. Nun wurde das Riff als Funkstation und Warn-Stelle ausgerüstet, die unmittelbar mit Rabaul, dem alten deutschen Regierungssitz von Neu-Guinea verkehrt. Ein einziger solcher Wirbelsturm, vor dem leicht rechtzeitig gewarnt werden konnte, kostete 1918 20 Tote, und 20 Millionen Goldmark Sachschaden; aber auch sonst ist ein Außenposten für Australien an dieser Stelle nützlich, wenn er auch nur 7 m über der Hochwassermarke liegt: „kein sehr beruhigendes Gefühl in dieser Wasserwüste, deren schwere Brecher allerdings durch die Korallenrunde des Atolls abgewehrt, den innern Teil des Riffs nur mehr als Schaum-Masse erreichen". Zwei einsame Menschen bedienen die Station mit ihren 29 m hohen Masten, die nicht leicht durch die brandende, hai-wimmelnde See an Land zu triften waren. Nun fügt sich die neue Warte, mit dreiständigen Wettermeldungen, in das Sicherheitsnetz Großbritanniens ein, an der Seite der uns geraubten Südsee-Inseln, und mit ihnen im Tauschverkehr, als winziges dienendes Glied der umsichtig aufgebauten Pufferzone für die Bewahrung eines „weißen" Australiens gegen die andrängenden einheimischen Rassen, wie gegen die Urgewalt der pazifischen Natur.

Geopolitisch lehrreich sind in diesem Zusammenhang Studien über die grundverschiedene Stärke und Stellung der großen Dampfergesellschaften, der einheimischen und pazifik-fremden, die den großen Verkehrsbändern über das größte Meer dienen. Unter den japanischen ist z. B. die kräftigste nicht die äußerlich imposante, aber sehr auf die Staatsunterstützung und Konjunkturgunst abgestellte große Nippon Yusen Kaisha, obwohl sie fast eine Million t in Betrieb oder Bau, und das weitest-gespannte Netz Ostasiens besitzt), sondern die finanziell durch und durch gesunde, heimatstarke Osaka Shosen Kaisha mit einem Frachtraum von etwa nur 425000 t, aber starken und soliden Reserven, und einem Aktionärstab, der allein 1918 (60%) und 1919 (40%) tatsächlich sein ganzes Geld rückempfing, und nun die langsam zurücksinkenden Dividenden wohl ertragen kann: 1920 15%, 1921 10%, 1922 und 23 je 7%, bei 36½ Millionen Yen greifbaren Reserven, und wohl 70 Millionen Yen im Ganzen, mit Landbeteiligungen von 8½ Millionen Yen, und andern im Werte von etwa 11 Millionen, und einem mit etwa 71½ Millionen Yen zu Buch stehenden Schiffspark. In diesen Zahlen drückt sich die ungleich größere Solidität der handelsgeographischen Stellung von Osaka-Kobe gegenüber Tokio-Yokohama aus; aber doch auch die Seefahrer-Grundlage des Inselbogen-Staats gegenüber so vielen mit Verlust arbeitenden europäischen Unternehmungen (India-China z.B.), und amerikanischen (Canada Steam Sh.) in den gleichen Gewässern, oder gar den aufgelegten Schiffsräumen der Vereinigten Staaten: „idle ships and empty dockyards" wie in England als Kehrseite der angelsächsischen Knock out-Politik des Weltkriegs, des Erschlagens der Kunden.

Im Gegensatz zu diesem auf dem Meere für die indopazifischen Anliegerstaaten nicht unerfreu-

lichen Bilde zeigt eines unsrer Spottbilder die bedrückten Gefühle, mit denen Japan — dem es mit dem Flug nicht recht glücken will —, die seinen Lebensraum durchsurrenden fremden Flieger betrachtet. Immerhin hat der Weltrundflug der Angelsachsen unter wenig günstigen Vorzeichen den Indopazifischen Raum zu durchschreiten versucht, während der französische Flieger d'Oisy, weit rascher vorwärtskommend, als sie, ganz reibungslos über den französischen Horst an der persischen Küste Indien-Saigon, nur mit Bruch in Shanghai nach Tokio gelangte, wo sich ursprünglich Amerikaner, Briten und Franzosen treffen sollten, was für den so viel später abgeflogenen Franzosen ehrenvoller gewesen wäre, als für die so häufig gehemmten Herren des größten Teils der Flugstrecke, in der sie von der ihnen ungeläufigen Landesnatur so viel Widerstand erfuhren.

Dem amerikanischen Geschwader zeigten sich Aljuten und Kurilen von ihrer unfreundlichsten klimatischen Seite, schlugen den amerikanischen Führer, Major Martin am Strande von Alaska ab, bereiteten sogar dem wegmachenden Schlepper Thiepval auf seiner Kreuzfahrt ungewöhnliche Schwierigkeiten, und ließen die von den Japanern vorgeschlagene Route längs der Kurilen als unglücklich ausgewählt erkennen.

Unerwartete Stürme und Eisschollen stellten die Geduld der U. S. Torpedo-Jäger in den zwischen Rußland, den Vereinigten Staaten und Japan umworbenen Küstengewässern von Kamtschatka und den Kurilen auf scharfe Geduldproben, ganz ähnliche, wie sie sich dort augenblicklich an größeren Interessen staatsmännisch auswirken.

Nun geraten die Reste des U. S. Geschwaders in die volle Monsunwirkung von Hinterindien aus, wo der englische Rundflug, zuerst schon in Indien, am Rande der Wüste Tharr, dann in Allahabad und Assam aufgehalten, zu vorläufigem Ende kam.

Die römischen Vorläufer der Angelsachsen in der Reichsausbildung würden, abergläubisch wie sie waren, von Vorbedeutung sprechen. Die einen fanden ein Haar im Überschreiten des Pazifik und Anfliegen auf die japanische Inselzone, die andern zuerst im Mittelmeer, und dann bei den Versuchen, Indien allzu rasch räumlich zu bewältigen und darüber hinaus ins Herz der Monsunländer vorzudringen, während die leichter bepackte französische Luft-Maschine mit schnellem Entschluß und kleinen Hilfen in unabhängigen asiatischen Staaten rascher in Tokio ans Ziel gelangte....

F. TERMER:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER ATLANTISCHEN WELT

Die Folgen der Mandatsherrschaft in den früheren deutschen Kolonien in Afrika treten immer deutlicher hervor. Die einst blühenden Kulturen auf den zahlreichen mit modernen technischen Einrichtungen versehenen Farmen sind vernichtet, die Lage der Eingeborenen hat sich in sozialer wie wirtschaftlicher Hinsicht erheblich verschlechtert, um die Sanierungsverhältnisse, für die die deutsche Kolonialverwaltung so hervorragend bemüht war, hat sich kaum jemand ernstlich gekümmert. Die Zustände sind schon soweit gediehen, daß selbst Presseorgane der Mandatsmächte es für nötig halten, nachdrücklich auf diese Schäden aufmerksam zu machen. Die belgische Kolonialverwaltung ist weder dazu fähig, die Ausbeutung der Schwarzen zu hindern, noch vermag sie dem Unwesen farbiger Zwischenhändler mit Nachdruck entgegen zu treten. Immer lauter werden die Stimmen, die sich gegen die Lotterwirtschaft auf der Kongobahn erheben, die sich als völlig unzureichend für den gesteigerten Warenverkehr erwiesen hat. Geschieht schon hier nichts für die Abänderung der Übelstände, so kann es erst recht nicht wundernehmen, wenn dieselbe Kolonialverwaltung im fremden Hause überhaupt sich um nichts kümmert, wie das mit dem unter belgischer Aufsicht stehenden Teile Deutsch-Ostafrikas der Fall ist.

Daß hier schleunigst Wandel geschaffen werden muß, wenn nicht einer der wertvollsten

tropischen Teile Afrikas auf lange hinaus wirtschaftlich völlig ruiniert werden soll, ist von einsichtigen Kolonialpolitikern auf der gegnerischen Seite eingesehen worden. Ein gewisser Lichtblick für das Deutschtum in Afrika ist das zwischen der südafrikanischen Union und Deutsch-Südwest-Afrika getroffene Abkommen, das Klarheit in die staatliche Stellung der deutschen Ansiedler gebracht hat. Mit einer hoch anzuerkennenden Zähigkeit haben die im Lande verbliebenen Deutschen auf ihrem Standpunkte verharrt, daß ihre deutsche Staatsangehörigkeit ihnen auch unter den veränderten politischen Verhältnissen innerhalb des Verbandes der Union erhalten werden müsse. Aber der gewandte Minister Smuts fand noch einen anderen Ausweg aus diesen Schwierigkeiten, bei dem es sich schließlich herausstellte, daß die Deutschen dabei nicht haben ihren Willen durchsetzen können. Er ließ sich 1923 vom Völkerbund die Ermächtigung zu einem Gesetz geben, nach dem die südwestafrikanischen Deutschen nach Ablauf einer bestimmten Frist ohne weiteres südafrikanische Staatsangehörige würden, wenn sie nicht ausdrücklich ihren Gegenwillen kundgegeben hätten. Nach Zustimmung des Völkerbundes trat Smuts mit der deutschen Regierung in Verhandlungen, die zu dem geheim gehaltenen Londoner Abkommen vom Oktober 1923 führten, und berief danach eine Anzahl angesehener „Südwester" nach Kapstadt zu einer Besprechung, die im Januar d. J. stattfand unter Beteiligung des deutschen Generalkonsuls. Diesen eröffnete er sodann den Inhalt der Vereinbarungen, die ein endgültiges Abkommen darstellten. Die Erfolge für die Südwestafrikaner sind zwar gering, aber stellen dennoch manchen Fortschritt dar. Die Union sichert den zu Unionbürgern werdenden Deutschen der Kolonie die gleichen Rechte und Pflichten wie allen ihren anderen Bürgern zu; die deutsche Sprache soll „nach Möglichkeit" im behördlichen Verkehr mit den Deutschen angewandt werden, die deutschen Kirchen und Missionen verspricht man zu fördern. Am weitesten sind die Zugeständnisse der Union in der Schulfrage — ein Lichtblick in dem Vertragsinstrument. Die deutschen Schulen in Swakopmund und Windhoek sollen auf zwei Jahre Unterstützungen erhalten, ein Erfolg, der in erster Linie der unentwegten Tätigkeit der Schulvereine in den Kolonien zu danken ist. Ebenso wichtig ist ferner die Bestimmung, daß die in der Union geltenden Einwanderungsbestimmungen für D.S.W.-Afrika Geltung haben, so daß jetzt auch wieder Deutsche dahin auswandern können. Um die schweren finanziellen Verluste der Farmbetriebe zu beheben, sind auch deutsche Mitglieder in den Aufsichtsrat der Landbank berufen worden. Die Pensionen früherer deutscher in den Kolonien verbliebener Zivilbeamter sind von der Union übernommen worden. Endlich sollen die Deutschen und ihre Nachkommen auf 30 Jahre nicht zum Kriegsdienst gegen Deutschland herangezogen werden. Ist somit den wesentlichsten Wünschen der deutschen Ansiedler nicht entsprochen worden, so ist man ihnen doch auf anderem Wege wieder weit entgegengekommen, was im Interesse einer zukünftigen deutschen Kolonialpolitik noch von Nutzen sein wird.

Innenpolitisch hat sich die Lage in Südafrika erheblich zugespitzt und schließlich zum drohenden Sturz des Kabinetts Smuts geführt. Es stehen sich zwei große Parteien im Kampf um die Herrschaft gegenüber, die „Zuidafrikaanische Partij" und die „Nationalistische Partij" (bekannt als die „Zappen" und „Natten"). Bis jetzt hatten die „Zappen" das Heft in der Hand gehabt unter der Führung von Smuts, der die Union als eine Schwesternation Englands und einen integrierenden Bestandteil des britischen Imperiums ansieht. Infolgedessen gehört zu dieser Partei die Mehrheit der englisch sprechenden Bevölkerung, die Holländer, die Industriellen und Großgrundbesitzer, die Finanzwelt und höhere Beamte. Die Partei der „Natten" hingegen steht unter Führung von General Hertzog. Zu ihr gehört die alte Burenbevölkerung, Niederländer, Deutsche. Eine bodenständig afrikanische Republik oder auch eine Personalunion mit England ist ihr Ziel. Die Interessen der Union stehen ihnen über denen des Imperiums. Die Engländer erscheinen ihnen als nicht Gleichberechtigte. Anhänger der Partei sind die burischen Professoren, Lehrer und namentlich die Geistlichkeit.

Die schon seit einiger Zeit schwierige Lage der Regierung Smuts verschärfte sich in der letzten Zeit zusehends, je näher die im kommenden Jahre

fälligen Wahlen rückten; die Opposition wuchs, als verheerende Dürren und Heuschreckenplage zu einer Mißernte und damit wirtschaftlichen Depression führten. Am schärfsten wurde der Widerspruch, als die Regierung einen Gesetzentwurf über provinzielle Gelder einbrachte, nach dem den Provinzen erhebliche Geldmittel gestrichen werden sollten. Die Opposition ist verstärkt worden durch Zusammenschluß der „Natten" mit der Arbeiterpartei zu einer Arbeitsgemeinschaft. Smuts hat demgegenüber nun die Niederlage eines Regierungskandidaten bei einer Zusatzwahl in Wakkerstroom zum Anlaß genommen, das Parlament aufzulösen und für den Juni Neuwahlen anzuberaumen. Infolgedessen wird auch der Prinz von Wales die beabsichtigte Reise nach Südafrika aufschieben. (Inzwischen ist an die Stelle von Smuts General Hertzog als Ministerpräsident getreten.)

Die Bestrebungen gegen die in Transvaal und Natal ansässigen Inder sind noch nicht zum Ziele gelangt. Vielmehr werden heftige Debatten zwischen den extremen Verfechtern einer unbedingten Ausschließung der asiatischen Farbigen mit ihrer Ausweisung aus Südafrika und den gemäßigteren Anhängern der Class area Bill geführt (siehe Heft 4 dieser Zeitschrift, Seite 263). Die Regierung selbst geht hier langsam und vorsichtig zu Werke; sie möchte die Bill zunächst nur als Experiment aufgefaßt wissen. Diese zögernde Handlungsweise wird um so verständlicher, als die Inderfrage eng mit der Arbeiterfrage und daher mit der ganzen südafrikanischen Wirtschaft verknüpft ist. In dieser steht die Edelmetallgewinnung an Gold und überhaupt die Minenindustrie im allgemeinen an der Spitze. In der Goldgewinnung wetteifern zwei Gesellschaften um den Vorrang, die Crown Mines Ltd. und die Modderfontein Government Ltd. (auch State Mines genannt), von denen die erstere heute das Übergewicht besitzt.

Der Ausbau der südafrikanischen Verkehrsmittel nimmt seinen Fortgang. In Natal werden die Staatsbahnlinien elektrisiert, wobei als erste die Linie Glencoe – Pietermaritzburg mit 275 km Länge in Betrieb genommen wird. Die Strecke erreicht mit 1500 m ü. M. ihren Scheitelpunkt und hat den stärksten Verkehr zu bewältigen. In der Hauptsache werden hier Kohlen nach Port Durban transportiert. Die Materiallieferung ist schweizerischen Firmen neben englischen übertragen worden, während die deutsche Firma Krupp den Auftrag für 6000 t Eisenbahnschienen erhalten hat. —

England sucht nach neuen Anbaugebieten für Baumwolle in seinem afrikanischen Kolonialreich. Die besten Zukunftsaussichten versprechen in dieser Richtung Uganda, Kenya, Tanganjika, das Nyassaland und Nord Rhodesien, das seit dem 1. April d. J. britisches Protektorat geworden ist. Man sieht die Durchführung einer wirklich erfolgreichen Produktion nur dann als gesichert an, wenn man die Eingeborenen mit ihr betraut. Infolgedessen hat sich ein Komitee gebildet, das alle mit diesem Problem zusammenhängenden Eingeborenenfragen (Recht, Landbesitz, soziale Verhältnisse, kaufmännische Fähigkeiten) untersucht. Man will den Schwarzen zur Produktion gewissermaßen erziehen, indem man Musterfarmen anlegt, auf denen die Eingeborenen vorgebildet werden. Die Entwicklungsmöglichkeiten des Anbaus sind jedenfalls in den Gebieten sehr bedeutend, wenn, wie es den Anschein hat, der Anbau im Kleinfarmbetrieb durch Eingeborene besorgt wird.

So hat Uganda einen glänzenden Verkehrsaufschwung hauptsächlich der guten Baumwollernte zu verdanken. Man hat die Hauptstrecke der Ugandabahn von der Küste nach Nairobi mit schweren Schienen versehen und so modernisiert. Insgesamt umfaßten die Linien der Ugandabahn Ende 1923 ca. 300 Meilen. 1924 werden 160 Meilen Umbauten dazukommen. Die Ugandabahnverwaltung hat jetzt außer der Kontrolle der Bahnen in Kenya und Uganda sowie des Dampferdienstes auf dem Viktoriasee auch diejenige über sämtliche Häfen in Kenya erhalten.

Die Regierung der südafrikanischen Union hat den interessanten Versuch unternommen, lebendes Mastvieh nach England zu verschicken, und zwar in der Zeit, wenn die Zufuhren aus den Vereinigten Staaten, Canada und Irland gering sind (August bis April). Zunächst hat man 350 Stück Vieh aus Deutsch-Südwestafrika nach Liverpool verladen, das dort alsbald nach der Landung geschlachtet werden soll. Es ist dies seit 30 Jahren wieder der erste derartige Versuch.

Der Streit zwischen Italien und England um das Jubaland (vgl. diese Zeitschrift Nr. 4, Seite 264) nähert sich seinem Ende und dürfte Italien den Erwerb der gewünschten Landschaften bringen. Die Grenze soll von der Mündung des Dauaflusses in den Jubafluß über El Wak nach Dicks Head führen. Es fragt sich nun, welche Bedingungen England mit diesen Kompensationen verknüpfen wird. Nachdem Mac Donald und Mussolini durch direkte Verhandlungen zu einer prinzipiellen Verständigung gelangt waren, ist nunmehr eine Konferenz anberaumt worden, die die verschiedenen Einzelheiten der Frage lösen soll. Am wichtigsten ist hierbei die Behandlung der nomadisierenden Somali-Stämme, durch deren Wandergebiet die neue Grenze verlaufen soll. Das schwierigste Hindernis, das bisher der befriedigenden Lösung der kolonialen Kompensation Italiens entgegenstand, war die von Lord Curzon vertretene Ansicht, daß damit die Lösung der Dodekanesfrage verbunden sein müsse. Er wollte, daß Italien diese seit 1911/1912 in Besitz genommenen Inseln Griechenland auf Grund der nationalen Selbstbestimmung zurückgeben müsse. Mac Donald hat jetzt von dieser Politik seiner Vorgänger abgelassen, und es muß sich zeigen, wie sich Italien und Grichenland über die schwierige Inselfrage einigen werden. —

In den amerikanischen Ländern der Atlantischen Welt ist eine Reform bemerkenswert, die der rührige Präsident von Venezuela, General Gomez angekündigt hat. Demnach soll jeder Einwohner des Staates, der vermögenslos ist, aber sich durch Fleiß und Tüchtigkeit auszeichnet, die Möglichkeit erhalten, sich kostenlos ein Stück Land zu erwerben, das aber unveräußerlich bleiben soll.

In Brasilien sind Bestrebungen im Gange, eine Masseneinwanderung Deutscher im größten Stile in die Wege zu leiten. Bis jetzt leben insgesamt 52 870 Deutsche dort, von denen aber nur 6678 in den elf größeren Städten wohnen. Die Mehrzahl wohnt als Siedler in den kleineren Städten oder auf dem Lande. Bedeutende deutsche Kolonien bestehen in Pernambuco (1 316), Porto Alegre (3 179), Curityba (1 861) und Florianopolis (323).

Die Regierung bemüht sich um eine Senkung der allgemein hohen Lebenshaltungskosten, die zum großen Teil durch ein Schieberunwesen in der Nahrungsmittelbranche hervorgerufen wurden. Es sind eine Reihe von Bestimmungen erlassen worden, die die Milchbelieferung dem Departement für öffentliche Gesundheit überträgt. Das Marineministerium errichtet Niederlagen für Fische und schaltet die Zwischenhändler aus. Unter amtlicher Aufsicht stehende Großschlächtereien verkaufen zu amtlichen Preisen ihre Waren. Die Ausfuhrzölle auf Weizen und Mehl will man um 40% ermäßigen. Endlich hat das Ackerbauministerium die Befugnis erhalten, eine Kontrolle der privaten Lebensmittelvorräte vorzunehmen und gegebenenfalls Beschlagnahmungen durchzuführen.

Zwischen den Vereinigten Staaten, Panama, Venezuela, Uruguay, Ecuador, Chile, Guatemala, Nicaragua, Brasilien, Columbien, Cuba, Paraguay, der Dominikanischen Republik, Honduras, Argentinien und Haiti ist ein Vertrag unterzeichnet worden, der sich auf die Vermeidung von Konflikten unter den Vertragsgegnern bezieht. Er ist ein Ergebnis der großamerikanischen Konferenz zu Santiago im Jahre 1923. Alle nicht auf gewöhnlichem Wege zu lösenden Schwierigkeiten sollen einer besonderen Kommission zur Schlichtung unterbreitet werden, aber die Beschlüsse derselben haben keine rechtliche Verbindlichkeit, was besonders beachtenswert ist.

F. TERMER:
LITERATURBERICHT ÜBER DIE ATLANTISCHE WELT

Indian Days in The Canadian Rockies von Marius Barbeau, Illustrationen von W. Langdon Kihn. The Macmillan Co. of Canada, Toronto, 1924. 208 Seiten, 15 Abbildungen, 1 Karte.

Barbeaus Buch, das durch Kihns recht künstlerische und interessante farbige Tafeln vorzüglich unterstützt wird, macht den Versuch, das Leben und die Kultur der nur noch wenige Hundert zählenden Indianer in den Alberta Reservaten zu schildern und ihre Vergangenheit zu reconstruieren. Es handelt sich hier hauptsächlich um die Blackfoot, Sarcee und Stony Indianer. Recht gelungen ist die Wiedergabe der Geschichte des Indianers Gustlee. Der Verfasser ist der Meinung, daß, da die Eingeborenen ihre eigene Kultur nicht gegen die Weißen behaupten können, sich aber anderseits nicht anpassen können, sie dem Untergang geweiht sind. Er wirft aber die Frage auf, inwiefern die europäische Bevölkerung mit indianischem Blut vermischt ist und meint, daß, wenn auch die reinblütigen Eingeborenen verschwinden werden, viele ihrer Eigenschaften weiterleben werden, daß kurzum, ehe sie verschwunden sind, sie der Bevölkerung einen unauslöschlichen Stempel aufgedrückt haben werden. Die Beschreibung des allmählichen Zurückdrängens der Indianer durch die Weißen, denen allmählich der Westen seit dem Anfang des letzten Jahrhunderts erschlossen ist, ist auf guten Quellen aufgebaut. Nicht ganz unrecht ist sein Vergleich des Lebens der Indianer in den Reservaten mit dem der Tiere in den Schonparks Canadas. L. Hamilton.

Bürger, Otto: Peru. Ein Führer durch das Land für Handel, Industrie und Einwanderung. Mit einer Karte, 16 graphischen Tafeln und drei Figuren im Text. Leipzig. Dieterich'sche Verlagsbuchhandlung, 1923.

Das sehr fleißige Werk bringt in anerkennenswerter Vollkommenheit einen Überblick über alles, was einen Praktiker interessiert, der sich über diesen wichtigen Staat unterrichten will. Die Angaben des Verfassers sind gewissenhaft und beruhen auf dem ihm erreichbaren neuesten Material. Land und Volk, Wirtschaft und Einwanderung sind die drei Hauptabschnitte, in die das Buch zerfällt, jeder in sich wieder in eine Anzahl Unterabteilungen gegliedert, so daß dadurch Benutzung des Buches erleichtert wird. Entsprechend seiner Bestimmung als Nachschlagewerk haben sich natürlich an manchen Stellen einfache statistische Aufzählungen nicht vermeiden lassen, die solche dann schwerfällig gestalten. Alles in allem aber wird hier dem deutschen Überseewanderer ein durchaus zuverlässiges und nützliches Buch geboten, das ihn gut in sein neues Wirkungsbereich einführt. F. Termer.

Indianer (Die Indianerstämme des Ostens und der Prärien Nord-Amerikas nach Darstellungen aus der Zeit von 1590-1850) von Hermann Dengler, VII und 80 Seiten, 96 Illustrationen, Franckh'sche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart, 1924.

Dieses Buch ist das erste einer Serie illustrierter Monographien, die die ganze Rasse der Indianer in Amerika behandeln werden. Der genannte Band kann natürlich nicht Hamlin Garlands Werk "The Book of the American Indian" mit seinen Illustrationen von F. Remington gleichgestellt werden, aber er wird nützlich sein für die, welche einen schnellen Überblick über den Indianer in Amerika und seine Kultur von bestimmten historischen Punkten an gewinnen wollen. Das Buch erhebt keinen Anspruch auf Originalität, es ist vielmehr eine Kompilation von Illustrationen, die aus den Werken von Champlain, De Bry, Mc Kenna, Schoolcraft, Kurz, Bodner, Catlin, dem Prinzen von Wied, Eastmen und andern genommen sind. Der Nachteil des Buches ist, daß es mit dem Jahre 1850 abschließt, und infolgedessen haben keine von den Reproduktionen die Genauigkeit und Zuverlässigkeit von Photographien. Die meisten der Illustrationen datieren aus der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts und sind daher von der Romantik dieser Periode überhaucht, die oft weit

von der Wahrheit entfernt ist. Zum Vorteil gereicht es dem Buch, das es Illustrationen aus Werken reproduziert, die man sicher nicht auf dem Bücherbrett des Durchschnittspublikums findet. Unter jedem Bild ist eine kurze Beschreibung, die die entsprechende Tatsache meist richtig wiedergibt. Man ist nur etwas erstaunt, Benjamin Wests Bild von dem Tode Wolfes nur wegen des Indianers im Vordergrund reproduziert zu sehen. Die Figur links von ihm ist nicht die eines Waldläufers, sondern die von Sir William Howe. Einband und Druck sind ausgezeichnet. L. Hamilton.

Eingeborenen-Bevölkerung, Wissenschaftliche Beiträge zur Frage der Erhaltung und Vermehrung der Ergebnisse der Eduard Woermann-Preisaufgabe. (Hamburgische Universität, Abhandlungen aus dem Gebiet der Auslandskunde. Band 13, Reihe D. Medizin, Band 1. Hamburg, L. Friederichsen, 1923. VII und 148 S.

Zwei ausgezeichnete Arbeiten über das Eingeborenenproblem in Deutsch-Ost-Afrika unter besonderer Berücksichtigung der Wadschagga, von guten Kennern, den Ärzten Carl Ittameier und Hermann Feldmann, auf Grund einer Preisaufgabe der Hamburger Universität eingereicht. Die Säuglingssterblichkeit, die erstaunlich hohe Ziffern in unserer ehemaligen Kolonie erreicht, wird als das Grundübel des Bevölkerungsrückganges besonders ausführlich behandelt. Sie wird durch die ansteckenden Krankheiten, mangelhafte Hygiene, durch soziale Einrichtungen und religiöse Vorurteile hervorgerufen. Andere durch die Kolonialwirtschaft bedingte Momente (Arbeiterfrage) treten als weitere schädigende Einflüsse für den Rückgang der Bevölkerung im allgemeinen hinzu. Beide Verfasser geben wertvolle Winke zur Behebung dieser Schäden, an der Regierung und Mission zusammen sich zu betätigen haben. Ihre praktischen Erfahrungen kommen beiden Autoren hierbei sehr zu statten. Gerade jetzt nach dem Kriege hat die Eingeborenenfrage in Deutsch-Ost-Afrika erhöhte Bedeutung erlangt, nachdem der Krieg selbst schwere Verluste den Eingeborenen gebracht hat. Nur wenn man ihre Lage bessert, wird ein neuer wirtschaftlicher Aufschwung der Kolonie möglich sein. Eine Anzahl lehrreicher statistischer Tabellen ist besonders der Abhandlung von Ittameier beigegeben. F. Termer.

Harms, H.: Erdkunde in entwickelnder, anschaulicher Darstellung. III. Band, 2. Teil. Amerika. Mit 153 Abbildungen. Unter Mitarbeit von Dr. W. Gerbing, herausgegeben von A. Sievert. Leipzig, List & von Bressendorf, 1923. 260 S.

Eine knapp gefaßte, dabei auf den neuesten Stand gebrachte länderkundliche Übersicht über den Doppelkontinent, in die zur Charakterisierung einzelner Landschaften Reiseberichte aus alter und neuer Zeit eingeflochten sind. Die Auswahl derselben ist gut getroffen. Begrüßenswert ist die besondere Berücksichtigung, die das Auslandsdeutschtum erfahren hat. Die Wiedergabe und Auswahl der Bilder hätte vielfach besser geschehen können. Moderne illustrierte länderkundliche Schriften über Amerika haben nicht mehr nötig, auf alte teilweise direkt falsche oder nichtssagende Abbildungen aus an sich schon weniger guten älteren Schriften zurückzugreifen. F. Termer.

Koppers, Wilhelm: Unter Feuerland-Indianern. Eine Forschungsreise zu den südlichsten Bewohnern der Erde mit M. Gusinde. Mit 74 Abbildungen auf Tafeln und im Text. 1 Karte. Strecker & Schröder, Stuttgart 1924.

An weitere Kreise wendet sich der bestens bekannte Ethnologe in diesem spannend geschriebenen Buche, das seine im Verein mit dem am Museum zu Valparaiso tätigen Kollegen Gusinde unternommene Reise nach Feuerland schildert. Die Ergebnisse der nur auf Erlangung völkerkundlichen Materials angelegten Expedition sind bedeutsame gewesen. Denn durch die im einzelnen geschilderte Aufnahme der beiden Forscher in den Stammesverband der Yaghan-Indianer war es ihnen möglich, bisher gänzlich Unbekanntes über die Religon dieser Primitiven zu erfahren, die noch Darwin als religionslos hingestellt hatte und die man daher als einen der geistig am tiefsten stehenden Stämme zu bezeichnen pflegte. Den beiden Missionaren gelang es durch das erworbene Vertrauen der Eingeborenen das ängstlich gehütete Geheimnis eines höchsten Wesens ans Licht zu ziehen und so den Nachweis zu erbringen, daß schon auf dieser tiefen Kulturstufe ein echter Monotheismus vorhanden ist. Im übrigen ist der gesamte Inhalt des

Buches der geistigen Kultur der Yaghan gemidmet, so daß es in seiner faßlich geschriebenen Form auch dem Nichtethnologen die Lektüre recht anregend zu gestalten vermag. Eine Reihe interessanter Abbildungen erläutert den Text in dankenswerter Weise. F. Termer.

Kornerup, Ebbe: Das Land der Inkas. Berechtigte Übersetzung aus dem Dänischen von Else von Hollander. Mit zahlreichen Abbildungen. 2. Aufl. Stuttgart o. J. Franckh'sche Verlagsbuchhandlung.

Lebendig geschaute Bilder des Landes und seiner Bewohner, die auf persönlichen Reiseeindrücken beruhen. Das Buch wendet sich an einen größeren Leserkreis und ist daher feuilletonistisch gehalten. Leider begegnen oft falsch geschriebene indianische Namen. Auch die Abbildungen lassen zu wünschen übrig. F. Termer.

Martin, Carl: Landeskunde von Chile. 2. vermehrte u. verbesserte Auflage. Herausgegeben von Dr. Christoph Martin. Mit einem Lebensumriß des Verfassers, 141 Abb. u. einer Karte. XXIX u. 786 S. Hamburg 1923, L. Friederichsen & Co.

Die zweite wesentlich erweiterte Auflage des grundlegenden Werkes über Chile ist dem Wunsche des Sohnes des Verfassers zu verdanken, die vergriffene und in manchem schon veraltete erste Auflage als einen Markstein deutscher Gelehrsamkeit und Gründlichkeit auch weiterhin dem deutschen Volke zu erhalten. Für die Neubearbeitung der einzelnen Abschnitte sind Fachkenner im Lande, sämtlich Deutsche, bis auf den chilenischen Verfasser des Abschnitts über das Heerwesen, gewonnen worden, die das vorhandene Material geprüft und durch neues vermehrt haben.

In diesem Zusammenhange interessieren besonders die Ausführungen über die Bevölkerung, die Volkswirtschaft und das Staatswesen. Ohne bei der Fülle des gebotenen Stoffes auf alle Einzelheiten eingehen zu können, sollen hier nur einige Punkte hervorgehoben werden. Die Bevölkerungsverhältnisse haben eine gründliche Neubearbeitung durch Dr. Chr. Martin erfahren und sind damit auf den Stand der heutigen Zeit gebracht worden. Nach den neuesten Schätzungen beträgt die Zahl der indianischen Urbevölkerung gegenwärtig etwa 126 000 Seelen, während die Gesamtbevölkerung 1920 sich auf 3,7 Mill. Seelen belaufen haben soll, was einer Volksdichte von 5 entspricht. Die Landbevölkerung überwiegt etwas die Stadtbevölkerung (2 Millionen gegenüber 1,7 Millionen). Die Sterblichkeit ist im allgemeinen ziemlich hoch. Sie erreicht in der Provinz Santiago 3,58 %, geht aber in Magellanes auf 1,89 % herunter. Die Kindersterblichkeit namentlich unter den umherstreifenden Indianern erreicht einen großen Prozentsatz, ist aber auch bei der nicht indianischen Bevölkerung nicht unbedeutend, doch wird sie hier durch eine hohe Fruchtbarkeit wieder einigermaßen ausgeglichen.

Ausführlich werden die Gesundheitsverhältnisse des Landes und die verbesserten öffentlichen hygienischen Einrichtungen des Staates besprochen. Ein besonderer Abschnitt ist den Fremden gewidmet, deren Zahl fast 116 000 beträgt. In abgerundeten Ziffern verteilen sie sich auf 70 000 Europäer, 39 000 nichtchilenische Amerikaner und 8000 Angehörige anderer Erdteile, unter denen Türken und Chinesen mit über 5 000 bezw. 2 000 überwiegen. Engländer und Deutsche sind das wirtschaftlich wichtigste Fremdenelement in der Republik. Die 1917 gezählten 20 000 Deutschen haben kaum in den letzten Jahren an Zahl zugenommen. Neuerdings aber treten sie in Santiago, Valparaiso und Concepciòn stärker als früher hervor. Hier liegt der Kernpunkt des Deutschtums in dem Staate, wogegen in den kleineren Orten im Süden wie Puerto Montt, Valdivia u. a. die Verwelschung Fortschritte macht.

Der volkswirtschaftliche Teil hat eine durchgreifende Umarbeitung erfahren. Aus ihm läßt sich der Fortschritt erkennen, den das Land in vielfacher Hinsicht erreicht hat. Der Abschnitt über Staat und Kirche ist gründlich einer Neubearbeitung unterzogen worden und hat damit gegen früher wesentlich gewonnen.

Dem Werke ist eine Karte der Republik im Maßstab 1 : 5 000 000 beigegeben, die auf der Stielerschen beruht. Die neuen Eisenbahnlinien sind auf ihr nachgetragen.

Wesentlich verbessert gegen früher ist die Ausstattung des Werkes mit Bildern, wodurch es nur

gewonnen hat. Dem Verlag kann man dafür wie überhaupt für die Neuherausgabe des Buches nur dankbar sein. F. Termer.

Sapper, Dr. Karl, Amerika: Eine Übersicht des Doppelkontinents. Sammlung Göschen, Bd. 855/56. Berlin u. Leipzig. 1923. 112 u. 156 S.

Die beiden Bändchen sind vorzüglich geeignet, eine Einführung und allgemeine Übersicht über die Gesamtverhältnisse beider Amerika zu geben. Seinen besonderen Wert erhält das Werk durch die stete Berücksichtigung geographischer und kultureller Zusammenhänge, die zweckdienliche Zusammenfassungen ermöglicht. Sehr deutlich wird dieser Vorteil im ersten Band bei der Herausarbeitung der allgemeinen Charakteristik der beiden Erdteile. Sie geschieht in der naheliegenden Gegenüberstellung von Nord- und Südkontinent. Vorausgeschickt ist als Einleitung die geschichtliche Einbeziehung der „Neuen Welt" in unser geographisches Wissen. Die Hereinnahme systematischer Elemente, die bei Behandlung der geologisch-morphologischen Verhältnisse des Doppelkontinentes geübt wird, dürfte bei der Absicht des Werkes ein Vorzug sein. Innerhalb der zonalen Klimaeinteilung sind dann die wichtigen Differenzierungen der einzelnen Länder in diesen Zonen eingehender verfolgt. Die Verteilung von Pflanzen und Tieren, deren Artenreichtum und Verschiedenheit, werden in Rücksicht auf geologisch-geschichtliche und klimatologische Bedingtheit dargestellt.

Band II ergänzt das physische Bild kulturgeographisch. Während das, was über die Indianerrasse und deren Kultur gesagt wird, vielfach nur noch geschichtlichen Wert hat — eine gewisse kulturelle Bedeutung, besonders wirtschaftlicher Art wird anerkannt —, sind die Probleme, die mit der Einführung der anderen Rassen, Neger und Asiaten, verknüpft sind, noch heute von größtem Interesse. Als äußerst wichtig zum Verständnis und zur Kenntnis des gegenwärtigen Amerika findet das europäische Element und die europäische Kolonisation eine eingehende Darstellung. Der geschichtlichen Entwicklung und den Verschiedenheiten des germanischen und lateinischen Amerika in allen Zweigäußerungen kulturellen Lebens wird ein breiterer Raum gewidmet. Die allgemeine wie die individuelle Charakterisierung der staatlichen Verhältnisse gewährt manche geopolitisch interessante Ausblicke. Die letzten Abschnitte über Produktion und Handel und über den Verkehr zeigen Amerikas unerschöpfte wirtschaftliche Möglichkeiten auf, besonders nachdem amerikanischer Unternehmungsgeist die vorhandenen Verkehrsschwierigkeiten in bewunderungswürdiger Weise überwindet. M. Steinmüller.

Schönemann, Friedrich: Die Kunst der Massenbeeinflussung in den Vereinigten Staaten von Amerika. Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart, Berlin und Leipzig 1924. (Politische Bücherei) 212 S. Geb. M. 6.—

In dieser auf reichen persönlichen Erfahrungen beruhenden Abhandlung zeigt sich, durch eine Fülle neuesten Materials gestützt, die außerordentliche Bedeutung einer die ganze Union umfassenden Propaganda für die gegenwärtige politische Einstellung der Vereinigten Staaten. Schule, Kirche, die amerikanische Frau, die Presse, das Kino, die Geschäftswelt und die Klubs werden als die Hauptträger dieser Propaganda besprochen, die durchaus keine Kriegserrungenschaft ist, sondern schon lange Jahre vorher ihre, die öffentliche Meinung einseitig beeinflussende Wirksamkeit ausübte, wie an Beispielen aus dem Anfang dieses Jahrhunderts dargetan wird. Trotz ihrer englischen Vorbilder hat sie sich zu einer echt amerikanischen Einrichtung zu machen gewußt, hat die englisch gefärbten Berichte der Kriegszeit noch besonders für die amerikanische Volkspsyche umgewandelt. Es ist lehrreich, aus den Darlegungen des Verfassers zu entnehmen, in welcher völligen Unkenntnis man in Deutschland über diese Verhältnisse in den Vereinigten Staaten geblieben ist, und er hat sich damit ein Verdienst erworben, einmal in durchaus sachlicher Weise auf diese Tatsache hinzuweisen. In der systematischen Einleitung über Politik und Propaganda nimmt er Gelegenheit, auf diesen Mangel bei uns näher einzugehen und hier auf Grund seines langjährigen Aufenthaltes in der Union mit freiem Blick für das Schädliche und Gute in unserem politischen Denken und Handeln wertvolle Urteile abzugeben. Aus den Darlegungen geht hervor, wie wichtig in dem heutigen politischen Leben Propaganda überhaupt ist, worunter

Verfasser „jedes einheitliche, planmäßige und geordnete Verfahren der Gedankenvertretung und Gedankenausbreitung" verstanden wissen will. Für unsere Kenntnis über das politische Leben in den Vereinigten Staaten ist das Buch eine wesentliche Bereicherung und kann viel zu einer verständnisvollen Beurteilung der Union beitragen.

F. Termer.

Urrutia, Claudio: Mapa del Estado de Guatemala, República de Centroamerica. Compilado por Dispsoción del Supremo Gobierno. Casa Editora: L. Friederichsen y Cia. Hamburgo. Maßstab 1 : 400 000.

Der guatemaltekische Ingenieur Cl. Urrutia hat sich durch diese neue Karte seines Heimatlandes ein großes Verdienst erworben. Ist sie doch seit den Kartenwerken Karl Sappers aus den 90 er Jahren des vergangenen Jahrhunderts die erste auf gründlicher Durcharbeitung des vorhandenen Materials wieder angefertigte Karte. Freilich bemerkt man bei genauerer Durchsicht, wie sehr doch der Verf. auf Sappers Aufnahmen aufgebaut hat. Die Farbengebung ist gut ausgeführt. Es werden Höhenstufen zu 100, 250, 500, 1000, 1500, 2000, 2500, 3000 und 3500 m durch Grün- bzw. Brauntönung unterschieden. Die entsprechenden Isohypsen sind ausgezogen, wenn sie auch in einzelnen Gegenden, wie etwa den Altos Cuchumatanes oder der Sierra de Minas und dem Peten stark generalisiert sind, was aber in der immer noch mangelhaften Aufnahme dieser dünn besiedelten, urwaldbedeckten Landschaften seine ausreichende Erklärung findet. Auch das Gewässernetz dürfte in mancher Hinsicht vielleicht noch zu generell behandelt sein. So überrascht einigermaßen die anscheinende gute Kenntnis der Pentenflüsse. Es wäre besser gewesen, hier anstelle der den Uneingeweihten täuschenden ausgezogenen Fluß- oder Bachläufe Strichelung derselben anzuwenden. Denn auch hier mangelt es noch immer sehr an genaueren Aufnahmen dieser Urwald- oder Savannenflüsse. An Siedelungen unterscheidet die Karte Ciudad, Villa, Pueblo, Aldea, Caseria und Hacienda, Paraje, Estacion. Daneben sind durch besondere Signaturen Post- und Telegraphenstationen unterschieden. Recht wertvoll ist die Einzeichnung der Ruinenplätze des Landes. Fertiggestellte und projektierte Eisenbahnlinien, sowie Straßen und Maultierpfade sind gekennzeichnet, auch die einzelnen Minen hervorgehoben. Trotz dieser zahlreichen Einzelheiten bietet die Beschriftung kein Bild verwirrender Fülle, vielmehr ist das Schriftbild sehr übersichtlich und erleichtert wesentlich das Auffinden gesuchter Örtlichkeiten.

Auf 7 Nebenkärtchen sind dann noch verschiedene Einzelheiten spezieller Art dargestellt. So findet sich eine Karte Guatemalas zur Zeit der Entdeckung und Eroberung mit eingetragenen Stammesnamen, die im Allgemeinen ein zutreffendes Bild ergibt, ferner eine solche der Verbreitung der heutigen indianischen Dialekte. Dazu kommen statistische Tabellen und Diagramme über mittlere monatliche Niederschlagsmengen und mittlere monatliche Temperaturen von 4 charakteristischen Stationen (Guatemala, Quetzaltenango, Salamá und Puerto Barrios). In gleicher Weise ist der Flächeninhalt der Departamentos und die Meereshöhe, sowie die Einwohnerzahl der Hauptstädte derselben wiedergegeben. Ein perspektivisches Bild zeigt die Höhen der Vulkane und nicht vulkanischen Erhebungen; ein Diagramm zeigt die oberen und unteren Anbaugrenzen der wichtigen Nahrungpflanzen. Auch die geographischen Koordinaten der wichtigen Grenzplätze der Republik mit ihren Seehöhen sind noch besonders hervorgehoben.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß Urrutia's Karte eine wertvolle Bereicherung der über Mittelamerika vorhandenen Kartenwerke darstellt, die nicht nur für den, der sich aus rein praktischen Gründen über das Land informieren will, ausgezeichnete Dienste leistet, sondern auch dem, der wissenschaftlichen Untersuchungen sich hingeben möchte, dienlich ist, wenngleich er in diesem Falle den Karteninhalt kritisch von Fall zu Fall prüfen und werten muß. Ein Vorwurf kann deswegen dem Verfasser nicht gemacht werden, solange nicht die Regierung mit Nachdruck an eine moderne Aufnahme ihres Landes herangeht. Aber damit wird es noch gute Weile haben. Anzuerkennen ist schließlich auch die vorzügliche Ausstattung, die technisch einwandsfrei ist, worum sich der deutsche Verlag besonders verdient gemacht hat.

F. Termer.

F. J. Oliveira Viannà: Evolução do povo brasileiro. 275 S. São Paulo, Monteiro Lobato & Co., 1923.

Der schon mit mehreren soziologisch-historischen Arbeiten über Brasilien hervorgetretene Verfasser legt im Anschluß an den Recenseamento von 1920 eine inhaltreiche Studie über die Entwicklung des brasilianischen Volkes vor. In analytischer Gliederung werden die drei Entwicklungsreihen der Gesellschaft, der Rasse und der politischen Institutionen betrachtet. Soziale Zustände und Gliederung erscheinen als Ausdruck der wirtschaftlichen Bedingtheiten und der fortschreitenden Landnahme und Urbarmachung des Staatsgebiets. Bezeichnend schließt das Kapitel mit einer Tabelle der Kulturlandareale der einzelnen Staaten. Der zweite Teil der Untersuchung legt den Hauptnachdruck der Betrachtung auf die Verschmelzung und das Zahlenverhältnis der Rassen, das sich im Laufe des vorigen Jahrhunderts zugunsten der weißen Rasse gewandelt hat. Der letzte Hauptabschnitt liegt stofflich ganz auf dem Gebiete der Geopolitik. Er behandelt, stets auf räumliche Betrachtung eingestellt, ausgestattet mit historisch-geographischen Karten, die dem Recenseamento entnommen sind, den Prozeß und die Probleme der politischen Organisation, die zunächt von den wenigen zerstreut liegenden Kolonisationszentren ausging. Besondere Beachtung findet der den fortschreitenden Zusammenschluß während der späteren Kolonialzeit und der Kaiserzeit hemmende Einfluß der geographischen und sozialen Differenzierung. Höchst aktuell sind die letzten Kapitel über den Kampf des Zentrums, der Union, mit den zentrifugalen, einzelstaatlichen Kräften. Auf einer Volksdichtekarte, die sich im wesentlichen mit der von mir für diese Zeitschrift (S. 95) entworfenen deckt, läßt sich recht klar, weil sie die großen Räume des schwach besiedelten Norden und Innern in einer Stufe zusammenfaßt, das Bevölkerungsschwergewicht an der Ostkruste, zugleich aus der Untergliederung dieser Zone der bevölkerungsgeographische Grund dieses Regionalismus erkennen. Verfasser glaubt an einen unbedingten Sieg der Union über die zentrifugalen Kräfte. Doch wo liegt das Zentrum? Eine von Saõ Paulo aus genährte, gegen die Bundesregierung gerichtete Revolution zeigt eine auffällige Teilverschiebung politischer Aktionskräfte dorthin, wo auch der stärkste Bevölkerungsfortschritt jüngerer Zeit zu buchen ist; das bedeutet aber für den Norden und Nordosten ein noch stärkeres Abrücken von dem schon exzentrisch gelegenen Rio de Janeiro. So führt das Buch Oliveira Viannàs mitten hinein in die politischen Fragen des Augenblicks und der Zukunft, und es weiß Antworten zu geben. Eingehendste Beachtung verdient darum sein reicher Inhalt, zumal der Verfasser seine Schrift aus dem Niveau der Einzelbetrachtung herausgehoben und sie an Darwin und Haeckel, Spencer und Tarde, aber auch an Vidal de la Blache und Ratzel orientiert hat, dessen — vielleicht doch nicht ganz verstandenen — „Fatalismo geographico" er allerdings leider ablehnt.

Otto Maull.

* * *

NEUERSCHEINUNGEN DES AUSLANDES.

Um einen Überblick über die Sorgen und Fragen des Auslandes zu geben, werden an dieser Stelle fortab die wichtigsten geopolitisch bedeutsamen Neuerscheinungen des Auslandes gesondert nach Erscheinungsländern und Sprachbereichen, sowie gegliedert entsprechend den Arbeitsgebieten der Zeitschrift für Geopolitik alphabetisch aufgeführt.

Die Schriftleitung.

ENGLAND.

Mai / Juni 1924

1. ALTE WELT:

Aeronautical Research Ctte., Reports and Memoranda. H. M. S. O., 9 d

Allen, Clifford, Putting Socialism into Practice. Ind. Lab. Part., 6 d

Anglo-American Yearbook 1924. American Chamber of Commerce, London, 15 s

Barthlemy, J., The Government of France, translated by J. B. Morris. Allen & Unwin, 6 s

Beals, Carleton, Rome or Death, the story of Fascism. John Long, 15 s

Bell, G. L., Amurath to Amurath. Macmillan, 21 s

Bridge, John S. C., A History of France, from the death of Louis XI., reign of Charles VIII., 1493—1498, 2 vls. Milford, 16 s

British Empire, Encyclopaedia of the, ed. by C. W. Domville-Fife, (in about 24 parts). Rankin Bos., Bristol

British Empire, the, a survey in 12 vls.
1. The Story of the Empire, by Sir Charles Lucas
2. The Constitution, Administration and Laws of the Empire, by Prof. Berriedale Keith
3. Health Problems of the Empire, by Andrew Balfour and H. Scott
4. The Resources of the Empire and their Development, by Evans Lewis, Collins, each 16 s

British War Vessels, by the Admiralty, H. M. S. O., 10 s

Callender, G., The Naval Side of British History. Christoffers, 4/6

Civil Services, Estimates. H. M. S. O., 18 s

Cooper, Cl. S., Understanding Italy. John Long, 15 s

Cust, Lionel, Jerusalem, a historical sketch. Black 7/6

Czechoslovakia, Industrial and economic situation Feb. 24. H. M. S. O., 1/6

Economic Conference, Imperial, 1923, Statement of H. M. Government in regard to the resolutions, etc. H. M. S. O., 3 d

Egerton, J. C., Sussex Folk and Sussex Ways. Methuen, 6/6

Evans, Ifor, The Agrarian Revolution in Roumania. Cambridge Un. Press, 12/6

Fairgrieve, J., and E. Young, The Growth of Greater Britain. Philip

Forbes, Rosita, El Raisuli, the king of the mountains. Butterworth, 21 s

Fishery Investigations, Series I, freshwater fisheries, Vol. I., No. 3 scales of certain freshwater-fish in relation to age. H. M. S. O., 6/6

Fishery Investigations, Series II, Vol. 6, No. 7, Report on (1) The Irish Cod Fishery; (2) The Cod as a Foodfish; (3) Parasites and Diseases of the Cod. H. M. S. O., 3 s

Gilbert, Vivian, The Romance of the Last Crusade: with Allenby to Jerusalem. Appleton, 5 s

Gjerset, Knut, A History of Iceland. Allen & Unwin, 18 s

Glynn, Elinor, Letters from Spain. Duckworth, 5 s

Harry, Miriam, A Springtide in Palestine. Benn, 15 s

Hall, D. J., A short History of English Agriculture and Rural Life. Black, 2/6

Howard, Francis, Maj. Gen., Reminiscenses 1848—1890. Murray, 15 s

Iraq, Protocol April 30. 1923, and agreement subsidiary to the treaty with king Faisal, signed Oct. 10 1922. H. M. S. O., 9 d

Jardine, R. F., Bahdinan Kurmandji, a grammar of the Kurds of Mossul division and surrounding districts of Kurdistan. Luzac, 10 s

Jerusalem, annual report (American School for Oriental Research in . .). Milford, 21 s

Khaled En-Naciri Es-Slaui, Kitab el Isiqca li Akhbar Doual El-Maghrib El-Aqca (Histoire du Maroc) Vol. I. Luzac, 7/6

Labour, Members, The Herald Book of. Harrap, 3 s

Lawrence, Pethick, The National Debt. Lab. Publ. Co., 2/6

Lane, Rose Wilder, The Peaks of Shala, wanderings among the hill tribes of Albania. Chapman & Dodd, 7/6

Lockhart, Douglas, Seeds of War, a political study of Austria, Hungary, Czechoslovakia, Roumania and Jugo-Slavia. Wallace Gandy, 6/6

Luke, Charles, Anatolica. Macmillan, 15 s

McDonald, J. Ramsay, Parliament and Revolution. Nat. Lab. Press, 1/6

Mavor, James, An Economic History of Russia, 2 vls. Dent & Sons, 36 s

Mills, Lady Dorothy, The Road to Timbuktu, Duckworth 15 s

Mowatt, European History, 1878—1923. Bell, 2 s

Muir, R., A short History of the British Commonwealth. Philip, 30 s

Netherlands, Economic, financial and industrial conditions Feb. 24. H. M. S. O., 2 s

Norway Yearbook 1924, The, edit. by S. C. Hamer. Mr. J. Smith, Ldn.

Oakley, Amy, Hill-Towns of the Pyrenees. Long, 21 s

Philipps, British Empire Atlas. Philip, 2/6

Poland, Industrial, commercial and economic situation Feb. 24. H. M. S. O., 1/6

Powell, E. A., The Struggle for Power in Moslem Asia. Long, 15 s

Powell, E. A., By Camel and Car to the Peacock Throne. Long, 15 s

Reparation Comission, Expert Committies Reports (English Version). H. M. S. O., 3 s

Ross, E. A., The Russian Soviet Republic. Allen & Unwin, 12/6

Rowe, J. W. R., Wages in the Coal-Industry. King, 10/6

Sarolea, Prof. Ch., Impressions of Soviet Russia. Nash & Grayson, 10/6

Scotland, Census of, 1921, Vol. 3, Occupation and Industries, Vol. 4, Dependent Children. H. M. S. O., 4 s

Scotland, Fishery Board of, 42nd annual report: Sea fisheries, statistical tables 1923. H. M. S. O., 7/6

Somervell, D. C. British History 1815—1875 Bell, 2 s

Speed, Maude, Through Central France to the Pyrenees. Longmans, 10/6

Spitzbergen, Treaty regulating Status, Paris 1920. H. M. S. O., 1 s

„Stor L B", Tales from Turkestan. Blackwood, 6 s

Steel, H. R., European History, 1814 — 1878. Bell, 2 s

Tangier Zone, Convention regarding organisation of Statute of the Paris. H. M. S. O., 1 s

Tennant, E. A., Studies in Polish Life and History. Allen & Unwin, 10/6

Tracey, Herbert, James Ramsay Mac Donald. Marlowe, 3/6

Turcs and caicos Islands, Colonial Report 1922. H. M. S. O., 6 d

Universities of the Empire, The Yearbook of, 1924. G. Bell & Sons, 7/6

Wemyss, Lord Wester, The Navy in the Dardanelles Campaign. Hodder & S., 16 s

Woods, Maurice, A History of the Tory Party in the seventeenth and eighteenth centuries. Hodder & S., 16 s

XXX, Portraits in Oil and Vinegar. Cecil Palmer.

2. INDOPAZIFISCHE WELT:

Abdullah, Achmed, A Bucaneer in Spats. Hutchinson, 7/6

Asiatic Society, North China Branch, Journal Vol. 54, 1923. K. Paul, 15 s

Australia, British Oversea Settlement Delegation to. — Report on conditions affecting British settlers in Australia. H. M. S. O., 4 s

Bredon, Julia, Peking. T. W. Laurie, 31/6

Broughton, G. M., Labour in Indian Industries. Milford, 9 d

Bryant, J. F., Gandhi and the Indianisation of the Empire. Simpkin, 4/6

Carthill, A., The lost Dominion. Blackwood, 15 s

Chakraberty, Chandra, National Problems. Luzac, 2 s

Chatterton, Eyre, Bishop of Nagpur, A History of the Church of England in India. S. P. C. K., 12/6

Ceylon War Contribution, Treasury minute 29. Feb. 24. H. M. S. O., 2 d

Constable, H. J., The Romantic Story of New-Zealand. J. Mralowe, Savage 3/6

de Courcy-Parry, Ch. Norman, Wanderings in the Pacific. Long, 5 s

Crondone, St. Clare, The Romantic Story of Australia. J. Marlowe, Savage, 3/6

Desay, M. S., A Primer of British Administration in India. Luzac, 2 s

Donne, Capt., Red-Deer Stalking in New-Zealand. Constable

Elgood, P. G., Egypt and the Army. Milford, 16 s

Edwardes, S. M. The Bombay City Police, an historical sketch, 1672—1916. Milford, 16 s

Fenton, L. L. The Rifoe in India, the sporting experience of an indian officer. Thacker, 12/6

Forbes, Kinloch Alexander, Ras Mala, or Hindoe Annals of the province of Goozerat in western India, ed. Ba H. G. Rawlinson, repr., 2 vls. Milford 28 s

Galvan, Ghulam Rassul, Servant of Sahibs. Heffers, 9 s

Giles, A., Herbert, Chaos in China. Heffers, 9 d

Gulick, Sidney L., The Winning of the Far East, a Study of the Christian movement in China, Korea and Japan. Hodder & S., 6 s

Gwynn, J. T., Indian Politics. Nisbet, 12/6

Harriman, Mrs., J. Borden, From Pinafores to Politics. Allen & Unwin, 18 s

Horne, G. and G. Aisten, Savage Life in Central-Australia. Macmillan

Mayers, W. Fr., The Chinese readers manual: a handbook of biographical, historical, mythological and general literature reference. Probsthain, 30 s

Mc Dougall, Mrs., Letters from Sarawak, from the ed. of 1854. Whelden & Wesley, 6 s

Mc Govern, Montgomery, To Lhasa in Disguise. Butterworth, 21 s

Nangle, M. C., The Romantic story of India. J. Marlowe, Savage, 3/6

New South-Wales, Post Office Directory of. Kelly's, 6 d

Pepy's Diary, India Paper Edition, 3 vls. Bell, 42 s

Pioneer Library, The:
Pioneers in India,
Pioneers in Australia. Blackie 3/6

Preece, F. W., The foundation and Settlement of South Australia. Hassel Press, Australia

Preece, F. W., South Australians and their Environment. Hassel Press, Australia

Radhakhamud Mookerji, Men and Thought in Ancient India. Macmillan

Ronaldshay, the Earl of, India: a bird's Eye View. Constable, 18 s

Singapore Naval Base, Correspondence with the Self Governing Dominions and India regarding development. H.M.S.O., 6 d

Siren, Oswald, The Gates and Walls of Peking. £5/5

Verrill, A. Hyatt, Deep, Sea Hounters of the South Seas. Appleten, 6 s

Waziristan, war office report on operations in 1919—20. H.M.S.O., 5 s

Whitehead, George, In the Nicobar Islands. Seeley, 21 s

Whitehead, Henry, Indian Problems, Religion, Education, Politics. Constable, 13/6

Wratislaw, A. C., A Consul in the East. Blackwood, 15 s

Zoysa, A. P., Heroes and Saints of Ancient India. Luzac, 2/6

3. ATLANTISCHE WELT

Beebe, William, Galapagos: Worlds End. Putnam, 22 s

Birkenhead, the Rt. Ho. Earl of, America revisited. Cassell, 7/6

Brown, J. St. Orde, Among wild tribes of Kenya. Seeley, 21 s

Brown, Lady Richmond, My Voyage to the Unknown. Duckworth, 21 s

Christie, Cuthbert, Big Game and Pigmies Macmillan, 21 s

Cronwright-Schreiner, S. C., The life of Olive Schreiner. Unwin, 21 s

Close, Etta, A Woman alone in Kenya, Uganda and the Belgian Congo. Constable

Dornan, S. S., Pigmies and Bushmen of to Kalahary. Seeley, 21 s

Fraser, Donald, Autobiography of an African. Seeley, 6 s

Glover, W. J., Canada. Cassell, 1/6

Harris, C., Khama, The great African Chief. Livingstone Press, 1 s

Hopkins, J. Castell, The Canadian Annual Review, 1922. The Canadian Review Publishing Co.

Manning, W. R., Arbitration treaties among the American nations. Milford, 17/6

Newton, A. P., Select Documents relating to the unification of South Africa. Longmans, 25 s

Niles, Blair, Casual Wanderings in Ecuador. Long, 12/6

Nigeria Colonial Report. H. M. S. O., 1 s

Norden, H., White and Black in South Africa: A record of travel and observation in two African Crown Colonies. Witherby, 15 s

Roscoe, John, Immigrants and their Influence in the Lake Regions of Central Africa. Cambr. Un. Pr., 2 s

Saunders, C. F., The Southern Sierras of California. Hutchinson, 16 s

Schreiner, Olive, The Story of an Africa Farm. Unwin, 3/6

South and Central Africa, Business Direktory of. Kelly, £ 3/10

Young, J. T., The new American Government and its Work. Macmillan, 15 s

Young, J. Peat., A Newcomer in Canada. Palmer, 5 s

Zacharia, O., The Romantic Story of South Africa. J. Marlowe, Savage, 3/6

4. ALLGEMEINES UND SYSTEMATISCHES.

Allen, Thomas, A Newzealander in many Lands. Epworth Press, 5 s

Behrens, E. Beddington, The international Labour Office, a survey of certain problems of international administration. L. Parson, 7/6

Callender, Geoffrey, The Naval Side of British History. Christophers, 4/6

Curr, A. L., Commercial Geography, an intermediate textbook. Black, 7/6

Economic Conference (Imperial) 1923, Statement of the position of H. M. Government in regard to the resolutions, etc. H. M. S. O., 3 d

Fry, G. C., A Textbook of Geography. Un. Tutorial Pr., 6/6

Gilchrist, R. N., Principles of Political Science. Longmans, 18 s

Goodley Fellowship. The report for 1923 of the Society for the Propagation of the Gospel in the Foreign Parts. S. P. G., 1 s

Grey, C. G., Jane's all the World's Aircraft, 1924. Sampson Low, £ 2/2

Mercantile Year book and Directory of exporters 1924. Lindley-Jones, 20 s

Morris, C. R., and Mary Morris, A History of political Ideas. Christophers, 5 s

Newbigin, Marion I., Human Geography, an introducing study. Christophers, 5/6

Palmer's Index to "The Times" Newspaper, Oct. — Dec. 1923. S. Palmer, 30 s

Philip's Record Atlas. Philip, 10/6

Statemen's Yearbook 1924, The. Macmillan, 20 s

Taylor, E. G. R., The Business Man's Geography. Philip, 25 s

Thom, Alex., A General Geography of the World. Philip, 4/6

Wallas, Graham, Human Nature in Politics. Constable, 7/6

Welpton, W. P., The Teaching of Geography. Un. Tutorial Pr., 3/6

Verantwortlich sind: Dr. F. Hesse. Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Prof. Dr. K. Haushofer, München, Arcisstraße 30 / Prof. Dr. E. Obst, Hannover. Geibelstraße 24 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Dr. Selle & Co. A.-G., Berlin SW 29, Zossener Straße 55



HERMANN LAUTENSACH:
GEOPOLITIK UND STAATSBÜRGERLICHE BILDUNG

Durch die europäische Geistesgeschichte seit Bacon und Descartes zieht wie ein roter Faden der verhängnisvolle Dualismus zwischen Geistigem und Körperlichem, zwischen Seele und Welt, zwischen Ideal und Wirklichkeit. „Das Verhängnis der abendländischen Kultur", sagt Karl Georg Schrötter in seinem ausgezeichneten Aufsatz über „Das Wesen der Ideologie im politischen und geistigen Leben Deutschlands" (Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur, Juni 1924), „das sich gemäß unserer philosophischen Veranlagung bei uns Deutschen am stärksten ausgewirkt hat, die faustische Narrheit, die Zweiteilung der Welt in Innen und Außen, in eine Ideenwelt und eine Erscheinungswelt, hat unsere Anschauungsweise so völlig deformiert, daß es uns kaum möglich ist, uns daraus zu befreien und das Geistige nicht mit Hypertrophierungen zu überhäufen und das Wirkliche, die „Erscheinungswelt", die Objektivität nicht immerfort in Geisteserlebnissen zu „sublimieren" und in idealistischen, relativistischen, subjektivistischen, ideologischen Urteilen zu disqualifizieren." Die unheilvollste Wirkung hat diese Disharmonie auf dem Gebiete der Politik ausgeübt, vor allem seit dem Ende des Weltkrieges, seitdem im abendländischen Europa kaum noch ein Staat übrig ist, der nicht durch eine demokratische Verfassung seine sämtlichen Bürger dazu berufen hätte, die politische Entwicklung des Gemeinwesens mitbestimmend zu beeinflussen, was zur Folge hat, daß die von jedem einzelnen Staatsbürger gefühlte Disharmonie ihre schweren Schatten auf die Staatsleitung wirft. Dieser Zustand ist deswegen besonders besorgniserregend, weil die politischen Parteien heute durchweg eine ganz andere Einstellung haben, als in jenen Zeiten, in denen das konstitutionelle Regierungssystem dem absolutistischen Regime abgetrotzt wurde. Damals waren es ausschließlich Fragen staatlichen Rechtes und staatlicher Machtbetätigung, also rein politische Fragen, die im Mittelpunkt des Interesses standen. So entwickelten sich in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts im klassischen Lande des Parlamentarismus die Tories als die Partei des Königshauses der Stuarts, die Whigs als dessen Gegner. Und als in der zweiten Hälfte des 18. und der ersten des 19. Jahrhunderts wirtschaftspolitische Fragen, wie sie z. B. die Freihandelsbewegung der Manchesterleute auslöste, in den Parlamenten lebhafte Kämpfe zur Folge hatten, da stand doch stets mehr die verschiedene Auffassung über die dem Staatswohl nützlichsten Wege als die Vertretung persönlicher Geschäftsinteressen im Vordergrund. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts aber entstanden neue Parteien, die den Kampf um die Macht im Staate im Interesse einer bestimmten sozialen Schicht einer bestimmten Nationalität

oder eines bestimmten religiösen Bekenntnisses führen, und alle, auch die alten Parteien sahen sich, um die für ihr Wirken nötigen Geldmittel aufzubringen, genötigt, die prinzipielle Vertretung der wirtschaftlichen Interessen gewisser Berufskreise, die dem Gemeinwohl oft zuwiderläuft, in ihr Betätigungsbereich aufzunehmen. So sind die politischen Parteien von heute überall sehr komplexe Erscheinungen, mit einer Unmenge von verschiedenartigen, mitunter parallel laufenden, viel häufiger aber sich kreuzenden oder paralysierenden Druckrichtungen.

Ganz besonders groß ist dieser Parteiwirrwarr in Deutschland geworden. Die Deutschen zerstören, im Gegensatz zu den Engländern, ihre politischen Instinkte durch allzu vieles Philosophieren und Spekulieren. Jede der Parteien schuf sich hier aus dem Gefühl heraus, daß nur das in Ideen Begründete vor den Augen des allzu gründlichen Deutschen Bestand haben könne, ihre ideologische Theorie, ihr Staats- und Weltbild als Hintergrund und Kraftquelle ihrer praktischen Betätigung. Infolge der völlig verschiedenen Einstellung der Parteien sind die Weltbilder, die diese Theorien bieten, gänzlich verschieden, sie sind in wesentlichen Teilen unbewiesene und unbeweisbare Parteidogmen. Die einzelnen Parteiführer gehen in diesen Theorien auf, durch die immer erneute Abwicklung gleichgerichteter Gedankenketten gewinnt ihre Art, zu denken und zu urteilen, etwas stereotyp Einseitiges, so daß man schließlich beinahe versucht ist, daran zu zweifeln, daß die Logik aller Menschen, zum wenigsten der Glieder des gleichen Volkes, doch wohl die gleiche ist. „Dem Blinden nützt die Definition des Lichtes nichts, ein „idealistischer" oder „sozialistischer" Politiker, der eben seiner idealistischen oder sozialistischen Fiktion folgt, hat kein Organ für die Wirklichkeit" (Schrötter). Die praktischen Folgerungen aus der ideologischen Theorie werden in einem „Parteiprogramm" zusammengestellt, und dieses ist die dem Einzelnen unbedingt bindende Richtschnur politischer Betätigung. So wird „Parteipolitik" äußerlich zur „Gefühlspolitik" oder „Interessenpolitik", ohne daß der aus den Gegenlagern sofort erschallende Vorwurf der bewußten Vernachlässigung des Gesamtwohles begründet zu sein braucht, und es ergibt sich die fürchterlichste, für den Einzelnen wie für die Gesamtheit quälendste Disharmonie zwischen politischem Ideal und Wirklichkeit. Äußeres Endergebnis ist eine sich ständig verbreiternde und schließlich unüberbrückbare Kluft zwischen den Volksgenossen, die Unmöglichkeit einer gedeihlichen Zusammenarbeit in den Parlamenten und städtischen Vertretungen, der Kampf aller gegen alle, wie ihn am beschämendsten die Lärm- und Kampfszenen im deutschen Reichstag vor Augen führen.

Angesichts dieser Lage wird vielerorts der Ruf nach dem Diktator laut, nach dem mit unumschränkter Vollmacht ausgestatteten Starken, der die vielstrebigen,



in ihre Ideologie verrannten Kämpfer durch sein Machtwort zum Schweigen und Ruhen bringt. Das Beispiel Italiens zeigt jedoch, daß selbst ein politisch hochbegabter, ungemein fleißiger, vom Volk begeistert verehrter Machthaber von reinem Wollen und Handeln nicht immer in der Lage ist, die politischen Leidenschaften der Massen zu zügeln, ja, daß dessen Stellung durch die verbrecherische Maßlosigkeit seiner eigenen ausführenden Organe schwer erschüttert wird. Und wieviel leichter hat es ein Diktator in einem Siegerstaat, der nicht mit der furchtbaren Bürde des verlorenen Weltkrieges belastet ist! Der unumschränkt regierende Machthaber kann vielleicht die schlimmsten Auswüchse des Parteilebens für kurze Zeit eindämmen, aber die wirkliche Heilung kann er allein nicht bringen. Sie kann nur durch eine Gesundung des politischen Lebens von innen heraus kommen, und die ist nur dadurch möglich, daß eine gemeinsame Plattform gefunden wird, von der eine jede politische Betätigung ausgehen muß, die künftighin Anspruch auf ehrliche Beachtung seitens der Volksgenossen erheben will. Viele Nationen haben sich trotz lebhafter innerpolitischer Kämpfe diese gemeinsame Plattform durch einen gesunden Instinkt in Gestalt des Solidaritätsgefühles aller gegenüber dem Ausland erhalten. In Deutschland ist auch dieses unter dem Einfluß ideologischer Theorien oder verbrecherischer Eigensucht geschwunden, und es muß heute als vergebliches Bemühen gelten, einfach nur an einen allen Deutschen gemeinsamen Instinkt zu appellieren, um eine solche gemeinsame Plattform zu gewinnen. Es bleibt nur übrig, sich an den Verstand aller derer zu wenden, die noch gewillt sind, gewisse Grundtatsachen der wirtschaftlichen, politischen und überhaupt allgemein menschlichen Zusammenhänge vorurteilslos in sich aufzunehmen und unter Zurückdrängung jeder politischen Leidenschaft unbefangen für sich logische Schlüsse aus diesen Tatsachen zu ziehen. Die Gesamtheit des Wissens, das in diesem Sinne geeignet ist, eine Plattform für eine gedeihliche politische Betätigung darzustellen, pflegt man staatsbürgerlichen Bildungsstoff zu nennen. Wissenschaftliche Abhandlungen, die der staatsbürgerlichen Bildung dienen sollen, können durchaus so leicht verständlich abgefaßt werden, daß jeder Deutsche ihren Sinn in sich aufzunehmen vermag, wenn er nur einen Bruchteil des Interesses und der Ausdauer auf sie verwendet, die heute von Millionen den parteipolitischen Zielen gewidmet werden. Durch eine solche Beschäftigung mit staatsbürgerlichem Bildungsstoff gewinnt der Deutsche erstmalig einen Eindruck davon, wie schwer es ist, eine Behauptung, die vielleicht der Ausgangspunkt für die Haltung einer ganzen politischen Partei ist, unanfechtbar zu beweisen, wie kritisch man gegenüber dem von den Parteien verwendeten Zahlenmaterial sein muß, wie die ideologischen Theorien der Parteien gar oft von unbeweisbaren Voraussetzungen ausgehen und in ihren Beweisführungen an ausschlaggebender Stelle die wunderlichsten Gedankensprünge machen, wie auf

einer ganz schmalen Basis ein breites, luftiges Gebäude mit den schwerwiegendsten Folgerungen aufgerichtet wird. Aber er erhält durch solche Beschäftigung auch darüber hinaus ein positives Rüstzeug für seine Betätigung als Staatsbürger.

Unter den Wissenschaften, die solches vermitteln, ist nicht die letzte die Geopolitik. Ein allgemein verbreitetes Vorurteil geht dahin, daß „die Völker und die Staaten, oder geradezu die einzelnen Staatsmänner, ihre Geschicke nach augenblicklicher Eingebung völlig frei gestalten" (Kjellén). Es ist eine der wichtigsten praktischen Aufgaben der Geopolitik, dieses Vorurteil zu zerstören. Gewiß erhebt sich „der Verlauf der Geschichte in ihren einzelnen wirkenden Persönlichkeiten, ihren Helden, in die Sphäre sittlichen Handelns und damit der nicht an Gesetze gebundenen Freiheit. Aber darunter erstreckt sich ein weites Gebiet, wo das Element der Massen in der Völker- und Staatenwelt die Typik alles natürlichen organischen Geschehens aufweist" (Vogel). In der Tat ist das politische Geschehen, wo auch immer auf dem Erdball es sich abspielen mag, an die natürlichen Verhältnisse des Raumes gebunden, in dem es abläuft. Diese geben den Rahmen, innerhalb dessen die geschichtliche Entwicklung erfolgt. Sie unterstützen gewisse Richtungen des geschichtlichen Ablaufes, oder erzwingen sie sogar, andere hemmen sie oder machen sie selbst unmöglich. So findet durch die Natur des Erdraums eine Auslese aus der von vornherein unendlichen Anzahl der Möglichkeiten politischer Entwicklungsrichtungen statt. In solchem Sinne ist für die Herausgeber dieser Zeitschrift Geopolitik „die Wissenschaft von der politischen Lebensform im Lebensraum, in ihrer Erdgebundenheit und Bedingtheit durch geschichtliche Bewegung".

Greifen wir, um zu zeigen, wie die Geopolitik die eben skizzierte Aufgabe zu lösen imstande ist, eines der für uns wichtigsten Probleme heraus: Die Lage des Deutschen Reiches in ihrer Bedeutung für seine politische Entwicklung in Vergangenheit und Zukunft. In der Oberflächengestalt Europas treten zwei von N nach S ziehende Streifen stark verminderter Verkehrsdurchlässigkeit hervor, die in der politischen und Kultur-Geschichte Europas immer wieder die Rolle von natürlichen Grenzsäumen spielen. Der westliche von ihnen (s. Abb. 1) ist von J. Wütschke in Anlehnung an die Namen der beiden ältesten Staaten, die in seinem Bereich entstanden, der Arelatisch-Lotharingische (S. 184, 384) genannt worden. Er wird von einer Folge von Gebirgen und Hochflächen gebildet, die von der Straße von Calais bis zur westlichen Riviera reichen. Vielfach ist diese Kette von Sperrlandschaften durch schmale Lücken, Pforten und Talengen unterbrochen, die den Verkehr in Krieg und Frieden in wenige scharf vorgezeichnete Bahnen lenken. Dem Erhebungszug des Arelatisch-Lotharingischen Grenzsaums im W entspricht die Niederungsflucht des östlichen Grenzsaums, den Penck nach den Warägern benannt hat, da seiner Tiefenfurche die Schiffszüge dieses skandi-



navischen Wikingervolkes von der Ostsee zum Schwarzen Meer folgten. Der Warägische Grenzsaum (s. Abb. 2) zieht von der Senke des Onega- und Ladogasees zur Niederung des Peipus- und Ilmensees, führt an dem Wald- und Sumpfgebiet des Pripet vorbei zur Niederung des Dnjepr und folgt dieser sowie der des Donez zum Schwarzen Meer. Die beiden Grenzsäume teilen Europa in ein Vordereuropa, Hintereuropa und Zwischeneuropa (s. Abb. 3).

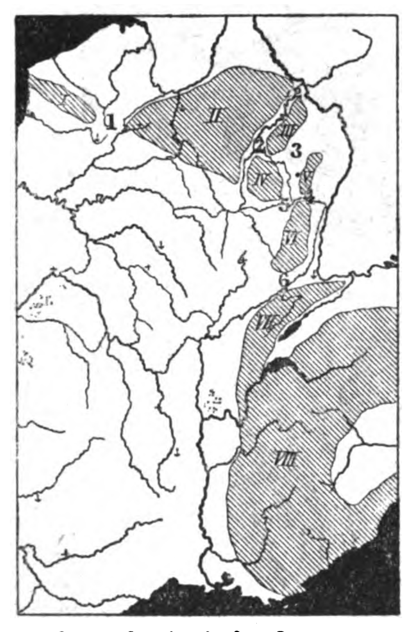


Abb. 1. Der Arelatisch-Lotharingische Grenzsaum (nach Wütschke).
I Hügelland von Artois. II Eifel und Ardennen. III Hunsrück. IV Lothringer Hochfläche. V Haardt. VI Wasgenwald. VII Schweizer Jura. VIII Westalpen. 1 Lücke des Hennegau. 2 Mosellücke. 3 Senke von Kaiserslautern. 4 Zaberner Lücke. 5 Lothringer Pforte. 6 Burgundische Pforte.

Das geschlossene Sprach- und Kulturgebiet des Deutschen Volkes liegt in Zwischeneuropa. Im S ist es fest in den Alpen verankert. Im N findet es seine naturentlehnte Grenze an Nord- und Ostsee. Im W hat es sich dem Arelatisch-Lotharingischen Grenzsaum völlig angepaßt. Wie dieser in seinem nördlichen Drittel nach W vorspringt, so reicht das flämisch-niederdeutsche Sprachgebiet bis an die Straße von Calais vor. Die deutsche Sprachgrenze ist in seinem Bereich ausgereift: Sprachinseln fehlen; selbst Mehrsprachigkeit im gleichen Grenzdorf kommt kaum vor. Ganz anders ist es im Osten. Hier streckt das geschlossene

deutsche Sprachgebiet zwar 3 mächtige Zungen vor, die preußische, schlesische und österreichische, reicht aber bei weitem nicht an den Warägischen Grenzsaum heran. Doch ist eine Unzahl kleiner deutscher Sprachinseln bis an ihn

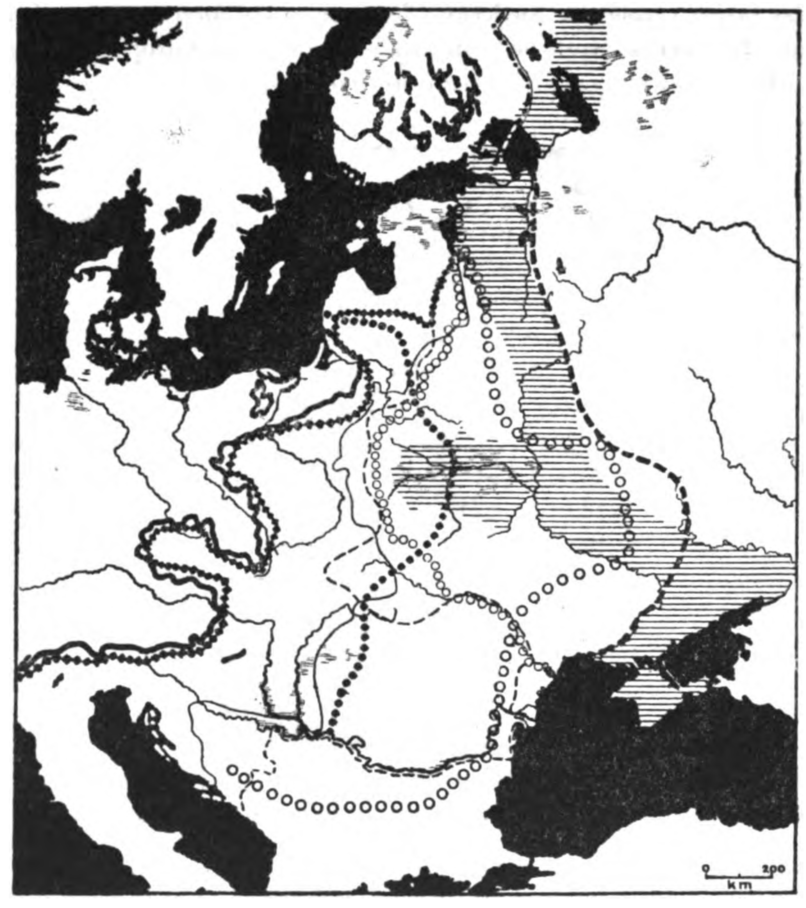


Abb. 2. Der Warägische Grenzsaum (nach Penck) und die Ostgrenzen der deutschen Kultur (nach Kaindl).

——— Ostgrenze des geschlossenen Verbreitungsgebietes des römisch-katholischen und evangelischen Christentums.

▬▬▬ Ostgrenze des geschlossenen Verbreitungsgebietes der deutschen Sprache.

oo oo ooo Ostgrenze des amtlichen Gebrauchs des Gregorianischen Kalenders.

O O O O Ostgrenze des mittelalterlichen Gebrauchs des deutschen Rechtes.

▪▪▪▪▪ Ostgrenze deutscher Verkehrssprache im Handel.

●●●●●●● Ostgrenze des geschlossenen Gebiets deutscher Schriftart.

---------- Ostgrenze des geschlossenen Gebiets lateinischer Schriftart.

-·-·-·- Ostgrenze der Verbreitung beider zusammen.

••••••• Ostgrenze fränkischer Hausformen.

heran, ja über ihn hinaus (Wolgadeutsche) verbreitet, und selbst im gleichen Wohnplatz sind oft neben der deutschen noch mehrere andere Nationalitäten vertreten. Die Sprachgrenzen im Osten Zwischeneuropas sind gänzlich unreif. Die Flachlandsnatur drängt nicht zur raschen Ausbildung von scharfen Völkergrenzen, und die tiefgreifenden Ereignisse der ungemein bewegten geschichtlichen Vergangenheit, die Wellen asiatischen Despotentums, die über das Land gingen, haben die Ausreifung immer wieder verhindert. Es ist in der östlichen Hälfte Zwischeneuropas unmöglich, Staatsgrenzen nach dem Nationalitätsprinzip zu ziehen, und wenn der Feindbund in den Friedensschlüssen vorgab, dies zu tun, so war das nur eine schlecht verschleierte Gewaltmaßnahme, die die Aufgabe hatte, das Deutschtum in diesen Gegenden möglichst zu schwächen und allen antideutschen völkisch-politischen Bewegungen zum Siege zu verhelfen.

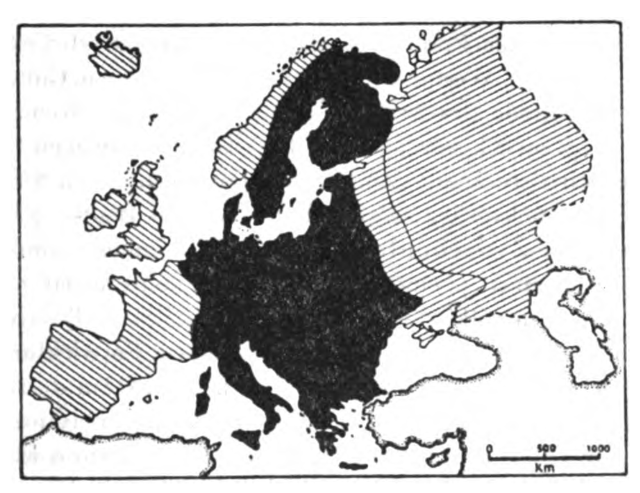


Abb. 3. Zwischeneuropa (nach Penck).

Zwischeneuropa ist, ganz besonders nach den eben berührten Friedensschlüssen, das Gebiet staatlicher Zersplitterung. Wiewohl es nur ein reichliches Drittel des Erdteils umfaßt, liegen doch nur sechs von sämtlichen Staaten Europas ganz oder mit ihren Kernlandschaften außerhalb von ihm. Vor wie nach dem Weltkrieg ist das Deutsche Reich der größte Staat Zwischeneuropas. Das politische Leben des Deutschen Reiches und der deutschen Staaten hat sich seit der Gründung des Ostfränkischen Reiches stets auf Zwischeneuropa beschränkt, aber niemals hat sich sein Gebiet mit dem Zwischeneuropas auch nur annähernd gedeckt. Nach N zu fand die deutsche Staatenbildung von vornherein Halt und Grenze an den deutschen Meeren, nach S zu begnügte sie sich, nachdem das

Heilige Römische Reich deutscher Nation zeitweilig bis nach Sizilien, dem Südende Zwischeneuropas gereicht hatte, vom Ausgang der Stauferzeit an wohlweislich mit dem Alpenwall als Grenzsaum ihres Machtbereichs. Zwischen Fels und Meer war dem deutschen Staat eine Einpassung in einen geographischen Raum möglich, und seither reicht er — von kurzen Zeiten tiefer nationaler Demütigung abgesehen — von der Etsch bis an den Belt und umfaßt damit gerade die N-S-Ausdehnung des deutschen Sprachbereichs. Ganz anders im O und W! Hier ist dem Deutschen Reich das Hineinwachsen in einen geographischen Raum versagt geblieben. Im O lag der Warägische Grenzsaum stets so fern, daß seine Erreichung nie das Ziel deutscher Politik sein konnte, und im W hatte der Arelatisch-Lotharingische Grenzsaum wohl gerade soviel Kraft, daß er zu einer scharfen Ausbildung der Sprachgrenze führen konnte, er setzte aber nicht dem Ausdehnungsbestreben des nicht zuletzt durch die Gunst seines Lebensraumes frühzeitig national geeinten Franzosenvolkes eine unübersteigliche Schranke. Daher wurde die deutsche Westgrenze, die anfänglich (880 n. Chr., Vertrag von Ribemont) am Westrande des Arelatisch-Lotharingischen Grenzsaums gelegen hatte, Zug um Zug zurückgedrängt und liegt in der traurigen Gegenwart nur noch mit ihrem Mittelstück auf dem Grenzsaum selbst, ist im S und N dagegen bis an den Rhein zurückverlegt worden. So weist das Deutsche Reich heute in O und W eine uferlose Zwischenlage auf. Großbritannien, Frankreich, Italien, Spanien-Portugal liegen in je einem von der Natur meist allseitig scharf hervorgehobenen Raum, dessen völkische, kulturelle und politische Besitzergreifung den betreffenden Nationen im Laufe ihrer geschichtlichen Entwicklung früher oder später als erstes nationales Ziel vor Augen stehen mußte. Dem deutschen Volke hat ein hartes Geschick auf die Frage, was seine erste nationale Aufgabe sei, an der es sich stählen, seine Kraft erproben könnte, keine klare Antwort gegeben. Im Laufe der geschichtlichen Entwicklung lösten einander daher die nach S gerichtete Rompolitik, die nach O gerichtete Kolonisationspolitik, die Hausmachtpolitik der Habsburger, die überseeische Wirtschaftspolitik der Hanse, die gegen W gerichtete Verteidigungspolitik ab, und eine einheitliche, durch viele Jahrhunderte folgerichtig beibehaltene Linie fehlt der politischen Geschichte der Deutschen notgedrungen. Dem deutschen Volke ist somit die Erziehung zu einem stetigen nationalen Willen durch das tragische Geschick seiner Zwischenlage versagt geblieben.

Dieser Mangel wiegt um so schwerer, als die Natur dem deutschen Staate noch ein anderes Danaergeschenk in die Wiege gelegt hat. Alle großen Staaten Europas mit Ausnahme des Deutschen Reiches: Rußland, Schweden, Norwegen, Großbritannien, Frankreich, Spanien, Italien, die meisten Balkanstaaten haben eine Randlage; sie besitzen einen Rücken, d. h. eine Seite, von der sie keine feind-



lichen Angriffe zu fürchten brauchen, auf der kein wesentlicher außenpolitischer Druck lastet. Das Deutsche Reich dagegen besitzt eine Mittellage im Herzen Europas. Ein Staatsvolk kann eine solche Mittellage in hervorragendem Sinn ausnutzen: Es kann nach allen Seiten Kulturkeime ausstreuen (s. Abb. 2), von allen Seiten Kulturanregungen aufnehmen und die eigene Kultur mit ihrer Hilfe um so höher entwickeln. Dieser Mission ist das deutsche Volk in hervorragendem Maße gerecht geworden. Es hat einen Kant und Goethe, einen Luther und Beethoven geboren. Aber indem es sie erfüllte, hat es sich einen Hang zum Weltbürgertum angeeignet, der der Entwicklung eines starken nationalen Willens widerstrebt, und der solange eine furchtbare Gefahr bedeutet, wie die Nachbarn in ihrer glücklicheren Randlage einen solchen Hang nicht sämtlich in gleicher Intensität in die Wirklichkeit umsetzen. Denn die Mittellage birgt, wie die Ereignisse des Weltkrieges uns nur zu spät gezeigt haben, dauernd die drohende Möglichkeit politischer Einkreisung, wirtschaftlicher Abschnürung, allseitigen Angriffs. Dauernd unterliegt das Deutsche Reich einem fast konzentrischen außenpolitischen Druck, ganz besonders seit dem Ende des Weltkriegs, seit Frankreich bis auf 20 km an die badische Landeshauptstadt, Polen bis auf 157 km an die Reichshauptstadt heranreicht, und an die Stelle des Bundesfreundes Österreich auf der langen Grenzstrecke vom Dreisesselberg im Böhmerwald bis zur Stadt Oderberg die mit Frankreich verbündete Tschechoslowakei getreten ist, die mit ihrer natürlichen Festung Böhmen als ein furchtbarer viereckiger Klotz ins deutsche Reichsgebiet hineinragt. Und im Verlauf seiner dornenreichen Geschichte sind in Zeiten der politischen Schwäche nur gar zu oft die Heere fremder Eroberer von Südosten, Osten, Norden und Westen über Deutschland dahingebraust und haben auf deutschem Boden ihre Schlachten geschlagen. Durch solche Ereignisse ist das deutsche Volk auf dem Wege der nationalen Einigung und Ausreifung immer erneut zurückgeschleudert worden, und das von Italienern, Franzosen und anderen Völkern als höchster nationaler Wunsch erachtete Ziel, die Zusammenfassung des geschlossenen Sprachgebiets in einem einzigen Staatsraum, ist von den Deutschen bisher nie erreicht worden, ja konnte bisher kaum mit Aussicht auf Erfolg erstrebt werden. — Die unmittelbaren politischen Folgerungen, die sich aus solchen Ausführungen ergeben, wird jeder Unvoreingenommene ohne weiteres selbst ziehen. Die jetzige Zeit ist besonders dazu geeignet, die Belange Deutschlands unter die geopolitische Lupe zu nehmen (vgl. den Aufsatz von Tiessen über den Friedensvertrag von Versailles, S. 203), denn die Lage des Deutschen Reiches ist zurzeit so furchtbar, daß wohl jede ernste wissenschaftliche Untersuchung zu seinen Gunsten ausfallen wird.

Die Geopolitik leistet noch mehr, als aus diesem einen deutschen Beispiel zu entnehmen ist. Wie so manche Aufsätze dieser Zeitschrift, etwa der über das

japanische Erdbeben und seine politischen Folgen (S. 82), oder über die indopazifischen Ölprobleme (S. 154) oder über die Mittelmeere als geopolitische Kraftfelder (S. 36) zeigen, lenkt die Geopolitik den Blick über den eigenen Lebensraum hinaus in die Weltweite, sie lehrt, wie sich die politische Macht zur Zeit über den Erdball verteilt, und wie sie sich unter dem Einfluß erdgebundener Kräfte verschiebt. Eine solche geopolitische Schulung rückt die kleinen innerpolitischen Tagesfragen, um die Parteipolitiker sich heute die Köpfe heiß reden, in die richtige Perspektive. Sie allein, die Grundlage der weltbeherrschenden Stellung der angelsächsischen Völker, gibt die Vorbedingung für eine weitsichtige Politik und Wirtschaftsführung, für eine kluge Einsicht in die Lebensmöglichkeiten und Daseinsnotwendigkeiten des eigenen Volkes im Rahmen des Weltganzen.

Eine derartige geopolitische Bildung, für die großen Kolonialvölker das Ergebnis Jahrhunderte langer Erfahrung, kann natürlich nicht über Nacht über das deutsche Volk kommen. Aber es ist eine dringende Forderung des Tages, daß mit ihr ein energischer Anfang gemacht wird. Eine hervorragende staatsbürgerliche Aufgabe erwächst in dieser Hinsicht der Schule, insbesondere dem geographischen Unterricht. Vom 7. oder 8. Schuljahr an ist es möglich, in die einfachsten Gedankengänge geopolitischen Inhalts einzuführen. Also kann schon die Volksschule Wesentliches leisten. In einer nach oben steigenden Fruchtbarkeit lassen sich geopolitische Probleme auf der Mittel- und Oberstufe der höheren Lehranstalten behandeln. Sind doch die beigegebenen drei Abbildungen einem Schulbuch (Prof. Dr. A. Supans Deutsche Schulgeographie, Gotha, Justus Perthes) entnommen! Nur ist das Plätzchen, das der Geographie heute auf den Schulen gegönnt wird (meist nur eine Wochenstunde), viel zu klein, um solche Aufgaben irgendwie nutzbringend in Angriff nehmen zu können. Und so ist unser Ruf: Geopolitische Bildung ins deutsche Volk! gleichbedeutend mit der Forderung: Mehr Geographie in die Deutsche Schule!



OTTO JESSEN

DIE LAGE DER HAUPTSTÄDTE IM NEUEN EUROPA:

I. ALLGEMEINE BETRACHTUNGEN ÜBER DIE LAGE POLITISCHER HAUPTSTÄDTE.

Die Hauptstädte sind aufs innigste mit dem Schicksal ihrer Länder verbunden. Sie nehmen an dem Aufblühen und Wachsen der Staaten teil, ebenso auch an ihrem Verfall. Große, volkreiche Städte des Altertums, wie Babylon, Niniveh, Tartessos, sind in Schutt und Trümmer gesunken, als die Reiche, deren glanzvolle politische und kulturelle Mittelpunkte sie waren, zugrunde gingen. Andere Hauptstädte sind mit dem Niedergang des Staates zu trauriger Bedeutungslosigkeit herabgesunken und haben mit dem Zusammenbruch des Staates ihren Vorrang als Hauptstadt eingebüßt. Wieder andere sind zwar erhalten geblieben, haben aber infolge der politischen Umformungen und der Neubildung von Staaten an Stelle der absterbenden alten Organismen ein völlig verändertes Gepräge erhalten und eine neue Entwicklungsrichtung eingeschlagen. Es gibt Städte, die mehrmals derartige Umwälzungen erlebt haben und die dank der Gunst ihrer geographischen Lage oder dank der in ihnen aufgespeicherten Lebensenergie nicht nur alle Katastrophen glücklich überstanden haben, sondern stets von neuem politische Brennpunkte geworden sind. Solche Städte sind besonders reich an historischen Erinnerungen, denn jede Epoche hat ihre Spuren hinterlassen; schon in der äußeren Physiognomie prägt sich der historische Zug deutlich aus.

Aber nicht nur an den großen Schicksalen, welche das Werden und Vergehen des Staates bestimmen, nehmen die Hauptstädte teil, sondern auch weniger schwerwiegende Veränderungen, welche an den Grenzen vor sich gehen, üben alsbald eine Rückwirkung auf die Hauptstadt aus. Die Hauptstädte sind als politische Mittelpunkte überaus empfindliche und überaus fein reagierende Organe; sie sind gewissermaßen der Zentralnerv des Staatskörpers, der auf jede, auch die kleinste Veränderung der peripherischen Organe reagiert. Wichtig ist vor allem die mit der Verschiebung der Grenzen verbundene Änderung der geographischen Lage der Hauptstadt innerhalb des Staates. Jede Hauptstadt hat sich militärisch und verkehrsgeographisch auf eine ganz bestimmte Lage der Staatengrenzen eingestellt. Werden diese verlegt, so muß sich die Hauptstadt den neuen Bedingungen anpassen.

Die Beziehungen und Wechselwirkungen zwischen einem Staat und seiner Hauptstadt sind dann besonders innig, wenn die letztere nicht allein den politischen Mittelpunkt, sondern zugleich auch ein wichtiges wirtschaftliches und kulturelles Zentrum bildet. Das ist nicht immer, aber doch meistens der Fall. Eine Hauptstadt hat bei sonst gleichen Bedingungen größere Chancen als irgend eine andere Stadt des Reiches, sich zu einem Wirtschafts- und Kulturzentrum zu entwickeln.

Die Hauptmotive, einer Siedelung vor allen anderen des Landes als Residenz und Regierungssitz den Vorrang zu geben, pflegen allerdings politischer und militärischer Art zu sein. Bevorzugt wird eine Siedlung in natürlich fester oder doch geschützter Lage, die zugleich die Möglichkeit der leichten Beherrschung des Landes und seiner Verkehrswege von dem betreffenden Punkte aus bietet. Dadurch aber, daß die zur Hauptstadt erhobene Siedlung der Sitz der Parlamente, Regierungen und obersten Verwaltungsbehörden, vielfach auch des Staatsoberhauptes und bevorzugter Standort des stehenden Heeres ist, wird dort eine Anhäufung von Menschen und Sachwerten, eine Konzentration von Reichtum und Intelligenz hervorgerufen, welche die Hauptstadt zu einem wirtschaftlichen und kulturellen Mittelpunkt erheben und ihr auch in dieser Beziehung eine überragende Stellung geben. Aus militärischen und administrativen Gründen ist jede Regierung bestrebt, die Hauptstadt zum Verkehrszentrum des Reiches zu machen, von dem aus alle Landesteile leicht und schnell erreichbar sind, womit naturgemäß ebenfalls große wirtschaftliche Vorteile verbunden sind. Kommt zu diesen Vergünstigungen, welche die Hauptstadt als politischer Mittelpunkt genießt, noch eine besondere Gunst der geographischen Lage, welche die natürliche Basis für eine kraftvolle wirtschaftliche Entwicklung liefert, so kann die Hauptstadt derart zum Schwerpunkt des Staates werden, daß sie Macht und Wesen desselben verkörpert und zusammenfaßt, und daß von ihrem Schicksal das des ganzen Landes abhängt.

Schon aus diesem kurzen Hinweis auf die engen Beziehungen und Wechselwirkungen zwischen einem Staat und seiner Hauptstadt wird man schließen dürfen, daß durch die gewaltigen und gewaltsamen politischen Umwälzungen, welche der Ausgang des Weltkrieges, besonders in Mittel- und Ost-Europa, herbeigeführt hat, eine ganze Anzahl Hauptstädte in Mitleidenschaft gezogen sein worden muß. Das ist in der Tat der Fall, und es ist nicht nur siedlungsgeographisch, sondern auch politisch von Interesse, die Folgen des Krieges und die Neueinteilung Europas unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten. Durch die Verschiebung der Staatengrenzen sind einige Städte in eine günstigere, andere in eine verhängnisvolle, ja, man kann sagen, unhaltbare Lage gerückt. Von besonderem Interesse ist es ferner, die Hauptstädte der neuen Staatengebilde, der sogen. Nachfolgestaaten, auf ihre geographische und politische Bedeutung und Eignung hin zu untersuchen, läßt sich doch mitunter schon allein aus der Wahl der Hauptstadt ein Rückschluß auf die Lebensfähigkeit und die politische Tendenz des neuen Staatswesens ziehen. Einige allgemeine Bemerkungen über die Bedeutung und Bewertung der geographischen Lage einer Hauptstadt und über die verschiedenartigen Ursachen, welche eine Verlegung notwendig machen oder eine Lageänderung verursachen, seien vorausgeschickt.



Die theoretisch günstigste Umgrenzung eines Staates ist, wie Ratzel dargelegt hat, die kreisförmige und die vorteilhafteste Lage der Hauptstadt ist die im Mittelpunkte jenes Kreises. Von ihm aus ist die Beherrschung der Verkehrswege, die gleichmäßige Beeinflussung und Überwachung der peripheren Landesteile am leichtesten. Von ihm aus können die der Gefahr der Absplitterung ausgesetzten Randgebiete mit gleicher Kraft festgehalten, kann auch eine die inneren Gegensätze ausgleichende Vermittlung ausgeübt werden. Sehr wesentlich ist ferner, daß die zentrale Lage den größten Schutz bietet. Je größer der politische Raum ist, desto notwendiger wird nach Ratzel die Hauptstadt in dieser Lage, aus Gründen der Raumbewältigung. Das bekannteste und beste Beispiel einer zentral gelegenen Hauptstadt ist Madrid. Es war von Philipp V. zweifellos staatsmännisch wohlüberlegt und klug gehandelt, diese fast im mathematischen Mittelpunkt des jungen spanischen Staates gelegene, zwar damals schon nicht unbedeutende, aber historisch ganz unbelastete Stadt Madrid zur Hauptstadt zu erheben. Gerade für ein Land wie Spanien, welches aus so heterogenen physischen und ethnischen Bestandteilen zusammengesetzt ist, war es zum Zweck straffer Zusammenfassung notwendig, einen zentral gelegenen Punkt zu wählen. Madrid ist seitdem Regierungssitz geblieben, trotzdem das wirtschaftliche und kulturelle Schwergewicht ganz entschieden in den Randlandschaften ruhte, und zwar zunächst, im 16. und 17. Jahrhundert, auf der atlantischen Seite (Sevilla), später auf der mediterranen (Barcelona). Der günstigen Lage der Reichshauptstadt war es ganz wesentlich mit zuzuschreiben, daß in der Zeit des kulturellen und politischen Abstiegs Spaniens, während die Kolonien absplitterten, das Mutterland auf der iberischen Halbinsel vor dem Zerfall bewahrt blieb, denn nur durch die straff organisierte zentralistische Verwaltung von einem geographisch günstig gelegenen Punkt aus war es möglich, der separatistischen Strömungen Herr zu werden. Im Laufe des letzten halben Jahrhunderts hat sich Madrid aus einem nur politischen Mittelpunkt zur wirklichen Hauptstadt entwickelt, die auch wirtschaftlich und kulturell eine hervorragende Stellung einnimmt. Es ist das in allererster Linie dem Ausbau des raumbewältigenden Verkehrsnetzes zuzuschreiben, welches Madrid aus seiner Isolierung gerissen hat und ihm ermöglichte, die Vorteile der zentralen Lage voll auszunutzen.

Außer bei Madrid kann man in Europa höchstens noch bei Brüssel von einer Mittelpunktslage sprechen. Viel häufiger ist die exzentrische Stellung, wie sie z. B. Berlin, Paris, Bern, Sofia, Bukarest zeigen. Sie ist teils in den natürlichen Verhältnissen begründet, teils aus der historischen Entwicklung zu erklären, indem es sich um vererbte Hauptstädte in geschichtlicher Kernlage handelt. Ist der politische Raum sehr unregelmäßig gestaltet oder schmal und langgestreckt, so ist die Hauptstadt höchst selten im geographischen Mittelpunkte zu finden. Besonders bei Staaten von der Form Italiens oder Portugals erschwert

die Gestalt ganz ungemein die Zusammenfassung der Teile von einem Mittelpunkt aus, da sich die Landschaften nicht konzentrisch, sondern kettenförmig anordnen. Gewöhnlich haben sich in solchen Staaten mehrere gleichwertige Kultur- und Wirtschaftszentren entwickelt, wie z. B. in Italien Rom und Neapel, in Portugal Lissabon und Porto, unter welchen der zum politischen Mittelpunkt erhobene an Volkszahl nicht selten von anderen übertroffen wird, wie in Italien Rom von Neapel, in Baden Karlsruhe von Mannheim. Das Streben nach zentraler Lage des Regierungssitzes ist aber auch bei diesen Staaten deutlich zu erkennen. Ratzel weist darauf hin, daß es gewiß nicht nur die Erinnerung an die großartige geschichtliche Vergangenheit war, welche im werdenden Königreich Italien Rom zur Hauptstadt bestimmte, sondern auch „die bei der Gestalt des Landes einzig günstige Mittelpunktslage, an der Stelle der natürlichsten Verbindungen zwischen Norden und Süden, tyrrhenischen und adriatischen Gestaden".

Noch häufiger als die exzentrische ist die randliche Lage, die extremste Abweichung von der Mittelpunktslage und daher theoretisch die ungünstigste. Sie birgt die Gefahr einseitiger Begünstigung eines peripheren Staatenteils und den noch viel größeren Nachteil der schweren Verteidigungsmöglichkeit in sich. Sie zwingt dazu, den fehlenden natürlichen Schutz der räumlichen Entfernung vom Nachbarn durch die Anlage eines engen Gürtels starker Befestigungswerke zu ersetzen. Ist doch die Eroberung der Hauptstadt fast immer das Ziel bei kriegerischen Verwicklungen und oft, wenn auch — besonders in neuerer Zeit — durchaus nicht immer für den Ausgang des Krieges entscheidend. Aber man darf die Lage einer Hauptstadt nicht rein theoretisch bewerten, sondern muß die gesamte geographische und wirtschaftliche Struktur des Landes, sowie die geschichtliche Entwicklung und politische Tendenz des Staates berücksichtigen. Sie lassen die randliche Lage vielmals zweckmäßiger und natürlicher, selbst militärisch vorteilhafter erscheinen als die im geometrischen Mittelpunkte. Besonders solche Staaten, welche in engster Berührung mit dem Meer leben, bevorzugen die Randstellung, so hat z. B. die Ostsee die Hauptstädte fast sämtlicher Randstaaten an ihre Küsten gezogen und ähnlich ist es beim Mittelmeer (Tunis, Algier, Tripolis, Athen-Piräus). Auch London, Lissabon, Tokio, Washington lassen den aufs Meer gerichteten Blick der Nationen erkennen, die Hauptstadt des maritimen Portugal in bezeichnendem Gegensatz zu der zentral gelegenen Hauptstadt des von jeher nur in geringen Beziehungen zum Meer stehenden spanischen Nachbarstaates. Je größer der Staat ist, desto bedenklicher ist naturgemäß die Randlage, und es erfordert dann ein Höchstmaß an politischer und militärischer Kraft und an Fähigkeit der Raumbewältigung, sie zu bewahren. Rußland, die Türkei und die Vereinigten Staaten mögen als Beispiele genannt werden. Daß die Hauptstädte so vieler Kolonien und ehemaligen Kolonialstaaten am Meere liegen, ist



daraus zu erklären, daß die Gründung der Kolonien und ihr Wachstum gewöhnlich von einem Hafenplatz ausging.

Die Ursachen, welche zu einer Verlegung der Hauptstadt zwingen oder Anlaß geben, können natürlicher Art sein oder in politischen Maßnahmen und Ereignissen liegen. Im letzteren Fall handelt es sich entweder um eine tatsächliche (räumliche) Verlegung des politischen Mittelpunkts oder nur um eine relative, durch Verschiebung der Staatengrenzen hervorgerufene Lageänderung. Wie jede andere Siedlung kann selbstverständlich auch eine Hauptstadt durch Naturereignisse, z. B. die Laufverlegung eines Flusses, das Vor- oder Rückschreiten einer Küste, Vulkanausbrüche, Erdbeben, gezwungen werden, sich einen anderen, günstigeren Platz auszusuchen; doch lehrt die Geschichte, daß bei einer Reichshauptstadt die Anhänglichkeit an den alten Platz noch stärker ausgeprägt zu sein pflegt als bei anderen Siedlungen, und daß vielfach allein die Macht der Tradition oder Gründe des Staatsprestige alle Bedenken besiegen. Vor kurzem ist die Hauptstadt eines Weltreichs, Tokio, eine Zweimillionenstadt, von einem furchtbaren, verheerenden Naturereignis betroffen worden. Schon bevor Tokio Hauptstadt wurde, hat es mehrere ähnliche Katastrophen erlebt. Trotzdem denkt man nicht daran, den Sitz der Regierung aus diesem gefährlichsten Schüttergebiet des Inselreiches in das relativ erdbebensichere Kioto zurückzuverlegen. Prestigegründe, Tradition und Trotz haben wohl bewirkt, sagt K. Haushofer, daß der Gedanke einer Rückverlegung des Regierungsmittelpunktes gleich wieder verdrängt wurde. Ähnlich war es mit Lissabon nach dem furchtbaren Erdbeben im Jahre 1755 und selbst das mehrmals zerstörte San Salvador erhebt sich an der alten Stelle. — Fluß- und Küstenverschiebungen machen Verlegungen auf kleinerem Raum notwendig als Erdbeben und Vulkanausbrüche, ihnen wird daher eher nachgegeben, wie neben vielen anderen das Beispiel Utica-Karthago-Tunis zeigt. Man ist ja heute auch imstande, diese Naturschwierigkeiten technisch zu überwinden. Die durch Fluß- und Küstenveränderungen lange in ihrer Entwicklung stark gehemmte Stadt Tunis ist durch einen Kanal wieder zum Seehafen gemacht worden; sie wird daher voraussichtlich Hauptstadt bleiben, trotz der Konkurrenz des für den Seeverkehr günstiger liegenden und auch topographisch begünstigten, mächtig aufgeblühten Biserta.

Das zuletzt genannte Beispiel zeigt zugleich, daß die wirtschaftliche Überflügelung der Hauptstadt durch eine andere Stadt der politischen Vorrangstellung der ersteren durchaus nicht immer gefährlich zu werden braucht. Selbst bei der Wahl einer Hauptstadt wird auf deren wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit wenig Gewicht gelegt. Das beste Beispiel ist Madrid, welches zur Hauptstadt erhoben wurde, trotzdem die weitere Umgebung der natürlichen Hilfsquellen eigentlich völlig entbehrt und gar keine Garantie für einen größeren Aufschwung bot. Aus-

schlaggebend war hier, wie oben erwähnt, der politische Gesichtspunkt einer den straffen Zusammenhang aller Staatenteile ermöglichenden und ausgleichend wirkenden Lage. Es ist überhaupt oft der Fall, daß in Staaten, die aus vielen ursprünglich selbständigen Teilen zusammengeschweißt sind, um die nationale Einheit zu betonen und die Bevorzugung eines Teilstaates zu vermeiden, eine Stadt zum politischen Mittelpunkt erhoben wird, die auf neutralem Boden liegt, der jegliche geschichtliche Tradition fehlt und die als wirtschaftliche Konkurrentin von anderen Bevölkerungszentren nicht gefürchtet zu werden braucht. In den Vereinigten Staaten wurde im Jahre 1791, um auf neutralem Boden eine Hauptstadt zu schaffen, aus Teilen von Virginia und Maryland der Bundesdistrikt herausgeschnitten und in ihm die Bundeshauptstadt Washington gegründet. Washington hat, wie alle anderen Städte der atlantischen Seite, an dem wirtschaftlichen Aufschwung des Landes teilgenommen, doch hat es in dieser Beziehung keine dominierende Stellung zu erringen vermocht. Der Einwohnerzahl nach steht es hinter vielen anderen weit zurück. Aber wenn auch, praktisch genommen, die Politik der Vereinigten Staaten in der Wall Street in New York, dem „great nerve centre of all American business“, gemacht wird, so ist doch Washington Regierungssitz geblieben. Den von den Gründern beabsichtigten Zweck, nämlich einen nicht materiellen, sondern idealen Mittelpunkt des Gesamtstaates zu bilden, der die nationale Zusammengehörigkeit der Teilstaaten symbolisiert, hat die Stadt gut erfüllt. Nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Nordamerika wurde 1901 in die Verfassungsurkunde der Commonwealth von Australien die Bestimmung aufgenommen, daß eine neue Bundeshauptstadt zu gründen sei, und daß diese zwar in der ältesten Kolonie Australiens, Neusüdwales, liegen, aber mindestens 100 englische Meilen von Sydney entfernt sein müsse. Hierbei spielten allerdings weniger ideale Beweggründe als vielmehr die nackte Eifersucht zwischen den beiden Rivalen Melbourne und Sydney, von denen keiner dem anderen den Vorrang gönnte, die Hauptrolle. Nach langem Suchen fand man im südlichen Teil von Neusüdwales einen geeigneten Platz. Es wurde nach amerikanischem Vorbild ein neutraler Bundesdistrikt (Federal Territory) gebildet, und im Jahre 1913 fand die offizielle Grundsteinlegung der zukünftigen Hauptstadt Canberra statt. Trotz des heftigsten Widerstandes von Neusüdwales wurde bestimmt, daß die Hauptstadt bei Jervis Bay (100 engl. Meilen südlich Sydney) einen Hafen erhalten solle. Es ist für den Geist im australischen Bundesstaat bezeichnend, daß Neusüdwales einerseits den allergrößten Wert darauf legt, daß die Hauptstadt innerhalb der Grenzen von Neusüdwales ihren Sitz bekommt, andrerseits schon die erst im Projekt vorhandene Hauptstadt als Konkurrentin von Sydney fürchtet. Auch die Art und Weise, wie man für die zukünftige Millionenstadt, welche „die schönste und zweckmäßigste Stadt der Welt“ werden soll, einstweilen (1919-20) freilich nur

1972 Einwohner zählt, prahlerische Propaganda macht, kann man nicht anders als eine ins Lächerliche gezogene Nachahmung des amerikanischen Vorbildes bezeichnen. Immerhin ist anzuerkennen, daß die Australier bei der Wahl der Hauptstadt wenigstens zu einer Einigung gekommen sind. Haben sich doch die Kanadier mehr als 10 Jahre lang vergebens herumgestritten, eine Hauptstadt für das Dominium of Canada zu finden. Die Entscheidung wurde dort schließlich der Königin Viktoria überlassen, welche Ottawa bestimmte. Alle drei Hauptstädte: Washington, Canberra, Ottawa haben übrigens eine ausgesprochen peripherische Lage.

Durchaus labil ist die Lage des politischen Mittelpunktes in unfertigen Staaten. In Kanada ist er von einem Ort zum andern gependelt (Quebec, Kingston, Montreal, Toronto, nochmals Quebec), bis endlich Ottawa bestimmt wurde. Vielfach zeigt sich bei wachsenden Staaten die Tendenz der Verschiebung in der Hauptanwachsrichtung. In den drei südeuropäischen Staaten Portugal, Spanien, Italien ist mit der vom Norden ausgehenden Reichsgründung der politische Mittelpunkt nach Süden gewandert. In Portugal von Porto über Coimbra nach Lissabon, in Spanien von Burgos über Valladolid nach Madrid, in Italien von Turin über Florenz nach Rom. Es ist hierin deutlich das Streben nach einer mehr zentralen Lage erkennbar. Andrerseits ist z. B. in Deutschland, wo die Einheit ebenfalls von Norden her gebracht wurde, Berlin der politische Mittelpunkt geblieben. Ebenso Washington in den Vereinigten Staaten, trotzdem sich die Union mit der Zeit über das ganze Innere und die Westhälfte des Kontinents ausdehnte. Es ist allerdings schon vielfach der Gedanke geäußert, den politischen Mittelpunkt der Vereinigten Staaten nach einem mehr zentralen Punkt in beherrschenderer Lage, etwa Chikago oder St. Louis, zu verlegen, und es ist wohl möglich, daß dieses Bedürfnis in dem Maße stärker sich geltend macht, je mehr der Pacifische Ocean als politisches Kraftfeld an Bedeutung gewinnt und die Union gezwungen ist, mit größerer Aufmerksamkeit als bisher den Blick nach Westen zu wenden.

Mitunter haben die politische Neuorientierung eines Staates und die veränderte nationale Zielsetzung eines Volkes die Verlegung der Hauptstadt eines großen Reiches zur Folge gehabt, ja, darin geradezu ihren Ausdruck gefunden. So kennzeichnet Moskau die kontinental-nationale, Petersburg die maritim-europäische Phase in der Entwicklung des altrussischen Reichs (Supan). Ebenso wie das 1703 gegründete Petersburg kann man mit Ratzel Tokio, welches 1868 erneut an die Stelle der Binnenstadt Kioto trat, als Beispiel dafür anführen, daß die Verlegung an die Peripherie gern dann erfolgt, wenn ein vorher nach innen gerichteter Staat sich der Außenwelt zuwendet. Umgekehrt suchen Kolonialstaaten, die von der Küste aus gegründet sind, dem landeinwärts fortgeschrittenen Wachstum dadurch Rechnung zu tragen und ihre Entwicklung zur Nation zum Ausdruck

zu bringen, daß sie die Hauptstadt ins Innere verlegen (Kapstadt-Pretoria, Valparaiso-Santiago).

Die relative Lageänderung einer Hauptstadt innerhalb des politischen Raums durch Verschiebung der Grenzen kann, wie die Geschichte an ungezählten Beispielen beweist, ganz beträchtlich sein. Die Hauptstadt kann durch Angliederung neuer Gebiete in den Mittelpunkt, durch Absplitterung randlicher Teile an die Peripherie gelangen (Konstantinopel). Zwischen ihr und der Grenze laufen wichtige Kraftlinien hin und her. Mehrfach ist auf die Tatsache hingewiesen worden, daß fast jeder Staat das Bestreben hat, die Grenze dort vorzuverlegen, wo der Abstand zwischen ihr und der Hauptstadt am kleinsten ist. R. Buschick hat das in seinem Aufsatze über die „Wanderungen europäischer Hauptstädte" durch viele Beispiele aus der Geschichte belegt. Kommt hierin das Streben nach Schutzlage der eigenen Hauptstadt zum Ausdruck, so zeigt sich andrerseits auch vielfach die Tendenz, die Grenzen in Richtung gegen den verwundbarsten Punkt des Nachbarstaates, nämlich dessen Hauptstadt, vorzurücken. Es besteht somit zwischen der Hauptstadt und jedem Abschnitt der Peripherie des Staates, wie auch den Hauptstädten der Nachbarstaaten eine durch die räumliche Lage bedingte Spannung, deren Intensität durch die geographischen und die jeweiligen politischen Verhältnisse bestimmt ist.

F. M. TRAUTZ:

DIE LANDBRÜCKE VON KOREA.

Am 22. August 1910 meldeten die Zeitungen[1]) lakonisch: „Die Annexion Koreas ist erfolgt." — Das Kaiserreich Japan hatte damit nach jahrelanger sorgfältiger Vorbereitung eigentlich nur den letzten Schritt[2]) des Friedensvertrages von Portsmouth (5. Sept. 1905) vollzogen, einen Schritt, der in dem Friedensvertrage mit keinem Wort erwähnt war, aber einen Landzuwachs von beinahe dem Flächeninhalt der Hauptinsel[3]) und von 13—14 Millionen Menschen darstellte.

Welcher Art war dieser Zuwachs? — Welche geopolitische Bedeutung hat die Einverleibung Koreas in das Japanische Reich für beide Staaten, und was hat Japan seither für sich daraus gemacht? —

Korea liegt an der Ostküste der größten Kontinentalmasse unserer Erde. Es ist besonders in seinem mittleren und nördlichen Teil klimatisch, trotz verhältnismäßig südlicher Breitenlage, an den scharfen Wintern und heißen Sommern der benachbarten Mandschurei beteiligt. Es weist in seiner Hauptstadt Söul, die mit Palermo etwa auf derselben Breite liegt, in + 37,5° Cels. sein bisher beobachtetes Sommermaximum (Aug. 1919) und – 22,3° Cels. sein auffallend tiefes Winterminimum (Jan. 1920) auf[4]). Die weiter nördlich gelegene alte Hauptstadt Pyöngyang zeigt als entsprechende Zahlen + 36,4° Cels. und – 28,5° Cels. Der südliche Teil der Halbinsel hat ein von der umgebenden See gemildertes Klima, mit einer etwa um ein Sechstel kleineren Temperaturspannung z. B. in Fusan. Die Windverhältnisse stehen völlig unter dem Einfluß der Monsune; Taifune erreichten bisher Korea höchst selten. Ein besonders im Norden reich bewaldetes Gebirge zieht sich als Wasserscheide in der Hauptsache nahe dem östlichen Gestade, durch die ganze Länge der Halbinsel. Die Flüsse fließen fast alle nach der hafen- und inselreichen, wohlaufgeschlossenen West- und Südwestküste. In dem ausgedehnten Niederland erreichen sie eine ziemliche Laufentwickelung und sind mit unter dem Einfluß einer stellenweise 10 m erreichenden Fluthöhe ziemlich weit aufwärts schiffbar. An der hafenarmen, steilaufsteigenden Ostküste ist fast keine Laufentwickelung möglich, auch beträgt dort die Fluthöhe stellenweise nur etwa einen Fuß.

Als Grenze zwischen Nord- und Süd-Korea kann die ungefähre Linie Chinnampo-Genzan (Wönsan) gelten; sie trifft mit der Grenzlinie von 660 n. Chr. zwischen dem (unter dem Reiche Silla)[5]) geeinten Korea und dem Chinesischen Reiche ziemlich zusammen, macht also nicht wie die moderne Grenze vom Yalu Gebrauch[6]). Korea ist in 13 Provinzen eingeteilt, die wie auch in Japan als „Straßen" (dô)[7]) bezeichnet sind. Eigentlich sind es 8 alte Landbezirke, von denen 5 noch je einmal in einen Nord- und Südteil getrennt wurden.[8])

Im Großen bildet die Halbinsel Korea zu dem Japan in seiner ganzen Länge

vom Kontinent trennenden Meeresarm eine querliegende „Landbrücke", die jedoch durch die Tsushima-Straße von Japan selbst geschieden ist. Dieses, im Besitz der Meerenge und Koreas, vermag zu Land Chinas Hauptstadt zu erreichen; schon sie zu bedrohen, dürfte zur Erreichung der meisten politischen Ziele — siehe unten, 1895 — genügen.

Die Breite des Meeresarmes zwischen Fusan und Shimonoseki beträgt über 200 km und wird von den Verbindungsdampfern in etwa 11 Stunden zurückgelegt[9]); es ist also eine über dreimal so lange Überfahrt, als die über den Ärmelkanal. Die Schiffahrt störende dichte, anhaltende Nebel sind hier[10]) wie dort nicht selten. Die Insel Tsushima, nahe dem Schauplatz der denkwürdigen Seeschlacht vom 27. Mai 1905, wird ungefähr im ersten Drittel der Fahrt (von Fusan ab) gesichtet.[11]) —

Eine geopolitische Betrachtung der Halbinsel Korea hat sich zu beschäftigen[12]) vor allem mit der Art der Grenzen, den Bewohnern und der staatlichen Umwelt, sodann mit den historischen Verkehrs- und Vormarschstraßen der Kultur, die vielfach mit denen der Kriege zusammenfallen, und schließlich mit den außenpolitischen Auswirkungen oder Kraftäußerungen des Staates oder Volkes. Denn:[13])

„Die politische Geographie ist auf die Ergebnisse der Geschichte angewiesen; die Gesetzmäßigkeiten, die sie aufstellen kann, sind zum großen Teil solche, die sie mit der Geschichte gemeinsam hat. Die Kenntnis der natürlichen Bedingungen reicht nicht aus, um die Erscheinungen der politischen Geographie zu erklären."

Auf ihre Grenzen hin betrachtet, ist die Halbinsel fast nur mit deren günstigster Art, Seeküsten, versehen, die drei — besonders zur Zeit der Segelschiffahrt — nicht leicht zu befahrende Meere, die See von Japan, das Gelbe und das Ostchinesische Meer bespülen. Nur im Norden bietet eine Landgrenze die Möglichkeit von Invasionen, denn der Yalu im Westen wie der Tumen im Osten sind als Flüsse Straßen, nicht Grenzen, und ihr Quellgebiet, das „lange weiße Gebirge", das eine Trennungswand darstellt, hat der Verkehr von jeher umgangen.[14])

Den — dem Rhein an Breite bedeutend überlegenen — Yalu vermochte erst eine in einer „Breite von 100 Li, oder einer guten Tagereise", von den Mandschus (im 17. Jahrh.) auf dem nördlichen Yalu-Ufer eingerichtete neutrale Ödlandzone, die bis 1895 bestand, zu einer wirklichen Grenze zu machen.[15])

Der Tumen, etwa zwei Fünftel der Länge des Yalu erreichend, hat eine ähnliche Rolle als Grenze zu spielen gehabt (Ritter, Asien III, 582); er kann sich aber sonst, obwohl im Oberlauf ebenfalls holzreich, nicht mit dem Yalu messen; seine Mündung liegt für den Seeverkehr nicht so günstig, und ein längerer, schärferer Winter schließt ihn ab.

Eine „Landbrücke"[16]) ist nur dann von Bedeutung, wenn sie, möglichst von ihren



beiden Enden her, sei es für kulturellen, sei es für kriegerischen Verkehr rege benutzt wird, wenn, mit anderen Worten, die durch sie verbundenen Gebiete, Länder oder Staaten in einem gewissen Austausch an geistigen oder materiellen Gütern stehen. Ist solche „Landbrücke" selbst von volklicher, kultureller und politischer Eigenbedeutung oder Selbständigkeit, dann wird sie, je nach den Machtverhältnissen, bald dem einen bald dem andern der Nachbarn zuneigen. Sie kann dann leicht in kulturelle, wenn die Politik des Gegen-einander-ausspielens der auf einander eifersüchtigen Nachbarn versagt, auch in politische Abhängigkeit von dem eroberungslustigeren oder dem mächtigeren der beiden geraten. Bestehen aber in einer derartigen Halbinsel volklich, geographisch oder staatlich getrennte Teilreiche, dann werden diese trotz vortrefflicher Gesamtgrenze in ihrer Verteidigung gegen fremde Angriffe solange der Stoßkraft entbehren, wie sie sich nicht der Gunst der geographischen Lage anpassen und zusammenschließen. Die frühe Geschichte[17]) zeigt dies mehrfach für Korea, das C. Ritter in seinen noch heute lesenswerten Ausführungen (73 S.) als „durch seine Weltstellung zwischen zwei herrschenden Staaten zu den doppelt tributpflichtigen Ländern der Erde" gehörend bezeichnet (a.a.O. 595). Zu einem — wenn auch naturgemäß nur in einer Richtung giltigen — Vergleich ladet auch die Geschichte der Insel Ceylon ein, was aber hier nur gestreift werden kann.[18]) Die Entwicklung eines Landes, seiner Wirtschaft, seines Verkehrs usw., kurz seiner Gesamtkultur hängt eben in weitestgehendem Maße von seinem unabhängigen Dasein als Staat ab.[19]) Dies ist auch in Korea, und zwar nach der positiven wie nach der negativen Seite, zu beobachten infolge der Verschiedenheit, die diese eigentümliche Halbinsel in ihrer offenen Nordgrenze und in der fast geschlossen sackartigen Form ihres Südteiles aufweist.

Korea war in den Zeiten geringer Verkehrsentwicklung im Norden schon eigentlich „Festland", im Süden so gut wie „Insel" und nach außen noch in zahllose Inseln — Schären — aufgelöst. Als ersteres zeigt es sich stark vom Kontinent her beeinflußt, als letzteres hat es einen merkwürdig insular konservativen, selbständigen Charakter. Es ist heute in seiner Rasse wie in seiner Sprache, trotz beträchtlicher Vermischung besonders in und im Umkreis der Hauptstadt, und Besiedlung der Nordostprovinz durch südkoreanische Bevölkerungsteile, noch nicht gleichförmig; im Norden scheint ein möglicherweise z. T. aus der Mandschurei stammender Bauernschlag, im Süden eine (von SW oder SO stammende?) Fischerbevölkerung vorzuwiegen. Trotzdem aber hat es in seiner Gesamtheit, körperlich und geistig, einen besonderen Typus herausgebildet und bewahrt.[20]) Die Koreaner waren von jeher und sind noch heute starke Fleischesser. Die für sie neue Einrichtung von kommunalen Schlachthäusern anstelle der gewohnten, hygienisch ungünstigen Hausschlachtung in Korea, hat der japanischen Verwaltung mancherlei Umstände bereitet. Im allgemeinen sind die Koreaner große, kraftvolle Ge-

stalten, dabei nichts weniger als wild oder rauh in ihrem Benehmen. Ihre eigentümliche Tracht aus weißem Baumwollstoff soll zurückgehen auf eine vor Jahrhunderten angeordnete ewige Landestrauer um eine verstorbene Königin. Von den meist dunkelblau gekleideten Chinesen und von den körperlich kleineren Japanern mit ihrer abweichenden Bekleidung unterscheiden sie sich leicht.

In geistiger Hinsicht ist China in Korea von überwältigendem Einfluß gewesen: Schrift, Sprache, Religion[21]), Leben und Wirtschaft weisen davon die deutlichsten Anzeichen auf. Trotzdem aber hat das insulare Element des Landes dem heute 17 1/4 Millionen Menschen zählenden Volksstamm seine eigne Sprache und Literatur, einen eigentümlichen religiösen Einschlag, Anschauungen, Sitten und Gebräuche und eine auf Selbständigkeit gerichtete Geistesart bewahrt, die den Besucher Koreas immer wieder überrascht.

Die zahlreichen, heute außerhalb Koreas lebenden Koreaner[22]), die in Honolulu, China, Nordamerika und auch Europa kleine Zentren einer Selbständigkeitsbewegung bilden, legen davon beredtes Zeugnis ab; sie verwahren sich durchaus dagegen, jetzt „Japaner" zu sein. In der Mandschurei allein sollen sich 2 Millionen Koreaner, in Nikolsk und Umgebung 200000 (einschl. 50000 naturalisierter Russen) befinden. Angesichts dieser Tatsache darf man sich an Albrecht Wirths Ausdruck von der „granitenen unzerstörbaren Eigenart des Volkes"[23]) erinnern. Auch gewinnt man damit einen Einblick in die großen persönlichen, bwz. rassenhaften Schwierigkeiten, die der japanischen, in vieler Hinsicht sehr wohlmeinenden, aber den Koreanern unbequemen Verwaltung des in jahrhundertelanger Mißwirtschaft heruntergekommenen Landes erwachsen[24]).

Auf dem Gebiet des Kulturverkehrs und der Kriege ist in einem großen Teil der historischen Zeit für Korea eine west-östliche, bzw. nord-südliche Richtung des Kulturfortschreitens feststellbar. Auf diesem Wege sind, einsetzend mit der für Korea noch sagenhaften Zeit der Han (206 v. bis 220 n. Chr.) zuerst die Kulturerrungenschaften Chinas nach der entlegenen Halbinsel gelangt. Ungestörter als an anderen, ausgesetzteren Stellen des chinesischen Kontinentalreichs haben sich in diesem stillen Winkel konfuzianische Staatslehre und Ethik und die chinesische klassische Bildung bis in unsere Zeit hinein erhalten. Auch der Buddhismus und mit ihm die chinesisch geschriebenen heiligen Schriften des Tripiṭaka sind — um die Wende des 3. und 4. Jahrhunderts n. Chr. —[25]) auf dem erwähnten Wege nach Korea und von dort zu verschiedenen Malen weiter, nach der kanonischen Zahl 552 n. Chr., nach Japan gelangt.

Feindliche Einfälle aus Nord-China und der Mandschurei nach Korea, innerkoreanische Kriege und Vorstöße nach Norden haben im ersten Jahrtausend n. Chr. wiederholt Korea und die südliche Mandschurei verheert. Die schwersten aller von außen kommenden kriegerischen Heimsuchungen aber waren die Einfälle der



Mongolen, die im 13. Jahrhundert das größte Kontinentalreich der Welt ihren Schwertern unterwarfen. Über die Landbrücke von Korea hinweg versuchte Kublai Khan, der Enkel Dschingis Khans, des gewaltigsten der asiatischen Weltstürmer, in mehrjährigen Anstrengungen — zuletzt 1281 — mit Hilfe koreanischer Flotillen die japanischen Inseln zu erobern. Während Japan, das Inselreich, in seiner Selbstverteidigung durch das rauhe stürmereiche Meer aufs wirksamste unterstützt, kaum ernste Verluste zu verzeichnen hatte, lag die kontinentale Halbinsel völlig ausgesogen und verwüstet, lange an den erlittenen schweren Verlusten krankend, zwischen ihren von der Natur begünstigteren mächtigeren Nachbarn darnieder und ist seit jener Zeit und bis in unsere Tage hinein eigentlich dauernd doppelt tributpflichtig, ein „Ruinenland" gewesen (Ratzel, Anthropogeogr. II, 334).

Schon in ganz alter Zeit hat Korea die kriegerischen Japaner gelockt und auch später nicht aufgehört, auf die Wikinger-Fürsten auf den japanischen Inseln seine große Anziehungskraft auszuüben. Der berühmte Kriegszug der Kaiserin Jingô-Kôgô (angeblich im 3. Jahrh. n. Chr.) ist eine der frühen Expeditionen zu noch sagenhafter Zeit. Kleinere Seeräuberzüge nach Korea und auch China folgten ihrem Beispiel Jahrhunderte lang. Aber auch dauernde Beziehungen zu Korea wurden von Japan angeknüpft. So bestand zu dem mehr oder weniger mit Japan verbündeten kleinen Staat Pakche (Kudara), der häufig japanischen Beistand erbat, eine Art Freundschaftsverhältnis, was durch Geschenkaustausch zum Ausdruck kam. Japan, das damals weder Pferde noch Rindvieh gekannt zu haben scheint, schickte Waffen und Hilfstruppen.

Eine beträchtliche koreanische Auswanderung nach Japan muß vor und auch in dieser Zeit stattgefunden haben, denn um etwa 700 n. Chr. soll der vierte Teil des japanischen Adels entweder koreanischen oder chinesischen Ursprungs gewesen sein. Zeitweise lebhafte japanische Auswanderung nach Korea im Anschluß an dort gemachte Eroberungen steht dem von der anderen Seite entgegen.

Um 650—662 n. Chr. erreichten die japanischen über hundertjährigen kriegerischen Bemühungen in Korea eine Art von Höhepunkt. Mit der Freude des auf sicheren Inseln sitzenden Seeräubers nährte — auch — Japan vielfach bei seinen kontinentalen Nachbarn den Krieg, ließ sich seine Hilfstruppen durch Gegengeschenke gewißermaßen bezahlen und von den Fremden verpflegen. 661 n. Chr. aber hatte es sich wohl mit zu starken Kräften über See eingelassen, mußte in größerem Umfang selbst Proviant hinschicken und erlitt schließlich mit einem 27000 Mann starken neuen „Expeditionskorps" durch die unter den T'ang Korea erobernden Chinesen eine entscheidende Niederlage. Damit enden für 930 Jahre alle japanischen Versuche Korea zu unterwerfen (Murdoch I, S. 182). Erst 1592-98 unternahm dann der größte Mann des mittelalterlichen Japan, Toyotomi Hideyoshi, seinen berühmten Koreazug, der die Japaner bis an die mandschurische Grenze führte. Wenn das Unternehmen auch nach dem Tode des genialen Mannes aufgegeben wurde, so

war es doch durchaus nicht nur in der dämonischen Natur des Führers begründet, sondern aus dem insularen Charakter der Japaner, namentlich dem kriegerischen Betätigungsdrange des japanischen Schwertadels hervorgegangen, für den die Ureinwohner im Norden der japanischen Inseln keine ebenbürtigen Gegner darstellten: „Gerade der natürliche Schutz der Lage lockt ja zu Ausfällen und Übergriffen“ [26]).

Erst in neuer Zeit scheint sich ein Umschwung von größerer Dauer in der Benutzung der Landbrücke von Korea und zwar in die umgekehrte, die ost- und westliche, bzw. die süd-nördliche Richtung zu vollziehen. Japans Öffnung für den Weltverkehr (1853-54) und seine sehr rasche Ausdehnung haben 1894-95 im japanisch-chinesischen und 1904-05 im russisch-japanischen Krieg den chinesischen und russischen Versuch vereitelt, den naturgegebenen Annäherungsweg nach Japan — man könnte auch „das Aufmarschgelände“ sagen — in die Hand zu nehmen. Das danach zur Großmacht aufsteigende Inselreich konnte die zu ihm beinahe hinüberführende Landbrücke nicht in fremder Hand oder Korea in seiner staatlichen Ohnmacht sich selbst überlassen. „An Korea hing in der Tat Japans Zukunft“ [27]).

Mit der Annexion von Korea hat der Inselstaat Japan den folgenschweren Schritt zur „Kontinental-Macht“ getan. In Korea aber hat eine Entwicklung eingesetzt, die die Halbinsel in japanisches Kolonialland verwandelt und das unterworfene Reich nötigt, seine Front nach Nordwesten zu nehmen. Nicht nur die Selbständigkeit hat damit Korea verloren. Im Rahmen des Großjapanischen Kaiserreichs muß es eine mit seiner früheren mehr oder weniger „splendid isolation“ scharf kontrastierende Aufgabe auf sich nehmen, als Puffer- und Aufmarschgelände gegen China und Sibirien, und mit Kwantung zusammen als japanische zweite Flottenbasis für weitere Auseinandersetzungen mit dem benachbarten Festland. Die Verbindung Japans mit Korea ist die typische „societas leonina“ [28]), wie sie mit schwächeren kontinentalen Nachbarstaaten von davorliegenden Inselreichen gern, unter gleichzeitiger Betonung friedlichster Absichten und im Hinblick auf den Kriegsfall, geschlossen zu werden pflegt. Wer denkt da nicht an Großbritannien und Belgien? — Koreas Lage ist in seinem Fall besonders ungünstig durch die lange Seeküste, die es der japanischen überlegenen modernen Seemacht ausliefert und fremde Hilfe auf den schmalen Landzugang über den Yalu beschränkt, anders als zur Zeit der primitiven Schiffahrt, die die schären- und fjordreiche Küste zu einem hinhaltenden Seeräuber-Kleinkrieg benutzen konnte.

Die Frage, was Japan für sich aus Korea gemacht hat, kann nicht beantwortet werden ohne die benachbarte Südmandschurei kurz in den Kreis der Betrachtung mit einzubeziehen. Die Seeküste von der Yalu-Mündung bis zu der des Liaoho springt im Liaotung-Gebirge und der Halbinsel von Dairen (Dalny) und Port Arthur weit in den Golf von Petschili vor. Port Arthur mit dem gegenüber



liegenden Shantung bildet eine nur etwa 100 km breite Meeresstraße als Zugang zu Tientsin, der Hafenstadt von Peking. So gewinnen Port Arthur und sein Hinterland ihre große Bedeutung für die Seestrategie im Gelben Meer, wie für die Bewegung von Landstreitkräften, die von Korea her den Yalu überschreiten und gegen Port Arthur, Mukden oder weiter auf Peking vorgehen.

Zum ersten Male trat die moderne Bedeutung dieses weltfernen Landstrichs als politisch (-militärisches) Kampfgebiet erster Ordnung in Ostasien 1894 in die Erscheinung. War damals der chinesisch-japanische Krieg auch angeblich um die Unabhängigkeit Koreas (— von China! —) geführt, so sah sich diese Landbrücke, in ihrem staatlichen Scheindasein ohne Land- und Seemacht, alsbald widerstandsunfähig der japanischen Seeherrschaft ausgeliefert. Japan stieß sofort nach der Yalu-Mündung vor, vernichtete dort die unterlegene chinesische Flotte und nahm durch Überraschung die chinesische Festung Port Arthur. „Die Wehrlosigkeit Chinas trat in überraschender und erschreckender Weise zu Tage“[29]). Es ist allgemein bekannt, wie Japan im Frieden von Shimonoseki 1895 die Stelle seiner Festsetzung auf dem Festlande wieder räumen mußte, vor dem Einspruch vor allem Rußlands und Frankreichs. Rußland sicherte sich dort 1898 durch einen Pachtvertrag das Besitzrecht der Kwantung-Halbinsel mit Port Arthur, dem so dringend erstrebten eisfreien Hafen, und den vorwiegenden Einfluß in der Südmandschurei. Es folgten die Boxerunruhen 1900, bei deren Niederwerfung die Japaner die Truppen der europäischen Großmächte genau kennen lernten.[30])

Inzwischen hatte in Japan eine vorbildliche geistige Vorbereitung durch Presse und Schule das Japan im Frieden von Shimonoseki entrissene Port Arthur in den Augen auch des einfachen Japaners zu einem Ehrenpunkt seines Vaterlandes gemacht. Der Friede hatte in Korea wohl das Vorwiegen der Interessen Japans anerkannt, aber die reichen Holzbestände am oberen Yalu, die koreanischen Goldvorkommen in Nordwest-Korea waren eine dauernde starke Lockung für Rußland, dessen Ausdehnungsbestreben durch Festsetzung in Port Arthur keineswegs beruhigt, sondern erst recht in diese Richtung gelenkt war. Immer heftiger stießen am Nordende der koreanischen Landbrücke die russischen und japanischen Interessen aufeinander. Auf Grund seines wohlerworbenen Anspruchs und mit seiner für meergeschützte Inselstaaten charakteristischen Zähigkeit faßte Japan immer fester in Korea Fuß. Schritt für Schritt strebte die japanische Politik ihrem Ziele zu. Schließlich waren die Verhältnisse so zugespitzt und durch russisches Zögern gespannt, daß die Japaner ohne Kriegserklärung im Februar 1904 die russische Flotte im Hafen von Port Arthur überfallen und damit den endgiltigen Waffengang um die „Unabhängigkeit Koreas“ (— diesmal von Rußland! —) in einer seemächtigen Inselstaaten von jeher besonders zusagenden Weise eröffnen konnten.

Wieder gehörte sehr bald die Seeherrschaft den Japanern und war dadurch die

Landbrücke von Korea in ihrer Hand. Der japanische Kriegsplan, den der deutsche General Meckel s. Zt. in Japan dem dortigen Generalstabe gelegentlich eines Kriegsspiels nahe gelegt hatte, ging darauf hinaus, außer in Korea, das sofort fest in die Hand zu nehmen war, auch noch westlich der Yalu-Mündung am Dagushan japanische Truppen zu landen, Port Arthur zu nehmen und dann vom Yalu und von Port Arthur her nach Norden die Vereinigung der getrennt vorrückenden Heeresteile auf einem Entscheidungsschlachtfeld zu suchen. Die in Korea gelandeten japanischen Truppen sammelten beim Vorgehen zum Yalu auf unbeschreiblichen koreanischen Wegen für den späteren schleppenden Kriegsverlauf bedeutungsvolle Erfahrungen. Für moderne Heeresbewegungen war damals die Landbrücke von Korea — wie je nach der Witterung auch Teile der Südmandschurei — noch in fast unpassierbarem Zustand.[31]) Port Arthur widerstand länger, als man auf japanischer Seite angenommen hatte, namentlich in Ermangelung ganz schwerer Artillerie bei den Japanern.[32]) Auch gelang es den Russen wieder und wieder, im Felde durch stets rechtzeitigen Rückzug sich der drohenden japanischen Umklammerung durch weit ausgedehnte Fronten und eine ungemein „massive Defensive" zu entziehen. Der ohnehin schwache russische Offensivgeist wurde völlig gelähmt durch ängstlichen Hinblick auf die einzige Bahnlinie im Rücken. Aber auch das von japanischer Seite erstrebte „Sedan" wurde schließlich nicht geschlagen. Die Seeschlacht von Tsushima gewann die kriegsentscheidende Bedeutung.

Am 5. September 1905, im Frieden von Portsmouth, konnte Japan als Ergebnis seiner Anstrengungen und Opfer die südliche Mandschurei bis Mukden als seine ausschließliche Interessensphäre, die Bahnlinie Port Arthur-Changchun, den Hauptstrang der jetzigen japanischen „Südmandschurischen Eisenbahn"[33]) und die bisher russische Pachtung von Kwangtung mit Dairen und Port Arthur als Reingewinn buchen. Chinas Protest verhallte ungehört; seine Ohnmacht nötigte es, den schmerzlichen Verlust des Stammlandes seiner letzten Dynastie hinzunehmen. Rußland aber war weit genug von dem Nordende der koreanischen Landbrücke zurückgedrängt, um Japan zu deren unumschränktem Herrn zu machen. Japan wird dies auch so lange bleiben, wie es mit seiner Flotte die umgebende See beherrscht. Gebieterische politische Rücksichten könnten ihm allerdings unter Umständen nahe legen, seinen Griff in die Mandschurei hinein eines Tages etwas zu lösen. Es liegt hier eine „Wachstumsspitze"[34]) der japanischen Macht vor, ähnlich wie in Sachalin, dessen nördliche, erst vor kurzer Zeit erworbene Hälfte Japan angeblich wieder aufzugeben gesonnen ist. Für ein Zurückschrauben der japanischen Ansprüche in dieser und in der südmandschurischen Richtung ist noch einiger Spielraum vorhanden. Dem Nordwestende der koreanischen Landbrücke wird ohnehin durch den Besitz der Südmanschurischen Eisenbahn wirtschaftlich und militärisch ein gewisses Glacis nördlich des Yalu und Tumen als eine Art



Puffergelände vorgelagert bleiben. Die in japanischen Händen befindlichen Schienenstränge stellen auch keine wehrlosen Fühler dar, sondern sind stark gesicherte strategische Linien, die dem Besitzer immer gestatten, einem dortigen Gegner „das prevenire zu spielen."

Die Bedeutung Koreas für Japan, wie sie aus vorstehendem sich ergibt, hat auch durch die neuesten Ereignisse keine Änderung erfahren. Hatte der russisch-japanische Krieg den Schritt Japans zur Vormacht des ostasiatischen Kulturkreises und damit zur Weltmacht gebahnt, so hat die republikanische Zersetzung Chinas diese Entwicklung gefördert und der Weltkrieg sie vollendet. Ob und wie weit ein Rückschlag sich darnach auswirken wird, insbesondere auch in der geistigen Auseinandersetzung mit dem abendländischen Sozialismus und dem Bolschewismus, läßt sich noch nicht übersehen. Die furchtbare Erdbebenkatastrophe[35]) vom September vorigen Jahres hat jedenfalls gerade in geistiger Hinsicht das gesunde und kraftvolle Element im japanischen Volk wie ein scharfer operativer Eingriff angeregt, aber die glänzenden japanischen Staatsfinanzen schwer geschädigt. Das in heroischen Anstrengungen vor 20 Jahren Gewonnene zu erhalten, wird danach dem Inselreich nicht leicht fallen. Die Frage der japanischen Einwanderung in die Vereinigten Staaten von Nordamerika verfinstert dazu noch den politischen Horizont.

Die Isolierung Japans, einer im Kern immer durchaus insularen Macht, die letzten Endes alle Zähigkeit und politische Bewegungsfreiheit des typischen Inselstaats besitzt, bedeutet nun aber nicht entfernt dasselbe, wie etwa die politische Vereinsamung eines rein kontinentalen Staatswesens, z. B. Deutschlands. Wenn sich also die koreanische Unabhängigkeitsbewegung gerade jetzt besonders vernehmlich macht, so ist dem keine größere Bedeutung beizumessen. An mit fremdem Gelde bezahlten Hetzern fehlt es auch innerhalb von anderen Staaten, wie gerade Deutschland am eignen Leibe spürt, in geeigneten Gebieten niemals. Die japanische Politik behandelt aber in Korea, soweit von uns aus erkennbar, diese etwas heikle Frage durchaus mit Festigkeit und Geschick.

Man mag sich zur japanischen Politik stellen wie man will — abgesehen davon, daß Politik überhaupt vom Standpunkt moralischer Entrüstung betrachtet in ihrem Wesen verkannt wird — unter keinen Umständen kann man der japanischen Verwaltung in Korea kulturelle Bedeutung absprechen. Es ist nicht nur die Hebung des Verkehrs und die Erschließung neuer Gebiete durch Eisenbahnen und Straßen, die Anregung der Landwirtschaft durch Mustergüter, die Förderung von Handel und Industrie durch eine des großen Zuges nicht entbehrende Bank- und Finanzpolitik, sondern auch die allgemeine Hebung der Hygiene, des Schulwesens, des Unterrichts auf dem elementaren wie dem Fortbildungsgebiet und auf dem der Fachschulen, die hier erwähnt werden müssen. Eine unvoreingenommene Betrachtung muß da das japanische Vorgehen in allem Wesentlichen anerkennen. Die

Japaner versuchen ehrlich, der großen Kolonisationsaufgabe, die sich ihnen vor den Toren ihres Reiches aufgetan hat, gerecht zu werden. Es ist ihnen nicht entgangen, daß nur an solchen Aufgaben auf die Dauer — man denke an die Bedeutung Indiens für England, Afrikas für Frankreich — sich weiter Blick und ein gewisses Herrentum bei den Kulturvölkern hat herausbilden können. Es ist das ein Ziel, dem man wohlüberlegt auf dem politischen Gebiet an Kräften und Anstrengungen allerhand opfern darf; umsomehr wird der Gesamteinsatz sich dann lohnen.

Auch der wissenschaftlichen Erforschung Koreas, im wesentlichen nach europäischen Methoden, hat sich Japan mit Erfolg zugewendet. Die Geschichte und Archäologie des Landes, die Entwicklung seiner Religion, Literatur, seiner religiösen Kunst und seines noch zu wenig bekannten, anziehenden Kunstgewerbes, schließlich das Studium des Landes- und Volkscharakters, der Sitten und Gebräuche wie der Folklore sind von den Japanern aufgenommen und in z. T. sehr wertvollen Veröffentlichungen niedergelegt worden, die meines Wissens in Deutschland leider nicht gekauft werden konnten. Ein neues[86]) schönes Museum — schon das zweite — koreanischer, nordchinesischer und in einem kleinen Teil auch zentralasiatischer Kunst ist im Keifuku-Palast in Söul eingerichtet. Ein buddhistisches hochbedeutendes koreanisches Schriftdenkmal, das alte in Holzplatten geschnittene Tripitaka, das in einem der ältesten erhaltenen buddhistischen Klöster des Landes, dem Bongyôji[87]) bei Fusan, aufgefunden wurde, ist neuerdings in einer kleinen Reihe von Abdrücken vervielfältigt und so der japanischen wissenschaftlichen Buddhologie zugänglich gemacht worden. Die buddhistische Mission, namentlich die der hochstehenden Shin-Sekte, ist Schulter an Schulter mit den abendländischen christlichen Missionen eifrig tätig in der Bekämpfung von Unsitten, Aberglauben und Unwissenheit. Daß zu Ende dieses oder Beginn des nächsten Jahres in der Hauptstadt Söul eine Japanern und Koreanern in gleichem Maße offenstehende Universität gegründet wird, ist ein weiteres Zeichen dafür, daß sich Japan seiner Verpflichtung als Kulturstaat bewußt ist und seinen Ehrgeiz dareinsetzt, neuzeitlichen Kulturgesichtspunkten in seinem Machtbereich zur Geltung zu verhelfen. Daß es dabei nicht überall ohne Härten abgehen kann, ist nicht verwunderlich. —

Die Geschichte lehrt, daß auf die Dauer die Hauptlebensbedingung eines Staates die eigene Ausbreitungsmöglichkeit ist. Ihre Erhaltung war von jeher das Ziel jeder vernünftigen Politik. Unter den im pazifischen Erdraum herrschenden Verhältnissen kann Japan ohne Korea nicht mehr auskommen und mindestens vorläufig Korea auch nicht ohne Japan. Eines bietet dem anderen bedeutungsvolle, zunehmend schwerere Aufgaben, woran beide ihre Kraft und Geschicklichkeit weiter üben und entwickeln müssen:

Es gibt im politischen Leben keinen Ruhepunkt, der ein befriedigendes Rückschauen zuläßt; ich weiß nicht, was aus dem heute Gepflanzten morgen wird (Bismarck).



ANMERKUNGEN

1) S. z. B. Tägl. Rundschau, 22. 8. 1910. — Bemerkenswerterweise ist von einem „Annexions-Vertrag" dabei d. Rede; s. Franke, Großmächte in Ostasien, 332 f. — Wortlaut: s. (englisch) Annual Report 1918-21, App. A.; (japanisch) (z. B.) Jijinenkan, 1924, S. 692.

2) Japan Year Book (J. Y. B.) 1923, S. 122 der Wortlaut des Friedensvertrages (englisch); in Nichirosenshi (Vom Jap. Gen. St. herausgeg. Gesch. d. Russ. Jap. Kriegs) Bd. X, Anl. 7 (japanisch). — S. ferner Franke, Ostasiat. Neubildgn. S. 127 u. Großm. i. O. S. 268.

3) Insel Hondô 224,737 qkm; Korea 217,826 qkm. — Haushofer, Japan u. die Japaner. S. 12-14.

4) J. Y. B. 1923, S. 658. — Annual Rep. 1918-21, S. 13 u. 216, wo als Winterminimum — 21,8 C. angegeben ist.

5) Murdoch, A History of Japan, Bd. I, S. 33 u. Karte.

6) Weber-Riess, Weltgesch. i. 2 Bdn., Bd. II, S. 303.

7) S. die den Annual Rep. beigegebenen Karten. — Gute japanische Karten von Korea sind (in 1 : 1 500 000): Kankoku zen zu, Vollst. Karte v. Korea, Hakuaikwan, Söul, 1909 und Kankoku tsûshin ryaku zu, Verkehrsübersichtskarte von Korea der Japan. Landesaufnahme, 1908. Die neueren Karten der Japan. Landesaufnahme schließen sich an die Aufnahmen in Nord-Korea an, die das J. Gen. St. Werk (8 Bde. u. Kartenbd.) zeigt (Tôkyô, 1904-8); 1909-10 waren davon m. W. im Handel Blätter nicht zu haben. — S. auch C. Ritter, Asien, 1834, Bd. III.

8) Die beiden Nord- und die drei Südprovinzen sind geteilt, die drei der Mitte, Kôkaidô, Keikidô (mit Söul) u. Kôgendô sind nicht geteilt.

9) An Official Guide to Eastern Asia, Vol. I, Manchuria & Chôsen, S. 300.

10) Annual Rep. 1918-21, S. 13.

11) S. den japan. Bericht im Meiji sanjûshichihachi nen kaisenshi (Jap. Admiralstabswerk), Bd. II, S. 195 ff. — Deutsche, etwas gekürzte Übersetzung von Kapt. v. Knorr, Berlin, Mittler.

12) Ratzel, Polit. Geogr., 2. Aufl. S. 613.

13) Haushofer-März, Zum Freiheitskampf in Südostasien, 1923, S. 253.

14) Zu „Yalu" s. die jap. Schriften: Ōzaki, Ōryokkô (der Yalu), 1910, bes. die dort. Wälder und ihre Ausbeutungsmöglichkeiten betr., 258 S., und die seit 1908 erscheinende Monatsschrift „Chôsen", die später den Titel in „Chôsen oyobi Manshû" (Korea und Mandschurei) erweiterte. — Ferner s. in Moritas dreibändigem Manshûchishi (Geographiebuch d. Mandschurei) Kap. II, Abs. 7, Tumen (5 S.) u. Abs. 8 Yalu (2 S.). Alles japanisch.

15) Richthofen, China, Bd. II, S. 88 und 162, f. — Ratzel, Anthropogeogr. S. 87.

16) Der Begriff „Landbrücke", m. W. zum ersten Mal in dem in Anm. 19 angezogenen Aufsatz („Die Halbinsel Korea, als "Brücke"") gebraucht, ist als solcher nicht bei Ratzel u. Ritter behandelt. — S. aber Ratzel, Polit. Geogr. S. 460, „Halbinseln" und Anthropogeographie (1909), I, S. 248.

17) Hulbert, History of Korea, Söul, 1905, Bd. I und Ritter, Asien, Bd. III, S, 573-647.

18) S. J. Emerson Tennent, Ceylon, 1860, 2 Bde., das noch immer beste und ausführlichste Buch über die Insel. — Ferner The Mahawansa (englisch), Colombo, 1909 und eine neue Übersetzung davon von Wilh. Geiger (im Druck). — Zu kurzer Orientierung: F. M. Trautz, Die Insel Ceylon, München 1924, in „Der indische Kulturkreis in Einzeldarstellungen", hrsg. von Prof. Dr. K. Döhring (im Druck).

19) S. Märzheft 1923 (7. Jahrg.) der Monatsschrift „Deutschlands Erneuerung": Trautz „Inselstaat und Kontinentalstaat, am Beispiel der Auseinandersetzung Japans mit dem asiatischen Festland".

20) Annual Report, 1918—21, S. 11.

21) S. dazu bes. M. Courant, Bibliographie Coréenne, Paris, 1894—97; 3 Bde.

22) J. Y. B. 192, S. 676.

23) A. Wirth, Ostasien in d. Weltgeschichte, S. 28.

24) S. die Annual Reports von 1909 bis 1918—21; neuere sind mir noch nicht zugänglich gewesen.

Zu: Rückhalt unzufriedener Koreaner bei den amerikanischen Missionaren; Leitung des Aufstands 1919—20 durch koreanische Christen, s. auch Herre, Polit. Handwörterbuch I (Leipzig, 1923), S. 1031. — Ferner die von einem leidenschaftlichen koreanischen Patrioten geschriebene auf Quellenangabe verzichtende, gegen Japan gerichtete Anklageschrift: Unabhängigkeitsbewegung Koreas und japanische Eroberungspolitik vo Kolu Li.

[25]) Nach Hulbert, a. a. O. I. S. 65 im J. 372 n. Chr. — S. ferner: I. Klaproth, San Kokf tsou ran setsu ou Aperçu général des trois Royaumes, Paris, 1832. —

[26]) Ratzel, Das Meer als Quelle der Völkergröße, S. 65.

[27]) Franke, Großmächte a. a. O., S. 32

[28]) Wie vor, S. 35.

[29]) „ „ S. 34.

[30]) S. das japanische Generalstabswerk: Meiji sanjûsan nen Shinkoku jihen senshi „Geschichte des Krieges und der Unruhen in China 1900", 6 Text-, 1 Karten-, 1 Bilderband; Tôkyô 1904. Ausgezeichnete Karten, farbige Bilder aller beteiligten fremden Truppenteile und der Japaner, Truppeneinteilungen, Verlust- pp. Listen.

[31]) S. Mitteilungen des Seminars f. Orient. Sprach., Bd. XVII, XVIII, XIX: Trautz, das japanische Generalstabswerk über den Japanisch-Russischen Krieg 1904/5. (Nach dem japanischen Original).

[32]) S. Jahrbücher für die Deutsche Armee und Marine, No. 528/9 (Sept. Okt. 1915): Trautz, Die vorgeschobenen Stellungen vor Port Arthur und ihre Lehren.

[33]) S. das ausgezeichnete 1920 in Dairen als Privatdruck erschienene Werk: Nammanshû tetsudô kabushikikaisha jûnenshi, Geschichte der (ersten) 10 Jahre der Südmandschurischen Eisenbahngesellschaft. 2 + 23 + 955 S., mit Karten und Plänen. (Nicht im Handel).

[34]) S. Dr. Josef März, Das Schicksal überseeischer Wachstumsspitzen, München, 1923 in Haushofer-März, Zur Geopolitik der Selbstbestimmung (s. auch Anm. 13).

[35]) S. Haushofer, Das japan. Erdbeben u. seine politischen Folgen, Z. f. Geopolitik, Februarheft 1924, S. 82.

[36]) S. Ostasiatische Zeitschrift, 1923, S. 126-134.

[37]) S. den in Söul 1908 erschienenen japanischen Eisenbahnführer durch Korea, Kankoku tetsudôsenrô annai, S. 10.

C. ITTAMEIER

GEOPOLITISCHE EINFLÜSSE AUF DIE ERHALTUNG UND VERMEHRUNG DER EINGEBORNEN BEVÖLKERUNG OSTAFRIKAS IN ALTER UND NEUER ZEIT

Eine der wichtigsten Fragen und eines der vielumstrittensten Probleme der Vorkriegszeit war für die Kolonien aller Großmächte im allgemeinen, wie für die deutschen im besonderen die Eingebornenfrage. Wenn wir auch im Weltkrieg unsere Kolonien verloren haben und vor allem Deutsch-Ostafrika uns von den Engländern schon deswegen abgenommen wurde, nicht etwa weil wir nicht kolonisieren können, sondern weil England die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen durfte, wieder eine Lücke in dem Schutzwall, den es um Indien zu legen bestrebt ist, zu schließen, so möge es gleichwohl erlaubt sein, rückschauend eine Frage zu untersuchen, welche für den Bestand der Kolonie, gleichgültig, welche Flagge zeitweilig über den sonnendurchglühten Steppen und den Gletschern ihrer Hochgipfel weht, von größter Bedeutung ist: die geopolitischen Einflüsse auf den Bestand und die Vermehrung der Eingeborenen.

Diese Einflüsse sind festgelegt durch die geschichtliche Entwicklung Ostafrikas und die geographische Lage der eingebornen Stämme mit all den sich daraus ergebenden Einzelerscheinungen.

Die ältere Geschichte Ostafrikas und besonders die Schicksale der innerafrikanischen Stämme im Laufe der früheren Jahrhunderte sind in ziemliches Dunkel gehüllt. Nur in großen Zügen und groben Umrissen können wir uns aus den Bruchstücken geschichtlicher Überlieferung ein ungefähres Bild machen. Den Mittelmeervölkern war das Innere Afrikas eine Terra incognita. Mit die wichtigste Frage, welche die Alten bezüglich jener Striche interessierte, war die nach den Quellen des Nil, welche in jenen Gegenden liegen mußten. Soweit die Küstenstriche Ostafrikas in Frage kommen, ist uns aus noch früheren Zeiten Kunde erhalten geblieben. Besonders den Arabern, welche den Handel zwischen Indien und den Mittelmeerländern vermittelten, verdanken wir die ersten Nachrichten. Ihre Handelsbeziehungen erstreckten sich auch auf das gegenüberliegende Afrika, dessen Erzeugnisse sie ins eigne Land einführen mußten. Daß ihr Handel sich bis zum heutigen Portugiesisch-Ostafrika erstreckte, steht außer Zweifel. So konnte z. B. König Salomo mit Hilfe eben dieser Araber dank seines Bündnisses mit ihrem König Hiram seine Handelsexpeditionen nach dem sagenhaften Ophir durchführen. Wenn seine Schiffe auch erst nach dreijähriger Fahrt zurückkehrten, so ließe sich der Beweis, daß Ophir die Gegend des heutigen Sophala in Portugiesisch-Ostafrika, und nicht wie man kürzlich wieder lesen konnte ein Strich an der südamerikanischen Westküste gewesen sein muß, wohl führen.

Selbstverständlich beteiligten sich auch andere seefahrenden Nationen, besonders die Phönizier und Ägypter, angelockt durch den blühenden Handel der Araber, an der Erforschung jener Küstenstriche. Pharao Necho schickte um 600 v. Ch. eine Flotte aus, welche unter phönizischem Kommando Afrika umsegeln sollte. Auch aus der Ptolemäischen Zeitperiode sind gelegentlich Nachrichten über Ostafrika erhalten geblieben. Freilich betreffen sie in der Hauptsache geographische und Handelsbelange. Daß sie so spärlich sind, hatte seinen Grund wohl darin, daß den Mittelmeervölkern die Windverhältnisse in jenen Gegenden gänzlich unbekannt waren. Damit war für sie die Schiffahrt dort außerordentlich unsicher und gefahrvoll. Zum anderen waren die Araber eifersüchtig bemüht, ihr Handelsmonopol in jenen Strichen mit keinem teilen zu müssen.

Erst als Hippalus unter Kaiser Claudius die Regelmäßigkeit der Monsune aus einem Naturgesetz abgeleitet und erkannt hatte und daraufhin es wagte, die offene See unter Vermeidung der Küstenschiffahrt zu durchsegeln, werden die Handelsbeziehungen intensivere, mehren sich die Nachrichten über Ostafrika. Solche hat uns Ptolemäus von Pelusium hinterlassen. Noch mehr und vor allem Genaueres erfahren wir aus dem Periplus des Arrian, welcher wohl selbst dort gewesen ist und recht genau beobachtet hat.

Es gehört nicht in den Rahmen dieser Arbeit, sich mit all den Nachrichten zu befassen. Waren es ja zunächst auch keine größeren politischen Einwirkungen, welche durch diese Handelsexpeditionen ausgelöst wurden. Sie schienen mir lediglich deswegen erwähnenswert, weil in allen diesen Berichten eines immer wieder besonders deutlich zum Ausdruck kommt, daß auch in alter Zeit Ostafrika ein besonders bevorzugtes Land für die Ausfuhr von Sklaven gewesen ist. Es wird in den Berichten wiederholt rühmend hervorgehoben, daß die Sklaven von dort besonders kräftig und leistungsfähig seien.

Erst als mit dem Zerfall des römischen Reiches Ostafrika wieder vorherrschend Interessengebiet der Araber geworden und vor allem, nachdem durch den Propheten Muhammed Arabien auch politisch zu einer Einheit zusammengefaßt und auf den Weg der Welteroberung getrieben war, setzte in Ostafrika die Städte- und Staatengründung unter arabischer Oberherrschaft ein. Zunächst bestand noch Abhängigkeit vom Mutterlande. Als aber nach dem Tode Muhammeds die arabische Nation aus politischen und religiösen Gründen wieder zerfiel, machten sich die ostafrikanischen Städte unter eigenen Herrschern selbständig. Die wichtigsten unter ihnen dürften wohl gewesen sein Lamu, Mukdischa, Barawa, Malindi, Mombasa und Kilwa.

Und abermals wird die afrikanische Ostküste dem arabischen Einfluß entrissen durch die Portugiesen. Auf der Suche nach dem Seewege nach Indien entdeckten sie diesen Küstenstrich. Ihr Besitz als Verproviantierungsstation wurde für sie zur



unabweisbaren Notwendigkeit. Und so setzen von 1480 bis 1680 die unaufhörlichen Kämpfe zur Befestigung und Ausbreitung der portugiesischen Macht gegen arabischen Einfluß ein. Unauslöschlich mit jenem Zeitabschnitt der ostafrikanischen Geschichte sind die Namen der portugiesischen Admirale Bartolomäo Diaz, Vasco da Gama, Alvarez Cabral, D'Albuquerque, Pereira, Tristan da Cunha und seines Sohnes Nuna da Cunha verknüpft, welch letzterer die besonders widerspenstige Stadt Mombasa 1528 zum zweiten Male unter portugiesische Herrschaft zwang. Mit wenig Unterbrechungen dauerten diese Kämpfe um Mombasa fort, das wiederholt zerstört und wieder aufgebaut wurde, dessen Fort Xeixas de Cabrera endlich stärker als je wieder erstehen ließ. Es steht heute noch und über der Toreinfahrt künden stolze portugiesische Lettern, daß eben dieser Xeixas de Cabrera Kommandant der Festung war und von hier aus mit rücksichtsloser Grausamkeit durchgreifend eine Reihe von ostafrikanischen Stämmen gezüchtigt und unterworfen habe („hum castigo nao esperado na India . . . er züchtigte sie in einer in Indien nie gesehenen Weise . . ."). Heute noch künden die imposanten Trümmer der alten portugiesischen Batteriestellungen an der Hafeneinfahrt von Mombasa bezw. Kilindini von dem Sturz dieses mächtigen Kolonialreiches. Auch unter der portugiesischen Ära Ostafrikas spielte der Sklavenhandel eine führende Rolle und dürfte zusammen mit den Verlusten, hervorgerufen durch die fortwährenden Kriegszüge, deren Art und Weise die kurze Bemerkung der oben zitierten Inschrift mit einem grellen Schlaglicht beleuchtet, dem Volkskörper der eingebornen Stämme beispiellose Verluste gebracht haben.

Zum letzten Male kam arabischer Einfluß unter der Herrschaft der Sultane von Maskat zur Geltung und hielt sich, wenn auch unter steten Kämpfen der Imame um die Vorherrschaft bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts. Die letzten Jahre dieser Zeitperiode sind für die politische Machtverschiebung und damit für das weitere Schicksal Ostafrikas von besonderer Bedeutung. Abdalla ben Achmed, der Gouverneur von Mombasa, empörte sich gegen den 1806 zur Regierung gekommenen Sultan Said Said zusammen mit den unter mombasianischem Einfluß stehenden Küstenstrichen. Wohl wissend, daß er auf die Dauer der Macht des Sultans nicht werde widerstehen können, suchte Abdalla die Freundschaft der britisch-ostindischen Handelsgesellschaft in Bombay. Die gleiche Politik befolgte sein Nachfolger Soliman ben Ali und setzte 1824, als Said Said zur Bestrafung mit einer Flotte vor Mombasa erschien, die englische Flagge auf dem Fort. Merkwürdigerweise erkannte London die Verträge, welche der englische Kapitän Owen mit Mombasa und anderen Küstenstrichen geschlossen hatte — einer der Hauptpunkte war bezeichnenderweise die Aufhebung des Sklavenhandels — nicht an, so daß Said Said die Beschießung und Unterwerfung Mombasas 1828 erfolgreich durchführen konnte. Als letzte Zeugen jener politischen Umwälzungen reden heute noch die

eisernen Geschützrohre in den Trümmern der alten portugiesischen Batterien, teils aus den Lafetten herausgeschossen, unter Aloe und Kaktus begraben, teils unten am Strand liegend, eine deutliche Sprache.

Unter dem nun ab 1840 einsetzenden Einfluß europäischer Großmächte wird die Herrschaft des Sultans Said Said, der mittlerweile dauernd nach Sansibar übergesiedelt war, nur mehr eine nominelle, bis in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts Ostafrika endgültig in den Besitz europäischer Mächte überging.

Parallel mit der Geschichte der Küstenstriche, aber sicher auch schon beeinflußt durch diese, ging die geschichtliche Entwicklung der Stämme im Inneren. Hiervon sind uns noch spärlichere Nachrichten erhalten geblieben.

Teils auf Grund mündlicher Überlieferung, teils begründet durch somatische und sprachliche Eigentümlichkeiten, ist man zu der Überzeugung gekommen, daß vor Zeiten die Bevölkerung Afrikas durch eine Völkerwanderung durcheinander geschüttelt worden ist. Und zwar waren es hamitische Völkerstämme, welche von der arabischen Halbinsel kommend, auf dem Wege über die Landbrücke von Suez den schwarzen Erdteil teils nach Westen, teils nach Süden durchziehend überfluteten. In zeitlich aufeinanderfolgenden Wellen durchstießen sie fast den ganzen Kontinent, auf ihrem Wege die ureingesessene Bevölkerung entweder verdrängend oder zerschmetternd. Es müssen kulturell und intellektuell höher stehende Stämme gewesen sein, denn sie fühlten und fühlen sich heute nicht nur als Herren, sondern haben es auch fertig gebracht, sich zu wirklichen Herren zu machen. Man denke nur an die zahlenmäßig weit schwächeren hamitischen Watussi und Wahuma, welche über die an Zahl weit überlegenen Ureinwohner von Ruanda herrschen. Es brauchten nicht einmal ganze Stämme gewesen zu sein. Auch einzelne Herrennaturen haben es fertig gebracht, ihrer Sippe auf den Thron zu verhelfen. Ich denke hier vor allem an einige Häuptlingssippen des Kilimandscharo, deren Sippenüberlieferung, wie Namengebung, auf eine Herkunft aus den Somaliländern hinweist.

Wichtig für die geschichtliche Entwicklung der ostafrikanischen Stämme sind besonders die Masai und die Ausläufer der Zulukaffern, die Wangoni geworden. Letztere, im Süden von Deutsch-Ostafrika sitzend, haben in weiten Raubzügen die eingeborenen Stämme, auf welche sie stießen, rücksichtslos zerschmettert. Für die Nordbezirke — Kilimandscharo, Meru und Iraku — waren es besonders die Masai, welche durch Jahrzehnte hindurch der Schrecken des Landes wurden.

Man nimmt ihre Einwanderung als in drei zeitlich aufeinanderfolgenden Wellen erfolgt an. Die erste Welle, die Wandorobbo, verdrängten die damals in den heutigen Masaisteppen ansässigen Tatoga, welche, ihrer Herden beraubt, sich südwestlich wandten und neben den Niederkuschiten von Iraku und Ufiome seßhaft wurden. Die letzten Anklänge an ihre frühere nomadisierende Lebensweise darf



vielleicht noch darin erblickt werden, daß sie heute noch während der Regenzeit sich mit ihrem Vieh im afrikanischen Graben in Murmunang, Massogoloda und Sabai halten, während sie in der regenarmen Zeit in die Hochländer von Tungobesch, Nar, Baschined und Ufana ziehen. Die Masai nennen die Tatoga „Mangadi", ein verächtlicher Ausdruck, welcher so viel bedeutet wie „arme Luder". Möglicherweise eine Reminiszenz an die Zeit, in welcher die Wandorobbo ihnen ihre Viehherden abgenommen hatten.

Die Wandorobbo — das Masaiwort el dorob heißt die Armen — erreichte das gleiche Schicksal. Ob durch Krieg oder durch Seuchen sie ihre Herden verloren, wissen wir nicht. Sie fristen heute noch als ein armseliges Jägervölkchen neben und unter den Masai ein kümmerliches Dasein.

Nicht besser erging es der nächsten Welle, den Wakuafi. Reste von ihnen dürften die heute in Aruscha, Aruscha tschini und Engaruka sitzenden Volkssplitter sein.

Allein als Nomadenvolk übrig geblieben sind die heutigen Masai. Aber auch ihre Blütezeit ist vorbei. Sie, die bis in die Zeiten der deutschen und englischen Herrschaft die Stämme bis an die Küste in Furcht und Schrecken gehalten haben, sind ein Opfer ihrer Monokultur geworden, wie ihre Vorgänger. Die klimatische Art ihrer Wohnstätten, jene weiten Hochsteppen mit üppigem Graswuchs zusammen mit den darin verteilten Salzseen und Salzpfützen ließ sie reine Viehzüchter bleiben. Aber gerade dieser Umstand war für die Individualität dieser Stämme von ausschlaggebender Bedeutung. Als reine Viehzüchter waren sie unter allen Umständen auf die benachbarten Stämme angewiesen, sei es zum Austausch ihrer eignen Erzeugnisse gegen Feldfrüchte und andere Bedürfnisse, sei es zur Auffrischung ihrer Viehbestände mit frischem Blut, oder zum Ersatz von Ausfällen, welche durch Seuchen entstanden waren. Solche Daseinsnotwendigkeiten erzogen diese Stämme zu kriegerischer Gesinnung. Denn durch Krieg und damit Raub ließ sich am raschesten und leichtesten Ersatz schaffen. Ihnen blieb nicht viel Zeit zum Handeln und Feilschen. Der Mangel jeglicher Reserven zwang sie zu raschestem Handeln. Gelang der Ersatz durch einen Raubzug nicht, so war das Schicksal des Stammes so gut wie besiegelt. Die unausbleibliche Hungersnot riß gewaltige Lücken in den Volkskörper. Den Resten blieb nichts anderes übrig, als seßhaft zu werden, oder sie sanken herab zu einem Jägervolk. Die große Rinderpest um das Jahr 1890 hat nicht nur die Herden dezimiert, sondern auch durch die in ihrem Gefolge naturnotwendig auftretende Hungersnot dieses stolze Herrenvolk mehr oder weniger aufgerieben. Nur größere Reste haben sich in bessere Zeiten herübergerettet. Auf sie wird in einem späteren Abschnitt nochmals die Sprache kommen.

Von diesen kriegerischen Stämmen dauernd beunruhigt sehen wir als ruhen-



den Pol die seßhafte Urbevölkerung, deren materielle Existenz durch Ackerbau und Viehzucht leidlich sichergestellt war. Aber trotzdem konnten diese Volkskörper sich nicht ungestört entwickeln. Zu den Einbußen an Volkskraft durch die Überfälle räuberischer Nachbarstämme kamen die Ausfälle durch die Fehden innerhalb der einzelnen Stämme selbst. Zum Teil aus den alten Wohnsitzen geworfen und in veränderte geographische und klimatische Verhältnisse gezwungen, waren sie ein Spielball der Willkür ihrer Führer. In kleine und kleinste Häuptlingsschaften zersplittert, deren jede sich ängstlich gegen den Nachbar absonderte, suchten deren Herrscher jeder die Vorherrschaft an sich zu reißen. War es dann einem gelungen, ein größeres Gebiet unter seine Gewalt zu bekommen, so herrschte dort Gewalt und Willkür des Siegers. Die letzte Ursache dieser Kämpfe aber war der arabische und auch portugiesische Einfluß von der Küste her, der Bedarf an Sklaven. Auch in jenen fernen Zeiten schon durchzogen die Sklavenkarawanen von der Küste aus auf den altbegangenen Wegen ganz Ostafrika bis in den Kongo hinein, um die Menschenware den muhammedanischen Ländern zuzuführen. Man könnte unter Umständen geneigt sein, den Volksverlust aus den eben geschilderten Zuständen nicht allzuhoch einzuschätzen mit dem Hinweis, daß größere Menschentransporte wegen der ungeheuren Schwierigkeiten sich damals von selbst verboten. Die Tatsache aber, daß gleichwohl ganze Landschaften entvölkert worden sind, bleibt bestehen. So passiert man z. B. zwischen den Landschaften Kiboscho und Madschame am Kilimandscharo einen breiten Streifen fruchtbaren Landes, welcher fast vollständig öde liegt. Allerdeutlichste Zeichen beweisen, daß hier früher eine dichte Bevölkerung gewohnt haben muß. Da und dort wächst noch eine Bananenstaude im Dickicht, überall steht die Trazäne, eine Urwaldpflanze, mit welcher der Dschagga sein Gehöft einzuzäunen pflegte. Überall ist noch das Gewirr verfallener Gräben erkennbar, durch die man die Felder gegen die Wildschweine schützte. Der noch deutlich erkennbare Kriegsgraben aber zeigt, daß hier einmal ein politisch in sich geschlossener Volksteil seßhaft gewesen sein muß. Keine Seuche hat die Landschaft verödet, kein freiwilliger Entschluß die Leute zum Aufsuchen günstigerer Wohnplätze weggeführt. Hier hat vielmehr Renguo, der Häuptling von Madschame, Handelsstreitigkeiten mit Kaschenge, dem Herrscher eben dieses Gebietes — Lamungo — benützt, durch einen Kriegszug die Landschaft unter seine Gewalt zu bringen. Um etwaige Rachepläne gleich im Keim zu ersticken, wurde die übriggebliebene Bevölkerung weggeführt und an die arabischen Handelskarawanen, derentwegen der Streit begonnen hatte, verkauft. Das war im Jahre 1846. Es haben also 75 Jahre noch nicht genügt, um den damals gesetzten Verlust auszugleichen.

Diese Ausschnitte aus der Geschichte Ostafrikas gestatten uns wenigstens einen



allgemeinen Einblick in die geschichtliche Entwicklung der Stämme. Über die klimatischen Verhältnisse der früheren Zeiten mit den sich daraus ergebenden Einzelerscheinungen erfahren wir so gut wie nichts. Doch dürfen wir wohl annehmen, daß sie im großen und ganzen die gleichen gewesen sein dürften, wie sie in neuerer Zeit waren. Damit dürfen wir auch die Wirkungen auf den Volkskörper als ähnliche oder gleiche annehmen.

Wenn wir gleich hier über den älteren geschichtlichen Zeitabschnitt ein Urteil abgeben dürfen, so ist der Gesamteindruck wohl der, daß bei diesem politischen Chaos im Inneren, durch den Kampf aller gegen alle unter dem Einfluß der im nächsten Abschnitt näher zu würdigenden klimatischen und geographischen Kräfte von einer gedeihlichen Entwicklung der Volkskörper kaum die Rede sein kann, daß man vielmehr berechtigt ist, einen Rückgang der Bevölkerungsziffer anzunehmen.

Diese Verhältnisse änderten sich von Grund auf, als über den Erwerbungen der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft die deutsche Flagge gehißt wurde. Es ist klar, daß diese Verschiebung der Machtverhältnisse, der Übergang der recht lockeren Herrschaft der Sultane von Sansibar in die straffere Verwaltung einer europäischen Macht von einschneidenden Folgen für den Bestand der Eingebornen sein mußte. Der Wille, das Land von dem Druck des Sklavenhandels zu befreien, die Willkürherrschaft der eingebornen Häuptlinge zu brechen, mußte natürlich einen entsprechenden Gegendruck erzeugen. Und so rollen in dieser Epoche die bekannten Kolonialkämpfe über die Bühne der Geschichte, beginnend mit dem Araberaufstand 1888, welcher den Sklavenhandel retten sollte, und endigend mit dem bekannten Maji-Maji Aufstand im Süden der Kolonie. Der Endzweck aber, Ordnung und Ruhe in das Chaos zu bringen, war erreicht. Mit der wirtschaftlichen Durchdringung und Befriedung des Landes traten nun auch tiefgreifende Umwälzungen und Verschiebungen geopolitischer Natur ein. Ihre Entstehung und Wirkung auf den Bestand der eingebornen Bevölkerung während der Dauer der deutschen Herrschaft soll im folgenden untersucht werden.

Die rein tropische Kolonie stellt, von einem verschieden breiten Küstenstrich abgesehen, ein nach dem Innern zu aufsteigendes Hochland dar, vielfach unterbrochen durch wuchtige Gebirgszüge und Gebirgsstöcke. Teils vulkanischen Ursprungs, teils von Urgestein ragen sie wie Inseln über den Hauptteil des Landes, eine weite, wellige Steppe empor. Der Charakter der Vegetation wird bestimmt durch die periodischen Regenzeiten. Die eine dauert von Dezember bis April und trifft den größten Teil der Kolonie. Für die Küste und die nördlichen Gebiete kommen zwei Regenzeiten in Betracht: eine kleine im November und Dezember und eine große von Ende März bis Ende Mai. Im Anschluß an diese herrscht die sogenannte kalte Zeit, auch etwa zwei Monate dauernd. Kleinere Striche nord-



westlich des Kilimandscharo und Meru liegen im sogenannten Regenschatten, d. h. sie bekommen so gut wie keinen Regen. Die an den Hängen der meisten Gebirgszüge gruppierten Urwälder, oder, wie man sie treffend genannt hat, Regenwälder, werden zu riesigen Wasserreservoiren, welche auch außerhalb der Regenzeiten weite Strecken mit dem so notwendigen Naß zu versehen vermögen. Die weiten, zum Teil abflußlosen Steppen und Hochländer sind bedeckt mit Gras, Busch oder Trockenwäldern, da und dort größere und kleinere Wasserbecken in sich schließend.

Für die Besiedelung des Landes durch die Urbevölkerung ist die geologische Entwicklungsgeschichte im Verein mit den meteorologischen Verhältnissen ausschlaggebend gewesen. Die Trockenheit weiter Steppenstriche, die völlige Versumpfung weiter Strecken besonders im südlichen Teile der Kolonie während der Regenzeit, die Unwirtlichkeit der höheren Gebirgslagen hat den einzelnen Stämmen je nach der Individualität ihrer Wirtschaft die Wohnsitze gewiesen. Wir finden sie also nicht gleichmäßig über das Land verteilt, sondern dort, wo die günstigsten Existenzbedingungen für die einzelnen Wirtschaftszweige waren, sind die Siedelungen in die Wildnis eingesprengt. An den wasserreichen Gebirgshängen sitzen die Völkerschaften, deren Hauptnahrung die Banane ist. In den gesunden Hochländern und Steppen, deren Trockenheit die Kultur der Banane verbietet, ist das Schwergewicht des Ackerbaues auf die Kultur von Hülsenfrüchten verlegt, sitzen blühende Völkerschaften mit einem enormen Viehreichtum. Durch die weiten, z. T. abflußlosen Steppen um den Kilimandscharo zieht der nomadisierende Masai mit seinen Herden. Relief und Klima des Landes haben also die eingeborene Bevölkerung nicht zu einer politischen Einheit in einem gemeinsamen Lebensraum sich zusammenfinden lassen, sondern haben vielmehr zersplitternd und individualisierend gewirkt. Freilich möchte es da und dort auch scheinen, als ob die Wohnsitze nicht immer ganz nach obigen Gesichtspunkten gewählt worden seien, sondern daß auch politische Momente mit hereingespielt haben dürften. So ist z. B. nicht recht anzunehmen, daß im Hochland von Iraku die Einwohner freiwillig ihre Wohnsitze bis in die unwirtlichen Höhen verlegt haben, in denen es selbst dem Europäer nicht mehr behagt.

Wenn es nun auch möglich war, für die wirtschaftliche Basis der Stämme Plätze mit den relativ günstigsten Bedingungen zu finden und damit eine der Hauptforderungen für den Bestand eines Volkes zu erfüllen, so konnten gleichzeitig damit dieselben Lebensnotwendigkeiten für die Eingeborenen vom gesundheitlichen Standpunkt aus nicht ebenso restlos in Einklang gebracht werden.

Überall, wo die Stämme sitzen, sind auch die Vorbedingungen für das Auftreten von Krankheiten, tropischen und anderen, endemischen und epidemischen gegeben, durch geographische Lage und Klima, Vorhandensein von Zwischen-



wirten und Disposition vermittelt. Überblicken wir kurz zunächst die endemischen Krankheiten. Die verbreitetste unter ihnen ist die Malaria. Überall, wo genügend Wärme und Wasser für die Entwicklung der Larven des Wirtstieres, der Anopheles, vorhanden ist, ist auch die Möglichkeit für das Auftreten der Malaria gegeben. Man darf wohl sagen, daß der größte Teil der Kolonie mit Malaria verseucht ist. Als frei galten lediglich die höheren Lagen der Gebirge und gewisse Hochsteppenstriche im Innern. Aber eine größere Höhenlage bietet auch keinen absoluten Schutz. Daß Anophelen auch dort fortkommen können, mag durch die Tatsache dargetan sein, daß in Nairobi (Masaiwort: na irobi = mit Kälte) und Naiwascha — beides hochgelegene Orte in den Kikujubergen im britischen Protektorat — Malaria herrscht. Die Malariafreiheit vieler Gebirgsbezirke ist lediglich eine Folge der geopolitischen Lage gewesen. Alle die Stämme aber, welche in solchen Bezirken sitzen, haben einen ungemein hohen Grad von Empfindlichkeit dieser Krankheit gegenüber. So fällt den Dschagga, wenn er sich von den sicheren Wohnplätzen einmal in die malariaverseuchte Steppe gewagt hat, diese Krankheit überaus hart an. Anders die Völkerschaften, welche seit alters ihre Wohnsitze in Malariagegenden hatten. Sie haben durch Generationen hindurch einen gewissen Grad von Immunität erworben, bzw. verstärken diesen durch Überstehen mehrfacher Malariaattacken in der Kindheit, so daß mit einer Volkseinbuße an Malaria unter diesen Stämmen nicht so gerechnet zu werden braucht, wie bei den anderen. Immerhin soll auch bei ihnen eine gewisse schädigende Wirkung nicht in Abrede gestellt werden. Sie kann in Verbindung mit anderen interkurrenten Krankheiten gleichwohl einen ins Gewicht fallenden Verlust hervorrufen. Das gleiche gilt vom Rückfallfieber.

Nicht so günstig liegen die Verhältnisse bei Dysenterie, Wurmkrankheiten, Bilharzia, Aussatz und Geschlechtskrankheiten. Auch sie sind endemisch, erzeugen aber auch bei längerer Einwirkung keine Immunität, so daß die Verluste durch sie schon ernster gewertet werden müssen.

Die wichtigsten unter den endemischen Krankheiten sind die Pest und die Schlafkrankheit. Endemische Pestherde kannte man im Bezirk Bukoba. Später wurde ein solcher in Uhehe festgestellt. Jedenfalls aber kamen auch die Pestherde im benachbarten britischen Protektorat für die Kolonie sehr ernstlich in Frage. Die Opfer, welche indessen die Pest unter den Eingeborenen gefordert hat, sind während der Zeit der deutschen Herrschaft nicht so bedeutende geworden, wie die der Schlafkrankheit. Diese hat in den verseuchten Bezirken am Viktoria-See und an der Tanganjika-Küste nördlich Udjidji gewaltige Lücken in den Volkskörper gerissen.

Von den epidemischen Krankheiten seien besonders vermerkt die Pocken, welche wiederholt in gewaltigem Umfang aufgetreten sind und entsprechende Opfer

gefordert haben, die Rinderpest, von deren Auftreten unter Umständen Sein oder Nichtsein besonders der nomadisierenden Stämme abhängen kann.

Der Vollständigkeit halber möchte ich zum Schlusse auch noch der teilweise epidemisch auftretenden Erkältungskrankheiten Erwähnung tun, welche dank der beträchtlichen Temperaturunterschiede zwischen Tag und Nacht, besonders in den Regenzeiten auch in den Tropen im Verein mit der mangelhaften Bekleidung der Eingebornen erhöhte Bedeutung gewinnen können. Sie wird auch bei vielfach harmlosen Krankheiten verschärft durch die animistische Einstellung ihrer Weltanschauung, kraft deren die Eingebornen jeglicher Krankheit hilflos gegenüberstehen.

Das Hauptaugenmerk aber möchte ich konzentrieren auf den Fragenkomplex politischer Natur, welcher durch die Verschiebung der Machtverhältnisse selbst tiefgreifende Wandlungen erfahren hat und nun in seiner Wirkung auf den Bestand und die Vermehrung der Eingebornen anders gewertet werden muß.

Eine der ersten Aufgaben der neuen Regierung war die Befriedung des Landes. Die ewigen Fehden zwischen den einzelnen Stämmen, der benachbarten Landschaften untereinander nahmen ein Ende. Die Raubzüge der Wangoni, der kriegerischen Wahehe und der Masai, durch die weite Teile der Kolonie in steter Unruhe und Unsicherheit gehalten wurden, waren unmöglich geworden und die damit verbundene Einbuße an Volksvermögen und vor allem Volkskraft unterbunden. Damit war auch, abgesehen von dem früher schon erlassenen Verbot, der Sklavenhandel an der Wurzel getroffen. Gleichzeitig damit, daß die Verwaltung in der Kolonie organisiert wurde, verloren die Häuptlinge ihre uneingeschränkte Machtbefugnis, kraft welcher sie über Hab und Gut, Leib und Leben ihrer Untertanen schalten und walten konnten. Nun war das einzelne Stammesglied in seiner Existenz gesicherter als ehedem. Ungeschmälert in seinem Besitz, konnte er die ererbte Scholle mit mehr Sicherheit und größerer Freude betreuen, war die ungestörte Entwicklung und das Gedeihen der Familie besser gewährleistet. Das heißt: die Grundlage, auf welcher sich die Erhaltung und Vermehrung eines Volkskörpers überhaupt nur denken läßt, die Familie, war der Unsicherheit der politischen Zeitläufte und der Willkür einzelner Machthaber entzogen.

Diese segensreiche Wirkung mag zutreffen auf die seßhaften Völkerschaften. Welche Wirkung hatte diese Machtverschiebung nun aber auf die nomadisierenden Stämme? Wie ich schon früher ausgeführt habe, sind diese Völker, welche auf Grund der sie umgebenden Natur reine Viehzüchter geblieben sind, durch diese Monokultur auf eine kriegerische Laufbahn getrieben worden. Für sie bedeutete die Befriedung des Landes die Unmöglichkeit, durch Raub ihre Bedürfnisse zu befriedigen, eine einschneidende Verschlechterung ihrer Daseinsnotwendigkeiten, wenn nicht unter gewissen Bedingungen Vernichtung der Existenz.



Ich erinnere nochmals an die Masai. Die Reste der aus der Hungersnot der 90er Jahre übriggebliebenen Masaistämme haben auch in den Jahren der deutschen Herrschaft immer wieder versucht, durch Diebstahl und Raub ihrer Existenz eine festere Grundlage zu schaffen. Sie wurden, als wiederholte Strafexpeditionen nichts fruchteten, 1906 in einem Reservat konzentriert, soweit sie auf deutschem Gebiet schweiften.

Sofern eine europäische Macht überhaupt Wert auf die Erhaltung dieser nomadisierenden Stämme legt, wird sie gut tun, Maßnahmen wie die einer Konzentrierung auf das schärfste zu durchdenken, um auf alle daraus entstehenden Folgen gerüstet zu sein.

Mit der fortschreitenden Befriedung fielen nach und nach auch die Schranken, welche durch jahrelange Zeiträume hindurch den Lebensraum der einzelnen Stämme fast hermetisch abgeschlossen hatten. Ohne Sorge, außerhalb des Kriegsgrabens seiner Landschaft erschlagen, seiner Habe beraubt oder als Sklave weggeführt zu werden, konnte der Eingeborene seine Ziele nun weiter stecken. Und diese Schranken fielen, je mehr die wirtschaftliche Erschließung der Kolonie vorwärts schritt, je mehr der Handel sich ausbreitete, einen je größeren Umfang besonders die europäische Besiedelung des Landes annahm. Bisher war die Masse nur darauf eingestellt gewesen, aus Feld- und Viehwirtschaft so viel herauszuwirtschaften als für die Existenz des einzelnen oder der Familie bis zur nächsten Ernte notwendig war, immer vorausgesetzt, daß keine unvorhergesehenen politischen und Naturereignisse, wie Krieg oder Mißwachs, den ganzen Wirtschaftsplan über den Haufen warfen. Nun forderte die durch europäische Besiedelung gesteigerte Bodenkultur die Arbeitskraft großer Teile des eingebornen Volkskörpers, lockte gleichzeitig die Möglichkeit einer gewissen Bereicherung durch Geldverdienst in den Pflanzungen. Nur allzugerne folgte ein großer Teil der Bevölkerung, in der Hauptsache Männer und junge Leute, dieser lockenden Aussicht, ohne in Rechnung zu stellen, daß das in der eignen heimischen Wirtschaft notdürftig hergestellte Gleichgewicht zwischen Arbeit und Ertrag durch den Ausfall einer oder mehrerer Personen auf das schwerste gestört werden würde. Denn die ausfallenden Arbeitskräfte blieben als Konsumenten der heimischen Wirtschaft erhalten.

Dieses Gleichgewicht aber wurde vollständig über den Haufen geworfen durch die sich allmählich herausstellende Tatsache, daß die kultivierten Bodenflächen nicht mehr in einem gesunden Verhältnis zu den aus den benachbarten Stämmen zur Verfügung stehenden Arbeitskräften standen. Um diesem Mißstand abzuhelfen, schöpfte man aus den großen Menschenreservoiren im Inneren des Landes. Die Arbeiteranwerbung und die Verpflanzung mehr oder weniger großer Volksteile in andere klimatische, hygienische und wirtschaftliche Umgebung setzte ein. Das bedeutete für die zurückgebliebenen Frauen, Kinder und Greise vermehrte Arbeits-

last. In der Hauptsache wurden die Frauen betroffen. Dieser auf die Dauer unhaltbare Zustand führte zu einem Rückgang der Wirtschaft und des Ertrages, zu Unterernährung und vermehrten Krankheiten, bei den Frauen außerdem noch zu einer Häufung von Fehl- und Frühgeburten, ganz abgesehen von dem Rückgang der Geburten überhaupt durch die Unmöglichkeit der Fortpflanzung. Auf der Seite der Angeworbenen aber zeigte sich gleichfalls ein größerer Ausfall auf Grund der klimatisch veränderten, vielfach verschlechterten Umgebung. Viele starben, viele blieben überhaupt in der Fremde hängen.

Es hat nur weniger Jahre bedurft, um die Wirkungen aus dieser Umschichtung der Bodenkultur auf den eingebornen Volkskörper schroff hervortreten zu lassen. Sie bedeuteten nicht Erhaltung oder gar Vermehrung der Eingebornen, sondern Entvölkerung.

Vor der Befriedigung des Landes herrschte im großen und ganzen Verkehrsstagnation. Sie wurde abgelöst durch Fluktuation, welche durch die eben geschilderte kulturelle Umformung des Landes hemmungslos anwuchs. Damit mußten notgedrungen auch die Schranken fallen, welche den bisher im Lande herrschenden und an bestimmte Striche gebundenen Krankheiten gezogen waren. Den großen Verkehrsadern folgend, mußten sie schließlich Rastplatz um Rastplatz verseuchen, mußten Teile der dort lagernden Karawanen infizieren, wanderten mit diesen an neue Plätze, wo man sie bisher noch nicht kannte, wurden sie endlich in die Lebensräume der Stämme, welche bisher von ihnen verschont gewesen waren, verschleppt, hier einen nur allzugünstigen Boden zu weiter Verbreitung und tiefgehender Schädigung des Volkskörpers findend. So gewannen Malaria, Dysenterie, die Wurmkrankheit und das Rückfallfieber eine ungeahnte und ungewollte Verbreitung zum Schaden der eingebornen Bevölkerung. Es war in den Jahren meiner ärztlichen Tätigkeit in Deutschostafrika von höchstem Interesse zu sehen, wie am Kilimandscharo von Jahr zu Jahr in der Steppe eine Furt nach der anderen — es pflegen des Wassers wegen dort die Rastplätze der wandernden Eingebornen und Europäer zu sein — als malariaverseucht angesehen werden mußte, wie mit dem Heranrücken der europäischen Pflanzungen gegen die Eingebornenzone ebenso stetig die Malariagrenze sich höher schob.

Der durch die kulturelle Umformung hervorgerufene Verkehr mit anderen Großräumen der Erde führte aber auch zu einer Einschleppung fremder Krankheiten und zu einer weiteren Komplizierung der die Stämme schädigenden Kräfte.

Es darf der deutschen Verwaltung mit gutem Recht nachgerühmt werden, daß sie mit heißem Bemühen die nach weitschauenden Gesichtspunkten orientierte wirtschaftliche Entwicklung der Kolonie in Einklang zu bringen trachtete mit den Lebensmöglichkeiten und Daseinsnotwendigkeiten der eingebornen Stämme, ohne deren Mitwirkung Deutschostafrika ein wertloser Fetzen Landes geblieben wäre.



Ehe jedoch der endgültige Erfolg das Werk krönen sollte, hat ein vierjähriger Krieg die Früchte einer fast dreißigjährigen Arbeit nicht nur von Grund aus vernichtet, sondern schlimmere Zustände geschaffen als je bestanden haben. Ob es dem Sieger so leicht werden wird, die schonungslos zerrissenen Fäden, an denen die Existenz der eingebornen Stämme hängt, wieder zu knüpfen, wird davon abhängen, wie weit er geopolitisch zu denken und danach zu handeln vermag.

O. BASCHIN:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER ARKTIS

In den Arbeitsplan der Zeitschrift für Geopolitik, der die Erde in die Alte, die Atlantische und die Indo-Pazifische Welt einteilt, lassen sich die Polargebiete nur mit Gewalt, unter Zerreißung natürlicher Zusammenhänge einzwängen, eine Schwierigkeit, die es auch rechtfertigen mag, daß diese erste Berichterstattung über jene abgelegenen Gegenden, welche neuerdings einen Schauplatz für geopolitische Vorgänge abzugeben beginnen, nicht ganz in den Rahmen der bisherigen Beiträge für die anderen Gebiete hineinpaßt.

Vor allem dürfte als Einführung in die Bedeutung der Polargebiete für das Wirtschaftsleben ein kurzer Rückblick auf die Triebkräfte angebracht sein, die den Kulturmenschen bewogen haben, in die eisigen Gefilde einzudringen, sich dort festzusetzen und schließlich sogar die Besitzergreifung der unwirtlichsten und unzugänglichsten Länder zu erstreben, ein Stadium der politischen Betätigung, dessen Beginn soeben eingesetzt hat.

Gleich die erste Polarfahrt, die uns aus dem Altertum bekannt ist, läßt als Triebfeder den Wissensdrang erkennen, der bei den aufgeklärten Persönlichkeiten der damaligen Zeit in ausgeprägtem Maße vorhanden war. Ein halbes Jahrtausend vor Christi Geburt gewann die Lehre des griechischen Philosophen Pythagoras, der zeigte, wie aus Beobachtungen an den Himmelskörpern die Kugelgestalt der Erde erwiesen werden könne, zahlreiche Anhänger. Auch die Neigung der Erdachse zur Ebene der Erdbahn, die sogenannte Schiefe der Ekliptik, war den Pythagoräern bereits bekannt, und daraus ergab sich die Folgerung, daß es im äußersten Norden eine Gegend geben müsse, wo im Sommer die Nacht, im Winter der Tag völlig aufhören. In Massilia, dem heutigen Marseille, lebte nun um das Jahr 330 vor Christi Geburt ein Anhänger der pythagoräischen Lehre, Pytheas, der große naturwissenschaftliche Kenntnisse besaß, in der Astronomie wohl bewandert und wahrscheinlich der Erste war, der die wirkliche Ursache von Ebbe und Flut in der Anziehungskraft des Mondes erkannte. Er wollte sich mit eigenen Augen von der Richtigkeit seiner Weltanschauung überzeugen und unternahm eine Schiffsreise, die ihn weit in unbekannte Fernen, sicherlich bis an die Grenze, vielleicht sogar in das Innere der Polarzone geführt hat. Den Zeitgenossen des Pytheas erschienen jedoch seine Berichte über das gefrorene Meer und über das Feuer am Himmel, womit offenbar das Nordlicht gemeint war, so abenteuerlich, daß man ihm keinen Glauben schenkte, und daß in späteren, zum Teil entstellten Berichten über seine Reise, deren Originale verloren gegangen sind, seine Unglaubwürdigkeit tadelnd hervorgehoben wird.

Mehr als ein Jahrtausend verging nun, ehe die Polarforschung wieder einen neuen Antrieb erhielt. Diesmal jedoch war die Triebfeder mehr merkantiler Natur. Seitdem der Venetianer Marco Polo im 13. Jahrhundert auf dreijähriger Überlandreise Ostasien erreicht hatte und nach vierundzwanzigjähriger Abwesenheit mit reichen Schätzen wieder nach Hause zurückgekehrt war, machte sich bei den europäischen seefahrenden Nationen das Bestreben geltend, die unermeßlichen Schätze Chinas und Indiens auszubeuten. Diesem Streben verdanken bekanntlich die erfolgreichen Entdeckungsfahrten des in spanischen Diensten stehenden Christoph Columbus, die 1492 zur Entdeckung Amerikas führten, sowie die Seefahrten der Portugiesen, insbesondere die Entdeckung des Seeweges nach Ostindien durch Vasco da Gama ihre Verwirklichung. Aber eifersüchtig wachten diese beiden Schwesternationen darüber, daß keine fremden Schiffe die von ihnen gefundenen Wege zu den Reichtümern jener fernen Länder benutzten. Mit ihren Seestreitkräften waren die Portugiesen imstande, den Weg nach Osten, die Spanier den nach Westen zu sperren, wobei ihnen als moralische Unterstützung ein Machtspruch des Papstes zu Hilfe kam, der die Ansprüche beider Staaten ausdrücklich legalisierte und eine Grenze zwischen den beiderseitigen Hoheitsgebieten festlegte. Die anderen Nationen, die bei dem Wettbewerb den Kürzeren gezogen

hatten, boten nunmehr alles auf, um andere Wege ausfindig zu machen und so auch ihrerseits an die Quellen des Reichtums, d. h. nach Ostasien zu gelangen.

Ein in englischen Diensten stehender Italiener, John Cabot, und sein Sohn, Sebastian Cabot, sind es wohl gewesen, die zuerst die Aufmerksamkeit ihrer Zeitgenossen darauf lenkten, daß der Weg nach dem fernen Osten für die europäischen Nationen um so kürzer sei, je weiter nördlich man die Route lege. In der Tat zeigt ein Blick auf den Globus, daß auf der Erdkugel die Meridiane sich mit der Annäherung an die Pole immer enger zusammenschließen und man daher im hohen Norden weit kürzere Strecken zu durchsegeln hat, um dieselbe Anzahl von Längengraden zu passieren, als in niedrigen Breiten. So wurden die beiden Cabots die geistigen Urheber jener großartigen Pläne der nordwestlichen und der nordöstlichen Durchfahrt, verkehrsgeographische Probleme, die bis in unsere Tage hinein von beherrschendem Einfluß auf die Entwicklung der Nordpolarforschung geblieben sind. Man hatte ja damals noch keine richtige Vorstellung von der gewaltigen Ausdehnung Amerikas und Asiens im Norden und glaubte daher, daß es verhältnismäßig leicht sein müsse, nach Westen nördlich um Amerika oder nach Osten nördlich um Asien herum in den Stillen Ozean zu gelangen. Auch unterschätzte man die großen, damals natürlich noch unbekannten Schwierigkeiten, welche die Befahrung des Arktischen Ozeans bot, und welche die nautische Praxis erst allmählich überwinden lernen mußte. Nicht nur die riesigen, von dem Gletschereise des Landes stammenden Eisberge, sondern vor allem die, durch Pressungsvorgänge hoch aufeinander getürmten Packeismassen des gefrorenen Meerwassers, die strenge Kälte und der eisige Nebel, schließlich der Mangel an frischer Nahrung und dadurch hervorgerufene tödliche Krankheiten, namentlich der gefürchtete Skorbut, das waren die Gefahren der polaren Natur, die man erst nach und nach kennen lernte, und die in der Folgezeit so mancher Expedition den Untergang bereitet haben. Es darf daher nicht wundernehmen, daß gleich bei der ersten Überwinterung einer Polarexpedition alle 62 Teilnehmer an Kälte, Hunger und Skorbut zugrunde gingen, und daß es bald eines anderen kräftigen Anreizes bedurfte, um Seeleute zu den gefährlichen Fahrten zu bewegen.

Diesen Anreiz boten die Holländer, die einen regen Schiffsverkehr mit den russischen Eismeerhäfen unterhielten, durch die Aussetzung eines Preises von 25 000 Gulden für die Durchführung der Nordostpassage. Aber alle Bemühungen blieben erfolglos, und die großen Verluste an Schiffen und Menschenleben wirkten entmutigend auf die anfängliche Unternehmungsfreudigkeit der Handelsgesellschaften. Man erkannte schließlich, daß die natürlichen Verhältnisse im hohen Norden so ungünstige waren, daß eine Durchfahrt, selbst wenn sie existieren sollte, doch für die praktische Schiffahrt unbenutzbar bleiben würde, und so sehen wir denn bald, daß die Triebfeder, die bis dahin den stärksten Ansporn für die Polarfahrten abgegeben hatte, nämlich die Aufsuchung eines neuen Verkehrsweges für die Handelsschiffahrt, ihre Zugkraft verliert, und daß nur noch wenige Expeditionen ohne größeren Erfolg in diesem Sinne tätig sind.

Aber ein wichtiges Resultat haben diese Fahrten dennoch erzielt. Sie zeigten, daß der Arktische Ozean eines der ergiebigsten Gebiete für Jagd und Fischfang ist, und daß insbesondere wertvolle Pelz- und Trantiere, Eisbären und Robben, vor allem aber die größten Riesen des Meeres, die Wale, in großen Scharen jene, mit allen Schrecken der Natur umgebenen Einöden beleben. Da bei einem großen Wal allein das Fischbein einen Wert bis zu 75 000 Mark erreichen kann, zu dem sich dann noch die Beträge für Walrat, Speck usw. addieren, so ist es erklärlich, daß kühne Fangschiffer, zum Teil verwegene Abenteurer, bald den Spuren der Forschungsexpeditionen folgten und auf eigene Hand entlegene Jagdgebiete aufsuchten, deren Lage sie vor anderen Genossen möglichst geheim hielten. Tausende von Fangschiffen zogen damals in das unbekannte Eismeer hinaus und kehrten meist mit reicher Beute zurück. Um diese letztere aber möglichst von allem wertlosen Ballast zu befreien, errichtete man auf den Inseln im hohen Norden Transiedereien und Fischtrocknungsanstalten, die viel in Anspruch genommen wurden. Am bekanntesten und besuchtesten war eine von den Holländern an der Nordwestecke Spitzbergens be-

gründete Transiederei, Smeerenburg genannt, die sich zu einer förmlichen Sommerstadt entwickelte, mit Wohnhäusern, Gasthöfen, Läden, Schankwirtschaften und anderen Niederlassungen. Der Walfang war damals eine solche Quelle des Reichtums geworden, daß sich hier ähnliche Verhältnisse entwickelten, wie man sie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in neuentdeckten Goldfeldern beobachten konnte. Allein aus Holland sollen in der Zeit von 1669 bis 1778 nicht weniger als 14167 Schiffe ausgelaufen sein, die 57590 Wale im Gesamtwert von 72 Millionen Mark erlegten. Diese Raubfischerei hatte jedoch bald zur Folge, daß die Wale in der Umgebung Spitzbergens fast völlig ausgerottet wurden, worauf Smeerenburg schnell in Verfall geriet.

In jener Zeit wurde die Nordpolarforschung völlig von der Jagd nach materiellem Gewinn beherrscht, und das nautische Problem der Auffindung der beiden nördlichen Durchfahrten war in den Hintergrund gedrängt worden. Vergeblich bemühte sich die englische Regierung, das Interesse dafür wach zu erhalten, und ebenso vergeblich setzte das englische Parlament im Jahre 1743 einen Preis von 400000 Mark für die erste Bewältigung der Nordwestpassage aus. Seitdem die Erkenntnis von der handelspolitischen Wertlosigkeit dieser Schiffahrtsstraße in weite Kreise gedrungen war, erlahmte die Anteilnahme und ließ sich auch durch künstliche Mittel nicht mehr aufrechterhalten.

So trat eine zweihundertjährige Pause in den eigentlichen Entdeckungsfahrten ein, bis eine neue Triebfeder die Anregung zu der letzten Epoche in der Entdeckungsgeschichte der Nordpolarregion gab, nämlich die zunehmende Begeisterung für die Wissenschaft, namentlich für die Geographie. Besonders in England gewann der Gedanke immer mehr an Boden, daß es für die britische Nation eine Ehrenpflicht sei, die endgültige Lösung des alten Problems in Angriff zu nehmen. Den damaligen leitenden Staatsmännern in England muß ein hoher Sinn und ein weiter Blick eigen gewesen sein, denn sie erkannten die Pflicht des Staates, geographische Entdeckungsreisen zu unterstützen, in so weitem Umfange an, daß die Regierung die Kosten aller, seit 1818 ausziehenden Polarexpeditionen übernahm, den alten Preis erneuerte und neue hinzufügte.

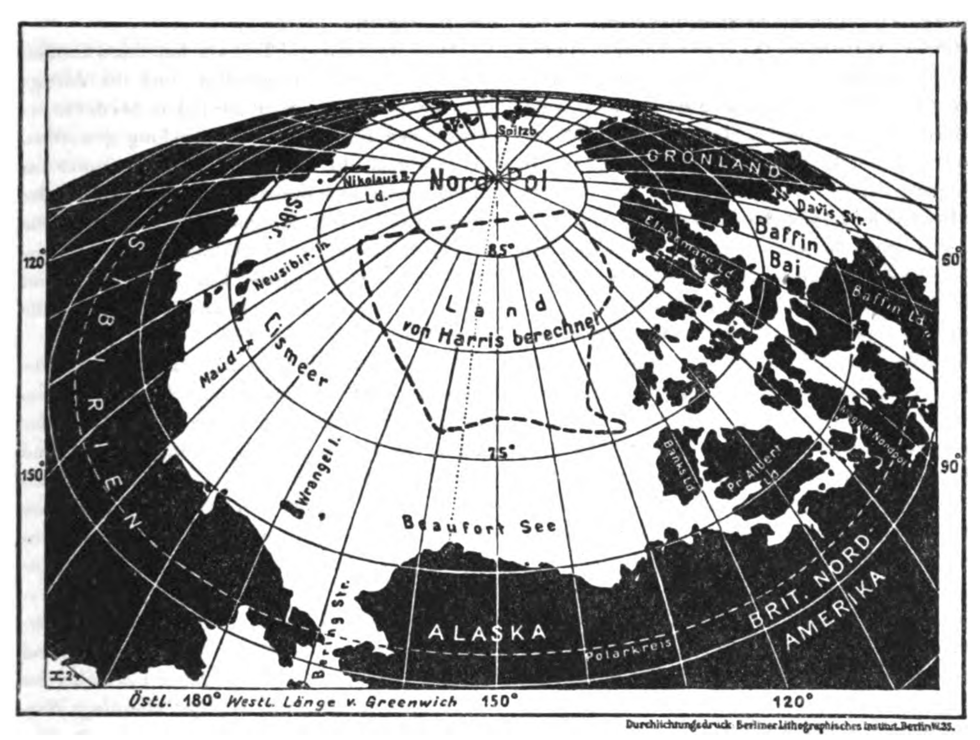
Damit war die arktische Forschung zu einer nationalen Ehrensache des britischen Volkes geworden, und in den folgenden Jahrzehnten haben zahlreiche englische Schiffe den Archipel im Norden des amerikanischen Kontinents erforscht und auch 1853 das Vorhandensein der Nordwestpassage festgestellt. Die Ausführung der nordöstlichen Durchfahrt gelang 1879 dem Schweden Freiherrn Adolf Erik von Nordenskiöld, und damit schied die Suche nach jenen Seeverkehrswegen als Beweggrund der Polarforschung definitiv aus.

Immer mehr aber brach sich jetzt die Anschauung Bahn, daß anderen Zeiten auch andere Ziele in der Polarforschung entsprechen müßten. Der enorme Aufschwung der modernen Naturwissenschaften machte seinen Einfluß auch hier geltend und führte zur Aussendung rein wissenschaftlicher Forschungsexpeditionen und zu dem großartigen Unternehmen der „Internationalen Polarforschung" in den Jahren 1882—1883.

In den letzten Jahrzehnten geriet die Forschung dann immer mehr in das sportliche Fahrwasser, in dem der persönliche Ehrgeiz eine Hauptrolle spielte und die Jagd nach dem „Rekord" der höchsten geograpischen Breite ihr Ziel in der Erreichung des Poles selbst suchte, der denn auch 1908 von Dr. F. A. Cook zuerst erreicht wurde.

So sehen wir, daß die Geschichte der arktischen Forschung untrennbar verknüpft ist mit den geopolitischen Problemen, welche die Menschheit zu einer bestimmten Zeitepoche bewegen, und daß sich die Fortschritte der Wissenschaften widerspiegeln, sowohl in den Zielen, welche die Polarforschung anstrebte, wie in den Mitteln, die sie zur Anwendung brachte. Es ist daher von hohem Interesse, im Laufe der Geschichte den Wechsel in den treibenden Kräften zu verfolgen, die in anscheinend regelloser Folge einander ablösen, so daß, wenn ein Problem gelöst ist, sofort ein anderes in die Erscheinung tritt, dessen Aufstellung nunmehr wieder neue Triebkräfte auslöst.

Gegenwärtig nun befinden wir uns am Beginn einer neuen Phase der Nutzbarmachung des Nordpolargebietes für die Zwecke des Menschen, in der wir manche Triebkräfte, die in dem vorstehenden



Durchlichtungsdruck Berliner Lithographisches Institut Berlin W. 35.

.... *Transarktischer Flugweg*

Überblick erwähnt wurden, wieder aufleben sehen, allerdings in einer, den Bedürfnissen der Gegenwart angepaßten, modernisierten Form.

Der jetzigen Zeitströmung entsprechend steht dabei natürlich wieder der materielle Gewinn im Vordergrunde, doch handelt es sich nunmehr neben den Schätzen des Meeres auch um diejenigen des Landes, vor allem um die Vorkommen von Kohle, die man in verschiedenen arktischen Ländern ausfindig gemacht hat. Schon die holländischen Walfänger sollen in Spitzbergen Kohle gefunden und benutzt haben, doch erst der Schwede Blomstrand scheint 1861 eine Lagerstätte anstehend gefunden zu haben. Es handelt sich um Kohlenflöße von einem bis zweieinhalb Meter Mächtigkeit, die meist zwischen Sandsteinen und Tonschiefern tertiären Alters eingelagert sind und sich in geringer Meereshöhe ziemlich horizontal durch das Plateauland erstrecken, in welches die großen Fjorde der Westküste tief einschneiden. Die Lagerstätten sind daher verhältnismäßig leicht zugänglich, und der Abbau geht auch aus dem Grunde ohne Schwierigkeit von statten, weil die Kohle, ebenso wie der ganze übrige Erdboden in Spitzbergen, unterhalb der Tiefe von einem Meter dauernd gefroren ist. Daher ist jede Belästigung durch Wärme ausgeschlossen, es können keine Einbrüche von Wasser vorkommen, und auch die größte Gefahr des Kohlebergbaus, die Schlagwetter, sind in Spitzbergen nicht zu befürchten. Lediglich der Abtransport verursacht deshalb Schwierigkeiten, weil die Winternacht vier volle Monate dauert und für die Verschiffung nur die beiden eisfreien Monate Juli und August zur Verfügung stehen. Nach den letzten vorliegenden Nachrichten sind nicht weniger als 14 Gesellschaften, 6 norwegische, 5 englische, eine schottische, eine schwedische und eine holländische mit dem Abbau der Kohle beschäftigt,

und die Ausbeute ist in beständigem Steigen begriffen. Von 1906 bis 1909 wurden 6000 Tonnen gefördert, 1910: 3000, 1915: 23000, 1920: 111 000 und 1921 schon 153000. Die Gruben liegen an den Ufern der Kings-Bai, an zwei Lokalitäten der Advent-Bai, in einem Tal zwischen Advent- und Coles-Bai, in Green Harbour und in Braganza-Bai.

Der Kohlenbergbau hat dazu geführt, daß Spitzbergen nunmehr seit 1917 zu den dauernd von einer größeren Volksmenge bewohnten Ländern der Erde gehört, während vordem nur die aus wenigen Personen bestehenden Besatzungen einzelner Stationen überwinterten. Eine besondere Erwähnung verdienen hier jene Stationen, die weniger praktische als wissenschaftliche Aufgaben zu lösen hatten. Spitzbergen ist von jeher ein klassisches Land für naturwissenschaftliche Forschungen im Polargebiet gewesen, weil es in recht hoher geographischer Breite (77 bis 81 Grad Nord) gelegen ist, trotzdem aber leicht, bequem und schnell von Europa aus erreicht werden kann, und weil die Fjorde und Buchten der Westküste zahlreiche, zur Sommerszeit in der Regel eisfreie sichere Ankerplätze bieten. Mehrfach sind denn auch auf Spitzbergen wissenschaftliche Observatorien errichtet worden, z. B. in dem schon erwähnten Internationalen Polarjahre 1882—1883 von Schweden bei Kap Thordsen und später auch gelegentlich der russisch-schwedischen Gradmessung. Es handelte sich dabei jedoch immer um vorübergehende Organisationen, so daß stets nur Beobachtungsreihen von begrenzter Zeitdauer gewonnen werden konnten. Erst die Entwicklung der modernen aerologischen Wissenschaft brachte hier eine durchgreifende Änderung. Es gelang der Tatkraft von Professor Hugo Hergesell, eine ständige deutsche wissenschaftliche Station an der Westküste Spitzbergens zu begründen, die von August 1911 an in Tätigkeit war. Sie befand sich bis Juli 1912 an der Küste der Advent-Bai, wurde dann aber nach dem Ebeltofthafen in der Croß-Bai (79,2 Grad Nord und 11,6 Grad Ost) verlegt. Es ist die nördlichste ständige wissenschaftliche Station der Erde und ihre laufenden meteorologischen und aerologischen Untersuchungen, die trotz der Schwierigkeiten des Weltkrieges bearbeitet und veröffentlicht werden konnten, bilden einen Ruhmestitel für die deutsche Wissenschaft.

Auch die moderne Technik hat ihren Einfluß nach Spitzbergen ausgedehnt, und die dortige Funkstation ist ein wichtiger Faktor bei der internationalen Nachrichtenübermittelung geworden. Tragen doch die täglichen Wettertelegramme aus diesem Polarlande wesentlich zur Verbesserung der europäischen Wetterprognosen bei, und dient die dortige Station als unschätzbare Vermittelungsstelle für die Weitergabe von Zeitsignalen und sonstigen wichtigen Nachrichten an Fangschiffe in polaren Gewässern.

Die nationalen Interessen, die in früheren Jahrhunderten ihren Ausdruck in der Entsendung von Forschungsexpeditionen fanden, haben jetzt die Form von Besitzergreifungen angenommen, und mit fieberhaftem Eifer sind die einzelnen Staaten gegenwärtig bestrebt, sich die bisher herrenlosen Länder der Polargebiete anzueignen. Durch einen Vertrag der Großmächte und der nordeuropäischen Kleinstaaten ist im Februar 1920 die Souveränität über Spitzbergen an Norwegen übertragen worden. Die Herrschaft über Grönland wurde seitens Dänemarks im Jahre 1921 über die ganze Insel ausgedehnt, wogegen allerdings Norwegen protestiert hat, weil seine Schiffe seit 1840 an der herrenlosen Ostküste dieses Landes regelmäßig Fischerei, Robben- und Walfang, sowie Jagd auf Moschusochsen, Eisbären und Polarfüchse betrieben, ein Gewerbe, dessen Ertrag für die norwegische Volkswirtschaft von beträchtlicher Bedeutung ist. Dieser dänisch-norwegische Konflikt, der auch gegenwärtig noch nicht endgültig beigelegt ist, hat zu einem gespannten Verhältnis zwischen beiden Ländern geführt.

Damit ist der gesamte Fragenkomplex über die politische Zugehörigkeit der polaren Länder aufgerollt worden, und er dürfte in Zukunft noch eine bedeutende Rolle in der Geopolitik spielen, die vielleicht auch auf die Beziehungen der Großmächte zueinander nicht ohne Einfluß bleiben wird. Schon hat ein Notenwechsel zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten von Amerika stattgefunden, zu welcher die, von den letzteren beabsichtigte Aussendung eines Luftschiffes „Shenandoah“ in das Nord-

polargebiet Veranlassung gegeben hat. Kanada ist seit Jahren bemüht, sämtliche nördlich von Amerika belegenen Inselgruppen zu annektieren, und es hat in der letzten Zeit sogar Polizeistationen in jenen unwirtlichen Gebieten errichtet. Es ließ die Vereinigten Staaten wissen, daß es zwar nicht beabsichtige, seine unbestreitbaren Rechte auf diese Länder offiziell geltend zu machen, daß es diese jedoch unverzüglich zu wahren wissen würde, wenn die annexionistischen Absichten der Regierung in Washington festere Gestalt annehmen sollten.

Dieser Bruderzwist erscheint erst verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß in dem unbekannten Teile des Nordpolarmeeres zwischen Alaska und dem Pol wahrscheinlich noch größere Landmassen vorhanden sind. Verschiedene geographische Tatsachen sprachen bereits früher dafür. Eine bestimmte Vorstellung aber gewannen diese Vermutungen erst, als im Jahre 1911 der amerikanische Geophysiker, Professor Harris, den Nachweis erbrachte, daß die Flutwellen, die aus dem Atlantischen Ozean durch die enge Pforte zwischen Norwegen und Grönland in das, rings von Land umschlossene Nordpolarmeer eindringen, nur mit starker Verzögerung und erheblicher Abweichung aus ihrer Richtung an den gegenüberliegenden Küsten von Nordamerika und Sibirien eintreffen. Diese Tatsche läßt sich mit der Annahme eines ununterbrochen tiefen Meeresbeckens nicht in Einklang bringen. Eine genaue Untersuchung führte zu dem Ergebnis, daß in dem fraglichen Gebiete ein umfangreiches Land vorhanden sein müsse, dessen Lage und Form Harris auf mathematischem Wege zu ermitteln vermochte. Nach seinen Berechnungen besitzt dieses, bisher noch nicht entdeckte Land einen Flächeninhalt von etwa 1300000 Quadratkilometern, ist demnach fast dreimal so groß wie das Deutsche Reich und besitzt die Gestalt eines Trapezes.

Es erfordert keine große Kombinationsgabe, wenn man annimmt, daß dem Luftschiff „Shenandoah", das von Alaska zum Pol fahren soll, auch die Aufgabe zufallen wird, dieses, von einem Amerikaner theoretisch gefundene, wenn auch vorläufig noch hypothetische Land für die Vereinigten Staaten formell in Besitz zu nehmen.

Andrerseits jedoch betrachtet Kanada alle, selbst die noch nicht entdeckten Inseln, die der amerikanischen Nordküste vorgelagert sind, als britischen Besitz und ist eifrig bestrebt, diesem Grundsatz zur Anerkennung zu verhelfen. Als der Nordpolarforscher Vilhjalmur Stefansson 1913 eine Reise in jenes Gebiet mit Unterstützung wissenschaftlicher Behörden der Vereinigten Staaten vorbereitete, brachte man in Kanada dieser Expedition ein so weitgehendes Interesse entgegen, daß Stefansson sie schließlich in den Jahren 1914 bis 1918 unter kanadischer Ägide ausführte, selbst sogar die kanadische Staatsangehörigkeit erwarb und die von ihm entdeckten drei Inseln für Kanada in Besitz nahm.

Seit jener Reise sieht man auch den wirtschaftlichen Wert der amerikanischen arktischen Inselwelt mit ganz anderen Augen an als früher. Abgesehen von Kohlelagern, die Stefansson auf verschiedenen Inseln gefunden hat, ist es namentlich der unermeßliche Reichtum an jagbaren Tieren, dessen Kenntnis wir ihm verdanken. Mit beredten Worten weist er eindringlich darauf hin, daß es zweckmäßig sei, den Fleischreichtum der von ihm untersuchten Länder und Meeresteile nutzbringend zu verwerten und nicht nur den Wölfen, Vielfraßen, Füchsen und Raben zugute kommen zu lassen. Pläne zur Verwirklichung seiner Absichten liegen der Regierung von Kanada bereits vor und sind möglicherweise inzwischen schon in die Tat umgesetzt worden.

Nach Stefanssons Beobachtungen kommen Wale in großen Mengen vor. Im Frühling zogen sie in Herden zu Dutzenden und Hunderten vorbei. Renntiere sind überaus zahlreich und gedeihen gut. Die Männchen erreichen im Herbst bis 140 Kilogramm Gewicht und liefern 36 Kilogramm Fett. Vor allem aber ist das Polarrind (Ovibos), der fälschlich so genannte Moschusochse, von Bedeutung, weil er ein geradezu ideales Haustier zu werden bestimmt ist. Er lebt auf allen arktischen Inseln, wo der Mensch ihn nicht ausgerottet hat. Sein Fleisch gleicht dem Rindfleisch, seine Milch der besten Kuhmilch. Jedes Tier gibt mehr Wolle als ein Schaf und dreimal so viel Fleisch. Das Polarrind braucht keinen Stall, kein Futter und auch keinen Schutz vor Raubtieren, da es stark genug ist und

sich zu verteidigen weiß. Auch das Renntier ist ein wichtiger Faktor in der Fleischversorgung und Billionen Tonnen arktischer Vegetation, die jetzt zugrunde geht, könnten auf dem Umwege durch den Renntiermagen in menschliche Nahrung verwandelt werden. Aber dieses Tier fällt leicht den Wölfen zur Beute, und seine Züchtung verursacht dieselben Schwierigkeiten wie die Rinderhaltung. Deshalb dürfte nach Stefanssons Ansicht nicht das Renntier, sondern das Polarrind in kommenden Zeiten das wichtigste Haustier der nördlichen Teile Amerikas und Asiens werden. Geradezu unerschöpflich ist der Fell-, Fleisch- und Fettvorrat der unzähligen Seehunde, die bis 360 Kilogramm Gewicht erreichen.

In allerletzter Zeit haben die Nordpolarländer zudem eine Bedeutung erlangt, die ihren Besitz besonders begehrenswert macht, weil sie auf einem Gebiete liegt, dem eine große Zukunft bevorsteht.

Wie schon vor vier Jahrhunderten handelt es sich abermals um die Nutzbarmachung der Arktis als Verkehrsgebiet. Der Unterschied gegen frühere Zeiten aber liegt darin, daß wir heutzutage ein Transportmittel zur Verfügung haben, das den bisher in der Polarforschung verwendeten Schiffen und Schlitten weitaus überlegen ist. Der Weltkrieg ist auch hier ein großer Lehrmeister gewesen, durch den gewaltigen Aufschwung, den er in der Beherrschung der Luft als Verkehrsraum gebracht hat. Überall macht sich der hohe Stand des heutigen Flugwesens in der Errichtung neuer Weltverkehrslinien geltend, aber gerade in den Polargebieten kommt die Überlegenheit der Luftfahrzeuge über alle anderen Transportmittel in so hohem Maße zur Geltung, daß man schon heute eine gewaltige Entwicklung des transarktischen Luftverkehrs voraussagen kann.

Die Bedeutung der Arktis als Durchgangsgebiet für den modernen Schnellverkehr wurde aus dem Grunde bisher nicht gewürdigt, weil eine Durchquerung mit Schiffen oder Schlitten mehrere Jahre in Anspruch nimmt, wie die Expedition Fridjof Nansens auf seinem Schiff „Fram" 1893–1896 gezeigt hat. Für Luftfahrzeuge aber bestehen jene Gefahren des Eises nicht. Sie sind imstande, ohne Rücksicht auf Terrainschwierigkeiten den kürzesten Weg, die „Luftlinie" im wahrsten Sinne des Wortes einzuschlagen. Dabei kommt ihnen zustatten, daß im Sommer die Sonne ohne Unterlaß mehrere Monate lang scheint. Ihr Mittelpunkt bleibt in 70 Grad nördlicher Breite 64, in 80 Grad 134 und am Pole selbst 186 Tage sichtbar. Die Sonnenscheibe sinkt zudem im Herbst so langsam unter den Horizont, daß es am Nordpol 212 Tage lang wirklich hell und nur 153 Tage dunkel ist.

Diese Möglichkeit, unbekümmert um die Beschaffenheit und Formen der Erdoberfläche, stets, von keiner Dunkelheit unterbrochen, den direkten Kurs innezuhalten, erlaubt eine beträchtliche Abkürzung des Reiseweges. Stefansson berechnet den gewöhnlichen Schiffahrtsweg von London durch das Mittelmeer und den Indischen Ozean nach Japan zu 13033 englischen Meilen, den kombinierten Land- und Seeweg über den Atlantischen Ozean, durch Kanada und den Stillen Ozean zu 11236, den Landweg über Sibirien zu 8557, dagegen den Luftweg durch die Arktis nur zu 6300 englischen Meilen. Ähnliches gilt auch für die anderen wichtigen Verkehrslinien.

Ein weiterer Vorteil, der namentlich für die Erkundung unbekannter und die Erforschung wenig bekannter Gebiete ins Gewicht fällt, besteht in der großen Aussichtsweite, die man schon aus geringen Höhen hat. Will man sich eine Vorstellung von der Größe der Aussichtsfläche machen, so braucht man nur die in Metern angegebene Höhe des Auges über der Erdoberfläche mit 46 zu multiplizieren, um die Zahl der Quadratkilometer zu erhalten, die man aus jener Höhe überschaut. Ein Gebiet von der Größe Englands (132000 Quadratkilometer) bietet sich also dem Luftfahrer bereits aus 2870 Metern Höhe dar. Fliegt ein Flugzeug nur 700 Meter hoch, so erschließt es unter seiner Flugbahn einen 200 Kilometer breiten Streifen unserer Kenntnis, ein Erfolg, der sich nach den bisherigen Methoden der Schlittenreisen nur durch zahlreiche kostspielige und gefahrvolle Expeditionen größten Stils in jahrelanger Arbeit würde erzielen lassen.

Die erste Überfliegung der Arktis steht noch bevor. Nach den Enttäuschungen, die Roald Amundsen seinen Verehrern im vorigen wie in diesem Jahre bereitet hat, darf man bezweifeln, ob er der richtige Mann für ein Unternehmen ist, das nicht

nur kühnen Wagemut und eine hohe Summe von wissenschaftlichen wie technischen Vorkenntnissen, sondern auch eine genügend lange praktische Erfahrung in der Beherrschung von Flugmaschinen verlangt.

Daß es möglich ist, die 3300 Kilometer lange Strecke von Nordspitzbergen über den Pol nach Alaska in der Zeit von etwa einem Tage auf dem Luftwege zu bewältigen, kann nicht bezweifelt werden, denn es sind bereits höhere Leistungen erzielt worden. Man kann daher wohl mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß bereits im nächsten Sommer der transarktische Flug zur Durchführung gelangen wird, dessen Auswirkung nach der verkehrsgeographischen Richtung von großer Bedeutung zu werden verspricht.

Die Einbeziehung der Arktis in das Netz der großen Weltverkehrslinien dürfte dann dem Dornröschenschlaf dieses abgelegenen Gebietes für immer ein Ende bereiten.

K. HAUSHOFER:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER INDO-PAZIFISCHEN WELT

Das Indo-pazifische Kraftfeld als Ganzes überschauend, möchten wir als wichtigste Bericht-Gegenstände des Hochsommers bezeichnen:

Die Verschärfung in der Stimmung des ganzen Erdraums gegen die darin vormächtigen kolonial und expansiv wirkenden Fremdkräfte, namentlich die Angelsachsen — trotz einiger Abkommen, Vertrags- und reiner Macht-Erfolge (Irak-Vertrag, Ablehnung der Philippinen-Unabhängigkeits-Deputation, Annahme des U.S. Einwanderungs-Gesetzes); die zunehmende Neigung der bodenständigen Staaten- und Wirschafts-Bildungen, sich mit dem wahlverwandteren russischen System zu verständigen, verstärkt durch den Anfangs-Erfolg des chinesisch-russischen Abkommens und die natürliche Dynamik der wieder arbeitenden eurasischen Kontinental-Schlagader, der Überlandbahn (Sven Hedin: Von Peking nach Moskau, Leipzig 1924 ist symbolisch!); die Fortschritte im Mündigwerden, der Industrialisierung Niederländisch Indiens, zunächst Javas; und die völlig verschiedene Art der Vereinigten Staaten einerseits, des britischen Reichs und der anderen europäischen Kolonialmächte andererseits, sich mit dieser geopolitischen Umlagerung abzufinden.

Ostasiatisches Vorgehen der Vereinigten Staaten:

Die Vereinigten Staaten setzen zunächst — trotz vielen abmahnenden, ausgezeichnet informierten Stimmen aus den eignen Reihen — überlegene Gewalt und Wirtschaftsmacht sowohl in den Philippinen, wie in Japan der stimmungsmäßig verstärkten Strömung wesensverschiedener Geopolitik entgegen. Sie sind außerhalb Europas, bald aber auch hier, die Bannerträger des wirtschaftlichen Imperialismus der Erde, — trotz Frankreich sogar, und dadurch diesem Staat nähergerückt — seltsam genug, unter vollkommener Selbsttäuschung der Mehrheit der Bürger der U.S., wie diese Rolle in Wirklichkeit bei den Betroffenen wirkt und eine Interessengemeinschaft der Vergewaltigten schafft, die von Tokio und Manila über Peking und Moskau bis an den Rhein bereits Stimmführer findet. Denn auch in China, wo die Fehlschläge Sun Yat Sens, des Amerikanismus seiner Spielart von Republik, sehr nah mit der Enttäuschung über den Gegensatz zwischen Wort und Tat der U.S. Amerikaner zusammenhängen, griffen die Vereinigten Staaten [durch ihren Zweck verfehlende, darum falsche Drohungen] in den dadurch nur beschleunigten Gang der Verständigung mit dem kontinentalen Nachbarn, den Sowjets, ein. Außerdem verhöhnt ihre öffentliche Meinung die sich zum offenen Widerstand zunächst nicht mächtig genug fühlenden vergewaltigten Lebensformen: China, Japan, die Philippinen — wie ja auch Mitteleuropa! — obendrein durch witzige, aber erbarmungslose Spott-Zeichnungen, die verschärft in deren Presse wiedergegeben werden (vgl. Heft VII!), und durch überhebliche oder



plump-derbe Vertraulichkeiten des Hinweises auf eben diese Ohnmacht.

Die leidenschaftslose Erfahrung der Geopolitik verzeichnet als Folge einer solchen Erscheinung allmähliche Spannung und Versteifung gegenstrebiger Kräfte, nach Art des Vorgangs, den Richthofen sich wohl seinerzeit unter „Ansammlung latenter Energie" in Japan vorstellte, die sich dann so überraschend in kinetische habe verwandeln lassen. Das Experiment hat Rußland zwischen 1895 und 1905 in Ostasien gemacht, und – um es nicht im engern Lebenskreis zu wiederholen –, hat Japan seine Schantungstellung geräumt, und in manchen, weniger nach außen gedrungenen Vorgängen China nnd Sowjets gegenüber, wie in der Rassenzurücksetzungsfrage des Einwanderungsgesetzes der U. S. eine fast übermenschliche Selbstüberwindung bewiesen, die nicht ganz ohne Verdrängungen abgehen konnte ....

Mit gewohnter Sicherheit gibt Dr. F. W. Mohr (Wirtschaftsdienst Nr. 25 vom 20. Juni 1924) in einer Darlegung, auf die wir eigens hinweisen möchten, ein Gesamtbild der Stimmungsveränderung in Japan gegen die Vereinigten Staaten, des Rücktritts der durch die Wahlen in unhaltbare Lage gebrachten Regierung Kiyura, und der Stärke des im ersten Auftreten besonders kraftgeladenen Ministeriums Kato.

Der Kern der über-pazifischen Spannungsfrage ist auch hier schon wiederholt berührt worden, kann aber wegen seiner enormen Wichtigkeit, auch als Präzedenzfall, dem deutschen Volk, das ihn viel zu wenig kennt, garnicht oft und deutlich genug zum Bewußtsein gebracht werden.

Das auf etwa 83 Millionen unmittelbar beherrschter, mehr als hundert Millionen mittelbar seiner Führung anvertrauter Menschen angewachsene japanische Reich hat in seinem z. Zt. 58-59 Millionen zählendem Kernland starken Bevölkerungsdruck. Die jährliche Bevölkerungsvermehrung von bisher 6-700000 Köpfen ist im Steigen; sie ist ohne Zwang in den noch untersiedelten nördlichen Reichsteilen aus Abneigung gegen meerferne, kalte, hochgelegene Siedelungsgebiete mit bedeutenden, der Rasse fremden Kälte- und Wärmespannungen nicht unterzubringen; auch nicht in Korea, mit seiner im letzten Jahrzehnt verdoppelten einheimischen Bevölkerung, deren Wirtschaftskonkurrenz bei gleichen Arbeitsbedingungen die klimaweichen Malaiomongolen der Inseln so wenig, wie die der Nord-Chinesen aushalten können und wollen. Im Gegenteil scheint sogar die wirtschaftliche Wiedereroberung der Mandschurei durch die zähe Wirtschaftskraft der Nord-Chinesen unaufhaltsam. Der natürliche Druck des japanischen Überschusses geht also nach den als Siedlungsland sympathischen Hochlohngebieten der Süd- und Ost-Nachbarländer im Pazifik mit ihren fruchtbaren, leeren, weiten Räumen. Die Vereinigten Staaten wollen aber die etwa 120000 Japaner in Hawaii und 100000 in Kalifornien, Oregon und Washington so wenig vermehrt sehen, wie Kanada oder Australien ihre östlichen Einsprengungen, so daß die wichtigsten Neu-Wirtschafts-Räume im Osten und Süden der japanischen wie der chinesischen Einwanderung aus Zukunftsangst verschlossen sind.

Für Ostasien ist aber Menschen- oder Waren-Ausfuhr die einzige Wahl, der letzteren Steigerung begrenzt, und das Problem wird durch den furchtbar und in unnötig abstoßender Form beleidigten Rassenstolz verschärft. Dennoch kommt es, wenn ihn Japan verhindern kann – und nicht durch unmögliche, für keine, auch nicht eine sehr starke japanische Regierung tragbare Zumutungen gereizt wird — vorerst nicht zum überpazifischen Kriege. Eine Schuld wird nur an den Eingriffen der Vereinigten Staaten in Ostasien — und Eurasien liegen.

Geopolitsche Feinarbeit zeigt uns regionale Motive in der Zusammensetzung des neuen japanischen Kabinets, und auch darin die große Stärke der neuen Regierung gegenüber der abgetretenen Zwischenlösung.

Der Ministerpräsident Kato ist anglophil, in London diplomatisch ausgebildet — Vertreter der Großstadtmasse gegen das flache Land, Sprosse des schnell gewachsenen, industrialisierten zentralen Nagoya, Freund des leidenschaftlichen, temperamentvollen verstorbenen Okuma, eine freilich von der Weltzivilisation überfirnißte, formbeherrschte, aber vom eignen inneren Feuer fortreißbare Südländernatur. Der Minister des Äußeren Shidehara war der geschickte Vermittler

der Washington-Konferenz, lernte dort Stärken und Schwächen U.S.Amerikas gründlich kennen, und mit dem gefährlichen Nachbarn umzugehen. Inneres, Finanzen sind, wie Krieg, Marine und Justiz, Fachmännern anvertraut, die für Inneres und Finanz von der Leitung großer Unternehmungen herkommen, für den Krieg ein unbeschriebenes Blatt zeigen, während der Marine-Vertreter scharf nationalistisch hervorgetreten ist, geopolitisch geschult und führend. Landwirtschaft und Handel, mit der momentan heikelsten Frage der Pächter des gefährdeten landwirtschaftlichen Kleinbetriebs, hat sich der Führer der eben erst gespaltenen Seyukai-Partei — des japanischen Seitenstücks zum deutschen Nationalliberalismus — in die Hand spielen lassen, der schon einmal bemerkenswerte Versager-Eigenschaften gezeigt hat. Den Verkehr hat der greise, unentwegte Fortschrittler Inukai (Okayama, Inlandsee) übernommen, die Erziehung Okada (Shizuoka) — im Ganzen überwiegt der Südwesten und die Mitte, die „Sonnenküste", „Omotte Nihon", das Temperament, der Südeinschlag, bei außerordentlicher parlamentarischer Stärke. Wenn es will, kann dieses Kabinett im ersten Jahre Japan dem Teufel vor die Schmiede bringen, und z. B. ein sehr weitgehendes Abkommen mit Rußland, wie mit China durchdrücken und wirksam machen. Es ist stark genug, um ein völliges Herumwerfen des Steuers im Inselreich zu wagen, eine weitgehende Wahlreform durchzuführen; es kann ein neues, unberechenbares Element in das pazifische Kräftespiel tragen, wie kein anderes seit mehr als einem Jahrzehnt: Das Japan des Hochsommers 1924 ist, gegenüber dem Japan des Vorfrühlings vor der Wahl, ein wesentlich veränderter Staat! — eine willensstärkere „innervierte" Lebensform.

Es hat eine der in der japanischen Geschichte zuweilen vorkommenden vorbeugenden Mobilisationen des Volkswillens stattgefunden.

Indopazifische Haltung der britischen Reichspolitik:

Das britische Reich — offenbar über diese Lagenänderung viel besser unterrichtet als die Vereinigten Staaten, noch dazu unter dem Eindruck sehr schonend zu behandelnder Stimmungs-Umschwünge in Kanada wie Südafrika und Vergrämungen in Australien und Neu-Seeland (eben durch notwendige Nachgiebigkeit an andern Stellen verursacht) — verfährt [entgegengesetzt seiner Tochter-Republik] ausweichend und hinhaltend. Es hat tatsächlich (vgl. VII) dem indischen Aktivismus gegenüber ein Entgegenkommen bewiesen, wie es dieser selbst nicht für erreichbar und möglich hielt. Dies ging so weit, daß zwar auf der einen Seite Dienstfreudigkeit und Ersatz des anglo-indischen Beamtenkörpers schwer geschädigt wurden, auf der andern aber der Gegner, dem plötzlich mehr positive Leistungen zugeschoben wurden, als er zu übernehmen bereit war, in Schwierigkeiten geriet. Das verrät sich durch Konflikte, „Mißverständnisse" zwischen den mehr weltlich gerichteten Hinduführern (Das z. B.) und dem Mahatma Gandhi (der sich vergeblich gegen eine leise politische Entkräftung durch diesen Titel und seine Verheiligung wehrt!), dann der Islam und Sikh-Bewegung (letztere gut von Reva Prasad Misra in Deutscher Rundschau, Juli 1924, geschildert.)

Diese Erscheinungen beleuchten in Indien von innen her eine seit Halbjahresfrist nicht mehr so geschlossene Front: aber vielleicht ist es eben dieses Ziel, das von der Reichspolitik auf Umwegen erreicht werden sollte.

In China überwiegen ganz anders offenkundig die inneren Sorgen den äußeren Druck, der sich an zunehmender Machtlosigkeit der Zentralorgane totläuft, da sie ihn nicht mehr auf die in solchen Zeiten immer stärker und unabhängiger werdenden Länder zu übertragen vermag, und das Ausland aus gegenseitigem Mißtrauen keine Gewalt anzuwenden wagt. So verstärkt es auch seinerseits die regionale Dynamik, und zwar gleichviel, ob die Stimmführer der einzelnen Länder „Präsidenten" (wie Sun Yat Sen), ehemalige, fast zu fürstlicher Stellung aufgerückte Generalgouverneure (Über-Tutschun, wie Chang Tso Lin in der Mandschurei), oder scheinbar republikanische Generale sind, wie Wu Pei Fu in Loyang (Honan), oder modern-christliche „Heerführer", die sich bereits mit Erfolg der Missions-Reklame bedienen.

Jedenfalls beobachtet China seine Dränger in ihren eigenen Schwächen geopolitisch viel richtiger, als sie glauben.

Den Manchester Guardian haben wir schon einmal hier, und zwar mit Überzeugung, die vielleicht vorurteilfreieste unter den großen Zeitungen der Erde genannt. Eine unfreiwillige Probe dafür wird in Nr. 24284 vom 19. Juni 1924 gegeben. Darin stehen sich auf S. 4 und S. 5 ein Aufsatz: „Chinas desperate finances", und ein Bild: „Chinas war memorial" gegenüber. Das Kriegsdenkmal ist haushälterischerweise aus den Steinen des Ketteler-Bogens (Pai-Feng, nicht Pai-Lu) errichtet. „Dem Sieg von Recht und Gerechtigkeit" steht nunmehr auf dem dreiteiligen Bogen eingegraben, „Im 8. Jahr der Republik!"

Aber ein wohlunterrichteter Alt- oder Jung-Chinese wird in dem trostlosen Zustand der Finanzen weit eher ein lastendes Denkmal des für China ebenso widersinnigen, als dem widerstrebenden von den Angelsachsen (vgl. Gilbert Reid: China captive or free) aufgenötigten Krieges, und der verblaßten Glorie der Republik in ihrem damals achten, heute dreizehnten Jahre erblicken.

Alt- und Jung-China wissen aber auch, daß schon eine Anspannung der Zölle um $2^1/_2$ % über 5 % genügend wäre, um den Nöten der 428 Millionen zu begegnen, daß diese Kosten aber die Herren Importeure zu tragen hätten, und daß sich ihre Vertretermächte deshalb gegen eine leicht durchzuführende Sanierung des riesigen Wirtschaftsraumes sperren und wehren. Man weiß in China ganz genau, daß der Krieg gegen Deutschland sich an eine falsche Adresse richtete, und die Quittung darüber steht vielleicht einmal auf einer wieder geänderten Inschrift des gleichen geduldigen dreiteiligen Bogens, vielleicht mit dem Text: „Zum Andenken an die Austreibung der südlichen, oder der rothaarigen Barbaren . ." je nachdem sie alle, oder nur einzelne mit Hilfe anderer aus Ostasien ausgeschifft werden können oder konnten.

Aus dieser uns bekannten inneren Einstellung des indo-pazifischen Eigenlebens zu seinen Bedrängern wissen wir, daß trotz äußerer Beileidskundgebungen zu Verlusten und Becherverleihungen an erfolgreiche Sportsleute Mißerfolg und halber Erfolg von außen in den Erdraum hinein getragener Welt-Sports-Leistungen ganz anders aufgefaßt wird, als in den Ausgangsländern. Das ist die Unterseite des Teppichs, die Kehrseite eines glänzenden geopolitischen Gewebes, die wir hier gelegentlich gelüftet sehen.

Es ist ein Aufatmen düsterer Befriedigung durch den indo-pazifischen Erdraum gegangen, angesichts der Nachricht, daß Tschomolungma, die Göttin Mutter der Berge, den die Briten Mount Everest nennen, auch den Angriff von 1924 abgeschlagen hat, und daß die Fremden, die überlegen lächelten, als sie im Kloster Rongbuk die Fresken mit den Schutzgöttern des höchsten Berges der Erde entlang gingen, zwei tapfere und hervorragende Sportsmanns-Leben auf dem Plan gelassen haben, auf dem sie „no mercy from Everest" wollten!

Freilich ging dem endgültigen Abgeschlagenwerden der Expedition am 19. Juni ein glänzendes Hilfswerk des auf dem Felde seiner Bergsteiger-Ehre gefallenen Mallory an drei abgekommenen Trägern voraus. Aber der Ansturm auf die Göttermutter des Landes, die von seinen Gottheiten beschirmte, war weithin in Indien als ein Vorzeichen für Dauer oder Nicht-Dauer der fremden Macht betrachtet worden. Es ist ungünstig ausgefallen, wie auch der Weltflug durch den indo-pazifischen Raum, bei dem französische Geschicklichkeit und Keckheit und amerikanische Zahlenüberlegenheit einen weiten Vorsprung vor dem britischen Unternehmen gewannen.

Und reichlich mit der gleichen Spannung, mit der Inder und Tibeter die Fortschritte der Tschomolungma-Erkletterung prüften, haben China und Japan — schon ausweislich ihrer politischen Karikatur! — als ganz nüchterne Beobachter die fremden Machtmaschinen verfolgt, die über ihrem Lande hinzogen, und ein anderes mal Späher, Bomben, Giftgase bringen können — worüber man sich ganz klar ist.

Die Weltflieger haben, die Amerikaner in der ersten Juli-Woche, mit sehr glattem und schnellem Flug durch die eigentlichen Monsunländer in der Richtung auf Buschir, Mac Laren in der zweiten Juli-Woche über die Kurilen den indo-pazifischen Raum wieder verlassen, den weitaus am elegantesten der Franzose d'Oisy durchflog, 20600 km in 47 Tagen, mit einem Mittel von 425 km zurücklegend.

Als vorläufiges Ergebnis stellte u. a. am Montag, 7. 7. 1924, unter dem frischen Eindruck seiner



Zuhörer, der japanische Marine-Minister Admiral Takarabe im Reichstag fest, daß die Weltlage von Japan eine Vermehrung seiner See-Luftstreitkräfte um elf weitere Geschwader zu den bereits geforderten verlange.

Das ist vielleicht nicht ganz das erwartete Ergebnis einer so friedlichen Veranstaltung, deren Teilnehmer von dem Kollegen Admiral Takarabes, dem Kriegsminister, mit silbernen Erinnerungsbechern begabt wurden: aber selbst der Friedlichste kann irre werden, wenn man ihm zu deutlich vor Augen führt, wie unsicher auch der Himmel über ihm geworden ist (wenn auch der Nord-Pazifik eine gewisse natürliche Abwehrkraft bewies), eine Erkenntnis, die aus der japanischen und chinesischen politischen Karikatur, aber auch ernsthafteren Zeugnissen, wie dem soeben erwähnten, sehr klar zum unbefangenen Beobachter spricht.

F. TERMER:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER ATLANTISCHEN WELT

In der Nordamerikanischen Union beherrscht die innerpolitische Lage die demnächst stattfindende Präsidentenwahl, aber sie wird auch von einiger Bedeutung für die außenpolitischen Beziehungen werden, da ja nach dem Ausfall der Wahl die Richtung einer bestimmten Partei gegenüber dem Ausland festgelegt ist. Doch dürfen daraus keine zu weit gehenden Folgerungen gezogen werden, denn wie in England bestehen bei allen innerpolitisch voneinander abweichenden Parteiprogrammen gewisse gemeinsame Auffassungen der Parteien in der auswärtigen Politik. Republikaner und Demokraten wollen durchaus sich wieder mehr als bisher aktiv an der Lösung der europäischen Fragen betätigen, was ein Aufgeben der isolierten Haltung in den letzten Jahren nach dem Kriegsende bedeutet. Die Republikaner sind eifrige Verfechter des Dawes-Gutachtens, was sie äußerlich schon dadurch hervorheben wollen, daß sie ihrem Präsidentschaftskandidaten Coolidge den General Dawes als Vizepräsidenten beigeben wollen. Auch die Demokraten sind für eine Lösung der europäischen Probleme durch Anteilnahme Amerikas eingenommen und vertreten wie ihre Gegenpartei den Gedanken einer neuen internationalen Konferenz für allgemeine Abrüstungen der Mächte zu Lande. Eine der Hauptaufgaben der nach London zur interalliierten Konferenz abgesandten Vertreter Amerikas scheint ja auch die Vorbereitung einer derartigen Vereinbarung oder zumindest die Sondierung der anderen Mächte in dieser Frage zu sein. Man sieht die weltpolitische Lage neuen schweren Konflikten entgegentreiben und will sich echt amerikanisch eine moralische Vorzugsstellung sichern, indem man sich den Anschein des ehrlichen Weltfriedensförderers gibt, um hernach bei etwaigem Scheitern seiner Bemühungen daraus den Anlaß und die Berechtigung zu entnehmen, Rüstungen in einem bis dahin unbekannten Ausmaße durchzuführen. Auch hier bestehen zwischen Demokraten und Republikanern kaum irgendwelche Unterschiede. Diese machen sich eigentlich nur in der Haltung beider Parteien gegenüber dem Völkerbunde bemerkbar. Ihm abgeneigt sind die Republikaner, sympathischer stehen ihm die Demokraten gegenüber.

Den Hintergrund der Wahlkampagne werden die innerpolitischen Zustände der Vereinigten Staaten abgeben, wobei die allgemeine wirtschaftliche Depression in erster Reihe steht. Daß die gegenwärtige Regierung nicht imstande war, sie aufzuhalten, schadet ihr sehr. Die durch die Verschlechterung der Marktlage arbeitslos gewordenen Wähler schieben natürlich die Schuld auf die herrschende Partei und bilden daher ein Wählerelement für die kommenden Monate, das geneigt ist, zur anderen Partei überzuwechseln. Allerdings ist man sich noch nicht ganz darüber im klaren, ob die Regierung die allein schuldige Urheberin der gegenwärtigen Lage ist oder ob nicht vielmehr

auch der Kongreß für sie verantwortlich zu machen ist. Dadurch ist eine Verwirrung im Innern hervorgerufen worden, die alles in Atem hält. Schon aus diesem Grunde ist vor einem Optimismus europäischer- und namentlich deutscherseits zu warnen, der nur allzuleicht geneigt ist, wieder einmal in den gegenwärtigen Konferenzschwierigkeiten in London eine Rettung von Amerika oder gar der amerikanischen Öffentlichkeit zu erhoffen. Diese ist jetzt viel mehr als für außenamerikanische Angelegenheiten für die neuen Steuergesetze oder die Kriegerfürsorge interessiert.

Die Steuerregelung ist durch die „Revenue Bill" erfolgt, die eine Herabsetzung der Einkommensteuer um 25 % gebracht hat. Der Schatzsekretär Mellon, der die entsprechende Vorlage ausarbeitete, hat die hohen Einkommen entlastet, die kleinen dagegen unberührt gelassen, da er die Ansicht vertrat, daß die übermäßige Belastung der ersteren unproduktiv wäre. Die Opposition dagegen hat denn auch bald eingesetzt und es erlangt, daß sämtliche Einkommensteuern um 25 % herabgesetzt werden. Bemerkenswert dabei ist aber die Tatsache, daß eigentlich nur die bundesstaatliche Besteuerung des Einzelnen eine Ermäßigung erfährt, während die an und für sich schon recht hohen Steuern der Einzelstaaten und Kommunen nach wie vor drückend bleiben und noch weiter steigen. Wie drückend die Steuern geworden sind, ergibt sich daraus, daß 1913 die Gesamtsteuerbelastung auf den Kopf der Bevölkerung 17,07 Dollar, 1922 jedoch 64,63 Dollar betrug. Andererseits darf aber auch nicht vergessen werden, daß in der letzten Zeit das Gesamtvermögen erheblich zugenommen hat. Nach Berichten aus den Staaten New York, New Jersey, Pennsylvanien und den Neuenglandstaaten ist das Gesamtvermögen in diesen neun Gebieten von 59 Milliarden Dollar im Jahre 1912 auf 102 Milliarden Dollar im Jahre 1922 gestiegen, hat sich also in 10 Jahren um 73 % vermehrt. Die aus dem Ausland zugewanderte Bevölkerung hat dazu sichtlich mit beigetragen. Genau ebenso liegen die Verhältnisse im oberen Mississippital, also in den Staaten Ohio, Indiana, Illinois, Michigan, Wisconsin, Jowa, Missouri, Kansas, Nebraska, Minnesota, Nord- und Süddakota. Hier ist das Gesamtvermögen von 70 Milliarden Dollar im Jahre 1912 auf 115 Milliarden Dollar im Jahre 1922 angewachsen, was auf einem Wertzuwachs der Farmen und Viehbestände in diesen landwirtschaftlichen Gebieten beruht.

Die Schwierigkeiten der inneren wirtschaftlichen Lage finden politisch ferner ihren Ausdruck in der Gründung einer neuen, ziemlich radikal gesinnten Partei unter Führung von La Follette, die sich auf die Farmer und Arbeiter stützt und in der sich eine Art Arbeiterbewegung nach außen hin Geltung zu schaffen versucht. Kann sie sich an Anhängerzahl auch keinesfalls mit den beiden alten Parteien messen, so hat sie doch immerhin schon so viel Gewicht erlangt, um bei den Wahlen einflußreich hervorzutreten. Die Unzufriedenheit der Farmer reicht schon längere Zeit zurück und hängt unmittelbar mit den Beziehungen der Union zur Weltwirtschaft u. Weltpolitik zusammen. Denn in den Jahren nach dem Kriegsende ging nicht nur der Absatz auf dem Inlandsmarkte für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse zurück, sondern auch in der Ausfuhr verringerte er sich seit 1918 um ein Drittel. Hand in Hand damit ging aber eine ständige Verteuerung sämtlicher Produktionskosten, die zu einer außerordentlichen wirtschaftlichen Spannung führte. Diese Lage führte zu dem Zusammenschluß der bedrängten Farmer in dem Farmblock innerhalb des Kongresses. Liegen nun auch viele Gründe und vielleicht die Mehrzahl auf rein sozialem und ökonomischem Gebiete, so darf doch nicht übersehen werden, daß auch manche unmittelbar mit den üblichen Anbaumethoden in Zusammenhang stehen. Dabei ist am wesentlichsten die ausgesprochene Einfruchtwirtschaft, die es nur auf den Anbau einer einzigen besonders hoch im Preise stehenden Fruchtart anlegt. Das vereinsstaatliche Ackerbaudepartement hat es denn auch an Warnungen und Verbesserungsvorschlägen nicht fehlen lassen und immerhin den Erfolg gehabt, daß in einigen Gebieten mit der alten Methode gebrochen und zur Mehrfruchtwirtschaft übergegangen wurde. Aber dem ungewissen Zustande der Weltwirtschaft und dem immer stärkeren Hervortreten anderer, namentlich südamerikanischer Staaten, als ausführende Agrarproduzenten entsprechend, kann erst die Zukunft den Erfolg dieser Umstellung lehren. Den Reformvorschlägen ist

von den Farmern insoweit entsprochen worden, daß in diesem Jahre gegenüber dem vorjährigen die Weizenanbaufläche um 13% zurückgegangen ist. Am bedeutendsten scheinen nach den im Mai dieses Jahres angestellten Schätzungen die Einschränkungen in Illinois, Missouri und Kalifornien zu sein. Trotz einer leichten Besserung in ihrer Lage sind die Farmer unzufrieden und suchen nach den Schuldigen an ihrem Unglück, den sie in der Regierung der herrschenden Partei gefunden zu haben meinen. — Von einem gewissen Wohlstand der übrigen arbeitenden Bevölkerung zeugt die äußerst rege Bautätigkeit in der Union, die seit zwei Jahren eingesetzt hat. Sie ist wie in Europa letzten Endes eine Folge des Krieges gewesen, aber man hat die eingetretenen Mißstände viel schneller zu beseitigen gewußt als in Europa. Trotz einer erheblichen Steigerung der Baukosten, teilweise um 100% über dem Vorkriegsniveau und um 30% über dem allgemeinen gegenwärtigen Preisniveau, hat die Bautätigkeit ganz außerordentlichen Umfang angenommen. Und dennoch ist ein großer Teil der Bevölkerung noch immer ohne eigenen Wohnraum. Ferner hat trotz vermehrten Wohnraums die Steigerung des weiteren angehalten, so daß diese im März dieses Jahres 20% des Familienbudgets betrugen. In 25 Städten des mittleren Westens waren in den letzten vier Monaten Mietspreissteigerungen von 30% zu verzeichnen, ja es gibt sogar ein paar Großstädte, in denen die Mieten in dem letzten Jahrzehnt um 150% gestiegen sind. Die hohen Löhne tragen daran mit die Schuld, die wieder ihrerseits durch einen immer merkbarer werdenden Mangel an Bauarbeitern hervorgerufen werden. Und bei ihm beginnt bereits die Schattenseite der rigorosen Einwanderungsbeschränkung insofern hervorzutreten, als gerade Italiener ferngehalten werden, die die Bauarbeiter zu stellen pflegten. Italien sieht sich ja auch, wie erst kürzlich Nitti ausführte, noch schwerer durch die Einwanderungsbeschränkungen betroffen als Japan. Auch in England ist man mit der Einwanderungsquote für britische Untertanen unzufrieden. — Von Interesse und Wichtigkeit sind die Bemühungen der Union, sich von der deutschen Kalieinfuhr durch Ausbeutung der eigenen Kalilager unabhängig zu machen, und der Staat hat zu ihrer Untersuchung Mittel bereitgestellt. Aber die Möglichkeit eigener Produktion liegt doch noch in der Zukunft. Als Kaligebiete kommen Seen in der südkalifornischen Wüste in Betracht, deren Kaligehalt auf 4 Mill. t geschätzt wird. Während des Krieges war man schon an die Ausnützung eines dieser Seen, des Searle Sees im Distrikt San Bernardino gegangen, doch sind die Gewinnungskosten noch zu hohe. Bergmännisch kann Kali in Texas gewonnen werden, wo abbaugünstige Lager in geringer Tiefe in Reagan County liegen. Angeblich soll die Qualität des dortigen Kalis der deutschen entsprechen. Aber die hohen Löhne würden die Gewinnung erheblich verteuern gegenüber der deutschen. — Das vereinsstaatliche Verkehrswesen hat jetzt eine Luftpostverbindung zwischen New York und San Franzisko aufzuweisen, durch die eine erhebliche Zeitersparnis um etwa ²/₃ gegen die bisherige Eisenbahnfahrt erzielt wird. —

Wie in den Vereinigten Staaten steht die innerpolitische Lage in Mexiko ebenfalls unter der demnächst stattfindenden Präsidentenwahl, deren Kandidaten die beiden Generäle Calles und Flores sind. Ersterer hat anscheinend die größeren Aussichten auf Erfolg; er hat eine ziemlich radikale Lösung der Agrarfrage zugunsten der Arbeiter zugesagt und auch den Schutz aller legitimen Eigentumsinteressen erklärt. Flores dagegen, der weit in der Welt herumgekommen ist, hat sich noch zurückgehalten. Er ist zur Zeit noch Gouverneur von Sinalca. Zu wünschen ist, daß das Land nun endlich wieder in eine Zeit innerer Ruhe kommt, die es unbedingt braucht, um seine Revolutionsschäden ausbessern zu können. Denn diese haben das Land in einem halben Jahr weit zurückgebracht. Die zur Zeit noch am Ruder befindliche Regierung des Präsidenten Obregon verfolgt die Revolutionäre und sucht noch schnell vor ihrem Abgang die Bilanz ihres Sieges über die Rebellen zu ziehen. Sie schreitet zu umfangreichen Beschlagnahmen des Eigentums der an der Revolution beteiligten Militär- und Privatpersonen und hat aus denselben allein in den Staaten Veracruz und Jalisco einen Erlös von etwa 18 Millionen Pesos erzielt, die der Staatskasse anheimfallen. In anderen Staaten sollen die Summen 30 Millionen

Pesos erreichen. Aus den finanziellen Erträgnissen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse dieser Liegenschaften bestreitet die Regierung die Zahlung der seit einiger Zeit rückständigen Beamtengehälter. Als Retter des Staates aus den Wirren lieben sich Sozialisten und Kommunisten hinzustellen, da sie durch Freiwillige die Reihen der Regierungstruppen verstärkt hatten. Daraus aber glaubten sie für sich die Berechtigung ableiten zu können, von der Regierung eine sehr radikale Lösung der Aufteilung der Latifundien zu verlangen, die sie gleich im Bezirke von Torreon bei den großen Baumwollplantagen in die Praxis umsetzen wollten. Als ihren Wünschen nicht nachgekommen wurde, zogen sich die bewaffneten Landarbeiter in die Berge zurück, um im Kleinkrieg den Regierungstruppen Schwierigkeiten zu bereiten. Überhaupt ist die Radikalisierung der mexikanischen Arbeiter auf Grund bolschewistischer Propaganda eine Tatsache, mit der man politisch und wirtschaftlich in Mexiko rechnen muß. Sie führt zu einer dauernden Unruhe, indem bald hier bald dort lokale Aufstände oder Streiks ausbrechen, die politischen Hintergrund besitzen. Es wird sich zeigen müssen, ob diese Tendenzen nicht auch bei den Wahlkämpfen in irgend einer Form nach außen hin sich bemerkbar machen werden. Im Auslande betrachtet man denn auch die Lage in Mexiko als noch ungeklärt, was schon aus den Schwierigkeiten erkennbar wird, die die Regierung hat, um eine Anleihe auswärts unterzubringen. Ursprünglich wollte sie eine solche in Höhe von 15 Millionen Dollars in den Vereinigten Staaten auflegen, sah sich aber genötigt, die Summe auf 5 Millionen Dollars herabzusetzen. Sie sucht nun nach weiteren Möglichkeiten, den Restbetrag im Auslande anzubringen. Einen gewissen Eindruck hat die feste Haltung der Regierung gegenüber dem mit England entstandenen Konflikt gemacht, der im Anschluß an das Verhalten des englischen Vertreters Cummins entstanden war. Dieser hatte durch sein schroffes, eine völlige Unkenntnis der mexikanischen Psyche zeigendes Verhalten unmittelbar zu dem Bruch geführt, so daß Mexiko auf seine Abberufung drängte. Nach längerem Zögern ist England diesem Ersuchen nachgekommen und hat Cummins veranlaßt, sich nach den Vereinigten Staaten zu begeben. Offiziell anerkannt hat übrigens England die mexikanische Regierung noch nicht. — Die Verkehrsverhältnisse auf den mexikanischen Bahnen bessern sich langsam; sie sind durch die Revolution in große Unordnung geraten. Die Wiederherstellung der Linien beansprucht hohe Kosten, die die Eisenbahngesellschaften vor schwere finanzielle Aufgaben stellen, zumal die Einnahmen sehr zurückgegangen sind. Ein Teil des vorhandenen Materials wird noch von den Bundestruppen in Besitz gehalten. Auch der Dampferverkehr hat sich wieder gebessert, so daß jetzt an der Westküste die Linien der „Pacific Mail", „Mexican States Lines" und „Mexica Governement Line" nach ihren alten Fahrplänen verkehren. —

Der Verkehr auf dem Panamakanal ist in ständigem Steigen begriffen und zeigt dadurch, wie sehr derselbe geeignet ist, die lateinamerikanischen Länder mit dem germanischen Nordamerika zu verbinden. Auf die Zunahme des Verkehrs der Union mit den südamerikanischen Westküstenstaaten ist schon früher an dieser Stelle aufmerksam gemacht worden (vgl. Ztschr. f. Geopol. Heft 3, S. 194). Der Kanal hat den Suezkanal schon überflügelt. Denn während durch diesen 1923 insgesamt 22,7 Mill. Tonnen passierten, betrug diese Zahl beim Panamakanal 24,7 Millionen; im Jahre 1915 waren es noch 4 Millionen gewesen. Durch den Kanal hat der vereinsstaatliche Handel auch mit Australien, Ostasien und den Philippinen sowie dem westlichen Südamerika erheblich zugenommen. Die folgende Zusammenstellung mag dafür Zeugnis ablegen:

Handel der U.S. mit:

	im Jahre 1913	im Jahre 1923
China	65 Mill. Dollar.	296 Mill. Dollar
Japan	161 „ „	611 „ „
Australien .	54 „ „	160 „ „
Neuseeland.	14 „ „	41 „ „
Philippinen	46 „ „	127 „ „
Hongkong .	14 „ „	37 „ „
Chile.	46 „ „	123 „ „
Peru	18 „ „	39 „ „

Der Gesamthandel der Union mit den 15 Staaten und Kolonien am Stillen Ozean stieg von 460 Mill. Dollar (1913) auf 1532 Mill. Dollar (1923), was einer Zunahme um 233 % entspricht. —

H. LAUTENSACH:

LITERATURBERICHT ÜBER WERKE ERDUMSPANNENDEN UND SYSTEMATISCHEN INHALTS

Standen im Literaturbericht von Heft 4 die neueren systematischen Bearbeitungen der Politischen Geographie im Vordergrund, so sind dieses Mal besonders Werke erdumspannenden Inhalts zu würdigen. Von solchen dürfte kaum ein anderes mehr Beachtung und Verbreitung finden, als:

A. Hettner, Grundzüge der Länderkunde. Bd. II. Die außereuropäischen Erdteile. B. G. Teubner. Leipzig und Berlin. 1924. VI, 451 S. (Vgl. die Besprechung von Bd. I in Heft 5). Dieses ist das Buch, auf das die Geographen seit Jahrzehnten warteten; eine knapp gefaßte, von einem einzigen Verfasser geschriebene und daher in ihren Teilen gleichartige, alle wichtige geographische Literatur benutzende und weitgehend auf eigene Anschauung sich gründende Länderkunde aller außereuropäischen Erdteile in deutscher Sprache. Ein solches Buch, das berufen ist, die länderkundliche „Bibel" des deutschen Geographen zu werden, wie das allbekannte Lehrbuch der Allgemeinen Geographie von H. Wagner seine allgemein erdkundliche Bibel ist, fehlte bisher, und die Werke von Sievers (Kleine Länderkunde, 2 Bde. 1907), Öhlmann („Großer" Seydlitz. 1914[26]), Scobel (Geogr. Handbuch. 1909[5]), Banse (Illustrierte Länderkunde. 1923[4]), Kende (Handbuch d. geogr. Wissensch. Bd. II. 1921) und Heiderich (Die Erde, 1923[5]) füllten die Lücke nur unvollkommen. Welche ungeheure Leistung Hettner mit diesem Werk vollbracht hat, kann nur der voll ermessen, der selbst in die Lage kam, die gewaltige, in allen Weltsprachen veröffentlichte und über eine schier unübersehbare Zahl von Zeitschriftaufsätzen und Einzelabhandlungen verstreute Stoffülle auch nur für einzelne Teilgebiete in Wort oder Schrift zu meistern. In ruhiger, ungemein bescheidener Sprache fließt Hettners Darstellung dahin. Aus jedem Satz spricht zum Leser die über der Sache stehende, vorsichtig abwägende, vom Gefühl höchster wissenschaftlicher Verantwortlichkeit getragene Persönlichkeit des Meisters. Die Durcharbeitung der einzelnen Abschnitte ist von einer gleichmäßigen Gediegenheit, wie sie nur in jahrzehntelanger Beschäftigung mit dem Gegenstande erreicht werden konnte. Ebenso lückenlos ist die Ausstattung des Werkes mit Kärtchen und Diagrammen, die teilweise mühsame Neuschöpfungen von Hettners Mitarbeitern sind. Sie stellen die Entdeckung, den Stand der kartographischen Aufnahme, den tektonischen Bau, die Entwässerung, die verschiedenen klimatischen Elemente, die Pflanzendecke, die Völkerverbreitung, die Geschichte der europäischen Besitzergreifung, die Bevölkerungsdichte, die Wirtschaftsformen, die weltwirtschaftlich wichtigen Erzeugnisse und die Religionen für jeden Erdteil und häufig auch für die Einzelländer dar. Von den nicht seltenen und wohl nicht immer begründbaren Wiederholungen abgesehen, scheint dem unvergleichlichen Werk nur ein wesentlicher Mangel anzuhaften, der gerade in dieser Zeitschrift nicht übergangen werden kann. Hettner betrachtet den Staat kaum als dynamisches Gebilde, er schildert ihn fast nur auf rein beschreibende Weise in seinem historischen Werdegang. Natürliche Ausstattung der Erdräume, Wirtschaft, Volkstum, Siedlung treten daher auch nicht als Kraftquellen des Staates auf. Wenn er z. B. von Singapur nur sagt: „Dieses ist in seiner Bedeutung keineswegs auf die Halbinsel (Malakka) beschränkt, sondern auch und sogar in erster Linie ein Knotenpunkt der ganzen ostindischen und ostasiatischen Schiffahrt und darum auch eine wichtige Marinestation", so wird er damit der Stellung des Platzes im Gefüge des britischen Weltreiches nur unvollkommen gerecht (vgl. diese Zeitschr. H. 1, Aufs. v. Lautensach; H. 6, Aufs. v. März). Und so stellt das folgende Buch, das ich in den sehr dankenswerten Literaturangaben Hettners vermisse, eine wertvolle Ergänzung zu seinem Werk dar. Es ist:

Haushofer-März, Zur Geopolitik der Selbstbestimmung. Kurt Vowinckel Verlag. Berlin-Halensee. 1923. 503 S. Unter diesem Sammeltitel sind 2 Einzelarbeiten vereinigt: K. Haus-

hofer, Südostasiens Wiederaufstieg zur Selbstbestimmung und J. März, Das Schicksal überseeischer Wachstumsspitzen. Beide Verfasser sind den Lesern der Zeitschrift für Geopolitik wohlbekannt, und die Aufsätze in Heft 1 über „Die Einheit der Monsunländer" und in Heft 6 über „Die Zugänge zum indischen Lebensraum" geben wichtige Grundgedanken aus beiden Abhandlungen wieder. Es handelt sich hier um eines der seltenen Bücher, die ausschließlich geopolitischen Inhalt haben. Haushofer stellt sich die uns Deutsche in höchstem Maße politisch interessierende Aufgabe, „den Wiederaufstieg vergewaltigter Erdräume zur Selbstbestimmung als geographische Erscheinung am Vorgang der Monsunländer Südostasiens zu untersuchen". Nach einer geographischen Begriffs- und Grenzbestimmung des zu untersuchenden Erdraums skizziert er die geschichtlichen Tatsachen: „Wenn man nicht dem Begriff der Selbstbestimmung eine wesensfremde Bedeutung unterlegt, so besaßen sie noch um die Mitte des 18. Jahrhunderts alle großen, in dem vorher umschriebenen Erdraum gelegenen, von Staatsvölkern gefügten Lebensformen, mit einziger Ausnahme der Philippinen, deren Charakter als Anomalie wir nachzuweisen haben werden, verloren sie dann vom Jahre 1757 ab durch gewaltsame Eingriffe Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten in einem von Süden nach Norden fortschreitenden Prozeß, Japan nur in ganz beschränktem Umfang, von 1854 bis 95, und gewannen sie zum Teil wieder in einem niemals ganz aussetzenden Ringen, das aber seit 1895 deutlich zusammenhängt mit dem sichtbarsten Aufstieg, dem Japans, in seinen einzelnen ruckweisen Vorgängen." Dann beginnt der Hauptteil der Untersuchung: die Heraushebung aller der geographischen Tatsachen, die den Wiederaufstieg Südostasiens zur vollen politischen Selbständigkeit fördern oder erschweren. Ausgehend von Köppens Klimaeinteilung der Erde betont H. zunächst den alljährlich gleichen Rhythmus des Monsunklimas, der Südostasien das landschaftliche Grundgepräge gibt und in seinen Bewohnern, fast der Hälfte der ganzen Menschheit, das Gefühl der schicksalsverbundenen Zusammengehörigkeit weckt. In meisterhafter Form nuanziert er dann dieses Bild durch Ausmalung der Abtönungen, die das Monsunklima durch die Bodenformen erfährt, und die eine Unsumme von Einzelheiten in der Verteilung der Siedlungsdichte wie der Rassen und Völker (z. B. Verbreitung der Negritos und Drawidas) erklärt, dem einheitlichen Willen zur Wiedererlangung politischer Freiheit aber oft nicht günstig ist (Untergrabung der chinesischen Staatsbahnpläne, eines vielleicht noch rechtzeitigen Versuchs zu straffer Zusammenfassung, durch die Provinz Yünnan). Es folgt eine vergleichende Betrachtung der chinesischen und indischen Stromfragen in ihrer Wirkung auf den Selbstbestimmungsgedanken und eine Darstellung der Bedeutung der leitenden Wirtschaftspflanzen für den Wiederaufstieg. In dieser Hinsicht ist jede Monokultur hinderlich; denn sie erleichtert der herrschenden Fremdmacht den Druck auf die Daseinsbedingungen; insbesondere ist es wehrtechnisch leichter, eine vorwiegend von Reisbau lebende dichte Bevölkerung, z. B. durch Beherrschung der Bewässerungsanlagen, im Zaum zu halten, als eine von Weizen und Hirse lebende, schon, weil deren Baugebiet an sich raumweiter übersichtlicher, weniger angreifbar und weitmaschiger besiedelt ist. Die übersteigerten Volksdichten und übergroßen Siedlungshäufungen Südostasiens erzeugen einen starken, nach außen gerichteten Druck, der den Wunsch nach Wiedererlangung der Selbstbestimmung fördert. Die wichtigsten anthropogeographischen Kennzeichen für die Reife eines Erdraums, wieder zur Selbstbestimmung aufzusteigen, erkennt H. in seiner Fähigkeit zur Rassenneubildung und in der Kraft, mit der er der Erdoberfläche den Stempel seiner Eigenart aufdrückt, vor allem durch eine eigene Baukultur, durch die Fähigkeit, seine Grenzen mit einem nur ihm eigenen Leben zu erfüllen, seine peripherischen Organe zu erhalten und vorzutreiben. In diesen Hauptrichtungen entwickelt Südostasien ein Eigenleben von einer für seine politische Zukunft höchst verheißungsvollen Stärke. — Haushofer fühlt sich, wie die Vorrede verrät, in dieser Untersuchung als ein Nachfolger Ratzels. Er gleicht jenem in der Fülle der Gedanken und Vergleiche, die allenthalben auf eine allgemeine, über den Einzelfall erhebende Erkenntnis drängen und dadurch die Besprechung des Buches im Rahmen dieses erdumspannenden Literaturberichts recht-

fertigen, übertrifft ihn aber in der im einzelnen zwar durch kleine Abwege mitunter gebrochenen, dem Zurückschauenden aber immer klaren und klug gegliederten, großlinigen Führung der Gedanken.

Die größere Hälfte des Buches nimmt die Abhandlung von Haushofers Schüler, März, ein, die von vornherein eine systematische und planetarische Einstellung besitzt. M. würdigt hier mit umfassender Literaturkenntnis und mit mustergültiger Sorgfalt ein wichtiges Element der politischen Geographie und Geopolitik, das bisher von der Theorie abseits liegengelassen war, die überseeischen Wachstumsspitzen, d. h. die in einen fremden Lebensraum hinein vorgetriebenen Stützpunkte von Kolonialmächten. Zunächst werden in zwei, Statik und Dynamik genannten Abschnitten Lagen- und Wachstumserscheinungen der Stützpunkte in systematischer Form, etwa nach Art von Ratzels Politischer Geographie, behandelt, und darauf die Grundlinien der geschichtlichen Entwicklung der Stützpunktpolitik vom Altertum bis zur Gegenwart dargestellt. Den breitesten Raum nimmt das Kapitel ein, in dem die räumliche Verteilung der Wachstumsspitzen geschildert und die raumgebundenen Züge von ihrem historischen Werdegang im einzelnen gewürdigt werden. Dieser Bericht kann sich deswegen kurz fassen, weil Herr Dr. März in einem der nächsten Hefte dieser Zeitschrift zum gleichen Thema erneut das Wort ergreifen wird.

M. Langhans, Rechtliche und tatsächliche Machtbereiche der Großmächte nach dem Weltkrieg. Petermanns Geogr. Mitteilungen. 1924. S. 1—7. Mit einer Kartentafel. Ratzel sowohl wie Haushofer forderten die kartographische Fixierung der Hauptgrade der Selbstbestimmung, und Haushofer gab in dem vorbesprochenen Buch sogar eine genaue Anleitung für eine solche. Nach Vogel (Das neue Europa, s. Besprechung in Heft 5 dieser Zeitschr.) macht nunmehr auch Langhans einen solchen kartographischen Versuch, allerdings ohne auf Haushofers Vorschläge einzugehen. Trotzdem kann dieser als gut gelungen gelten. In je einer, leider sehr kleinmaßstabigen (1 : 100 Mill.) Karte gibt er eine Übersicht über die rechtlichen und die tatsächlichen Machtbereiche der Großmächte nach dem Weltkriege. Er stellt also den Grad der Herrschaft der herrschenden Mächte dar, während Haushofer den Grad der Freiheit der unterdrückten politischen Lebensformen hervorgehoben zu sehen wünschte. Auf der Karte der De jure-Machtbereiche unterscheidet L. Stammland, Bundesstaaten (Dominien), Außenbesitzungen und Mandate, auf der der De facto-Machtbereiche Stammland, Außenbesitz, Schutzstaaten, Wirtschaftsprovinzen und Interessenbereiche, jedesmal für die fünf Mächte Rußland, Frankreich, Vereinigte Staaten, Großbritannien und Japan. Auf beiden Karten sind die überseeischen Hauptstützpunkte eingetragen. Der Text erläutert in knappen, klaren Worten die Karten. Die Arbeit zeugt von sehr gediegener Sachkenntnis und verdient die aufmerksame Beachtung jedes geopolitisch Interessierten.

J. Wütschke. Der Kampf um den Erdball. Politisch-geographische Betrachtungen zu den weltpolitischen Machtfragen der Gegenwart und nahen Zukunft. R. Oldenbourg, München und Berlin. 1922. VIII, 188 S. Dieses Buch verfolgt den sehr dankenswerten Zweck, den aufmerksamen Laien in die geographische Betrachtungsweise weltpolitischer Machtfragen einzuführen. Seine Gliederung gleicht der der später erschienenen Märzschen Abhandlung, faßt aber dabei im Gegensatz zu jener das gesamte weltpolitische Geschehen der Gegenwart und Vergangenheit ins Auge. Die ersten drei Teile geben daher einen kurzgefaßten Abriß der Allgemeinen Politischen Geographie, während der bei weitem umfangreichste vierte Teil die wichtigsten weltpolitischen Kraftfelder (insbes. Mitteleuropa, Mittelmeergebiet, Indiameerreich, Indopazifik, Atlantisches Amerika) darstellt. W. ist einer der ersten, der von den Begriffen Kraftfeld, Kraftlinie in geopolitischem Sinne Gebrauch macht. Ich habe mich in dem in Heft 1 dieser Zeitschrift veröffentlichten Aufsatz „Die Mittelmeere als geopolitische Kraftfelder“ diesem Sprachgebrauch angeschlossen, der jedoch daraufhin beanstandet worden ist. Diese der Physik entlehnten Ausdrücke, die m. E. eine große Anschaulichkeit haben, sollen an sich selbstverständlich keine neu entdeckte Erkenntnis vermitteln, sondern sind reine Sachbezeichnungen ohne genetischen Inhalt. Als solche können sie kaum Schaden stiften.

A. Dix. Politische Geographie. Weltpolitisches Handbuch. R. Oldenbourg, München und Berlin. 1923². VIII, 615 S. Geb. GM 12,—. Auch Dix stellt einen Abriß der Allgemeinen Politischen Geographie voran und schließt einen speziellen Teil an. Es ist ein gewaltiger Stoff, der in dem Buch enthalten ist. Leider hat Verfasser sich aber von ihm erdrücken lassen. Durchgehende Linien, die dem Leser die Lektüre leicht und fesselnd machen würden, und die das Inhaltsverzeichnis verheißt, sind oft zu vermissen. Im Kapitel über „Kulturgeographische Richtlinien der Völkerbewegung" vermutet man kaum die geographische Grenzlehre, die fast die Hälfte dieses Kapitels einnimmt und nur mit Hilfe des Begriffs der Machtsicherung lose an die anderen Abschnitte angekittet ist. Ebenso ist es mit dem Abschnitt über den derzeitigen Haushalt der einzelnen Staaten mit ihren Energiequellen, der sich im Kapitel „Politisch-geographische Richtlinien heutiger Völkerbewegung" findet. Wirtschafts- und Verkehrsgeographie als solche hätten entfallen sollen. Wer erwartet Sätze wie: „Titan, welches lange Zeit als ein seltenes und unnützes Mineral betrachtet wurde, findet jetzt Anwendung bei der Farbenproduktion, wo es als hervorragender Ersatz für Blei und Zink dient" in einer Politischen Geographie, ganz abgesehen von der mineralogischen Anfechtbarkeit des Inhalts! Die häufigen Zitate aus Ratzel, die bis zu 9 Seiten Länge einnehmen, unterscheiden sich im Stil und der Gedankenführung so scharf von den Darlegungen des Verfassers, daß sie als Fremdkörper wirken müssen. Sehr bedenklich erscheint es mir auch, daß D. die Bezeichnungen der Teilwissenschaften: Mineralogie, Meteorologie, Landeskunde, Länderkunde, Völkerkunde, Kulturgeographie in einem vom üblichen gänzlich abweichenden Sinne gebraucht, ohne selbst strenge Definitionen zu geben oder seine Abweichung zu begründen.

H. Schnee. Weltpolitik. Quelle u. Meyer. Leipzig. 1923. XVI, 465 S. Unter den nur allzu zahlreichen Büchern, die sich die Aufgabe stellen, das deutsche Volk aus der Enge seines politischen Gesichtskreises zum Verständnis der nationalen Notwendigkeiten und zu weltpolitischem Denken zu führen, es anzuleiten, aus den Fehlern der Vergangenheit für die Zukunft zu lernen, verdient das unseres ehemaligen Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika einen hervorragenden Platz. Es behandelt die weltpolitischen Probleme, aus denen der Weltkrieg erwuchs und die sich aus seinem Ausgang ergeben. Verfasser beherrscht den gewaltigen Stoff sicher und versteht es, ihm eine klare und verständliche Form zu geben. Die weltgeschichtlichen Zusammenhänge und Gegensätze erfahren eine oft überraschend treffende Formulierung und Begründung. Dazu gesellt sich der Vorzug eines durchaus sachlichen, besonnenen, ruhig abwägenden Urteils, das sich von jeder Einseitigkeit, auch parteipolitischer Art, freihält. Der erste Hauptteil behandelt die weltpolitische Entwicklung von Bismarcks Entlassung bis zum Weltkrieg, der zweite ist der Vorbereitung des Krieges, dem Kriegsausbruch, der Politik der beteiligten Mächte im Kriege gewidmet. Besonders eindrucksvoll, ja erschütternd gestaltet sich das Bild, das Schnee hier von den Friedensverhandlungen und der Ausführung der Versailler Friedensbestimmungen entwirft. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages und die Anerkennung der Schuldlüge bezeichnet er als „einen äußersten Tiefstand der deutschen Geschichte". Dem Urteil des Verfassers wird man im allgemeinen zustimmen müssen, nur die Beurteilung der politischen Entwicklung Deutschlands in der Nachkriegszeit entbehrt klarer Einstellung und überzeugender Kraft. Die Schlußkapitel behandeln vortrefflich und anregend die sehr bedeutsamen Wirkungen des Krieges auf die Gestaltung der weltpolitischen Verhältnisse zwischen den Nationen und Gruppen, die Strömungen des Nationalismus und Internationalismus, die unter dem Einfluß des Krieges beginnende Emanzipation der farbigen Rassen und endlich die Stellung und Aussichten des geknechteten, entwaffneten Deutschland in dieser imperialistischen, waffenstarrenden Welt. Hier tritt Verf. nachdrücklich für eine aktive deutsche Politik ein, die auf die Ausnutzung der jeweiligen Weltlage gerichtet ist. — Das Buch ist in seinen Grundgedanken politisch-historisch, nicht politisch-geographisch, wenn auch geopolitische Gedankengänge dem Verfasser nicht fremd sind und besonders bei der Darstellung der (Vorkriegspolitik) politischen

Bestrebungen Englands und Rußlands in Erscheinung treten. Dr. G. Eiten.

H. Key. Der Bankrott der Rekonstruktionspolitik und die Kolonialpolitik. Autorisierte Übersetzung aus dem Schwedischen. W. de Gruyter u. Co, Berlin und Leipzig. 1924. 94 S. Eine tagespolitische Studie aus dem Lande Kjelléns und Cassels aus der Feder des Chefredakteurs des Stockholmer Dagbladet von einer für uns Deutsche wohltuenden Unbefangenheit des Urteils, die die uns geläufige These vertritt, „daß eine Rekonstruktion von Europa durch sich selbst und innerhalb seiner eigenen Grenzen nicht möglich ist", und daher die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Zusammenarbeitens zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten unterstreicht.

R. Sieger. Aus der Kriegszeit für Friedenstage. Leuschner u. Lubenskys Universitäts-Buchhandlung, Graz und Leipzig. 1916, 130 S. Eine Sammlung zwanglos aneinandergereihter politischer und politisch-geographischer Aufsätze, die größtenteils zuvor in Zeitungen und Zeitschriften erschienen waren, und von denen viele bleibenden wissenschaftlichen Wert beanspruchen können, so daß diese handliche Zusammenstellung Anerkennung verdient.

N. Krebs. Die Verbreitung des Menschen auf der Erdoberfläche (Anthropogeographie). Aus Natur und Geisteswelt. 632 S. B. G. Teubner, Leipzig u. Berlin. 1921. Das Büchlein gehört der Folge „Allgemeine Geographie" in der bekannten Sammlung an, in der die Politische Geographie gesondert von Vogel behandelt worden ist (s. Literaturbericht in Heft 4). Politisch-geographische Ausführungen treten daher, von dem Abschnitt „Anthropogeographische Einheiten und ihre Grenzen" abgesehen, hier verständlicherweise zurück. Krebs' Darstellung ist in bemerkenswerter Weise frei von Anlehnung an die einzige Anthropogeographie in deutscher Sprache, die sonst existiert, von dem großen Werk Ratzels.

W. E. Boerman. Grenzen. Rede uitgesproken bij de Aanvaarding van het Ambt van gewoon Hoogleeraar an de Nederlandsche Handels-Hoogeschol te Rotterdam op den 25en September 1923. Noordhoff, Groningen. 1923. 27 S. Eine allgemeine Studie über Naturgrenzen mit reicher Heranziehung der deutschen, englischen und französischen Literatur.

LITERATURNEUIGKEITEN

FRANKREICH: JULI/1924

1. ALTE WELT:

Académie des sciences coloniales, Comptes rendus des séances, communications T. 1. 1922—23, Soc. d'édit. géographiques. maritimes et coloniales. 10 fr.

Allot, Alexandre, Le bassin de la Sarre, Berger-Levrault. 15 fr.

Alsace et Lorraine, Conseil consultativ d', Session de juillet 1923. Procès-verbaux. — Straßbourg, Imprimerie Alsacienne.

Armel d'Etel, Frère, Les Capucins d'Alsace pendant la Révolution Straßbourg-Koenigshofen,Alsace,Impr. des Frères mineurs capucins.

Bertrand, L'Ouvrier belge depuis un siècle, L'Eglantine. 7.50 fr.

Bibliographie de la littérature française relative au Danemark, par F. de Jessen, De la Meynal. 30 fr.

Blanchard, Raoul, et Faucher, D., La France et ses colonies, Gédalge. 4.50 fr.

Bokanowski, Maurice, La bataille du franc, Impr. centrale de la bourse. —

Bordeaux, Paule Henri, LadyStanhope en Orient, La Circé du désert, Plon. 7.50 fr.

Bourgin, Hubert, Mémoire pour servir à l'histoire d'une sécession politique (1915—16), le Parti contre la Patrie, Plon. 8 fr.

Bremond, Général, L'Islam et les Questions Musulmanes au point de vue français, Charles-Lavauzelle. 5 fr.

Briey, Martin de, Les Vosges, Choses et Gens de chez nous, Paris ouvrage édité par l'Association vosgienne. —

Buat, Général, Hindenburg et Ludendorff, stratèges, Berger-Levrault. —

Canivet, R. G., et Fort, Marcel, L'Egypte, Rieder et Cie. 7 fr.

Cochin, Denys, 1914—18, Entre Alliés, Plon. 7.50 fr.

Colin, Louis, Notre-Dame de Pontmain et l'Alsace-Lorraine en 1873, Goupil. —

Ditte, Général, Calais 1914—18, Fournier. 12 fr.

Dupuis, Charles, Comment sauvegarder l'avenir du franc, Plon. 5 fr.

L'Evolution de la France républicaine (1870—1914), Henri Didier.

Fabre-Luce, A., La Victoire, Nouvelle Revue Française. 12 fr.

Frichet, Henry, La Bretagne, France Edition.

Goyau, Georges. Autour du catholicisme social, Perrin & Cie. 2 fr.

Girault, Arthur, Manuel de législation, Financière, 1e Partie, Les Budgets et le Trésor, Société du recueil Sirey. 10 fr.

Gorgolini, Pietro, La Révolution fasciste, Nouvelle Libr. Nationale. 7 fr.

Henderson, W., L'exportation des capitaux anglais avant et après la guerre, Vie Universitaire. 15 fr.

Institut de France, Annuaire pour 1924, Impr. Nationale. —

Jung, Eugène, La Révolte Arabe, 12 vol., de 1906 à la révolte de juin 1916, Bohrer. 7 fr.

Jung, Eugène, Elsa, Lina, Marie & Cie, Etude de Moeurs (Quatre années en rhénane), Bohrer. 7 fr.

Lallemand, Charles, La crise monétaire et son remède, Gauthier-Villars.

Lignières-en-Berry, 1914—18, La Guerre, Quelques notes d'histoire locale, Impr. Bussière.

Lozovski, A., Les Syndicats et la Révolution, Edit. de la Libr. du Travail. 50 c.

Lozovski, A., Les Syndicats russes et la Nouvelle politique, Edit. de la Libr. du Travail. 50 c.

Lunel, Tranchant de, Au pays du paradoxe, Maroc, Fasquelle. 7.50 fr.

Marty, André, Dans les prisons de la république, L'Humanité. 1.50 fr.

Marie-Cardine, Robert, L'Application de la loi de huit heures en France et les derniers decrets sur la matière, Faculté de droit de l'Universitée de Paris. —

Maurras, Charles, L'Enquête sur la Monarchie, suivie de: Une campagne royaliste au „Figaro", si le coup de force est possible, Nouv. Libr. Nation. 16.50 fr.

Mesclon, Antoine, Comment j'ai subi 15 ans de bagne, Mesclon. 7.50 fr.

Monzie, A. de, Du Kremlin, au Luxembourg, Delpeuch. 7.50 fr.

Mousset, Albert, L'Espagne dans la politique mondiale, Bosnard. 15 fr.

N ... — La Politique française en 1923, Dunod. 7.50 fr.

Penciolelli, Paul, Le problème économique et L'Aide algérienne, Dunod. 4 fr.

Pinon, René, L'Avenir de l'entente franco-angleise, Plon. 5 fr.

Statistique de l'industrie minérale et des appareils à vapeur en France et en Algérie pour l'année 1921, Impr. Nation. 40 fr.

Statistique de Straßbourg, Météorologie, Superficie, Population, Logements, Finances Edité par le bureau municipal de statistique, Impr. alsacienne.

de Tessan, François, Dans L'Asie qui s'éveille, Renaiss. d. Livre. 10 fr.

Zinoview, Lénine notre maître, L'Humanité. 2 fr.

II. INDO-PAZIFISCHE WELT:

Andard, Louis, En roulotte à travers l'Inde Catholique, Baudinière. 6.50 fr.

Müller, Charles, Cinq mois aux Indes, De Bombay à Colombo, H. Floury. 25 fr.

Nogues, Général, De la Tranchée de Rheims à la Brousse Tonkinoise, L'Action allemande en Indo-Chine, Colonne de Binhi-Lieu (Tonkin), novembre 1918 — à juin 1919, Charles-Lavauzelle. 7.50 fr.

Tsen Tsonming, La Chine pacifique, Leroux. 5 fr.

Wakatsuki, F., Le Pays des cerisiers et de la soie, Desforges. 4 fr.

III. ATLANTISCHE WELT:

Casgrain, abbé, H. R., Montcalm et Lévis, Les Français au Canada, Mame et fils. —

N ... — Congo Belge, Vie Technique et Industrielle. 10 fr.

Wauters, J., Le Congo au Travail, L'Eglantine. 6 fr.

IV. ALLGEMEINES UND SYSTEMATISCHES:

Berth, E., Guerre des Etats ou guerre des classes? M. Rivière. 9 fr.

Canonge, Général, La grande Guerre de 1914—1918, Fournier. 15 fr.

Eaton, Richard, Pionniers ou déments, Plon. 7.50 fr.

Hauser, Ph., Les Grecs et les Semites dans l'histoire de l'humanité, Les Presses Universitaires de France. 25 fr.

Nouvel, Atlas Larousse, Larousse. 85 fr.

Lourbet, Jacques, La Guerre est-elle nécessaire? Lourbet. 4 fr.

Normand, Lt. — Colonel, Franchissement des fleuves en présence de l'ennemie, technique et tactique, Fournier. 20 fr.

Rist, Charles, La Déflation en pratique (Angleterre, Etats-Unis France, Tchéco-Slovaquie), Marcel Giard. 15 fr.

Pittard, Eugène, Les Races et L'Histoire, introduction ethnolologique à l'histoire, Renaiss. du Livre. 20 fr.

Politis, N., La justice internationale, Hachette. 12 fr.

Z..., Vicomte de, Du Gorille à l'homme d'état, étude sur le pauperisme intellectuel, E. Longuet. 7 fr.

Verantwortlich sind: Dr. F. Hesse, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Prof. Dr. K. Haushofer, München, Arcisstraße 30 / Prof. Dr. E. Obst, Hannover, Geibelstraße 24 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Dr. Selle & Co. A.-G., Berlin SW 29, Zossener Straße 55

HERMANN LEVY:

DIE ALLBRITISCHE SELBSTVERSORGUNG, IHRE AUSDEHNUNGSMÖGLICHKEIT UND BEGRENZUNG

I.

Es hat sich in den letzten Jahrzehnten immer deutlicher gezeigt, daß der britische Wirtschaftsimperialismus zwei voneinander zu trennende Probleme aufweist. Das eine ist der Wunsch, Mutterland und Kolonien auf dem wirtschaftspolitischen Wege näher aneinander zu bringen. Mittel hierzu ist in erster Linie die Handelspolitik, wobei wiederum an verschiedene Pläne und Absichten zu erinnern ist, wie etwa die Schaffung eines britischen Zollvereins, Freihandel innerhalb des Imperiums und Zölle nach außen, oder lediglich eine Vorzugszoll-Behandlung, eine Präferentialpolitik, bestehend in der Beseitigung des englischen Freihandels durch einen Zolltarif, der den Kolonien Vorzugssätze gewährt, und weiteren Ausbau der bereits bestehenden "preferential tariffs" in den Kolonien. Dazu kommen noch andre Mittel wirtschaftspolitischer Art, die den Handel zwischen Mutterland und Kolonien bewußt gegenüber dem nichtbritischen Handel beeinflussen können, wie die Schiffahrtspolitik und die Behandlung der Submissionen, bei welchen natürlich eine weitgehende Begünstigung britischer Offerten vor den ausländischen möglich ist. Dieser ganze Komplex von Fragen hat in den letzten Jahren und auch unter dem Einfluß der Kriegsereignisse keine grundlegende Änderung erfahren. Die von G. von Schulze-Gaevernitz zum ersten Male meisterhaft aufgedeckten Gegensätzlichkeiten in diesem Problem — vgl. die zweite Auflage seines Werkes „Englischer Freihandel und britischer Imperialismus" — gelten noch heute, ja, sie gelten verstärkter. Dieser Gegensatz besteht darin, daß die Kolonien Englands wohl ein Interesse daran haben, ihre Nahrungsmittel und Rohstoffe im Mutterlande handelspolitisch bevorzugt zu sehen, daß sie aber einer entsprechenden, reziproken Begünstigung englischer Fabrikate durchaus nicht sympathisch gegenüberstehen. Denn England ist noch immer der größte Industriekonkurrent auf den kolonialen Märkten und seine Schornsteine sind die Bedrohung jeder der neuen Industrien, die man den Ehrgeiz hat, in den Kolonien zu entwickeln. Freihandel gegenüber England oder auch nur ein Abbau der jetzigen kolonialen Hochschutzzollpolitik durch wirklich den Fabrikanten Englands nützliche, sehr niedrige Vorzugszölle würde den jungen Bestand kolonialer Fertigerzeugung schwerer gefährden als irgend eine andre wirtschaftspolitische Maßnahme. Umgekehrt hat das Mutterland gewiß ein Interesse daran, auf den kolonialen Märkten Vorzugszölle zu genießen, besonders wenn diese nicht die absolute Höhe aufweisen, die jetzt überall vorhanden ist.

Aber man hat es bisher in England zurückweisen müssen — und die jetzige Regierung dankt dieser Auffassung ihre Wahl – für dieses Zugeständnis die Einfuhr von Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Halbfabrikaten mit Zöllen zu belasten oder aber sich durch Zölle gegenüber dem Auslande den Kolonien gegenüber so weitgehend zu verpflichten, daß man deren Erzeugnisse, selbst wenn sie teurer sind als die fremdländischen, beziehen müßte. Eine solche Belastung würde den Wettbewerb der englischen Weiterverarbeitung auf den Märkten der Welt in stärkster Weise beschweren, alle kolonial-vaterländischen Vorteile für das Mutterland zu nichte machen und letzten Endes auch wiederum die Kaufkraft des Mutterlandes für koloniale Erzeugnisse beeinträchtigen. Denn der Markt, den das kleine Inselreich in so gewaltigem Umfange für Rohstoffe aufweist, beruhte doch eben bisher auf seiner, vielerseits unbestrittenen, Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt.

Die Nachkriegszeit hat nichts zur Behebung dieser Gegensätzlichkeit der wirtschaftlichen Interessen zwischen Mutterland und Kolonien beigetragen. Obschon man sagen kann, daß der für das britische Weltreich so glückliche Ausgang des Krieges sicherlich das imperiale Bewußtsein aller Glieder des britischen Reiches wesentlich gehoben und zweifellos den Wunsch verstärkt hat, diesem Bewußtsein auf wirtschaftlich-kommerziellem Gebiete einen Ausdruck zu geben, haben sich die materiellen Gegensätze, die oben auseinandergesetzt wurden, keineswegs geglättet. Denn jenen ideal-sentimentalen Strömungen standen nach dem Abschluß des Krieges viel zu starke materielle Tendenzen der kolonial-kommerziellen Entwicklung gegenüber, als daß jene sich hätten in den Vordergrund der Entscheidungen drängen können.

Der Krieg hatte mit seinem Frachtraummangel und der damit entstandenen künstlichen Lostrennung weit entfernter überseeischer Gebiete von den Weltmärkten für diese geradezu wie ein Schutzzoll höchster Potenz gewirkt. Nach dem Kriege lag nichts näher, als diese unerwartete Begünstigung auch unter dem Eintritt normaler Verhältnisse der jungen heimischen Industrie nicht wieder zu entziehen, sondern den „Frachtenschutz" durch einen entsprechend erhöhten Zollschutz in Permanenz zu erklären. Wir finden daher auf allen kolonialen Gebieten des britischen Weltreiches eine bisher nicht dagewesene Steigerung der Zollsätze. Indien hat seit 1918 bereits zweimal seine Textilzölle erhöht (zum Schutz der seit dem Krieg rasch entwickelten Spinnereien) und im Mai 1924 die Einführung von Eisen-Zöllen beschlossen. Australien hat seine Zölle nicht nur beträchtlich erhöht, sondern charakteristischerweise eine ganze Reihe von Zöllen dekretiert, die zunächst trotz ihrer gesetzlichen Rechtmäßigkeit immer wieder „verschoben" werden mußten, weil die australischen Fabrikanten für einzelne Erzeugnisse einfach noch nicht in der Lage waren, den Ausfall der Einfuhr zu ersetzen. Eben-

so hat in Südafrika die schutzzöllnerische Bewegung außerordentlich zugenommen vor allem nachdem man hofft, durch allmöglichen Eigenerzeugungen den Ausfall aus den verminderten Erträgnissen des Diamant- und Goldbergbaus wieder wettzumachen. Nur in Canada hat bisher die freihändlerisch-liberale Partei den Hochschutzzollbestrebungen einen gewissen Hemmschuh anzulegen vermocht. Maßgebend für die koloniale Hochschutz- und Erziehungs-Zollpolitik (sie bestehen hier beide nebeneinander) ist natürlich auch die Tatsache gewesen, daß die Desorganisation der Weltwirtschaft nach dem Kriege — vgl. hierfür meine bei Teubner soeben veröffentlichte Arbeit „Grundlagen der Weltwirtschaft" — den kolonialen Gebieten eine sehr wesentliche Beschneidung ihrer Absatzmärkte für Nahrungsmittel und Rohstoffe brachte. Der Valutaverfall in Mitteleuropa, die Konsumerschlaffung des verarmenden Deutschlands, Österreichs und Ungarns, aber auch neuerdings die Einbeziehung Frankreichs, Italiens und Belgiens in diesen leidenden Kreis, die andauernde Wirtschaftskrisis in England, das nicht weniger als 1,2 Millionen seiner Arbeiter unbeschäftigt lassen muß — diese Umstände haben in ihrer zusammengefaßten Wirkung natürlich den Absatzmarkt für kolonial-britische Erzeugnisse nicht unwesentlich beschränkt. Die Folge ist naturgemäß und ganz abgesehen von national-erzieherischen Aspirationen der Wunsch gewesen, eine größere Menge der eigenerzeugten Rohstoffe und Materialien im Lande selbst zu verarbeiten, um auf diese Weise deren Absatzschwäche im Auslande wieder wettzumachen.

Während diese Tendenzen also nach dem Weltkriege zu einer stärkeren Absperrung der kolonialen Wirtschaften vom Weltmarkt geführt haben, hat im Mutterland die Tendenz des Freihandels keine nennenswerte Niederlage erlitten. Im Gegenteil, nach einer vorübergehenden Belebung des Schutzzollgedankens — auf Grund der Befürchtung des Valuta-Dumping und im Anschluß an militärische Momente, die immer wieder in England für die Schutzzölle geltend gemacht werden — hat die Beseitigung der Mac Kenna-Zölle (1924) wieder eine mehr freihändlerische Tendenz herbeigeführt, und die Regierung Macdonald verdankt ohne Zweifel dem Votum der breiten Masse seine Existenz, die sich nachhaltig gegen jede Politik ausgesprochen hat, welche zu einer Verteurung von Nahrungsmitteln oder Rohstoffen der Industrie führen müsse. So ist also zu sagen: auch nach dem Weltkriege und trotz seiner mannigfachen Umwälzungen steht heute die wirtschaftliche Gegensätzlichkeit in den Beziehungen zwischen Mutterland und Kolonien nicht anders wie vor 1914. Im Gegenteil. Man möchte meinen, daß sie sich verschärft hat, daß die Aussichten für eine Verwirklichung des britischen Imperialismus auf wirtschaftspolitischem Wege geringer geworden sind, als sie zuvor waren.

Um so bedeutsamer rückt damit das zweite Problem in den Vordergrund,

das den britischen Wirtschaftsimperialismus ausmacht und belebt. Es besteht in der Frage, wie man die kolonialen Hilfsquellen des britischen Weltreiches stärker als bisher ausdehnen und nutzbar machen kann. Hier handelt es sich also gewissermaßen um das Problem der produktiven Hebung der Kolonialwirtschaften, nicht darum, welche wirtschaftspolitischen Mittel für die engere Verwobenheit des mutterländischen und des kolonialen Handels angewandt werden müssen. Die Steigerung der kolonialen Produktivität aber ist ein Problem, das — zumindest unmittelbar — der politischen Sphäre entrückt ist. Freihändler wie Schutzzöllner, Tory oder Liberaler werden es gutheißen können, wenn alles geschieht, um auf dem Wege der Hebung der Erzeugung, durch verbesserte Forschung, durch intensivere Zivilisation, bessere Methoden der Arbeit, der Verkehrstechnik und der geschäftlichen Absatzorganisation, eine Erhöhung der Leistungen innerhalb des britischen Imperiums stattfinden zu lassen. Es versteht sich von selbst, daß die Ergebnisse solcher Produktivitätssteigerungen immer in erster Linie dem Mutterlande und den Kolonien untereinander zugute kommen werden. Denn gerade die Arbeiten von Schulze-Gaevernitz schon haben zur Genüge gezeigt, wie stark auch ohne „imperial preference" der Handel zwischen Mutterland und Kolonien ist, wie er durch untilgbare Bande nationaler Zusammengehörigkeit immer wieder befestigt wird, so daß hier eine natürliche Interessengemeinschaft, eine traditionelle Absatzgelegenheit gegeben ist, die auch ohne künstliche Mittel eine Bevorzugung der mutterländisch-kolonialen Handelsbeziehungen bedeutet.

So hat denn auch die Arbeit, die seit Jahren für diese Hebung der kolonialen Hilfsquellen geleistet wird, ungleich größere Erfolge erzielt als die Propaganda für den, an den inneren Gegensätzen immer wieder scheiternden Gedanken des britischen Zollvereins. Das ausschlaggebende Werk theoretischer Art über die Ausdehnungsmöglichkeiten der natürlichen Hilfsquellen im britischen Weltreiche — wenigstens soweit die selbständigen „Dominions" in Frage kommen — liefert eine umfassende amtliche Enquete, deren Schlußbericht unter dem Titel „Report of the Dominions Royal Commission" im Jahre 1918 erschienen ist. Hier wird unter Zugrundelegung umfassender statistischer, wirtschaftsgeographischer und geologischer Materialien eine Übersicht über die Aussichten einer größeren landwirtschaftlichen und mineralischen Erzeugung der Kolonialgebiete gegeben, freilich auf Grund von Schätzungen, die zum Teil starke Anforderungen an einen Zukunftsglauben stellen, zum Teil aber freilich auch schon durch die Entwicklung der letzten Jahre eine gewisse Bestätigung gefunden haben. Neben den eigentlichen Grundfragen der Fruchtbarkeit der einzelnen Kolonien für gewisse Agrarerzeugungen und des Vorhandenseins von Schätzen im Erdinnern kommen in diesem überaus wertvollen, gewiß einmal klassisch werdenden Berichte auch die



verschiedensten Fragen zur Geltung, von deren Lösung mittelbar die Erhöhung der kolonialen Produktivität und das Problem der Selbstversorgung innerhalb des britischen Weltreiches abhängen. Dahin gehören u. a.: die Vorschläge zur Verbesserung der wissenschaftlichen Forschungen auf Gebieten, die eine spezifisch kolonial-förderliche Bedeutung haben, ferner die Frage der Auswanderung, ihrer Erleichterung und behördlichen Regelung, die Verbesserung der Verkehrswege und Verkehrsmittel, insbesondere der Häfen, die Erweiterung der telegraphischen Verbindungen, das Studium der englischen Geschäftsmethoden, insbesondere der Organisation des Zwischenhandels, die Ausdehnung des Nachrichtenwesens und der Aufbau und Ausbau des so wichtigen Reichs-Förderungsamtes, des Imperial Development Board, das gewissermaßen den organisatorischen Überbau aller die planmäßige Förderung der Kolonial-Erzeugung betreffenden Unternehmungen bilden soll. Auch die Ausstellung in Wembley, die Empire Exhibition dieses Jahres, steht unter dem Zeichen, die all-britischen Wohlstandsquellen zu demonstrieren. Sie ist als ein neues Mittel der Propaganda zur Vertiefung des kolonial-britischen Gedankens gedacht. Sie soll beweisen, was Englands Kolonien, was das Mutterland selbst zu „leisten" vermögen, ohne daß dieser Tatsache durch eine besondere Wirtschafts-„Politik" Nachdruck gegeben wird. Die Entwicklung der „natürlichen" Hilfsquellen wird dem Problem der handelspolitischen Bevorzugung gegenübergestellt. So ist Wembley unter Umständen mehr als eine Momentaufnahme all-britischen Wohlstandes, vielmehr ein spezifisches Programm, der Ausdruck einer Richtung, der alles willkommen ist, was, ohne Eingreifen in die Strömung des freien Verkehrs, den Versorgungsbeziehungen zwischen England und seinen Kolonien förderlich sein kann.

II.

Wenn nunmehr von den allbritischen Versorgungsmöglichkeiten gesprochen werden soll, so kann die Aufgabe an dieser räumlich begrenzten Stelle nicht darin bestehen, zu erörten, ob und wieweit England oder die Kolonien untereinander in der Lage sind, ihren Bedarf an Gütern selbst zu erzeugen. Eine solche Untersuchung würde — selbst wenn man von ihrem Umfang ganz absieht — eine solche Fülle von theoretischen Vorarbeiten, agrarstatistischen, geologischen und mineralogischen Schätzungen, vor allem aber auch Konsumberechnungen voraussetzen, daß sie von einem Einzelnen vermutlich überhaupt nicht zu leisten wäre. Aber selbst wenn sie geleistet würde, so würde ihr Ergebnis immer noch rein potentieller Natur sein. Wer ein besonderes Interesse für solche Untersuchungen zu haben meint, wende sich an die Lektüre des oben genannten amtlichen englischen Berichtes von 1918, dessen theoretische Darlegungen und Zahlenangaben immer noch von hohem Werte sind und dem Interessierten vor Augen führen

können, welches die Möglichkeiten und Grenzen einzelner Erzeugungen im britischen Weltreich sind. Der Nationalökonom soll sich auf den Boden der erreichten Realien stellen. Er soll sich mit den Tatbeständen befassen und aus ihnen allerbesten Falles Hinweise auf Entwicklungsmöglichkeiten ableiten. Dementsprechend soll hier von einigen zentralen Entwicklungen die Rede sein, die gerade in letzter Zeit dem Gedanken der allbritischen Güterversorgung eine besondere Bedeutung zu geben versprechen.

Wesentlich ist vor allem der Umfang der all-britischen Nahrungsmittelerzeugung und hier wiederum in erster Linie derjenige der Weizenerzeugung. Hier hat neuerdings V. Dore, vom internationalen Landwirtschafts-Institut, einige wertvolle Ziffern gegeben. Darnach betrug die Weizenerzeugung in Millionen Tonnen:

Gebiete	Im Durchschnitt der Jahre 1909—1913	Im Durchschnitt der Jahre 1920—23
Vereinigte Staaten von Amerika	18,5	22,1
Britisches Weltreich	18,7	23,8
Canada	5,3	9,6
Australien	2,4	3,4
Argentinien	3,9	5,4
Indien	9,4	9,1
Europa und verschiedene minder wichtige Gebiete	53,9	40,7

Man erkennt aus diesen Ziffern ohne weiteres erstens die überaus wichtige Stellung der drei großen britischen Weizengebiete, Canada, Indien und Australien (wobei für die Überschußfrage Canada und Australien an erster Stelle figurieren), man erkennt weiter, welchen wichtigen Ausgleich die englisch-überseeische Produktionssteigerung gerade heute angesichts der Abnahme der europäischen Weizenerzeugung bildet, und man kann drittens feststellen, daß die kolonial-britische Erzeugung seit dem Weltkriege rascher angewachsen ist als die nordamerikanische. Da die gesamte Welterzeugung in den genannten Perioden auf 100 Millionen Tonnen (exkl. China) resp. heute auf nur 92 Millionen Tonnen veranschlagt wird, so ergibt sich ohne weiteres, welchen ökonomischen Sicherheitsfaktor die Weizenernten im eigenen Reiche für England bedeuten, zumal da dessen insulare Erzeugung nach wie vor über ca. 1,6 bis 1,7 Millionen Tonnen (bei einem Bedarf von 6—7 Millionen Tonnen) nicht hinausreicht. In der Tat, es ist festgestellt worden, daß heute die allbritische Weizenerzeugung um ca. 2½ Millionen Tonnen den allbritischen Weizenbedarf überragt, während sie früher um etwa eine Million hinter demselben zurückblieb, eine Tatsache, die man gerne als eine Illustration dafür bucht, daß die Fortschritte der Hilfsquellen des britischen Reiches auch der gesamten Weltwirtschaft zugute kommen. Ja, es ist besonders zu konstatieren, daß der kolonial-britische Weizen

heute schon durchaus nicht nur in britische Absatzkanäle fließt, sondern daß sowohl Japan wie China einen Teil ihres Bedarfs an Weizen über Vancouver und Melbourne beziehen, während umgekehrt Südafrika Weizen aus Argentinien einführt.

Die hauptsächlichsten Fortschritte sowohl wie Zukunftsaussichten der allbritischen Weizenerzeugung scheinen in Canada zu liegen. Erst vor einiger Zeit hat ein amtlicher Bericht, den das Landwirtschaftsministerium in Washington an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gerichtet hat, auf die unzweifelhaft sehr überlegnen Qualitäten des canadischen Weizens verwiesen (man rechnet übrigens gegenüber russischem Weizen mit einem um 3% verbesserten Substanzgehalt), was zwar etwas von dem Bestreben beeinflußt gewesen sein mag, die „Schutz"-Zölle für den amerikanischen Weizenbauer — besonders wegen der Grenzgebiete — durchzudrücken, aber doch im großen Ganzen seine Richtigkeit hat. Ferner ist zu bemerken, daß die Verbesserung und Ausgestaltung der Hudson Bay Route ebenfalls die Konkurrenzfähigkeit des canadischen Weizens auf dem Weltmarkte steigern dürfte.

Wie außerordentlich rasch die Zerealien-Erzeugung Kanadas gerade in letzter Zeit vorgeschritten ist, zeigen folgende Ziffern; es betrug in Millionen Bushels die Erzeugung:

im Jahre	Weizen	Hafer	Gerste
1900	17,0	13,0	3,3
1910	120,4	118,1	20,7
1920	234,2	314,2	40,7
1923	450,1	345,7	62,5

Während heute die Provinz Sascatchewan mit allein 252 Millionen Bushels Weizen an der Spitze der canadischen Produktion marschiert und diejenige von Manitoba weit hinter sich gelassen hat, hat gerade in den letzten drei Jahren die Erzeugung des Staates Alberta — des dritten der drei großen Getreide-Provinzen — ganz überraschende Fortschritte aufzuweisen. Seine Weizenerzeugung ist von 83,5 Millionen Bushel im Jahre 1920 auf nicht weniger als 170 Millionen Bushel im Jahre 1923 gestiegen. In der Tat eine Rekordleistung! Die potentiellen Fähigkeiten der canadischen Weizenproduktion werden damit als keineswegs auch nur annähernd erschöpft bezeichnet. Im Gegenteil, man verweist darauf, daß von den 60000000 acres (ein acre = 0,45 ha) der Prairie-Provinzen, die für den Weizenbau in Frage kommen, erst ein Drittel angebaut ist, und daß es allein eine Frage der Arbeiterbeschaffung sei, noch weit glänzendere Fortschritte als die der letzten Jahre zu erzielen.

Was die allbritische Fleischversorgung angeht — wobei natürlich an die Versorgung mit gefrornem Fleisch zu denken ist — so sind die Fortschritte nicht

so hervorragend wie in der Weizenproduktion. Nach den Schätzungen derselben Quelle betrug die Erzeugung von gefrornem und von Kühlfleisch in 1000 Tonnen:

Gattung:	im Britischen Reich	in anderen Ländern
Rind und Kalb 1913	103	396
Durchschnitt 1920—23	105	618
Hammel und Lamm 1913	200	68
Durchschnitt 1920—23	206	105

Immerhin ergibt sich auch hier keine Rückschrittlichkeit, während der größere Fortschritt der Erzeugung in andern Ländern darauf zurückzuführen sein mag, daß der Weltkrieg den Erzeugungstätten Nord- und Südamerikas, die frachtgünstiger liegen als Australien und Neuseeland, die britischen Hauptversorger, einen Stimulus verschafft hat, freilich ohne daß durch diesen die britisch-koloniale Erzeugung zurückgeworfen wurde. Stark abhängig von nicht-britischen Versorgungsstätten ist freilich das Mutterland in Gefrier-Erzeugnissen aus Schweinefleisch. Man schätzt diese Abhängigkeit heute sogar auf 49 %. Immerhin ist auch hier die Ausfuhr canadischen Fleisches und Specks seit dem Weltkrieg erheblich gewachsen, nämlich von 20000 Tons auf 50000 Tons im Durchschnitt der Jahre 1920—23. Ein nicht zu unterschätzendes Gebiet für die Viehzucht ist Süd-Afrika. Die Viehzucht — inklusive Molkereiwesen — ist der Hauptpfeiler der Landwirtschaft der südafrikanischen Union. Man zählt die stattliche Zahl von 8 Millionen Stück Rindvieh, um dessen qualitative Verbesserung in den letzten Jahren mancherlei geschehen sein soll.

Ein gewisses Sorgenkind der allbritischen Nahrungsmittelerzeugung ist der Zucker. Schon die Debatten über den Beitritt Englands zur einstigen Brüsseler Konvention haben einen kolonialpolitischen Anstrich gehabt, indem ja die Inhibierung der damaligen europäischen Schleuder- und Prämien-Politik als eine Schutzmaßnahme zugunsten britischer Rohrzuckererzeuger aufgefaßt wurde und schließlich als eine protektionistische Verteuerung dieses für die englische Marmeladen-, Jam- und Schokoladen-Industrie primären Rohstoffes. Heute, wo die große russische Einfuhr ausfällt, und die deutsche Zuckerproduktion hinter der des Friedens zurückbleibt, würde eine Ausdehnung britischer Rohrzucker-Plantagen besonders willkommen sein. Aber wie auch in letzter Zeit die britische Plantagenerzeugung zugenommen haben mag, die Zunahme steht noch in keinem „befriedigenden“ Verhältnis zu dem gewaltigen Bedarf. Großbritannien und Irland verbrauchen im Jahre die gewaltige Ziffer von 1,5 Millionen Tonnen Zucker. Nach den neuesten Berechnungen müssen sie hiervon 75 % aus fremdländischen Gebieten beschaffen. Rechnet man noch den Zuckerbedarf nicht mutterländischer britischer Gebiete hinzu, so dürfte die Erzeugung des Reiches ein wenig mehr als 50 % des allbritischen Bedarfes decken. Es wird sich zeigen,

ob die jetzige, nicht ungünstige weltwirtschaftliche Konjunktur für Zucker den Rohrzuckererzeugungen in British Malaya, in Ceylon, Mauritius und zum Teil auch wiederum in Süd-Afrika größere Impulse zu geben vermag.

III.

Die allbritische Rohstoff-Frage umfaßt eine solche Fülle einzelner Erzeugungen, daß diese im einzelnen hier nicht behandelt werden können. Es ist auch sofort zu konstatieren, daß sich um einzelne Gruppen dieser Rohstoffe mehr oder weniger brennende Probleme gliedern, während andere einen mehr oder minder gemächlichen Gang langsamen Fortschrittes gehen.

Wolle, Baumwolle, Petroleum, Kautschuk, das sind diejenigen Rohstoffe des industriellen Bedarfs, die im Augenblick im Mittelpunkt des allbritischen Interesses stehen, während zum Beispiel die Metall-Versorgung aus kolonialen Gebieten relativ in den Hintergrund tritt.

Die Wolle bildet ein erfreuliches Kapitel der britisch-kolonialen Wirtschaftsgeschichte. Und erfreuliche Kapitel der Wirtschaft pflegt man im allgemeinen rascher abhandeln zu können als solche, welche Schwierigkeiten und Konflikte zeigen. Darum sei hier über britische Wolle nur das Folgende verzeichnet: die Welt ist im allgemeinen, soweit sie Wolle-Importeur ist, auf zwei Gebiete angewiesen, auf das britische Weltreich, und zwar vor allem Australien und auf Süd-Amerika. Nach Berechnungen aus dem Jahre 1916/17 erzeugte das britische Weltreich 820 Mill. Pfund Wolle, Süd-Amerika 400 Mill. Pfund. Mit 68% wurde damals der Anteil des britischen Reiches an der Ausfuhr von Wolle für den Weltbedarf geschätzt und zwar waren an dieser Ziffer wiederum Australien mit 38%, Neuseeland mit 16% und Südafrika mit 14% beteiligt. Die Wollgewinnung Australiens ist eine Glanzleistung kolonialer Produktion. Die Zahl der Schafe beziffert sich auf 77 Millionen, — die größte Ziffer irgend eines Landes der Welt — die Qualität der Tiere ist erstklassig, und zwar sind 71% der Schafe Merino-Schafe. Man hat Rekorderzeugungen bis zu 40 engl. Pfund Wolle pro Tier innerhalb eines Jahres erzielt. Und trotz mannigfacher Krisen sind in den letzten Jahren die finanziellen Ergebnisse dieses für Australien wichtigen Erwerbszweiges nicht ungünstig gewesen. Über 95% der Woll-Erzeugung werden ausgeführt. Deren Wert bezifferte sich im Jahre 1922/23 auf rund 55 Millionen £, wovon England allein für 26 Millionen £ kaufte. Hier ist also eine allbritische Besorgtheit nicht angebracht und auch nicht vorhanden.

Anders steht es mit dem für die heutige Struktur der internationalen Textilindustrie weit wichtigeren Versorgung mit Baumwolle. Hier ist die erweiterte Selbstversorgung Englands — des größten Einzel-Baumwollkonsumenten der alten

Welt — geradezu ein Gebot geworden. Denn mehr als je ist heute die internationale Baumwollversorgung von dem Ernteausfall in den Vereinigten Staaten von Amerika abhängig und damit von einem monopolistischen Preisfaktor, der große Gefahren für die weiterverarbeitende Industrie in sich bergen kann (man denke an den berüchtigten Sully-Corner zu Anfang des Jahrhunderts). Legt man die Ziffern von 1920/21 dem Vergleiche der internationalen Baumwollerzeugung zugrunde — als einem Jahre einer normalen amerikanischen Ernte —, so ergibt sich für die Vereinigten Staaten eine Produktion von 13 300 000 Ballen Baumwolle, während die Gesamterzeugung der Welt auf 19 500 000 Ballen beziffert wurde. Als größere Outsiders gegenüer Amerika kommen nur drei Staaten in Betracht, die mehr als eine Million Ballen im Jahre ernteten. Indien mit fast 3 Millionen Ballen, Ägypten mit 1,25 Millionen und China mit 1 Million. Es ist aber sofort daran zu erinnern, daß die Baumwolle dieser Gegenden zu einem großen Teil an Qualität nicht dem Sea-Island Cotton gleichkommt, zum Teil für bestimmte feine Gespinste überhaupt nicht verwertbar ist.

Gerade die letzten Baumwollerntejahre in Amerika (1923 und die diesjährige Erntezeit) haben wiederum gezeigt, mit welcher Bangigkeit die Welt den Schätzungen der Baumwollernte der Union entgegensieht, wenn die störenden Elemente — besonders der Schmarotzer "the boll weevil" und eine zu kühle Witterung im Frühsommer — sich geltend machen. Man weiß, was eine Minderung der amerikanischen Ernte um 1 oder 2 Millionen Ballen für die ganze Welt, besonders aber für Lancashire zu bedeuten hat. Die Bestrebungen, im eigenen Reich mehr Baumwolle zu erzeugen, sind also hier ganz besonders ververständlich. Zwei große Organisationen sind nach dieser Richtung hin bemüht: die British Cotton Growing Association und die Empire Cotton Growing Corporation. Der Tätigkeit dieser beiden Verbände verdankt das britische Weltreich mehr oder weniger alle bisher sichtbaren Erfolge auf dem Gebiete der Erweiterung der Baumwollkultur, ganz besonders in den unzivilisierten tropischen Gebieten. Auch auf der Ausstellung in Wembley hat Mitte Juni ein besonderer Kongreß über das Thema der britischen Baumwollerzeugung stattgefunden (Textile Conference).

Beachtenswert erscheint hier, was außerhalb der beiden großen britischen Baumwoll-Zentren — Indien und Ägypten — an Ermunterung der Baumwollkultur geschehen ist und noch geschehen wird. Hier richten sich die Hoffnungen vor allem auf Afrika und zwar um so mehr, als Indien ja infolge seiner während des Krieges rasch an Zahl gesteigerten Spinnereien einen immer wachsenden Teil seiner Baumwollernte selbst verbrauchen wird (Indien hat z. Zt ca. 20 Millionen acres mit Baumwolle bepflanzt, rechnet auf eine Ernte von immerhin jetzt schon 5 Millionen Bales und hat in dieser Saison schon 1 Million Bales nach Europa



versandt). Im Sudan wird ein großes Gebiet südlich von Khartun als vielversprechend für Baumwolle bezeichnet. Das Sudan Plantation Syndicate befaßt sich hier mit der Entwicklung der Baumwollkultur. Man hat auf 20 000 acres ca. 20 000 Bales geerntet, was als günstiger Anfang angesehen wird. In Westafrika hat die oben genannte "Association" ihre Tätigkeit auf Nigeria konzentriert. Man hat neuerdings erklärt, daß „dieses Gebiet in der Lage ist, neben Indien und dem Sudan, eines der wichtigsten Baumwollgebiete des Reiches zu werden." In Uganda schreitet die Baumwollkultur rasch vorwärts. Im Jahre 1904 wurde erst die belanglose Menge von 54 Ballen versandt (anscheinend eine Versuchs-Sendung). Heute sind über 400 000 acres bestellt, und man erwartet immerhin eine Ernte von 100 000 Ballen. In Nyassaland ist zwar die Qualität der Baumwolle gut, aber die Insektenplage besonders verheerend, so daß von deren Bekämpfung erst der Erfolg der dortigen Bestrebungen abhängt. In Tanganyika (dem bisherigen Deutsch-Ostafrika) ist die Ernte noch klein (ca. 10 000 Bales), klimatische und verkehrstechnische Hindernisse sind vorhanden. Auch hier ist die British Cotton Growing Association um Beseitigung der Hindernisse lebhaft bemüht. Sehr schwach liegt noch die Baumwollkultur in der südafrikanischen Union und Rhodesia. Zusammenfassend wird man also sagen müssen, daß die gesamte afrikanische Baumwollfrage noch sehr in den Anfängen steckt. Das Schwergewicht einer Erweiterung des allbritischen Baumwollbaus liegt nach wie vor in Indien und Ägypten. Für die afrikanischen Möglichkeiten wird es sich darum handeln, ob die schwierigen und komplizierten Probleme der Bewässerung, der reichlichen Arbeiterbeschaffung, der überaus primitiven Verkehrsverhältnisse ohne unproportionellen Kostenaufwand gelöst werden können.

Mit der Baumwollfrage hat im Rahmen der allbritischen Versorgung die Petroleumfrage den Punkt gemeinsam, daß es sich in beiden Fällen um eine Abwehr gegenüber amerikanischen Monopolgefahren handelt. Gerade in den letzten Jahren — nämlich seit dem Übergang der englischen Marine zur Ölfeuerung — ist dieses Problem immer dringender geworden, und militärisch-politische Gesichtspunkte haben den ökonomischen Erwägungen noch ein besonderes Schwergewicht gegeben. Die Vereinigten Staaten von Amerika dürften in diesem Jahre — wenn die mexikanische Erzeugung wiederum eine gebietsweise Verminderung zeigt — annähernd 70% der Weltproduktion von Erdöl in ihrem Territorium haben, ganz abgesehen von der Kontrolle des Standard Oil Trusts über nichtamerikanische Petroleuminteressen in der ganzen Welt. Die englische Regierung hat durch Begründung resp. Mitteilhaberschaft an dem rein englischen Unternehmen der Anglo-Persian-Oil-Company den Versuch unternommen, eine aktive britische Erdölpolitik zu betreiben. Freilich lag zunächst der Schwerpunkt des Unternehmens darin, durch Begründung von Petroleumraffinerien in Eng-

land selbst die Kosten des weiterverarbeiteten Rohöls für die englischen Konsumenten zu vermindern. Das Bestreben, sich eine eigene Erdölproduktion zu sichern, ist hierbei keineswegs spezifisch „britisch". Es ist gewissermaßen ein „Zug" der Zeit. Auch in Frankreich finden wir dasselbe brennende Interesse an dieser Frage, wie im Jahre 1923 die diesbezüglichen Vereinbarungen mit Polen und das dauernde Interesse für eine Fühlungnahme mit den rumänischen Erdölunternehmungen bekunden.

Aber die Aussichten der allbritischen Erdölerzeugung stehen vorderhand noch wenig günstig. Es ist ein schmerzliches Gefühl für den Engländer, daß sein Land — nach Amerika der zweitgrößte Petroleumkonsument der Welt — nur 1,5 % der Weltproduktion aufweist. Der „Schwerpunkt" dieser geringen Erzeugung konzentriert sich heute, soweit wohlbemerkt rein-britische Erzeugerstätten in Frage kommen, auf die Sarawak-Oilfields Ltd., eine Tochtergesellschaft der Royal Dutch Shell Group, jenes ebenfalls mit englischem Kapital finanzierten internationalen Petroleum-Unternehmens. Nach den neuesten Ziffern sind hier die Erfolge nicht unbeträchtlich, wenn auch die absolute Menge natürlich noch nicht für den britischen Bedarf ins Gewicht fällt. Man erzielte in dem sogenannten Miri-Distrikt im Jahre 1920: 140000 Tons, im Jahre 1923 bereits das Doppelte. Es ist unzweifelhaft und wiederholt von britischen Geologen festgestellt worden, daß innerhalb des britischen Weltreiches in den verschiedensten Regionen Erdölvorkommen großen Stils vorhanden sind. Aber mit dem „Vorhandensein" ist die kommerziell-ökonomische Ausbeutung derselben keineswegs identisch. Im Gegenteil. Die Schwierigkeiten, in den zu einem großen Teile völlig unzivilisierten Gebieten und verkehrsmäßig von den Haupttransportwegen der Welt abgeschnittenen Lagerstätten, Erdöl auf einer, wie der Engländer sagt, "commercial scale" zu gewinnen, sind enorm. Es ist wiederholt ein großer finanzieller Aufwand „umsonst" vertan worden, wie erst unlängst Lord Bearsted auf einer wissenschaftlichen Diskussion über diese Frage in der Royal Society of Arts hinsichtlich eines Versuches, den die australische Regierung zusammen mit der englischen in Papua unternommen hatte, hervorgehoben hat. Es ist sehr fraglich, ob und wann es möglich sein wird, die immerhin erhofften Erfolge in Südafrika, an der Goldküste, im Somaliland, Neuseeland und Trinidad zu erzielen. In Canada hat man sogar von seiten des Standard Oil Trusts (nämlich dessen Imperial Oil Company) den Versuch gemacht, unter einem Aufwand von 600000 £ Bohrungen im Nordwesten in gefrorner Erde vorzunehmen. Man hat denn auch tatsächlich Erdöl erbohren können, aber über die kommerzielle Bedeutung dieser Funde fehlen noch die Nachrichten. Jedenfalls bleibt dieses Gebiet eines der wichtigsten und interessantesten im Rahmen der allbritischen Selbstversorgungsprobleme.



Ganz im Gegensatz zu der immer noch enttäuschenden Entwicklung all dieser Bestrebungen steht die Stellung, die sich das britische Weltreich in der Erzeugung von Gummi gemacht hat, dessen allgemeine und noch immer unersetzbare Rolle im heutigen Industrie-Organismus hier nicht näher erörtert zu werden braucht. Diese Stellung findet ihren zeitlichen Ausgangspunkt in der Einbürgerung und Übertragung des Gummibaums, Hevea Brasilianis, auf andere als die ursprünglichen natürlichen Wachstumsgebiete, nämlich auf die östlichen Räume Ceylon und die Malayenstaaten, und seine Züchtung in der Plantagenwirtschaft. Vor dieser Entwicklung erzeugte das britische Reich nur kleinere Mengen in den Urwäldern Britisch-West-Afrikas, ca. 50000 Tonnen im Jahre, während heute davon die Rede ist, daß die Möglichkeit besteht, die englische Plantagen-Gummi-Erzeugung auf 450000 Tonnen im Jahre zu bringen, womit das britische Reich ca. 70% der Welterzeugung decken würde. Es ist nun aber beachtenswert, daß auf diesem Gebiete sich Sorgen ganz andrer Art wie etwa bei Baumwolle oder Petroleum geltend machen, nämlich das Moment einer unlukrativen Überproduktion. Die Maßnahmen restriktiver Art, die die Organisation der Plantagenbesitzer, die Rubber Growers Association, zur Behebung einer bedrohlichen Unrentabilität angeregt und durchgeführt hat, und die schließlich auch zu einer Hebung der Weltmarktpreise geführt haben, hat ein nicht unerhebliches internationales Interesse gefunden. Ganz besonders haben die Vereinigten Staaten von Amerika, die ja eigentlich mit den Monopolen in ihrem eignen Hause genug Beschäftigung haben sollten, sich durch die Kontrolle der britischen Gummi-Erzeugung beunruhigen lassen, und die neuerliche Aufhebung eines Gesetzes, das die Vereinigungen im amerikanischen Einfuhr- und Ausfuhrhandel als monopolistisch verbot, ist darauf zurückzuführen, daß man den amerikanischen Importeuren Gelegenheit geben will, durch gemeinsame Einkaufsorganisationen einer monopolistischen Verteuerung durch die britischen Gummi-Interessen entgegenzuwirken.

Es sind hier einige, besonders markante Beispiele für Aussichten, Aktivität und Schwierigkeiten in der Erweiterung des allbritischen Selbstversorgungsradius gegeben worden. Schon bei Betrachtung dieser Beispiele konnten wir andeuten, wie sehr neben der natürlichen Gegebenheit gewisser Hilfsquellen und Schätze das ökonomische Problem einen Ausschlag gibt. So wie es vom rein agrartechnischen Standpunkt jederzeit möglich ist, Sümpfe und Moräste unter enormem und unlukrativem Aufwande in Weizenfelder zu verwandeln (siehe sogar eine so weit zurückliegende Epoche wie die Zeit der Kontinentalsperre in England), so ist natürlich das geologisch feststellbare Vorhandensein von Erzeugungsmöglichkeiten und Erdschätzen zunächst am praktischen Wirtschaftsleben gemessen eine bloße „Theorie". Über die wirtschaftliche Seite der allbritischen Versorgungstendenzen sei daher noch einiges gesagt.

IV.

Es ist unzweifelhaft, daß der Weltkrieg der kolonial-britischen Erzeugung außerordentliche Impulse zu geben vermochte. In einer Zeit, da in der ganzen Welt das Motto Beifall fand: „Der Vorrat ist alles, der Preis nichts", war es nur natürlich, daß jede Möglichkeit der Erweiterung der britischen Rohstoff- und Nahrungsmittelerzeugung mit besonderer Lebhaftigkeit ergriffen wurde. Man dachte auch dabei an die Zukunft, nämlich die Sicherstellung des Reiches im Falle zukünftiger Kriege, an seine „militärische" Selbständigkeit bezüglich kriegswichtiger Güter rohstofflicher Art. Dazu kamen die hohen Weltmarktspreise, die auch die kostspieligsten kolonialen Produktionen rentabel zu gestalten schienen.

Erst die Nachkriegszeit — und zwar wiederum erst die letzten Jahre (1921-24) — hat eine gewisse Ernüchterung in dieser Hinsicht gebracht. Denn es ist ja noch immerhin günstig, daß Kriege kürzer zu sein pflegen als der Zustand des Friedens, und daß daher Unternehmungen, die in erster Linie auf kriegerische Verwicklungen gegründet sind, unter Umständen ein großes Schwergewicht an der natürlichen ökonomischen Entwicklung des Friedenszustandes bilden können. Der friedliche Zustand aber erheischt, daß die koloniale Produktionserweiterung auch mit den permanenten, nicht nur den vorübergehenden, Preis- und Absatzverhältnissen in der Weltwirtschaft in Einklang stehe. Ohne diese Beziehung ist die Aufrechterhaltung selbst technisch unter Umständen vollendeter Erzeugungen entweder gar nicht, oder zumindest nur unter erdrückenden Staatsopfern möglich.

Dieses Problem ist der britisch-kolonialen Entwicklung nach dem Weltkriege nicht erspart geblieben. Die große Mehrzahl der Preise hat sich schon sehr bald nach dem Friedensschluß, und nachdem der erste Ansturm der Welt zur Auffüllung ihrer entleerten Rohstofflager vorüber war, erheblich gesenkt, ja zu einem großen Teile die Friedensbasis erreicht. Andrerseits hat eine allgemeine Erschlaffung der Kaufkraft fast aller Länder stattgefunden, ganz besonders aber des mittel- und osteuropäischen Länderblockes, der ein wichtiger Abnehmer kolonialer Güter war. Die Folge ist, wie schon in Abschnitt I angedeutet wurde, das Bestreben der Kolonien gewesen, größere Mengen ihrer Erzeugnisse rohstofflicher Art vermittelst hoher Schutzzölle auf Einfuhrfabrikate selbst zu verarbeiten. Aber natürlich kann bei der spärlichen Bevölkerungsdichte kolonialer Gebiete und der relativ geringen Kaufkraft der unzivilisierten oder minder zivilisierten Eingebornen in den tropischen Gebieten die heimische Nachfrage in keiner Weise den Auslandsabsatz ersetzen. Der Absatz an die ferneren, ganz besonders die europäischen Länder bleibt das Primäre der kolonialen Erzeugung.

Was die Preisfrage angeht, so ist man sich in kolonial-britischen Kreisen sehr

wohl bewußt, daß viele der seit 1914 geförderten und noch weiterhin geplanten Unternehmungen mit einer starken Rückläufigkeit der Weltmarktpreise ihre Existenzmöglichkeiten verlieren würden. In der Kautschukerzeugung hat die rasche Organisation der Produzenten nach immerhin nicht kurzer Zeit der Depression einen Niedergang der Erzeugung verhindern können. Aber nicht überall sind solche organisatorischen und monopolistischen Auswege gegeben. Am lebhaftesten interessiert schon heute die Entwicklung der Baumwollpreise. Denn das Empire Cotton Growing Movement, das die bedeutendste Rolle in der ganzen allbritischen Versorgungsfrage einnimmt, hängt geradezu in vitaler Weise von der Preisbildung auf dem amerikanischen Baumwollmarkte ab, da die Kosten der kolonialen Baumwollerzeugung aus mannigfachen Gründen erheblich sind. Nun ist daran zu erinnern, welchen enormen Ansporn die Hausse der amerikanischen Baumwollpreise während des Krieges geben mußte. Im Jahre 1905 hat middling-Baumwolle in New York 9,80 cents pro Pfund gekostet, unmittelbar vor dem Krieg ca. 11 cents. Während dann in den ersten Kriegsjahren die Steigerung des Baumwollpreises nicht besonders erheblich war, stieg er im Jahre 1917 (Eintritt Amerikas in den Krieg mit außerordentlich gesteigerten Bedürfnissen gerade für Baumwolle) auf 23,49 cents, im Jahre 1920 aber sogar auf 33,89 cents. Heute herrschen wieder infolge der bisher recht ungünstigen Aussichten für die amerikanische Baumwollsaison 1924 Preise, die sich für den Herbsttermin auf ca. 24 cents belaufen. Es ist also vorderhand wohl kaum an eine Preissenkung zu denken, die die während des Krieges und nachher in den englischen Kolonien unternommenen kostspieligen Anlagen unrentabel machen würde. Dennoch spukt diese Sorge immer wieder in britischen Gemütern. Erst unlängst veröffentlichte das bekannte "International Cotton Bulletin" Darlegungen eines Berichterstatters, der zu der Ansicht gelangt ist, daß selbst bei einem Baumwollpreise von 11—12 d. in Liverpool und Manchester der koloniale Baumwollerzeuger auf seine Kosten kommen würde. Heute bewegen sich dort die Preise zwischen 15 und 16 d. für amerikanische Ware. Dabei wird die Ernte der Vereinigten Staaten von Amerika auf nicht höher als 12,5—13 Millionen Ballen (anstatt bis zu 14 Millionen) geschätzt. Die Aussichten sind also für englische Kolonialgebiete keineswegs ungünstig. Dennoch fragt ein so vorsichtiges Blatt wie der Manchester Guardian unlängst (Nummer vom 26. Juni. Commercial): „Aber was wird eintreten, wenn die amerikanische Baumwollernte während mehrerer Jahre erfolgreich ist, gerade wenn viele der neuen Reichs-Baumwollgebiete im Stadium einer experimentellen Kindheit stehen?"

Auf andern Gebieten ist die Frage einer Unrentabilität im Zusammenhang mit der Nachkriegsentwicklung schon akut geworden. Die Kautschuk-Situation wurde bereits mehrfach gestreift. Auf andern Gebieten macht sich die Wirkung der

europäischen Absatzerschlaffung geltend, die wie alle Unterkonsumtionen auf die Erzeugung drückt und die Wirkung einer „Übererzeugung“ auslöst. Die westafrikanischen Gebiete zum Beispiel befinden sich seit Jahren in einer starken Absatzkrisis, weil das wichtige Stapelerzeugnis, der Kakao, infolge der geschwächten Kaufkraft Mitteleuropas (das Deutsche Reich nahm von einzelnen Gebieten der westafrikanischen Küste allein 25% der Kakaobohnen-Gewinnung vor dem Kriege) nicht in genügenden Mengen abgesetzt werden kann. Dabei wird von dem oben genannten V. Doro mit Nachdruck darauf verwiesen, daß das britische Reich heute die Hälfte der Welt-Kakaokonsumtion beliefert, daß aber trotz einer Verdoppelung des britischen Bedarfes seit dem Kriege die Steigerung der Plantagenerzeugung noch weit größer war, so daß der mögliche Exportüberschuß für nichtbritische Gebiete heute größer ist als früher. Ein anderes Beispiel, das die Wichtigkeit der Absatzfrage illustriert, ist die so emsig geförderte südafrikanische Viehzucht. Man liest hierüber in der „Empire“-Nummer des Manchester Guardian Commercial vom 3. Juli 1924 in einem fachmännischen Bericht: „Leider hat die Viehzucht durch die verringerte Kaufkraft Europas in den letzten Jahren und den darauf zurückzuführenden Preisrückgang auf den Weltmärkten gelitten.“

Das sind einzelne Beispiele für die Abhängigkeit britisch-kolonialer Erzeugungen von der Lage des gesamten — nicht nur des allbritischen — Weltmarktes. Aber noch viel überzeugender für die Abhängigkeit der allbritischen Versorgungsgebiete von der Gesamtheit der internationalen Märkte sind einige Ziffern, die in letzter Zeit veröffentlicht wurden und den Anteil der tropischen Kolonien an der Einfuhr des Mutterlandes einerseits und andrer Länder andrerseits illustrieren. Es handelt sich dabei vornehmlich, d. h. was die ganz großen Warengattungen angeht, um folgende Erzeugnisse der tropischen Gebiete: Baumwolle, Reis, Tee, Zucker, Kautschuk, Jute, Kakao, Erdnüsse, Palmkerne und Palmkernöl, Kopra, Kokosnüsse und Kokosnußöl, Baumwollsamen, Kaffee, Tabak. Von den gesamten tropischen Erzeugnissen des britischen Weltreiches läßt sich bezüglich der Ausfuhr folgendes feststellen:

	1913 Pfund Sterling	1921 Pfund Sterling
Ausfuhrwert aus brit. Territorien	145 000 000	221 000 000
Demgegenüber:		
Einfuhrwert derselben Erzeugnisse im Vereinigten Königreich im Jahre 1921 aus brit. Besitzungen (inkl. Indiens)		71 475 000
Einfuhrwert derselben Erzeugnisse im Vereinigten Königreich im Jahre 1921 aus nicht-britischen Ländern		136 000 000

Diese sehr beachtlichen, von Evans Lewin, vom Royal Colonial Institute, zusammengestellten Zahlen lassen folgenden Kommentar zu: der Wert der tropischen

Ausfuhr hat sich seit 1913 zwar wesentlich erhöht, jedoch ist hierbei den völlig veränderten Preisverhältnissen Rechnung zu tragen, so daß auf eine Steigerung der Mengenausfuhr nicht geschlossen werden darf: hingegen zeigen die Ziffern, daß sowohl für die britischen Kolonien der nicht-englische Absatz ihrer Erzeugnisse von immer noch überragender Bedeutung ist, während umgekehrt für das Mutterland die Einfuhr von tropischen Erzeugnissen aus nicht-kolonialen Gebieten ebenfalls eine überwiegende Bedeutung hat, woran freilich die Einfuhr von amerikanischer Baumwolle mit allein ca. 50 Millionen £ die Hauptbeteiligung hat. Ohne diesen gewaltigen Posten würde sich das Bild wesentlich günstiger für die englisch-koloniale Einfuhr tropischer Erzeugnisse gestalten. Auch eine andre Aufstellung von Ziffern führen zu ähnlichem Resultat. Der Ausfuhrhandel der tropischen Kolonien betrug dem Wert nach im Jahre 1921 im Ganzen, exkl. Indiens und Rhodesiens, 207 Millionen £. Davon betrugen die Ausfuhren nach dem gesamten britischen Reiche 76 Millionen £. Also auch aus diesen Ziffern ergibt sich die außerordentliche Bedeutung, welche der Absatz an nichtbritische Gebiete für die Kolonien der Tropen hat.

Diese Feststellung kann nicht genügend, nicht eindringlich genug unterstrichen werden. Es ist ohne weiteres klar, daß sie das Bild von der ökonomischen Auswertung des britischen Kolonialbesitzes ganz wesentlich verändert, wenn man etwa daran denkt, daß ja auch das Umgekehrte der Fall sein könnte: daß nämlich die Erzeugung der Kolonien fast ausschließlich dem Mutterlande dienen würde. Würde man zu diesen Ziffern die nicht in jene Rubrik gehörende Wolle Australiens mit hineinbeziehen, so würde das Bild noch plastischer werden. Denn die Wolle Australiens und Neuseelands ist ja einer der ganz großen Artikel des gesamten Welthandels.

Die Beziehungen der kolonial-britischen Ausfuhr zu der ganzen internationalen Welt bedingen auch deren Abhängigkeit von der Entwicklung und den Geschehnissen der Weltwirtschaft. Es konnte im Laufe dieser Betrachtung mehrfach darauf hingewiesen werden, daß die britischen Kolonien in den letzten Jahren sehr wesentlich durch die weltwirtschaftliche Krisis, insbesondere das Darniederlingen der europäischen Märkte zu leiden hatten, und daß sich gerade hieraus ihre übertriebene Absperrungspolitik erklärt. Die Wolle Australiens, der Kakao und die Palmkerne Westafrikas, die Viehzucht Südafrikas, die Gefrierfleischversendung Neuseelands, die Kautschukplantagen — des fernen Ostens — warten nur auf eine Wiederbelebung des europäischen Wohlstandes, der ihnen vermehrten Absatz und die Rentabilität ihrer in letzter Zeit gemachten Produktionserweiterungen sichert. Es ist eine eigentümliche Tatsache, daß ein Problem, das, wie das britisch-imperiale, so sehr und so leidenschaftlich als eine „nationale Sache" verfochten wird, ohne die Rücksichtnahme auf die rein weltwirt-

schaftlichen Zusammenhänge gar nicht zu lösen ist. Es ist andererseits ein befriedigendes Ergebnis, daß die britisch-koloniale Entwicklung, wie die oben angeführten Ausfuhrziffern zeigen können, nicht nur und nicht einmal in erster inie dem insularen Mutterlande zugute kommen, sondern daß an ihr die gesamte Weltwirtschaft maßgebend interessiert ist.

Aber auch in mittelbarem Zusammenhange haben die britischen Kolonien gerade im Hinblick auf die rentable Unterbringung ihrer Erzeugungen ein vitales Interesse an der wieder zu erneuernden Kauffähigkeit der ganzen Welt. Selbst unter dem Gesichtspunkt, daß ihre Rohstoffe in erster Linie der Versorgung der mutterländischen Industrie dienen sollen, ist daran zu erinnern, daß gerade deren Wohlstand eben wieder von der Kaufkraft der gewohnten englischen Kunden abhängig ist, zu denen in erster Linie West- und Mitteleuropa und Rußland im Frieden gehört haben. Was nützt den englischen Kolonien jede potentielle Steigerung ihrer Roherzeugungen, wenn in dem Mutterland, das einen gewaltigen Teil derselbe aufnehmen soll, mehr als 1 200 000 Arbeiter ohne Arbeit sind, und die Maßnahmen zur Einlegung von Feierschichten und Produktionsbeschränkungen kein Ende nehmen? Gerade weil ein großer Teil des Absatzes der britisch-kolonialen Erzeugnisse heute noch über die Veredlung im Mutterlande führt, ist alles, was die Absatzfähigkeit der Fertigerzeugnisse dieses Mutterlandes betrifft, auch in den Interessenkreis der Kolonien auf das engste miteingegriffen.

Der koloniale Eifer, der aus den neusten Bestrebungen der englischen Regierung spricht, die wirklich grandiose Inangriffnahme der Ur- und Nutzbarmachung kolonialer Hilfsquellen durch Fortschritte in der Forschung, Verbesserung der Verkehrs- und Nachrichtenwege, des Auswandererwesens, die Inangriffnahme kostspieliger Irrigationen und die Ausgestaltung der überseeischen Organisations- und Kreditwirtschaft können nicht ohne den soliden ökonomischen Unterbau, nicht ohne die Garantie einer privatwirtschaftlichen Rentabilität erfolgreich sein. Diese aber wiederum ist weder ein rein technisches, noch ein rein finanzielles, und keinesfalls ein rein politisches Problem. Sie ist ein Problem der Absatzmöglichkeiten, das heißt der Aufnahmefähigkeit der Märkte und ihrer rentablen Preisbildung. Und in diesem Sinne ist der Weiterbau der britischen Selbstversorgung an die Gesundung der gesamten internationalen Wirtschaftsentwicklung gebunden.

Quellen: Hermann Levy. Grundlagen der Weltwirtschaft. Teubner 1924. — Derselbe: Die englische Wirtschaft. Teubner 1922. — v. Schulze-Gaevernitz. Englischer Freihandel und Britischer Imperialismus. 1916. — The Statesman's Year-Book. London 1924. — Final Report Dominions Royal Commission. 1918. — Empire Number. Manchester Guardian Commercial, Juli 1924. — Sehr beachtenswert: Canada, Natural Resources and Commerce (amtlich). Ottawa. 1923.



RICHARD POHLE:

SIBIRIEN I.

Mit seinen 13351460 qkm hat Sibirien höchst achtunggebietenden Anteil am Flächenraum Rußlands. Um so dürftiger der Eindruck, den die geringe Volkszahl macht. Nach amtlicher Schätzung vom 1. Januar 1911 wohnten in Sibirien 11683780 Menschen, von denen 76% als Russen und 24% als Eingeborene bezeichnet werden. Einöde dünkt uns dieses Land, das jedem Bewohner mehr als einen Quadratkilometer Raum zur Verfügung stellt.

Seit alters spielt Sibirien im Leben und Denken der Russen eine besondere Rolle. Dagegen vermied das amtliche Rußland in letzter zarischer Zeit scheinbar absichtlich das Wort, indem es nur noch ein „asiatisches Rußland" und einzelne Gouvernements nannte; weder politisch noch verwaltungstechnisch existiert bis zum Jahre 1917 der Begriff Sibirien. Um so geheimnisvoller erscheint dieser dem Ausländer, und mit ihm verbinden sich seit langem gewisse Vorstellungen, die tief im Geiste der gesamten Kulturwelt wurzeln.

So alt die Bekanntschaft der Russen mit Sibirien auch sein mag — schon im 12. Jahrhundert ist Jugrien, das Land zu beiden Seiten des nördlichen Ural, dem Staate Nowgorod (Groß-Nowgorod) tributpflichtig — im Jahre 1407 wird das Wort urkundlich zuerst erwähnt, und erst in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts beginnt Sibirien im Leben des Moskowiterreiches greifbare Gestalt anzunehmen. Von dem gewaltigen Moskau jener Zeiten, das uns der russische Geschichtsforscher Klutscheffsky so lebendig schildert, müssen wir daher in unserer Betrachtung ausgehen.

Die beiden Tatarenreiche Kasan und Astrachan sind vor der moskowitischen Militärmacht gefallen. Frei ist der Weg nach Osten. Doch hinter jenen Staatsgebilden liegt, einer Mauer gleich, das Hindernis. „Semnoj Pojass", Gürtel der Erde nennen die Russen das Uralgebirge (Herberstein), das den Horizont ihres Zeitalters begrenzt. Nur an einer Stelle gähnt die Lücke: im mittleren Ural, da, wo die Tschussowaja, ein Nebenfluß der Kama, entspringt. Sie vermittelt die Wasserverbindung von Moskowien nach Sibir, dem Landstrich, den Tura, Tobol und Irtysch durchfließen, d. h. sie verbindet die Riesenströme Wolga und Ob. Auf dieser Wasserstraße bewegen sich sibirische Tataren, die dem Großfürst von Moskau Geschenke bringen, hier fahren die Leute der handeltreibenden Bojaren Stroganoff hin und her, hier zieht auf dem Kriegspfade der Abenteurer Jermak hinaus, der Eroberer, welcher die Gnade seines Herrschers erkauft, indem er ihm Sibirien zu Füßen legt.

An Flüssen und Strömen entlang pflegt der Russe zu erobern und zu siedeln. 1580 wird Tobolsk, 1604 Tomsk gegründet. Schleppwege vermitteln leichte Ver-

bindung zwischen Ob und Jenissei. Von dem Ilim, der noch zum Netz des Jenissei gehört, gelangt 1639 Galkin in die Lena, den dritten Riesenstrom, und bereits 1647 kann der Kosak Deshneff vom hohen Kap auf das eisige Gewässer jener schmalen Straße hinabschauen, die im Nordosten Asien von Amerika trennt . . . Auch der Baikalsee ist um diese Zeit erreicht, und jenseits von ihm aus dem Lande der Dauren hervordringend, gründet CHABAROFF die Ortschaft Albasin, die allerdings bereits 1689, auf Grund des Vertrages von Nertschinsk wieder geschleift werden muß. Übrigens erreichen die Russen auch vom Aldan her auf Schleppwegen den Amur, den vierten Riesenstrom, von dessen Ufern damals China dem mächtigen Zarenreich noch ein gebieterisches „Halt" zuzurufen vermag. (Erst im Jahre 1857 ist Rußland wiederum imstande, den Amur hinabschiffend, seine Blicke fest auf mandschurisch-chinesische Siedlungsräume zu richten). Den Schlußstein dieser ersten Periode bildet das Jahr 1697, in dem der Kosak ATLASSOFF den vulkanischen Boden Kamtschatkas betritt . . . In nicht vollen anderthalb Jahrhunderten ist der Raum zwischen Ural und Ozean durchmessen, und zwar nicht zum geringsten Teil von Kosaken erobert, von Abenteurern, die vielfach gemeinste Gier nach Schätzen vorwärts trieb. Dabei wurden laut sibirischen Archiven die Eingeborenen mit gleicher Grausamkeit behandelt wie in anderen Ländern bei ähnlichen Gelegenheiten, obwohl sie nach vollzogener Einverleibung gewisse, teilweise sogar recht bedeutende Freiheiten genossen. Hörigkeit in der Art der im europäischen Rußland üblichen kannte der Sibirier nie.

So primitiv uns derartige Eroberung auch erscheinen mag, meisterhaft waltet der Apparat des despotisch regierten Moskowiterstaates. Daß diese Arbeit auf Geist gegründet ist, beweist die auf Befehl Peters des Großen 1701 vom Bojarensohn Remesoff zu Tobolsk gezeichnete Originalkarte Sibiriens, welche von reicher geographischer Kenntnis des Landes zeugt. Trotzdem tritt in der Geschichte immer wieder die größte Schwierigkeit hervor: fähige und zugleich ehrliche Männer an leitende Stellen zu setzen.

Die ersten Pioniere pflegen zugleich Siedler und Krieger zu sein. Dafür wird diesen Kosaken viel Land und recht viel Bewegungsfreiheit zuteil. Freilich müssen sie stellenweise auch zu großen Opfern bereit sein. So im Westen die im 18. Jahrhundert mit den kriegerischen, heftig sich sträubenden Kirgisen ringenden Kosaken der sibirischen Südgrenze. Mit weiterem Vordringen teilt die Regierung aus den „sibirischen" die „transbaikalischen" Kosaken heraus, welchen Sie den Grenzschutz gegen chinesisches Gebiet überträgt. Diese wiederum nehmen ganze Verbände von Burjäten und Tungusen in sich auf und — eine interessante Erscheinung, — russifizieren nicht etwa die Fremdvölker, sondern werden selbst burjätisiert. Aus den transbaikalischen gehen 1858 die „Amurkosaken" hervor, und aus diesen 1889 die „Ussurikosaken". Letztere hat Przewalsky eingehend



studiert. Er stellt bei ihnen wenig sympathische Trägheit fest, die ihre Ursachen in großem Landbesitz und gewissen Vorrechten findet und mehr oder weniger allen Kosaken eignet. Übrigens sind sie als vorwiegend aus Männern zusammengesetzte Gruppen namentlich in früheren Jahrhunderten geradezu gezwungen, sich ihre Frauen unter den Eingeborenen zu suchen. Und es gilt überhaupt für die Mehrzahl aller Sibirier die Tatsache als feststehend, daß sie — die Nachkommen slawisch-finnisch-tatarischer Blutmischung — in der neuen Heimat vielfach wieder fremdes Blut in sich aufzunehmen gezwungen sind.

Nach Sicherung und Schutz der Grenzen kommt Sicherung der rückwärtigen Verbindung, des Verkehrs. Dem Krieger folgt unmittelbar auf dem Fuße der Postknecht, „Jämschtschik", welcher den reisenden Beamten oder Offizier zu befördern hat, sei es mit Hilfe von Pferden, Renntieren oder gar Hunden. Zu dem Zweck haben die Zaren ganze Dörfer im Mutterlande einfach ausgenommen wie Vogelnester und sie in der Kolonie an die — meist natürlichen — Verkehrsstraßen in kleineren Gruppen wieder hingesetzt . . . Hinter dem solchermaßen durch Kosaken gebildeten und durch hölzerne Festungen, „Ostrog", beschirmten Grenzstreifen, der unaufhaltsam sich vorwärtsschiebend den Namen Sibir immer mit sich führt, entsteht nun ein gewissermaßen leerer Raum. Ihn mit Siedlern zu füllen, wird wichtigste Aufgabe der Regierung, eine Pflicht, der sie je nachdem mit sehr verschiedener Gewissenhaftigkeit nachkommt, zuweilen eifrig, dann wieder träge, zuweilen überhaupt gar nicht. . . . Für die erste Zeit steht fest, daß die Zaren keine Geldmittel scheuten, um tüchtige Ackerbauer in das Neuland zu verpflanzen. Dies beweist schlagend, daß Körnerwirtschaft den Eingeborenen damals meist fremd war. Sie lebten in den Steppen und im Altai als Viehzüchter und Nomaden, in der Taiga als Jäger oder Fischer. Im übrigen gilt, daß die Anfüllung des Siedlungsraumes überwiegend durch freiwillige Kolonisation, in geringerem Maße auf dem Wege der Straf- oder Zwangsniederlassung geschieht. So ist es bis Mitte des vergangenen Jahrhunderts gewesen: Durch die oben erwähnte Bresche im niedrigsten Teil des mittleren Ural, die Pforte von Jekaterinenburg (der 1722 von Peter dem Großen gegründeten Bergbaustadt), fließt, bald mehr anschwellend, bald schrumpfend, ein zusammenhängender Strom von Auswanderern nach Sibirien ab. Wenn man einen Sandhaufen angräbt, rollen zuerst die nächsten Sandkörnchen nach. So drängten zunächst die im Osten Rußlands am Ural wohnenden jüngeren Siedler durch die Lücke nach Sibirien hinein, wo sie wiederum möglichst in größter Nähe Halt machten (Golowatscheff). Wurden sie dann später vorwärts gedrückt oder gezogen, oder ward es ihnen doch zu eng, dann wanderten sie weiter landeinwärts. So erbitten sich Jakutsker Machthaber ihre ersten Ackerbauer bereits bald nach 1639 vom Jenisseischen Wojewoden (Gouverneur), welcher einen entsprechenden Aufruf erläßt. Oder: die „Amginskaja Sloboda" (Siedlung) entsteht

1731 durch 50 aus Jlimsk im Gouvernement Irkutsk nach dem Jakutsker Gebiet gelangte Familien, die nach Jlimsk aus Tjumen, und nach Tjumen im 17. Jahrhundert aus Weliky Ustjug gekommen waren, einem damals blühenden Handelsemporium im heutigen Gouvernement Wologda (Mainoff).

Die in Sibirien in der vordersten Reihe marschierenden Ackerbauer werden allmählich zu Alteingesessenen, „Staroshily". Es sind Leute, die langjährige, auf Tradition beruhende Erfahrung in Behandlung von Wildnissen haben. Ganz allgemein gesprochen, folgt der Menschenzug den durch die Fesseln oder Freiheiten der Erdoberfläche gebotenen geographischen Gesetzen, indem er immer die Linie geringsten Widerstandes innezuhalten sucht. Die Eroberer ziehen auf Strömen und Flüssen meist in süd-nördlicher Richtung dahin, bis ihnen entweder die Quellgebiete in den Gebirgen oder die Flußmündungen am kalten Meer Halt, ja Umkehr gebieten. Daraus erklärt sich die Schnelligkeit der Eroberung. Ganz anders die Ackerbauer, die dort siedeln, wo der Boden am leichtesten urbar zu machen ist. Sie bleiben darum vorzugsweise in der Steppe, und zwar halten sie sich am liebsten an die Vor- oder Birkensteppe, in der üppige Naturwiesen auf Schwarzerdeboden mit kleinen Wäldchen oder stellenweise mit Rohrsümpfen wechseln. Daher die West-Ost-Richtung des sibirischen Siedelungstreifens, in welcher naturgemäß auch der „große Trakt", die Landstraße, verläuft. Sie berührt die Städte Tjumen, Jalutorowsk, Ischim, Tjukalinsk, Tomsk, Krasnojarsk, Nischneudinsk und Irkutsk, jenseits des Baikal die Orte Werchneudinsk, Tschita und Nerchtschinsk, bis sie vom Amur in flüssiger Form fortgesetzt wird. Ebenso bleibt dann nach 1890 die große Sibirische Bahn meist an dem vom Menschenstrom vorgezeichneten Landweg und damit an die Steppenzone gebunden.

Bis Mitte des 19. Jahrhunderts überwog die Form der einfachen Besetzung und Besitzergreifung eines Landstückes nach eigner Wahl ohne Befragung der Behörde (Kaufmann). Daher der russische Ausdruck „Sa-imka" (auf deutsch Besitznahme) für solchen besetzten jungfräulichen Boden. Allerdings ward die Einwanderung Ende des 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts sehr schwach, weil in dieser Zeit die zwischen Dnjepr und Wolga zum Schwarzen Meer hin abdachenden Steppen kräftig besiedelt wurden. Dagegen trat unter Nikolaus' I. Minister Kiseleff starke Besiedelung mit „Reichsbauern" (Leibeigenen der Domänen) in die Erscheinung; 1852 und 1853 erhielten: Gouv. Tobolsk 24000, 1854 Gouv. Tomsk 18000 Menschen. Eine Erscheinung übrigens, die mit des Ministers Rücktritt meteorartig erlosch.

Eine neue Zeit leitet dann jedoch die Befreiung der Bauern des europäischen Rußland von der Leibeigenschaft im Jahr 1861 ein. Stärkerer Zuzug wird auch durch die Entwickelung der Flußdampfschiffahrt gefördert. Die Wasserwege Tura-Tobol-Irtysch (Tjumen-Tobolsk-Semipalatinsk = 2867 km) und Tura-Tobol-



Irtysch-Ob (Tjumen-Tobolsk-Samarowo-Barnaul = 3320 km) haben saugende Wirkung. Doch erst in den 80er Jahren beginnt die Regierung des Reiches mit Versuchen, das Siedlungswesen in gewisse festere Bahnen zu lenken. Bis dahin hatte sie jeder Person 15 Dessjatinen = 16 ha zur Verfügung gestellt. Seit 1885 teilt sie nur jedem männlichen Familienmitglied diese Fläche zu. Das ist viel Land im Vergleich mit Altrußland, obwohl die Alteingesessenen bis dahin ja noch größere Anteile besetzt hatten. Im Kreise Tara, der in West-Sibirien teils der Taiga, teils der Steppe angehört, entstanden beispielsweise 1880—1885: 2, 1886—1890: 28, 1891—1893: 41, zusammen 77 neue Ansiedlungen mit 18000 (durchschnittlich 234) Menschen (Kaufmann). Doch erst die Erbauung der Sibirischen Bahn ermöglichte diejenige Menschenabfuhr, welche bei der großen Volksdichte gewisser Steppengebiete im Mutterlande wegen der dort herrschenden landwirtschaftlichen Halbkultur allein vor Erstickungsgefahr retten konnte. Immer größer ward die Zahl der Siedler, welche das mittelrussische Schwarzerdegebiet und die Ukraine hergeben mußten, und damit immer zahlreicher ein Typus, der im schärfsten Gegensatz zum Alteingesessenen stand.

Der „Peresselenez" (Übersiedler) ist zum Unterschied vom Staroshil im verblödenden Zwang und in der Enge der Dorfgemeinde aufgewachsen; er hat viel vom Herdentier an sich. Sollten daher nicht immer mehr Auswanderer enttäuscht und elend in die alte Heimat zurückkehren (wie es tatsächlich noch über die Jahrhundertwende hinaus geschah), so mußte auf der Fahrt für Verpflegung, an Ort und Stelle für Unterkunft, Wasser, Straßen u.a. gesorgt werden. Erst nach 1900 wiesen Stolypin und Kriwoschein, die beiden großen Staatsmänner im Zeitalters Nikolaus II., der Bewegung die richtigen Bahnen. Von 1893 bis 1905 erhielt Sibirien ganze 818600, von 1906 bis 1912 dagegen 2695400 Siedler, davon kamen am meisten auf das Gouvernement Tomsk (554600) und das Gebiet Akmolinsk (320400). Diesen Geschehnissen muß das Zeugnis glänzender organisatorischer Leistung ausgestellt werden, die allerdings in halbdespotisch regierten Staaten verhältnismäßig leicht von einzelnen Persönlichkeiten durchgesetzt werden kann. Nicht vergessen sollte dabei die Nachwelt jener hervorragenden wissenschaftlichen Forschungsarbeit, welche die Übersiedlungsbehörde unter Glinka in nicht vollen zwei Jahrzehnten ins Leben rief. Es handelte sich in den hauptsächlich für Siedlung in Betracht kommenden Gebieten um statistische, technische und wirtschaftliche, geographische und naturwissenschaftliche Untersuchungen nach großzügig angelegtem Plan. Ein Material ist gesammelt worden, das dereinst hoffentlich zusammengefaßt werden wird. Als Abschluß mit vorläufiger Zusammenfassung kann ein Prachtwerk gelten, das die genannte Behörde im Jahre 1914 herausgab, dessen Erscheinen wir — trotz aller Mängel — freudig begrüßen müssen.

Aus den einzelnen Karten dieses „Atlas des Asiatischen Rußlands" läßt sich

leicht ersehen, daß die Alteingesessenen die besten Plätze eingenommen haben, sowohl hinsichtlich der Bodenbeschaffenheit als auch der Verkehrs- und Absatzmöglichkeiten. Die neuen Siedler sind weiter von der Bahn entfernt; sie mußten sich schon mit Stellen begnügen, die entweder mehr dem Rand der Taiga oder der Wüstensteppenzone angenähert liegen; sie siedelten, mit einem Wort, auf Gebieten teils geringerer Fruchtbarkeit, teils niederschlagärmeren Klimas. Am breitesten ist die Schwarzerdezone in West-Sibirien. Hier gelten die Kreise Kurgan und Jalutorowsk schon seit den 70er Jahren als völlig besiedelt. Trotzdem lesen wir für das Jahr 1912 doch nur Volksdichten von 14 bezw. 12 für diese Kreise ab. Man sieht, die Ansichten über Bodennutzung und -besetzung lauten verschieden.... Tatsächlich verträgt das Steppengebiet in seinem derzeitigen Zustand landwirtschaftlicher Kultur keine dichter gesäte Menschenmenge. Völlig verständlich wird das erst, wenn man bedenkt, daß der sibirische Bauer in der Steppe Nachfolger von nomadischen oder halbnomadisch lebenden Viehhirten wurde. Er treibt auch heute noch mehr Viehzucht — daher der schnelle Aufschwung der Butterbereitung gerade in den genannten Gegenden — als Körnerbau, weil Menschenmangel der hervorstechendste Zug im sibirischen Leben ist, welcher sich in allen Berufen immer wieder fühlbar macht. Allmählich nur werden die Felder auf Kosten von Wiesen und Weiden vergrößert.

Das Gesagte wird auch durch Ziffern bestätigt, die Kaufmann aus dem Verwaltungsbezirk Transbaikalien für das erste Jahrzehnt nach der Jahrhundertwende nennt. Von der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche kommen auf jeden verzeichneten Menschen durchschnittlich: bei Bauern 18 ha, bei den Kosaken 44,5 ha und bei den Eingeborenen 62,5 ha. Allerdings decken die Begriffe über Nutzbarkeit des Landes sich weder mit russischer, noch mit europäischer Auffassung. Stellt doch eine im Jahre 1917 von Fachleuten in Petersburg veröffentlichte Denkschrift fest, daß in Sibirien bei der dort üblichen Brachewirtschaft 15—25 %, ja sogar bei reiner Dreifelderwirtschaft erst 40 % der Anbaufläche ausgenutzt werden. Und dieses „Ideal" ist keineswegs häufig erreicht! Daher die völlige Unmöglichkeit annähernder Berechnung von Anbauflächen. Die geringste Volksdichte (2 Menschen je qkm) eines Ackerbaugebietes zeigt der nördlich vom Strom gelegene Streifen des Amurlandes, den die Amurbahn durchläuft. Der Osten Sibiriens entbehrt ja der Schwarzerdeböden, da es Rußland nicht glückte, das Äquivalent der Steppenzone West- und Mittelsibiriens in Gestalt der Mandschurei in Besitz zu nehmen. Außerdem kommt auch hier wieder ein geographisches Gesetz zur Geltung: Von Moskau bis Chabarowsk sind 8798 km! Zur Tatsache der Entfernung dieses Grenzgebietes ist dann noch hinzuzufügen ein Verbot der Regierung, welches den Wettbewerb des so siedlungsfähigen Chinesen hier ein für allemal ausschloß. Andererseits gelangt in den höheren Volksdichtewerten West-Sibi-



riens die geographische Tatsache der Nachbarschaft des russischen Ameisenhaufens scharf zum Ausdruck.

Verhältnismäßig viel geringer erscheint die Menschenmenge, deren Anwesenheit in Sibirien auf Verbannung, Zwangs- oder Strafkolonisation zurückzuführen ist. Es wird angenommen, daß dem Lande in 300 Jahren rund 1 Million Verbrecher zugeführt wurden. Trotzdem muß stark betont werden, daß ein derartiges System der Kolonie einen gewissen Stempel fest aufgedrückt hat. Allerdings ist das gewaltsam aus dem Mutterlande hinüberverpflanzte Menschenmaterial sehr verschieden gewesen, nicht nur in Nationalität oder Glaubensbekenntnissen, nicht allein in Kulturwerten überhaupt, sondern auch nach Graden ihrer Vergehen oder Verbrechen, selbst wenn man zuweilen von dem absehen muß, was moskowitische Rechtspflege darunter versteht. Wie dem auch sei — Sibiriens Bevölkerung hat gewisse Farbkörper in ihr Blut aufnehmen müssen, die den Typus in jedem Fall beeinflußten. Nicht zum wenigsten schädlich mußte die bis in jüngste Zeit herrschende Regel wirken, unfähige, unehrliche Beamte, Leute, die gewisser Vergehen schuldig waren, in untere und mittlere Stellen nach Sibirien zu versetzen. Es ist keineswegs zu verwundern, daß sibirische Patrioten ihre Heimat in ehrlicher Entrüstung als „Schuttabladeplatz" bezeichnen (Potanin).

Im Jahre 1877 zählte das Land 393914 Strafkolonisten, anfangs der 90er Jahre schob Rußland alljährlich 20000 „kriminelle" Verbannte dahin ab, 1908 betrug die Zahl der „Politisch-Verbannten" 74275; das sind einige Zahlen, die zu denken geben!

Nun ist es klar, daß 300 Bürger der Stadt Uglitsch, die man 1592 verschickte — indem man jedem ein Ohr abschnitt — weil sie am Mord des Zarensohnes Dmitri beteiligt waren, kaum allzu schädlich gewirkt haben dürften, ebensowenig vielleicht wie verbannte „Strjelzy" (Schützen) oder private Leibeigene, die ihren Besitzern aus irgend einem Grunde mißliebig erschienen. Wir können aber ein System doch nur tief bedauern, das seine kriegsgefangenen Feinde in Einöden hindämmern läßt. Litauer, Polen, Saporoger Kosaken, viele Tausend von Poltawa nach Tobolsk geschaffte Schweden sind Opfer, die Sibirien wenig nützen konnten. Schließlich gehören in diese Klasse ja auch die deutschen Gefangenen des Weltkrieges und die friedlichen Einwohner Ostpreußens, die man in irrsinniger Barbarei mehr als 8000 km weit bis nach Transbaikalien hinein verschleppte. Im höchsten Grade schädigend wirkten dagegen zur Zwangssiedlung verurteilte Kriminalverbrecher. Sie wurden zur Geißel des Landes und waren den Gemeinden eine Last, auch wenn sie sich nicht zu Räuber- oder Diebesbanden zusammenschlossen. Die sich als Landstreicher umhertrieben oder als Arbeiter in Goldwäscherei-Einöden der Taiga ihr Brot suchten, galten noch für verhältnismäßig harmlos, und auch sie machten den Behörden viel zu schaffen. An den

„Politischen" hatte die Regierung gleichfalls wenig Freude. Setzte sie doch seit Jahrhunderten in jedes Dorf, in die Städte, ja, in die geringste, entfernteste Ansiedlung eine gewisse Zahl der Unzufriedenen, die nicht müde wurden, gegen die Regierung zu schüren! Als nützlich müssen hingegen die bedauernswerten Angehörigen von Religionsgemeinschaften eingeschätzt werden, die der Staat als Sektierer brandmarkte und verbannte. Fleißig und nüchtern zu sein, gebietet diesen Menschen ihr Glaube! „Starowery" (Altgläubige), besonders aber „Duchobory" und „Skopzy", noch in jüngerer und jüngster Zeit vom unteren Jenissei oder aus Kaukasien in die Umgebung von Jakutsk versetzt, haben dort blühende landwirtschaftliche Kulturen geschaffen. Eine ganz besondere Rolle ward vom Schicksal den „Dekabristen" (revolutionären Edelleuten des Aufstandes vom 26. Dezember 1825) zugeteilt, und den aufständischen Polen, die ja auch fast durchweg der obersten Kulturschicht angehörten. Ihnen dankt Sibirien einen Teil wissenschaftlicher Forschungsreisen von höchstem Wert; ihnen gestatteten aufgeklärte Gouverneure das Leben in den größeren Städten, wo sie vielfach lehrten, ja, bisweilen geradezu wie Hochschullehrer befruchtend wirkten. Ohne Zweifel haben diese Männer, namentlich in der alten Hauptstadt Irkutsk, höchsten, stellenweise grundlegenden Einfluß zur Hebung sibirischen Geisteslebens ausgeübt.

So bewegt sich im Lauf der Geschichte in einzelnen Wellen die Menge der Ansiedler des europäischen Rußlands und erfüllt, bald breiter, bald schmaler den Raum der einzelnen Steppenlandschaften von Westen nach Osten. Nur an einer Stelle, im nordwestlichen Altai-Vorland (nach Tomsk zu und darüber hinaus) wird die Taiga in breiterem Streifen gerodet. Im übrigen vermeidet es der Siedler, größere physische Kraftleistung auf Rodungsarbeit im Walde zu verwenden. Der solchergestalt in landwirtschaftliche Kultur genommene Streifen reicht südwärts stellenweise bis an den 50., nach Norden zu nicht weiter als bis an den 58. Parallelkreis. Die „geschlossen" auf diesem Raum lebende Landbevölkerung besteht in der Mehrzahl aus Nachkommen von Russen, sodann von Ukrainern. Letztere halten zusammen und behalten heimatliche Sprache, Dorf- und Hausform bei. An einzelnen Stellen finden sich kleine evangelische Letten- oder Estengruppen. Gegen 100000 Deutsche, Nachkommen von Mennoniten und anderen Kolonistengruppen Süd-Rußlands, wohnen am Altai im Gebiet von Barnaul. Als Städtchen mit nahezu deutscher Verwaltung galt vor dem Kriege der freudig blühende Ort Slawgorod.

In dem Maße nun, wie der Russe siedelnd ostwärts vordrang, starb der ursprünglich dort lebende Eingeborene aus, wurde verdrängt oder aufgesogen. Im allgemeinen kann man sagen, daß nur ganz geringe Splitter innerhalb des Ansiedlungsraumes im eigentlichen Steppengebiet unter den Russen wohnen. Offenbar ward es hier zum Naturgesetz, daß der Eingeborene in irgend einer Weise



weichen mußte, wenn er der Wirtschafts- und Lebensweise der Eingewanderten sich nicht anzupassen vermochte. Tatsächlich finden wir zahlreiche Tatarensiedlungen in West-Sibirien, stellenweise große Dörfer mit ihren hölzernen Moscheen im Raum zwischen Altaigebirge und dem Tobol — aber diese Tataren wirtschaften ganz in der Art von Russen als Ackerbauer und Viehzüchter, wenn auch immerhin stellenweise die Pferdezucht bei ihnen in erster Reihe steht.

Wo dagegen der Eingeborene in geschlossener Menge (wenn auch sehr wenig dicht beieinander) sitzt oder herumzieht, da fehlt das zusammenhängende Netz der Russensiedlung oder es finden sich ihrer nur kleine Gruppen als Inselchen in der Wildnis zerstreut, wie z. B. Goldwäschereien. Dies gilt allgemein von der „Taiga“, dem nördlich der Steppe zwischen Ural und Pazifik sich hinziehenden Waldland, das außerdem die Vor- und Mittelgebirgslandschaften des Altai, der Sajane sowie die transbaikalischen Gebirge deckt. Von den Lichtungen um die Stadt Jakutsk herum an der Lena, am Wilui und am Aldan abgesehen, die zur weit vorgerückten Ackerbauinsel miteinander verschmolzen, gibt es keinerlei zusammenhängende Anbauflächen, und nur in Zungen schieben sich aus der beackerten Steppe rasch schmäler werdende Streifen gerodeten Waldbodens längs den Flüssen nordwärts vor. So am Jenissei, am Ob und am Irtysch, wo beispielsweise die Nordgrenze des Ackerbodens den 60. Parallelkreis nicht völlig erreicht. Derart kann die gesamte nordwestliche Taiga der Ökumene bis heute nicht zugezählt werden. Diese Tatsache wird bestätigt durch völliges Fehlen ständiger Landstraßen, die in der Art des „großen Traktes“ die Waldlandschaft durchzögen. Verfügte die Steppe dank zusammenhängender Besiedlung seit längerer Zeit über Straßen, welche die natürlichen Verkehrsadern, die Flüsse, in senkrechter Richtung überbrücken, so mußte sich leider bis auf den heutigen Tag das Waldland mit seinen Flüssen und Strömen begnügen, auf denen im Sommer das Boot, im Winter der Schlitten gleitet. Sonst gibt es, von beliebigen Schlittenwegen abgesehen, nur noch Saumpfade, welche meist die Verbindungen der Goldwäschereien vermitteln. Russensiedlungen der Taiga finden sich daher mehr an den Flußufern, am zahlreichsten noch am Jenissei, ferner an den Mündungen fischreicher Ströme. Sie sind dann allerdings meist in der Tundra gelegen, in dem waldlosen Landstreifen, der das Polarmeer und das kalte Beringsmeer besäumt.

In Taiga und Tundra, zum Teil auch in der Steppe, wollen wir daher die Eingeborenen aufsuchen, die sich in Sibirien noch erhalten haben. Am zahlreichsten sind die Bewohner der zwischen Kaspi und Altai sich hinbreitenden Kirgisensteppe. Teile des gegen 4 ½ Millionen zählenden nomadischen Türkvolkes der Kirgisen leben geschlossen im Südwesten Sibiriens, keineswegs als reine Nomaden, sondern mehr als Seßhafte, die recht viel Land bebauen oder wenigstens bewässern. Sie verteilen sich in Prozenten der Nationalität wie folgt:

	Gebiet Akmolinsk			Gebiet Semipalatinsk		
	Kirgisen	Russen	Übrige	Kirgisen	Russen	Übrige
1897:	52	48		86,2	7,5	6,3
1911:	38,1	57,8	4,1	76,1	20	3,9

Diese Zahlen werden verständlich, wenn man weiß, daß der Staat das freiheitliebende ritterliche Völkchen durch seine Siedler immer weiter nach Süden und Südosten gegen die Wüsten turkestanischer Gefilde drücken läßt. Gleichfalls durch die rauhe, unzugängliche Natur ihrer Wohngebiete vor schneller Auflösung geschützt sind im Altai und den Sajanen die meist heidnischen, mongolisch-türkischen Altaier, Soren, Teleuten, Sojoten und Telengeten. Sie leben teilweise als Viehzüchter, teils als Jäger und Fischer gleich den Tubularen und Lebedinen, die fälschlich als Tataren bezeichnet, den Ob-Ugriern zuzuzählen sind (Hilden). Unter letzteren sind ferner erwähnenswert die vielfach noch heidnischen Ostjaken am unteren Irtysch und Ob, meist typische Ichthyophagen. Als Vertreter einer besonderen Gruppe reicht das mit ungemein scharfen Sinnen, mit Stolz und Ehrliebe ausgestattete Volk der Tungusen vom Jenissei bis an den Amur und den Rand des Ochotskischen Meeres. Der ein Sonderdasein führende, die Herde verachtende Tunguse ist außerhalb seiner Taiga-Wildnis verloren, er wird von anderen Stämmen aufgesogen. So hauptsächlich vom Türkvolk der Jakuten, welches den orthodoxen Glauben angenommen hat und dadurch befähigt wird, mit dem Russen in einen keineswegs unglücklich verlaufenden Wettbewerb zu treten. Dieser Stamm bewohnt die Gebiete der Flüsse Chatanga, Anabara, Lena, Jana, Indigirka und Kolyma, also die zwischen Baikal und Eismeer sich ausdehnende Riesenprovinz Jakutsk (3 791 410 qkm, 1911: 277 200 Menschen), die etwa 90 % Jakuten sowie jakutisierte Russen und Tungusen beherbergt, welche als Vieh- und Pferdezüchter im Kampf mit der Natur besondere Wirtschaftsformen ausgearbeitet haben. Ihnen liefern ein Seitenstück die mongolischen Burjäten, meist Lamaisten, etwa 320 000 Köpfe, die im Gouvernement Irkutsk 20 %, im Gebiet Transbaikalien 25 % der Bevölkerung ausmachen. In ihrer, der dürren und niederschlagarmen Mongolei so nahen Heimat ist Viehzucht der natürlichere Wirtschaftszweig, dadurch ließen sie sich indessen nicht abhalten, künstliche Bewässerung einzuführen und darauf gegründete Methoden des Ackerbaues auszubilden. In der Tundra endlich leben, äußerst wenig dicht beieinander, von Renntierwirtschaft, Jagd und Fang heidnische Nomaden: im Westen Samojeden, weiter im Osten nahe am Beringssund Reste der paläarktischen Gruppe: Dolganen, Jukahiren, Korjäken und die den anderen in jeder Beziehung weit überlegenen Tschuktschen.

Zum Verständnis sibirischen Kultur- und Wirtschaftslebens scheint es nun noch nötig, eine Einteilung des Landes vorzunehmen, aus der Möglichkeiten zukünftigen wirtschaftlichen Aufschwunges klar in die Augen springen. Ich zerlege Sibirien



in drei Wirtschaftsräume, die sich recht gut mit geographischen und politischen Gebieten (zusammengelegten Verwaltungseinheiten) decken.

West-Sibirien: Die Gouvernements Tobolsk und Tomsk, die Gebiete Akmolinsk und Semipalatinsk, zusammen 3 267 610 qkm mit 7 966 480 Bewohnern, Sibiriens bestes Wirtschaftsgebiet, begünstigt durch die Nähe des europäisch-russischen Wirtschaftskörpers, auch in seinem Klima durch Europas Gestaltung günstig beeinflußt, mit genügend sommerlichen und winterlichen Niederschlägen. Die ausgedehnte Steppenfläche kann in Zukunft zur reichen Korn- und Fleischkammer werden, die Taiga neben landwirtschaftlicher Nutzung zur Holzindustriefläche. Die westsibirische Ebene wird mit ihren guten Böden große Menschenmengen zu ernähren vermögen, welche in anliegenden Industrieländern Arbeit finden werden: Altailand mit Wäldern, Wasserkräften, Eisen, Gold und Edelerz sowie den Kohlenbecken von Kusnezk, Berd und Sudshenka, Kirgisenland mit reichstem Kupfer- und Kohlenvorkommen und Uralien mit seinen Eisenerzbergen. Die oben erwähnten Flußverbindungen werden dem Rohstoffaustausch zwischen Ural und Altai dienen; sie sind von der Natur ungemein günstig angelegt. Zugleich bietet der stets wasserreiche Ob die Möglichkeit einer nach dem Weltmeer führenden Verbindung, die allerdings durch eine von Obdorsk nach der Petschora-Mündung geleitete Bahnlinie hergestellt werden müßte. Die bisher wichtigsten Handelsstädte Nowo-Nikolajewsk, Omsk und Tomsk, denkbar günstig an Schnittpunkten von Bahn und Strömen gelegen, sind natürliche Stapelplätze für Erzeugnisse der Steppenlandschaft — Getreide, Butter, Fleisch, Häute, sowie der Moskauer Industrie, die hier zum Austausch gelangen.

Mittel-Sibirien: Die Gouvernements Jenisseisk und Irkutsk, die Gebiete Jakutsk und Transbaikalien, zusammen 7 755 660 qkm mit 2 862 400 Menschen. Wie die geringe Bewohnerschaft anzeigt, liegen hier die Verhältnisse in jeder Beziehung ungünstiger. In gewaltigem Urgebirgsbogen umschließen rauhe goldreiche Taiga-Hochländer die ungemein ausgedehnte paläozoische Tafel von Mittel-Sibirien, ein unwirtliches, unfruchtbares Taiga-Plateau, das im Norden, allmählich abfallend, in Tundra übergeht. Steppen-Senken, die die nördlichen Gebirgskulissen von Süden her umranden, ziehen sich einerseits aus dem Jenisseiland von Minussinsk im Bogen bis Irkutsk, sind andererseits auch im erzreichen Transbaikalien vorhanden. Hier können größere Menschenanhäufungen beschäftigt und ernährt werden, denn auch hier streicht die sibirische Bahn über Kohlenfelder hin. Im allgemeinen aber ist die Mitte arm an Böden und an natürlichen Wasserverbindungen. Lena und Jenissei umfließen einen gewaltigen Raum, der durch ihre Nebenflüses nicht aufgeschlossen werden kann. Jana, Indigirka und Kolyma sind große Ströme, welche durch die Mauer des Werchojansker Gebirgsbogens von allem wirtschaftlichen Leben abgeriegelt bleiben. Nur der Jenissei,

an dem Krassnojarsk die Rolle des natürlichen Stapelplatzes spielt, kann unter Umständen zum Kanal werden, der alljährlich monatelang eine Verbindung der Mongolei mit dem Weltmeer vermittelt. Die „Mitte der Mitte" ist Irkutsk, die Stadt mit großer Tradition an der schönen Angara. Von Irkutsk nach Tscheljabinsk sind 3253 km, nach Wladiwostock (über die Mandschurei) 3232 km, die Bahnentfernung nach Moskau beträgt 5435 km. Ehe Japan auf der Bildfläche erschien, war Irkutsk wegen seiner großen Nähe der chinesischen Grenze wichtiges politisches Zentrum mit staatsmännisch hervorragenden Gouverneuren. Handel mit Gold, kostbarem Rauchwerk und Tee schuf einen reichen Kaufmannsstand, der seine Mittel durchaus auch auf Förderung geistiger Kultur zu verwenden pflegte.

Ost-Sibirien: Amur-Gebiet, Küstengebiet, Sachalin, Kamtschatka-Gebiet, zusammen 2328910 qkm mit 854900 Menschen. Eine große „Sibirische Mauer" trennt in Gestalt von Gebirgskämmen den Osten von der Mitte. An Böden noch ärmer als diese — die Ackerbaugebiete sind nahezu ausschließlich auf Stromebenen des Amur und des Ussuri beschränkt — besitzt das Gebiet nördlich vom Amur goldreiche Taiga-Hochländer; Gold- und Erzvorkommen dürften auch das Kamtschatka-Gebiet (einschließlich der Tschuktschen-Halbinsel) wertvoll erscheinen lassen, welches indessen nur zu Schiff zu erreichen ist, und zwar für die in Alaska sitzenden Amerikaner leichter und bequemer als für die Russen selbst. Der Amur wirkt ansaugend zum Pazifik hin, aber das Mündungsgebiet ist höchst unwirtlich. Diesem ist die an Gold, Erzen, Erdöl, Kohlen und Holz reiche Insel Sachalin vorgelagert, die allerdings schon an Japan verloren scheint (vergl. unten). Dem ohne die Mandschurei wie ein wirtschaftlicher Torso wirkenden Osten (von den Russen „Ferner Osten" genannt) ist von der Natur die Stadt Wladiwostock zum Handelsemporium ersten Ranges bestimmt — mit ihrem recht eisfreien Hafen, mit den an ihren Toren lagernden Gold- und Erzvorkommen, vor allem mit den ungemein reichen Kohlenfeldern in der Nähe. Trotzdem leistet der sibirische Osten in landwirtschaftlicher Hinsicht so gut wie nichts, denn das natürliche Hinterland des zukünftigen Welthafens Wladiwostock ist durchaus — die Mandschurei. Der größte Reichtum Ost-Sibiriens indes blinkt und glitzert im Pazifik in Gestalt köstlicher Fische, die seit dem Frieden von Portsmouth (1905) fast ausschließlich den Japanern zugute kommen. So übt natürlich die Küste einen außerordentlichen Reiz auf die wirtschaftlichen Sinne der Japaner, und Wladiwostok hat sich mit derselben Intensität in deren Augen gebohrt wie Calais zeitweilig in diejenigen der Engländer ......

OTTO JESSEN

DIE LAGE DER HAUPTSTÄDTE IM NEUEN EUROPA:

II. DIE HAUPTSTÄDTE AUF DEM BODEN DER IM WELTKRIEG UNTERLEGENEN STAATEN.

In den vorausgeschickten allgemeinen Ausführungen sind die wichtigsten Gesichtspunkte genannt, nach welchen die jüngst erfolgten politischen Umwälzungen in Europa betrachtet werden sollen. Beginnen wir mit der Stadt, deren Schicksal uns am meisten am Herzen liegt: Berlin.

Die Vorläufer von Berlin waren Brandenburg und Tangermünde. Als Albrecht der Bär die Grenzen der Nordmark, der späteren Altmark, nach Osten vorschob, machte er 1157 Brandenburg zur Hauptstadt des Landes. Im 14. Jahrhundert verlor Brandenburg an Bedeutung und das an der Elbe gelegene Tangermünde wurde Landeshauptstadt. Im Jahre 1451 trat dann Berlin an dessen Stelle. Als aus dem Kurfürstentum Brandenburg das Königreich Preußen hervorging, bewahrte Berlin seinen Rang als Hauptstadt, und 1871 wurde es zur Reichshauptstadt erhöht. Berlin fällt also unter den Begriff der vererbten Hauptstädte. Deutlich läßt sich verfolgen, wie mit dem politischen Raum, dessen Zentrum es bildete, seine Bedeutung als Stadt und seine Volkszahl wuchs. Die Siedelung hatte sich an einem Flußübergang als Brückenstadt entwickelt und als Handelsplatz schon früh eine führende Stellung unter den märkischen Städten erobert. Die natürlichen Wachstumsbedingungen waren im übrigen keine besonders günstigen, wenigstens nicht derartige, daß sie die überragende Stellung, zu welcher sich Berlin aufschwang, erklären. Es fehlte eine von Natur reich ausgestattete Umgebung, es fehlte auch ein großer natürlicher Verkehrsweg zum Meer. Wohl aber boten Lage und Landesnatur den Bewohnern die Möglichkeit, die Bedingungen zum Aufschwung zu schaffen. Bahnlinien konnten ohne größere Schwierigkeiten von allen Seiten nach Berlin gelegt, Wasserwege ausgebaut werden, welche die Stadt mit den beiden wichtigsten Strömen Deutschlands verbinden, und auch die Umgebung konnte durch Tatkraft und Fleiß produktiv gemacht werden. Wie Madrid ist Berlin in weitgehendem Maße eine künstliche Schöpfung. Durch jahrhunderte lange zielbewußte Förderung seitens der Herrscher und durch planmäßigen zentralistischen Ausbau des Verkehrsnetzes sind sie die wirklichen Hauptstädte ihrer Länder geworden. Sie sind durchaus nicht nur Residenz, Sitz des Staatsoberhauptes, der Parlamente, Verwaltungsbehörden und Beamten, sondern wichtige, volkreiche Kultur- und Wirtschaftszentren. Berlin ist der erste Verkehrsknoten des Reichs, einer seiner bedeutendsten Binnenhäfen und sein größter Geldmarkt.

Die politische Entwicklung seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts hat das Aufblühen von Berlin ganz ungemein begünstigt, ja, ein fast ungesund zu nen-

nendes Wachstum zur Folge gehabt. Es ist kein Zweifel, daß die über Deutschland hereingebrochene Katastrophe einen empfindlichen Rückschlag herbeiführen wird. Politisch wichtiger und verhängnisvoller ist aber die durch die Grenzverschiebungen hervorgerufene Veränderung seiner Lage inmitten des Reichs. Als Hauptstadt der Mark Brandenburg hatte Berlin eine günstige zentrale Stellung, im Gegensatz zu seiner Vorgängerin Tangermünde, welche in einem peripheren, noch dazu durch das Erzbistum Magdeburg vom Kern des Landes getrennten Gebiet lag. Mit der territorialen Ausdehnung des Staates — welche übrigens, wie sich deutlich erkennen läßt, von dem Kraftzentrum Berlin aus auf geographisch vorgezeichneten Linien vor sich ging — und seiner Ausbreitung bis an die Nordsee und bis in die Mittelgebirge hinein, rückte die Hauptstadt in eine exzentrische Lage. Auch als Metropole des neuen Deutschen Reiches lag Berlin durchaus nicht zentral, nämlich für den Süden zu weit nördlich und innerhalb des norddeutschen Flachlandes dem dünn besiedelten slavischen Osten näher als dem reichen und wertvolleren Westen und Südwesten. Die Entfernung bis zur niederländischen Grenze betrug 430 km, bis zur russischen dagegen an der nächsten Stelle nur 300 km. Die Folgen der exzentrischen Lage haben sich deutlich fühlbar gemacht. In Süddeutschland hat man sich nie von dem Gefühl der Benachteiligung und politischen Bevormundung durch den Norden freimachen können, während Berlin seinerseits die Erfahrung machen mußte, daß mit wechselnder Entfernung die Möglichkeit der Beeinflussung und die Kraft des Zusammenhalts abnehmen. Die Nähe der russischen Grenze hat einen starken Zustrom östlicher Elemente, von Slaven und Juden, veranlaßt, der so stark war, daß Berlin schon vor dem Weltkrieg der Zusammensetzung seiner Bevölkerung nach durchaus nicht als die deutscheste Stadt gelten konnte. Starke Festungen mußten den Schutz gegen die russische Grenze übernehmen. Die Verhältnisse im Osten haben sich durch die jüngsten Ereignisse noch sehr viel ungünstiger gestaltet. Im Frieden von Versailles wurden von der Entente dem wiedererstandenen Polen der größte Teil der preußischen Provinz Posen und der westpreußische Korridor als Zugang zur See zugesprochen. Wertvolle Teile Oberschlesiens gingen durch die Abstimmung verloren. Ist der Lebensmittelversorgung Berlins durch den Verlust der östlichen Getreide- und Kartoffelbaugebiete, seiner Industrie durch die Abtretung der oberschlesischen Bergbaugebiete ein schwerer Schlag versetzt, so erscheint vom politischen und strategischen Standpunkt aus die neue Grenze völlig unhaltbar. Berlin ist vom nächsten Punkt der polnischen Grenze 157 km entfernt, kann also, da nennenswerte natürliche Schranken nicht vorhanden sind, in wenigen Tagesmärschen erreicht werden. Für ein großes Volk, wie das deutsche, ist es ein demütigender und auf die Dauer unerträglicher Zustand, seine Hauptstadt der ständigen Bedrohung durch einen von Großmannssucht und maßlosem Expansions-



trieb befallenen Nachbarn wehrlos ausgesetzt zu sehen. Die Spannung zwischen Berlin und der neuen Ostgrenze wird sich mit der Zeit verschärfen, sie muß sich verschärfen und eines Tages zur Auslösung kommen. In ihr liegt einer der gefährlichsten Keime zu neuen Konflikten, an welchen das unselige Friedensdiktat so reich ist. Es ist nach dem Krieg vielfach mit dem Gedanken gespielt worden, der neuen Grenzgestaltung und dem Empfinden weiter Kreise in Süddeutschland in der Weise Rechnung zu tragen, daß man den politischen Mittelpunkt nach einer räumlich mehr zentralen Stelle verlegt. Diese Motive haben ja auch mitgesprochen, als man die Nationalversammlung nach Weimar berief. Das Aufgeben von Berlin wäre ein elendes Bekenntnis der Schwäche, eine Versündigung gegen die geschichtliche Tradition und zweifellos ein großer politischer Fehler, ganz abgesehen davon, daß wir uns kaum den Ausbau einer neuen Hauptstadt pekuniär leisten könnten. Berlin als Reichshauptstadt ist notwendig als Bollwerk gegen den expansionslüsternen Osten und zum Festhalten von Danzig und Ostpreußen, die von feindlichen Völkern umbrandet sind. Wir wollen in der exponierten Lage Berlins nicht eine Gefahr für Deutschland sehen, sondern eine Garantie für eine gerechtere und die Lebensinteressen des Reiches berücksichtigende Grenzziehung.

Berührt uns das Schicksal Berlins am unmittelbarsten, so liegt uns doch das Los der Hauptstadt unseres Brudervolkes, der Deutsch-Österreicher, nicht weniger am Herzen. Wien, die altehrwürdige Reichshauptstadt, die glanzvolle Millionenstadt, der Hort deutschen Geistes und deutscher Kultur gegen die östlichen Steppen-Völker, ist von schweren Gefahren bedroht. Noch niemals ist eine so schwere Krisis über die Stadt hereingebrochen. Wie wird sie sie überstehen? Wird sie imstande sein, ihren deutschen Charakter zu bewahren, wird sie ihre völkische Aufgabe als Vorposten des Deutschtums erfüllen können? Wie wird sie die wirtschaftliche Krisis überwinden, und wie wird die politische Zukunft dieser Zweimillionenstadt, welche einst die Metropole eines 51 Millionen-Volkes war und heute, in eine randliche, strategisch unhaltbare Lage gerückt und von zwei Nachbarstaaten bedroht, den politischen Mittelpunkt des nur etwa 6 Millionen fassenden Deutsch-Österreich bildet, sich gestalten? Michael Hainisch, der erste nach der Bundesverfassung gewählte Präsident der Republik, hat schon lange vor dem Krieg einmal die Befürchtung geäußert, daß Wien sich zu einem Sammel- und Tummelplatz wurzelloser, hin- und herfließender, nach Sprache und Wesensart grundverschiedener Volkselemente entwickeln könnte. Stark war schon vor dem Krieg der Zustrom von Südslaven, Polen und Magyaren, besonders auch von Tschechen aus den Sudetenländern. Aber Wien hat diese Beimischungen assimiliert und blieb eine deutsche Stadt. Während und nach dem Krieg setzte eine ganz ungeheuere Zuwandeıung galizischer Juden ein. Wenn auch ein Teil von

ihnen das zum Sinken gebrachte Schiff wieder verlassen hat, so hat doch das jüdische Element ein solches Übergewicht erhalten, daß der deutsche Charakter Wiens in ernstester Weise bedroht ist. Diese Gefahr ist besonders deswegen so groß, weil die Presse, das wirtschaftliche, öffentliche, und intellektuelle Leben z. T. von Volksfremden und Entente-Söldlingen, beherrscht werden. Die Zuwanderung anderer fremdrassiger Elemente aus dem Gebiet des ehemaligen Kaiserreiches, von Tschechen, Polen, Magyaren ist weniger bedrohlich, da sich bei diesen politisch selbständig gewordenen Völkern die ablenkende Wirkung der eigenen Hauptstädte bemerkbar macht. Immer wird freilich Wien ein Attraktionszentrum, der Treffpunkt westlicher und östlicher, nördlicher und südlicher Einflüsse bleiben, denn durch seine geographische Lage ist es dazu bestimmt.

Die geographische Lage der Stadt in einer reich gesegneten, fruchtbaren Umgebung, an der großen Lebensader Südosteuropas, am Kreuzungspunkt der von der Natur vorgezeichneten nord-südlichen und west-östlichen Wege ist in wirtschaftlicher Beziehung eine überaus glückliche. Gegen das Wiener Becken öffnen sich die Längstalfurchen der nordöstlichen Alpen und die Pforten des vom Karpatenwall umrahmten Ostens. Hier trifft sich der Orientverkehr mit dem uralten, östlich um die Alpen, westlich um die Karpathen führenden Verkehrsweg von der Adria zur Ostsee. Durch die Gunst der Lage war Wien der wichtigste Verkehrsknotenpunkt, der erste Handelsplatz und die größte Fabrikstadt des Kaiserreichs geworden. Der politische Zusammenhang der wirtschaftlich und verkehrsgeographisch gegen das Wiener Becken hin gravitierenden Gebiete war jener Entwicklung sehr förderlich gewesen. Heute sind die Verkehrsstränge abgeschnitten, der freie Zugang zum Meer ist versperrt, Wien ist die übergroße, hypertrophische Hauptstadt eines verarmten und verschuldeten Landes, das weder genügend Lebensmittel noch Kohle und Eisen zum eigenen Bedarf erzeugt. In Bezug auf die Getreideversorgung ist es auf starke Zufuhren aus Mähren und Ungarn, bezüglich der Kraftquellen für seine industriellen Betriebe — wenigstens einstweilen noch — auf die oberschlesischen Steinkohlenlager angewiesen. Die wirtschaftlichen Folgen der politischen Neugestaltung haben sich nach dem Krieg mit aller Schärfe fühlbar gemacht und werden zweifellos noch lange nachwirken. Um die wirtschaftliche Zukunft Wiens wird man indessen weniger besorgt sein brauchen, als um die nationale und völkische, denn als Marktplatz gegen den Osten und als internationaler Verkehrsknotenpunkt wird die Stadt stets ihre Bedeutung behalten.

Jeder, der das alte Wien kannte und es nach dem Krieg wieder sieht, wird über die Veränderung des Stadtbildes betroffen sein. Nicht nur die Bevölkerung und das Leben und Treiben haben sich durch die soziale Umschichtung und den Zustrom fremder, vor allem jüdischer Elemente verändert, sondern auch das Antlitz der Stadt ist ein anderes geworden. Der Glanz der alten, traditionsreichen Metro-

pole ist im Schwinden begriffen. Vielleicht wird die territoriale Neugestaltung mit der Zeit auch einen Einfluß auf den Grundriß der Stadt ausüben. Das Stadtgebiet hatte sich in den Jahrzehnten vor dem Krieg in ganz auffallender Weise einseitig in westlicher Richtung erweitert. Wenn, wie Hassinger annimmt, dieses ungleiche Wachstum mit der Verselbständigung Ungarns innerhalb des Reiches (nach dem 1866er Krieg) zusammenhing, so muß durch die völlige Loslösung Ungarns und der Tschechoslowakei eine noch viel stärkere Abnahme der Einflußsphäre Wiens in östlicher und nördlicher Richtung hervorgerufen werden und sich die Tendenz zur Weiterentwicklung der Siedelung gegen Westen bemerkbar machen.

Vom politisch-strategischen Standpunkt ist die jetzige Stellung Wiens auf die Dauer eine unhaltbare; sie fordert weitgehendste Toleranz auf nationalem Gebiet. Im alten Kaiserreich lag die Stadt von dem geometrischen Mittelpunkt, den etwa Ofen-Pest bezeichnete, gegen Westen gerückt, heute liegt sie hart am Nordostrand Deutsch-Österreichs. Im alten Reich war die exzentrische Lage der Hauptstadt die naturgegebene und eine durchaus zweckmäßige. Das Wiener Becken war das Herzland des alten Reichs, es bildete den eigentlichen geographischen Mittelpunkt, denn hier verbanden sich das alpine, sudetische und karpathische Österreich. Dadurch war eine gewiße Garantie für den nationalen Zusammenhalt der heterogenen Teile gegeben. Die Abweichung des politischen vom räumlichen Mittelpunkt gegen Westen entsprach der Hegemoniestellung des Deutschtums. Jene Lage war zugleich eine historisch wohl begründete, denn vom Wiener Becken aus ist das Reich in die angrenzenden Naturräume hineingewachsen. Es ist oft darauf hingewiesen und besonders eingehend von R. Sieger dargelegt worden, daß das alte vielsprachige und unregelmäßig gestaltete Österreich-Ungarn durchaus keine rein zufällige und willkürliche machtpolitische Konstruktion war, sondern die Lage Wiens den Herrschern ihre politische Aufgabe und dem Staat die Wachstumsrichtung vorzeichnete. Der politische Zusammenhang ist nun gesprengt worden; die zentrifugalen Kräfte haben über die zentripetalen gesiegt. Wien liegt nahe an dem Berührungspunkt der drei selbständig gewordenen Staaten Deutsch-Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei. Von der tschechischen Grenze ist es nur etwa 35 km, von der ungarischen wenig weiter entfernt; es ist also von beiden, da natürliche Hindernisse nicht im Weg stehen, in einem Tagesmarsch zu erreichen.

Nicht nur außenpolitisch birgt die Randlage Wiens Gefahren in sich, sondern auch der innere Zusammenhalt des jungen Staates, der in dieser Form noch niemals eine staatsrechtliche Einheit gebildet hat, ist dadurch gefährdet. Die Schweizer Grenze ist in Luftlinie gemessen über 500 km entfernt. Deutlich zeigt sich der mit der Entfernung abnehmende Einfluß. In den beiden Landesteilen, die den

langen, zipfelförmigen, westlichen Ausläufer des Staates bilden, in Tirol und mehr noch in Vorarlberg, ist die Bestrebung „Los von Wien" sehr lebhaft und die Abneigung der Provinzen gegen die von Volksfremden beherrschte Hauptstadt eine besonders große. Begünstigt wird der Partikularismus zudem durch die Gebirgsnatur jener Länder.

So verhängnisvoll die Randlage von Wien auch ist, so läßt sich doch schwer eine andere als Hauptstadt geeignete Siedlung in günstigerer und strategisch geschützter Lage finden. Deutsch-Österreich ist ein Donaustaat, sein wirtschaftliches Schwergewicht liegt ganz entschieden im Nordosten. Auch gibt es, worauf N. Krebs hinweist, in dem alpenländischen Keil kaum einen Punkt, um den sich das ganze Land gruppiert.

Von welcher Seite man auch das Problem Deutsch-Österreich und Wien betrachtet, stets zeigt sich, daß der Machtspruch der Entente eine unhaltbare Lage geschaffen hat. Die Art und Weise, wie die Friedensmacher sich über geopolitische Tatsachen und Forderungen, über wirtschaftliche Notwendigkeiten und über das von ihnen so laut verkündete Selbstbestimmungsrecht eines Volkes hinweggesetzt haben, kann man nicht anders als leichtfertig und frevelhaft bezeichnen. Wien ist in eine Kampfstellung gerückt. Wie wird sich seine Zukunft gestalten? Die Entente ist bestrebt, aus Deutsch-Österreich eine autonome Kolonie und aus Wien einen internationalen Verkehrs- und Marktplatz ohne politische Bedeutung zu machen. Aber auf die Dauer wird sich die politische Aufgabe Wiens nicht darauf beschränken lassen, Deutsch-Österreich vorzustehen. Wir sehen zwei Zukunftsmöglichkeiten. Die eine wäre der Anschluß Deutsch-Österreichs an eine neu zu bildende Donau-Konföderation, die den größten Teil der alten österreich-ungarischen Länder umfaßt und Wien zu ihrem von Natur vorgezeichneten Mittelpunkt wählt. Für den deutschen Charakter Wiens läge darin eine große Gefahr. Mit Recht sagt N. Krebs: „Jeder neue Versuch eines Zusammenschlusses hätte mit dem Verlust der deutschen Hegemonie und damit mit der partiellen Slawisierung und Magyarisierung Wiens zu rechnen. Dann ginge es dem Deutschtum langsam verloren". Daß es von neuem zu einem Zusammenschluß kommt, ist indessen vor der Hand kaum zu erwarten. Zwar werden stets die natürlichen Verhältnisse zentripetal gegen Wien gerichtete Kräfte auslösen, denn die Geschichte zeigt, daß solche immer wirksam waren, aber das Streben nach Vereinigung der alten Teilstaaten wird heute eigentlich ausschließlich von Erwägungen wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit getragen, und das genügt allein nicht, die gerade in unserer Zeit so stark hervortretenden Nationalitätengegensätze zu überwinden. Der andere Weg ist der beiderseits der Grenze vom Wunsch des Volkes getragene Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland. Er würde zweifellos für das Deutsche Reich eine starke wirtschaftliche Belastung bedeuten und es vor schwierige innere Pro-



bleme stellen, aber vergessen wir nicht, daß er allein die Möglichkeit bietet, Wien dem Deutschtum zu erhalten und aus ihm ein Bollwerk zu machen, welches, wie einst im Mittelalter und in den Zeiten der Türkenkriege, die deutsche Kultur gegen östliche Stürme zu schützen imstande ist.

Außer Deutsch-Österreich sind Ungarn und die Tschechoslowakei als selbständige Staaten aus dem alten Österreich-Ungarn hervorgegangen. Ihre politischen Mittelpunkte, Budapest und Prag, liegen innerhalb der ehemaligen Reichsgrenzen. Sie waren von jeher neben Wien wichtige politische und wirtschaftliche Zentren; es entspricht durchaus ihrer geschichtlichen Vergangenheit, ihrer geographischen Lage und wirtschaftlichen Bedeutung, daß ihnen die Rolle der Hauptstadt zufiel.

Budapest ist nicht von Anfang an die Hauptstadt Ungarns gewesen. Der politische Mittelpunkt hat sich mehrmals verschoben, allerdings immer nur innerhalb enger Grenzen. Das Herzland des ungarischen Staatskörpers, von dem die größte Energie ausstrahlt, ist das Gebiet am Donauwinkel bei Waitzen, wo die Lebensader des Landes, die Donau, den Mittelgebirgsriegel durchbricht und die west-östlichen Verkehrswege „wie zu einem Bündel zusammengeschnürt werden" (Buschick). Dort oder doch nicht weit davon liegen auch die Punkte, von denen aus das Land beherrscht und verwaltet wurde. Die alte Residenz der ungarischen Könige war Gran am oberen Eingang des Donaudurchbruchs; hier hielt der erste König Stefan Hof. Gran bildet noch heute den kirchlichen Mittelpunkt des Landes. Als die Nomadenbevölkerung des Großen Alfölds allmählich seßhaft geworden war, wanderte die Hauptstadt stromabwärts, zuerst (um das Jahr 1000) nach Visegrad gegenüber Waitzen, dann vom Strom abrückend nach Stuhlweißenburg, schließlich, im 14. Jahrhundert, nach Budapest, der schon lange vorher wichtigsten Stadt Ungarns, wo auch schon seit langem die ungarischen Reichstage zusammenzutreten pflegten. Noch einmal wurden Residenz und Regierungssitz verlegt. Als die Türken sich des Landes bemächtigten, wurden sie nach Preßburg zurückgezogen. Bis 1686 galt Preßburg als die Hauptstadt, dann wurde Budapest wieder in seine alte Würde eingesetzt. Schon oft ist von geographischer Seite die Frage aufgeworfen und beantwortet worden, weshalb gerade Budapest mit der Zeit die Hauptstadt Ungarns werden mußte. Mit Recht hat man es der außerordentlich günstigen geographischen Lage der Stadt zugeschrieben: an einer natürlichen Verengung und Furtstelle des großen Stromes, auf der Grenze von Flach- und Hügelland, wo sowohl die Möglichkeit der Befestigung als auch der freien Ausbreitung gegeben war, am Rand der riesigen ungarischen Tiefebene, am Ausgang der Enge, welche das obere mit dem unteren Donaubecken verbindet, und, was A. Supan hervorhebt, an einer Stelle, „wo das Zentrum des Donaubeckens mit jenem des Theißbeckens durch die das Kumanierplateau quer durchschnei-

dende Furche des Czegledtals am bequemsten in Verbindung tritt". Die natürliche Gunst der Lage macht sich besonders geltend, seitdem das Eisenbahnnetz ausgebaut und der Fluß reguliert ist. So wurde Budapest nicht nur das Machtzentrum, sondern auch das wichtigste, volkreichste Handels- und Industriezentrum des im übrigen ausgesprochen agrarischen Staates.

Kaum ein anderer Staat ist nach dem Weltkrieg derart verstümmelt worden wie Ungarn. Durch den Frieden von Trianon ist die natürlich abgegrenzte Staatseinheit gesprengt und sind große, lebenswichtige Teile auf allen Seiten vom Staatskörper abgeschnitten worden. Von 324 811 qkm Fläche und 20,9 Millionen Seelen, welche das Königreich umfaßte, sind Rumpfungarn nur 92 720 qkm und 7,9 Millionen Einwohner geblieben. Nach allen Richtungen hat sich die Einflußsphäre von Budapest verkleinert; der Ring der Staatsgrenzen hat sich konzentrisch um die Hauptstadt zusammengezogen. Am nächsten liegt die tschechoslowakische Grenze, von der Budapest ungefähr ebenso weit wie Wien entfernt ist. Auf drei Seiten von Todfeinden umgeben, die sich als kleine Entente zusammengeschlossen haben, mit allseitig offenen Grenzen, ist die politisch-strategische Lage Ungarns eine höchst ungünstige. Trotz der so bewundernswerten im ungarischen Volke zum Leben erwachten nationalen Kräfte und der von seiner Hauptstadt ausstrahlenden Energie wird sich ohne Anlehnung an eine fremde Macht die Hoffnung auf „Ungarns Auferstehung" kaum verwirklichen lassen.

Auch die wirtschaftlichen Folgen sind schwerwiegend. Der Schienenstrang des ungarischen Staates ist durch die territoriale Verstümmelung von 19723 km auf 8320 km, die Binnenwasserstraße für Dampfer von 2511 km auf 1022 km verkürzt worden, der Ertrag an Bergbauprodukten ist gegen 1915 um 58,9% zurückgegangen und fast das ganze Wald- und Bergland verloren gegangen. Auf diese Verluste hat das Wirtschaftsleben der Hauptstadt sofort reagiert. Seine Industrie hat eine Einschränkung, sein Handel eine Abnahme und Verschiebung erfahren. Immerhin wird Budapest dank der günstigen geographischen Verhältnisse auch in Zukunft das wichtigste Industrie- und Verkehrszentrum des Landes bleiben.

Der Sitz der ersten tschechoslowakischen Regierung war nicht Prag, sondern — Paris. Von dort erließ sie am 18. Oktober 1918 die Unabhängigkeitserklärung des tschechoslowakischen Volkes. Am 28. Oktober 1918 übernahm dann der Nationalausschuß in Prag die Regierungsgewalt, bis sie durch die Verfassung vom Februar 1920 der Nationalversammlung, mit dem Sitz in derselben Stadt, übertragen wurde. Durch die Abkommen mit der Entente und die Friedensverträge in Versailles, St. Germain und Trianon sind die Grenzen des tschechoslowakischen Staates festgelegt worden. Sie fassen die Sudetenländer (Böhmen, Mähren, Schlesien), die Slowakei und Karpartborutbenien zu einer staatsrechtlichen Einheit mit der Hauptstadt Prag zusammen. Die Gestalt des neuen politischen



Gebildes erinnert ganz auffallend an diejenige Deutsch-Österreichs; sie ist gewissermaßen das Spiegelbild von dieser. Der breite Kopf des langgestreckten, fischförmigen Landstreifens liegt dort im Osten, hier im Westen. Er ist dort mit seiner deutschen, hier mit seiner tschechischen Bevölkerung tief in fremdes Volkstum eingekeilt. Die schwanzförmigen, gebirgigen und waldreichen Ausläufer werden zur Hauptsache von zwei Nachbarstaaten begrenzt (Ungarn — Polen und Deutsches Reich — Italien), mit ihren Enden berühren sie noch einen dritten Staat (Rumänien und die Schweiz). Die Nord- bezw. Südgrenze jener Ausläufer folgt dem Kamm eines hohen Gebirgswalles. Infolge dieser Gestalt ist die Grenze der Tschechoslowakei ebenso wie die Deutsch-Österreichs übermäßig lang und militärisch-strategisch trotz des Gebirgsschutzes im Norden und Westen sehr ungünstig. Sie mißt rund 2700 km, während ein Kreis mit dem gleichen Flächeninhalt nur einen Umfang von 1300 km haben würde. Das Schwergewicht, sowohl das wirtschaftliche als das politische, liegt in dem verbreiterten West- bezw. Ostteil der zwei Staaten; dort liegen auch, also ausgesprochen exzentrisch, die alle anderen Städte ihrer Länder an Einwohnerzahl weit überragenden Hauptstädte Wien und Prag. Weder räumlich noch geographisch nimmt Prag eine zentrale Stellung ein. Mittelpunktslage hat die Stadt nur in Bezug auf Böhmen. Für dieses Land, welches eine so scharf umrissene geographische Einheit bildet und von Natur zur Zentralisation bestimmt ist, ist allerdings kein Punkt so als Hauptstadt geeignet wie Prag. Das kommt seit dem Ausbau des Verkehrsnetzes besonders klar zum Ausdruck. Nicht weniger als neun wichtige Eisenbahnlinien strahlen von der Stadt nach allen Richtungen aus. Aber mit Mähren, der Slowakei und Karpathoruthenien bildet Böhmen durchaus keine verkehrsgeographische Einheit. Nordböhmen ist an die Moldau-Ebene angeschlossen, während Mähren sein Gesicht gegen das Wiener Becken und die Slowakei das ihrige gegen das Donau- und Theißgebiet wendet. Nur ein einziger Schienenstrang durchzieht, ähnlich der Bahn Wien—Innsbruck—Arlberg, aber in viel stärker gewundenem Lauf, den tschechoslowakischen Staat in seiner ganzen Länge.

Prag ist ebenso wie Wien vor eine Fülle von Aufgaben und Problemen völkischer und nationaler Art gestelllt. Weder die zu Deutsch-Österreich noch die zur Tschechoslowakei gehörenden Länder haben in dieser Form jemals eine staatsrechtliche Einheit gebildet. Die neuen Staaten werden daher ihre Lebensfähigkeit, die Hauptstädte Wien und Prag ihre Eignung erst beweisen müssen. Für uns Deutsche ist die exzentrische Lage der tschechoslowakischen Hauptstadt insofern von besonderer Bedeutung, als in ihr eine gefährliche Bedrohung des Deutschtums der Sudetenländer liegt. Härter als je wogt heute der alte Kampf zwischen Deutschen und Tschechen. Die Tschechen, das herrschende Volk eines wirtschaftlich reich ausgestatteten Landes, gestärkt durch ihre politischen Erfolge, von

Deutschlands Feinden in den Sattel gehoben und gestützt, suchen ihre momentane Machtstellung nach Kräften dahin auszunutzen, im Kampf gegen die nationalen Minoritäten in allererster Linie die Hauptstadt des Landes von allen Spuren deutscher Kultur zu reinigen, um dann von dort aus das Deutschtum der Sudetenländer zu bekämpfen. Schon ist im äußeren Stadtbild Prags alles Deutsche ausgemerzt worden. Deutsche Sprache und Kultur werden gewaltsam unterdrückt. In Deutsch-Österreich richtet sich die Bedrohung des Deutschtums gegen die Hauptstadt des Landes, in der Tschechoslowakei hat sie umgekehrt die Hauptstadt als Ausgangspunkt. Erweist sich die Nähe des tschechischen Kraftzentrums für die deutsche Minorität als besonders verhängnisvoll, so bedeutet die exzentrische Lage der Hauptstadt für die anderen Minoritäten, die Slowaken, Magyaren, Ruthenen, welche den langgestreckten östlichen Teil des Staates bewohnen, einen gewissen Schutz, denn mit wachsender Entfernung pflegt der Einfluß abzunehmen. Es ist sogar sehr die Frage, ob es gelingen wird, jene entfernt liegenden Gebiete von Prag aus festzuhalten. Die Schwierigkeit besteht nicht so sehr darin, sie gegen feindliche Angriffe von außen her zu schützen, obgleich auch das durch die ungünstige Grenzgestaltung erschwert ist, als darin, der von innen heraus wirksamen, nach Absplitterung strebenden Kräfte Herr zu werden. Denn weder die Magyaren, noch die Ruthenen, noch auch ein großer Teil der Slowaken können als zuverlässige Anhänger der tschechoslowakischen Regierung betrachtet werden. Die Slowaken hatten dem 1918 entworfenen Programm der Schaffung eines einheitlichen tschechoslowakischen Staates nur unter der Bedingung zugestimmt, daß die Slowakei ihre eigene Verwaltung, ihren Landtag und ihre Gerichte haben werde. Diese Bedingung ist nach der Staatsgründung nicht erfüllt worden. Die Slowaken üben auf das neue Staatswesen nicht den geringsten Einfluß aus, die Verwaltung ist in Prag zentralisiert. So ist nach anfänglicher Begeisterung unter den Slowaken eine starke Abkühlung eingetreten; es hat sich eine slowakische Partei gebildet, welche gegen die Regierung oppositionell auftritt, und die Bewegung für Autonomie ist beständig im Wachsen. Genährt wird die Loslösungsbestrebung durch die von Prag ausgeübte Verwaltungspraxis, begünstigt wird sie einerseits durch die Gebirgsnatur des Landes, andererseits durch den konfessionellen Gegensatz der Tschechen und Slowaken. Während unter den Tschechen die neohussitische Bewegung, die „Los von Rom-Bewegung“, immer mehr um sich greift, sind die Slowaken streng katholisch, ja, es scheint, daß dort die Herrschaft der römischen Kirche sich eher noch befestigt. In der südlichen Slowakei besteht das Gros der Bevölkerung aus Magyaren, die stark politisch veranlagt sind und, da sie gegen Budapest tendieren, eine nicht minder ernste Gefahr für den inneren Zusammenhalt bilden. Erinnern die geographische Lage und die Beziehungen der Slowakei zur Hauptstadt Prag an das Verhältnis, in welchem



Tirol zu Wien steht, so kann man Karpathoruthenien, den östlichsten, etwa 180 km langen Zipfel des tschechoslowakischen Staates, mit Vorarlberg vergleichen. Jenes hauptsächlich von Ruthenen bevölkerte Land war dem tschechoslowakischen Staat nur unter der Bedingung angegliedert worden, daß es innerhalb der Republik eine weitgehend autonome Stellung erhalten werde. Das ist zwar bis heute nicht durchgeführt worden, aber die Tschechen werden sich dieser Vertragsbestimmung auf die Dauer nicht entziehen können. So bestätigt schon jetzt die innere Lage des neugebildeten Staates die geopolitische Erfahrung der Auflockerung des Gefüges mit wachsender Entfernung von der Hauptstadt. Außenpolitische Verwicklungen, die der Tschechoslowakei bestimmt nicht erspart bleiben, werden diese Tendenz noch stärker hervortreten lassen.

Wirtschaftlich steht die Tschechoslowakei mit ihrer reichen Land- und Forstwirtschaft, ihren Kohlen- und Eisenschätzen und der hochentwickelten Industrie unendlich viel günstiger da als Deutsch-Österreich, dessen Erbe sie angetreten hat. Von dieser Gunst wird naturgemäß Prag in erster Linie profitieren. Aber den vollen Nutzen wird die Tschechoslowakei erst dann aus ihrem Reichtum ziehen, wenn sie erkennt, daß die erstrebte „Umorientierung nach dem Westen", d. h. die engere wirtschaftliche Fühlungnahme mit den Siegerstaaten auf Kosten der alten Beziehungen zu den deutschen Nachbarstaaten, den natürlichen wirtschaftlichen Gesetzen zuwiderläuft. Schon die verflossenen sechs Jahre haben genügt, den Beweis zu erbringen, daß die Abhängigkeit vom Wirtschaftsleben der beiden deutschen Nachbarstaaten sich nicht durch künstliche Maßnahmen beseitigen läßt.

Die Tschechen haben den Ehrgeiz, ihre Hauptstadt zu einer Metropole ersten Ranges, besonders in politischer Beziehung, zu erheben. Nach dem 1919 veröffentlichten Programm des Ministers Benesch sind sie bestrebt, Prag zum „politischen Hauptzentrum Mitteleuropas" zu machen. Den geographischen Bedingungen nach kann man im Zweifel sein, ob Prag überhaupt imstande sein wird, seine politische Aufgabe als Hauptstadt des tschechoslowakischen Staates zu erfüllen. Wir neigen mit A. Supan der Ansicht zu, daß Prag „niemals etwas anderes sein kann, als die Metropole Böhmens".

Kein anderes Land hat eine so bedeutende Verschiebung seines politischen Mittelpunkts erfahren wie Rußland, wo er von der Peripherie nach dem Herzen des Landes, dem altehrwürdigen Moskau, gerückt ist. Es ist nicht das erste Mal, daß sich der Schwerpunkt Rußlands in so gewaltigen Sprüngen verlegt hat. Zur Zeit der ersten Gründung des russischen Staates durch die Waräger im 9. Jahrhundert war Nowgorod Hauptstadt. In der Zeit des byzantinischen Einflusses nahm das kleinrussische Kiew eine Vormachtstellung ein. Unter der Tatarenherrschaft wurde zunächst Susdal, dann Wladimir an der Kliasma, einem Nebenfluß der Wolga, Sitz der Großfürsten, während Sarai an der Wolga,

gegenüber dem jetzigen Zarizyn, lange der Kernpunkt der Mongolenmacht war. Anfang des 14. Jahrhunderts rückten das weltliche und geistliche Zentrum von Wladimir 100 km westwärts nach Moskau, und Moskau blieb auch die Hauptstadt des großrussischen Reiches, welches in langen Kämpfen aus dem Großfürstentum Moskau hervorging, bis im Jahre 1703 Petersburg an seine Stelle trat. Die langen Kurven, in welchen sich die Verschiebung der Hauptstadt vollzogen hat, entsprechen der Weiträumigkeit des Landes und den wechselreichen auswärtigen Einflüssen, unter denen Rußland gestanden hat.

Die Gründung von Petersburg leitete eine völlig neue Phase in der Entwicklung Rußlands ein. Das dadurch erstrebte Ziel der russischen Politik, nämlich durch direkte Berührung mit der Ostsee und dem zivilisierten europäischen Westen den Kulturstrom Westeuropas in das Reich zu leiten und Rußland zu einer Großmacht zu erheben, wurde erreicht. Die bedenkliche Lage am Rande des Riesenreichs barg sowohl nach außen wie nach innen Gefahren. Nur durch eine straffe Zentralisation der Verwaltung und ein despotisches Regiment konnte das Reich im Innern zusammengehalten werden. Die Sicherung nach außen hin verlangte gebieterisch die Beseitigung der polnisch-schwedischen Schranke im Nordwesten. Eine gewaltige Energie strömte von dem russischen Kraftzentrum aus. Erst der Weltkrieg hat dem Vordringen Rußlands, das seine Hand bereits nach Ostpreußen ausstreckte, Halt geboten.

Der Weltkrieg und der Umsturz im Innern haben die Entwicklung Rußlands jäh unterbrochen und in andere Bahnen gebracht. In der Rückverlegung des politischen Mittelpunkts von der Peripherie nach dem zentral gelegenen Moskau haben wir nicht nur die notwendige Folge des Gebietsverlustes im Westen und der Verengung des wirtschaftlichen und politischen Tores im Nordwesten, sondern auch das Symbol völliger innen- und außenpolitischer Neuorientierung zu sehen. Sie ist der Ausdruck der nationalen Reaktion gegen das Europäertum. Das Werk Peters des Großen ist zerschlagen, Rußland zieht sich in sich selbst zurück und wendet sich wieder seinen kontinental-nationalen Aufgaben zu. In Vorahnung dieser Entwicklung schrieb Alfred Hettner in seinem 1916 in zweiter Auflage erschienenen Buche über Rußland: „Immerhin wäre es leicht möglich, daß im Zusammenhang mit der mehr nationalistischen Ausbildung des Reiches und infolge einer etwaigen Zurückschiebung der russischen Westgrenze die Hauptstadt schon bald nach dem im Herzen des Landes gelegenen Moskau zurückverlegt wird."

Moskau hat neben Petersburg niemals seine politische und nationale Bedeutung verloren gehabt, auch ist es an Volkszahl und wirtschaftlicher Bedeutung wenig hinter Petersburg zurückgeblieben. Es wurde das Zentrum der zentralrussischen Industrie, die wichtigste Handelsstadt und der erste Verkehrsknotenpunkt des Binnenlandes. Den Russen galt es stets als der eigentliche nationale Mittelpunkt;



an ihm hing von jeher das Herz des Volkes weit mehr als an der Europäerstadt Petersburg. Petersburg war das Haupt, Moskau aber das Herz Rußlands. Politisch war es für das Russische Reich von großem Wert, zwei Kern- und Herzlandschaften zu besitzen, von denen in Zeiten der Not die eine für die andere einspringen konnte (1812!).

Auch die heutigen Machthaber in Rußland haben sich diesen Vorteil zunutze gemacht. Nur dem Umstand, daß sie sich nach dem zentral gelegenen Moskau zurückziehen konnten, haben sie es zu verdanken, daß sie sich nach außen hin zu behaupten vermochten. Nur von jenem Punkt im Herzen des Landes aus war es möglich, die an der Peripherie des Reiches einsetzenden gegenrevolutionären Unternehmungen zu unterdrücken. Moskau war auch der gegebene Punkt, von dem aus die bolschewistischen Ideen am leichtesten nach allen Richtungen über die verschiedenen Teile des Reiches, sei es durch Propaganda oder Gewalt, verbreitet werden konnten.

Die alte Krönungsstadt der Zaren ist heute die Hauptstadt Sowjet-Rußlands. Das alte Reich zerfiel zunächst in einen Bund halbsouveräner Staaten, der durch die Zentralregieruug in Moskau nur locker zusammengehalten wurde. Aber schon bald machte sich die von der Hauptstadt ausstrahlende Energie stärker geltend. Am 30. Dezember 1922 wurde der „Bund der sozialistischen Sowjet-Republiken" gegründet und damit der Staatenbund in einen geschlossenen Bundesstaat umgewandelt. In ihm nimmt der Staat der Großrussen, die „Russische Sozialistische föderative Sowjet-Republik" mit der Hauptstadt Moskau, dem Sitz des Allrussischen Zentralexekutivkommitees und der 18 Volkskommissare, eine führende Stellung ein. In der heutigen staatlichen Gliederung Rußlands dürften wir, sagt W. Gerbing, den Versuch erblicken, „unter Schonung des neuerwachten Nationalgefühls der zahlreichen Fremdvölker Rußlands die Herrschaft des Großrussentums wieder neu zu begründen und zu festigen". Anfangs selbständige Gebiete, die nur durch Verträge mit Moskau verbunden waren, wie Weißrußland, die Ukraine und die drei transkaukasischen Republiken, haben ihre diplomatische und militärische Selbständigkeit aufgegeben und sind dem Bundesstaat beigetreten. Bei der Ukraine kommt die wachsende Abhängigkeit vom Großrussentum äußerlich dadurch zum Ausdruck, daß heute nicht mehr Kiew, der nationale Mittelpunkt der Kleinrussen, sondern die stärker unter großrussischem Einfluß stehende Stadt Charkow der Sitz der Regierung ist. Selbst die entferntesten Teile des ehemaligen Reiches stehen wieder in einem engeren Verhältnis zu Moskau. Die Sowjetrepubliken Turkestan, Buchara, Chiwa sind nunmehr nominell unabhängig. Große Teile von Sibirien hängen wie früher direkt von Moskau ab und selbst die „Republik des fernen Ostens", die sich ganz von Sibirien und Moskau losgerissen hatte, hat sich wieder an Großrußland angeschlossen. So wachsen die Teile des

alten Reiches allmählich aufs neue zusammen, und wiederum geht die Gründung des Reiches von Moskau aus. Man darf den Zusammenschluß keineswegs ausschließlich als einen Gewaltakt der Moskauer Machthaber hinstellen, es liegen ihm viel tiefere, in der Natur des Wohnraums und in der Seele des Volkes verankerte Motive zugrunde. Es wirkt dabei ebenso sehr der den Geist der Bewohner zur Einheit leitende Raum mit, wie das Bedürfnis nach wirtschaftlicher Ergänzung und wie ganz besonders auch das durch Geschichte und Kultur gewordene Zusammengehörigkeitsgefühl der Völker. Nicht vergessen dürfen wir unter diesen Gefühlsmomenten die Anziehungskraft, welche das „Mütterchen" Moskau ausübt.

Und was wird aus Petersburg? Die Prophezeiung Alfred Hettners, daß Moskau, wenn es wieder zur Hauptstadt des Reiches gemacht würde, jenes wahrscheinlich bald überholen würde, ist nur zu schnell Wahrheit geworden. Petersburg hatte vor dem Krieg (1912) 2019000 Einwohner, Moskau (1912) 1617000 Einwohner, im Jahre 1923 hatte Petersburg nunmehr 1071000, Moskau schätzungsweise 1600000 Einwohner. Petersburg ist nur noch eine Ruine; stärker als irgend eine Stadt Rußlands hat Petersburg, der Sitz des alten Regimes und der finanziellen und intellektuellen Oberschicht, durch den Umsturz gelitten. Die Verwüstungen zeigen sich ebenso im Stadtbild wie im Niedergang von Handel und Industrie. Ein- und Ausfuhr durch den Hafen von Petersburg betrugen 1922 nur 22% vom Jahre 1913. Aber Petersburg wird diese Krisis, wenn auch erst in Jahrzehnten, überwinden. Die Geschichte hat gezeigt, daß die dem mächtigen Willen Peters des Großen entsprungene Stadt eine starke Lebenskraft besitzt. Sie wird das natürliche Eingangstor, das europäische Fenster, auch des neuen Großrußlands bilden und vielleicht schon in nicht allzu ferner Zeit wieder sein politisches Ausfalltor werden. Denn jedes Wirtschaftszentrum ist ein politisches Kraftfeld und der imperialistische Trieb steckt, wie die Geschichte lehrt, viel zu tief im Blute des russischen Volkes, als daß er nicht eines Tages wieder zum Ausbruch käme.

In den vom Westen Rußlands abgesplitterten Staaten wurde die Wahl einer durch ihre Lage, Bedeutung und Tradition zur Hauptstadt berufenen Siedelung nicht schwer. Eine ernstliche Konkurrentin war in den meisten Fällen gar nicht vorhanden. In Finnland kann die Hauptstadt nur innerhalb des Dreiecks Ladogasee—Uleåborg—Åbo, in welchem sich das Wirtschafts- und Kulturleben Finnlands abspielt, und auch dort nur an der Küste der Ostsee liegen. Der Tradition hätte es mehr entsprochen, wenn statt Helsingfors Åbo der politische Mittelpunkt geworden wäre. Åbo hatte während der ganzen schwedischen Zeit, besonders seitdem Finnland dem schwedischen Reich gegenüber eine weitgehende Selbständigkeit gewann, eine Vorrangstellung inne. Selbst nach der Vereinigung Finnlands mit Rußland blieb Åbo zunächst Hauptstadt und Sitz der Behörden. Erst 1817 trat Helsingfors an seine Stelle. Åbo ist also etwa 600 Jahre, Helsing-



fors nur etwa 100 Jahre Hauptstadt gewesen. Auch als Siedelung ist Åbo bedeutend älter und traditionsreicher. Seine Erinnerungen reichen bis in die frühchristliche, ja heidnische Zeit zurück, während das heutige Helsingfors erst seit 1639 besteht. Das etwa 100 Jahre früher gegründete alte Helsingfors (Gammelstad) lag 5 km nordöstlich von der heutigen Stadt an der Wandamündung. Aber Helsingfors hat Åbo in den letzten 100 Jahren weit überflügelt; es ist der Brennpunkt des finnländischen Lebens geworden und mußte daher auch der politische Mittelpunkt des jungen Staates werden. Die exponierte Randlage der Hauptstadt und überhaupt des wichtigsten Wirtschafts- und Kulturgebietes Finnlands am Finnischen Meerbusen macht es erklärlich, daß das Hauptziel der Außenpolitik des jungen Staates darin besteht, eine Sicherung gegen den gefürchteten russischen Nachbarn zu schaffen. Schon mehrfach wurde ein Bündnis mit den baltländischen Republiken und Litauen oder mit den anderen skandinavischen Staaten erörtert, ohne daß allerdings eine Hoffnung auf Verwirklichung besteht. Die Erfüllung des anderen außenpolitischen Ziels der finnischen Nationalisten, die Schaffung eines Groß-Finnlands durch Angliederung von Ost-Karelien und der Halbinsel Kola, wodurch ein wertvolles Hinterland und eine weit bessere Grenze gegen Rußland gewonnen würden, ist ebenfalls noch in weiter Ferne. Hier macht sich für Finnland die räumliche Entfernung seines politischen und kulturellen Schwerpunkts von jenen durch die Murmanbahn an Petersburg angeschlossenen Gebieten erschwerend bemerkbar.

Gegenüber Helsingfors liegt die ebenfalls randständige Hauptstadt des jungen Staates Eesti, Reval, einst Hauptstadt der russischen Provinz Estland. Gleich Riga, der Hauptstadt der früheren Provinz Livland und des jetzigen Staates Lettland, überragt Reval alle anderen Siedlungen des Landes weit an Einwohnerzahl und wirtschaftlicher Bedeutung. Das Schwergewicht der beiden kleinen baltischen Staaten ist derart in den Hauptstädten zusammengefaßt, daß von deren Schicksal die Existens der jungen politischen Gebilde vollständig abhängt. In dieser Tatsache liegt der Hauptgrund dafür, daß man über die Lebensfähigkeit des estnischen und lettländischen Staates sehr skeptisch denken muß. Durch die ostbaltischen Häfen ging vor dem Krieg etwa ein Drittel des ganzen russischen Außenhandels. Reval war das Haupteingangstor für den Moskauer Industriebezirk, Riga, vor Petersburg und Odessa, der größte Ausfuhrhafen des russischen Reiches, dessen Hinterland sich nicht auf das westrussische Gebiet beschränkte, sondern tief, bis zur Wolga, nach Zentralrußland hineingriff. Wichtige Verkehrslinien verbinden die beiden Städte, besonders Riga, mit Rußland. Beide Städte werden auch in Zukunft für Rußlands Wirtschaft unentbehrlich sein; ebenso sind Reval und Riga durchaus auf enge wirtschaftliche Verbindung mit dem russischen Hinterland angewiesen. In dieser wirtschaftlichen Abhängigkeit und in dem

zweifellos wieder erwachenden Streben Rußlands nach dem Meer liegt eine ernste Gefahr für die politische Selbständigkeit der beiden Staaten. Estland und Lettland befinden sich in einer argen Zwangslage, sie bedürfen Rußlands und müssen sich gleichzeitig vor ihm hüten. Aus sich selbst heraus sind sie nicht in der Lage, dem Druck des übermächtigen Nachbarn standzuhalten, umso weniger, als zwischen den drei kleinen baltischen Randstaaten, welche das gleiche lebenswichtige Abwehrinteresse gegen Rußland zusammenführen sollte, eine starke Spannung besteht. Die Anlehnung an eine stärkere Macht birgt aber andererseits die Gefahr der Verwicklungen mit Rußland in sich. Man muß auch noch aus einem anderen Grunde an der Lebenskraft dieser Staaten zweifeln. Weder die Esten noch die Letten haben bisher jemals aus eigener Kraft Staaten gebildet und jetzt, nachdem ihnen die Freiheit als Geschenk zugefallen ist, haben sie sich durch den rücksichtslosen Vernichtungskampf gegen das Deutschtum des wichtigsten kulturellen Elements beraubt. Wo aber die Tradition fehlt und eine an Selbständigkeit und Verantwortung gewöhnte, des Regierens und der Verteidigungsarbeit kundige Oberschicht erst erzogen werden muß, steht das Staatsgebäude auf schwankendem Boden.

Für Litauen ist das Hauptstadtproblem noch nicht gelöst, denn der historische, politische und geistige Mittelpunkt Litauens ist nicht die jetzige Landeshauptstadt Kowno sondern das von den Polen gewaltsam annektierte Wilna. Wilna wurde bereits im Jahre 1323 zur Residenz erhoben und blieb es während der ganzen Lebensdauer des großen litauischen Staates, der etwa von jener Zeit an sich fast über das ganze westliche Rußland bis Kiew ausbreitete. Nach der Eroberung durch die Russen im Jahre 1794 wurde es russische Gouvernementsstadt. Wilna war der Sitz des im September 1917 gewählten litauischen Landesrats, und dort erfolgte auch am 16. Februar 1918 die Proklamation des litauischen Staates mit der Hauptstadt Wilna. Nach dem Abzug der Deutschen setzte der Kampf um den Besitz der Stadt ein. Zuerst wurde sie von den Bolschewisten, darauf, im April 1919, von den Polen besetzt. Während des russisch-polnischen Krieges im Jahre 1920 versuchten die litauischen Truppen sich der Stadt zu bemächtigen, aber zuerst kamen ihnen die Russen, dann die Polen zuvor. Am 9. Oktober 1920 brachte der General Zeligowsky durch Handstreich die Stadt in die Gewalt der Polen, und seitdem ist sie trotz heftiger Bemühungen der Litauer im polnischen Besitz geblieben. Nach Inszenierung einer Abstimmungskomödie hat Polen, dank dem kläglichen Versagen des Völkerbundes, am 18. April 1922 die Verwaltung des Wilnaer Gebiets offiziell übernommen. Aber für Litauen ist das Wilna-Problem nicht erledigt, es bildet den wichtigsten Gegenstand seiner Außenpolitik. Mit Recht hat man Litauen ohne Wilna einen Rumpf ohne Kopf genannt. Die Polen gründen ihren Anspruch darauf, daß das polnische Element



in Wilna stärker vertreten ist als das litauische. Tatsächlich überwiegen weder die Polen, noch die Litauer, noch auch die Russen, sondern das Gros der Bevölkerung, vielleicht die Hälfte der 350000 Einwohner, besteht aus Ostjuden. Wenn auch die Polen stark hervortreten und besonders die Intelligenz und das besitzende Bürgertum polnisch sind oder sich zu Polen rechnen, so ist doch das historische Anrecht Litauens auf Wilna unbestreitbar. Wilna bildet den natürlichen und wirtschaftlichen Schwerpunkt Litauens. Als politischer Mittelpunkt läge es zwar nicht so zentral wie Kowno, böte aber die Möglichkeit einer Stärkung des litauischen Volkstums im Grenzland, während ein polnisches Wilna umgekehrt den Polen Litauens einen starken Rückhalt bietet.

Warschau hat als Hauptstadt des neuerstandenen Polens dieselbe günstige Lage wie im ehemaligen Königreich. Wenn auch nicht im geometrischen Mittelpunkt, liegt es doch im geographischen. Von Natur vorgezeichneten Wegen folgend, kreuzen hier wichtige westöstliche Verkehrswege die große Lebensader des polnischen Reiches, die Weichsel, welche das natürliche Band zwischen dem Süden und dem Norden des Landes bildet. Warschau hat sich dank der Gunst seiner Lage zum ersten Verkehrsknotenpunkt Polens und zum Mittelpunkt des polnischen Binnenhandels entwickelt. Im internationalen Verkehr spielt es die Rolle eines Vermittlers zwischen dem Osten und Westen Europas und erinnert dadurch an Wien, mit dem es außerdem den Vorteil gemeinsam hat, an der wichtigsten Wasserstraße des Reiches zu liegen. Dieselben Vorzüge, welche Warschau als Verkehrs- und Handelsstadt auszeichnen, kommen ihm in seiner Eigenschaft als Hauptstadt des Landes zugute. Das heutige Polen ist ein ausgesprochener Nationalitätenstaat. Es wird zu 30—40 % von nationalen Minderheiten bewohnt, die ringsum an den Grenzen ein unruhiges Element bilden. Wenn überhaupt von irgend einem Punkt des Staates, wird es nur von dem im polnischen Kernland liegenden Warschau aus möglich sein, die Randgebiete mit gleicher Kraft festzuhalten. Die zentrale Lage bietet zudem einen gewissen Schutz gegen die Nachbarstaaten, aus denen der neue Staat herausgeschnitten ist. Auch das ist politisch von Bedeutung, denn die Geschichte zeigt, daß bei kriegerischen Verwicklungen die Eroberung Warschaus stets als das erstrebenswerteste Ziel der Gegner galt. Im Weltkrieg war mit dem Fall Warschaus im August 1915 die Eroberung Polens besiegelt.

Nicht von jeher ist Warschau die Hauptstadt Polens gewesen, es ist sie erst unter dem Zwang der territorialen Entwicklung geworden. In den ersten Jahrhunderten des Bestehens eines polnischen Staatswesens lag der Schwerpunkt weit im Westen, die Hauptstadt war 300 Jahre lang Gnesen. Mit dem Vordringen der Deutschen rückte die Stadt in eine gefährliche Randstellung. Vom Jahre 1320 an war deshalb Krakau Krönungs- und Residenzstadt. Damit befand sich die

Hauptstadt ebenfalls nahe der Peripherie, aber diese Randlage wurde doch erst bedrohlich und schließlich unhaltbar, als durch die Vereinigung Polens mit Litauen der geometrische Mittelpunkt weit nach Norden gewandert war, sich die Beziehungen Polens zu Ungarn lösten, und Polen sich enger an Schweden anschloß. Um die Mitte des 16. Jahrhunderts wurde Warschau, bis dahin die unbedeutende Hauptstadt des Herzogtums Masovien, welches 1526 seine Sonderstellung verlor, zur Residenz erhoben, und seitdem hat jene Stadt immer als das politische Zentrum des Landes gegolten. Unter russischer Herrschaft war sie der Sitz des Generalgouvernements der Weichselprovinzen, unter deutscher zur Zeit des Weltkriegs der Mittelpunkt des Generalgouvernements Warschau. Im alten Königsschloß in Warschau erhielt Polen am 5. November 1915 seine Selbständigkeit aus den Händen der Sieger zurück.

Der Lebensnerv des polnischen Staates ist die Weichsel. Abgesehen von den ersten Jahrhunderten der Existenz eines polnischen Staates hat die Hauptstadt immer an jenem Strom gelegen. Auch die Städte Plock und Czerck, welche vor Warschau die Hauptstädte Masoviens waren, liegen an der Weichsel. Mit der Erhebung Warschaus zur Hauptstadt Polens war ungefähr die Mitte des Stromes getroffen. Von jeher hat diese zum Meer führende Naturlinie die Wege und Ziele der polnischen Politik beeinflußt und in Zeiten der Expansion die Richtung angegeben, wobei sowohl wirtschaftliche Gesichtspunkte als nationale Gefühlsmotive mitsprachen. Heute ist die ganze Weichsel bis auf das unterste Mündungsgebiet in polnischer Hand. Nur einem Zufall, nämlich der Befürchtung Englands, daß Deutschland den Friedensvertrag nicht unterschreiben würde, scheint es zuzuschreiben zu sein, daß zusammen mit dem westpreußischem Korridor nicht auch Danzig den Polen zugesprochen wurde. Es wurde ein autonomer, dem Schutz des Völkerbundes unterstellter Freistaat Danzig geschaffen, der in seiner äußeren Form an die mittelalterlichen Stadtstaaten erinnert, aber in seiner völkerrechtlichen Stellung durchaus eigenartig und mit früher vorhandenen ähnlichen Gebilden nicht zu vergleichen ist. Unter völliger Ausschaltung des rechtmäßigen Eigentümers sind die Geschicke dieser rein deutschen Stadt, die natürlich selbst nicht in der Lage ist, sich zu schützen, in die Hände des Völkerbundes und Polens gelegt. Das augenblickliche Verhältnis Polens zu Danzig ist ein derartiges, daß man es nur als eine Vorstufe zu völliger Abhängigkeit bezeichnen kann. Wirtschaftlich ist der Freistaat schon jetzt eng an Polen angeschlossen. Die Versuche, Danzig zu einer polnischen Garnisonstadt zu machen, sind bisher fehlgeschlagen, aber die Hoffnung der Polen, diesen wichtigsten Punkt ihres großen Stroms auch militärisch zu besitzen, lebt weiter. Sie wird weiterleben, solange der Weichselstaat besteht, zum mindesten solange der westpreußische Korridor polnisch ist. Das Schicksal Wilnas, welches die ganze



Ohnmacht des Völkerbundes offenbarte, ist nur zu sehr geeignet, Polen zu dem Versuch zu verleiten, sich eines Tags auch Danzigs auf ähnliche Weise zu bemächtigen.

Bulgarien hat im Frieden von Neuilly 1920 zwar nur 8440 qkm an Areal eingebüßt, aber der Gebietsverlust ist für den im Frieden von Bukarest 1913 so stark zusammengeschrumpften Staat sehr fühlbar, umsomehr, als es sich um lebenswichtige Teile handelt. Am empfindlichsten ist die Abtretung des südlichen Küstenlandes (von Xanthi und Gümüldschina) an Griechenland. Für die Hauptstadt des Landes bedrohlicher sind die, wenn auch an sich geringfügigen Verluste an der Westgrenze, in deren Nähe Sofia liegt. Die dort an vier Punkten abgetrennten Gebietsteile mit übrigens völlig oder überwiegend bulgarischer Bevölkerung wurden Serbien mit der Begründung überlassen, daß sie in bulgarischer Hand eine zu starke Bedrohung der südslawisch-griechischen Bahn Nisch-Saloniki bilden. Wichtig ist besonders das Gebiet um Tsaribrod, an der die beiden politischen Brennpunkte Sofia und Nisch verbindenden Bahn. Von dort aus drangen die Bulgaren sofort nach dem Eintritt in den Krieg (Oktober 1915) in Serbien ein, besetzten die Bahnlinie und eroberten nach wenigen Tagen Nisch. Heute muß von den beiden Städten Sofia als die stärker bedrohte angesehen werden. Zwar liegt die jugoslawisch-bulgarische Grenze noch etwas westlich des Dragoman-Passes, aber nur etwa 56 km von der bulgarischen Hauptstadt entfernt. Die Nähe ist umso bedenklicher, als sich an dieser Seite des rings von Feinden umgebenen bulgarischen Staates das Kräfteverhältnis zum Nachbarn besonders stark zuungunsten Bulgariens verschoben hat.

Tiefgreifende Folgen hat der Ausgang des Weltkrieges für die Türkei und deren Hauptstadt gehabt. Das Osmanische Reich bietet das trefflichste Beispiel eines Vorgangs, der sich in der Geschichte gar nicht selten wiederholt: Im Verlaufe eines langsamen Abbröckelungsprozesses rückt der anfangs zentral gelegene politische Mittelpunkt eines Reiches näher und näher an die Peripherie; dadurch wächst die Gefahr für die Hauptstadt, indem einerseits der Besitz derselben für die Nachbarstaaten immer begehrenswerter, andrerseits ihre Verteidigung immer schwieriger wird, bis endlich der Höhepunkt der Krise eintritt, welcher zur Aufgabe der alten Hauptstadt und zur Wahl einer neuen im Herzen des Rumpfstaates zwingt. Konstantinopel lag zwar weder im Zentrum der asiatischen, noch in dem der europäischen Türkei, wohl aber an der Schwelle beider, an dem mittleren der drei Becken, um welche sich die Macht der Türkei gruppierte: Ägäisches Meer, Marmarameer, Schwarzes Meer, und damit doch im geographischen Zentrum des Reichs. In dem Zerfallsprozeß splitterten an allen Seiten Teile ab, so daß der Rumpfstaat schließlich von einer förmlichen Trümmerhalde rings umgeben war, ganz besonders aber, konzentrisch gegen die Haupt-

stadt fortschreitend, auf der europäischen Seite. Das Schwarze Meer und das Ägäische Meer wurden für die Türkei Randmeere, nur das Marmarameer blieb ein Binnenmeer. Konstantinopel einst der Ausgangspunkt und die Kraftquelle eines asiatischen Volkes zu nationaler Größe auf europäischem Boden, wurde nun das letzte Bollwerk jenes Volkes in Europa und das Ziel zentripetal gerichteter Angriffe europäischer Völker.

Mit dem Verlust der europäischen Gebiete bis auf einen kleinen Rest hatte Konstantinopel schon vor dem Weltkrieg seine wichtigste Rolle im Osmanischen Reiche ausgespielt. Dennoch war es weit mehr als nur die auf europäischem Boden liegende Hauptstadt eines asiatischen Volkes. Konstantinopel ist eine von den Städten, welche durch ihre geographische Lage zu allen Zeiten im Brennpunkt der Weltpolitik stehen, und deren Besitz selbst kleinen und schwachen Staaten ein bedeutendes Gewicht verleiht. Solange die Türkei jenen Punkt an der Berührung zweier Kontinente und zweier Meere beherrschte, jenen Punkt, von dem Napoleon gesagt haben soll, daß sein Besitz ein halbes Königreich wert sei, solange mußte sie trotz noch so starken Kräftezerfalls ein wichtiger Faktor in der Weltpolitik bleiben. Konstantinopels geopolitische Bedeutung war mit der wachsenden Verkehrsspannung zwischen jenen Meeren und Kontinenten, an deren Berührungspunkt es liegt, noch beträchtlich gestiegen. Sie erreichte einen Höhepunkt und wurde einer der Konfliktsstoffe, die den Weltkrieg hervorriefen, als sich die Beziehungen des Deutschen Reichs zum Orient festigten und sich am Bosporus die dem Landweg folgenden deutsch-türkischen Kraftlinien mit den englisch-russischen kreuzten. Mit bewundernswerter Tapferkeit und Aufopferung haben die Türken im Balkankrieg und im Weltkrieg ihre Hauptstadt, dieses letzte Dokument einer großen Vergangenheit, von dessen Bahauptung Ansehen und Weltgeltung der Türkei abhing, verteidigt. Als aber 1918 die Mittelmächte zusammenbrachen, war auch das Schicksal Konstantinopels besiegelt.

Nach der Besetzung der Meerengen und Konstantinopels nahmen die Dinge einen für die Feindmächte ganz unerwarteten Verlauf. Sie glaubten, damit die Türkei völlig in ihrer Hand zu haben und entwarfen einen Plan zu ihrer gänzlichen Zertrümmerung. Die arabischen Gebiete wurden losgetrennt, Konstantinopel und die Meerengen sollten unter Verwaltung der Verbündeten autonom, das den Türken verbleibende Gebiet in Interessensphären zerschlagen und im Osten ein großarmenischer Staat gegründet werden. Aber es zeigte sich, daß Konstantinopel durchaus nicht die Türkei bedeutete, und daß die Macht der Sieger nicht viel weiter reichte als ihre Schiffsgeschütze. Mustafa Kemal zog sich mit den Resten der türkischen Armee nach Anatolien zurück, sammelte alle nationalen Kräfte um sich und machte eine Stadt im Herzen des Landes, Angora, zum Zentrum des Widerstandes gegen die Feindmächte und gegen die völlig ihrem



Willen unterworfene Regierung in Konstantinopel. Eine eigene Regierung mit gesetzgebender Versammlung wurde in Angora eingesetzt und ein nationalistisches Heer aufgestellt. Eine Kraft strahlte von Angora, der jungen Rivalin Konstantinopels, aus, welche die Welt in Erstaunen setzte. Angora wurde der wahre Kern des türkischen Nationallebens. Die armenische Republik von Eriwan wurde zum Frieden gezwungen, die Franzosen wurden in Zilizien und Kurdistan erfolgreich bekämpft, die Griechen an der Westküste vernichtend geschlagen. Die Türkei erlebte eine nationale Wiedergeburt. Frankreich verzichtete gegen andere Konzessionen auf Zilizien und Teile Nordsyriens, Italien auf die ihm im Süden Kleinasiens angewiesene Einflußzone, die Griechen räumten nicht nur Kleinasien, sondern auch Ostthrazien, Teile Transkaukasiens wurden zurückgewonnen. Diese bewundernswerten Erfolge stärkte die Position Angoras außerordentlich. Durch Beschluß der Nationalversammlung vom 1. November 1922 wurde die Regierung in Konstantinopel für abgesetzt erklärt, und Angora endgültig zur Hauptstadt der türkischen Republik erhoben. Angora ist seitdem Sitz der Regierung geblieben, auch nachdem Konstantinopel im September 1923 von den alliierten Truppen geräumt wurde.

Die Geschehnisse in der Türkei erinnern an Rußland. Wie dort konzentrierte sich der Widerstand gegen die äußeren Feinde im Herzen des Landes. Aus dem ihnen ureigensten Boden sogen die geschwächten Völker Rußlands und der Türkei gleich Antäus neue Kräfte. Von dort ging die nationale Bewegung und die Wiederfestigung der in Trümmer zerfallenen Staaten aus. Die Hauptstädte wanderten ins Innere, während den am Nordwestrand gelegenen alten Hauptstädten die Rolle europäischer Fenster verblieb. An Tradition und Gunst der Verkehrslage kann sich freilich Angora mit Moskau bei weitem nicht messen, auch ist es mit etwa 40000 Einwohnern keineswegs die volkreichste Stadt Anatoliens. Immerhin ist Angora reich an historischen Erinnerungen. Seine Lage an der Grenze des Binnen- und Randlandes, in fruchtbarer Umgebung, am Endpunkt der anatolischen Bahn, von dem nach allen Seiten fahrbare Straßen ausgehen, bietet ihm als Hauptstadt viele Vorteile. Die Notwendigkeit des Ausbaus des Verkehrsnetzes hat die Regierung erkannt; vor allem ist eine direkte Bahnverbindung Angoras mit der Küste des Schwarzen Meeres ins Auge gefaßt.

Angora hat sich, wie die jüngsten Ereignisse beweisen, als politischer Mittelpunkt des Rumpfstaates glänzend bewährt. Und doch wird man Zweifel hegen müssen, ob es sich dem wieder türkisch gewordenen Konstantinopel gegenüber auf die Dauer zu behaupten vermag. Bisher ist es Angora gelungen, Konstantinopel unter Kontrolle zu halten und die von dort ausgehenden, Angora feindlichen Strömungen zu unterdrücken. Aber wie die wirtschaftliche Rolle Konstantinopels sich niemals darauf beschränken kann, der europäische Brückenkopf eines

asiatischen Volkes zu sein, so entspricht es nicht seiner politischen Stellung, seiner Tradition, seiner Bedeutung als Kalifenstadt, seiner Volkszahl, eine Provinzialhauptstadt innerhalb des türkischen Reiches zu sein. Immer wird eine starke Spannung zwischen jenen beiden Städten bestehen bleiben. Welche von beiden den Sieg davontragen wird, hängt von der innen- und außenpolitischen Entwicklung ab. Ein nach Unabhängigkeit strebendes national-türkisches Regime kann nur seinen Sitz in Angora haben, solange die Türken in Konstantinopel nur geduldet werden und nicht herrschen.

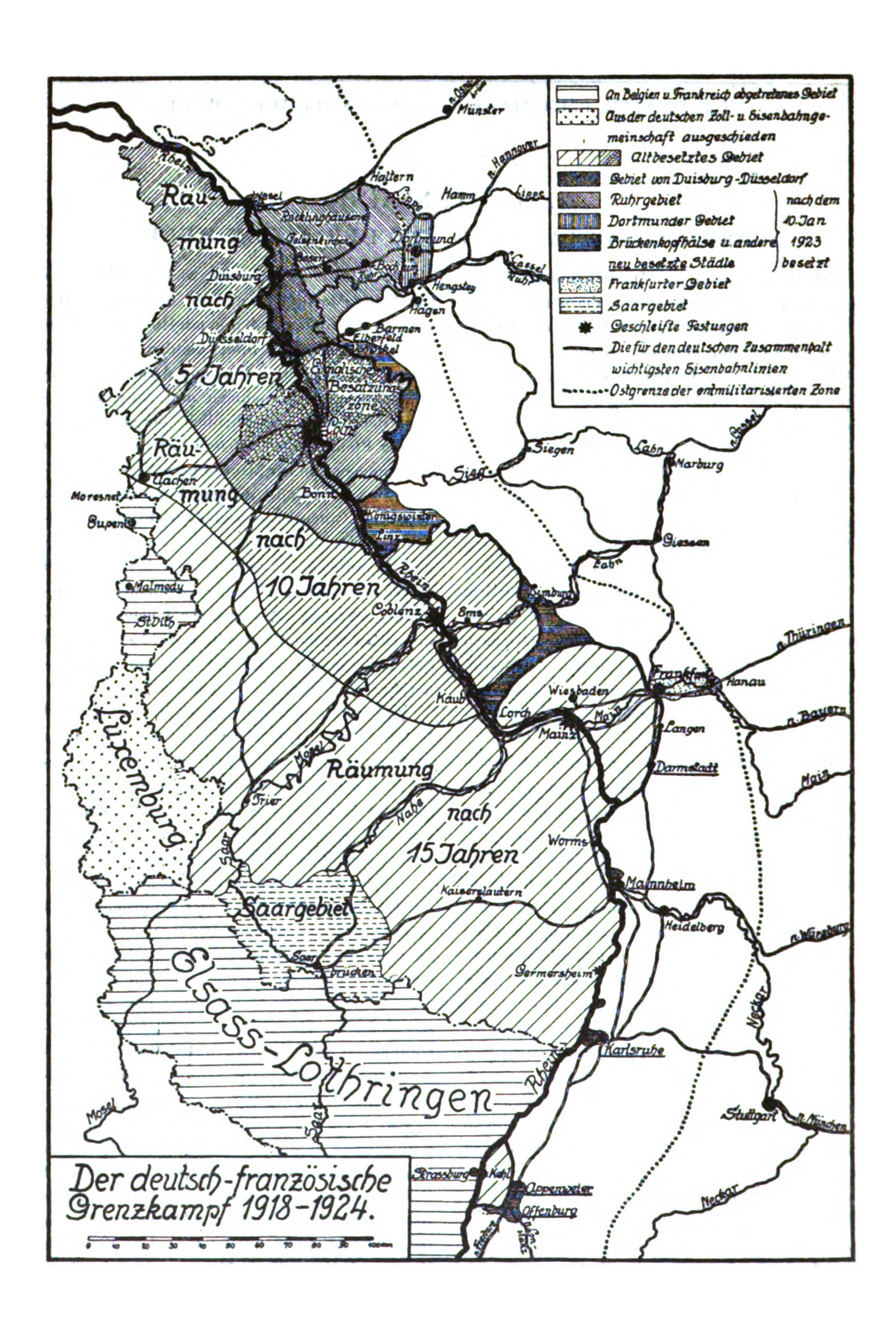
Man hat Konstantinopel mit Kopenhagen verglichen. Auch Kopenhagen liegt an einer belebten Meeresstraße in hervorragend strategischer Stellung, auch Kopenhagen ist durch den Verlust der politischen und wirtschaftlichen Einflußsphäre im Osten des Sundes an die Grenze des zusammengeschrumpften dänischen Reiches gerückt. Aber die sich dort auf dem Land- und Seeweg kreuzenden Kraftlinien sind doch bei weitem nicht von der gleichen geopolitischen Bedeutung wie bei Konstantinopel. Kopenhagen konnte sich als Hauptstadt Dänemarks und als unabhängige dänische Stadt behaupten; Konstantinopel wird immer ein Objekt des Ringens der Großmächte bleiben.

H. LAUTENSACH:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER ALTEN WELT

Die Augen nicht nur Deutschlands, sondern ebenso des übrigen Europa, ja der ganzen zivilisierten Welt waren die erste Hälfte des August über nach London gerichtet, wo die Vertreter der Alliierten mit den Vertretern der deutschen Regierung über die Ausführung des Dawes-Gutachtens (S. 314 f.) berieten, und kehrten sich mit gesteigertem Interesse der deutsch-französischen Kampffront im Areletisch-Lotharingischen Grenzsaum (S. 184, 384) zu, die teils durch die Abkommen der Londoner Konferenz selbst, teils durch die gleichzeitig getroffene Sondervereinbarung zwischen Frankreich, Belgien und dem Deutschen Reich über die militärische Räumung der seit dem 11. I. 23 besetzten rechtsrheinischen Gebiete wesentliche Veränderungen erfahren soll. Im letzten Drittel des Monats wendeten sie sich auf Berlin, wo der Deutsche Reichstag am 29. VIII. die Gesetze annahm, die zur Durchführung des Dawes-Gutachtens nötig sind.

Die im Schlußprotokoll der Londoner Konferenz und seinen vier Anlagen festgelegten Bestimmungen sind mit Ausnahme der Anlage III weit mehr organisatorischer und wirtschaftspolitischer als geopolitischer Art. Selbstverständlich leuchteten auf der Konferenz bei der Stellungnahme der einzelnen Staatsmänner zu den verschiedenen beratenen Fragen die geopolitischen Bindungen der von ihnen vertretenen Länder fortwährend stark durch. Letztere darzustellen kann jedoch nicht Aufgabe dieser Berichterstattung sein; es sei vielmehr auf die Aufsätze der Zeitschrift für Geopolitik, z. B. Günther, „Über Frankreichs geopolitische Stellung" verwiesen. Ein geopolitisch überaus interessanter Versuch ist aber in Kapitel II des in Anlage I enthaltenen Protokolls betreffend die Zahlungen aus dem deutschen Reichshaushalt gemacht worden. Dieses bestimmt, daß vom Jahre 1929/30 ab eine prozentuale Erhöhung der im Normaljahre 1928 vorgesehenen deutschen Leistungen entsprechend dem wirtschaftlichen „Wohlstand" des Reiches eintreten soll. Dazu war nötig, diesen Wohlstand, einen der wichtigen Faktoren staatlicher Macht, ziffernmäßig festzulegen. Der „Wohlstandsindex" soll nun mit Hilfe der folgenden Komponenten gebildet werden: a) Gesamtsumme der deutschen Ein- und Ausfuhr; b) Gesamtsumme der Einnahmen und Ausgaben des Reichshaushalts, einschließlich derjenigen der Länder Preußen, Sachsen und Bayern (abzüglich der Summen, die zur Erfüllung des Versailler Vertrags zu zahlen sind); c) die im Eisenbahnverkehr beförderte Gütermenge nach Gewicht; d) Gesamtgeldwert des Verbrauchs an Zucker, Tabak, Bier und Branntwein im Deutschen Reich berechnet nach den Verkaufspreisen des Kleinhandels; e) Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches; f) Verbrauch an Steinkohle und Braunkohle (letztere in Steinkohle umgerechnet) auf den Kopf der Bevölkerung. Für jeden dieser sechs Posten wird eine Vergleichsbasis gebildet. Bei den Posten a, c und d besteht diese aus dem arithmetischen Mittel der Jahresergebnisse von 1912, 1913, 1926—29, bei b, e und f nur aus dem Mittel der Jahresergebnisse 1927—29. Soll nun z. B. der Wohlstandsindex für 1934/35 bestimmt werden, so wird die prozentuale Erhöhung [+] (bzw. Erniedrigung [—]) jedes Postens für dieses Jahr gegenüber der Vergleichsbasis berechnet. Der Wohlstandsindex ist dann das arithmetische Mittel aus diesen sechs Prozentzahlen (natürlich mit Berücksichtigung der u. U. verschiedenen Vorzeichen). Ein durch die Auswahl der Posten willkürliches und sehr umständliches Verfahren! Das steuerpflichtige Gesamteinkommen der deutschen Staatsbürger hätte vermutlich eine „gerechtere" Grundlage für den beabsichtigten Zweck geboten.

Von höchstem nationalen Interesse sind die militärischen und wirtschaftlichen Räumungen besetzter Gebiete an der Westfront, die teils auf Grund der Annahme der zur Durchführung des Dawes-Gutachtens nötigen Gesetze durch den Deutschen Reichstag, teils auf Grund des Versailler Vertrags (V.V.) in diesen Monaten vor sich gehen.



Der deutsch-französische Grenzkampf 1918–1924.

Die beigegebene Karte („Der deutsch-französische Grenzkampf 1918—24") erläutert die Leidensgeschichte, die deutsches Land zu beiden Seiten des Rheins durch die bisher fast stets nur erweiterten Besetzungen erfahren hat:

1. Laut Waffenstillstandsabkommen vom 11. XI. 1918 wurden nicht nur Belgien, Frankreich, Luxemburg und Elsaß-Lothringen von den deutschen Truppen geräumt, sondern auch die übrigen Gebiete auf dem linken Rheinufer sowie drei Brückenköpfe auf dem rechten Rheinufer um Köln, Koblenz und Mainz von je 30 km Halbmesser von den Truppen der Alliierten besetzt. Dazu kam durch Zusatzabkommen vom 16. I. 1919 der Brückenkopf von Kehl (s. Karte).

2. Laut V. V. Art. 51 trat das Deutsche Reich Elsaß-Lothringen (14522 qkm, 1,874 Mill. Einw.) an Frankreich ab, Luxemburg (2580 qkm, 264000 Einw.) schied aus dem deutschen Zoll- und Eisenbahnverband aus (Art. 40), die Kreise Eupen und Malmedy sowie ein später hinzukommender Teil des Kreises Monschau (1036 qkm, 60000 Einw.) fielen nach einer Abstimmungskomödie an Belgien (Art. 34).

3. Das Saargebiet (19269 qkm, 676000 Einw.) soll 15 Jahre nach Inkrafttreten des V. V. (10. I. 1920) durch Volksabstimmung über seine Staatszugehörigkeit entscheiden (Art. 49).

4. Es ist dem Deutschen Reich verboten, auf dem linken Rheinufer und in einem 50 km breiten Gebietsstreifen rechts des Stromes Befestigungen oder Garnisonen zu unterhalten (Art. 42). Die in dem bezeichneten Raum gelegenen Festungen müssen geschleift werden (Art. 180).

5. Die beim Deutschen Reich verbliebenen linksrheinischen Gebiete sowie die vier Brückenköpfe (31964 qkm, 6,511 Mill. Einw.) bleiben 15 Jahre vom Inkrafttreten des V. V. an von den Alliierten Truppen besetzt (Art. 428). Werden die Bedingungen des V. V. vom Deutschen Reich pünktlich erfüllt, so wird die Kölner Zone (s. Karte, 6415 qkm, 2,306 Mill. Einw.) nach 5, die Koblenzer (6416 qkm, 1,121 Mill. Einw.) nach 10 Jahren geräumt (Art. 429). Poincaré behauptete, entgegen den hier völlig klaren Vertragsbestimmungen, daß keine der Räumungsfristen bisher zu laufen begonnen habe. Am 15. XII. d. J. wird eine interalliierte Konferenz zusammentreten, um zu prüfen, ob die Räumung der Kölner Zone am 10. I. 25 erfolgen soll.

6. Am 4. IV. 1920 besetzten die Franzosen Frankfurt a. M. und das Maintal bis Hanau, räumten dieses Gebiet jedoch am 17. V. des gleichen Jahres wieder.

7. Am 20. V. 1921 wurden von den Franzosen und Belgiern die Rheinhäfen Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort samt ihrem östlichen Vorland (502 qkm, 880000 Einw.) besetzt.

8. Unter dem Druck Poincarés stellte die Reparationskommission am 7. I. 23 wegen der Nichtlieferung einiger Telegraphenstangen und weniger Tonnen Kohle die böswillige Verfehlung des Deutschen Reiches fest, wobei der englische Delegierte John Bradbury erklärte, daß seit den Tagen des trojanischen Pferdes Holz niemals wieder zu einem so bösartigen Zweck verwandt worden sei (Rheinlandtagebuch des amerikanischen Generals Allen vom 8. I. 1923). Darauf besetzten französische und belgische Truppen, angeblich zum Schutze einer aus Franzosen, Belgiern und Italienern bestehenden Ingenieurkommission, am 11. I. 1923 das Ruhrgebiet. Bald darauf folgte die Okkupation der Flaschenhälse zwischen den Brückenköpfen, die Abschnürung der englischen Besatzungszone vom unbesetzten Gebiet durch die Franzosen, die Besetzung von Wesel, Appenweier und Offenburg sowie von Teilen Darmstadts, Mannheims und Karlsruhes (einschl. Ruhrgebiet 3410 qkm, 4,043 Mill. Einw.). In Wesel, Hengstey, Vohwinkel, Limburg wurde der Eisenbahnverkehr des unbesetzten mit dem besetzten Deutschland teils stark erschwert, teils völlig unterbunden. Durch die Maßnahmen der Franzosen in Langen bei Darmstadt, Appenweier und Offenburg wurde die einzige in deutschen Händen verbliebene Bahnlinie längs der Oberrheinischen Tiefebene, die Linie Frankfurt a. M.—Basel, für 11 Monate lahmgelegt. Das städtische Wirtschaftsgebiet von Mannheim wurde in zwei zusammenhanglose Teile zerrissen; der besetzte Teil umfaßt sämtliche Häfen, den Zentralgüterbahnhof, den Personenbahnhof Rheinau sowie ansehnliche Gebiete der Mannheimer Industrie mit 265 großen Firmen. Das gesamte besetzte Gebiet wurde durch eine innere Zollgrenze

mit Paßzwang vom übrigen Deutschland abgeschnürt. Die Eisenbahnen des Ruhrgebiets (s. S. 186) wurden unter die französisch-belgische Regie gestellt. Es begann im altbesetzten Gebiet eine furchtbare Waldverwüstung, besonders in der Pfalz, wo die Franzosen z. B. an einem einzigen Tage, dem 30. XI. 1923, die Holzbestände einer Fläche von 475 Hektar stehend versteigerten; nach einer französischen Darstellung betrug die Holzausbeute im Jahre 1923 im französischen Besatzungsgebiet 900000 cbm, im belgischen 170000 cbm, doch sind diese Zahlen sicher viel zu niedrig gegriffen. Es dürfte in den Forsten des besetzten Gebietes 1923 wenigstens dreimal soviel Holz geschlagen sein, wie mit einer geregelten Forstpflege vereinbar ist.

9. Nachdem die deutschen Regierungsvertreter zwischen dem 5. und 16. VIII. d. J. auf der Londoner Konferenz die verschiedenen Abkommen betreffs Ingangsetzung des Dawes-Gutachtens angenommen hatten, wurde am 18. VIII. das Gebiet von Appenweier und Offenburg (123 qkm, 50000 Einw.) geräumt mit der Begründung, daß der Anlaß der Strafe (= „Sanktion“!), die Nichtbeforderung einiger internationaler Schnellzüge von Paris nach Prag und Warschau durch Süddeutschland, seit kurzem nicht mehr bestehe.

10. Gemäß der während der Londoner Konferenz getroffenen Sondervereinbarung zwischen der deutschen, französischen und belgischen Regierung soll das Ruhrgebiet und das Gebiet von Duisburg-Düsseldorf „in der Höchstfrist von einem Jahre“, gerechnet vom 16. VIII. d. J. ab, militärisch geräumt werden.

11. Die militärische Räumung des östlichsten Abschnitts des Ruhrgebiets, der Zone von Dortmund-Hörde, der Stadt Wesel sowie der übrigen seit dem 11. I. 1923 besetzten Gebiete außerhalb des Ruhrgebiets ist durch Herriot bzw. das belgische Ministerium am 30. VIII. verfügt worden und soll sich zusammen mit der wirtschaftlichen Räumung vollziehen. Die wirtschaftliche Räumung der Dortmunder Zone dürfte erst gegen Ende Oktober beendet sein. Die Karlsruher Häfen wurden am 9. IX. geräumt.

12. Die wirtschaftliche Räumung aller seit dem 11. I. 1923 besetzten Gebiete regelt die Anlage III zum Schlußprotokoll der Londoner Konferenz. In der Nacht vom 8./9. IX. ist dementsprechend Zollschranke an der Ostgrenze des besetzten Gebietes aufgehoben worden. Die inneren Zollämter des Ruhrgebiets sollen am 20. IX. verschwinden. Von da an soll auch im besetzten Gebiet die fiskalische Hoheit des Deutschen Reiches in dem Maße wieder gelten, wie sie vor dem 11. I. 1923 bestand. Vom 22. X. ab sollen die Hemmungen des Personen-, Güter- und Wagenverkehrs entfallen, die seit dem 11. I. 1923 eingetreten sind. Bis dahin werden auch die von der französischen Regierung betriebenen Bergwerke und Kokereien an die Zechenbesitzer und die beschlagnahmten Industrieunternehmungen an die deutschen Industriellen zurückgegeben sein. Vom gleichen Tage ab werden die jetzt von der Regie betriebenen Eisenbahnstrecken auf Rechnung der neuen deutschen Reichsbahngesellschaft betrieben. Die Übergabe der Strecken von der Regie an diese soll unter der Aufsicht eines Organisationsausschusses erfolgen und bis zum 7. XII. d. J. beendet sein. Die in diesem Abschnitt genannten Termine gelten nur, wenn die Reparationskommission vorher in der Lage gewesen ist, gewisse Feststellungen über die Durchführung des Dawes-Gutachtens seitens des Deutschen Reiches zu machen.

Alles in allem bedeutet der August für das Deutsche Reich ein letzten Endes staatskluges Nachgeben von Regierung und Volksvertretung gegenüber dem anders nicht parierbaren Druck der Westmächte, die Übernahme schwerster wirtschafts- und verkehrspolitischer Bindungen durch das Staatsganze (— ganz Deutschland ist nun Reparationsprovinz! —), dadurch aber auch eine Abschwächung der Intensität des Grenzkampfes an der Westfront selbst und kleine räumliche Gewinne sowie eine Entlastung der Grenzgebiete von dem furchtbaren Wirtschafts- und Verkehrsdruck der Besatzungsmächte, hoffentlich auch den Beginn einer aktiveren deutschen Außenpolitik und damit den ersten Schimmer der Morgenröte eines Wiederaufstiegs zur Selbstbestimmung.

K. HAUSHOFER:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER INDO-PAZIFISCHEN WELT



„Ich will mit Dir Tauschen, Onkel Sam!" Manila Times

Das geopolitisch bedeutsamste Dokument aus der indo-pazifischen Welt im Hochsommer 1924, das wir deshalb hier voranstellen, ist der Bericht des indischen Handelsmarine-Ausschusses über die Maßregeln zur Schaffung einer eigenen indischen Handelsmarine, Küsten- und Hochsee-Schiffahrt und Schiffbau-Industrie und zur späteren Umwandlung der R.I.M. (Royal Indian Marine) in eine rein indische Einrichtung.

Es ist ohne weiteres klar, daß bei einer Auseinandersetzung über diesen Gegenstand die wertvollsten Erfahrungen der immer noch herrschenden seefahrenden Nation der Erde zu Tage treten mußten. Ihre Einsicht in die kontinentalen Daseinsbedingungen und die geschichtlichen Lehren ihres am meisten kontinentalen Reichsteils mußten dabei ebenso aufkommen, wie Indiens Wünsche, die der Seeherrschaft seiner Überwinder widerstreben, in einer Reihe von Vorschlägen, Kompromissen, aber auch Widersprüchen.

Dazu kam, daß sicherlich auch die japanischen Erfahrungen und Fehlschläge beim raschen Aufbau der japanischen Schiffahrt erwogen worden sind, dabei teilweise als nicht nachahmenswert, teilweise offenbar als vom britischen Reichsstandpunkt aus zu gefährlich empfunden worden waren, so daß der Bericht auf diese Weise eine verschleierte Kritik des japanischen, des französischen, wie auch des U. S. amerikanischen und des australischen Küsten-Schiffahrts- und Subventions-Wesens enthält. Außerdem spiegelt sich darin die Furcht vor der einheimischen südostasiatischen Schiffahrts-Konkurrenz und Handels-Emanzipation überhaupt. Endlich nötigt die weite Auffassung der Vereinigten Staaten vom Begriff der „Küstenschiffahrt" (Manila-Vancouver-Panama-New-York!) und das Eindringen der Japaner neuerdings zu einer Sicherung der bisher fast unbestrittenen indobritischen Vorrechte auf den wichtigsten Raum des Indischen Ozeans.

Der Bericht mußte also eine Fundgrube für geopolitische Studien sein; er würde wohl verdienen, Gegenstand eines Leitartikels gerade in einer großen deutschen Zeitschrift zu werden, und wir geben deshalb wenigstens einige der uns besonders aufschlußreich scheinenden Einzelheiten daraus wieder.

Seit vier Jahrtausenden hat sich das wichtigste Gebiet des indischen Lebensraumes, die vorderindische Halbinsel, ihren Übersee- und Küsten-Verkehr — trotz bemerkenswerter Seefahrer-Geschicklichkeit einzelner Küstenstämme und einem blühenden Flußverkehr — von außen her besorgen lassen. Küstenfeindliche religiöse und staatsphilosophische Anschauungen wogen vor; das Reisen über See galt, wegen der unvermeidlichen Berührung mit Fremden, als befleckend und führte zum Kasten-Verlust. Einwandernde Herrenschichten aus festländisch bestimmten Entstehungsgebieten hatten dem Lande das soziale Gesetz nach ihren Vorstellungen gegeben; gerade die oberen Stände wollten mit dem „dunklen Meer" nichts zu tun haben. Noch zur Conquistadoren-Zeit wurde ein für seefahrende Völker unvergleichlicher Anklammerungspunkt, wie Bombay, willig den Fremden in Tausch gegeben, nur um sie etwas weiter von einem kontinental bestimmten und voreingenommenen Fürstensitz

zu entfernen. Nur einige hervorragende Großmogule hatten Flotten geschaffen und sich über die natürlichen Kontinentalbindungen des von ihnen beherrschten Erdraums durch Weitblick erhoben; nach ihrem Hingang war das Werk schnell wieder verfallen. Abgesehen von solchen vereinzelten Anläufen zur Überwindung der Landschwere hatten der Reihe nach Griechen, Araber, Malaien und Westländer (Portugiesen, Niederländer, Franzosen, Briten) um die indische Küstenfahrt, um den indischen Übersee-Handel gekämpft. Die Inder selbst sahen dem Ringen zu und verfielen zuletzt dem Stärksten als Beute.

War ein solcher Zustand der Apathie gegenüber der eigenen Küste bei einem so alten Volk überhaupt noch zu ändern? Würde sich aus den gebildeten indischen Schichten die nötige Zahl brauchbarer Seeoffiziere für eine eigene Marine gewinnen lassen; würde sich „der Sinn für die See der indischen Jugend in frühem Alter schon einprägen lassen?" (Schon der gewählte Ausdruck "to inculcate" drückt Bedenken aus!) In Japan brauchte doch im wesentlichen nur die verbotene Lust an der Übersee-Betätigung wieder freigegeben zu werden, und der Küstenbetrieb war überhaupt nie erloschen. Der Brite im Ausschuß meint natürlich, das richtige Verhältnis zum Meer müsse aus privater Initiative kommen (obwohl es auch in England seinerzeit durch die Eduarde und Cromwell mächtig von oben gefördert worden ist). Der Inder hingegen schreit nach Staatshilfe, wünscht ein vom Staat gestelltes Schulschiff, schlägt dafür das R. I. M. Truppenschiff „Dufferin" vor, und empfiehlt einen gelinden Zwang für die zahlreichen Küstendampferlinien, die gegenwärtig von außen her den indischen Küstenhandel betreiben (namentlich die B. I. S. N. Komp.), indische Lehrlinge aufzunehmen, Schiffsjungen anzulernen.

Wenn auch der Ausschuß die verbreitete Meinung nicht teilt, daß Indien außer Stande sei, eine eigene Handelsmarine auf die Beine zu bringen, ist er sich doch darüber klar, daß es mit so bescheidenen Vorkehrungen zur Erziehung einer kleinen Zahl von Anwärtern (zunächst 50 im Jahr) für den höheren Seedienst nicht getan ist. Die Frage des Rechts auf die eigene Küstenschiffahrt steigt auch für Indien herauf! Wird es möglich sein, die indische Küstenfahrt für nur im indischen Besitz stehende Schiffe zu monopolisieren, wie die japanische, amerikanische oder australische? „In diesem Zeitpunkt läßt es sich nicht sagen, ob der Vorbehalt der indischen Küstenfahrt für indische oder vorwiegend indische Schiffahrtsgesellschaften eine Wohltat für Indien wäre oder nicht". In der Tat werden hier ungeheure Interessen im Kern berührt. Ein Ausweg soll durch ein System von Lizenzen oder Permits gefunden werden, das vor allem den schon erworbenen Rechten Rechnung trüge.

Der Pferdefuß zeigt sich schnell: „Ein Indien eigenes und indisch betriebenes Schiff muß drei Forderungen genügen: 1. Es muß in Indien eingetragen sein. 2. Es muß im Besitz und Betrieb eines Inders oder einer Gesellschaft sein, die mit Rupien-Kapital in Indien eingetragen ist, eine Mehrheit von Indern in ihrem Direktorium hat, und deren meiste Aktien in indischen Händen sind. 3. Der Betrieb einer solchen Kompanie muß vorwiegend in indischen Händen sein und Gewähr geben, daß indische Anwärter für die leitenden Schiffs-Offiziere und Ingenieur-Posten herangezogen werden". Das wäre der Anspruch auf eine Stellenbesetzung, die bisher an den indischen Küsten dem unteren englischen Mittelstand und seinen Söhnen zugefallen war, und bedeutet die Brechung eines praktischen britischen Monopols auf die Leitung der ganzen Küsten- und Fluß Schiffahrt in Indien und Burma.

Für alle Fälle, sicherheitshalber, sollte deshalb die Lizenz oder der Permit „jedem Schiff unter der britischen Flagge gegeben werden, das nicht über 25 Jahre alt ist, und das seit wenigstens zwölf Monaten im indischen Küstenhandel tätig war", — womit die Rechte der augenblicklichen Nutznießer gewahrt würden, freilich „vorbehaltlich der Indisierung auch dieser Gesellschaften", die zur Zeit zwar in den niederen Graden mit indischen Matrosen (Laskaren), in allen Führergraden aber mit Briten besetzt sind.

„Fremde Schiffe dürfen unter keinen Umständen Vorzüge genießen, die nicht auch den britischen eingeräumt würden"; es würde also mindestens ein reichsbritisches Meistbegünstigungs-

recht bestehen bleiben müssen. „Als Küstenhandel im Sinne der Bestimmungen sollte nur Umschlag zwischen Handelsplätzen des indischen Festlandes einschließlich Burma, gelten." Freilich, gehören auch Aden und der Eingang zum persischen Golf in diesem Sinn zum indischen Festland? – wie sie zum indischen Reich gehören, und wie Indien Ostafrika als sein Amerika betrachtet, d. h. als sein künftiges Ausdehnungsziel?

Beim Verhältnis zur Staatshilfe scheiden sich die Geister bedenklich. Doch siegte die geopolitisch anglogene Anschauung, daß Subventionen und billige Regierungsanleihen zu verwerfen seien, also alle die Mittel, die französischer und japanischer Auffassung sehr nahe liegen; ja, man wollte sogar die Einrichtung einer Staatslinie als verwerflich bezeichnen, trotz dem bösen Beispiel Australiens. Hier aber, in diesem letzten Punkte, blieb die indische Auffassung Sieger; das so entstandene Kompromiß empfahl den Ankauf einer der bereits bestehenden Linien durch Indien als wohl ausführbar, während Sir Arthur Froom (das am meisten englisch empfindende Ausschußmitglied) scharf dagegen Protest einlegte, wie er auch die stärksten Zweifel äußerte, ob es überhaupt möglich sein würde, zukünftig Schiffe vom obersten bis zum niedersten Posten nur mit Indern zu bemannen (was nach den Erfahrungen beim Schiffbruch der "Egypt" im Kanal mit den Laskaren auch wirklich seine Nachteile haben dürfte). Er behauptete auch, das Lizenzensystem würde schließlich in der einen oder anderen Form auf die Vertreibung der briten-eigenen Schiffe aus den indischen Gewässern hinauslaufen — was auch sicher das letzte Ziel der indischen Ausschuß-Teilnehmer ist.

Eine so durchdachte Verbindung von Förderung der Schiffbau-Industrie zugleich mit der Handelsschiffahrt, wie sie die japanische Marine in so kurzer Zeit zur Blüte gebracht hat, spielt auch bei den indischen Vorberatungen eine große Rolle. „Hier ist Schutz der Schiffsbau-Industrie im Werden eine Vorbedingung" — sie wurde sicher ungern genug vom Mutterland als solche anerkannt, wo so viele Schiffbauhöfe jetzt still liegen. Aber es sollten eine Reihe von Methoden, die sich in Japan recht bewährten, ohne weiteres ausgeschlossen bleiben, wie „billige Darlehen, Bauprämien, garantierte Dividenden, Anlage, Bau und Betrieb von Musterwerften durch die Regierung" — lauter Dinge, die beim Aufbau der so gefürchteten japanischen Konkurrenz eine entscheidende Rolle gespielt hatten. „Die indische Marine solle vielmehr zunächst mit eigenen Reparaturwerkstätten beginnen, die sich dann zu Werften entwickeln könnten, und der billigste Weg zur Errichtung einer Handelsflotte sei zunächst der des Ankaufs der von Andern abgelegten Dampfer" — ein recht praktischer Weg für das Mutterland, seine alte Kriegsware abzustoßen.

Der Ausschuß empfahl als gangbaren Weg aber schließlich doch gewisse Bauprämien. Es stecken viele geopolitische Kompromisse in seinem Werk! Kennzeichnend ist, daß der Inder Lalubbai Samaldas im Ausschuß Regierungswerften nach Art der japanischen Anfänge nahelegte. „Vor allem brauche man taugliche Ingenieure, Schiff-Baukurse für sie, und dann praktische Übungsmöglichkeit für die auf diese Weise theoretisch ausgebildete Konkurrenz für das Mutterland (das sie sich also selbst großzuziehen hätte!). Es ist begreiflich, wenn England diese Entwicklung nicht mit gleicher Begeisterung sieht, wie Jung-Indien, so wenig, wie den Vorschlag: „Indisierung der Königlich Indischen Marine sei eine Hauptsache, als der am meisten wirksame und sparsame Weg für die Erziehung von Seeoffizieren und zur Bildung eines Kerns für die indische Seemacht."

Ein etwas spöttischer Aufsatz der Times of India vom 21. 7. 24 weist auf die „Geschichte der indischen Schiffahrt und Seegeltung" von Radhakumad Mukerji hin, wonach Indien vor zwei- und dreitausend Jahren kühne Seefahrer hervorbrachte und weithin kolonisierte. Tatsächlich muß ja auch die indische Kultur irgendwie über See nach den Malaieninseln gekommen sein, wenn sie auch vielfach von dort herbeigeholt worden sein mag, wie sicher in den letzten zwei Jahrtausenden nach Westen von den Griechen und Arabern, nach Osten von den Chinesen, Japanern und Malaien. Auf die Mehrheit der Inder haben die eigenen Küsten aber zweifellos abstoßend und nicht verlockend gewirkt; „Zukunft auf dem Wasser" ist nicht immer ein Glück und es paßt nicht für jeden

jedenfalls kostet es viel Geld und Opferwillen. Zudem ist auch augenblicklich wieder eine festländische Aufgabe dem indischen Reich näher gelegen: Die Regelung des Verhältnisses zu Afghanistan, für dessen Zukunft die Kabuler Zeitung „Aman-i-Afghan" unter der Überschrift „Afghanistan und seine nördlichen und südlichen Nachbarn" eine seltsame historische Ouvertüre gespielt hat. Wir haben schon früher auf die reichlich kühne Art aufmerksam gemacht, womit der aufstrebende, aber doch noch sehr unkonsolidierte, islamische Hochgebirgsmittelstaat sich im letzten Jahrzehnt in Szene gesetzt hat. Ein Rückschlag konnte nicht ausbleiben. Die Anschauung des „Aman-i-Afghan", daß schon der Emir Abdurrhaman eine goldene Gelegenheit gehabt hätte, die verlornen Provinzen bis zum Indus, der „natürlichen Grenze von Afghanistan", durch den Zusammenbruch des anglo-indischen Imperiums zu gewinnen, und daß während des Weltkrieges schon eine kleine Truppenmacht genügt hätte, um England aus Indien zu vertreiben, erklärt die vielen neuerlichen Grenzreibungen. Afghanistan treibt aber doch ein gefährliches Spiel mit dem Feuer! Serbien sprach so mit und von der alten Habsburger Monarchie, aber allerdings mit einem anderen Rußland als Rückendeckung hinter sich. So könnte der Verlauf des gegenwärtigen afghanischen Aufstandes doch einen praktischen Beweis dafür liefern, daß die alte Staatskunst des „Teile und herrsche!" in Simla noch nicht völlig verloren gegangen ist. Wenn sich kleine Nationen alten Löwen allzu keck auf Tatzenhiebweite nähern, können sie doch auch jetzt noch peinliche Erfahrungen machen.

Der indische Landesaufnahme-Dienst, der in seinen Arbeitseinrichtungen manchmal geopolitische Fingerzeige gibt, arbeitet inzwischen weiter, als ob alles noch ein Jahrtausend bleiben sollte, wie es war, nach dem guten, alten Grundsatz: „Lebe, wie wenn dein Leben morgen aus sein könnte, aber arbeite, als ob es ewig währen sollte". Den Hauptnachdruck legt er zur Zeit auf genaue Aufnahmen um Attok und Peschawar, auf das Ölgebiet von Burma und auf kartographische Erziehung des Offizierkorps.

Die Gesamtheit der Monsunländer leidet im Hochsommer 1924 unter einer jener periodischen Niederschlagshäufungen mit vorhergegangener Monsun-Verzögerung und Dürre, denen pandemische Ausbrüche endemischer Seuchen, wie Pest und Influenza, Hungersnöte und politische Unruhen zu folgen pflegen. Die indischen Monsunschwankungen und südindischen Überflutungen (namentlich am Cauvery-Mündungsgebiet, mit seiner durch langjährige Reibungen zwischen Mysore und Madras erschwerten Wasserführung und Wasserspeicherung in Tanks) und die chinesischen Hochwasserkatastrophen hängen über das ganze Gebiet der Monsunländer zusammen. Wegschwemmen von terrassiertem Fruchtland, Unterbrechungen der Eisenbahnen in Südindien, sowie an der Bahn Peking-Hankow und Peking-Kalgan, Überschwemmung von Städten, Gefährdung so bedeutender Orte, wie Trichinoppolily und Tientsin, sind Folgen der gleichen klimatischen Erscheinung. Enorme Flurschäden, wahre Landersäufungen kommen dazu; 15000 obdachlos Gewordene strömten nach Peking, 3000 nach Calicut; nur mit Mühe wurde Tientsin, in dessen Umgebung zweitausend Dörfer überschwemmt sind, vor dem Einbruch der gelben Flut gerettet. Im Ganzen sollen bisher etwa 50000 Menschen umgekommen sein, davon allein 4000 um Kalgan. Chili, Honan, Hunan und Kwangtung sind die vor allem betroffenen chinesischen Provinzen. Dieses Unglück ist die Wirkung des schon 1892 und 95 von W. Krebs in seiner geopolitischen Tragweite geschilderten Regensackes am mittleren Yangtse, der sich längs des Staffelbruchrandes in China nördlich schiebt, und dem dann im nächsten Jahr meist ein Zurückebben des Monsuneindringens folgt. Ernteausfälle und wahrscheinlich vereinzelte Dürren, die in etwa viereinhalbjährigem Turnus wiederkehren, werden auch diesmal die Folge sein. So werden Indien und Ostasien voraussichtlich unruhige Winter vor sich haben.

Da man diesen Zusammenhang zwischen Dürren, Hochwasserkatastrophen und politischer Unruhe unter den 835 Millionen Südostasiens in den Kreisen der leitenden Weltmächte kennt, begreift sich um so mehr ihr Drängen, Mitteleuropa einstweilen einzuschläfern und für spätere ruhige Plünde-

rung bereit zu halten, um freie Hände für den Osten zu haben; aber auch der Wunsch der asiatischen Lokalmächte, China, Japan und Rußland, unnötige Reibungsflächen untereinander durch Verträge zu beseitigen. Es bleiben deren doch noch genug!

Daß der Wille der Zentralregierung, wenigstens in China, dafür nicht genügt, wird durch die Stärke regionaler Einflüsse bewiesen, die im einen Fall, durch die Notwendigkeit der Zustimmung des Marschalls Chang Tso Lin zu dem Abkommen über die russisch-ostchinesische Bahn (das Rückgrat der Nordmandschurei) den Abschluß erst wirksam machen konnte; im anderen Fall, der Landungsverweigerung in Nanking für den französischen Flieger d'Oisy, durch Marschall Chi Hsieh Wuan, den Tuchun von Kiangsu, Kiangsi und Anhwei, gerade in den wichtigsten Provinzen eine scharfe Stimmungsänderung gegen Frankreich verriet. Sehr richtig bemerkt der Transpacific vom 28. 6. 24, auf den Verdacht franco-japanischer Sonderabkommen zielend: „Sie befördern Gegenbünde. Sie dienen den Nationalisten ausgeschlossener Völker als Vorwände, Furcht und Hass zu predigen.“ Dazu sind sie ganz gewiß geeignet! Aber man wird den Nationalisten ausgeschlossener Völker keinen Vorwurf machen können, daß sie nach ihnen nützlichen Abfällen greifen, wenn andere mit so gefährlichen Werkzeugen spielen:

„Wer ließ den Vogel ein?“ — so fragen einander in einer trefflichen Karikatur der Manila Times zwei große gereizte Kampfhähne, als Vereinigte Staaten und Japan bezeichnet, weil ein winziges Küken, „Quezon“ (Senatspräsident der Philippinen) benannt, zwischen sie hineinspringt. Es gibt eben Fälle, wo es armen kleinen Hühnern doch gelingt, ein Korn zwischen großen Kampfhähnen heraus zu picken; aber dazu müssen sie sehr wachsam sein, im richtigen Augenblick gewandt zuspringen und hellsichtig Geopolitik der großen Futterplätze der Erde treiben.

Die Abkommen zwischen China und Rußland — schon im Kern und Wortlaut veröffentlicht — und zwischen Japan und Rußland — im zartesten Werdestadium —, die wohl beide in dem zu veröffentlichenden Teil ihrer Texte bis zum nächsten Bericht vorliegen werden, möchten wir in diesem vergleichend betrachten und bitten solange um Geduld, ebenso, wie für eine zusammenfassende Würdigung des augenblicklich an der Yangtse-Mündung tobenden chinesischen Bürgerkriegs, in dem geopolitisch dieser Akt, trotz dem vielen Lärm darum, nur ein Fanal, eine Episode und ein Symptom ist.



F. TERMER:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER ATLANTISCHEN WELT (MITTELAMERIKA)

Mittelamerika macht nach den politischen Ereignissen in Honduras und der Erdbebenkatastrophe in Costa Rica augenblicklich eine Zeit ruhiger Weiterentwicklung in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht durch, wenngleich die allgemeine unsichere Lage der Weltwirtschaft sich auch in den einzelnen Staaten bemerkbar macht. Guatemala bemüht sich um den Ausbau seines

Schulwesens. Nach einer Botschaft des Präsidenten sollen 1923 in der Republik 2798 „escuelas nacionales" geöffnet gewesen sein, was eine Zunahme um 405 gegenüber dem Jahr 1922 bedeutet. Das Unterrichts- oder, wie es sich jetzt nennt, Erziehungsministerium hat einen Wettbewerb für gute Lehrbücher über Geographie und Geschichte des Landes, Zoologie und Botanik und über die Anfangsgründe des Bürgerrechts ausgeschrieben. Der Elementarunterricht ist einem besonderen Direktorat unterstellt worden. Eine Normalschule für Mädchen ist neu gebaut; eine Medizinschule mit einem bakteriologischen Laboratorium ist ebenfalls in ein neues eigenes Heim eingezogen. Ebenso schreitet der Ausbau von Krankenhäusern fort, die mit modernen hygienischen Einrichtungen versehen werden. Die Gründung eines Guatemaltekischen Roten Kreuzes, das mit den andern Nationen gemeinsam der sozialen Fürsorge dienen will, ist von der Regierung anerkannt worden. Ein wirtschaftlicher Aufschwung des Landes muß mit einer Verbesserung seiner Verkehrsverhältnisse verbunden sein, und dementsprechend wird der Anlage neuer Verkehrswege von der Regierung ein besonderes Augenmerk gewidmet. Bis jetzt verbinden Guatemala mit der Grenze gegen El Salvador 180 km makadamisierte Chausseen, eine moderne Landstraße läuft zwischen Jutiapa und Jalapa, andere Straßen werden modernisiert, was allerdings in vielen Gegenden des Landes zu einer dringenden Notwendigkeit geworden war. Insgesamt sind 500 km Straßen gegenwärtig im Staate in Benutzung. Den neuerdings eingeführten Radioverkehr hat die Regierung durch ein Gesetz geregelt. —

In Honduras ist nach der letzten revolutionären Bewegung Ruhe eingetreten, die das Land dringend nötig hat, um sich aus seiner jahrzehntelangen wirtschaftlichen Depression zu erholen. Denn seit ungefähr 50 Jahren hat die Republik mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Seit Jahren ist schon der Zinsendienst und die Tilgung der Schuldenlast unterbrochen. Eine auswärtige Schuld von schätzungsweise 30 Millionen Pfund beeinflußt die gesamte Finanzgebarung, zumal diese Summe eine Belastung von 45 Pfund auf den Kopf der Bevölkerung bedeutet. Immer wieder haben innere Wirren sich anbahnende bessere finanzielle Verhältnisse verhindert. Nach der Beendigung des letzten Aufstandes sollen nunmehr energische Schritte zur Besserung unternommen werden. Auf die Wirtschaft des Landes selbst haben natürlich die Vereinigten Staaten den größten Einfluß, die allein 86% der Einfuhr bestreiten. Sehr bemerkenswert ist aber, daß an zweiter Stelle bereits Deutschland steht, das gegen 1913/14 seine Einfuhr fast verdoppeln konnte. Erst an dritter Stelle folgt England als Einfuhrland.

El Salvador steht unter den fünf mittelamerikanischen Republiken am besten da. Politisch ruhige Verhältnisse haben zu einer gebesserten Finanzlage geführt, die sich wieder in einem zunehmenden Aufschwung des Staates offenbart. Unter Mitwirkung des Ministers für Inneres und Landwirtschaft ist eine hydroelektrische Kraftanlage mit 3500 PS am Rio Grande in der Nähe von Juanyúa im Departement Sonsonate ins Leben gerufen worden, die einer Mirazaloos Power Co. untersteht. Die Anlage versorgt öffentliche Anstalten und Private mit Licht und Kraft in den Departements San Salvador, La Libertad, Santa Ana, Sonsonate und Ahuachapan. Der Ausbau hydroelektrischer Anlagen ist um so wichtiger, als Kohle fehlt und die Wälder schon soweit abgeholzt sind, daß sie nicht mehr zur Lieferung des nötigen Feuerungsmaterials ausreichen. So mußten aus Mangel an Brennstoffen schon wichtige Goldminen geschlossen werden. Wie in Guatemala verbessert man auch hier das Wegenetz durch Anlage neuer Chausseen und Automobilstraßen. Schulen auf dem Lande sollen der Ausbildung der niederen bäuerlichen Bevölkerungsschichten dienen. In ihnen werden Knaben und Mädchen in den Anfangsgründen der Elementarfächer unterrichtet, lernen Lesen und Schreiben, Rechnen, spanische Sprache und gewisse Handfertigkeiten. In den Erntezeiten bleiben die Schulen geschlossen.

In Costa Rica hat die kürzlich erfolgte Präsidentenwahl Jesus Jimendez Oreamuno an die Spitze der Regierung gestellt, der bereits 1910/14 diese Würde innegehabt hat. Die Schäden der Erdbebenkatastrophe sind übertrieben worden, wenn auch bestimmte Landesteile sehr in Mitlei-

denschaft gezogen worden sind. Wirtschaftlich hat das Land sich wieder erholt, zumal die Kaffee-ernte gut ausgefallen ist. Die Hauptausfuhr darin ging nach England, während die Vereinigten Staaten erst an zweiter Stelle standen. Die Ernte 1923/24 belief sich der Menge nach auf rund 35 Millionen Pfund. Das waren 10 Millionen Pfund mehr als bei der Ernte 1922/23. Durch das Erdbeben ist die Bautätigkeit sehr lebhaft geworden und hat neben einem gewissen Arbeitermangel zu einem Anziehen der Löhne geführt. Durch Verschmelzung einzelner hydroelektrischer Betriebe und der Telephongesellschaft ist eine Compañia Nacional de Electricidad mit einem Kapital von 1 Million $ gegründet worden, die für die Wirtschaft des Staates von Bedeutung werden kann.

Zwischen Nicaragua und Großbritannien haben längere Besprechungen über die Ausführung des Harrison-Altamirano-Vertrages stattgefunden. Dieser am 24. August 1906 von den beiden Staaten ratifizierte Vertrag bezog sich auf das Wohl der Mosquitoindianer, die durch die Landabtretung eines Teils des englischen Mosquitoterritoriums an Nicaragua, unter dessen Herrschaft gekommen waren. Die Klagen der Eingebornen deuten darauf hin, daß Nicaragua nicht immer sich an die Vertragsklauseln gehalten hat, die Befreiung der Indianer und Mischlinge auf 50 Jahre vom Militärdienst und steuerliche Befreiung aller vor 1894 Geborenen bestimmten, neben anderen den Einheimischen gewährten Besitzrechten. Über den Ausgang der Verhandlungen ist noch nichts näheres bekannt geworden. Der Wohlstand des Landes ist im Wachsen begriffen, woran eine sehr gute Kaffee-Ernte und die Zunahme der Zuckerproduktion beteiligt sind. Die eine Hälfte der Kaffeeausfuhr war nach San Francisco, die andere nach Europa und zwar zum großen Teil nach Holland gerichtet. Die Steuereingänge haben eine Erhöhung erfahren; die Einnahmen aus dem Hafen Corinto haben sich gegenüber dem Vorjahre verdoppelt. Zeichen für den zunehmenden Wohlstand ist die rege Bautätigkeit im Lande.

In Panamá haben Besprechungen zwischen einzelnen amerikanischen Staaten zur Gründung eines ständigen Gesundheitsamtes geführt, das aus internationalen Mitgliedern zusammengesetzt ist und der Oberaufsicht des Panamerikanischen Gesundheitsbüros untersteht. Die gesundheitlichen Verhältnisse der Kanalzone und der Küstengewässer zu bessern ist Hauptaufgabe der neuen Einrichtung, deren Bedeutung durch Teilnahme der Vereinigten Staaten und Frankreichs unterstrichen wird. Über ganz Mittelamerika bis Panamá hinab ist eine drahtlose Verbindung eingerichtet worden, die das funkentelegraphische Netz beider Amerika wesentlich vervollständigt. Der Dienst wird von 6 Stationen in New Orleans, Miami, Puerto Barrios, Tegucigalpa, Managua und Almirante (Panamá) besorgt, die von der Tropical Radio Telegraph Co. und der United Fruit Co. unterhalten werden. Eigentum der letzteren sind die Stationen von Puerto Barrios und Almirante; die anderen gehören der ersteren Gesellschaft. Durch diesen Dienst werden die mittelamerikanischen Republiken abermals fester mit der Union im Norden verbunden. — Panamá, das nunmehr auch von Kolumbien nach fast 20 jährigen Zwistigkeiten durch Vermittlung des Staatssekretärs Hughes offiziell anerkannt worden ist, hat durch Gesetz bestimmt, daß vom 1. Januar 1925 an sämtliche fremden Städtenamen durch die alten spanischen oder indianischen ersetzt werden. „Gesetz zum Schutz der spanischen Sprache" ist dieser Erlaß genannt worden, der so streng durchgeführt werden soll, daß sämtliche Briefsachen mit den fremdnamigen Anschriften 9 Monate nach Inkrafttreten des Erlasses zurückgewiesen werden. In der Provinz Chiriquí sind bei El Volcán 25000 km Land von einer Siedlungskompagnie angekauft worden. Ein Teil der ausgegebenen Landlose ist in den Besitz kalifornischer Siedler übergegangen. Aussichtsreich ist die Gewinnung von Kaffee, Zuckerrohr, Bananen.

In Westindien hat sich eine politische Wendung in der Dominikanischen Republik vollzogen. Dort ist nach langen Wirren und einer bösen Lotterwirtschaft, die im Jahre 1916 zur Entsendung einer vereinsstaatlichen Truppenabteilung und Besetzung des Forts Ozama geführt hatte, endlich eine neue Regierung unter dem Präsidenten General Horacio Vázquez eingesetzt worden. Die Union hat zwar ihre Flagge auf dem Fort ein-

ziehen und durch die Dominikanische ersetzen lassen, aber die Truppen noch nicht außer Landes gebracht, was vorerst auch kaum geschehen dürfte. Politisch hat die an Flächenausdehnung die Schweiz übertreffende (48600 qkm) Republik mit ihren 708000 Einwohnern kaum eine Eigenbedeutung. Die Neger, die hier die Hauptmasse der Bevölkerung bilden, haben sich zur politischen Selbständigkeit und zur Aufrechterhaltung eines eigenen Staatswesens so unfähig erwiesen, daß man auch die zukünftige politische Neuorientierung mit keinem allzu großen Vertrauen betrachten mag. Das wirtschaftlich tätige Element sind die Weißen, also hier in erster Linie die Nordamerikaner, die sich um die wirtschaftliche Hebung und Ausbeutung bemühen. Insbesondere widmet man der Tabakkultur Aufmerksamkeit, sucht auch den Anbau der Sea Island-Baumwolle durchzuführen und bemüht sich, durch Aufklärung unter den schwarzen Plantagenbesitzern diese zu einer gesteigerten Kakaoproduktion zu veranlassen, die durch unrationelle Anbaumethoden in Rückstand gekommen war. Finanziell ist die Republik natürlich von der Union abhängig, die ja bereits 1915 in dem Nachbarstaat Haïti ihre Finanzoberhoheit offiziell proklamiert hat. In diesem Lande ist die Gewinnung einheimischer Arbeitskräfte zu Arbeiten außer Landes insofern erschwert worden, als die betreffenden Arbeitgeber sich verpflichten müssen sämtliche Kosten für Reise, Wohnung und Unterhalt zu tragen und einen Lohn zu zahlen, der demjenigen in Haïti mindestens gleichkommt. Das Ackerbaudepartement der Union hat im Lande eine Landwirtschaftsschule mit einer Versuchsfarm eingerichtet, der sich in den nächsten Jahren einzelne Unterschulen in verschiedenen Teilen der Insel anschließen sollen. Künstliche Bewässerungsanlagen werden demnächst auf der Cul de Sac-Ebene ausgeführt werden. Auch der Forstwirtschaft will das Ackerbauamt sein Augenmerk widmen, um die Farbholzgewinnung zu fördern. Ferner hat die Union den schwierigen Bau der Straße von Hinche nach Belladère vollendet, bei dem der Kilometer eine Summe von 6000 Dollar verschlungen hat. Durch die neue Automobilstraße werden die beiden Hauptstädte der Insel näher verknüpft werden, da sie dann nur 10 Stunden voneinander entfernt liegen. Die Bevölkerung von Haïti wurde am 1. Januar 1924 auf 2028000 Seelen geschätzt. Die Schlichtung gewisser Grenzstreitfragen zwischen den beiden Staaten der Insel ist Papst Pius XI. übertragen worden.

Cuba weist unter sämtlichen westindischen Inseln den größten Aufschwung auf, den dies Land den Vereinigten Staaten zu verdanken hat. Nach den neuesten Schätzungen sind an nordamerikanischem Kapital auf der Insel 1250000000 Dollar investiert, von denen allein 750000000 Dollar auf die Zuckerpflanzungen und Zuckerfabriken entfallen. In der Zuckerproduktion repräsentiert sich die Macht Cubas auf dem Weltwirtschaftsmarkt, auf ihr beruht neben der günstigen Lage im amerikanischen Mittelmeer auch die politische Bedeutung für die Union. Nach Schätzungen soll die letzte Zuckerrohrernte 4 Millionen Tonnen Zucker liefern (von denen schon ca. 70% verkauft sein sollen), ein Ergebnis, das nicht ohne Einfluß auf die Weltmarktslage für dieses Erzeugnis bleiben wird. Freilich bemüht sich auch die Union um die dauernde Verbesserung der Anbaumethoden. So ist kürzlich erst wieder eine Versuchsfarm mit einer Schule in San Manuel Oriente angelegt worden, die von Sachverständigen geleitet wird und die günstigsten Bedingungen von Klima und Boden sowie die geeignetsten Rohrsorten ausfindig machen soll. Um die hygienischen Verhältnisse der Bevölkerung auf dem Lande zu verbessern, hat man den originellen Versuch eines Preisausschreibens gemacht; dem Vorsteher jedes Distriktes, der, wenn auch in Armut lebend, die besten gesundheitlichen und sanitären Verhältnisse in seinem Hause hat, wird ein Preis zuerkannt. Nach dem Zensus vom 31. Dezember 1923 betrug die Gesamtzahl der Inselbevölkerung 3143210 Seelen. Davon waren 2217502 Weiße, 806983 Farbige. Der Rest verteilt sich auf Einwanderer und nicht genauer klassifizierte Bewohner. Die Einwohnerzahl von La Habana wird zu 432353 Seelen angegeben. Unter den fremden Einwanderern nehmen die Chinesen jährlich zu, so daß die cubanische Regierung mit der chinesischen über Einwanderungsbeschränkungen bereits in Verhand-

lungen eingetreten ist. Ihre Zahl wird zu rund 90000 angegeben. Zu den fremden Bevölkerungsteilen gehören auch die zahlreichen als Arbeiter auf den Zuckerrohrplantagen beschäftigten Neger aus Jamaica, deretwegen ein mehrere Monate anhaltender Notenwechsel zwischen Großbritannien und Cuba stattgefunden hat, der sich auf die schlechte Behandlung der britischen Untertanen bezog. Am eindrucksvollsten offenbart sich die politische Stellung Cubas in seinen weltwirtschaftlichen Beziehungen. Die Vereinigten Staaten übertreffen im Handel sämtliche anderen Länder bei weitem. Der Gesamthandel der Union mit dieser Insel betrug im Jahre 1923 568,8 Millionen Dollar (395,7 : 1922). Von der Einfuhr nach den Vereinigten Staaten in einer Gesamthöhe von 376,4 Millionen Dollar kamen allein 331,9 Millionen Dollar auf den Zuckerimport (1922 : 267,8 bzw. 227,2). Im Exporthandel der Vereinigten Staaten steht Cuba jetzt an 6. Stelle.

Auf der französischen Insel Martinique hat die Ausfuhr im Jahre 1923 eine Steigerung gegen 1922 erfahren (117,9 Millionen Fr. gegen 94,7 Millionen Fr.), die durch verstärkten Zuckerexport bedingt ist.

Auf Trinidad hat die in englischen Händen befindliche Petroleumförderung 1923 eine wesentliche Zunahme aufzuweisen (106,8 Millionen Gallonen gegen 85,5 Millionen im Jahre 1922).

K. HAUSHOFER:
LITERATURBERICHT ÜBER DIE INDO-PAZIFISCHE WELT

Während wir im letzten Literatur-Bericht zwei bedeutende Werke über Indien und eines über Hochasien fast ausschließlich geopolitischer Färbung anzeigen konnten, ist die Ausbeute diesmal spärlicher; nur Randberührungen mit dem geopolitischen Gebiet sind bei den diesmal vorliegenden Büchern zu verzeichnen. Eines freilich trägt den großen Namen von Sven Hedin und ist die lebendigste Zusammenfassung der verkehrsgeographischen Dynamik, die nun wieder aus der so lange verrotteten unmittelbaren Überlandverbindung Peking-Moskau hervorbricht. Viele sind seit der Wiedererschließung der großen sibirischen Magistrale auf ihr dahingefahren, und manche gute Beschreibungen kamen seither heraus, nüchterne, praktische, sehr willkommene über Gepäckumfang, Geldbedarf und Zeitaufwand (was sich langsam wieder dem Vorkriegsbedarf nähert), wenn auch die früher beliebteste Uralroute über Tscheljabinsk augenblicklich ausgeschaltet scheint; aber wenige haben sie so gesehen und so zu schildern vermocht, wie der große Tibet-Reisende.

Sven Hedin: Von Peking nach Moskau. Leipzig, F. A. Brockhaus. 1924. 77 Abb. und 1 Karte, liegt mit einem höchst suggestiven Titelbild, chinesische Charakterformen und gelbe Atmosphären-Ausstrahlungen roten russischen Kultur-Reflexen gegenüberstellend, vor uns. Sein Zeichner Baus verdient wegen der Zusammenstraffung fern- und nah-östlicher geopolitischer Motive (gerade in der Z. f. G.) namentliche Anerkennung als Verwirklicher einer guten geopolitischen Plakat-Idee, wenn er auch für die landläufige Vorstellung Ost und West vertauschte, womit man in ungeographischen Köpfen Unheil stiftet.

Wir können verstehen, was Sven Hedin reizte, bei der Schilderung seiner Blitzfahrt um die Erde Amerika und China warten zu lassen, und das Teilstück Peking-Moskau vorauszunehmen. Er schildert es uns — natürlich mit dem ganzen Reiz seiner Phantasie und Reisekunst — so wie es jetzt wirklich ist, wie er es gesehen hat, damit freilich einer Forderung von keinem Geringeren als Ranke genügend. Gerade von diesem Stück Weltweg wollen wir wissen, wie er augenblicklich aussieht, was ihm geschehen ist im Wandel seit 1918; und die wiederauflebende Dynamik der Strecke mit ihrer natürlichen politischen Wirkung spricht mächtig aus Hedins Buch.

Für praktische Geopolitik kommen ja nicht so

sehr die ausgezeichneten Einzelbeobachtungen während der winterlichen Kraftwagenfahrt gegen die ausströmenden Eiswinde in Betracht, als das Gesamtbild des Kraftwagen-Verkehrs durch die Gobi, die Kreuzung mit Koslow und den russischen Durchdringungsversuchen der nordchinesischen Außenländer, die scharfe — manchmal will uns bedünken — allzu mitleidlose Abrechnung mit Ossendowski (der doch von vornherein gar nicht die Pfade Sven Hedins kreuzen wollte). Viel interessanter würde uns eine Auseinandersetzung mit Filchners „Sturm über Asien" sein! Die Darstellung der Organisation der Tibet-Expedition Koslows von einem so kompetenten Beurteiler, wie Sven Hedin (S. 80—83) ist ein Kabinettstück für sich, von schöner menschlicher Wärme. Sie zeigt, welche Qualitätsarbeit die Sowjets für große asiatische Festlandziele aufzuwenden wissen, wie folgerichtig sie das Ringen um Innerasien als Erben des Zarenreiches weiterführen, wie sie es verstehen, außenpolitische und wissenschaftliche Ziele zusammen zu verfolgen (im Gegensatz z. B. zur deutschen Außen-Amts-Politik).

Diese Note klingt weiter durch das Buch, am stärksten vielleicht S. 231—235 in der Kritik der russischen Zeitschrift „Nowij Wostok", jenes gut ausgestatteten, ausgezeichnet redigierten und mit Nachrichten bedienten Propaganda-Werkzeugs der Sowjets für asiatische Geopolitik. Was immer Böses von ihnen gesagt wird und zum Teil richtig sein mag: jeder kann nur, wie Sven Hedin, für das zuständig urteilen, was er selber genau kennt, und er ist ganz sicher vor dem Verdacht einseitiger Parteinahme für Moskau, den er sehr bestimmt ablehnt. Aber wir sind beide einig in der Anerkennung der Tatsache, daß in der Art, wie sie ihre Beziehungen zur asiatischen Geopolitik ausgestaltet haben, majestätische Intelligenzen zu Tage treten, die wir im eignen Außendienst nicht im gleichen Grade erkennen können.

Der riesige, weite Raum dort lebt nach andern Gesetzen, als das engräumige Mittel- und West-Europa, und muß nach ihnen beurteilt werden. Das tut Sven Hedin in vollem Maße, darum wird er ihm gerecht, trotz sehr bestimmter Abneigung gegen einige seiner Entwicklungstendenzen. Er tat auch, was so sehr viel charakteristischere Eindrücke ermöglicht, als Besuche eines Landes in sogenannter bequemer Reisezeit. Er suchte es im strengen Winter auf, der am meisten für Rußland charakteristischen, wenn auch sehr unbequemen Jahreszeit. Ich weiß aus eigner Erfahrung, was es beißt, in Mandschurei und Mongolei im ungeschützten Fahrzeug lange Zeit gegen den Dauerwind zu fahren. Alle diese kleinen Widerstände hat Sven Hedin in den Kauf genommen, um sein Bild so wahr als möglich zu gestalten. So ist es denn, trotz seinem scheinbar flüchtigen Zug über ein Drittel der Erde für den, der es zu deuten weiß, eine Fundgrube geopolitischer Erkenntnis geworden und zeigt uns das, was zwischen der Westgrenze Chinas und Ost-Europas ist, ohne Gunst, ohne Haß, ohne Furcht — fast mit ein wenig widerstrebender Liebe!

Rassul Galwan: Servant of Sahibs. Cambridge, A. Heffer & Sons, ein ganz merkwürdiges Buch aus Hochasien, stellen wir dem Buch des berühmten, so sehr als „Sahib" durch den Osten gereisten Schweden zur Seite. Denn es stammt von einem Sohn Tibets, in dem Sven Hedin seinen Weltruf erwarb, und gibt uns den Einblick in die Kehr- und Rückseite eines der interessantesten geopolitischen Gewebe, das sich im Ablauf des Ringens um das indische Nord-Glacis etwa von dem Zusammenstoß von Pendsch-Deh bis zum Beginn des Weltkriegs entrollte. Es ist ein Stück des Teppichs von unten gesehen, auf dem Sven Hedin oben dahinschritt, dieses Reisebuch eines erprobten zentralasiatischen Karawanenführers und Reisebegleiters mit seiner Einführung von Sir Francis Younghusband, dessen Schatten auch sonst überall in dem fesselnden Buch sichtbar wird. Es sollte eigentlich nicht ohne Kenntnis von Younghusbands Lebenswerk und Arbeit, auch nicht ohne Landschaftseindruck des West-Himalaya und der anschließenden Hochländer gelesen werden, die am mühelosesten das Kashmir-Werk vermittelt, das 1908 Younghusband, damals Resident in Kashmir, zu den feinen Aquarellen von Molyneux schrieb. Sie geben den landschaftlichen Hintergrund unübertrefflich wieder, auf dem sich Rassul Galwans Tätigkeit mit seinen weißen Herren abspielt, die er mit der ganzen Beobachtungsschärfe des asiatischen Gebirglers studiert und durchschaut.

Vom indischen Bereich zum australischen und ostasiatischen hinüber leiten zwei annähernd gleichzeitige Veröffentlichungen, die einen ähnlichen Kontrast-Reiz für die geopolitisch so wichtige Malakka-Straße bieten, wie die beiden vorerwähnten für Zentralasiens Ost-West und Nord-Süd-Verkehr. Wir nennen mit gutem Grund aber zuerst die von einem Eingeborenen der Monsunländer stammende:

Song ong Siang: „One Hundred Years History of the Chinese in Singapore 1819—1919", London, John Murray. Ein Buch dieser Art braucht bei der Wirtschaftskraft, dem Stolz und Reichtum der Straits-Chinesen nicht um Absatz besorgt zu sein. Es zeigt — im Gegensatz zu allem Schrifttum, das sich 1923 und 1924 mit der reichsbritischen und australischen, der „weißen" Seite des Problems Singapur beschäftigt hat, — einmal gründlich dessen gelbe, ungleich vitalere und wirtschaftlich blühende Seite. Singapur ist eben doch zu zwei Dritteln eine chinesische, zu einem Sechstel eine malaiische Stadt, und in das Rest-Sechstel nur teilen sich Inder, Japaner, Rassenlose und menschliches Plankton mit einer dünnen, zur Arbeitskonkurrenz im engern Sinne mit andern Rassen unter diesem Himmelsstrich unfähigen weißen Oberschicht, die schon kaum mehr als Herrenschicht angesprochen werden kann. Denn in Wirklichkeit spielen im Wirtschaftsleben von Singapur die erste Geige die Chinesen; und es ist eine fable convenue, wenn alles Andre so tut, als ob dieser ja bereits seit geraumer Zeit gefürchtete Zustand nicht in Wirklichkeit schon längst eingetreten wäre. Es versuche nur einmal ein Machthaber dort, gegen die Chinesen zu regieren, dann wird er seine blauen Wunder über das Arbeiten, oder vielmehr dann Nicht-Arbeiten des wichtigsten Handelsplatzes in Süd-Ost-Asien erleben. Wie es zu diesem Stand der Dinge kam, das schildert anschaulich die Studie, von der wir sprechen. Sie könnte auch heißen:

Die friedliche Eroberung von Singapur durch die Chinesen!

Aber dazu sind sie zu bescheiden, zu stolz und zu klug.

Professor Dr. A. Mendelsohn-Bartholdy: Landerschließungs-Verträge mit den britischen Sultanaten (Wirtschaftsdienst, 13. Juni 1924), bringt auf nur vier Seiten (229-233) eine solche Fülle geopolitisch bemerkenswerter Streiflichter, weit über den Rahmen des eigentlichen Themas hinaus, daß wir die Pflicht haben, unsere Leser auf diese Nummer des bedeutenden Hamburger Wirtschaftsorgans besonders hinzuweisen, das auch zur Organisation der Petroleum-Wirtschaft bemerkenswerte Gesichtspunkte gerade wegen der Kontroverse Liefmann-Mautner enthält.

Namentlich, da die Singapur-Frage ja nur eine Verzögerung, keineswegs eine endgültige Lösung erfahren hat, will uns der Aufsatz von Mendelsohn geradezu ein Vorbild dafür scheinen, wie sich die deutsche Geopolitik wichtigen, ihr zur Zeit fast verschlossenen, von andern vergewaltigten Gebieten, namentlich in den Tropen, vorsichtig und doch bestimmt und scharfsichtig zuwenden sollte. Offen ist die Hand auf nicht zu haltende, vergeblich von Cant verschleierte Raubergebnisse gelegt, wie die Raubwirtschafts-Ausbeutung der ehemals deutschen Phosphat-Insel Nauru, mit ihrem Sachwert von 30 Milliarden Gold-Mark, wie ihn der großbritische Verteilungskommissär zwischen Reich, Australien und Neu-Seeland feststellte. Wo aber Möglichkeiten der Wiederanknüpfung für deutsche Unternehmer sich bieten, da ist auch die Möglichkeit offen gelassen, und wird durch so vorsichtige Studien nirgends verbaut. Der treffende Vergleich des Vertrags von Kelantan mit den unter dem N.E.P. Regime von der Russischen Regierung mit Ausländern geschlossenen beleuchtet blitzartig die Lage; nur liegt eben Kelantan unter britischen Geschützen und Moskau — nicht! Sonst würden wohl die gleichen Druckmittel im einen und im andern Falle angewandt werden. Es ist ein heikles Ding, diese Souveränitätsfrage von Kelantan, mit Analogien auf Johore, und Zwischenschiebung siamesischen Staatsrechtes; wie es in wenigen Sätzen von einem Meister des Völkerrechts entwickelt wird, wie er in wenigen Absätzen eine höchst verworrene Besitzfrage lichtvoll klärt — das ist vorbildlich. „Aber das Wort eines Souveräns ist nicht das eines gewöhnlichen Mannes. Sein Wesen ist Macht, nicht Recht!" Wir freuen uns, daß — mit Ausnahme des überstimmten Lord Carson — seine andern vier Kollegen am höchsten briti-

schen Forum dieser Wahrheit die Ehre gegeben haben, und daß ein Mendelsohn-Bartholdy sie konstatiert! Denn wir hoffen uns ihrer in andern Fällen, an gelegenem Orte zu erinnern, wenn wir uns eines ethisch unhaltbaren und aufgedrängten Vernichtungs-, nicht Erschließungs-Rechtes gegen unsern Lebensraum zu erledigen haben werden.

Während aber in unserm Fall ein höchst überdrängter, menschenüberfüllter Raum vor fremder Gewalt geschützt werden muß, zeigt der nun zu überschauende austral-asiatische Machtbereich die umgekehrte Gefahr des allzu weitmaschigen, menschenhungrigen Landes.

Wer die reichsbritische Kolonial-Literatur mit aufmerksamem Blick verfolgt, der findet immer wieder Werke darin auftauchend, mit dem mehr oder weniger verschleierten großen geopolitischen Zweck, aus dem übervölkerten Mutterland mit seinem „Urbanismus" Menschen in die „great lone lands" hineinzuschmeicheln, die von selber nicht hineingehen, weil eben die Mehrheit der industrialisierten Großstadt-Menschen zum Landsiedeln verdorben ist. Sie finden sich in Australien und Canada, hier auch in der ganz unverhüllten Form der Werbe-Druckschriften der großen Bahnen, derb und zweckbestimmt. Eine der anmutigsten Erscheinungen unter ihnen, eine Fundgrube von Einblick gerade in Queensland, das spannungsreichste Siedelungsgebiet Australiens, daher als Typ verwendbar und vorzuführen, ist:

W. Lavallin Puxley: Wanderings in the Queensland Bush. London 1923. George Allen & Unwin, mit 24 z. T. sehr guten Abbildg., leider keiner Karte!

Dieses Buch gibt mehr, als sein Titel verheißt. Es gibt in anmutig-zwangloser Erzähler-Form eine weit bessere Wirtschaftsgeographie und Biogeographie von Queensland, als manche gelehrte Erzeugnisse, die nur zu diesem Zweck ausziehen, und entwickelt aus ihnen die Kultur- und Macht-Zustände. Es zeigt, wie reich gerade dieser 1 736 500 qkm große, von nicht 800 000 Menschen, aber mehr als 22 Millionen Schafen und über 5 Mill. Rindern (dem halben Viehstand Australiens), bewohnte, bei Volksdichte 0,4 auf den qkm zu einem Viertel mediterrane, zu einem Viertel tropische, zur Hälfte exzessiv kontinentale Lebensraum ist; wie ihm aber gerade aus seiner Neigung zu lokalen Monokulturen auch ganz besondere geopolitische Gefahren erwachsen. Dabei greift oft genug die ganze Biologie ineinander, um sie zu steigern oder auszuparieren, und es erhellt, wie notwendig also in solchen Räumen wissenschaftlich allseitig unterbaute Geopolitik ist, wenn sie ohne Katastrophen bestehen wollen, oder wenigstens nur die unvermeidlichen, nicht ausschließlich in menschlicher Torheit begründeten erleben sollen.

Allein die Tatsache, daß die in Australien eingeschleppten, zur Landplage gewordenen Kaninchen jährlich das Futter von 90 Millionen Schafen wegfressen, wirft ein Blitzlicht auf solche extreme Kolonialzustände und ihre Hilflosigkeit gegen Schädlinge, die nur durch dichtere Besiedlung erfolgreich bekämpft und im biogeographischen Gleichgewicht erhalten werden können.

Ausgezeichnet ist im Kapitel „Cultivations" mit lebendigen Zügen die Vanille- und Zucker-Kultur geschildert, die Art und Weise, wie zunächst durch Raubbau der Chinesen mit wandernden Bananen-Pflanzungen die Böden ruiniert wurden, und langsam geordnete Planwirtschaft an Stelle dieser in der Südsee so folgenschweren Raubmethoden trat. Auch hier aber tritt zutage, wie hinter allem die Furcht steht, daß man das Land nicht wirklich erfüllen, nicht auswirtschaften kann, nicht so sich in den Boden vertiefen, daß nicht eines Tages ein anderer Zweig der Menschheit kommt, mit der Forderung, von dem Raum-Übermaß an die Landhungrigen abzugeben.

Und dieser Druck wird aus den südostasiatischen Reisländern kommen.

Spät genug hat Edwin Bingham Copeland: Rice. London, Macmillan 1924, das Standwerk über die Hauptnährpflanze eines Drittels der Menschheit für die Angelsachsen geschrieben, für die wir in Deutschland trotz spärlichen Erfahrungs-Stoffes über weit zahlreichere Vorarbeiten verfügen. (Bachmann; Schumacher).

Sonst hat Australasia gelernt, sich sorgfältig zu beobachten. Dafür zeugen z. B. Philip C. Cootes treffliches kleines Commercial Handbook of the Netherlands East Indies, ein Seitenstück zu Hans Meyers trefflicher Studie über das Niederländische Kolonialreich; dafür zeugen eine Reihe

von Jahrbüchern in Neu-Ausgaben, die wohl zum Teil der Veranstaltung in Wembley, der Reichs-Schau, ihr Entstehen verdanken. Ein gewisser Gegensatz, der kennzeichnend für die Eigenart beider staatlicher Bildungen ist, gibt sich sogar in der Datierung der wichtigsten geopolitischen Veröffentlichungen für den Handgebrauch Australiens und Neuseelands zu erkennen:

Official Year Book of the Commonwealth of Australia (No. 15 v. 1922). Melbourne 1922, und sein engeres Konkurrenzunternehmen,

Official Year Book of New South Wales 1922, Sidney 1924, sind ehrsam nachdatiert, und behandeln die Entwicklung, nachdem sie stattgefunden hat. Anders verfährt das temperamentvollere Neuseeland:

The New Zealand Official Year Book 1923 (31. Ausgabe) erscheint in Wellington, b. Skinner 1922, und

The New Zealand Official Year Book 1924 (32. Ausgabe) Gov. Press, schon 1923. Das ist eine im Pazifik überhand nehmende Unsitte, zu der die großen Verbreitungswege und der lange Lauf der Verfrachtungszeiten der Jahrbücher und der immerhin beschränkte Abnehmerkreis verführen. Auch das Japan Year Book (Tokio, 1923/24 in achtzehnter Ausgabe) unterliegt dieser Versuchung, Zahlen, die von 1922, zum Teil aber (wie die meisten Randvolkszählungs-Ergebnisse um den Pazifik) von 1920 stammen, als für 1924 zutreffend erscheinen zu lassen.

Den Kundigen verführen sie damit nicht zu politischen Irrtümern: aber hingewiesen muß bei der Nennung des an sich sehr wertvollen, wenn auch natürlich auf Anreiz und Schönfärbung gruppierten Stoffs auf die Unsitte werden. Und auch die "Review of the Australian administration in Papua" from 1907 to 1920, Murray, Port Moresby, 1922, darf nicht erwarten, daß wir ihr unkritisch und harmlos gegenüberstehen.

Hat doch auch die letzte angelsächsische Darstellerin der neuseeländischen Erfolge in Deutsch-Samoa vernichtend über die Verwüstung dieses Lebensraums seit der Austreibung der Deutschen berichtet. Im australischen Teil ist es nicht besser. Nur die Japaner haben, namentlich auf den Marianen, auf dem Vorgefundenen erfolgreich weiterzubauen verstanden, und zahlreiche Siedler in die Inselgruppen gebracht, in denen z. B. die Chamorro-Reste völlig aufgesogen werden.

Freilich liegen auch hier sehr zweckbestimmte und appretierte Darstellungen vor, an deren Spitze wir für Ostasien die beiden Artikel stellen wollen, die für die neuen beiden Ergänzungsbände der Encyclopaedia Britannica "Three eventful Years" London 1924 für Japan und China von leitenden und erfolgreichen Staatsmännern beigesteuert wurden:

M. Hanihara, der japanische Botschafter in Washington, frühere Vize-Minister des Äußern: "Japan Enters the World Arena", wobei der kluge und erfolgreiche Vertreter des politisch dort arg gefährdeten Inselstaats die Vorbilder jenes Sammelwerks „Unser Vaterland Japan" benützen konnte, das beim Kriegsausbruch mit Rußland so treffliche Dienste leistete, und

V. K. Wellington Koo, der Gegenspieler Karakhans und Vermittler zwischen China und den Sowjets, Außenminister Chinas und früherer Gesandter in Washington und London: "The Chinese Republic", worin er, ähnlich wie das neue "China Year Book", ein kluges Mittelding zwischen der bitterbösen Schilderung des britischen Konsuls Sir James Jamieson und Utopia zeichnete, und von Sir Henry Woottons Definition eines Botschafters Gebrauch machte als "honest man sent abroad to lie for his country" — was wir nur erwähnen, damit nicht irgend ein Harmloser in Deutschland glaube, die chinesische Republik sei wirklich so, wie Mr. Wellington Koo sie dort schildert.

Furchtbar scharf rechnet (North China Herald Nr. 2961, 10.5.24 u. a.) Ku Hung Ming: China: An Interpretation, mit Emile Hovelaques, von Mrs. Binyon ins Englische übersetzten China-Buch ab, das er in Vielem als "brilliant nonsense" bezeichnet, während doch die chinesische Haupteigenschaft "soberness", la sobrieté, sei, von der die Chinesen an die westliche Welt abgeben könnten. Von Lowes Dickinson hingegen spricht Ku Hung Ming mit großer Achtung, und wenn er auch nun ein vereinsamter Mann ist, wie auch Tagore — der den Ton für Jung-China bei seiner abge-

geschlossenen Ostasienreise nicht fand — es in Indien zu werden anfängt, so hat er doch auch heute noch über sein Heimatland ein mit Achtung anzuhörendes Urteil.

"The Historical Relations between Japan and Saghalien", Tokio, 1923, herausgegeben vom Auswärtigen Amt, hat begreiflicherweise nicht den Zweck, diese Beziehungen in ungünstigem Lichte darzustellen; doch gibt die Denkschrift ein im Augenblick erwünschtes Bild der auch von Rußland aus stark verdunkelten Vorgänge. Altgeheiligter russischer Boden, wie man wohl verkündete, ist die Insel nicht, der sich die Russen erst Ende des 18. Jahrhunderts mit einer Art friedlicher Durchdringung näherten, während die Japaner tatsächlich seit unvordenklicher Zeit dort herumgefischt hatten. Erst 1857 reklamierte Murawieff sie als Anhängsel der Amurlande; 1862 wurde der Anspruch von Ignatieff aufgenommen, bis 1875 hingehalten, wo man dann das zweifelhafte Kondominium über die Nordinseln in eine reinliche Scheidung Japans für die Kurilen, Rußlands für Sachalin, aber unter Anerkennung der japanischen Fischereirechte dort, auflöste. Zuerst spielte die 1905 erreichte Teilung beim 50. Grad schon eine gewisse Rolle. Bis in die neuesten Besitzverhältnisse wagt sich die Denkschrift nicht herein, die je nach dem guten oder ungünstigen Fortschreiten der augenblicklichen Verhandlungen zwischen Japan und Rußland in Peking noch eine Rolle spielen mag.

Sicher ist, daß die scharfe Stimmung gegen die Gewaltpolitik der Vereinigten Staaten, was aus dem fortwährend feindseligen Zug der politischen Karikatur ebenfalls hervorgeht, nun auch das Inselreich, wie vorher schon China dem eurasiatisch-groß-russischen Ideenkreise in der Presse und Literatur überraschend genähert hat. Das bestätigt ganz ungewollt, das Gesamtbild der westpazifischen Tagesliteratur — auch der fremden wie "Transpacific" und "Far Eastern Review", ganz abgesehen von den ostasiatischen Zeitungen und Broschüren selbst.

NEUERSCHEINUNGEN DES AUSLANDES

AMERIKA:
JULI/AUGUST/1924

1. ALTE WELT:

Archangel, The American war with Russia; by a chronicler, Chic., McClurg $ 2.00

Archer, Dorothy, Corsica, the scented isle, Bost., Houghton $ 3.50

Berry, Robert Lee, Adventures in the land of Canaan, Anderson, Ind., Gospel Trumpet Co. 75 c

Biriny, Louis K., The tragedy of Hungary; an appeal for World peace. Cleveland, O., Author. apply

La Branche, Corporal Ernest E., An American battery in France, Worcester, Mass., Belisle Pr. & Pub Co. $ 2.00

Buchanan, Meriel, Recollections of imperial Russia, N.Y., Doran $ 5.00

Currey, C. H., British Colonial Policy, 1783-1915, N.Y., Oxford $ 1.20

Elgood, Lieut. Col., P. G., Egypt and the Army, N.Y., Oxford $ 5.35

Halevy, Elie, History of the english people in the nineteenth century, N.Y., Harcourt $ 7.50

Van Loon, Hendrik Willem, The fall of the Dutch republic, Bost., Houghton $ 5.00

Lorimer, Norma Octavia, By the waters of Egypt, N.Y., Stokes $ 2.50

Melill, Robert, pseud, Sweden and its people, N.Y., Mc Bride $ 1.50

Murgotten, Francis Clark, The origins of the islamic state, translation from the arabic etc. N.Y., Longmans $ 3.00

Nourse, Edwin G., American agriculture and the European market, N.Y., Mc Graw-Hill $ 2.50

Reddaway, William Fiodian, Modern European history, 1492—1924, N.Y., Longmans $ 2.00

II. INDO-PAZIFISCHE WELT:

Cannon, P.S., Citizenship in India: its privileges and duties, N.Y., Oxford 70 c

Hutchinson, Paul, China's real revolution, N.Y., Missionary Educ. Movement of the U.S. and Canada 75 c

Malcolm, George Arthur and Kalaw, Maximo M., Philippine civics, N.Y., Appleton $ 1.25

Latourette, Kenneth Scott, The development of China, Bost., Houghton $ 2.50

Liu Ting Mien, Modern tariff policies, with special reference to China, N.Y., Alliance Pr. Corp. $ 2.00

Quezon, Manuel L. and Osias, Camillo, Governor General Wood and the Philippine cause, Manila, P.I., Manila Bk. Co. $ 2.50

Rydell, Capt. Carl, On Pacific frontiers, a story of life at sea and outlying possessions of the U.S., N.Y., World Bk. Co. $ 1.35

Starr, Lilian A., Tales of Tirah and lesser Tibet, N.Y., Doran $ 2.00

Younghusband, Sir Francis Edward, Wonders of the Himalaya, N.Y., Dutton $ 4.00

III. ATLANTISCHE WELT:

Adams, Herbert Lincoln, Worcester light infantry, Worc. Mass. $ 5.00

Back, James Montgomery, The constitution of the United Staates; yetsterday, today — and tomorrow. N.Y., Doran $ 3.00

Behind the scenes in politics; a confession, N.Y., Dutton $ 2.50

Blades, Ansley Baker, Stand pat, (problems of religion, national politics etc.), Bost., Stratford $ 1.50

Buxton, Earl, General Botha, N.Y., Dutton $ 5.00

Bowden, R. D., The evolution of the politician; a short study of the corruptor of politics, the enemy of democracy etc. Bost., Stratford $ 2.50

Channing, Edward, A students history of the United States, Macmillan $ 2.20

Constitution (The) and the courts; 3 vol. under the editorial supervision of the publishers; v. 1., Growth of the constitution by William Montgomery Meigs, (and) Constitutional construction and interpretation and Notes on the constitution by Thomas Henry Calvert; v. 2., Notes on the constitution of the United States by Thomas Henry Calvert; v. 3., Supplemental notes and Index; Northport L.I., N.Y., Edward Thompson Co. $ 15.00

Cohen, George, The Jews in the making of Amerika, Bost., Stratford $ 2.00

Dodge, Daniel Kilham, Abraham Lincoln, master of words, N.Y., Appleton $ 1.50

Drago, Harry Sinclair, Following the grass, (Nevada) N.Y., Macaulay $ 2.00

Drinkwater, John, Patriotism in literature, N.Y., Holt $ 1.00

Du Bois, William Edward Burghardt, The gift of the black folk, Bost., Stratford $ 2.00

June, Caroline Silver, Fifty Indian legends. Chic., Albert Whitman 50 c.

Finot, Jean, Race prejudice, N.Y., Dutton $ 3.00

High School Students of New-York City, Our city-New-York: a text-book in city government, Bost., Allyn & Bacon $ 1.20

Hinrichs, R.F. and Lanfear, V.W., The united mine workers of America and the non-union coal fields business fluctuations and the American Labor movement, 1915—1922, N.Y., Longmans $ 4.00

Lyell, Denis D., Memories of an African hunter, Bost., Small, Maynard $ 5.00

Lipsett, C.H., U.S. war surplus, its source and distribution, 1917—1924, N.Y., Atlas Pub. Co. $ 3.00

Merriam, Charles Edward and Gesnell, Harold Fute, Non-voting causes and methods of control, Chic., Univ. of Chic. Press. $ 3.50

Morse, Hermann Nelson, The social survey in town and country areas etc., N.Y., Doran $ 2.50

Murray, William H., Murray's essays on Pocahonta and Pushmataha, historical and biographical with copious notes on Oklahoma history, Ardmore, Oklahoma, author. $ 1.25

Nichols, Roy Franklin, and Berman, Edward, The democratic machine, 1850—1854, and, The Labor disputes and the president of the United States, N.Y., Longmans. $ 6.00

Ousley, Clarence, Background od American government, Dallas, Tex., Southern Pub. Co. $ 1.00

Powell, Henry Montefiore, Taxation in New York, 1924, etc., N.Y., ClarkeBoardman Co. $ 6.50
Reuter, Bertha Ann, Anglo-American relations during the Spanish-American war, N. Y., Macmillan. $ 1.75
Rice, Stanley P., Ancient Indian fables and stories, N. Y., Dutton. $ 1.50
Robinson, Edgar E., The evolution of American political parties, N. Y., Harcourt. $ 4.00
Selfridge, Thomas O., rear admiral, Memoirs of . . ., N. Y., Putnam. $ 2.50
Seligman, Herbert Jacob, The negro faces America, N. Y., Press of C. S. Nathan. $ 1.00
Smith, Edward Conrad, A dictionary of American politics, etc., N. Y., Burt. $ 2.50
Smith, Ray B., History of the state of New York, political and governmental, 6 vols, N. Y., Syracuse Press. $ 50.00
Spero, The labormovem, ent in a government industry; a study of employee organization in the postal service, N. Y., Doran. $ 2.00
Staples, Thomas S., Reconstruction in Arcansas, 1862—75, N. Y., Longmans. $ 5.00
Whitney, Nathaniel R., The sale of war bonds in Iowa, Iowa City, Ia, State Hist. Soc., apply.
Who's who in America, Chic., A. N. Marquis & Co. $ 7.75
Wilson, Guy Mitchell, What is Americanism? American ideals as expressed by the leaders of our Country, Bost., Silver, Burdett $ 1.16
Zollman, American law of charities, Milwaukee, Bruce Pub. Co. $ 9.00

IV. SYSTEMATISCHES UND ALLGEMEINES:

Alexander, Horace G., The revival of Europe; Can the League of Nations help? N. Y., Holt. $ 2.00
Beeby, Daniel J., and Beeby, Dorothea, How the world grows smaller, N. Y., Chas. E. Merril Co. 96 c.
Birkenhead, Frederick Edwin Smith, and others, Approaches to world problems, New Haven, Conn., Yale. $ 1.50
Brunton, John, Bankers and borrowers, N. Y., Longmans. $ 2.50
Bowman, Isaiah, Supplement to the New World, problems in political geography, N. Y., World Bk. Co. 50 c.
Cavanagh, William Henry, Colonial expansion, including the rise and fall of historic settlements, Bost., Badger. $ 2.50
Colby, Frank Moore edit., The new international year book, a compendium of the world's progress for the year 1923, N. Y., Dodd Mead. $ 6.75
Collins, James H., The Story of canned foods, N. Y., Dutton. $ 3.50
Copeland, Edwin Bingham, Rice, N. Y., Macmillan.
Grigg, Sir Edward, The greatest experiment in history, New Haven, Conn. Yale. $ 2.50
Herron, George Davis, The defeat in the victory, Bost., Christopher Pub, House. $ 2.00
Macfarland, Charles Steadman, International Christian movements, N. Y., Revell. $ 1.75
Moulton, Harold Glenn, The reparation plan; an interpretation of the reports of the expert committies appointed by the reparation commission, November 30, 1923, N. Y., Mc Graw-Hill. $ 2.50
Nearing, Scott, and Russell, Bertrand, Can the soviet idea take hold of America, England and France? N. Y., League for Public Discussion. $ 1.00
Palm, Andrew J., The league of nations; reasons why the United States should join other nations to bring universal peace and avoid the wickedness and expense of war, Meadville Pa., The League of Nations Co. $ 2.00
Schluber, William Charles, and Robinson, Leland Rex, The pre-war business cycle, 1907 to 1914; and foreign credit facilities in the United Kingdom, a sketch of postwar development and present status, N. Y., Longmans. $ 5.00
Taylor, Bert Leston, The so-called human race, N. Y., Knopf, $ 1.35

Verantwortlich sind: Dr. F. Hesse, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 85 / Prof. Dr. K. Haushofer, München, Arcisstraße 30 / Prof. Dr. E. Obst, Hannover, Geibelstraße 24 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 85 / Druck: Dr. Selle & Co. A.-G., Berlin SW 29, Zossener Straße 55

ADOLF REIN:

GRUNDZÜGE DER WELTPOLITIK DER LETZTEN HUNDERT JAHRE.

Eine raumpolitische Betrachtung.

I.

Seit wann gibt es Weltpolitik? Auf diese Frage können zwei Antworten gegeben werden. Die eine lautet: Weltpolitik gibt es, seit die Welt außerhalb des alten abendländischen Kultur- und Machtkreises anfängt, Gegenstand der Politik zu werden. Die zweite Antwort faßt den Begriff der Weltpolitik in seinem vollen Sinn und sagt: Weltpolitik gibt es, seit die Welt, das heißt die ganze Erdoberfläche zum Betätigungsfeld eines großen zusammenhängenden Weltstaatensystems geworden ist. Weltpolitik im Sinn der ersten Antwort kennt das Abendland seit Ausgang des 15. Jahrhunderts, im Sinn der zweiten Antwort aber erst seit dem 19. Jahrhundert. Es ist erst hundert Jahre her, daß die Politik großer Mächte ihre Ziele und die Mittel zur Erreichung dieser Ziele im Rahmen der Machtverhältnisse auf dem ganzen Erdball sucht; erst nach der Epoche der Revolution, die von der kolonialen Seite her ihren Ausgang genommen hat, ist das Schicksal eines jeden Volkes auf der Erde mitbedingt durch das Gesehehen in allen andern Teilen der Welt. Es gibt keine abgeschlossenen, für sich lebenden politischen Kreise mehr. Die Völker sind abhängig voneinander geworden dadurch, daß sie alle miteinander in Verbindung getreten sind.

Vom 16. bis zum 18. Jahrhundert, in der Epoche der älteren Kolonialzeit, erweitert sich das abendländische Staatensystem in östlicher und westlicher Richtung und holt ein großes Stück des Westens und ein großes Stück des Ostens gewissermaßen nach Europa hinein, — den atlantischen Ozean und Amerika auf der einen Seite, Indien (im weiten Sinne der älteren Zeit) mit dem indischen Ozean auf der andern Seite. Afrika hat in diesen Jahrhunderten keine wesentlich selbständige Bedeutung für die große Politik und wird von den Europäern entdeckt und benutzt nur insofern es ein Stück atlantische oder Indien zugelegene Küste hat. Afrika bietet der Segelschiffahrt mit kleinen Holzschiffen Raststätten auf der Fahrt nach dem Osten und beliefert die Plantagen-Kolonien in Amerika mit schwarzen Arbeitern. Afrika als Kontinent aber bleibt den seefahrenden und kolonisierenden Völkern Westeuropas gleichgültig; ihre großen Expansions-Kompanien heißen charakteristischerweise entweder ostindisch oder westindisch.

Neben Afrika, das berührt, aber nicht erschlossen wird, befindet sich die große Welt des Stillen Ozeans, trotz seiner geographischen Entdeckung und trotz einzelner dünner Fäden, die der abendländische Handel hier und dort anheftet, außerhalb des Raumes, in dem der Europäer sich politische Ziele steckt. Die Völker

in der östlichen Hälfte von Asien, in Australien und Ozeanien, im amerikanischen Nordwesten leben getrennt vom Abendland ihr Leben für sich[1]). Erst im Laufe des 19. Jahrhunderts wird diese große östliche Welt und Afrika in die Politik des Staatensystems einbezogen: die verschlossenen ostasiatischen Tore werden gewaltsam geöffnet, Australien und der Nordwesten von Amerika besiedelt, die zerstreuten Inselschwärme des Ozeans in Besitz genommen und die afrikanischen Landflächen kolonisiert.

Von dieser Zeit an verwandelt sich die Erdoberfläche in ein geschlossenes, einheitliches, riesenhaftes Schachbrett, auf dem die Staaten ihr Spiel um den Sieg spielen. Erst von nun an, da das ganze Spielfeld in Benutzung tritt und zur Geltung kommt, kann auch die naturgegebene Gestalt dieses Schachbrettes (um das Bild beizubehalten), der Charakter seiner Felder, die Bedeutung der Lage der einzelnen Felder zueinander, kurz: die Gliederung der Erdoberfläche in ihrer Gesamtheit seine volle Bedeutung gewinnen und zur Wirkung kommen. Hier wenden wir den Blick auf die Weltkarte, auf die gleichsam vom Globus abgezogene Haut, und fragen: welche sind die Grundtatsachen in der Gestaltung der Erdoberfläche?

Das die Weltpolitik Bestimmende ist die große bogenförmige Verkehrslinie oder besser der Verkehrsgürtel, der vom nordatlantischen Ozean durch das Mittelmeer, über Indien, durch das chinesische Meer hindurch an der asiatischen Küste entlang nach Norden verläuft. Wer an diesem bogenförmigen Streifen keinen Anteil hat, der kann das weltpolitische Spiel nicht mitspielen; es ist daher das Streben aller Großmächte an dieses Band, an dem alle großen Kulturen liegen, heranzukommen. Nördlich des großen Bogens und von ihm auch im Westen und Osten umfaßt und eingeschlossen befindet sich der große Kontinent (Europa und Asien), dessen Begrenzung im Norden von der Eiszone gebildet wird. In Verbindung mit dem großen Verkehrsband steht im westlichen Süden die Linie von Europa nach Indien um Afrika herum. Diesem Bereiche entspricht im östlichen Süden nicht ein solcher einzelner bestimmter Verkehrsweg um einen wenig gegliederten, fest zusammengeschlossenen, beinahe insellosen Kontinent, sondern die aufgelöste Inselwelt von Südasien, Australien und Ozeanien mit einem Netzwerk, einem Gewebe von möglichen Verkehrslinien. In der Mitte von diesen drei großen Bezirken, zugleich den Mittelpunkt der Hauptlinie bildend, liegt die ostindische Halbinsel.

Abgesondert von dieser zusammenhängenden afrikanisch-asiatisch-australischen Welt, eine Zone für sich, besteht Amerika mit seinen beiden Kontinenten und den dazwischen liegenden Inseln. Die weltpolitische Lage dieses amerikanischen Raumes ist dadurch bezeichnet, daß er zwischen den beiden Anfangs- (oder End-) Strecken der Hauptlinie und zwischen den beiden je nach außen gekehrten Hälften



der beiden zu ihr gehörigen Nebenkreise gelegen ist. Amerika befindet sich in einer isolierten Lage fern von dem Zentrum der Hauptgebiete der Erde, also von Innerasien, Indien und dem indischen Ozean, aber doch mit der Zugangsmöglichkeit ausgestattet sowohl zu dem Ost- wie zu dem West-Anfang des großen Verkehrsgürtels und den Randgebieten der Nebenkreise. Mit diesen wenigen Strichen sind die Grundzüge der Erdoberflächen-Gestalt zu kennzeichnen.

Nach dem Überblick über die Gliederung des Raumes erhebt sich als nächste Frage: welche Großmächte mit weltpolitischen Zielsetzungen gibt es, wo stehen sie und in welcher Richtung bewegen sie die Figuren ihrer Macht auf diesen Linien und Feldern?

Als im Jahre 1815 das durch die Revolution und Napoleon zertrümmerte abendländische Staatensystem wieder aufgebaut wurde, gab es drei Mächte von weltpolitischer Bedeutung.

Rußland hatte in dem Kampfe gegen Napoleon seine endgültige Einfügung in das abendländische Staatensystem vollzogen und stand als Retter Europas von der Tyrannis des Korsen da. Der Zar, von nun an eine beherrschende Gestalt in den Angelegenheiten des Abendlandes, war aber nicht nur Herr über das europäische Rußland, sondern auch über ganz Nordasien und dem äußersten Teil von Nord-West-Amerika; außer dem eigentlichen Rußland also brachte er auch große Teile von Asien und den Nordteil des Stillen Ozeans mit in den Bereich der großen Politik des Abendlandes.

Neben Rußland stand als Sieger über Frankreich: England — die jüngste unter den älteren Kolonialmächten Westeuropas — das der Reihe nach Spanien mit Portugal, Holland und nun auch Frankreich bezwungen hatte und jetzt zum Erben der großen überseeischen Ausdehnung Westeuropas vom 15. bis zum 18. Jahrhundert geworden war. Freilich gegenüber der alten Kolonialzeit war eine große Änderung eingetreten. Die Siedlungskolonien in Amerika hatten sich von den westeuropäischen Mutterländern abgelöst: die Vereinigten Staaten mit Hilfe Frankreichs von England, Haiti infolge Übertragung der revolutionären Ideen in die Sklavenbevölkerung mit Beihilfe Englands von Frankreich und dann, gestützt auf die Machtstellung der englischen Flotte nach 1805 (Trafalgar), fast alle iberischen Kolonien in Süd- und Mittelamerika. Die ibero-amerikanischen Freistaaten gelangten aber nicht zu der angestrebten Großmachtsbildung; diese wurde nur von den ehemalig englischen Siedlungsländern an der atlantischen Küste von Nordamerika erreicht. Amerika war von nun ab der weiteren europäischen Kolonisation entzogen und die Vereinigten Staaten behaupteten sich in den napoleonischen Kriegen als unabhängiger amerikanischer Staat, der als Seemacht in die Geschichte eingetreten, sofort die Gunst seiner Lage zu weltpolitischen Auswirkungen benutzte.



Rußland, England und die Vereinigten Staaten von Amerika sind es, die die Anfänge der Weltpolitik nach 1815 bestimmen.

Eine vierte Weltmacht trat nach Ablauf der zwanziger Jahre des Jahrhunderts hervor, jener Jahre, die der Welt gerade an den amerikanischen Fragen die Gesichter der drei ersten Weltmächte erkennen ließen. Von dann an vollzog sich der Wiederaufstieg Frankreichs, der trotz schwerer Rückschläge, im ganzen gesehen, stetig voranging, von 1815 bis 1919.

Seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts erscheint als fünfte Weltmacht das neue Deutsche Reich, das aus der Erweiterung Preußens hervorgewachsen ist. Österreich ist keine Weltmacht gewesen und Japan steckt bei der Begrenztheit seines Wirkungskreises erst in den Anfängen zu weltmachtpolitischer Entfaltung.

Beginnen wir mit der Kennzeichnung der Lage Englands und der Ziele seiner Weltpolitik. England, das durch die Beherrschung der ganzen Inselgruppe sich zu Groß-Britannien erweitert hat (die Beherrschung Irlands ist Voraussetzung englischer Großmachtspolitik), bildet ein Machtzentrum an dem nordwestlichen Ausläufer des großen Verkehrsgürtels. Die Insellage ermöglicht ihm die Absonderung vom europäischen Kontinent und dadurch die Gewinnung einer weitreichenden Freiheit in der Teilnahme oder Nicht-Teilnahme an der europäischen Politik. Seit der Bezwingung aller westlichen, an der atlantischen Seite die Verkehrsstraße entlang gelegenen Staaten Europas, denen es die Seeherrschaft streitig machte und entriß, kann es nach den Erfordernissen seiner Weltpolitik frei bestimmen, in welcher Weise die englische Macht in den europäischen Händeln eingesetzt werden soll. Nach 1815 ist England Weltmacht schlechthin, es scheidet gleichsam aus Europa aus und tritt in das stolze „glanzvolle Alleinsein" über. Es beansprucht die Seeherrschaft, d. h. den Besitz aller Meere und Ozeane und der dazu gehörigen Küsten.

Das Entscheidende für die Gewinnung und Behauptung der Weltherrschaft von der Seeseite her ist die vollständige Kontrolle der großen Weltverkehrslinie. 1815 verfügt England über Indien, Malta, Gibraltar, die Abhängigkeit von Portugal, Helgoland[2]). Es gelingt ihm im Laufe von 100 Jahren hinzuzufügen: die Jonischen Inseln[2]), Zypern, Ägypten, Palästina, Arabien, Aden, Sokotra, Mesopotamien, Süd-Persien, Belutschistan, Hinter-Indien, Malaga, Singapore, Nord-Borneo, Honkong, Wei-Hai-Wei[2]). Politisch gehört in diese Kette hinein die langjährige freundschaftliche Verbundenheit Englands mit der Türkei und das japanische Bündnis.

Den Mittelpunkt dieser Herrschaftslinie bildet Indien, das England in der alten Kolonialzeit den Portugiesen entrissen und gegen Frankreich behauptet und erobert hat. Zur Sicherung Indiens, in dem auf 1 Engländer etwa 30000 Inder kommen[3]), ist die Beherrschung des ganzen Umkreises des Ozeans erwünscht[4]).



So schließt England die Lakadiven, Malediven, die Seychellen, die Amiranten, Mauritius, die Tschagos-, die Andaman-, Nikobar-Inseln, die Kilings-Inseln und die Weihnachts-Insel ein und strebt nach dem Besitz der Eckpfeiler zu seiner indischen Stellung in Afrika und Australien.

Da in der alten Kolonialzeit der Weg nach Indien um Afrika herumführte (denn es war leichter, um Afrika zu segeln als Ägypten zu erobern) und dieser Zustand bis 1869, dem Eröffnungsjahr des Suezkanals, erhalten blieb, so ist für England die Beherrschung dieser alten Seestraße, nach 1882 im Jahre der Besetzung Ägyptens auch als Reserve- und Hilfsstraße neben dem neuen Suezweg, erforderlich. Das Kap der Guten Hoffnung, durch den Besitz des Hinterlandes gesichert, ist der entscheidende Punkt. Auf der Anfahrt hatte England die portugiesischen Inseln, westafrikanische Stationen, St. Helena zur Verfügung, auf der Hinfahrt Mauritius und später Sansibar und Ost-Afrika als Mittelglieder der großen Kap Kairo-Idee, jenes englischen Landstreifens von der Nilmündung bis zum Tafelberg, als breite Schutzwand für Indien, die heute nahezu hergestellt ist.

Zur Sicherung Indiens genügten in Afrika ursprünglich, solange dort noch nicht kolonisiert wurde, wenige günstig gelegene Stützpunkte. In dem australischen Inselgebiet aber, das von einem Netz von Linien durchzogen wird, ist es mit der Festsetzung an wenigen entscheidenden Punkten nicht getan; die Herrschaft muß eine ausgebreitetere sein. Wir beobachten deshalb in der ersten Periode des 19. Jahrhunders Englands Zurückhaltung in Afrika, sogar Freigabe der Burenstaaten, während gleichzeitig ein energisches Vordringen im großen Inselgebiet erfolgt. Australien, Tasmanien, Neuseeland wurden vollständig in Bezitz genommen; dazu die Fitchi- und andere kleine Inseln, später auch, zur Deckung von Nordost-Australien, ein Teil von Neu-Guinea. Die für eine maritime Weltpolitik entscheidenden Punkte in den beiden Nebenkreisen sind damit in englische Hand gebracht. Holland kann in dem abgeschlossenen Inselbezirk nördlich Australiens gelassen werden, solange es ein von England maritim abhängiger Kleinstaat bleibt.

Wie aber ist die englische Stellung in dem amerikanischen Kreis? Bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts hat England auch hier eine dominierende Stellung inne. Als Erbe aus der älteren Kolonialzeit bewahrt es Kanada mit seinen Nebenländern, Bermuda — dieses amerikanische Helgoland — die Bahama-Inseln, die den Zugang zum Mexikanischen Golf sichern, eine Reihe von den kleinen Antillen, die mit Trinidad und Britisch Guyana die Einfahrt in das Karibische Meer offenhalten; für das mittelamerikanische Festland von Bedeutung ist der englische Besitz von Jamaika und Honduras; als Station für die Südwestfahrt nach dem neugewonnenen Australien werden die Falkland-Inseln besetzt. Die Ablösung der ibero-amerikanischen Festlandskolonien erfolgte mit Hilfe Englands und zugunsten des englischen Handels.

Das war gegenüber den Vereinigten Staaten eine ausgedehnte und wohlgesicherte Stellung. Die amerikanische Geschichte ist im 19. Jahrhundert bestimmt durch die Ausdehnungsbewegung nach dem Westen. An dieser Bewegung nimmt England als amerikanische Macht teil. Es gewinnt durch Kompromiß mit der Union ein Stück des großen Nordwestens am Stillen Ozean und behält seine Hand in der mittelamerikanischen Kanalfrage durch den Vertrag von 1850, der ihm ein Veto gegen einen amerikanischen Kanalbau gewährt.

Die Vereinigten Staaten sind als atlantische Seemacht in die Geschichte eingetreten. Im 19. Jahrhundert wenden sie ihr Gesicht von dem Atlantischen Ozean ab, verkünden die Monroe-Doktrin, d. h. die Politik der amerikanischen Isolierung, und stellen als Ziel die Eroberung Nordamerikas auf. In einer Reihe von Etappen wird dieses kontinentale Ziel erreicht — das ebenso wie die Monroe-Doktrin einen tiefen weltpolitischen Sinn hat, denn es galt die weltpolitisch so günstige Lage zwischen zwei Ozeanen zu gewinnen — trotz Störungen durch den englischen „Erbfeind". Die Vollendung der Ausdehnung nach Norden hin scheiterte an der englisch-kanadischen Macht. Rußland aber und Mexiko wurden zurückgeworfen.

Die Russen hatten, gestützt auf den Besitz von Kamtschatka, die Kurilen, Aleuten, Alaska, eine Station nördlich von St. Franzisko, und auf den Hawaiischen Inseln den Plan zur Bildung eines großen nordpazifischen russischen Herrschaftshalbkreises, dessen Sehne von Manila, das erworben werden sollte, über die Hawaiischen Inseln nach Kalifornien gegangen sein würde (1821). Da eine solche weite Stellung, die Ostasien mit Nordamerika verband, nur mit maritimen Mitteln zu behaupten war, mußte Rußland auf diesen Plan einer Herrschaft im Stillen Ozean verzichten und sich nach Norden zurückziehen (1824). Später wurde Alaska mit den Aleuten von Rußland an die Vereinigten Staaten verkauft (1868); ihre gemeinsame Feindschaft gegen England drückte sich in dieser vereinbarten Landübergabe aus.

Auch die amerikanische Ausdehnung nach dem Süden wurde lange Zeit von England aufgehalten und verzögert. Der Sinn dieser Südausdehnung liegt in dem Streben, die Südgrenze des nordamerikanischen Kontinents zu erreichen und zu sichern, also das mittelamerikanische Inselgebiet in Besitz zu nehmen, das Festland bis zum Kanal zu kontrollieren (wie der amerikanische Ausdruck für beherrschen lautet), und um den Kanal zu sichern, den Nordrand von Südamerika in diese politische Kontrolle mit einzubeziehen. Diese Südrichtung ist für die Amerikaner von großer Bedeutung, seit die Engländer ihnen den Kanalbau und damit die mittelamerikanische Zone freigegeben haben. Diese Freigabe erfolgte am Ende des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts, weil England in der Behauptung seiner Weltstellung unsicher geworden war, seit Frankreich und Deutschland Weltpolitik trieben, Amerika mit verstärkten weltpolitischen Wünschen



hervortrat und Japan als Großmacht sich Geltung verschaffte. England hatte Schwierigkeiten in Südafrika, in seiner ägyptischen und orientalischen Stellung und in Ostasien entstand das neue weltpolitische Problem der Aufteilung Chinas. Dieser Zeitpunkt war es, da es England für notwendig und für klug hielt, durch ein Opfer in Amerika sich einen Freund zu verschaffen und eine „ungeschriebene Allianz" einzugehen. Es war verständlich, daß England, als es die Notwendigkeit sah, Opfer zu bringen, um die Hauptstellung zu bewahren, diese Opfer auf einem Nebenfelde brachte. England konnte auf die Vorherrschaft in Amerika und über die amerikanischen Verkehrslinien verzichten, weil von der amerikanischen Stellung aus das eigentliche Zentrum der englischen Weltherrschaft: Indien und der Indische Ozean nicht unmittelbar getroffen werden kann. Die Idee des Allangelsachsentums und die in ihr ruhende Hoffnung auf einen Zusammenschluß aller englischsprechenden Menschen konnte das Opfer nach der amerikanischen Seite hin leichter machen.

Eine einzige schwierige Stelle in dem englisch-amerikanischen Verhältnis — wenn die Amerikaner auf den Erwerb von Canada und der englischen Inseln in Mittelamerika zunächst verzichten wollen — besteht da, wo der amerikanische Ausdehnungsdrang auf die große Weltverkehrslinie stößt. Die Vereinigten Staaten, die ihrer Lage nach die Wahl haben, im Osten oder im Westen an die andere Welt heranzukommen, werden durch die Stärke der europäischen Mächte in Europa und Afrika mehr in die Richtung des geringeren Widerstandes nach dem Westen gezogen, der alten Richtung ihrer Ausdehnung folgend. In Ozeanien (Samoa) treffen sie auf ein Verkehrsnetz, das ihnen mehr Aussicht eröffnet, einmal auch bis in den indischen Raum vordringen zu können, als das von einer westafrikanischen Station aus (etwa Liberia) möglich sein wird ohne Beherrschung des Kaplandes. In Ostasien (Philippinen und die Verbindungsstücke Guam und Hawai) fassen sie den Weltverkehrsgürtel an einer Stelle, die für England bedeutsam ist, aber doch das von der großen Herrschaftslinie am wenigsten bedeutsame Stück bildet. Hier hat sich die englische Herrschaft mit dem japanischen Bündnis begnügt, während auf den Strecken, die England mit Indien und Indien mit seinem östlichen Eingangstor im chinesischen Meer verbinden, keine Störung durch eine andere Macht von England geduldet werden darf. So kommt es, daß der eigentlich englisch-amerikanische Gegensatz in Ostasien umgebogen werden kann in einen amerikanisch-japanischen. Für England erhebt sich damit die Frage des Zusammengehens mit Japan oder mit Amerika. Auf der Washingtoner Konferenz hat es auf das zwanzigjährige japanische Bündnis verzichtet und in die Fesselung Japans durch das angelsächsische Welt-Kondominium gewilligt.

Aus diesen Tatsachen ist zu erkennen, daß der englisch-amerikanische Gegensatz nicht absoluter Art ist. Wir sind gewohnt, England mit dem Walfisch



zu vergleichen. Dieses schwerfällige Tier charakterisiert aber schlecht das eigentliche Wesen der englischen Weltpolitik. Ich vergleiche England mit einer Spinne, die ein Netz feiner politischer Fäden über die Welt ausgespannt hat. Die Spinne selbst sitzt nicht in dem Mittelpunkte ihres Netzes, sondern liegt abseits an dem Ausläufer des Hauptfadens, der alles zusammenhält, auf der Lauer, jederzeit bereit, da einzugreifen, wo das Netz gestört wird oder eine Beute winkt. Da aber die Erde zwei Netzsysteme hat, ist es der englischen Spinne möglich, das kleinere Netz, das amerikanische, einer Schwesterspinne zu überlassen, solange es gelingt, das Hauptnetz für sich zu bewahren. Es ist deutlich, wo die Gefahren für das englisch-amerikanische Verhältnis liegen, nämlich an den Stellen, da das amerikanische an das Hauptnetz angeknüpft werden kann, in der Welt des Stillen Ozeans.

(Fortsetzung im nächsten Heft)

ANMERKUNGEN

[1]) Die äußersten westasiatischen Gebiete stehen in Verbindung mit dem europäischen System; die Türkei befindet sich im Herrschaftsraum des alten oströmischen Reiches und Rußland ist zum Erben der Idee des oströmischen Reiches geworden; die alte Verbundenheit zwischen Ostrom und Westrom wirkt auch bei den Nachfolgern dieser Staatsgebilde weiter.

[2]) Inzwischen wieder aufgegeben.

[3]) Nach einer Vorkriegs-Schätzung.

[4]) Vergleiche den Aufsatz von J. März in Heft 6 dieser Zeitschrift.

RICHARD POHLE:
SIBIRIEN II.

Aus dem bisher Erörterten geht eins klar hervor: der besiedelte und genutzte Raum erscheint in Sibirien ganz außerordentlich klein. Es ist eigentlich nichts weiter als ein Streifen zu beiden Seiten der Bahn sowie der Flüsse Amur und Ussuri (auch einiger während des Krieges fertiggestellter Zweige und Linien, zugleich der 1915 bis Chabarowsk vollendeten Amurbahn.) Alles, was Sibirien heute bedeutet, ward durch Auswirkung der Bahn geschaffen. Wir erkennen das an den Einwohnerziffern, die das Wachstum einiger Städte charakterisieren:

	1897	1910		1897	1910
1. Omsk	37400	127900	7. Wladiwostok	28900	84600
2. Tomsk	52000	111400	8. Nowo-Nikolajewsk	—	63600
3. Krassnojarsk	25100	73500	9. Taiga	—	10300
4. Irkutsk	51500	126700	10. Nikolsk-Ussuriisk	—	34600
5. Tschita	11500	74300	11. Blagoweschtschensk	32800	64400
6. Chabarowsk	15000	43300	12. Nikolajewsk	3700	16400

Die unter 8, 9 und 10 genannten Orte sind erst durch den Bahnbau hervorgerufen bezw. infolge von Vollendung der Bahn entstanden; 6, 11 und 12 sind Städte am Amur, dessen Uferlandschaft und Schiffahrt durch die Sibirische Bahn dermaßen belebt wurde, daß schnelle Zunahme der Einwohnerschaft erfolgte. Wir können auch noch die Gegenprobe machen, indem wir einige Einwohnerzahlen von Taigaorten zum Vergleich stellen, welche deutlich zeigen, daß die einzige große Verkehrslinie des Landes die Menschen gleich einem Magneten aus dem Gebiete der Taiga herauszog, welche bis heute keine Stadt von Bedeutung aufzuweisen hat! Selbst Tobolsk, das in der Jugend Sibiriens eine große Rolle spielte, sank trotz seines Fischhandels von gewisser Bedeutung zur unbekannten Provinstadt herab:

	1879	1910		1897	1910
Tobolsk	20400	20700	Kolywan	11700	11100
Jenisseisk	11500	10900	Kirensk	2300	2300

Die am meisten hervortretende Eigenschaft Sibiriens ist sein Mangel an Menschen und die unglückliche, ja man möchte sagen, ungerechte Verteilung der Menschen. Warum ist das so? Man könnte vielleicht am Vergleich mit U. S. Amerika lernen, der nicht ganz fern liegt, zumal der Sibirier dem Bewohner des europäischen Rußland zuweilen wie eine Art Amerikaner vorkam (wobei allerdings häufiger der Wunsch des Gedankens Vater war, denn manchem Russen wäre ein in amerikanischer Weise wirtschaftlich aufblühendes Sibirien ein angenehmer Traum gewesen).

Beim Vergleich erscheint ganz zuerst die Gestalt Sibiriens recht unproportioniert. Denken wir uns den Aufriß eines Gebäudes, so ist das Haus zu niedrig und zu breit, richtiger zu tief. Das sind die großen Entfernungen! Wenig glücklich auch die Anlagerung am Körper des europäischen Rußland. Von Kurgan, der äußersten Fleisch- und Butterstadt West-Sibiriens, betragen die Entfernungen nach den nächsten Ausfuhrhäfen in km: Rostow am Don 2519, Archangel 2535, St. Petersburg 2863, Tuapse 3064, Noworossiisk 3079, Mariampol 3142, Nikolajew 3576, Libau 3769. Daraus allein folgt, daß Sibirien alles daran setzen sollte, aus seiner Landwirtschaft hochwertige Erzeugnisse zu gewinnen. Die doch recht nördliche, über weite Flächen auch recht hohe Lage verursacht lange, im extremsten Kontinentalklima äußerst kalte Winter! Sibirien ist gewissermaßen aus dem moskowitischen Rußland herausgewachsen, und zwar an dessen Ostseite, d. h. an der Schattenseite, und die Siedler, die es erhielt, waren die ganze Zeit des noch lange nicht beendeten Wachstums hindurch Bauern. Während an der Besiedlung U. S. Amerikas alle Kulturvölker West- und Mitteleuropas Anteil nahmen, die vielfach nicht die schlechtesten Leute hinüberschickten, brachte der siedelnde Russe einen doch recht geringen Vorrat an Kulturwerten in die neue Heimat mit. So ist Sibirien ein Bauernland geworden, dessen Bevölkerung die Mannigfaltigkeit der Berufe eines Kulturlandes fehlt. So gibt es auch heute noch keinen Mittelstand, denn was der Russe mit dem Wort „Intelligenzia" bezeichnet, ist nicht mit dem europäischen Mittelstand identisch. So fehlen in Sibirien die Ingenieure, Techniker und Handwerker, die Industriellen und Kaufleute, daher fehlen auch Kapital und Unternehmungslust. Alles natürlich im Vergleich zu seiner Größe, im Verhältnis zu der Rolle, die dem Lande von der Natur zugedacht ward. Dieses macht den Eindruck eines im Wachstum zurückgebliebenen Kindes, wohl in erster Linie deshalb, weil die ihm gelieferte Kleidung zu sehr auf Zuwachs berechnet war. . . .

Gerade an dem Beispiel Sibiriens kann gezeigt werden, daß das alte Rußland mit seinem Pfunde nicht zu wuchern verstand. Die gesamte Kulturwelt hat ein Recht darauf, das im Zarenreich von jeher herrschende System der Pflichtvergessenheit zu zeihen. War es doch durchaus eine Pflicht, die dem Staate aus seiner großen, man möchte sagen, physischen Macht und aus dem Absolutismus erwuchs, der die höchste Machtkonzentration an beliebiger Stelle ermöglichte, für die eroberten Länder und deren Bewohner zu sorgen.

Wer Gelegenheit hatte, Sibirien in seinen verschiedenen Zonen kennen zu lernen, dem mußten die auf der großen Sibirischen Bahn verkehrenden Luxuswagen geradezu wie Hohn oder Satire erscheinen, in dem Lande, welches bei einem riesenhaften Waldareal weder Holz noch Holzerzeugnisse über seine Grenzen in die Nachbargebiete, geschweige denn auf den Weltmarkt brachte. Diese Wälder



scheinen vielfach nur zu dem Zweck vorhanden zu sein, um alljährlich in den kontinentalen Dürrezeiten aufzuflammen und die Luft meilenweit mit Rauch zu erfüllen, derart, daß stellenweise Dampfer zeitweilig ihre Fahrten zu unterbrechen gezwungen wurden. Davor pflegten übrigens die Fahrpläne bereits zu warnen! Diese in Sibirien sprichwörtlichen Taigabrände entspringen der wirtschaftlichen Halbkultur einer spärlich an den Flüssen sich niederlassenden russischen Bauernschaft. Ihre Folgeerscheinungen sind: Verschwinden des den Eingebornen erhaltenden Tierbestandes, langsame Versumpfung oder langsame Erneuerung des anderthalb bis zwei Jahrhunderte Zeit zum Heranwachsen brauchenden Waldes.

Sibiriens wirtschaftlicher Zustand bedeutet eine Phase, bei der nur Rohstoffe gewonnen werden oder vielmehr, bei der nur ein Teil geerntet wird, während das übrige brachliegend verdirbt, ohne daß etwa der Boden besonders angereichert würde. Die russische Regierung hatte es zu spät erlernt, größere Menschenmengen im Lande seßhaft zu machen. Harmonie im Wirtschaftsleben ist aber nur bei einer gewissen Verkehrsdichte möglich. In keiner der Zonen und in keinem der Gebiete ward der entsprechende Index erreicht. Zudem vermag genannte Harmonie auch nur dann in die Erscheinung zu treten, wenn die gehörige Differenzierung des Menschenmaterials — nach Kräften, Fähigkeiten, Berufen — damit Hand in Hand geht. So können beispielsweise reiche Goldlager im Sajangebirge nicht ausgebeutet werden, weil infolge mangelnder Straßen Maschinen nicht hinaufzuschaffen sind: aber auch primitive Einrichtungen können an Ort und Stelle nicht zusammengefügt werden, da es an Handwerkern fehlt, usw. Man wird hier mit Recht Einwände erheben. Wenn das europäische Rußland eigentlich noch keinen Mittelstand besaß, wenn es dort an Vertretern gelehrter, technischer und kaufmännischer Berufe mangelte, so daß immer wieder Fremde angestellt werden mußten, wie konnte dann Sibirien Ansprüche darauf machen, mit derartigen Leuten versorgt zu sein? Reichten doch die tüchtigen, fähigen und ehrlichen Beamten im europäischen Rußland bei weitem nicht aus, da das beste Material stets an die zu russifizierenden Randländer abgegeben werden mußte! Nein, wenn die Metropole solchen Mangel litt, wie hätte da die Kolonie Besseres erwarten dürfen? Tatsächlich war die Leere im europäischen Rußland so groß, daß gerade das Gegenteil in die Erscheinung trat. Die Metropole sog geradezu die vorwärtsstrebenden, tatkräftigen, unternehmenden, vor allem die nach besserer beruflicher oder geistiger Bildung dürstenden Sibirier aus der Kolonie heraus! Das war es, was die Intellektuellen Sibiriens aufs tiefste erbitterte, die nach Entwicklung ihrer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse strebten. Weder Fach- noch Hochschulen wurden ihrer Heimat zuteil, und die jungen Leute wanderten nach den russischen Residenzen und Großstädten, um dort zu lernen. Die

Mehrzahl aber kehrte nicht zurück; sie blieb am Rumpf des Reiches haften, sehr zum Schaden des Blutumlaufes in den Gliedern. . . .

So fehlte der Regierung sowohl Sinn als Neigung für Hebung und Förderung des sibirischen Bildungswesens. Erst 1887 entstand in Tomsk, das geeignet erschien, einst Zentrum des wirtschaftlich so wertvollen Westens zu werden, eine Universität mit einigen Fakultäten; 1890 ward daselbst das Technologische Institut gegründet, eine Art Technische Hochschule, gleichfalls nur mit einigen Abteilungen, „Höhere Kurse für Frauen" entstanden ebenfalls. So war endlich ein Wunsch jener Jadrinzeff, Potanin und anderer sibirischer Patrioten in Erfüllung gegangen. Doch wieviel Forderungen standen noch aus! Hier liegt der hauptsächliche Unterschied, das wichtigste trennende Moment beim Vergleich mit U. S. Amerika. Nichts geschah, um dem Drang nach politischer, d. h. staatsbürgerlicher Betätigung nachzugeben. Dieser Drang war aber sehr verständlich. Er ergab sich aus dem Charakter des sibirischen Bauern, des „Staroshil". Hart und rauh, da er mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, fühlte er sich durchaus als Persönlichkeit; er ist in allen Sätteln gerecht, weiß überall sich zu helfen, da ihm die Hilfsmittel der neueren Technik meist nicht zur Hand sind. Zur Betätigung in der Selbstverwaltung bringt er die wichtigste Grundlage mit: den praktischen Verstand, den Sinn für das wirkliche sibirische Leben.

Jener Wunsch nach staatsbürgerlicher Betätigung, den Sibirier aller Berufe hegten, fand in der Residenz lediglich taube Ohren. Nicht einmal die Einrichtung der Semsto-Verwaltung ward gewährt. Und doch wuchsen allmählich die Ansprüche der Bevölkerung über diese Anfangsgründe hinaus. Der Sibirier strebte alsdann nicht mehr nach der „Landschaft", sondern nach Autonomie. Eine Duma sollte die inneren Verhältnisse des Landes regeln, das in allen übrigen Dingen ein Teil des Reiches blieb.

Man wird sich an dieser Stelle daran erinnern müssen, daß das Jahr der Bauernbefreiung in Rußland, 1861, mit einer Jahrtausendfeier des Russischen Reiches zusammenfiel. Letztere löste eine Art Freudentaumel aus, welcher in der Forderung nach parlamentarischer Betätigung gipfelte. Ja, ein nicht ganz geringer Teil gebildeter Russen dachte sogar weit radikaler. Auch in Sibirien gab es damals ähnlich urteilende Geister, und einige Heißsporne wurden in Omsk, einem militärischen Verwaltungszentrum Sibiriens, über Plänen ertappt, die auf Erringung künftiger Autonomie gerichtet waren. Aus der Steppenstadt am Rande des Kirgisenlandes liefen die Fäden landeinwärts weiter nach Tomsk und Krassnojarsk. Sie endeten in Irkutsk. Dem ersten harmlosen Beginn folgte im nächsten Jahrzehnt eine ernstere Bewegung. Die Regierung zeigte sich in dieser Angelegenheit sehr geschickt; sie verhing verhältnismäßig milde Strafen, und sie schwieg die Sache tot. Es gab daher nicht viele Leute diesseits des Ural, die darum wußten. Man ahnte wenig



von diesen Dingen bis zum Jahre 1905. Anders in Sibirien. Dort war der Gedanke nicht von der Hand zu weisen, nur von einer Duma, dem Gebiets-Landtag erwartete man die Lösung gewisser sibirischer Lebensfragen. Der Reichsregierung und den örtlichen Gouverneuren traute man sie nicht zu.

Die Notwendigkeit einer sibirischen Duma ist namentlich von dem berühmten Asienforscher Potanin immer wieder vertreten worden, der allerdings der Zwangsarbeit nicht entging. Potanin fußt dabei durchaus auf geographischen Gründen. Die Eigenart des Landes bedingt die Eigenart der Bevölkerung. Der Ural ist, wie schon die Moskowiter richtig meinten, eine Scheidewand. Mit seinen Bergen wird er für den Bewohner absoluter Ebenen, als den wir den Russen charakterisieren müssen, zur Völkerscheide, in der die Natur lediglich das schmale Tor von Jekaterinenburg offenhielt. Und der Ural beeinflußt ja auch das sibirische Klima, welches in seiner Trockenheit nicht besser charakterisiert werden kann, als durch den in der Wissenschaft so oft erwähnten nassen Handschuh Middendorfs, der bei klingendem Frost im Freien staubtrocken wurde. In Irkutsk pflegen Musikinstrumente Sprünge und Risse zu erhalten. Dafür gibt es dort in dem trockenen Winter trotz seiner Kälte keine Lungenkranken. Es unterliegt keinem Zweifel, daß schon ein vom russischen so verschiedenes Klima den Menschen stark in seinen Lebensgewohnheiten, darum auch in seinem Denken, beeinflußt.

Und noch kommt hinzu, was Sibirien sowohl vom europäischen Rußland, als auch vom U. S. Amerika scheidet. Das sind die Eingeborenen, welche der staatsrechtliche russische Ausdruck in den auf sie bezüglichen Gesetzen und Verfügungen als „Inorodzy", Andersbürtige, bezeichnet. Die Vereinigten Staaten lösten ihre Eingeborenenfrage bekanntlich schnell und sicher, wie man auch sonst darüber denken möge. Der russische Staat hat sich nie dazu entschließen können, an die Frage heranzugehen.

Ein Staatswesen von gewaltiger Größe und Bevölkerungszahl, zeigte Rußland nach der Bauernbefreiung mit zunehmendem wirtschaftlichen Aufschwung einen gewissen Überschuß an Kraft, der in falsche Behnen lenkte. Es entstand ein Nationalismus, der nicht nur öffentlich, sondern auch amtlich sich betätigte. Unterlag ihm doch sogar der große russische Staatsman Stolypin. Opfer dieser Bestrebungen wurden neben den Randvölkern auch die Fremdvölker Sibiriens. So suchte man dem urwüchsigen Reitervolk der Kirgisen, das dem Islam recht gleichgültig gegenüberstand, den orthodoxen russischen Nationalglauben aufzupfropfen. Doch damit erreichte man das gerade Gegenteil. Die Kirgisen rüsteten sich zur Abwehr und leiteten ihrerseits eine religiöse Propaganda in die Wege. Folge der Russifizierungsbestrebungen auf der einen und der Propaganda für den Islam auf der andern Seite war der Zusammenschluß zur völkischen Bewegung religiös-politischen Charakters (Bukeichanoff). Geheime Schulen wurden auf-

getan. Gelehrte Mullah aus Kasan, Samarkand u. a. Orten erteilten Unterricht. Das waren die Vorbereitungen; 1905 sah dank ihnen die weite Kirgisensteppe, die bisher nur Wettrennen und Jahrmärkte gekannt hatte, die ersten politischen Tagungen. Man wählte Vertreter, welche der Regierung die Wünsche des Volkes überbrachten. Geschickt nahm sich die russische Partei der Volksfreiheit (die „Kadetten") der „Inorodzy" an. Die in die erste und zweite Duma gewählten Abgeordneten traten teils dieser, teils der Mohammedaner-Fraktion bei.

Anders lagen die Verhältnisse beim Volk der Burjäten, von denen ein Teil seit Beginn des 18. Jahrhunderts zum Lamaismus sich bekannte, der andere, konvertierte, von der Orthodoxie mit Macht zum alten Glauben zurückstrebte, nachdem seit 1905 Glaubensfreiheit gewährleistet war. Bis in die Mitte des 19. Jahrhunders haben die Burjäten nationale Selbstverwaltung mit eigener Gerichtsbarkeit üben können. Außerdem besaßen sie in Transbaikalien zahlreiche Klöster, welche als Hochschulen religiös-philosophischer Erziehung dem einzelnen Burjäten eine vollkommene Überlegenheit vor dem Russen verliehen, dem derartige Schulung durchaus fehlte. Dazu bestand unter den Burjäten bereits mehrhundertjährige feste Organisation nach Geschlechtern. So traten die Angehörigen dieses Volkes 1905, als sie Tschita zu ihrem politischen Zentrum machten, und ihre Autonomie, d. h. ihre nationale Gebietsduma forderten, mit bedeutend größerer, auf langjährige politische Erfahrung gegründeten Sicherheit auf, als die Kirgisen. Auch sie wählten ihre Abgeordneten in die zweite Duma (Sternberg).

Ein Volk von an und für sich großer Initiative sind die Jakuten, die viel positive, nationale Züge zeigen und in Gestalt ihrer „Tojone" (Mehrzahl) eine Art Adel haben. Gewisse geistige Überlegenheit vor dem Russen erhalten sie eben durch ihren Familiensinn und die bei ihnen herrschende Tradition; sie äußert sich ganz allgemein in einer ziemlich bedingungslosen Jakutisierung der zugewanderten Russen. Bei den Jakuten kam es 1906 zur Bildung eines Jakutischen Verbandes, „Jakutzky Sojus", der mit bestimmten Forderungen an die Regierung herantrat; kurze Zeit hindurch gab es eine „Jakutische Republik". Jedenfalls geschah auch hier einiges, das zur Hebung des nationalen Selbstbewußtseins beitrug (Sternberg).

Diese kurz angedeuteten nationalen Bewegungen wurden nach dem Abebben der Wellen jener Revolution des Jahres 1905 von der Regierung nicht weiter beachtet. Aber die Leute blieben alle bei ihrer Meinung. Sie gaben ihre staatsbürgerlichen und politischen Ideale nicht auf, opferten sie nicht der Bequemlichkeit eines spießbürgerlichen Daseins. Weder die Eingeborenen noch die Intellektuellen Sibiriens handelten so. Und es ist ganz besonders zu betonen, daß die letzteren fest davon überzeugt blieben, die „Inorodzy" müßten zum Wohle Sibiriens ihre nationale Autonomie haben. So sehen wir, wie im Lande des Zobels, des Goldes,



der Quecksilbergefrierfröste nur scheinbar das Leben in Abgeschiedenheit von der großen Welt dahindämmert. Es ist genug Stoff vorhanden, der zu Erschütterungen führen könnte. Doch das Trägheitsmoment des russischen Reiches ist groß genug, um auch Sibirien vor Katastrophen zu bewahren. Diese gelangen erst durch den Weltkrieg zur Auslösung.

In mannigfacher Weise werden Leben und Wirtschaft des Landes zum Dienst des Krieges herangezogen. Zuerst erleidet die Bahn stärkere Belastung. Sie befördert Truppen westwärts, bringt Kriegs- und Zivilgefangene herein, sie schafft Getreide, Fleisch und andere Nahrungsstoffe über den Ural, obwohl nicht alles schnell genug erfaßt werden kann, so z. B. der in den Steppen von Akmolinsk und Semipalatinsk erzeugte Weizen. Sehr bald gewinnt indessen die einzige große sibirische Verkehrslinie ungeahnte Bedeutung. Ostsee und Schwarzes Meer sind unwegsam, darum hier ein noch nie dagewesener Waren- und Personenverkehr! Wladiwostock ist erster Kriegsstapelplatz geworden, an dem Waren in größtem Maße, ja in schier unerträglicher Weise sich anhäufen. Auf der Straße treten Störungen ein. Schon 1916 leidet Petersburg Mangel an Fleisch, weil das in der Mongolei (!) gekaufte Vieh nicht befördert werden kann.

U. S. Amerika erscheint durch diese Ereignisse ganz nahe an Japan und Wladiwostock herangerückt. Japan liefert hauptsächlich Waffen und Munition, Amerika neben diesen wichtigen Dingen alles andere — vom Kraft- und Straßenbahnwagen bis zum eleganten Stiefel . . . Längs der Bahnlinie gehen in Sibirien namentlich in den Jahren 1916 und 1917 — in den Zeiten schnell anwachsender wirtschaftlicher Zerrüttung des europäischen Rußland — tief einschneidende Veränderung auf wirtschaftlichem Gebiet vor sich. Zuerst wächst allerdings die Erzeugung wichtigster Rohstoffe der Kriegsindustrie sehr ansehnlich: die Kohlenförderung erreicht die vorher nie erwartete Höhe von rund 200 Millionen Pud (1 Pud = 16,38 kg), die Gewinnung von Roheisen wird gesteigert . . . . . . Auch Sibirien verhilft solchergestalt den Bundesgenossen der Russen zu großem Gewinn. Andererseits wiederum muß es auch herhalten, auch Sibirien muß mitleiden an der wirtschaftlichen Knechtung, die das Russische Reich durch sein Hineinstürmen in den Weltkrieg sich selbst zuzog. Bei dem großen russischen Ausverkauf waren für Sibiriens Bodenschätze und Wälder Liebhaber und Kenner zahlreich vorhanden. Unter ihnen hatten die Engländer sich bereits vor dem Kriege stark betätigt. War es ihnen doch gelungen, einigen im Todeskampf liegenden Hüttenwerken des Ural neues Leben einzuhauchen, sogar die Lena-Goldfelder mit Glück zu pflügen, deren in der Wildnis heranwachsende Hauptstadt Bodaibo durch innerpolitische Ereignisse traurige Berühmtheit erlangt hatte. Interessanter jedoch erscheinen Beobachtungen darüber, wie die beiden am Pazifik liegenden großen Rivalen gelegentlich der Ausverkäufe sich benehmen. Japan erwirkt

seinen Bürgern das Siedlungsrecht von Osten bis nach Irkutsk heran. Als vorgeschobene Basis dient dabei das mandschurische Charbin, in dem viele Japaner wohnen. Japan erhält außerdem das Recht, gleich China, Schiffahrt auf Amur und Sungari zu treiben. Dadurch hat diese Macht, gekräftigt durch die in Heer und Flotte aufgespeicherte potentielle Energie, politische und wirtschaftliche Vorteile erreicht, die das übervölkerte, landhungrige China sich nie hätte träumen lassen dürfen. U. S. Amerika hingegen geht in Ruhe und Frieden an sein Geschäft, ohne mit Bajonetten zu drohen. Dabei scheint ihm die wirtschaftspolitisch denkbar wichtigste Beute in den Schoß zu fallen. Die Amerikaner erbieten sich, das durch so ungewohnte Beanspruchung in Unordnung geratene Eisenbahnwesen wieder in Ordnung zu bringen.. Bald sitzen amerikanische Eisenbahnspezialisten an allen wichtigen Punkten der sibirischen Bahn. Im Jahre 1917 ist es ihnen gelungen, den Güterverkehr ganz bedeutend zu verbessern, und man kann sagen: U. S. Amerika hat die einzige Verkehrslinie des Landes in seiner Hand...

Die Revolution des Jahres 1917 bringt nun sogleich bedeutende Veränderungen in Sibiriens innere Verhältnisse. Wie zu erwarten stand, drängt sich hier alles zum Umschwung, fordert Erfüllung längst gehegter Wünsche. Hochbetagt beschreitet in Omsk Potanin die politische Bühne. Semstwowahlen werden ausgeschrieben. Ein allsibirischer Kongreß tritt zusammen, ernennt die Regierung von 18 Gliedern, an der Angehörige aller Parteien mit Ausnahme der Bolschewiki teilnehmen. Doch die Gesellschaft erweist sich alsbald ebensowenig tragfähig wie im europäischen Rußland. Sie ist nicht imstande, starken, einflußreichen Persönlichkeiten die Arbeit des Regierens zu ermöglichen. An verschiedenen Orten bilden sich kleine Republiken. Den ganz allgemein schon vor dem Kriege ausgearbeiteten Gedanken widerstreben die Kosaken. Sie wollen ihren Landbesitz nicht verkleinert sehen. Eine andere störende Gruppe bilden die „Tschechoslowaken", gegen 60000 Kriegsgefangene, welchen die alte Regierung als „slawischen Brüdern" in Sibirien viele Freiheiten erlaubt hatte. Einstweilen jedoch kommen diese Faktoren nocht nicht zur Geltung. Denn ohnmächtig sind sie gleich der Bauernschaft gegen die rote Welle, die an der Bahn entlang sich heranwälzt. Doch nicht wie im europäischen Rußland sind landhungrige Bauern Lenins Vorarbeiter, sondern die heimwärts flutende Soldateska ists, die alles zertrümmert, jedwede Ordnung über den Haufen wirft. Und nicht das wenig zahlreiche Proletariat sibirischer Städte spielt dann die Hauptrolle, sondern die Eisenbahner vollenden das Werk. Neujahr 1918 sieht die über Sibirien hinrollende bolschewistische Flut bereits an den baikalischen Bergwänden aufbranden. In den letzten Dezembertagen 1917 hatte die rote Armee in Irkutsk ihren Einzug gehalten ......



Genau wie in der Metropole beginnt nun 1918 in der Kolonie die Einrichtung der Bolschewiki. Banken, Berg- und Hüttenwerke in Altai und Kirgisenland werden nationalisiert. In Westsibirien fühlen sie sich zu Hause. Völlig anders liegen die Dinge im Osten des Baikal. Wohl dringt auch dort in einigen Städten der Bolschewismus an die Oberfläche; zu einer geschlossenen, zielbewußten Bewegung kommt es indes nicht. China vertreibt die Bolschewiki aus der Mandschurei. Japaner werden gelegentlich innerer Kämpfe in Blagoweschtschensk und in Wladiwostok ermordet; das genügt, damit Japan unter Gutheißung der auswärtigen Konsuln mit Englands Beihilfe Wladiwostok, die große wichtige Stadt am „Goldenen Horn" des fernen Ostens besetzt. Jedoch das Kampfhindernis bildet der 1917 in Transbaikalien gegründete Burjätenstaat, der aus dem national am meisten gefestigten Fremdvolk Sibiriens hervorgeht. Er wirkt vorerst als Damm, welcher die bolschewistischen Ströme östlich von Irkutsk hemmt. Wiederum gelangt Tschita als Ort politischer Tagungen zur Geltung. Und als führender Mann erscheint ein burjätischer Kosaken-Oberst (bald darauf General), auf der Bildfläche, der den in Rußland so verbreiteten Namen Semenoff trägt.

Aber auch in Westsibirien ist man nicht gesonnen, sich die Sowjetregierung gefallen zu lassen. Nur den Sommer über vermag diese zu leben, dann erfolgt in großer Geschwindigkeit durch antibolschewistische Kräfte, vornehmlich Tschechoslowaken, Aufrollung der gesamten langen Eisenbahnlinie von Irkutsk bis Ufa. Wiederum schlägt man den Regierungstisch in Omsk auf. Ein Direktorium der Fünf setzt sich heran und entfaltet das grün-weiße Banner Sibiriens.

Trotzdem lagert doch das Schwergewicht aller antibolschewistischen Pläne und Handlungen im Osten. In Mandschurei und Mongolei, in Japan und China sind hervorragende russische Persönlichkeiten an Bildung von Heer und Regierung tätig. Japan, England und Frankreich stehen helfend zur Seite. Hier ist es General Chorwat, langjähriger Leiter der ostchinesischen Bahn, der Koltschak das Kommando der militärischen Kräfte übergibt, und der ehemalige Admiral der russischen Schwarzmeer-Flotte schiebt allmählich seinen immer mehr anwachsenden Truppenkörper vor. Im November 1918 stürzt Koltschak, von Osten kommend, das Direktorium in Omsk, dann auch weiter westwärts vorstoßend, durch das Mittel der Bedrohung mit Aushungerung, das sozialrevolutionäre Direktorium in Samara. Diese Regierung hatte bis dahin mit Hilfe einer „Front der Konstituante" den gegen die Wolga vordringenden Bolschewiki Widerstand geleistet. Sie wird genötigt, den Goldschatz herauszugeben, welchen antibolschewistische Truppen durch die Eroberung der Stadt Kasan s. Z. der Roten Armee abgenommen hatten .....

Nun kann regiert werden. Indes, der große russische Patriot, die würdigste Gestalt des nachzarischen Rußland, ist wohl braver Offizier und gelehrter See-

mann, doch fehlt ihm die Willensstärke des Diktators, die Weisheit des Staatsmannes. Koltschaks Hand ist schwach, die Unfähigkeit seiner Gehilfen — bei den gewaltigen Forderungen der Stunde — ungeheuer. Bald entsteht die „Atamanschtschina" (Ataman = Hetman), eine Art mittelalterlicher Landsknechtswirtschaft. Die Regierung übt ein Regiment der Strafe und Rache, welche man ebenso drakonisch wie kritiklos vollzieht. Wiederum zehren Japan und Amerika, England und Frankreich, die vor allem Kriegsmaterial liefern, am russischen Goldschatz. Dagegen wird die im Innern Sibiriens um sich greifende Zerrüttung vollständig. Schon im Sommer 1919 dringt Lenins rote Armee über die Uralberge vor. Am Ende des Jahres räumen die Amerikaner das westbaikalische Sibirien, nachdem Koltschak aus Tomsk weiter nach Osten vertrieben ist. Die Maßregeln seiner Regierung waren derart fehlerhaft gewesen, daß die Bevölkerung sich geradezu nach bolschewistischem Regiment gesehnt hatte. Und das will viel sagen!

Im März 1920 endet Koltschak in einem Dorf bei Irkutsk durch Erschießung. Nun ist Sibirien fest in bolschewistischen Händen. Auch Transbaikalien und nach ihm der gesamte Osten wird systematisch bolschewisiert. Semenoff, dessen Persönlichkeit seinen gewaltigen Plänen, der Gründung eines großmongolisch-burjätischen Reiches, nicht im mindesten gewachsen erscheint, muß gleichfalls vor der Roten Armee — aus Tschita — weichen. Hatte er sich doch nur mit Hilfe der japanischen Besatzungstruppen halten können, und Japan sieht sich aus inneren sowohl wie äußeren Gründen gezwungen, seine Truppen allmählich zurückzunehmen. Trotzdem kennt der zwischen Russen und Japanern entflammte Haß keine Grenzen mehr. Und die im Frühjahr 1920 ausgeführte Niedermetzelung (aller!) 800 in Nikolajewsk an der Amurmündung lebenden Japaner bedeutet nur das grelle Aufleuchten einer Flamme des jahrelang unter der Asche glimmenden russisch-japanischen Kriegsfeuers. Japans Antwort erfolgt prompt; sie ist: Besetzung einer Reihe von Orten der Küstenprovinz, vor allem aber Besitzergreifung von Nord-Sachalin.

Dennoch wird Sowjetrußland im Laufe des Jahres 1920 auch in Ostsibirien zum Herrscher. Denn die aus kleinen bolschewistischen Zentren entstehende Republik des Fernen Osten mit dem Sitz der Regierung in Tschita ist nichts anderes als eine Sowjet-Filiale. Eine besondere Regierung hat Wladiwostok, aber auch ihr Gebiet ist dermaßen bolschewistisch durchsetzt, daß nur japanische Maschinengewehre imstande sind, ihr einen äußerlich bürgerlichen Anstrich zu geben. —

Unter dem Druck Amerikas, den Großbritannien nicht milderte, sowie einiger japanischer Organisationen, sah Japan sich dann doch genötigt, das Festland des sibirischen „Fernen Osten" zu räumen, und damit wich auch die im Mai 1921



in Wladiwostok zur Herrschaft gelangte bürgerliche Regierung der National-Demokraten Gebrüder Merkuloff. Im Oktober 1922 verließen die japanischen Kriegsschiffe den Hafen von Wladiwostok und ohne Widerstand zu finden, zogen Regierungsbeamte und Truppen der Fernöstlichen Republik dort ein — zum Teil ein Erfolg energischer bolschewistischer Propaganda und der Roten Armee. Von sowjetrussischer und auch von fernöstlicher Seite ist ferner gelegentlich der Verhandlungen in Dairen und Changchun so viel Standhaftigkeit gegenüber den Japanern bewiesen worden, daß auch diese nicht zum Ziele führenden Konferenzen Japans Stellung in Sibirien erschüttert haben. Andererseits stehen Moskau und Tschita im engsten Bündnisverhältnis zueinander, und die Moskauer Regierung findet in Tschita sowohl als in Wladiwostok feste Stützpunkte für ihre asiatische Politik. Diese besteht in Sibirien darin, erstens mit Konzessionen auf Wälder, Gruben u. a. zu winken, ferner die Gegensätze Amerika-Japan und China-Japan auszunutzen, endlich das Proletariat in Japan und China, sowie die unterdrückten Koreaner in jeder Hinsicht zu unterstützen und sowjetrussischen Zielen dienstbar zu machen. Eine ungemein wichtige Rolle spielt hierbei die sowjetrussische Gesandtschaft in Peking. In jener Stadt laufen alle Fäden ostasiatischer Politik der neuen russischen Macht zusammen ......

Zahlreich sind die in Sibirien ihrer Lösung harrenden Probleme, auch diejenigen wirtschaftlicher Art; von ihnen das wichtigste: die Anfüllung des Landes mit Menschen. Die wirtschaftlichen Aufgaben sind ohne Ausnutzung der Taiga nicht zu lösen. Siedler ins Waldland zu locken, dürfte indes nur möglich werden durch völlige kostenlose Verteilung von Land. Wahrscheinlich müßten für Rodungsarbeiten und andere Leistungen gar noch besondere Prämien gezahlt werden! Ferner wäre jeglicher Landbesitz dem Einzelnen als Eigentum zu befestigen — eine Forderung, die für andere Teile Sibiriens gleichfalls gelten sollte. Jedoch die an Grund und Boden, an Wäldern, Steppen, Tundren und Flüssen haftenden Rechtsfragen und ihre Umwandlung in neue, der Zeit angepaßte Rechtstitel erfordern eine gewaltige Summe von Geist, Arbeitsfähigkeit und Opferwilligkeit! Diese werden allerdings in dem durch Bürgerkrieg und Sowjetregiment ruinierten Lande nicht so bald zu finden sein! ......

So muß das neue Sibirien vorläufig noch als unbeschriebenes Blatt gelten. —

ANMERKUNGEN:

1) Der vorliegende Aufsatz entspricht einem Vortrag, gehalten auf Einladung des „Beirates für Auslandsstudien" an der Universität Berlin im Februar 1921.

2) Wie aus dem Textanhang zur demnächst bei Georg Westermann, Braunschweig, erscheinenden „Politischen und Verkehrskarte der Sowjet-Republiken" von Alex Radó, der besten zur Zeit vorhandenen Karte, ersichtlich, ist das alte Sibirien heute in folgende Verwaltungsgebiete zerlegt:

A. SIBIRIEN

Gouvernements	qkm	Bevölkerung 1920:
Omsk	235 000	1 336 000
Jenissei	2 491 000	1 201 000
Tomsk	411 000	1 111 000
Nowo-Nikolajewsk	144 000	1 295 000
Irkutsk	778 000	708 000
Altai	123 000	1 604 000
Autonom. Oirat-Gebiet	99 000	180 000

B. DER FERNE OSTEN

		1916:
Amur	446 000	338 000
Transbaikalien	228 000	460 000
Priamur (mit dem von Japan besetzten Nord-Sachalin)	587 000	648 000
Kamtschatka	1 304 000	42 000

Außerdem bestehen noch auf dem Boden des ehemaligen Sibiriens:

	qkm	Bevölkerung 1920:
Die autonome Jakutische S. S. R.	3 994 000	268 000
Die autonome Mongolo-Burjätische S. S. R.	384 000	666 000

Die Gouvernements Akmolinsk und Semipalatinsk sind der „Autonomen Kirgisischen S.S.R." zugeteilt worden. Das ehemalige Gouvernement Tobolsk wurde in ein Gouvernement Omsk und ein Gouvernement Tjumen zerlegt; letzteres gehört jetzt dem europäischen Rußland an.

LITERATUR:

Abriß der Vorkommen fossiler Kohle im russischen Reich. Ausgabe des Geolog. Komitees St. Petersburg 1913 (russ.) II. Aufl. 1919.

Ahlburg, Die neueren Fortschritte in der Erforschung der Goldlagerstätten Sibiriens. Ztschr. prakt. Geologie 1913. — Atlas des Asiatischen Rußland; mit 3 Textbänden. St. Petersburg 1914 (russ.).

Bukeichanoff, siehe Kasteljansky.

Dankwort, Sibirien und seine wirtschaftliche Zukunft, Leipzig 1921. — Das Gebiet der Eisenbahn Petropawlowsk-Spassky Sawod in wirtschaftlicher Beziehung. Ministerium der Verkehrswege. St. Petersburg 1912 (russ.).

Goebel, Volkswirtschaft des westbaikalischen Sibiriens. Berlin 1910; Volkswirtschaft des ostbaikalischen Sibiriens, Berlin 1910; Der Wert der sibirischen Ströme für das Verkehrsleben. „Weltverkehr und Weltwirtschaft", I. 1911.

Golowatscheff, Bemerkungen über die russische Kolonisation Sibiriens. „Semlewedenije" I, 1895 (russ.).

Granoe, Altai I, Helsingfors 1919.

Hilden, Anthropologische Untersuchungen über die Eingeborenen des russischen Altai, Helsingfors 1920.

Jadrinzew-(Petri), Sibirien, Jena 1886.

Jochelson, Bemerkungen über die Bevölkerung des Jakutsker Gebiets. „Semlewedenije" II, 1895 (russ.).

Kallinikoff, Unser äußerster Nordosten. Hydrogr. Sapisski. XXXIV, Beilage (russ.).

Kasteljansky, Formen der nationalen Bewegung in Staaten der Jetztzeit, Österreich-Ungarn, Rußland, Deutschland, Sammlung von Aufsätzen. St. Petersburg 1910 (russ.).

Kaufmann, siehe Melnik.



Mainoff, russische Bauern und seßhafte Eingeborene des Jakutsker Gebiets, Sapiski K. Russ. Geogr. Ges. Statistik XII, 1912 (russ.).

Maydell, Reisen und Forschungen im Jakutskischen Gebiet. St. Petersburg 1893.

Melnik, Sibirien, sein derzeitiger Zustand und seine Nöte. Sammlung von Aufsätzen. St. Petersburg 1908 (russ.).

Middendorff, Reisen in den äußersten Norden und Osten Sibiriens. St.Petersburg 1948—1875; Die Baraba. St. Petersburg 1870.

Nansen, Sibirien, ein Zukunftsland. Leipzig 1914.

Pohle, Rußland, Mensch und Natur. Ztschr. Ges. f. Erdkunde, Berlin 1918, 1919. Beiträge zur Kenntnis der westsib. Tiefebene, ebenda 1918. Sibirien als Wirtschaftsraum, Bonn und Leipzig 1921.

Popoff, Sibiriens Aussichten in der Industrie. „Handels- und Industriezeitung" 1913 (russ.).

Potanin, siehe Melnik.

Radde, Reisen im Süden von Ostsibirien. St. Petersburg 1867—1873.

Radloff, Aus Sibirien, Leipzig 1884. Ethnographische Übersicht der Türkstämme Sibiriens und der Mongolei. Leipzig 1883.

Seroscheffsky, Die Jakuten I. St. Petersburg 1896 (russ.).

Schrenk, Reisen und Forschungen im Amurlande, St. Petersburg 1859—1899.

Schultz, Die Verteilung des Landbesitzes in Sibirien. Peterm. Mitt. 66, 1920. Sibirien. Eine Landeskunde. Breslau 1921.

Seraphim, Die ländliche Besiedlung Westsibiriens durch Rußland, Jena 1923.

Sternberg, siehe Kasteljansky.

Tanfiljeff, Die Baraba. St. Petersburg 1902 (russ.).

Unterberger, Das Amurland 1906—1910. Sapiski K. Russ. Geogr. Ges. Statistik XIII, 1912 (russ.).

Wiedenfeld, Sibirien in Kultur und Wissenschaft, Bonn 1916.

OTTO RIEDEL:
DIE DEUTSCHEN KOLONIEN DER SÜDSEE

Am 24. April d. J. jährte sich zum 40. Male der Tag, an dem Fürst Bismarck seine bekannte Depesche nach Süd-Afrika hinaussandte, durch die er die Erwerbung des Bremer Kaufmanns Lüderitz in Süd-Afrika unter den Schutz des Deutschen Reiches stellte. Da durch diese Regierungshandlung die offizielle Kolonialpolitik des Reiches eingeleitet wurde, ist jener Tag mit Recht dazu benutzt worden, in Erinnerungsfeiern im ganzen Lande der deutschen Kolonien zu gedenken. Wie es in der Natur der Sache liegt, sind bei diesem Anlaß vorzugsweise die afrikanischen Gebiete in den Kreis der Betrachtung gezogen worden, und ich begrüße daher die Gelegenheit, die mir die Herausgeber dieser Blätter geben, einiges über unsere Südsee-Besitzungen nachzutragen.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Deutschen Schutzgebiete in der Südsee ist bis vor nicht langer Zeit in weitesten Kreisen unterschätzt worden. Gewiß mochten die kleinen Inseln, ihre häufig fremden und eigenartigen Namen, sowie die freundlichen Erzählungen liebenswürdiger Reisender manchem interessant erscheinen; aber irgend eine Vorstellung, besonders wirtschaftlicher Art, verband er selten damit. Begünstigst wurde die falsche Vorstellung von diesem unserem Schutzgebiet durch einen Blick auf die Landkarte, die fast nur kleine und kleinste Punkte zeigt. Und doch wurde hierbei vergessen, daß Deutsch Neu-Guinea mit dem Inselgebiet eine Gesamtausdehnung besitzt, die einschließlich der Wasserfläche fast die Größe Europas erreicht.

Die Deutschen Südsee-Gebiete verteilen sich auf den gewaltigen Meeresraum, der sich vom 133. Grad östlicher Länge bis zum 172. Grad westlicher Länge, also über 55 Grade erstreckt. Sie bedecken eine Landfläche von 245000 qkm und zwar gliedert sich das Gebiet wie folgt:

Kaiser Wilhelmsland	179000	qkm
Bismarck-Archipel nebst dazugehörigen Inseln	61000	„
Karolinen	1600	„
Mariannen	626	„
Marshall-Inseln	400	„
Samoa	2572	„

Die Bedeutung dieses ausgedehnten Besitzes für Deutschland, insbesondere seine wirtschaftlichen Verhältnisse soll in Folgendem klargelegt werden:

Die ersten Anlässe zu einer deutschen wirtschaftlichen Betätigung in der Südsee reichen zurück bis in die vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Aber infolge des Zusammentreffens verschiedener widriger Umstände konnten sie nicht zur Entfaltung kommen. Erst etwa ein Jahrzehnt später, 1855, gelang es einer Hamburger Firma, diese Versuche mit besserem Erfolg zu wiederholen. 1857, also



lange bevor die koloniale Betätigung reichsoffiziell wurde, konnte in Samoa die erste Niederlassung errichtet werden, und schon im Laufe der nächsten Jahre spannte sich ein ausgedehntes Netz von Niederlassungen und Zweiganstalten über die ganze Südsee. Ende der sechziger Jahre begann diese Firma (Johann Cesar Godeffroy und Sohn) mit der Anlage regelrechter Plantagen.

Bis zum Jahre 1884 hatten sich die Handelsverhältnisse in der Südsee unter deutscher Führung bereits derartig entwickelt, daß neben den drei Hauptstationen (der Firma Godeffroy waren inzwischen andere Häuser gefolgt) 30 Nebenstationen auf den verschiedenen Inseln des Bismarck-Archipels errichtet waren.

In dem östlichen Teil der eigentlichen Neu-Guineainseln jedoch, deren wesentlicher Teil seit dem Jahre 1828 in holländischem Besitz ist, befand sich bis dahin noch keine Niederlassung deutscher Unternehmer. Auch England hatte sein Interesse diesem Gebiet noch nicht zugewendet, ja es befanden sich hier noch nicht einmal die Vorläufer aller englischen Kolonialtätigkeit, die Missionen. Die steigenden Erfolge der deutschen Unternehmer, sowie das Aufblühen der deutschen Ansiedlungen, vor allem aber die verschiedenen Forschungsreisen, die in den siebziger und achtziger Jahren von Deutschen unternommen worden waren, weckten die Aufmerksamkeit kolonialer Kreise im Ausland. Das war besonders in Australien der Fall, wo sich die Meinung verbreitet hatte, daß von deutschen Forschungsreisenden auch Goldfelder entdeckt worden waren. Unterstützt wurde diese Annahme durch den Umstand, daß um diese Zeit von einem Berliner Konsortium unter Führung des Geh. Kommerzienrats v. Hansemann versucht worden war, an der Nordküste Neu-Guineas Niederlassungen zu errichten. Obwohl diese Pläne zunächst gescheitert waren, war die Aufmerksamkeit englischer kolonialer Kreise geweckt und es bestand in England bzw. in den australischen Kolonien des britischen Reiches der Wunsch, ganz Neu-Guinea mit Ausnahme des holländischen Teils zu annektieren.

Auf Grund eines Abkommens vom 25. April 1885 fand aber eine Regelung der Besitzverhältnisse zwischen Deutschland und England statt, nach welcher der ganze Norden Neu-Guineas zwischen dem 141. Grad östlicher Länge und dem 8. Grad südlicher Breite mit mehr als der Hälfte des unerforschten Hinterlandes Deutschland zufiel. Alle Inseln im Norden sollten gleichfalls Deutschland gehören; die Karolinen und Marshall-Inseln wurden der deutschen, die Gilbert- und Ellice-Gruppen der englischen Sphäre zuerkannt.

Welche Bedeutung diese Regelung für Deutschland, besonders auch in politischer Beziehung erlangt hat, geht klar hervor aus der Tatsache, daß das deutsche Ansehen im fernen Osten und in Australien stetig gewachsen war, der Verlust aber hat eine Schwächung dieses Ansehens in den Augen der Völker des fernen Orients, welche nur die Tatsache beurteilen, und nicht wissen, wie sie zustande kam, hervorgerufen. Denjenigen deutschen Firmen, die ihr Betätigungsfeld früher in Asien und Australien



gehabt haben, wird bei der Wiederaufrichtung ihrer durch den Krieg zerstörten Handelsbeziehungen aus diesem Grunde noch manche Schwierigkeit erwachsen.

Die wesentlichste Bedeutung unseres Südsee-Schutzgebietes liegt darin, daß es den deutschen Vorkämpfern in jahrzehntelangem Streben gelungen war, uns mit den tropischen Erzeugnissen dieses Gebietes bereits mit einem so wesentlichen Teil zu versorgen, daß es nur noch eine Frage verhältnismäßig kurzer Zeit war, bis dieses in vollem Umfange aus diesem Gebiete allein hätte geschehen können. Insbesondere wurde Kopra, das getrocknete Fruchtfleisch der Kokosnuß, in einem solchen Umlange in der Südsee gewonnen, und die Kokosplantagen befanden sich in einem so hervorragenden Stadium der Entwicklung, daß der Zeitpunkt genau verausberechnet werden konnte, zu dem sich Deutschland aus der Südsee allein hätte mit Kopra versorgen können; auch in dem Bezug von Phosphaten hätte sich Deutschland jederzeit vom Auslande unabhängig machen können. Die Industrie und Landwirtschaft wurde von der Südsee aus mit wertvollen Rohstoffen versorgt. Eine ganze Reihe von Handelsartikeln gelangte zur Ausfuhr, so daß die kommerzielle Bedeutung dieses Kolonialgebietes recht ansehnlich war.

Unter den landwirtschaftlichen Erzeugnissen nahm die Kopra die erste Stelle ein. Die Südsee ist als das klassische Land der Kokospalme zu bezeichnen; denn ihr Gedeihen ist von ganz bestimmten Lebensbedingungen abhängig, die an keinem anderen Platz der Erde in so vollkommenem Maße erfüllt werden, wie gerade in unseren Südseegebieten. Die Gliederung dieses Schutzgebietes in zahlreiche größere und kleinere Inseln, die in mancherlei Hinsicht von Nachteil ist, ist es gerade, die diesem Gebiet eine hervorragende Eignung zum Kokosbau verleiht. Die Kokospalme braucht zu ihrem günstigen Fortkommen die stetige Einwirkung der salzgeschwängerten Seebrise und findet in dem gut verwitterten Korallenkalk sowie in dem Basaltboden der Südsee-Inseln ausnehmend günstige Wachstumsbedingungen. Zahlreiche der flachen, unbewohnten kleinen Inseln sind mit einem Kranz wilder Kokospalmen eingefaßt und gewaltige Strecken der in unmittelbarer Nähe der Küste liegenden Gebiete auf den größeren Inseln, die für andere Kulturpflanzen kaum in Betracht kommen, hat man in der vorteilhaftesten Weise durch Anlage von Kokospflanzungen nutzbar gemacht. Gerade auf dem verwitterten Kalkstein der Korallen-Inseln trägt die Palme die schwersten Früchte und kaum weniger ertragreich ist sie auf dem basaltischen Grunde der Inseln vulkanischen Ursprungs. Die Lebensbedingungen der Kokospalme sind gerade hier in der Südsee vollkommen erfüllt, denn auch auf den langen Strecken sandigen Uferlandes in Kaiser Wilhelmsland und in den Bimssteingebieten der Gazellehalbinsel auf Neu-Pommern findet sie ein günstiges Gedeihen.

Bis in die sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts gab es in der Südsee noch keine Kokoskulturen. Die Palme wuchs überall wild und wurde nur in der Nähe



der Wohnplätze der Eingeborenen angepflanzt. Deutsche Koprahändler nahmen diese Bestände in Besitz und begannen ihre langwierige und kostspielige Kulturarbeit, indem sie die zwischen den einzelnen Palmenhainen bestehenden Lücken ausfüllten und die Haine selbst erweiterten. So entstanden bis in die neueste Zeit hinein zahlreiche unserer Kokosplantagen in der Südsee. Die Firma Ces. Godeffroy & Sohn war die erste Unternehmerin, die in Samoa eine regelrecht angelegte Plantage schuf und zu diesem Zweck Urwald niederlegte. Obwohl die Kokoskultur in den neunziger Jahren noch nicht so rentabel war, wie dieses heute der Fall ist — Kopra erzielte damals nur 250 bis 300 Mark für die Tonne — haben deutsche Unternehmer nicht davor zurückgeschreckt, mit dem Plantagenbau zu beginnen. Neben dem Hause Godeffroy, bezw. der Deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft auf Samoa, begann die Jaluit-Gesellschaft auf den Marshall-Inseln und auf den Karolinen, die Neu-Guinea Compagnie im Bismarck-Archipel und in Kaiser-Wilhelmsland Plantagen anzulegen. 1896 waren so in Neu-Guinea rund 1 500 ha unter Kultur gekommen. Welche außerordentliche Energie bis zur Erreichung bemerkenswerter Erträge aufgewendet werden mußte, erhellt sich aus der Tatsache, daß eine einzige Firma 1898 in Herbertshöhe 46 200 Palmen und in Kaiser-Wilhelmsland zirka 50 000 Palmen besaß, die nur eine Ernte von 10 Tonnen Kopra abwarfen, während 1913 bereits 7 143 ha mit 794 400 Kokospalmen vorhanden waren, die eine Ernte von 2 646 Tonnen Kopra erbrachten, ohne die volle Ertragsfähigkeit erreicht zu haben.

Erst im Laufe der folgenden Jahre gewann die Kokoskultur steigende Bedeutung und das besonders deshalb, weil im Mutterlande das aus der Kopra gewonnene Kokosöl in überaus rasch wachsendem Umfange zur Herstellung von Speisefetten Verwendung fand. Die Wichtigkeit für die Volksernährung, die die seit einer Reihe von Jahren in den Handel gebrachte Pflanzenbutter Palmin und Palmona, Neutrex, Vegetaline, Vegona, Kunerol, Vitello, Sana, Sanella, F. K., gewonnen hat, beweist einwandfrei den Wert der Kokoskultur, denn alle diese Pflanzenfette enthalten mehr oder weniger große Mengen Kokosfett. Mit der ausgedehnteren Verwendungsmöglichkeit des Produktes setzte naturgemäß eine bedeutendere Wertsteigerung ein, die eine erhebliche Ausdehnung der Kokoskulturen im Gefolge hatte. Die Plantagenstatistik für Neu-Guinea weist hierüber folgende Zahlen auf:

Neu-Guinea ohne Inselgebiet:

Jahr	Hektar	davon ertraggebend	Anzahl der Palmen	davon tragend
1909	16 023	3 721	1 677 456	404 923
1911	20 844	6 003	2 226 666	683 349
1912	22 716	7 451	2 492 797	839 301
1913	26 232	8 717	3 072 074	990 515
1914	31 098	9 519	3 496 478	1 090 815

Der mit Kokospalmen bestellte Boden hat sich im alten Schutzgebiet von Neu-Guinea, also im Laufe von 5 Jahren, beinahe verdoppelt. Aber auch im Inselgebiet hat eine Ausdehnung stattgefunden. Der Gesamtbestand an Palmenpflanzungen in den deutschen Schutzgebieten in der Südsee wird aus folgenden Zahlen ersichtlich:

Altes Schutzgebiet	31 098 ha
Marshall-Inseln	2480 „
Ostkarolinen	800 „
Westkarolinen, Palau, Marianen	2061 „
Samoa	4888 „
zusammen	41 327 ha

Dieses Areal von rund 41 000 ha ist mit etwa $4^1/_2$ Millionen Palmen bepflanzt, von denen erst annähernd $^2/_5$ ertragfähig sind. Zu diesem schon überaus wertvollen Bestand treten noch die wilden und halbwilden Bestände aus dem Besitz der Eingeborenen hinzu, die auf Samoa seit 1902 und in Neu-Guinea im Laufe der letzten Jahre unter dem Einfluß der deutschen Regierung ständig vermehrt worden sind. Da die Kopraproduktion der Eingeborenen von Samoa in den letzten zwei Jahren vor dem Kriege etwa 8000 Tonnen betragen hat, kann die Zahl der in ihrem Besitz befindlichen Palmen auf etwa 1,5 Millionen Stück veranschlagt werden, was einer bebauten Fläche von etwa 15 000 ha entsprechen würde. Da auch die Produktion von Neu-Guinea mit mindestens der gleichen Zahl Palmen veranschlagt werden muß, so zeigt sich, daß zu den unter Kultur stehenden 4,5 Millionen Palmen noch mindestens 3 Millionen halbwilde oder wilde Palmen aus dem Besitz der Eingeborenen hinzugerechnet werden müssen.

Da die Kokospalmen frühestens mit dem siebenten Jahre zu tragen beginnen und erst nach 13 Jahren den Vollertrag bringen, ist die Anlage von Kokospflanzungen mit sehr erheblichen Unkosten verknüpft und recht bedeutende Kapitalien müssen angelegt werden, ehe auf Erträge gerechnet werden kann. Allein für das Urbarmachen und Bepflanzen eines Hektars Waldland werden 350 Mark gerechnet; hierzu kommen noch die laufenden jährlichen Unkosten für die Kulturarbeiten, Schädlingsbekämpfung, Verwaltungsapparat usw., die mit etwa 150 Mark in den ersten und mit 100 Mark in den späteren Jahren zu veranschlagen sind. In der Tat stellen denn auch die Palmenbestände des gesamten bepflanzten Areals einen Wert von 95 Millionen Mark dar, und die im Besitze der Eingeborenen befindlichen Palmen einen solchen von 60 Millionen Mark, zusammen also 155 Mill. Mark. Um aber den wirklichen Wert zu erfassen, ist der genannten Summe von 155 Millionen Mark noch der Wert für Grund und Boden hinzuzufügen, der naturgemäß je nach der Lage der Pflanzung verschieden bemessen werden muß.

Wie wir gesehen haben, repräsentiert also der deutsche Besitz der Südsee recht erhebliche Werte, die ziffernmäßig nur sehr schwer festzulegen sind. Aus dem



vorstehend Gesagten erhellt aber, daß die meisten Kokospflanzungen erst vor wenigen Jahren angelegt worden sind und noch lange nicht ihre volle Ertragsfähigkeit erlangt hatten.

Neben der Kokospalme wurde in unseren Südseebesitzungen plantagenmäßig auch noch der Anbau von Kautschuk, Kakao, Sisalhanf und Kaffee betrieben. Obwohl all diesen Kulturen zweiffellos ein erheblicher Wert innewohnt, traten sie doch, vorerst jedenfalls, stark gegenüber der Bedeutung der Kopraproduktion zurück. Das ist umso natürlicher, als die Einführung dieser Kulturen viel jüngeren Datums ist als die der Kokospalme.

Die Kautschukkultur beanspruchte 1913 ein Areal von 3500 Hektar. Der Wert eines mit Kautschuk bepflanzten Hektars wird je nach Art der Pflanze verschieden bemessen, der Durchschnittswert beläuft sich auf 5500 Mark. Die Erzeugung von Kautschuk veranschaulicht folgende Tabelle:

	Neu-Guinea		Samoa		Zusammen	
Jahr	kg	Mk.	kg	Mk.	kg	Mk.
1911	11377	91240	1360	12920	12737	104160
1912	21253	155744	12168	110750	33421	266494
1913	—	—	19751	90823	—	—

Erheblich bessere Aussichten als der Kautschukkultur eröffnen sich der Anpflanzung von Kakao, mit der seit einer Reihe von Jahren stetig steigende Erfolge erzielt werden. Das Areal, das dem Anbau von Kakao gewidmet ist, beträgt

auf Samoa	3613 ha mit	1624000 Bäumen
in Neu-Guinea	394 „ „	182963 „
zusammen . .	4007 ha mit	1806963 Bäumen.

Die Ausfuhr von Kakao hat sich in den letzten Jahren ständig gesteigert. Sie betrug:

	Neu-Guinea		Samoa		Zusammen	
Jahr	kg	Mk.	kg	Mk.	kg	Mk.
1911	64649	72763	641807	770168	706456	842931
1912	83500	115200	733718	839654	817218	954854
1913	135263	170724	889586	1063452	1024849	1234176

Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache. Umso klarer tritt der Wert und die Ausdehnungsfähigkeit auch dieser Kultur in die Erscheinung, wenn die Ausfuhrstatistik etwas weiter zurückverfolgt wird; denn da zeigt es sich, daß die Ausfuhrmenge im Jahre 1900 erst 1552 kg, 1905 aber bereits 27500 kg betrug, sich also im Laufe von wenigen Jahren um ein Vielfaches vermehrt hat. Die Beschaffenheit unseres Südsee-Kakaos ist von ausgezeichneter Qualität, denn gerade eine der feinsten Sorten, der Kriollo, wird angebaut, der dem besten Venezuela-Kakao nahezu gleichkommt. Daneben wird noch eine andere Sorte, der Forastero

gepflanzt, der zwar den Kriollo an Güte nicht ganz erreicht, jedoch gleichfalls ein außerordentlich gesuchtes und wertvolles Handelsobjekt darstellt. Der Kakaobaum beginnt bereits nach drei Jahren zu tragen und erreicht nach sechs Jahren die volle Ertragfähigkeit. Dieser Umstand macht ihn besonders zum Anbau in Kleinsiedlungen geeignet, da die Pflanzer nicht solange auf Erträge zu warten brauchen wie bei der Kokospalme oder dem Kautschukbaum. Dem Anbau von Kakao sind in Neu-Guinea besonders günstige Vorbedingungen gegeben, da auch der Kakaobaum, ebenso wie die Kokospalme, auf dem stark verwitterten Korallenkalk vorzüglich gedeiht, während der basaltische Boden von Neu-Pommern und auf den Salomons-Inseln die Anlage von Kakaopflanzungen besonders günstig erscheinen läßt.

Sehr beachtenswert sind ferner die Versuche, die von der katholischen Mission mit dem Anbau von Reis gemacht worden sind, da sie ergeben haben, daß der Reis, dessen Wichtigkeit als Volksnahrungsmittel nicht besonders bewiesen zu werden braucht, in Neu-Guinea alle Vorbedingen zu seinem Gedeihen findet, da die klimatischen Verhältnisse des Landes in allen Einzelheiten denen der großen ostasiatischen Reisanbaugebiete entsprechen.

Ein für das Mutterland fast ebenso wichtiges Produkt wie die Kopra sind die in einem Teil unserer Südseebesitzungen vorkommenden Phosphate, die von einer hervorragenden Güte sind und hauptsächlich aus phosphorsaurem Kalk bestehen. Sie dienen zur Herstellung der in unserer Landwirtschaft als Düngemittel unentbehrlichen Superphosphate. Die wertvollsten Lagerstätten befinden sich auf der zur Marshallgruppe gehörenden Insel Nauru und auf der zu den Palau-Inseln zählenden Insel Angaur. Daneben befinden sich noch Lager von geringerer Mächtigkeit auf den Inseln Phelilju und Feis, in der Nachbarschaft von Angaur. Alle diese Lager verdanken ihre Entstehung den Seevögeln, die vor Jahrhunderten auf den Inseln in ganz ungeheuren Mengen genistet, gebrütet und im Laufe der Zeit Guanolager geschaffen haben, wie sie in gleicher Güte und Mächtigkeit nur noch an sehr wenigen Plätzen in der Welt zu finden sind. Die Entstehung und die Güte der Südsee-Phosphate ist auf chemische Veränderungen zurückzuführen, die die Natur gerade in diesen Breitengraden bewirkt. Während in regenarmen Gegenden, wie in Peru, der Guano der Hauptsache nach in seiner ursprünglichen organischen Beschaffenheit erhalten bleibt und nur im Laufe der Zeit gesteinartigen Charakter annimmt und ein stickstoffhaltiges Düngemittel liefert, werden in der Südsee durch die zahlreichen Regenfälle die organischen Substanzen allmählich ausgewaschen, so daß nur die anorganischen Bestandteile, wie phosphorsaurer und kohlensaurer Kalk, in Verbindung mit Magnesiumsalzen, Eisenoxyd, Tonerde usw. zurückbleiben. Diese Rückstände verbinden sich mit dem kohlensauren Kalk aus dem Korallenboden und ergeben schließlich das hochwertige mineralisierte Düngemittel.



Der besondere Wert dieser Lagerstätten wird bewiesen durch die Tatsache, daß das Produkt auf der Erdoberfläche lagert, daß also das denkbar einfachste Abbauverfahren Anwendung finden kann, durch die Mächtigkeit der Lager, die auf 45 Millionen Tonnen geschätzt werden, und schließlich durch die große Seltenheit ihres Vorkommens in anderen Gebieten der Welt. Bekannt sind weitere Vorkommen nur noch in Florida, Tunis, Algier und Palästina, jedoch sind diese infolge ihrer chemischen Zusamensetzung von erheblich geringerem Wert als unsere Südseephosphate. Die Verteilung der Mengen auf die verschiedenen Vorkommen ergibt für Angaur, Feis und Pheliju zusammen mindestens 4,5 Millionen Tonnen und für Nauru 40 Millionen Tonnen.

Die Gesamtmenge der auf den deutschen Südsee-Inseln vorhandenen Phosphate würden danach also rund 45 Millionen Tonnen betragen. Dieser Schätzung stehen andere entgegen, die mit einer Mächtigkeit bis zu 300 Millionen Tonnen rechnen. Sei dem aber wie es wolle: Es steht fest, daß die auf den früheren deutschen Südsee-Inseln vorhandenen Phosphatmengen so groß sind, daß der Bedarf der deutschen Landwirtschaft an Phosphatsäure auf viele Jahrzehnte hinaus aus diesem deutschen Kolonialgebiet allein gedeckt werden könnten. Der vorzügliche Kenner der deutschen Südsee-Phosphorgebiete, Professor Dr. Paul Hambruch, hat errechnet, daß hier eine Rohstoffmenge lagert, deren Wert mit 8,5 Milliarden G. M. nicht zu hoch angegeben wird.

Zur Verarbeitung des Rohphosphats war in Deutschland eine ganz neue Industrie entstanden, die uns nicht allein vom Auslande unabhängig gemacht hatte, sondern darüber hinaus noch imstande gewesen ist, bedeutende Mengen auszuführen. 1913 allein wurden 282653 Tonnen Superphosphat im Werte von 21 Millionen G. M. verschifft. Der Phosphat-Abbau befand sich in seinen Anfängen und es wäre jederzeit möglich gewesen, die Förderung je nach Bedarf zu steigern.

Mit den Phosphaten waren die bergbaulichen Schätze unserer Südseekolonien jedoch nicht erschöpft, die die Ausbeutung lohnten. Vielmehr konnte kurz vor Ausbruch des Krieges einwandfrei festgestellt werden, daß auch Gold und Platin vorhanden sind. Schon früher war im Kaiser Wilhelmsland Gold gefunden worden, das darauf hindeutete, daß abbauwürdige Felder vorhanden seien. 1910 aber wurden Entdeckungen von Goldlagerstätten gemacht, wodurch das Kaiser Wilhelmsland größte Beachtung verdient. Es waren daher kurz vor Kriegsausbruch vom Reichstag 500000 Mark bewilligt worden, um die systematische Untersuchung in die Wege zu leiten. Auch Kupfer-, Kohlen- und Erdölvorkommen waren einwandfrei festgestellt. Alle die Hoffnungen und Erwartungen, die sich an diese Entdeckung knüpften, sind vorerst für uns gegenstandslos geworden; denn heute sind die Engländer tätig, um, auf den deutschen Vorarbeiten fußend,



alle diese Schätze zu heben. Milliarden Verluste sind der deutschen Volkswirtschaft entstanden. Berechnungen, die von berufener Seite angestellt sind, beziffern diesen Verlust auf 50—60 Milliarden Goldmark. Abgesehen aber von diesem materiellen Verlust muß berücksichtigt werden, was uns in ideeller Hinsicht verloren gegangen, ein Verlust, der durch die Minderung des deutschen Ansehens in der Welt des fernen Ostens ziffernmäßig gar nicht erfaß werden kann. Die drei wichtigen Kabellinien, die von Yap in den Karolinen nach Holländisch-Indien, Amerika und Ostasien liefen und dieses Gebiet von den englischen Kabeln freimachten, der in Angriff genommene Ausbau des Netzes drahtloser Stationen, mit denen das Deutsche Reich in der Südsee vorangegangen war, denken wir auch an den ausgezeicheten Schiffahrtsdienst, der den Passagier-, Fracht- und Postverkehr zwischen Europa, Australien, Ostasien, Holländisch-Indien und der Südsee besorgte, dann wird es eingermaßen deutlich, was das Deutsche Reich in materieller und ideeller Beziehung mit diesem Gebiete verloren hat.

Samoa ist jetzt von England — Neu-Seeland — besetzt; Kaiser Wilhelmsland, Neu-Pommern, Neu-Mecklenburg, Neu-Hannover, die Admiralitäts- und Deutschen Salomons-Inseln sind von England-Australien besetzt und die Marshall-Inseln, Karolinen, Palau und Marianen-Inseln befinden sich in den Händen der Japaner. Wie allgemein bekannt ist, sind den Deutschen die Kolonien unter dem fadenscheinigen Vorwande entrissen worden, daß unsere Nation unwürdig und unfähig sei, zu kolonisieren. Unter diesem nichtigen Vorwand hat man in Versailles ein sogenanntes Mandatssystem erfunden, mit dessen Hilfe die deutschen Kolonien in Grund und Boden gewirtschaftet werden.

Wenn die gegen Deutschland erhobenen Vorwände richtig waren, dann hätte es sich doch in den 10 Jahren, die seit der Wegnahme der Kolonien vergangen sind, zeigen müssen, daß die Mandatare bessere und noch sichtbarere Erfolge erzielen konnten, als es durch deutsche Kolonisatoren möglich war.

Was ist aber statt dessen geschehen? Trotz ungeheurer Steigerung der Verwaltungsausgaben gehen die Einnahmen immer weiter zurück. Allein für militärische Verwaltung des Mandatsgebiets von Neu-Guinea sind 883606 £ ausgegeben, eine Summe, die um 165435 £ größer ist, als die gesamte Summe der Einnahmen. Das Deutsche Reich unterhielt lediglich eine kleine Eingeborenenpolizei, während der englisch-Australische Mandatar ein gewaltiges militärisches Aufgebot nötig zu haben glaubt. Die Kokoskulturen, die in höchster Blüte standen, sind infolge unsachgemäßer Behandlung stark in ihren Erträgen zurückgeblieben, und wenn dennoch trotz dieses Umstandes eine gewisse Vermehrung der Kopra-Ausfuhr stattgefunden hat, dann ist dies nur ein Beweis dafür, daß die jungen Pflanzungen, die unter deutscher Leitung entstanden sind, in das erträgfähige Alter gekommen waren. Die Vermehrung ist aber so geringfügig, daß sie einen schlagenden Beweis



dafür liefert, daß durch unrationelle Bewirtschaftung, vielleicht auch durch den Nashornkäfer eine größere Kopra-Ausfuhr nicht hat erzielt werden können. Die kleine Musterkolonie Samoa ist, wie aus Berichten neutraler Pflanzer klar hervorgeht, nahezu vollkommen ruiniert. Die Eingeborenenbevölkerung dieses Eilandes ist durch Krankheiten dezimiert und die Kokos- und Kakaoplantagen sind dem Verfall preisgegeben. Auch in diesem Gebiet hat eine ungeheure Verstärkung des Verwaltungsapparates stattgefunden, und die eigenen Einnahmen des Gebietes, die sich zusammensetzen aus Zöllen, Steuern, reichen bei weitem nicht aus, den Verwaltungsapparat zu bestreiten. Wir fragen deshalb, wie lange das Weltgewissen noch schweigend dulden will, daß das ungeheure Unrecht, welches dem Deutschen Reiche durch die Wegnahme seiner Kolonien widerfahren ist, fortgesetzt wird. Sollen wir den vom Feindbund längst gebrochenen Versailler Vertrag, unseres rechtmäßigen Eigentums beraubt, stillschweigend zusehen, wie unser Besitz nutzlos vertan und vergeudet wird? Müssen wir nicht vielmehr immer wieder und immer lauter mit aller Energie eine Revision derjenigen Bestimmungen des Versailler Vertrages fordern, die den Raub unserer Kolonien unter dem durchsichtigen Vorwand eines untauglichen Mandatssystems fordern? Hier liegt eine Aufgabe der deutschen Regierung, deren Erfüllung in wirtschaftlicher und welt-politischer Beziehung von allergrößter Bedeutung ist. Wir hoffen und wünschen, daß bei der endgültigen Liquidierung des Krieges von 1914 auch die koloniale Frage eine Regelung findet, die den gerechten Ansprüchen unseres Volkes Rechnung trägt.

GUSTAV LUDWIG:

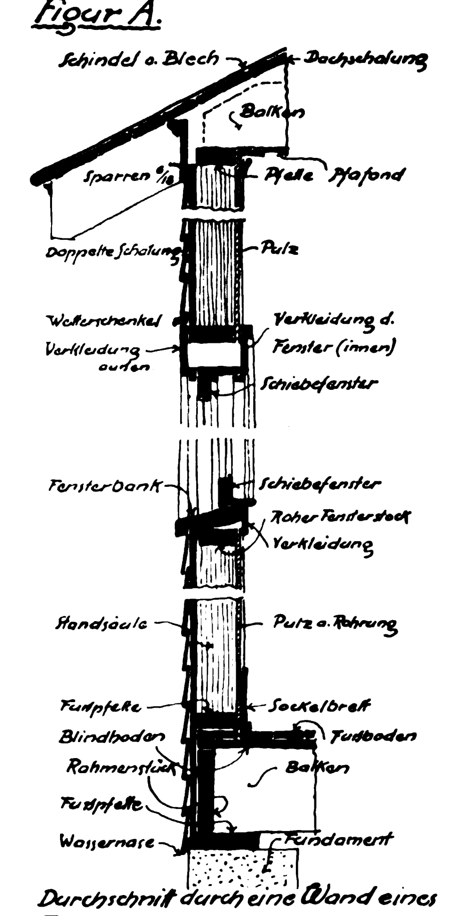
WOHNEN UND BAUEN IN DEN VEREINIGTEN STAATEN AMERIKAS

Die geopolitische Bedeutung dieses Aufsatzes ergibt sich aus einem Vergleich mit den Wohnverhältnissen im heutigen Deutschland, die wohl so bekannt sind, daß es sich erübrigt, des näheren darauf einzugehen. Die besseren Wohnverhältnisse in Amerika entsprechen der besseren politischen Lage der Vereinigten Staaten.– Das Schicksal des Gesamtlebensraumes spiegelt sich eben auch im „Lebensraum" des einzelnen Staatsbürgers.
Die Schriftleitung.

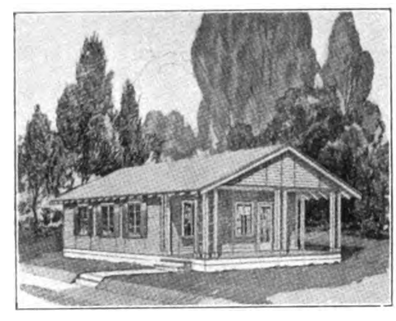
Das Wohnen in den Vereinigten Staaten Amerikas sei hier besprochen und zwar das Wohnen der großen Allgemeinheit, d. i. des Mittel- und guten Arbeiterstandes.

Man sollte eigentlich annehmen, daß der Durchschnittsamerikaner seine Lebens- und Wohngewohnheiten von Europa und zwar vor allem von England übernommen hätte, weil die Bevölkerung doch aus einem europäischen Völkergemisch mit überwiegend englischem Einschlag entstanden ist, und Amerika so eigentlich eine europäische Kolonie vorstelle. Augenfällig sind wohl englische Wohnungseinflüsse. Diese haben sich mit Einflüssen aus anderen europäischen Ländern gemischt, sind aber vor allem durch das Klima, die damit geänderte Lebensweise so umgestaltet, daß sich nur mehr oberflächliche Ähnlichkeiten feststellen lassen. Von New York abgesehen, wo in einzelnen Stadtteilen noch jeder frisch Eingewanderte nach seiner Fasson leben kann, hat sich im flachen Lande ein bestimmter Volkscharakter herausgebildet und zwar mit all den typischen Lebensgewohnheiten, wie solche in sich abgeschlossene europäische Nationen zeigen. Innerhalb dieser großen Einheit erkennt man wieder einige Verschiedenheiten. Wie in Deutschland beispielsweise das sächsische, das schwäbische, das fränkische und das allemannische Bauernhaus bezw. die Dorfsiedlung sich voneinander durch Form und Anlage unterscheiden, so kann man auch drüben derartige Unterschiede feststellen, als z. B. im Süden der Staaten der Kolonial-Stil (das amerikanische Biedermeier), im Norden und Nordwesten der Georgien- bezw. typisch englische Einschlag, im Westen und Südwesten der Missionar-Stil mit spanisch-mexikanischem Einschlag, im Osten, besonders in New York, bei der kosmopolitischen Zusammensetzung sowie Neigung der Bevölkerung französischer Einschlag festzustellen ist. Der in verschiedenen Gebieten vorherrschende Baustil paßt auch zu dem Charakter und den Lebensgewohnheiten der Bevölkerung, wie sie die Baustile schon mit dem Namen andeuten. So der patriarchalische, an Tradition hängende „Südstaatler", der stark englisch beeinflußte „Nord- und Nordwestler", der behäbige in der Sonne aufgewachsene „Westener"

Figur A.

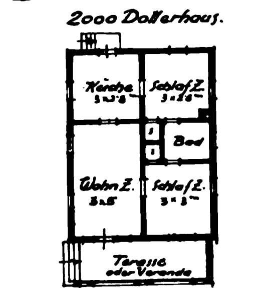


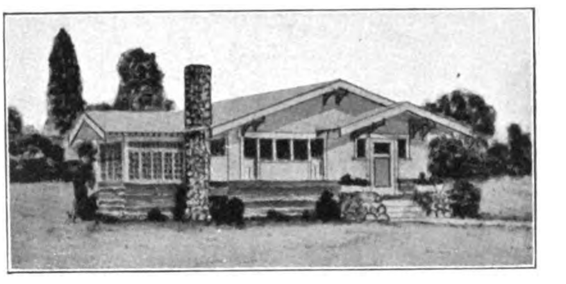
Durchschnitt durch eine Wand eines Holzhauses d. Togan Ges. in Michigan.

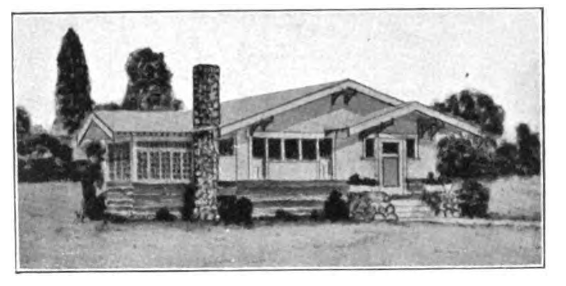


Figur B

2000 Dollarhaus.

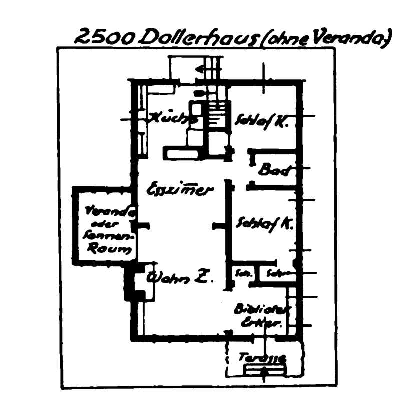


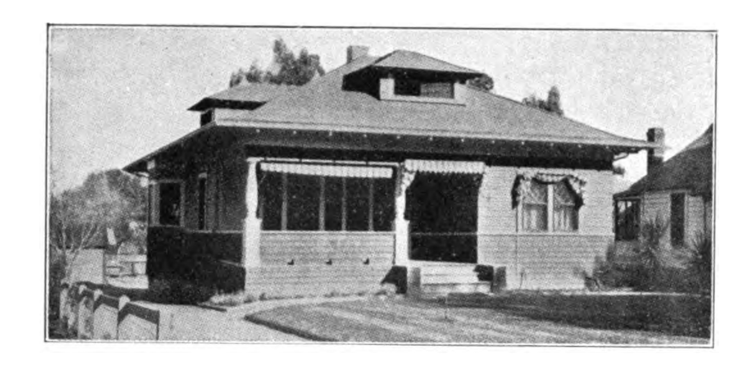




Figur C.

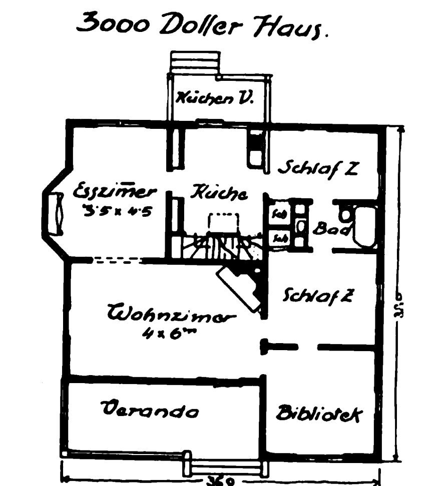
2500 Dollarhaus (ohne Veranda)





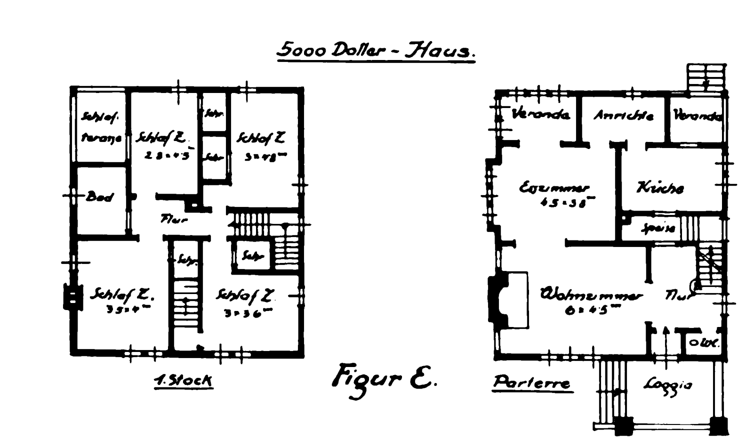
Figur D.

3000 Doller Haus.





5000 Doller-Haus.



Figur E.

mit dem flachen, breiten Dach und der schattigen Loggia über seinem Haupte, schließlich der mehr auf der Straße und in der Öffentlichkeit lebende, von Paris stark beeinflußte „Ostener". Von diesen vier großen Bevölkerungshauptgruppen kann man in den Vereinigten Staaten sprechen. Dazwischen liegen dann die verschiedenen „Stilkreuzungen" mit ihren Kennzeichen aus beiden Lagern.

Die Wohnung des „Reichen" ist am wenigsten prägnant und gleicht in gesteigertem Maße jener des sehr reichen Europäers bezw. Engländers. Das Haus des Reichen ahmt besonders gern europäische Edelsitze nach und ist trotz all der verschiedenen individuellen Stilarten mehr oder weniger Plagiat.

Nach diesen allgemeinen Feststellungen sei auf das Einzelhaus bezw. die Wohnung des Mittelstandes und guten Arbeiterstandes als der Majorität des Volkes übergegangen. Das europäische Bauernhaus, die maßgebende Grundform der Wohnung, fehlt, weil der „Bauer" in unserem Sinne fehlt. Der amerikanische Farmer als europäischer Siedler wohnt in selbst gefertigten primitiven Unterkünften, die er sich in einfachster Weise nach althergebrachten Methoden und Formen seiner alten Heimat aufrichtet, nach und nach verbessert, mit selbst gefertigtem und nachgeschafftem amerikanischem Hausrat versieht. Seine Nachkommen, schon amerikanisiert, gehen zum typisch amerikanischen Holzhaus mit seiner Veranda, seinem Wohnraum mit dem nie fehlenden Feuerplatz, seiner Küche mit Anrichte und Schlafräumen mit begehbaren Schränken über. So schnell wie in keinem Land paßt er sich der neuen Heimat mit seinen Gewohnheiten an. Dauert es bei anderen europäischen Nationen zwei bis drei Generationen, so ist der deutsche Nachkomme leider schon in der zweiten Generation Amerikaner. Das Farmerhaus ist nur in wenigem von dem Hause des Städters, der im flachen Lande wohnt, verschieden, man braucht es eigentlich nur durch die ausgedehnten Ställe, Scheunen und Wirtschaftsbauten bereichern. Die Dächer und die großen Flächen dieser Nebengebäude sind längs der Bahnlinie in grellen Farben über und über mit Reklameanzeigen verunstaltet, was der Schönheit der Landschaft großen Abbruch tut.

Jeder eingewanderte und eingelebte Europäer schätzt nur zu bald mit dem Amerikaner das „Leben auf dem Lande" auf eigener Scholle. In keinem Lande Europas ist das Wohnen im Eigenhaus auf dem flachen Lande so verbreitet, wie in den Vereinigten Staaten. Gründe hierfür sind in folgendem zu suchen:

In der großen Enge und Überbauung der Städte
dagegen in der Weiträumigkeit des Landes
dem warmen Klima
und der damit möglichen sehr leichten Bauweise
den glänzend organisierten und billigen Verkehrsmitteln, gleichviel ob Bahn, Schiff oder Auto;



damit zusammenhängend die großzügige Erschließung des Landes
schließlich die Typisierung der Bauten und all ihrer Bestandteile.

Die Enge der Stadt, vor allem der Geschäftsviertel als der Arbeitsstätte der Männer inmitten der Hochhäuser und Wolkenkratzer, die sich an engen Straßen türmen, wäre gesundheitsverzehrend mit der Menschenüberfüllung, all der Hast und Jagd in schlechter Luft, wenn die Entspannung und Erholung des Körpers in der Natur nicht darauf folgen würde.

Die Weiträumigkeit des Landes hilft dazu, daß der Baugrund auch in der Nähe der größten Geschäftszentren verhältnismäßig preiswert ist. Wenn dabei von der Nähe der Stadt gesprochen wird, so bedeutet das allerdings eine größere Entfernung, als der normale Mitteleuropäer darunter versteht, auch wenn es sich dabei um die Entfernungsbegriffe eines Großstädters handelt. Der Amerikaner braucht von seiner Wohnung zur Arbeitsstätte mit den allerbesten und schnellsten Verkehrsmitteln stundenlang. Er stößt sich absolut nicht an solch großen Entfernungen, die er Zeitung lesend und geistig vollkommen entspannt zurücklegt, und die für ihn einen Teil seiner Erholung bedeuten. Allerdings macht er diesen langen Weg der Durchgängigkeit der Arbeitszeit wegen gewöhnlich nur zweimal des Tags.

Das gute bezw. warme Klima erlaubt eine für unsere Begriffe sehr einfache und leichte Bauweise, die vielleicht gerade die Mitte unserer mit der der Japaner hält. Das Holzhaus, aber nicht etwa das unsere massive, aus Rundhölzern hergestellte Gebirgshaus, sondern ein solches aus leichtem Rahmenwerk konstruierte, außen und innen verschalte oder geputzte, mit einfachen Schiebefenstern versehene, leicht gedeckte und nur teilweise oder gar nicht unterkellerte Haus ist die Norm. (Fig. A zeigt die Konstruktion einer Hauswand). Große gut fundierte Gesellschaften, als beispielsweise die Sears — Roebuck & Co. in Chigago, Togan — Stiles incorporated in Grand Rapids, Michigan und andere, fertigen Häuser nach verschiedenen Typen fabrikmäßig bis zum Letzten an und stellen die fertigen Objekte an Ort und Stelle um eine feste Summe bezugsreif auf.

Architekten schließen sich mit Finanzleuten zu Gesellschaften zusammen, lassen Projekte in regelmäßig erscheinenden Monatsschriften, die im Buchhandel zu haben sind, erscheinen und liefern Baulustigen nach getroffener Wahl genau ausgearbeitet Projekte mit allen Details, Baubeschreibungen und Kostenanschlägen zur Offertstellung reif zum Preise von 10—25 Dollars. Keith Corporation Minneapolis Minnesota, Bungalow Craft Co. Los Angeles, Rueter & Co. Chicago sind die größten derartigen Unternehmungen.

In dem großen Lande, bei dem riesigen Bedarf und bei der Eigenschaft der Reflektanten, mit Typenhäusern zufrieden zu sein, sind derartige Unternehmungen nicht nur lebensfähig, sondern erzielen trotz der geringen Preise große



Gewinne. Die Beheizung dieses Hauses ist eine „zentrale", aber sehr primitive Luftheizung, bei der von einem gußeisernem Kessel, aus einer Luftkammer vorgewärmte Luft durch Kanäle in die einzelnen Räume geleitet wird. Versuche, diese billigen Anlagen in verbesserter Form bei uns einzuführen, die natürlich wesentlich billiger kommen als die einfachsten Öfen, sind bei sparsamsten Objekten abgelehnt worden. In dem allerdings weitaus wärmeren Klima erfüllt diese Heizung in Verbindung mit dem nie fehlenden offenen Kaminfeuer schlecht und recht ihren Zweck, sowie die vorhin beschriebene primitive Bauweise im ganzen genügt, auf deren Einzelheiten noch zurückgekommen wird.

Bei aller Bescheidenheit ist der Amerikaner doch wieder anspruchsvoll, weil er sein eigenes Heim auf eigener Scholle, meist schon in jungen Jahren verheiratet, erstrebt und sein Streben durchsetzt, dabei gerne die Unbequemlichkeit der Entfernung der Stadt mit der damit täglich verbundenen Reise auf sich nimmt und auf fremde Hilfe verzichtet, wenn in seinem Heim etwas fehlt, sich geschickt selber helfend. Seine Liebe zur Natur ist nicht schwärmerisch und nicht laut, aber tief gewurzelt und im Unterbewußtsein lebendig. Der Durchschnittsmensch ist nicht überzüchtet und verbildet, von ruhiger Heiterkeit und einem rührenden, beinahe naiven aufopferungsfähigen Stolz für sein Land und „seine Nation", der bis zur Kritiklosigkeit geht. Zum Unterschied von dem verdorbenen Stadtbewohner, dem Mieter, bildet er das gesunde Rückgrat der Bevölkerung und gleicht mit seinen wertvollen und sympathischen Eigenschaften die vielen Fehler und Defekte des typischen Städters aus, von denen man meistens hört. In seinem einfachen Haus, umgeben von einem schönen Garten, lebt der Amerikaner, von dem hier hauptsächlich die Rede ist, am Lande. Der Durchschnittsdeutsche mit seiner angeborenen Gründlichkeit würde, vor die Wahl gestellt, in den meisten Fällen seinen Anteil in dem „soliden Mietshaus" gegen ein derartig einfaches Familienhäuschen kaum vertauschen. Zu dieser großzügigen Entwicklung des Siedlerwesens drüben gehört doch die Bescheidenheit, die Freizügigkeit, ich möchte sagen gesunde Naivität und Liebe zur Natur der großen Bevölkerungsschichten. Die Menschen sind aber auch zum Unterschied von uns von keinerlei Vorurteil belastet und durch geringen Gesellschaftszwang und dessen Pflichten gebunden. Aus der engen Stadt und von Geschäften befreit, leben sie in großer, schöner, weiträumiger Natur auf eigener, von der Stadt weit entfernter Scholle. Das wahre Dichterwort „es kann der Beste nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt", gilt nur in sehr abgeschwächtem Maß, weil der Nachbar räumlich zu weit entfernt ist.

Der Verkehr, gleichviel, ob Eisenbahn, Straßenbahn oder Schiff, ist für Siedlerzwecke wunderbar aufgebaut und organisiert und vor allem wegen der bösen Konkurrenz billig, denn Bahn- und Schiffverkehr liegen in privaten Händen.



Durch Massenproduktion billig ist auch das Kleinauto, so daß es jedem dritten Erwachsenen möglich ist, ein solches zu besitzen. Während bei uns zu Lande mühselig durch Privatinitiative sich eine sogenannte Villenkolonie aufbaut und an unvollkommene Verkehrsmöglichkeiten gebunden ist, die für Siedlungszwecke nicht eingerichtet, sondern sich diesen nur langsam und unvollkommen anpassen, werden drüben die Verbindungen geschaffen, um das ganze Land in kilometerbreiten Streifen rechts und links der Bahn zu erschließen. Neben den vielen Nachteilen sind das die Vorteile der Trusts mit dem Zusammenschluß von Riesenvermögen, die für lange unverzinslich angelegt werden, um schließlich bei verhältnismäßig geringen Preisen des Baulandes durch die Masse Riesengewinne abzuwerfen. Der unternehmungslustige Kopf, die viel leichtere Hand des Amerikaners in seiner Geschäftsgebarung kommt der eingeschlagenen Lebensweise der Bevölkerung nicht nur entgegen, sondern spornt diese Neigung zum Landleben noch an. Großzügige, für unsere Begriffe übertriebene, um nicht zu sagen verlogene Reklame gibt Anreiz für die ersten Siedler, die als Pioniere das Land natürlich sehr billig bekommen. Aber auch das billigste Land mit den denkbar besten Verbindungen zur Stadt, bei den bescheidensten Ansprüchen an Straße und dem, was zum Wohnen gehört, als Licht, Wasser u. s. w., könnte das Siedlerwesen auf dem Land nicht zu der großen Ausdehnung und Verbreitung gebracht haben, wenn das warme Klima, vereint mit den bescheidensten Ansprüchen eine derartig primitive und leichte Bauweise erlaubten. Ich glaube, daß bei uns Gartenhäuschen, wenn auch unnötigerweise, besser und schwerer konstruiert sind. In einem Land, in dem durchschnittlich mindestens alles doppelt so teuer ist wie bei uns, kann man auch nach dem Kriege ein Häuschen, bestehend aus einem geräumigen Wohnraum, zwei Schlafzimmern und je einem großen eingebauten Wandschrank, kleinem Badezimmer, Küche und einer nie fehlenden Veranda nach ganz gutem Typenplan um 2000 Dollar kaufen oder bauen (Figur B). Bis auf das Wohnzimmer sind die Räume allerdings klein (etwa 2 ½—3 m), aber bei den geringen Bedürfnissen an Inventar vollständig ausreichend. Kommt zu diesem Mindestprogramm noch ein separates Eßzimmer mit einer Anrichte zwischen Küche und Eßzimmer, wird die Veranda größer und ist beim Wohnzimmer der beliebte geräumige Erker, dann geht der Preis des Hauses auf 2500 Dollar (Figur C). Kommt dazu noch eine Bibliothek und sind noch zwei Zimmer im Dachstock, auf 3000 Dollar, (Figur D) bis zum einstöckigen Haus mit einer Eingangshalle, in dem normalen Oberstock vier Schlafzimmer mit Bad und einer der sehr beliebten Schlafveranden angeschlossen, wobei die Haupträume von etwa 4 — 5 m sind, auf ungefähr 5000 Dollar (Figur E). Die Ausstattung bleibt aber immer dieselbe. Manches fehlt auch zu einem halbwegs behaglichen Hausen, bis Fehlendes langsam nachgeschafft oder selbst erstellt wird. Auch darin hat der Amerikaner eine ererbte Geschicklichkeit von



seinen Vorvätern, die als Pioniere gezwungen waren, das Allernötigste selbst zu machen, eine Eigenschaft, die allen weiträumig Wohnenden angeboren sein muß. Neben der erwähnten handwerklichen Geschicklichkeit geht aber eine für unsere Begriffe erstaunliche Typisierung aller Erfordernisse, nicht nur aller Baubestandteile, sondern überhaupt allem, was zum Leben gehört. Was das Haus betrifft, gibt es Hunderte ganz gleicher Typen. Alle Baubestandteile als Fenster, Türen, Wandverkleidungen, Fußböden, Bedachung, sanitäre und Beleuchtungsapparate, Herde usw. gibt es in guten, billigen, stets wiederkehrenden fertigen Formen, auch die offenen Kamine (fireplace) wiederholen sich in fertigen Normaltypen, ja, auch die weniger notwendigen Möbel als Schränke und Tische, vor allem aber Stühle in guten praktischen Formen sind aus schönem Rohmaterial in erstaunlich billigen Massentypen zu haben. Da der Amerikaner im Vergleich zu unseren Ansprüchen wenig Hausrat braucht und dieser billig und gut zu haben ist, so ist das kleine Haus für den kleinen Mann auch bald gebrauchsfertig. Trotz all dieser sich stets wiederholenden fabrikmäßig hergestellten Massenerzeugnisse atmen die anmutigen Häuschen und Wohnräume eine gewissse Behaglichkeit. Die Räume sind niedrig, die Häuschen meist ein, selten zweistöckig, haben ziemlich flache Dächer, sind deshalb behaglich breit gelagert und mit ihren niedrigen Sockeln in engster Verbindung mit dem Garten, mit dem sie förmlich zusammenwachsen, und den die Hausfrau mit großer Liebe und viel Verständnis pflegt. Die Wohnräume sind niedrig, meist Holz vertäfelt, mit dem behaglichen Feuerplatz, mit den horizontal geteilten Schiebefenstern und breiten Schiebetüren geht alles in die Breite statt in die Höhe und gibt den Räumen, unterstützt durch die hereinflutende helle, sonnige Luft und den reichlich verwendeten Blumenschmuck einen eigenartigen Zauber. Die stets wiederkehrenden Formen der Möbel und Einrichtungsgegenstände kommen einzeln nicht mehr zum Bewußtsein vor dem allgemeinen Gesamteindruck. Auch wird die Billigkeit des Typenmöbels durch gute Formgebung und gute technische Behandlung verwischt. Der Ehrgeiz, modern eingerichtet zu sein, geht dem Amerikaner ab. Es fehlt seinen Wohnräumen allerdings auch der schöne alte vererbte Hausrat, den man bei uns noch antrifft, der zwar nicht immer zweckmäßig und notwendig, aber immer schön in Form und Material und vorbildlich in künstlerisch handwerklicher Behandlung ist. Das Haus des Amerikaners ist innen und außen mit keinem minderwertigen, aber einfachen, technisch gut behandelten Massenmitteln erstellt, der Bau selbst ist leicht, beinahe primitiv, aber für die klimatischen Verhältnisse ausreichend gut. — So viel über den Besitzer und sein Eigenheim auf dem Lande!

Eine weitere Form ist das vor den Toren der Stadt, aber von dieser noch reichlich weit entfernt, mit Schnellbahn durchschnittlich in $^1/_2$ Stunde erreichbare Vorortsfamilienhaus. Das Raumprogramm in diesem eingebauten Reihenhaus



verteilt sich gewöhnlich so, daß Wirtschaftsräume, Küche und Eßzimmer sich in dem hohen Souterrain befinden, das Treppenhaus mit der Treppe in einem Lauf von Geschoß zu Geschoß geht durch alle Etagen. Das hohe Parterre enthält ein kleines Empfangszimmer (Parlour) und das Wohnzimmer (Living room). Im ersten Stock ist ein großes, ein kleines Schlafzimmer mit Bad, im nächsten Stock Dienstbotenraum und ein weiterer Schlafraum. Die Frontbreite dieser Häuser ist nicht mehr als 7—8 m, die Tiefe 10—11 m. Gegen die Straße zu ist ein schmales Vorgärtchen, gegen rückwärts ein etwas größeres. Dieser Wohntyp ist eigentlich von England übernommen und nur auf amerikanische Verhältnisse, Gewohnheiten und Konstruktionen zugeschnitten und wiederholt sich Straß auf, Straß ab in ungezählte, ganz gleichen quadratischen Wohnblöcke zusammengeschachtelt. Das Leben ist schon mehr auf die größere Nähe der Städte und seine Vergnügungsstätten eingestellt, weniger frei und weniger gesund, aber immer noch „im Grünen" in halbwegs guter Luft. In den besseren, reicheren Wohnvierteln der Städte ist dieses vieletagische Reihenhaus mit mehr und größeren Wohnräumen auf Baustreifen, die durch einen ganzen Baublock durchgehen, Fassaden an zwei Parallelstraßen haben und von diesen durch dazwischengelegte Vorgärtchen getrennt ist. In der Mitte dieser Grundstücke sind schmale Höfe, in welche die Nebenräume münden. Da diese Häuser 4—5 Etagen haben und im ganzen besser ausgestattet sind, dienen die in Amerika überhaupt ziemlich steilen Treppen nur zur Verbindung der einzelnen Etagen. Der sonstige Verkehr im Hause wird durch Personen-, Speisen- und kleine Frachtenaufzüge bewältigt. In diesen drei Hausarten, besonders in der erst besprochenen, wohnt das Großteil der Bevölkerung. Neuerdings bürgert sich, von Europa übernommen, das gut ausgestattete vielgeschossige Miethaus (Appartement house) ein. Je mehr es an das Stadtzentrum rückt, umso wertvoller wird der Grund und umso höher wird es gebaut, um diesen auszunützen. Einer oder mehrere Personenaufzüge vermitteln den Verkehr darin. Die Wohnungen sind mit allen technischen und sanitären Bequemlichkeiten eingerichtet, die schönen Wohnräume gehen nach der Straße, die Neben- und Dienstbotenräume, Treppenhäuser und Vorräume münden in enge, schmale Höfe, wenn nicht überhaupt in Lichtschächte. Pomphaft und üppig ausgestattet ist das Vestibül, an das sich meist ein allgemeiner Empfangsraum anschließt. Die großen Etagenhäuser haben außerdem ein kleines, privates Restaurant im Parterre, eine Barbier-, Schuh- und Kleiderputzstube im Souterrain. Die Dienerschaftskammern fallen meist bei den einzelnen Wohnungen ganz fort; die Dienstboten wohnen im Speicher und sind der Hausverwaltung unterstellt. Dieser Typus von Häusern mit seinen Wohnungen, so bequem und gut er auch eingerichtet ist, beherbergt zwar wohlhabende, aber nicht die besten Volkselemente. Es ist eine Klasse von Menschen, deren Hausvorstände ihre Geschäfte größtenteils unterwegs oder auf



der Börse verrichten und deren Angehörige die Promenaden, Kinos, Varietes, Theater und Restaurants bevölkern. Im Verhältnis zu den andern vorbesprochenen Familien, die eigene Land- oder Vorortshäuser bewohnen, fallen sie an Zahl nicht sehr ins Gewicht, vermehren sich aber von Jahr zu Jahr. Sie bilden die Nomaden des Volkes, die heute hier, morgen dort auftauchen und wieder verschwinden. An unseren Verhältnissen gemessen sind sie den Leuten ähnlich, die unsere Pensionen bevölkern.

Eine weitaus größere Zahl bilden die Ärmsten des Landes, all die mittellosen Eingewanderten, die ihr Glück versuchen wollen, die Neger und Mulatten, Chinesen und andere Farbige, die in den Mietskasernen (flats) der Stadt hausen müssen, Es sind buchstäblich Massenquartiere an abgelegenen, aber vom Durchgangsverkehr belebten und deshalb entwerteten Straßen gelegen: unter dem Straßenniveau die alles erschütternde Untergrundbahn, auf der Straße die Elektrische, Last- und Personenfahrzeuge, auf primitiven eisernen Gerüsten die Hochbahn, auf welcher Zug um Zug vorüberdröhnt! Es sind jene Straßen, wo die Wohnungen in den anliegenden Häusern immer im Halbdunkel liegen. In den billigen, schmutzigen Kneipen sind die der Behörde bekannten Schlupfwinkel des Verbrechens. In diesen häßlichen, nüchternen Bauquartieren haust Unzufriedenheit, Elend, Krankheit und Verzweiflung, sie zeigen die Kehrseite dieses sonst reichen und glücklichen Landes und scheinen heute oder morgen die Quelle ernster Gefahren für das Land zu werden. Wenn auch jede Großstadt ihre armen Stadtviertel mit unsicherer und unzufriedener Bevölkerung hat, so sind die Hafenstädte, New York an der Spitze, ganz besonders reichlich damit bedacht. Alle lichtscheuen Elemente tauchen in diesen Vierteln unter. Für das öffentliche Leben ist die Mehrzahl davon aber insofern gefahrlos, als die jungen Einwanderer und die lichtscheuen heimischen Elemente auch rechtlos sind. Dagegen werden die „Farbigen“ als gleichberechtigte Bürger mit dem Zeitpunkt gefährlich werden, mit dem sie durch zielbewußte Zusammenfassung und Leitung durch eigene Führer geschlossen als eine Partei auftreten. Vom „Weißen“, dem Herrn der Situation verachtet, werden sie parteipolitisch gekauft und dadurch zersplittert. Die Gefahr der Einigung dieser sich stark vermehrenden Kreise steht aber drohend und wohl nicht sehr ferne in der Zukunft.

Zu dem Thema ist nach diesen Detailausführungen zusammenfassend festzustellen, daß der weitaus größere Prozentsatz der Bevölkerung gut, ja, im Vergleich mit allen andern Völkern des Erdenrunds, die Engländer nicht ausgenommen, am besten wohnt, also die höchste Stufe der Wohnkultur oder besser Zivilisation erreicht hat. Daran ändert auch das Großstadtproletariat nichts, das nur den scharfen Schattenkontrast gegen das Licht der andern Seite zeigt. Die hohe Wohnkultur oder Zivilisation verdanken die Amerikaner vor allem ihrer Liebe

und ihrem Bedürfnis zu einem eigenen Heim, dem günstigen Klima, das billiges Bauen erlaubt, der glänzend organisierten und unvergleichlich leistungsfähigen Bauindustrie, der weit verästelten Erschließung des Landes durch gute und billige Verkehrsmittel und dem vielen aufgeschlossenen Raum, nicht zuletzt aber der großen Wohlhabenheit und Unabhängigkeit des Landes, hervorgerufen durch die geringe Bevölkerungsdichte und die glückliche geographische Lage. Bis vor dem Kriege wußte man wenig oder nichts von den schweren Rüstungs- und Militärlasten der europäischen Völker und konnte die dadurch ersparten großen Mittel besser anwenden. Jedem rührigen Staatsbürger war es so möglich, sich, wenn auch bescheiden, doch ein eigenes Heim zu schaffen.

OTTO JESSEN

DIE LAGE DER HAUPTSTÄDTE IM NEUEN EUROPA:

III. DIE HAUPTSTÄDTE AUF DEM BODEN DER IM WELTKRIEG SIEGREICHEN STAATEN.

Auf die relative Lageänderung der Hauptstädte in den Ländern der Sieger und deren Vasallen, hevorgerufen durch Angliederung randlicher Landesteile, genügt es mit wenigen Worten einzugehen. Die kleine Verschiebung der Ostgrenze Belgiens durch Annektion der deutschen Kreise Eupen und Malmedy mitsamt der Monschauer Bahn ist, abgesehen von den wirtschaftlichen Vorteilen, für Brüssel nur insofern von Bedeutung, als sie eine Stärkung der die Hauptstadt schützenden strategischen Maaslinie bedeutet. Die Hauptstädte Dänemarks und Rumäniens haben durch die territoriale Vergrößerung eine noch ausgesprochenere Randlage erhalten, als sie schon vor dem Kriege besaßen. Das ist zweifellos für das Festhalten der neuerworbenen, durch keine natürlichen Grenzen geschützten Gebiete von Nachteil, der umso fühlbarer ist, als jene Gebiete von starken nationalen Minderheiten bewohnt werden und an Staaten grenzen, mit welchen die stärksten politischen Reibungsflächen bestehen und die auch als Gegner die gefährlichsten sind. Die abseitige Lage des politischen und völkischen Kraftzentrums erschwert sowohl die Assimilation der erworbenen Gebiete als deren Verteidigung.

In eine günstigere, zentralere Lage sind die Hauptstädte Italiens und Frankreichs gerückt. Schlägt man um Rom als Mittelpunkt einen Kreis mit etwa 560 km Radius, so liegen der Brenner im Norden, Otranto im Osten, Syrakus im Süden ungefähr auf seiner Peripherie, auch die Südwestspitze Sardiniens ist nicht weit von ihr entfernt. Frankreich hat die lang ersehnte und zielbewußt erstrebte Hinausschiebung seiner Nordostgrenze erreicht, wenn auch bisher nicht in dem Maße, wie es hofft. Wir dürfen in dem Drängen Frankreichs nach Nordosten nicht ausschließlich einen Ausfluß der dem französischen Volk im Blut liegenden imperialistischen Ländergier sehen, sondern müssen bedenken, daß auch natürliche Ursachen, vor allem die Lage der Hauptstadt mitsprechen. Paris, durch die Gunst der topographischen Lage, die historische Entwicklung, den Willen der Herrscher und die zentralistische Tendenz, die sich in der Revolution und im 19. Jahrhundert nur immer mehr verstärkte, zum Kopf und Herz Frankreichs geworden, liegt als Hauptstadt des Reiches nicht zentral, sondern von der Mitte gegen Norden und Osten verschoben. Nur für das Frankreich nördlich der Loire hat Paris einigermaßen Mittelpunktslage, sowohl in räumlicher als geographischer Hinsicht. Die exzentrische Stellung innerhalb des Gesamtreiches ist wegen der allumfassenden Bedeutung der Hauptstadt von großem Nachteil, um



so mehr, als Frankreich im Nordosten der natürlichen Schutzmauer entbehrt und es dort an seinen, wenigstens früher, mächtigsten Nachbarn grenzt, mit dem es in traditioneller Feindschaft lebt. Nur selten hat Frankreich seine Aufmerksamkeit der Süd- und Südostgrenze zugewendet, immer war der Blick nach Osten und Norden gerichtet. Von dort war Paris, das Hauptziel jedes Krieges gegen Frankreich, am meisten gefährdet. Die Stadt wurde zur stärksten Festung des Reiches ausgebaut und mit riesigen Festungsgürteln umgeben, um die militärische Entfernung von der Nordost- und Ostgrenze zu vergrößern. Aber dieser Schutz hat sich nicht immer als ausreichend erwiesen. Daher das Bestreben Frankreichs, die Grenzen hinauszuschieben, seine Bemühungen im 18. Jahrhundert, Flandern zu erwerben, daher das immer wiederkehrende Verlangen nach der Rheingrenze, daher auch das kürzlich geschlossene militärische Bündnis mit Belgien. Gewinnt Frankreich die Rheingrenze, so ist sein nordöstlichster Punkt (Mainz) von der Hauptstadt nahezu so weit entfernt wie die Mündung der Gironde.

Auch Serbien hat am Ende des Krieges sein Ziel nahezu ganz erreicht: die Einigung des südslawischen Volkes unter serbischer Führung. Belgrad, bis 1867 eine der „Pyramiden“, welche die Grenze des türkischen Reiches bezeichneten“, später die Hauptstadt des Königreichs Serbien, ist heute die Hauptstadt des „Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen“. Der politische Mittelpunkt des neuen Staates muß notwendig in den nördlichen oder nordöstlichen Landschaften liegen, denn dort ruht das Schwergewicht der Bevölkerung und Wirtschaft, und es entspricht der beanspruchten Vormachtstellung der Serben, der militärischen und wirtschaftlichen Bedeutung Belgrads sowie seiner Volkszahl, daß dieser Stadt die bevorzugte Stellung zufiel. Obgleich stark exzentrisch, fast peripherisch gelegen, bildet Belgrad doch den geographischen Mittelpunkt des im übrigen durchaus keinen einheitlichen Naturraum erfüllenden jugoslawischen Staates. Dort laufen die großen Naturlinien zusammen, welche die Teile des Reiches untereinander verbinden und das Reich als Ganzes an die wichtigste natürliche Verkehrsader Südeuropas anschließen. Die diagonale Donaulinie wir dort gekreuzt von der meridionalen Theiß- und Moravalinie und der westöstlichen Savalinie, von welcher, selbst wieder in meridionaler Richtung, die dem Verkehr erschlossenen Täler der Drina und Bosna tief ins Land eingreifen. So ist Belgrad, seit langem das handelspolitische Tor Serbiens, von Natur zur Hauptstadt berufen. Der Tradition nach hätten andere, dazu räumlich mehr zentral gelegene Städte Serbiens Ansprüche erheben können, so Krusevac, die serbische Krönungsstadt im Mittelalter, oder Kragujevac, die nationale Hauptstadt während der Türkenzeit und durch ihre Schutzlage der Sitz des Widerstandes gegen die Türken. Aber jene Vorzüge Belgrads gaben den Ausschlag. Die peripherische Lage der Hauptstadt ist militärisch-strategisch weniger bedroh-



lich, als man denken sollte. Die stark befestigte Stadt beherrscht von dem hohen Bergufer der rechten Flußseite aus den auf weite Entfernung wichtigsten Flußübergang, während sich auf dem jenseitigen Ufer als natürliches Glacis der Festung das von Altwassern durchzogene Banater Flachland ausbreitet, welches zudem heute zum jugoslawischen Staat gehört. Von jeher war Belgrad eine wichtige Ausfallpforte aus Serbien und zugleich das schwerste Hindernis für den Eingang nach Serbien, ohne daß jedoch durch den Besitz der Festung das Innere des Landes dem Feinde restlos überliefert ist. Bedenklicher ist die Randlage und der national-serbische Charakter der Hauptstadt für die innerpolitischen Verhältnisse, für die erstrebte Annäherung der zur politischen Einheit verschmolzenen slawischen Stämme. In dieser Hinsicht wird sich Belgrad erst als Hauptstadt qualifizieren müssen. Schon heute macht sich ihre abseitige Lage in dem Anwachsen der dem großserbischen Gedanken feindlich gegenüberstehenden kroatischen Bewegung bemerkbar. Auch in den anderen entfernten Landesteilen, Montenegro und Mazedonien, rufen die von Belgrad ausgehenden Einflüsse steigende Abneigung hervor. In dem slawischen Bruderstaat Rußland war es möglich, durch ein absolutistisches und ausgesprochen zentralistisches Regime alle, auch die entferntesten Reichsteile fest an die randständige Hauptstadt zu ketten. Serbien versucht in ähnlicher Weise eine weitgehende Zentralisation durchzuführen. Die Skupschtina in Belgrad ist die parlamentarische Vertretung des politisch völlig zentralisierten Reichs. Die Verwaltung wird ausschließlich von Belgrad aus geleitet, wobei zu bedenken ist, daß der jugoslawische Staat an Fläche nur etwa $^1/_6$ kleiner ist als Italien. Die Verwaltungsgrenzen kreuzen in ganz willkürlicher Weise die Grenzen der historischen Landschaften. Diese zentralistische Tendenz entspricht der großserbischen Idee. Sie hemmt zweifellos das Wiederaufleben und die Verwirklichung des panslawistischen Gedankens, denn eine allgemeine Verschmelzung aller südslawischen Stämme wäre politisch nur in der Form eines Bundesstaates zu denken. In ihm wird Belgrad schwerlich die Rolle der Hauptstadt zufallen können.

Von den beiden Kleinstaaten an der adriatischen Seite der Balkanhalbinsel hat Montenegro seine politische Selbständigkeit eingebüßt, es ist in dem jugoslawischen Staat aufgegangen, seine Hauptstadt Cetinje hat nunmehr provinzielle Bedeutung. Albanien hingegen hat seine im Kampf gegen die Türken errungene Unabhängigkeit auch über den Weltkrieg hinaus gerettet. Die im November 1921 von der Botschafterkonferenz in Paris festgelegten Grenzen des Freistaates sind sogar wesentlich günstigere als vorher. Die Hauptstadt Albaniens ist nicht mehr Durazzo, sondern — wenigstens einstweilen — das landeinwärts von ihm gelegene Tirana, ein nur von etwa 10000—12000 Menschen bewohntes, also hinter anderen Siedelungen Albaniens an Größe weit zurückstehendes Städtchen. Die

Wahl der Hauptstadt war wegen der Gegensätze im Innern und wegen der allseitigen Bedrohung Albaniens durch annektionslüsterne Nachbarstaaten eine schwierige Frage. Ein natürlicher Mittelpunkt ist in dem zwar als Gebirgsland einheitlichen, aber nicht konzentrisch gebauten Wohnraum schwer zu finden. Ebenso wenig gibt es einen kulturellen, wirtschaftlichen oder verkehrsgeographischen Mittelpunkt. Ein besonderer Nachteil ist ferner, daß die meisten der größeren Städte Albaniens (Skutari, Durazzo, Valona, Argyrokastro, Koritza) Randlage haben, daher leicht von den Nachbarn besetzt werden können, was ja auch seit dem Balkankrieg mit fast allen nacheinander geschehen ist. Unter diesen Städten hätten der Bedeutung und Tradition nach zweifellos die beiden Hafenstädte Valona und Durazzo ein größeres Anrecht auf eine politisch bevorzugte Stellung gehabt als Tirana. In Valona trat 1912 die Nationalversammlung zusammen, welche die Unabhängigkeit Albaniens erklärte; Durazzo war die Hauptstadt des Fürstentums und war 1918 nach dem Abzug der Österreicher der Sitz der provisorischen Regierung. Nachdem aber diese beiden ebenso wie die anderen vorher genannten Städte wegen der Randlage — wenigstens vorläufig — ausschieden, mußte Tirana am geeignetsten erscheinen. In der Nähe der Hafenstadt Durazzo gelegen, mit der es durch die 1917 von den österreichischen Truppen gebauten Kleinbahn verbunden ist — übrigens der einzigen Bahn Albaniens —, bietet es durch seine zentrale Lage die Möglichkeit, wenn auch keineswegs die Garantie eines vermittelnden Ausgleichs zwischen den in beständiger Fehde lebenden Stämmen in Nord- und Südalbanien. Erscheint, politisch geograpisch betrachtet, die Lage der neuen Hauptstadt nicht ungünstig, so wird doch erst die Zukunft zeigen müssen, ob Tirana sich auf die Dauer als Hauptstadt halten kann; einstweilen hat sie als solche nur provisorischen Charakter. Mit noch größerer Skepsis wird man sich die Frage vorlegen, ob es den Machthabern gelingen wird, von hier aus das eines National- und Autoritätsgefühls noch völlig ermangelnde, von Partei-, Stammes- und Glaubensgegensätzen zerrissene albanische Volk zum Staatszweck zusammenzufassen und den albanischen Staat, dessen Existenz mehr auf die Rivalität der eifersüchtigen Nachbarstaaten (Italien, Jugoslawien und Griechenland) als auf den Willen des Volkes gebaut ist, von hier aus am Leben zu erhalten.

WICHTIGSTE LITERATUR.

Bowmann, I., The new world. Problems in political geography. New York 1922.

Bücher, K., Die Großstädte in Gegenwart und Vergangenheit. Dresden 1903.

Buschick, R., Wanderungen europäischer Hauptstädte. Ratzel-Festschrift. Leipzig 1904. S. 5—22.

Current History, Publ. by the New York Times Co.

Hassert, K., Die Städte geographisch betrachtet. Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt". Leipzig 1907.

Hettner, A., Die Lage der menschlichen Ansiedelungen. Geographische Zeitschrift Bd. I (1895) S. 361.

Kohl, I. G., Die geographische Lage der Hauptstädte Europas. Leipzig 1874.

Politisches Handwörterbuch. Herausgeg. von P. Herre. 2 Bde. Leipzig 1923.

Ratzel, F., Politische Geographie. München, und Berlin 1923[3].

Ratzel, F., Anthropographie. 2 Tl. 3. Abschn., Stuttgart. 1902[2].

Ratzel, F., Die Lage ger großen Städte. „Die Großstadt" S. 35 – 72. Dresden 1904.

Roscher, W., Betrachtungen über die geographische Lage der großen Städte. Im neuen Reich. Febr. 1871.

Schäfer, D., Die politische und militärische Bedeutung der Großstädte. In „Die Großstadt". S. 231—282.

Supan, A., Leitlinien der allgemeinen politischen Geographie. Leipzig 1922[2].

Vogel, W., Das neue Europa und seine historisch-geographischen Grundlagen. Bücherei der Kultur und Geschichte. Bd. 16. Bonn und Leipzig 1923[2].

H. LAUTENSACH:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER ALTEN WELT

Im orientalischen Teil der Alten Welt nimmt der Kampf der europäischen Kolonialmächte, vor allem Frankreichs, Englands und Spaniens, gegen die mohammedanische Bevölkerung, die sich immer stärker der europäischen Herrschaft zu entziehen sucht, fortwährend an Schärfe zu. In Nordsyrien, das der französischen Mandatsherrschaft untersteht, verkümmert der Verkehr von Beirut. Denn die Syrer mit Ausnahme der den Franzosen befreundeten Maroniten boykottieren diesen Hafen, indem sie das nordpalästinische Haïf oder den türkischen Hafen Mersina benutzen. Die Antwort war ein vertragswidriges Vordringen französischer Truppen auf den Boden Ziliziens, das vor kurzem, nach dem Friedensdiktat von Sèvres (10. VIII. 1920), schon einmal französisch gewesen war, durch den Vertrag von Lausanne (24. VII. 1923), jedoch von der Türkei zurückgewonnen ist, und das Zusammschießen friedlicher Dörfer an der türkisch-syrischen Grenze im Mai d. J. Das französische Bestreben geht offenbar dahin, sich erneut Ziliziens zu bemächtigen, um auf Mersina, den einzigen Eisenbahnhafen an der Südküste Anatoliens Einfluß zu gewinnen und so die Abwanderung des Beiruter Verkehrs hemmen zu können. Durch entschlossene Gegenmaßregeln der neuen Türkei wurde die Gefahr vorläufig noch einmal gebannt.

Eine zweite Reibungszone hoher Intensität liegt nach wie vor im petroleumreichen Wilajet Mossul, dessen staatliche Zugehörigkeit noch immer unbestimmt ist, da die Türkei den Völkerbundsrat als Schiedsrichter verständlicherweise abgelehnt hat (vergl. S. 386). England beansprucht Mossul für das Königreich Irak, da das Wilajet in nur der Minderheit türkisch sei, und die Stadt selbst zu zwei Dritteln arabische Bevölkerung enthalte, die Türken dagegen betonen, daß die kurdische Bevölkerung des Wilajets mit der Türkei vereinigt zu bleiben wünsche. Interessant ist die völlige Verschiedenheit der englischen und der türkischen Statistik. Die Engländer geben für das Wilajet Mossul an: 186000 Araber, 66000 Türken, 455000 Kurden, 62000 Nestorianer, 19000 Juden; die Türken dagegen: 500000 Kurden und Türken, 15000 Nestorianer, 150000 Araber und 20000 Juden. Man erkennt in beiden Reihen das Bestreben, die eigenen Ansprüche zu stützen. Betrachtet man eine Völker- oder Kulturkarte Vorderasiens, so erkennt man, daß der Raum von Mossul auch ohne Petroleumvorkommen zu tiefgreifenden geopolitischen Verwicklungen sozusagen vorbestimmt ist. Denn hier berühren oder überdecken sich das türkische, syrische, arabische und kurdische Kulturgebiet.

Über die Schwierigkeiten, die den Engländern im Königreich Irak selbst durch die Selbständigkeitsbestrebungen der Araber erwachsen, war in einem der letzten Berichte (S. 387) die Rede. Hand in Hand mit der britischen Irakpolitik geht das Auftreten der Engländer im Ostjordanland, in Transjordanien, das, formell unabhängig, gleich Irak und Hedschas, England als Schutzmacht anerkennt, und in seiner Hauptstadt Amman einen englischen Residenten beherbergt. Im Mai d. J. erklärte die englische Regierung auf eine Interpellation im Oberhaus hin, für Transjordanien würden „Verbesserungen" der augenblicklichen politischen Verwaltung erwogen. Diese waren schon zuvor damit eingeleitet worden, daß dem Emir Abdallah die bisherigen Hilfsgelder in Höhe von 150000 engl. Pfund jährlich entzogen, und daß die Übergabe des Stückes der Hedschasbahn, das in Transjordanien liegt (ca. 300 km zwischen Derat und Ma'an), an Abdallah annulliert wurde, mit der ungewöhnlichen Begründung, der englische Resident habe seine Befugnisse überschritten.

Das eindrucksvollste Ereignis im Selbständigkeitskampfe des asiatischen Orient stellt zurzeit der im September d. J. eröffnete Angriff des Sultans Ibn Saud von Nedschd, des Fürsten der Wahabiten, auf das Königreich Hedschas dar. Die Sommerresidenz König Husseins ist erobert. Viel-

leicht ist auch die Hauptstadt von Hedschas, Mekka, in diesem Augenblick schon in der Hand der Wahabiten. Hussein, von seinen Anhängern verlassen, ist geflohen und es ist sehr zweifelhaft, ob die Übernahme des Oberbefehls durch seinen Sohn Ali das Unheil von Hedschas, das im Friedensdiktat von Versailles so stolz als einer unserer 27 Gegner auftrat, abzuwenden vermag. Allerdings hat nicht nur Hussein, sondern auch Ibn Saud britische Hilfsgelder bezogen. Trotzdem ist in dem erwähnten Angriff mehr zu suchen, als eine in europäischem Sinne innenpolitische Fehde zweier kampffreudiger Steppenfürsten. Denn Hussein ist ein ausgesprochener Vasall Englands, dessen Herrschaft mit dem britischen Schutze steht und fällt, und der unter diesem Schutze ein Teilkalifat über die arabisch-mohammedanische Welt errichtet hatte, während die Kraft seines Gegners Ibn Saud im heimatlichen weiten Steppenboden wurzelt und der britischen Seemacht bisher nicht faßbar ist, so daß die Annahme englischer Hilfsgelder von seiner Seite nur als ein freier Akt politischen Intrigenspiels, in dem die schlauen Araberfürsten ja Meister sind, zu betrachten ist.

Zu den inneren Schwierigkeiten, in die die mohammedanische Welt durch die Absetzung des Kalifen seitens der Türkei gekommen ist, gesellt sich nunmehr eine weitere. Die Wahabiten sind die fanatischen Verfechter einer puritanischen Richtung innerhalb des Islam, und es bedurfte Jahrzehnte ernstester militärischer Anstrengungen seitens der alten Türkei, um diese Sektierer auf das Innere Arabiens zu beschränken und damit die Gefahr einer weiteren Spaltung der mohammedanischen Welt zu bannen. Heute ist diese Gefahr wieder mächtig, und so dürfte England die Erfolge Ibn Sauds, der den Seeverkehr nach Indien ja doch nie ernstlich stören kann, letzten Endes doch mit halber Freude betrachten.

In Nordpersien, wo der englische Einfluß in der Nachkriegszeit stark gesunken ist, und die von britischem Kapital geführte Royal Dutch Shell Company sich vergeblich um Petroleumkonzessionen beworben hatte, suchen jetzt die Amerikaner wirtschaftlich Fuß zu fassen. Zwischen den beiden größten amerikanischen Erdöltrusts, der Standard Oil Company und dem Sinclair-Konzern, ist ein scharfer Wettbewerb um die nordpersischen Erdölfelder entbrannt. Die Antwort war die Ermordung des amerikanischen Konsuls auf der Straße in Teheran am 18. VII. d. J. durch persische Patrioten.

In Nordafrika hat der Streit Ägyptens und Englands um den Sudan im letzten Jahresviertel immer schärfere Formen angenommen. Seit dem 19. 1. 1889 bestand im Sudan ein britisch-ägyptisches Kondominium, das 1914 mit der Annexion Ägyptens seitens der Engländer automatisch in eine britische Alleinherrschaft übergegangen war. Nachdem nun England 1922 seine Oberhoheit über Ägypten nominell aufgegeben hat, fordert Zaglul Pascha nicht nur die Zurückziehung der englischen Truppen aus Ägypten und insbesondere vom Suezkanal, sondern auch die Rückgabe des Ostsudans, d. h. des Nilbeckens zwischen Wadi Halfa und Albertsee. Er gründet diese Ansprüche darauf, daß der Sudan seit 1820 mit 17jähriger Unterbrechung durch den Aufstand des Mahdi (1881—98) zu Ägypten gehört hat, daß dieses für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung und die Erhaltung der Ordnung im Sudan erhebliche Aufwendungen (ca. 10 Millionen ägyptische Pfund) gemacht hat und daß es für Ägypten eine Lebensnotwendigkeit ist, den Oberlauf des Nils, von dem Ägyptens Fruchtbarkeit, die Existens seiner Bewohner, ausschließlich abhängt, politisch zu kontrollieren. In diesem letzten Punkt liegt die Hauptsorge der Ägypter. Sie fürchten, daß England mit der Hand auf dem Sudan in ähnlicher Weise auf Ägypten von außen her politisch drücken werde, wie es das zuvor mit der Einführung der Baumwollmonokultur von innen her getan hat, so daß die nominelle Freiheit bis auf weiteres praktisch unwirksam sein werde. Denn es ist klar, daß dem Nil durch Verdunstung riesige Wassermassen entzogen werden, wenn die großartigen Pläne der Engländer bezüglich der Anlage von sudanesischen Baumwollberieselungsfeldern Wirklichkeit werden. Es würden sich so ähnliche zwischenstaatliche Streitfragen erheben, wie sie in den elsässischen Kanalplänen Frankreichs liegen. England beruft sich demgegenüber darauf, daß nur die energische Hilfe Lord Kitcheners den Sudan aus den Händen der Mah-

disten befreit hat, und daß es in der wirtschaftlichen Aufrichtung des Sudans, insbesondere durch Bewässerungs-, Entsumpfungs- und Eisenbahnanlagen, sowie durch die Ausbreitung des Baumwollbaus unbestritten führend gewesen ist. Schließlich verlangt es, fußend auf seinen mesopotamischen Erfahrungen, in echt englischer Mentalität das Recht der „Selbstbestimmung" für die Sudanesen. Zum Träger der ägyptischen Forderung macht sich besonders das ägyptische Militär im Sudan, das seit 1922 dort wieder stationiert ist. Die Kadetten der ägyptischen Militärschule zu Khartum suchten zu meutern, und in Atbara kam es zu Zusammenstößen zwischen englischen und ägyptischen Truppen. Die Engländer sind durch Entsendung von Land- und Seestreitkräften der Lage äußerlich offenbar schnell wieder Herr geworden, und die britische Regierung, die nicht nur die Baumwollindustriellen von Manchester, sondern das ganze englische Volk in dieser Frage hinter sich hat, ist mit der sehr bestimmten Erklärung hervorgetreten, daß sie nicht daran denke, den Sudan aufzugeben. In der Tat kann England nur durch Beherrschung des Sudans die nominelle Freigabe Ägyptens praktisch unwirksam machen, und solange es den Suezweg nach Indien als eine Schlagader seines Wirtschaftslebens betrachtet, wird es den größten Wert darauf legen müssen, sowohl Ägypten als auch den Sudan in jedem gefährlichen Augenblick fest in der Hand zu halten.

Am erfolgreichsten hat sich der Selbständigkeitsdrang der Mohammedaner jüngst in Spanisch-Marokko gezeigt. Der nunmehr fast 12 jährige Kampf wird von den Riffkabylen mit der Erbitterung eines um den Heimatboden ringenden Volkes und mit der Hinterlist des nach Zahl und Bewaffnung Schwächeren geführt und hat die Spanier, die aus finanziellen und anderen innerpolitischen Gründen auf eine intensivere Aufnahme des Feldzuges verzichten müssen, andererseits sich zur völligen Aufgabe des z. T. seit dem Entdeckungszeitalter besetzten Gegengestades nicht entschließen können, in eine überaus schwierige Lage gebracht. Diese gleicht geopolitisch in verblüffender Weise der der Griechen vor 3 Jahren in Anatolien. Hier wie da ein militärisch nicht starker Mittelmeerstaat, der über das Gegenufer hinaus in einen ihm klimatisch, völkisch, religiös fremden Lebensraum eingedrungen ist, und der aus diesem durch die an Zahl schwächere, aber die Eigenart der Landesnatur geschickt benutzende mohammedanische Eingeborenenbevölkerung hinausgedrückt wird. Hoffen wir, daß dem spanischen Volk, das erst kürzlich durch die überaus herzliche Aufnahme des deutschen Geschwaders in seinen Biskayahäfen seine Freundschaft zum deutschen Volk aufs neue bewiesen hat, der Leidensweg erspart bleibt, den das griechische seit der anatolischen Niederlage gehen mußte! Schon hört man vom internationalen Tanger her in stiller Nacht den Kampfeslärm und sieht die Strahlen der spanischen Scheinwerfer. Eine Fülle schwerer europäischer Verwicklungen würde sich ergeben, wenn die von Frankreich durch Waffenlieferungen unterstützten Kabylen die Spanier zum Abzug aus Marokko zwingen sollten, und England dann alsbald den Südpfosten des Mittelmeertores völlig unter französischem Einfluß sehen würde.

K. HAUSHOFER:
BERICHTERSTATTUNG ÜBER DIE INDO-PAZIFISCHE WELT



Äußere Ereignisse — die deshalb viel Lärm machen, weil der Welthafen Shanghai und die von ihm landeinwärts führende Bahn in Mitleidenschaft gezogen wurde, aber geopolitisch nur eine Teilerscheinung der sich seit 1911 anbahnenden Vorgänge sind — zwingen den Berichterstatter, mit dem unteren Yangtse zu beginnen.

Der Außenverkehr der etwas über 7000 km ausgedehnten chinesischen Küste erfährt eine ausgesprochene Bündelung in der Richtung auf die Halbinsel Liautung und die Liauho-Mündung in der Südmandschurei, die Peiho-Mündung mit Tientsien, den Bündelungsansatz von Kiautschau [der, auf Eisenbahn-Vermittlung nach innen begründet, der augenblicklich potamischen Entwicklung vorauseilte], den unteren Yangtse mit Shanghai (das immer mehr durch den direkten Flußverkehr bis Hankow ausgeschaltet werden wird) und die unvergleichliche handelsgeographische Lage der Perlflußmündung mit Honkong und Kanton. Nur an der Küste von Fukien zeigt sich ein gewisser Ausgleich zwischen einer Reihe von annähernd gleichwertigen Mittelhäfen; sonst aber wiegt die Bündelung des Seeverkehrs, wie

die des Landverkehrs auf einzelne vorherrschende Pfortenlandschaften vor.

Diese Dauerbedingungen muß man sich vor Augen halten, wenn man verstehen will, warum seit dem Sturz der traditionellen Zentralgewalt und dem Scheitern des China geopolitisch naturgemäßen Gedankens einer starken konstitutionellen Monarchie eine Reihe von örtlichen Gewalten sich in bestimmten Teilräumen so behaupten können, daß keine die andere ganz aus dem Felde schlagen kann — wie übrigens schon oft in der chinesischen Geschichte.

Als die Mandschudynastie gestürzt war und der Parlamentarimus in China seine vollkommene Unfähigkeit zur Schaffung wirklicher Macht an ihrer Stelle erwiesen hatte, blieben, mit Naturnotwendigkeit in das Machtvakuum tretend, die regionalen Gewalten übrig. Sie waren um so stärker, je mehr sie sich auf einheitliche Naturgebiete stützen konnten und zugleich Pfortenlandschaften fest in der Hand hielten oder wenigstens sichere Verbindung mit ihnen hatten. Drei aktive Machtzentren bildeten sich heraus, zwei im Norden, eines im Süden: erstens die Mandschurei unter Marschall Chang Tso Lin; zweitens die historische Nord-Kernlandschaft Chili und Honan, seit dem Ringen bei Peking 1922 im wesentlichen durch die militärische Kraft des Marschalls Wu Pei Fu beherrscht, und drittens die südliche Gruppe mit der unruhigen Kolonialstadt Canton, in der kraft seiner persönlichen Überlegenheit und Volkstümlichkeit immer wieder der Anreger der Revolution von 1911, Dr. Sun Yat Sen die Oberhand über die dort streitenden Soldaten gewinnt. Das Yangtsetal brachte es nicht zu einheitlicher Geltung, weil es geopolitisch in drei getrennte Naturgebiete geschieden ist und deshalb auch politisch immer wieder zerfiel: die starke Binnenprovinz Szechuan, das mittlere Yangtsebecken, reich an Bodenschätzen und Menschen, aber ohne Eigenkraft, eine Beute des jeweils stärkeren Willens, vor allem mit seinem Handels- und Industrie-Zentrum um Hankow; und die Mündungslandschaft — in der die fremden Kräfte, von Shanghai ausstrahlend, zu nah an ihrem Hebelende waren, als daß sie sich nicht fortwährend geltend machten — die aber gleichfalls höchst begehrenswerte Machtverstärkungen, die Mündungshäfen, das Arsenal Kiangyen u. a. umschloß.

Alle Versuche, eine Wiedervereinigung Chinas herbeizuführen — die sich natürlich jede der Parteien unter ihrer eigenen möglichst unbegrenzten Herrschaft vorstellt —, müssen aber die etwa 200 Millionen Einwohner des Yangtse-Gebiets und die wichtigste Verkehrsbündelung ihres Lebensraumes — eben den Riesenstrom selbst — zum Ziel haben. Daher der Vorstoß Wu Pei Fus an den mittleren Yangtse 1922, sein Vorgehen in Szechuan 1923, und nun sein Versuch, durch seinen Mittelsmann, Marschall Chi Hsi Yuan (den Tuchun d. h. Prokonsul von Kiangsu) die Yangtsemündungslandschaft in die Hand zu bekommen. Diese liegt zwar in Kiangsu, wurde aber von dem Prokonsul von Chekiang, Lu Yung-Hsiang, (bis in die Gegend von Quinsang, 45 km von Shanghai) in der Hand gehalten und ausgenützt, der mit Sun Yat Sen und der Mandschurei, sowie der alten Anfu-Partei in Verbindung steht. Die Streitkräfte, mit denen schließlich nicht ausgleichbare Verdrängungsversuche ausgefochten werden können, sind in der Mündungslandschaft selbst klein: 45 000 bis 50 000 Mann um einen noch kleineren, wirklich brauchbaren Kern, da sich die Hauptkräfte von den Sitzen der Macht und aus der Gegend wichtiger Ersatzeinrichtungen und Arsenale nicht weit entfernen können. Typisch für geopolitische Dauereinflüsse ist die Ausnützung der Hochwasserperiode durch Wu Pei Fu, der auf der inneren Linie operieren muß und die Herbsthochwasser in Chili und der Südmandschurei in seine Rechnung einstellte, um das Vorgehen Chang Tso Lins aus der Mandschurei zu verzögern, wo dieser alte Gegner seine Truppen zu „Herbstübungen" zusammen gezogen hatte. Wir sagten früher an dieser Stelle, China durchlebe ähnliche Zeiten, wie Rom zwischen der Konferenz von Lucca und dem Übergang über den Rubicon; aber der Lärm um Shanghai zeigt eben doch, daß die Prokonsuln Chinas nicht mehr so unter sich sind, wie es die Triumvirn Roms waren.

Die an den Strommündungen niedergelassenen fremden Mächte wissen ganz genau, daß wirkliche Unterstützung eines der Machthaber diesem

sofort das wahrscheinlich wieder zu vereinigende Riesenreich in die Hände spielen würde, ganz gleich, ob die Einigung auf konstitutionelle Monarchie, wie vielleicht bei Chang Tso Lin, auf durch demokratische Kulissen verschleierte Militärdiktatur und Cäsarismus, wie wahrscheinlich bei Wu Pei Fu, oder auf parlamentarisch-demokratische Aufmachung mit starker Sowjetfreundschaft, wie bei Sun Yat Sen hinausliefe. Aber sie wissen auch, daß die erste Handlung des Wiedereinigers von China dann eine große Bachauskehr der Fremdenrechte zum Ziel haben müßte. Das aber wünscht weder Japan, noch wünschen es die Vereinigten Staaten, Frankreich oder England, die im alten Stil noch im Gesandtschaftsviertel den Gesamtbegriff „China“ für die Folgen der Tuchunkriegführung haftbar machen (wie wenn man den Regensburger Reichstag für Mansfeld, Christian von Dänemark oder Gustav Adolf hätte verantwortlich machen wollen). Noch auch wünscht es der Botschafter der Sowjets, dem Japan spätestens im Frühjahr 1925 auch seinerseits einen Botschafter gegenüberstellen wird (während sich die anderen Mächte bisher auf den Gesandtenbegriff festgefahren haben) — womit die Großmachtstellung Chinas von seinen zwei wichtigsten Nachbarn ausdrücklich anerkannt wäre, und damit die Tatsache, daß ein einziger „Sieg“, ein einziger Entschluß, vielleicht in wenigen Monaten wieder das Gewicht von 420 Millionen der fleißigsten Bewohner der Erde in die Wagschale der Weltpolitik werfen kann.

Je mehr sie sich dieser Möglichkeit bewußt sind, desto mehr stufen sich die Eingriffe der Mächte in China ab; am klarsten dürften sich darüber die nächsten Nachbarn Rußland und Japan sein. Die innere Zwiespältigkeit des europäischen Angelsachsenreichs zeigte sich in dem Kontrast der tatsächlichen Entfremdung Tibets von China, zu einem Zeitpunkt, in dem die Möglichkeit, Indien festzuhalten, zweifelhafter als je geworden ist, und dem Versuch, dieser Tatsache noch dazu ein Cant-Mäntelchen umzuhängen, das wirklich darauf berechnet ist, daß die Chinesen des eigentlichen Kulturgebiets seit der Revolution den Außenländer-Fragen großenteils so gleichgültig gegenüberstehen, daß sie sich gern über die Minderung ihres Ansehens („Gesichtsverlust“) belügen lassen. Tatsächlich ist die chinesische Grenzorganisation gegenüber Tibet vollständig zusammengebrochen, die Provinz Szechuan auf ihre alte Grenze zurückgedrückt, und die selbständige Wiederaufrichtung des alten Feudalgefüges in den Grenzlandschaften ist mangels irgend einer andern effektiven Gewalt gar nicht unwahrscheinlich.

Der europäische Leser läuft leicht Gefahr, die wichtigen Vorgänge an den ostasiatischen Binnengrenzen, die den Ufereereignissen gleichlaufen, zu übersehen, und den Zusammenhang zwischen ihnen nicht wahrzunehmen. Zwischen der Entscheidung vom Frühjahr 1922, die Chang Tso Lin in die Mandschurei zurückwarf, seinen Einfluß bei Shanhaikwan begrenzte und Wu Pei Fu mit der Chilipartei als Herren des Nordens zurückließ, und dem neuerlichen Vorstoß des Zentralismus vom Herbst 1924 gegen die Yangtsemündung und das dortige Arsenal liegt eben die Rückerwerbung des halb unabhängig gewordenen großen Szechuan, die Befestigung der Stellung am mittleren Yangtse und die Gewinnung der wichtigen Küstenprovinz Fukien an der Formosastraße, die ja auch jetzt, wenn auch mit schwachen Kräften, gegen Chekiang operiert.

Und weiterhin liegt zwischen der Machtprobe von heute und von 1922 der Versuch, mit der gefährlichen Nachbarschaft der Sowjets zu einem Übereinkommen zu gelangen, diese Kraft womöglich wieder, wie einst, gegen die ozeanischen Bedränger auszuspielen, auf Grund gemeinsamer eurasischer, kontinentaler Verständigungsmöglichkeiten. Als Endergebnis dieser Verhandlungen sitzt nun Karachan als Pfahl im alten Legationsviertel, als ernannter Botschafter zweifellos ranghöchster Auslandsvertreter in Peking, solange bis im Frühjahr 1925 der japanische Botschafter als Kollege ihm zur Seite tritt, und dann im Wettlauf die der andern Mächte, denen kaum etwas anderes übrig bleiben wird, als diese Großmachtanerkennung Chinas als geographischen Begriff formell baldmöglichst zu vollziehen —, trotz allen Wirren im Reiche.

Der Preis für die Verständigung der beiden nordostasiatischen Festlandmächte,

die ihren äußerlichen Stempel am 31. Mai erhalten hatte, ist an sich für beide nicht allzu hoch. Das Übereinkommen gab beiden ein brauchbares Kompromiß über die wichtige chinesische Ostbahn, vorausgesetzt, daß die Mandschurei zustimmt; was unter dem Druck der Innenkrise Ende September zur Tatsache wurde; es opfert China, wie es früher schon im Abkommen mit Deutschland erreicht wurde, nun auch Rußland gegenüber das verhaßte Prinzip der fremden Extraterritorialität und der russischen Konzessionen, es gibt Sowjetrußland Gesandtschaften und Konsulate, das Kircheneigentum, von dem aus bis jetzt eine erbitterte Gegenpropaganda getrieben wurde, und die offizielle Anerkennung von immerhin fast einem Drittel der Bevölkerung der Erde, 441 Millionen, und verbürgt beiden Festlandmächten gegenseitige Anlehnung.

Die chinesische Souveränität über die Mongolei wird wieder einmal anerkannt, der Abzug der Sowjettruppen versprochen; der Vollzug wird auf sich warten lassen, denn ein Feldzug in der Mongolei könnte ja nur von Chang Tso Lin geführt werden, der in Chili und Chekiang anderes zu tun hat.

Der am meisten verlierende Teil sind die Angreifer und Ruhestörer von Übersee und die Ausbeuter Eurasiens: die Vereinigten Staaten, Frankreich und Großbritannien; noch weit mehr in Verlegenheit gesetzt durch die fortschreitende japanisch-russische Verständigung, die doch auch nur eine geopolitisch zwangsläufige Folge der falschen Ostasienpolitik der großen Raubmächte und ihrer unfreiwilligen Schmiedearbeit am eurasischen Zukunftsblock der vergewaltigten Festlandvölker ist.

Die Leitpunkte der japanisch-russischen Verständigung dürften sein: „freiwillige" Räumung Sachalins durch die japanischen Truppen (5 Transporte lagen dafür Ende September schon bereit!), dafür Anerkennung der während der Besetzung durch Japaner gesicherten Ölrechte; Ankündigung Japans, daß es Sachalin freiwillig, aus eigenem Antrieb geräumt habe; Überlassung der Form an die Sowjets, in welcher sie Genugtuung für das Gemetzel von Nowo-Nikolajewsk geben wollen; Anerkennung der Ergänzungsbestimmungen des Friedens von Portsmouth durch die Sowjets, aber Verhandlungen über die späteren Verträge mit der Zarenregierung; Ausschaltung der Russenschuld an Japan, der Sowjetpropagandafragen und der sogenannten kleinen Reibungspunkte aus den Verhandlungen an eine besondere Expertenkommission; Paraphierung baldmöglichst und Wiederherstellung der friedlichen Beziehungen, d. h. formelle Anerkennung der Sowjets durch Japan!

Das ist, wie schon der chinesisch-russische Vertrag vorher, ein ungeheurer Erfolg der Sowjets, der in gar keinem Verhältnis zu ihrer augenblicklichen tatsächlichen Macht in Ostasien steht, sondern nur in einem solchen zu Rußlands geopolitischen Druck auf lange Sicht, seiner Raumgunst in Nordasien und der ungeschickten Nadelstichpolitik der hohen alliierten und assoziierten Mächte in Ostasien, die wohl noch versuchen wird, Keile zwischen die Aneinanderlegung der eurasischen Mächte zu treiben: (die angeblichen erworbenen Rechte der Shell-Kompagnie auf die Ölvorkommen in Sachalin werden dazu benützt werden).

So führte die Politik des Legationsviertels gerade das herbei, was Ostasien in den Stand setzt, sich ihrem Druck zu entziehen: das Aneinanderlehnen der örtlichen Mächte. Am meisten gefährdet ist diese Gruppierung nun allerdings dadurch, daß Japan und Rußland, den Sonderverhältnissen der Mandschurei entsprechend, tatsächlich, wenn auch nicht zugegebenermaßen Marschall Chang Tso Lin weitgehend unterstützen, weil sie ihn brauchen. Andererseits helfen (durch das Fließenlassen der Seezoll- und Salzsteuererträge nach Peking, wie Sun Yat Sen ihnen vorwarf) die Vertragsmächte Wu Pei Fu und der Chili-Partei gegen Changs Anfu-Freunde und Sun Yat Sens Kuomingtang-Partei, deren linker, kommunistischer Flügel, ursprünglich als Anhang oder Schweif gedacht, allerdings schon „mit dem Hunde zu wedeln" anfängt und in Kanton einen ganz bösartigen Streik, direkt gegen die Fremden überhaupt gerichtet — (wie der von Hongkong) — entfesselt hat.

Marschall Wu Pei Fu behauptet, etwa 200 000 Mann verlässiger Truppen, mit Geschütz und Flugzeugen, auf der inneren Linie zur Verfügung

zu haben, teilweise geschützt durch die Überschwemmungen in Nordchili, die ihm freie Hand zu einem schnellen Schlag yangtseabwärts gaben. Chang Tso Lin hat für die reine Abwehr angeblich 300 000 Mann zur Verfügung, von denen etwa 160 000 im freien Feld etwas taugen mögen, 100 000 zu einem Stoß ins nördliche China entbehrlich sind, während etwa 60 000 verlässige Truppen durch den inneren Bedarf der weiten drei mandschurischen Provinzen Kirin, Heilungkiang und Fengtien dort festgehalten werden. (Größe von Mitteleuropa!).

Sun Yat Sen sitzt augenblicklich finanziell auf dem Trockenen, hat sich die reichen Handelskreise Kantons gründlich entfremdet, die eine Art Einwohnerwehr — im Grunde gegen ihn und seine turbulenten Kommunisten und Söldnerfreunde — bilden wollten, und kann den Süden nicht verlassen, ohne Ausgesperrtwerden zu wagen. So wird zunächst Chekiang allein den Stoß der Freunde Wu Pei Fus und der Zentralregierung auszuhalten haben, und wird sich hart genug damit tun. Aber beendet ist auch mit einem scheinbaren Abschluß hier das Ringen zwischen den Machthabern nicht, so lange nicht Nordchina die Kraft findet, zugleich den Riesenraum der Mandschurei und den revolutionären Süden in Zucht zu halten: eine Aufgabe, die dort gegen den heimlichen Widerstand von Japan und Rußland, hier gegen den aller Seemächte, sobald es sich um wirkliches Zurückbringen der Küstenprovinzen in volle chinesische Reichsgewalt handelt, über seine Kräfte geht. Über die Kräfte aber irgend eines Angreifers von außen her geht heute auch der Versuch, von den Mündungen der Ströme her ordnend einzugreifen, der vor acht Jahren, wie Baron Hayashi mit Recht sagte, zugunsten Yuan Shi Kais leicht möglich gewesen wäre.

Die chinesische Demokratie führt sich durch Ausbluten und Unfähigkeit zur Setzung wirklicher Macht im Raum so lange selbst ad absurdum, bis ein Soldat stark genug sein wird, das Reich wieder zusammenzuzwingen; und das entscheiden nur die langsam in Bürgerkriegen sich ausbildenden und zusammenschweißenden Heere, keine Abstimmung, keine Wahl, kein Protest des Legationsviertels und keine Vertragserläuterung. Japan wie Sowjetrußland aber machen sich einstweilen schweigend schlag- und raffbereit, unter gegenseitiger Rückendeckung.

In dem, was sich da vorbereitet, glaubten wir deshalb mit Recht die Vorgänge am untern Yangtse nur ein Fanal, eine Episode und ein Symptom nennen zu dürfen, was wir im IX. Bericht taten.

F. TERMER:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER ATLANTISCHEN WELT (SÜDAMERIKA)

Der Panamerikanischen Idee gewidmet ist der am 16. September zusammengetretene Dritte Panamerikanische Kongreß, der in Lima stattgefunden hat. Im Anschluß an ihn soll im Oktober eine weitere panamerikanische Veranstaltung, der „Kongreß des Kindes“ in Santiago (Chile) abgehalten werden und endlich will man im Jahre 1925 eine panamerikanische Verkehrskonferenz nach Buenos Aires zusammenrufen. Hinter allen diesen Veranstaltungen steht die panamerikanische Union in Washington, mit anderen Worten die nordamerikanische Union, deren Präsident Coolidge erst vor kurzer Zeit in öffentlicher Ansprache betonte, wie guter Beziehungen sich die Vereinigten Staaten zu den lateinamerikanischen Ländern erfreuten. Die Union ist nicht nur sehr aktiv an dem Vertrag zwischen 16 amerikanischen Staaten zur Verminderung gegenseitiger bewaffneter Entscheidungen beteiligt gewesen, sondern hat sich ebenso tätig bei der Schlichtung der Differenzen zwischen Chile und Peru gezeigt, indem der nordamerikanische Präsident das Amt eines Schiedsrichters übernommen hat. Die veränderte Weltlage hat nun auch in den südamerikanischen Staaten zu Wandlungen

wichtiger wirtschaftlicher Grundlagen geführt, die ihren Einfluß auf die innen- wie außenpolitischen Verhältnisse geltend machen. Die Währungsfrage beleuchtet sie am besten. Noch vor zehn Jahren hatten acht der südamerikanischen Republiken ihre Münzeinheiten gegen Pfund und Dollar zu Pari stehen. Heute sind es nur noch zwei, Kolumbien und Venezuela. Von den anderen können Brasilien und Paraguay nicht ihr Papiergeld durch Gold decken. Perus Währung ist gedrückt. Argentinien, das 75% Golddeckung hat, Uruguay und Chile dulden, daß ihr Papiergeld 23, 24, und 54% niedriger notiert. Hier liegt ein wunder Punkt in der im allgemeinen so glänzenden Geldlage Amerikas. Eine Aufbesserung mit Hilfe ausländischen Kapitals wurde in Angriff genommen.

Diese schien besonders in Brasilien erfolgversprechend zu werden, als die Unruhen im Süden des Landes einsetzten, die beweisen, wie weit dieser Riesenstaat noch davon entfernt ist ein in sich fest geschlossenes Staatswesen zu sein wie etwa die nordamerikanische Union. Ein großer Teil der führenden Bevölkerungsschichten neigt zu einem nicht immer gerechtfertigten Optimismus, der seine Rechnung auf die reichen Hilfsquellen des Landes aufbaut und sich darin gefällt, zweifelhafte Parallelen zwischen der zukünftigen Entwicklung der Heimat und dem stattgehabten Aufschwung der Vereinigten Staaten zu ziehen. Man vergleicht geradezu die Lage des heutigen Brasilien mit der der Union nach dem Bürgerkriege. Aber das gefährliche ist, daß man die geopolitischen Voraussetzungen und Auswirkungen der damaligen Epoche einfach auf die moderne Gegenwart und die ihr folgende nahe Zukunft glaubt übertragen zu können. So verliert man in den berauschenden Vorstellungen von dem zukünftig Möglichen den Blick für das Tatsächliche des Augenblicks. Man beachtet gar nicht, ein wie fundamentaler Unterschied geopolitischer Art zwischen den beiden Staatswesen allein schon durch die verschiedene Breiten- und damit klimatische Lage hervorgerufen wird. Das Problem für Brasiliens Zukunft ist die Möglichkeit einer intensiven wirtschaftlichen Nutzung der ungeheuren Waldgebiete der feucht-heißen Tiefländer des Amazonas und seiner Nebenflüsse, und man läßt außerdem als geopolitisch wichtiges Moment die Bevölkerungsfrage unberücksichtigt, die bei dem vorherrschenden Romanen- und Mischlingstum eine ganz andere als in den Vereinigten Staaten ist. Der portugiesische Grundbestandteil des Volkes muß seine Fähigkeit zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes im Ausmaß Nordamerikas erst noch erweisen, muß sich um so eher dazu veranlaßt fühlen, als ihm in dem italienischen Einwandererelement ein tüchtiger Lehrmeister und gefährlicher Rivale erwachsen ist. Mit 15839 Personen standen die Italiener 1923 an zweiter Stelle unter den einwandernden Nationen. Kennt Brasilien auch nicht die Rassenvorurteile wie die Union im Norden, so wird es doch stets das bevorzugte Land der romanischen Auswanderung aus Europa, aus Italien, Spanien, bleiben. Das germanische, in erster Linie das deutsche Element, wird demgegenüber stets zurücktreten. Ist die Veranlagung der wirtschaftlich tüchtigen und damit auch für die politische Bedeutung des Landes einflußreichen Kreise fremder oder angestammter Nationalität für den Aufschwung unbedingt erforderlich, so liegt auch noch ein weiteres Problem in dem Verkehrswesen und seinen geographischen Bedingtheiten, das erst noch zu lösen ist, um auch die inneren Landesteile wirtschaftlich zu erschließen und ihnen zu einer politischen Bedeutung zu verhelfen. „Transport heißt das Tor, durch das sich Brasilien seinen Weg zum Reichtum öffnen muß, und fremdes Kapital ist der Schlüssel zu diesem Tor", ist der wahre Ausspruch eines Landeskenners, der die Verhältnisse treffend wiedergibt. Wenn trotzdem ein solcher Optimismus aufkommen konnte, so liegt das daran, daß man einzelne schnell emporblühende Teile des gewaltigen Reiches von fast Europagröße mit dem Ganzen identifizierte. Dieser Aufschwung begann kurz vor dem Kriege und wuchs in ihm ganz gewaltig an, und es war namentlich der Süden, der als Träger dieser Bewegung hervortrat. So ist São Paolo heute zum wichtigsten Teilgebiet Brasiliens geworden, das das wirtschaftliche Rückgrat der Bundesrepublik darstellt (mit 42,8% Anteil am Gesamthandel) und das daher auch eine politisch wichtige Rolle spielen darf.

Auf den Fortschritt bedacht, sucht man in diesem Staate der Transportschwierigkeiten durch Ausbau des Straßennetzes Herr zu werden, das für Automobilverkehr eingerichtet wird. Daher darf der letzte Aufstand, über den genauere Angaben zu machen die widersprechenden und tendenziös gefärbten Berichte vorerst verbieten, in seiner Bedeutung nicht unterschätzt werden. Dadurch, daß er das Zentrum der brasilianischen Wirtschaft, den am meisten in seiner Industrialisierung fortgeschrittenen Staat getroffen hat, wird er dem Staatsganzen wirtschaftlich und politisch Wunden schlagen, die den einer Gesundung entgegengehenden Körper erneut schwächen müssen. Die finanziellen Sanierungspläne mit Hilfe englischer Unterstützung werden damit gefährdet, die arbeitende Bevölkerung ernstlich geschädigt. Es ist aber für die lateinamerikanischen Verhältnisse charakteristisch, daß die Entwicklung rapide, aber mit schweren Rückschlägen und Krisen vor sich geht. Man nehme nur als Beispiel den Aufschwung von São Paolo in der Textilindustrie: 1910 Erzeugung von 75 3/4 Millionen Metern gewebter Baumwollwaren, 1921 von 197 3/4 Millionen, um sich die Schwere von Krisen wie der gegenwärtigen vorstellen zu können. Es liegt in dieser Entwicklung des Südens, in seiner Industrialisierung, seiner subtropischen und tropischen landwirtschaftlichen Produktionszweige ein hemmendes Moment gegen den völlig in den Tropen gelegenen Norden, dessen politische Auswirkungen sich heute vielleicht eben anbahnen, jedenfalls aber noch nicht in ihrer vollen Tragweite ahnen lassen. Rein innenpolitisch zu bewerten sind Pläne zu einer Änderung der Verfassung bezüglich der Verlängerung der Präsidentschaftswürde von vier auf sechs Jahre und gewisse Wahlabänderungen wie die Bemühungen auch auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge hinter den anderen Nationen nicht zurückzubleiben. Dem Arbeiter- und Angestelltenschutz ist eine neue Gesetzesvorlage gewidmet, die Arbeitszeit, Wochenruhe und Feiertage, die Beschäftigung Jugendlicher, Frauenarbeit, Gesundheitsschutz, Inspektion der Betriebe u. a. regeln soll. Der Verteuerung der Lebensmittel ist scheinbar gesteuert worden, dank dem schnellen Eingreifen der Regierung Bernardes. Von den auswärtigen Nationen bemüht sich Italien um eine Stärkung seiner wirtschaftlichen Position. Ein italienisches Messeschiff „Italia" hat mit einer reichhaltigen Ausstellung von italienischen Kunst- und Industrieerzeugnissen die wichtigsten Häfen angelaufen, und der italienische Thronfolger unternimmt eine Reise nach den Hauptländern Südamerikas. Die Einwanderung im Jahre 1923 wies insgesamt 86762 Personen auf (1922: 34821), die sich auf die Hauptauswanderungsländer in folgender Weise verteilen: Portugal (31866), Italien (15839), Spanien (10140), Deutschland (8254). Die Gesamtziffer ist nicht zu hoch, wenn man bedenkt, daß allein für einen in größerem Umfange betriebenen Baumwollbau schätzungsweise 600000 Menschen benötigt würden. 1924 waren im ganzen Land 795532 ha mit Baumwolle bebaut (1923: 611948). Nach Voranschlägen erwartet man in diesem Jahre eine um 25% höhere Ernte als im Vorjahre. Auch die Seidenzucht macht Fortschritte, so daß man in São Paolo jetzt schon 198000 Pfund Rohseide im Jahr zu produzieren vermag. Die wichtigste Produktion, in der Brasilien den Weltmarkt beherrscht, die Kaffeeproduktion, setzte im Jahre 1923 insgesamt 6 Millionen Bags (1 bg = 132 englische Pfund) um; davon gingen 5,8 Millionen nach den Vereinigten Staaten. Diese sind also der Hauptabnehmer auf dem brasilianischen Exportmarkt, was natürlich auch politische Bedeutung für die Beziehungen beider Länder zueinander hat.

Auch in Bolivien sind innere Unruhen seit mehreren Monaten ausgebrochen, die sich jetzt auf die entlegene östliche Provinz Santa Cruz ausgedehnt haben. Die Angriffe richten sich gegen den Präsidenten Bautista Saoredra und dessen Bruder Abdon, der Präfekt der Hauptstadt ist und als eigentlicher Herrscher im Lande gilt. Presse- und Redefreiheit sind von der Regierung aufgehoben und von der Gegenpartei an die 150 Personen gefangen gesetzt oder ausgewiesen worden. Der Aufstand hat, wie fast immer in ähnlichen Fällen in den südamerikanischen Staaten, parteipolitische Motive. Die gegenwärtige Regierung hat manche Versuche zur Hebung des Landes getan, dessen Fläche so groß ist wie die von Deutschland, Frankreich, England, Italien, Schweiz und

Dänemark zusammengenommen (1,6 Mill. qkm), dessen Gesamtbevölkerung aber noch nicht die Summe der Einwohner Berlins erreicht (2,9 Mill.). Daß in einem so weiten Gebiet, von dem noch dazu zwei Drittel in den tropisch heißen Tiefländern am Ostfuß der Anden gelegen sind, das Verkehrswesen wenig entwickelt ist, ist einleuchtend. Erschwert wird es noch dazu dadurch, daß Bolivia seit dem unglücklichen Kriege 1891 seine Küstenprovinzen verloren hat. Infolgedessen ist man bemüht, die Verbindung mit den östlich angrenzenden Ländern auszubauen. La Paz, die 3600 m hoch gelegene Hauptstadt des Landes, wird als Zentrum des andinen Verkehrs bewußt gefördert. Vier Haupteisenbahnlinien enden in der Stadt, die von Chile, Argentinien und Peru aus Bolivien durchziehen. La Paz hat dadurch als Brennpunkt des andinen Verkehrs noch eine aussichtsreiche Zukunft. Die Regierung ist weiterhin bestrebt, die Aufforstung des Andenplateaus in die Wege zu leiten, wozu sie sich den Rat deutscher Sachverständiger eingeholt hat. Anfangsversuche nach den Anweisungen des Forstrats Dr. Escherich sind unternommen worden.

Argentinien, das für Deutschland als eines der Hauptauswanderungsländer in Betracht kommt und in dessen Baumwolldistrikten man eine großzügige deutsche Besiedlung in Angriff nehmen will — offizielle Besprechungen zwischen deutschen und argentinischen Unterhändlern fanden in Rom statt — ist wie Brasilien eines derjenigen südamerikanischen Gebiete, in dem die Vereinigten Staaten immer mehr festen Fuß fassen möchten. Sie haben es darin bereits so weit gebracht, daß sie heute dort als Hauptkonkurrent Deutschlands und Englands auftreten. Dabei erstreckt sich ihr Interesse sowohl auf den Ein- wie auf den Ausfuhrhandel. Die politisch wichtige Stellung Argentiniens auf Grund seiner Eigenschaft als eines der Weltexportländer für Getreide wird der Union unangenehm, seitdem sie bemerken muß, wie das handelspolitische Schwergewicht eines guten Teils des Weltgetreidehandels von Chicago sich immer offensichtlicher nach Buenos Aires verlagert, dessen Bevölkerung sich in den letzten 20 Jahren nahezu verdoppelt hat (1904: 950891; 1923: 1789702 Einw.). Wirtschaftliche Eroberung lateinamerikanischer Märkte, Zurückdrängung aller nicht amerikanischen Interessenten ist ja eines der Hauptmittel, das die Union zur Verwirklichung ihres panamerikanischen Ideals verfolgt. Um diese jüngste Entwicklung in Argentinien zu erläutern, möge nur der Anteil der Vereinigten Staaten an der Gesamtausfuhr Argentiniens in einigen wichtigen Exportartikeln erläutert werden:

Quebracho Holz	19 %;	Quebracho Extrakt	22 %;
Leinsaat	21 %;	Schaffelle	41 %;
		Ziegenhäute	32 %.

Diese Zahlen beziehen sich nur auf die Monate Januar bis Mai 1924. Im Anschluß hieran sei auch darauf aufmerksam gemacht, daß gegenwärtig der volle Ertrag der Ausbeute canadischer Sägemühlen in Neu Braunschweig in Höhe von 150 Millionen engl. Fuß Holz nach Argentinien ausgeführt wird. Auf der anderen Seite steht demgegenüber ein starkes politisches Selbstbewußtsein des argentinischen Volkes, das auch gegenüber der Union seine Stellung behaupten will und gerade deswegen der schwierigste Faktor in allen panamerikanischen Berechnungen Uncle Sams ist und bleiben wird. Und dennoch mußte infolge der ungünstigen Finanzlage die Regierung sich bequemen, eine Anleihe in Höhe von 13 Millionen Dollar in den Vereinigten Staaten aufzunehmen. Durch seine Einwanderungsmöglichkeiten bleibt es in enger Verbindung mit den europäischen Staaten, zumal nach den kurzsichtigen Beschränkungen in den Vereinigten Staaten, und nicht ohne Berücksichtigung dieser Tatsache hat jetzt Italien die Absicht geäußert, seine argentinische Gesandtschaft in eine Botschaft umzuwandeln. Gingen doch von den 178000 italienischen Auswanderern im Jahre 1923 genau die Hälfte (89000) nach Argentinien hinüber. Als Ziel der künftigen Auswanderung scheint der Norden des Landes, das Chaco-Gebiet, zu winken, nachdem in den lezten Jahren der südliche Teil, besonders die Gegenden an den Flüssen Rio Negro, Chubut u. a. als aussichtsreich galten. Dieser Umschwung wird wohl der Absicht einer Ausdehnung des Baumwollbaus zuzuschreiben sein, für den der warme Chaco ausgezeichnet geeignet ist. Von den in diesem Jahre angebauten 62600 ha liegen 50000 ha allein im Chacogebiet. Im Jahre 1914/15 waren

erst 3300 ha mit Baumwolle bepflanzt worden. Argentinien nimmt also damit den Konkurrenzkampf mit der brasilianischen Produktion auf. In Verbindung mit der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion in diesen Gegenden der Republik steht auch das Projekt des Ausbaus von Diamante am Rio Paraná zu einem größeren Hafen, um die Produkte leichter auf dem Wasserwege zu den Welthafenplätzen Argentiniens zu bringen. Nur kurze Zeit hat sich der für die postalische Verbindung Argentiniens mit Uruguay (Buenos Aires — Montevideo) sehr nützliche Luftdienst halten können, der in vier Stunden die Strecke zwischen beiden Hauptstädten zurücklegte, wogegen der Postverkehr zu Lande 36—48 Stunden beansprucht. —

Verkehrs- und damit geopolitisch von Interesse sind die Projekte zum Ausbau der Bahnen in Kolumbien und Venezuela. Am bedeutendsten im ersteren Land ist der in Aussicht genommene Bahnbau von der Hauptstadt Bogotá nach dem Hafenort Baranquilla, die beide bisher nur durch Flußschiffahrt auf dem Magdalenenstrom und anschließenden Landverkehr oder durch die nach dem Kriege eingerichtete Luftverbindung miteinander verbunden waren. In Venezuela steckt das Eisenbahnwesen noch in den Anfängen. Denn bei einer Fläche von über 1 Mill. qkm besitzt der Staat nur 850 km Bahnlinien. Es handelt sich meistens um kurze Stichbahnen von Küstenplätzen ins Innere. Als längste und älteste besteht die 224 km lange Strecke vom Hafen Tucacas nach Barquisimeto. Eine andere Linie verbindet Puerto Cabello mit Valencia; sie soll jetzt mit der Barquisimetolinie verbunden werden. Andere Linien stellen eine Verbindung von Valencia und La Guaira mit Caracas her, von denen letztere demnächst elektrisch betrieben werden soll. Was sonst noch an Bahnen existiert, sind Schmalspurlinien, die englische Gründungen sind.

Beide Staaten stehen heute am besten unter den südamerikanischen Republiken da. Kolumbien unterhält ebenso wie Venezuela nicht nur rege Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, sondern auch zu Europa und namentlich Deutschland. Als eine wichtige Quelle für den künftigen Wohlstand Venezuelas haben die reichen Ölschätze zu gelten, die man jetzt gerade intensiver mit englischem und amerikanischem Kapital auszubeuten beginnt. Was die Einfuhr Kolumbiens im Jahre 1923 anbetrifft, so waren an ihr beteiligt: Die Vereinigten Staaten mit 44,6%, England mit 26%, Deutschland mit 10,3%, Italien mit 3,4% und Frankreich mit 3,3%.

F. TERMER:
LITERATURBERICHT AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Neuerscheinungen, die sich im speziellen mit geopolitischen Fragen in der Neuen Welt befassen, sind in dem Zeitraum dieser Berichterstattung nicht eingegangen. Die Werke und Abhandlungen, die vorliegen, streifen nur in Einzelheiten Probleme, die Beziehungen zu geopolitischen Fragen besitzen. Die augenblicklichen innen- wie außenpolitischen Ereignisse auf amerikanischem Boden sind noch zu unübersichtlich, als daß sie zu einer ihre Beweggründe in allen ihren Einzelheiten erfassenden Darstellung geeignet wären.

Dagegen liegen über die Vereinigten Staaten zwei wertvolle Werke vor, die die staatliche Entwicklung dieses Gemeinwesens in der Vergangenheit sehr eindrucksvoll beleuchten.

Georg Friederici, Das puritanische Neu-England. Ein Beitrag zur Entwicklungsgeschichte der nordamerikanischen Union. (Studien über Amerika und Spanien. Völkerkundlich-historische Reihe. Heft 1) Halle a. S. 1924. Max Niemeyer. 104 S.

Hier wird, gestützt auf einer außerordenlichen Belesenheit in den zeitgenössischen Quellen, das Puritanertum in den Neu-Englandstaaten in den Zeiten seiner Entstehung und Blüte einer kritischen Betrachtung unterzogen. Sie zeigt, wie

durch tendenziöse Entstellungen sich in der englisch-amerikanischen Geschichtsschreibung der Nimbus um die Puritaner gewoben hat, deren Interessen in Nordamerika durchaus von materiell-persönlichen Beweggründen geleitet wurden und die daher ihren Vorteil mit Rücksichtslosigkeit gegen alle anderen, die Nichtpuritaner waren, durchsetzten, dabei aber immer darauf bedacht, nach außen hin ihr Handeln durch religiöse Frömmelei und Pochen auf ihre Rechtgläubigkeit zu bemänteln. Gerade dadurch wirkt das Buch überzeugend, daß der Verfasser aus den Quellen das Tatsachenmaterial von allem entstellenden Beiwerk gereinigt dem Leser vor Augen führt.

Carl Brinkmann, Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika. Handbuch der englisch-amerikanischen Kultur. Herausgegeb. von Wilhelm Dibelius). B. G. Teubner. Leipzig und Berlin 1924. 87 S.

In gedrängter Form wird in diesem trefflichen Buche die Entwicklung der Union im Raume und in der Zeit geschildert. Die innere Erstarkung, das äußere Wachstum zum kapitalistisch-imperialistischen Großstaat von den Zeiten der merkantilistisch verwalteten Kolonien an untersucht der Verfasser, stets bedacht auf die Ursachen kontinental- und weltpolitischer Art neben den Motiven innerpolitischer und völkischer Natur einzugehen, wobei freilich die Einwanderungsfragen unerwähnt bleiben. Das alte Kolonialsystem, die Revolution und die Republik, die dualistische Union und der moderne Imperialismus sind einzelne Abschnitte, in die die historische Entwicklung gegliedert ist. Die Schlußbetrachtung über das Staatsleben in den Vereinigten Staaten gibt Veranlassung zur Beschäftigung mit dem Problem der bundesstaatlichen Gestaltung, die verflochten ist mit „Wirtschaftsentwicklung und Klassenschichtung" und die eben dadurch ihr spezifisch nordamerikanisches Gepräge erhält. Wenn auch nur knapp, sind doch die Beziehungen der Union zu den anderen Staaten der Neuen und Alten Welt behandelt. Auf den Panamerikanismus hätte dabei allerdings etwas ausführlicher eingegangen werden können. Das Buch bietet eine anregende und belehrende Lektüre, und man kann ihm daher nur in den Kreisen unserer Gebildeten recht weite Verbreitung wünschen, zumal ja immer noch die Kenntnis über die Vereinigten Staaten trotz des Weltkrieges mangelhaft ist.

Bieten diese beiden Werke für die Geschichte der nordamerikanischen Union wertvolle Beiträge, die dem geopolitisch interessierten Leser Anregung zu verschaffen vermögen, so behandeln die jetzt angeführten völkerkundlich-geographische Themen, in denen das politische Moment nur gelegentlich gestreift wird. Zu nennen ist in erster Linie das treffliche Buch von:

Erland Nordenskiöld, Forschungen und Abenteuer in Südamerika. M. 48 Tafeln, 34 Abb. im Text und 6 Plänen und Karten. Stuttgart 1924. Strecker & Schröder. XII u. 338 S.

Man kann dem rührigen Verlage nur dankbar sein, daß er sich zu einer deutschen Übersetzung dieses schon früher in schwedischer Sprache erschienenen Buches entschlossen hat. Es zeigt, wie eng sich der Forscher in das wiederholt besuchte Studiengebiet in den Grenzdistrikten von Bolivia und Brasilien eingelebt hat. Sehr anschaulich schildert er die dortigen Indianerstämme der Chiriguano, Maropa, Huari sowie der das Hochland bewohnenden Quichua. Die materielle und geistige Kultur wird eingehend behandelt, auf Beziehungen zur Umwelt aufmerksam gemacht, so daß manche anthropogeographisch wichtige Beobachtung dem Leser übermittelt wird. In einem besonderen Abschnitt beschäftigt sich der Verfasser mit der Malaria in einigen Gegenden des durchreisten Gebietes und macht sie nicht mit Unrecht für die offensichtliche Entvölkerung einst umfangreicher Siedelungen verantwortlich. Daß die aus den feucht-heißen Tiefländern im Osten nach Westen in die höheren Regionen vordringenden Spanier zur Verbreitung der Krankheit beigetragen haben, ist durchaus einleuchtend. Noch heute greift sie im Tiefland immer weiter um sich, und die indianischen Träger aus dem Hochlande weigern sich aus Angst vor Erkrankung in die ungesunden Tiefländer hinabzusteigen. Die zahlreichen Abbildungen beleben den anregenden Text, der einige Ergänzungen gegenüber dem schwedischen Original erfahren hat.

Neben Nordenskiölds Werk sind zwei neue Bücher seines Landsmannes, des Grafen Eric von Rosen, zu nennen.

Count Eric von Rosen, Ethnographical Research Work during the Swedish Chaco-Cordillera Expedition 1901—1902. Stockholm, o. J. (1924). C. E. Fritzle. XIV u. 284 S. mit Abb. und Tafeln. Popular Account of Archeological Research during the Swedish Chaco-Cordillera Expedition 1901—1902. Stockholm (o. J.) 1924. C. E. Fritzle. XIV und 168 S.

Beide Bände sind englische Übersetzungen von des Verfassers früheren Veröffentlichungen, En förgången värld und Bland Indianer. Sie behandeln die ethnographischen und archäologischen Verhältnisse im Gran Chaco und den westlich angrenzenden andinen Gebieten. Die berührten Indianerstämme der Chiriguano, Mataco, Chorti sind vortrefflich geschildert. Auch auf die Flora und Fauna der bereisten Gegenden kommt der Verfasser zu sprechen. Die bildlichen Beigaben sind ausgezeichnet.

Der umfangreiche Band, den das Museo Paulista herausgegeben hat, mag hier nur nebenbei erwähnt werden, da er fast ausschließlich botanische und zoologische Abhandlungen enthält. Aufmerksam gemacht sei hier nur auf drei Abhandlungen des P. Dr. Constantin Tastevin, die uns eine wertvolle Grammatik der Tupi-Sprache, ein Vokabular in Tupi-Portugiesisch und ein Verzeichnis von Pflanzen- und Tiernamen in der Tupi-Sprache schenken. (Revista do Museo Paulista. Tomo XIII. Sao Paolo 1922 (1923). VI u. 1325 S. M. Abb. und Tafeln).

Endlich mögen dann noch zwei eingesandte Bücher Erwähnung finden, die dem Gebiete der Geopolitik fern stehen.

Hermann Krieger, Der Raub des Chinabaumes. Abenteuerreiche Tropenfahrten eines deutschen Naturforschers. Braunschweig u. Hamburg 1924. Georg Westermann. 223 S.

In Form einer Novelle wird hier das wechselvolle Leben von Justus Karl Haßkarl geschildert, der als Apothekerlehrling seine Laufbahn begann, um später als wissenschaftlicher Direktor des botanischen Gartens zu Buitenzorg den Chinabaum unter großen Schwierigkeiten aus Peru nach holländisch Hinterindien zu überführen. Der Autor hat gewissenhaft die Änderungen erwähnt, die er zur lebendigen Gestaltung seiner Erzählung an den Tatsachen vorgenommen hat. Das Verhältnis von Haßkarl zu Junghuhn läßt diesen doch in einem zu ungünstigen Lichte erscheinen.

Carl Maria Kaufmann, Amerika und Urchristentum. Weltverkehrswege des Christentums nach den Reichen der Maya und Inka in vorkolumbischer Zeit. Delphin-Verlag München o. J. (1924). 58 S.

Die Broschüre soll nach den Angaben des Verfassers nur der Vorläufer einer umfangreichen Publikation über das gleiche Thema sein. Die Ansichten des bekannten Frankfurter Archäologen, daß die altamerikanischen Kulturen sich nicht bodenständig entwickelt, sondern unter direktem Einfluß altweltlicher Kulturen gestanden hätten, sind nicht neu, sondern bereits oftmals vor ihm in den 400 Jahren geäußert worden, in denen sich die abendländische Gelehrtenwelt mit Amerikas vorkolumbischer Völkergeschichte befaßt. Auch die von ihm als neues Forschungsergebnis hingestellte Beeinflussung durch das Christentum ist schon von einigen Missionaren im 16. Jahrhundert behauptet worden. Alles, was der Verfasser in dieser Schrift zur Stützung der früheren Verbindung zwischen den Ländern des Christentums und den Gebieten altamerikanischer Kulturvölker — er nennt meistens nur Maya und Inka, erwähnt Altmexiko nur nebenbei — vorbringt, sind bis jetzt Behauptungen, die die schärfste Kritik von seiten der amerikanischen Archäologie herausfordern müssen. Man kann sich so lange nur ablehnend den Ausführungen des Verfassers gegenüber verhalten, bis er sein archäologisches Beweismaterial der Öffentlichkeit unterbreitet hat. Erst dann kann dazu endgültig Stellung genommen werden.

F. Termer.

J. Viner, „Canada's Balance of International Indebtedness 1900—1913". 318 Seiten. Cambridge, Harvard University Press, 1924 (Bd. XXVI d. „Harvard Economic Studies").

Viner hat mit seinem Werke einen außerordentlich wertvollen Beitrag zur canadischen Wirtschaftsgeschichte geliefert. Er geht von ganz neuen Gesichtspunkten aus. Jeder, der sich mit dieser Frage beschäftigt, wird Viners Werk benutzen müssen; denn seine Quellen sind nicht nur authen-

tisch, sondern teilweise bis jetzt unveröffentlicht.

Interessant ist es, daß er, im Gegensatz zu anderen Forschern, den canadischen Statistiken große Zuverlässigkeit zuschreibt, allerdings mit Ausnahme derjenigen der Einwanderungsbehörde. Man muß ihm recht geben, wenn er (S. 43/4) bemerkt: "The literature issued by the Immmigration Branch gives evidence of the influence of a "boom" psychology". Diese „Haussepsychologie" in amtlichen Veröffentlichungen ist leider nicht nur auf die Einwanderungsbehörde beschränkt.

Viner schätzt das von 1900 bis 1913 in Canada untergebrachte deutsche Kapital auf $ 35 000 000. Ich halte diese Summe für um 1/3 zu hoch. Herrn Alvo v. Alvensleben als Autorität zu zitieren (S. 138), scheint mir verfehlt. Allerdings ist Viner auch der Meinung, daß seine Schätzung von $ 50 000 000 zu hoch ist.

Das Buch führt zwei Titel: den oben genannten und den recht ungeschickten als Kopfschrift auf je zwei Seiten des Werkes: "Canada's Balance of Trade Balance of International Indebtedness" was keinen Sinn ergibt.

Eine reichhaltige Bibliographie, graphische Darstellungen und ein ausfürliches Inhaltsverzeichnis erhöhen den Wert des Buches.

L. Hamilton

NEUERSCHEINUNGEN DES AUSLANDES
ENGLAND:
JULI/SEPTEMBER/1924

1. ALTE WELT:

Admiralty, Pilot books. Eastern Archipelado, Vol. 1, 4th ed. J. D. Potter. 10 sh

Admiralty, Jutland, narrative of the battle, H. M. S. O. 5 sh 6 d

Air Arm in Iraq: note on method of employment, H. M. S. O. 2 d

Ashbee, C. R., ed., Jerusalem, 1922—23, Murray. 42 sh

Austria, Financial, commercial and industrial situation July 24, H. M. S. O. 1 sh 6 d

Aviation, Civil, Progreß of civil aviation, annual report, 1923—24. H. M. S. O. 1 sh

Barnes, George N., Rt. Hon., Industrial conflict: the way out, Pitman. 3 sh 6 d

Barnes, Harry, National housing: a proposal for a national municipal house building service Benn. 2 sh 6 d

Bell, Aubrey F. G., A pilgrim in Spain, Methuen. 12 sh 6 d

Bigham, Clive, Hon., The Prime Ministers of Britain, 1721—1921, with a supplementary, chapter to 1924, Murray. 10 sh 6 d

Bordes, J., Van Waldre de, The Austrian Crown: its deprecation and stabilisaton, P. S. King. 15 sh

Brouwer, H. A., Practical hints to scientific travellers. II, Travelling in Polar Regions, Spitzbergen, Novaya Zemlya, Greenland, Turkestan, Luzac. 8 sh

Caddick, David W., The outline of British Trade: Harrap. 3 sh 6 d

Carpenter, Edward, Towards industrial freedom, Allen & Unwin. 4 sh 6 d

Chudoba, F., A short survey of Czech literature, K. Paul. 5 sh

Civil Services, Supplementary estimate, 1924—25, H. M. S. O. 6 d

Conservative mind, The, by a gentleman with a duster, Mills & B. 5 sh

Cyprus, Colonial report, 1923, H.M.S.O. 1 sh 3 d

Dawes Plan: corresepondence concerning Conference in London, 3 d; Franco British Memo., concerning application of, H. M. S. O. 2 d

Denmark, Economic situation, April 1924, H. M. S. O. 2 sh

Dennis, Alfred L. P., The Foreign policies of Soviet Russia, Dent. 15 sh

Dreves F. M., Rev., Our pilgrimage in France, Liseux, Lourdes and Paray le Monial, Sands. 3 sh 6 d

Education, Board of Report 1922—23, H.M.S.O. 5 sh

James, E. A., Capt., A record of the battles and engagements of the British Armies in France and Flanders, 1914—1918, Gale & P. 4 sh

Jensen, Jens. P., Problems of public finance, Harrap. 10 sh 6 d

Fimmen, Edo, Labour's alternative: the United States of Europe or Europe Limited, Labour Pubg. Co. 3 sh

Finnland, Extradition treaty, U. K. and Republic of Finland, 1924, H. M. S. O. 6 d

France, Report on economic conditions, June 1924, H. M. S. O. 6 d

France, Papers respecting negotiations for an Anglo-French Pact, H. M. S. O. 5 sh

Fyffe, C. A., History of modern Europe, 2 vols. Vol. I, 1792—1848, Vol. II, 1848—1878, Cassell. 15 sh

Germany, Economic and financial conditions Apr. 1924; with a report on the occupied territories, H. M. S. O. 5 sh

Gezira, Irrigation Project, correspondence, H. M. S. O. 1 sh

Goodrich-Freer, A., Arabs in tent and town: an intimate account of the family life of the Arabs of Syria, Seeley, Servie. 21 sh

Hayter, William, Sir, Recent constitutional developments in Egypt, Camb. Un. Pr. 1 sh 6 d

Health, ministry of, Annual report, 1923—24, H. M. S. O. 5 sh

Health, Board of, Scotland, Areas, population, and valuation of counties, burghs and parishes in Scotland: return for 1923—24, H. M. S. O. 2 sh

Herbert (Aubrey Lt.-Col.), the Hon, Ben Kendim: a record of Eastern Travel, Hutchinson. 21 sh

Herbertson, A. J., Commercial geography of the British Isles, Cambers. 4 sh 6 d

Hertz, J. H. Dr., First pastoral tour to the Jewish communities of the British Dominions, Milford. 5 sh

Howarth, O. J. R., The Mediterranean, Milford. 2 sh 6 d

Income taxes in the British Dominions, supplement no. 2, H. M. S. O. 1 sh

Iraq, Report on administration 1922—23, H. M. S. O. 6 sh 3 d

Lawrence, F. W. Pethick, The National Debt, Labour Pubg. Co. 2 sh 6 d

Lithuania, Economic and industrial conditions, Apr. 1924, H. M. S. O. 1 sh

Lloyd, E. M. H., Experiments in State control: at the war office and the ministry of food. Milford. 10 sh 6 d

Marocco, Survey of the industrial and economic conditions, 1923—1924: French zone; Zone of Tangier; Tetuan (Spanish Zone), H. M. S. O. 2 sh

Mac Donald, J. Ramsay, Socialism, critical and constructive, Cassell. 5 sh

Marriott, John A., Sir, The Constitution in transition, 1910—1924, a new introduction to english political institutions, Milford. 1 sh 6 d

Manning, Samuel, Rev., The Land of the Pharaos, R. T. S. 3 sh 6 d

May's Parliamentary practice, 13 th ed., Butterworth & Co. 55 sh

Mess, H. A., The message of the C. O. P. E. C., a summary of the reports of the Commissions, Studen Christian Movement. 1 sh 6 d

Mineral Resources Bureau (Imperial), Mining laws of the British Empire and foreign countries. Vol. 5, Australia, Part. 2, Victoria, H. M. S. O. 32 sh 6 d

Nankivell, Joice M., and Loch, Sidney, The river of a hundred ways: life in the war devasted areas of Eastern Poland, Allen & U. 7 sh 6 d

Navigation and Shipping of the U. K., annual statement for 1922, H. M. S. O. 20 sh

Noice, Harold, With Stephanson in the Arctic, Harrap. 7 sh 6 d

Norman, C. H., A Searchlight on the European War, Labour Pubg. Co. 6 sh

Norway, Industrial and economic conditions, Mar., 1924, H. M. S. O. 2 sh

Page, Kirby, War, its causes, consequences and cure, Allen & U. 5 sh

Oman, Sir Charles, The Pageant of the empire, an historical survey, Fleetway Pr. 2 sh 6 d

The Pageant of the Empire, souvenir volume, 1924, Fleetway Pr. 21 sh

Palestine, Colonial report on administration 1923, H. M. S. O. 1 sh 9 d

Philip, George ed., New hand map of Europe: illustrating territorial changes since 1914, Philip. 7 sh 6 d

Polish Republic, Treaty of commerce and navigation with United Kindgom, signed at Warsaw, Nov. 26, 1923, H. M. S. O. 6 d

Rait, Robert S., The Parliaments of Scotland-Maclehose. 30 sh

Russia Soviet, Legal and economic conditions of industrial and commercial activity in Soviet Russia, P. S. King. 3 sh 6 d

Roumania, Report on financial, economic and commercial conditions, Mar. 24, H. M. S. O. 2 sh

Russia-Draft of proposed treaty between Gt. Britain and Northern Ireland and the Union of Soviet Socialist Republics, 1924, H. M. S. O. 3 d

Sandes, E. W. C., Tales of Turkey, Murray, 5 sh

Serb-Croat-Slowene Kingdom, Economic and industrial conditions, April 1924, H. M. S. O. 2 sh

Smillie, Robert, My life for Labour, Mills & B. 2 sh 6 d

Somervell, D. C., British history, 1874—1914, Bell. 2 sh

Spain, Report on industries and commerce, Mar. 24, H. M. S. O. 2 sh 6 d

Suez Canal, Annual return of shipping and tonnage 1923, H. M. S. O. 9 d

Tangier Zone, Organisation of the Statute of the Tangier Zone, Convention signed Paris dec., 1923, H. M. S. O. 1 sh

Tickner, F. W., Outlines of the British History, Part. 2, from 1603 to the present war, Univ. of London Pr. 3 sh 6 d

Turkey, Report on economic and commercial conditions, Apr. 24, H. M. S. O. 1 sh 6 d

Unstead, The British Isles of to-day, Sidgwick & J. 3 sh 6 d

Whitehead, Henry, Rt. Rev., Indian problems in religion, education', politics, Constable. 12 sh

Williams, Ernest E. G., An explanation of the Housing (Financial Piovisions) Act, 1924: the new Housing act, Eyre & S. 6 d

With Winston Churchill at the front, By Captain X., Gowans & G. 1 sh

Young, E. Hilton, The System of national Finance, Murray. 10 sh 6 d

2. INDO-PAZIFISCHE WELT:

Admiralty, Pilot books, Australia, Vol. 3, East Coast of Australia from Port Jackson to Sandy Cape, the coral Sea and Torres Strait, J. D. Potter. 10 sh

Admiralty, Pilot books. Persian Gulf. 7 th ed. J. D. Potter. 10 sh

Admiralty, Pilot books. Red Sea and Gulf of Aden, 1921, suppl. no. 3, J. D. Potter. gratis

Admiralty, Pilot books. South Indian Ocean, 1923, suppl. no. 1, J. D. Potter. gratis

Admiralty, Pilot books. India (West Coast), suppl. no. 4, J. D. Potter. gratis

Aiyar, R. Sathyanantha, History of the Nayaks of Madura, Milford. 12 sh 6 d

All Khan (Syed Sirdar), The Earl of Reading: a sketch of a great career at the Bar, on the Bench, in diplomacy, in India together with an authorised report of his speeches delivered in India, Pitman. 15 sh

Alkali, etc., works 60 th annual reports, 1923, H. M. S. O. 1 sh 6 d

Bahamas, Colonial report, 1923—24, H. M. S. O. 6 d

Boyd, R. H. Village folk in India, United Council for Missionary ed. 1 sh 6 d

Battye, Western Australia, Milford. 25 sh

Brooks, Leonard, A Regional geography of Asia Un. of London Pr. 2 sh 6 d

Brooks, Leonard, A Regional geography of Australasia, Un. of London Pr. 1 sh 6 d

Chang Ying-Hua, The financial reconstruction of China, Luzac. 4 sh

Civil service Commission, Examination papers, Indian Civil servic, Jan. 24, H. M. S. O. 5 sh

Cockayne, L., The cultivation of New Zealand plants, Whitcombe & T. 5 sh

Cook, Oscar, Borneo, the stealer of hearts, Hurst & B. 18 sh

Downing, Clement, A history od the Indian wars, Milford. 8 sh 6 d

Drew, H. T. B., The War effort of New Zealand, Whitcombe & T. 8 sh

Graham, A. E., Siam, 2 vols, De la More Pr. 42 sh

Handbook for travellers in India, Burma and Ceylon: including all British India, the Portuguese and the Indian States, 11 ed., Murray, 24 sh

Henty, G. A., On the Irrawaddy: a story of the first Burmese war, Blackie. 3 sh 6 d

Henty, G. A., Through the Sikh War, battle of the Punjab, Blackie. 3 sh 6 d

Hoddous, Lewis. Buddhists and Buddhism in China, Macmillan. 6 sh

Holm, Frits, His Ex., My Nestorian adventure in China, Hutchinson. 18 sh

HongKong, Colonial report, 1922, H. M. S. O. 1 sh

Hurley, Frank, Capt., Pearls and savages, adventures in the air, on land and sea in New Guinea, Putnam's. 3 sh 6 d

Indian Emigration, By "Emigrant", Milford, 3 sh

India (East), Budget of the Governor-General 1924—25, H. M. S. O. 6 d

India, East, Elections, 1923, return showing the results, H. M. S. O. 2 sh

Keyte, J. C., Adventure in medical missions; Andrew Young of Shensi, Carei. 6 sh

Khuda, Bukhsh S., Politics in Islam, Luzac. 3 sh 6 d

Mines Dept., Reports of H. M. Inspectors od Mines 1923, 2., Northern division, & s., 3., York

and Midland division 7 s. H. M. S. O. 4., Lancashire and N. wales division. 5 sh 6 d

New Zealand, Report to Oversea Settlement Ctte. from Delegation appointed to inquire into conditions affecting British settlers in N. Z., H. M. S. O. 1 sh

Oldrieve, Frank, India'y lepers: how to rid India of Leprosy, Marshall Bros. 3 sh 6 d

Spalding, William F., Eastern exchange, currency and finance, Pitman. 15 sh

Shirokogoroff, S. M., Anthropology of Northern China, K. Paul. 10 sh 6 d

Senaveratna, J. M., The Story of the Sinhalese: from the most ancient times (in 5 vols.) vols. 1—2, Luzac, Colombo. 17 sh 6 d

Vasu, N. N., The social history of Kamarapu, vol. I, Luzac. 8 sh 6 d

Wilkinson, R. J., A History of the Peninsular Malays: with chapters on Perak and Selangor, Luzac. 12 sh 6 d

Weihaiwai, Colonial report, 1923, H.M.S.O. 6 d

Wessels, C., Early Jesuit travellers in Central Asia, 1603—1721, Luzac. 21 sh

Whithead, In the Nicobar Islands: the record of a lengthy sojourn, Seeley Service. 21 sh

3. ATLANTISCHE WELT:

Admiralty, Pilot books, Alaska, (South East) supl. no. 3. I. D. Potter. Gratis

Ajisafe, A. K., The Laws and customs of the Yoruba people, Routlede. 3 sh 6 d

Andrews, Charles M., Connecticuts place in Colonial history, Milford. 4 sh 6 d

Ashanti, Colonial report 1922-23, H. M. S. O. 1 sh

Basutoland, Colonial report, 1923—24, H. M; S. O. 9 d

Bethuanaland Protectorate – Colonial report, 1923—24, H. M. S. O. 9 d

Cameroons, Colonial report, 1923, H. M. S. O. 2 sh 9 d

Canada to-day, 1924, Annual reference book on Canada, its progress, prosperity and opportunities. 8 th issue, Canada Newspaper Co 2 sh 6 d

Colombia, Republic of, Economic conditions Mar., 24, H. M. S. O. 1 sh

Cayman Island, Jamaica, Colonial report, 1922, H. M. S. O. 3 d

Coast and bush life in West Africa, by „Coaster", Gay & H. 2 sh 6 d

Coker, Williams C., The Clavarias of the United States and Canada, Milford. 38 sh

Cuba, Ill-treatment of British W. Indian labourers correspondence H. M. S. O. 6 d

Fitzimons, F. W., The monkeyfolk of South Africa, Longmans. 10 sh 6 d

Gambia, Colonial report, 1923, H. M. S. O. 6 d

Ganoe, William Addleman, The history of the United States Army, Appleton 2. 25 sh

Gold Coast — Colonial report, 1922-23, H. M. S. O. 2 sh 3 d

Groves, J. Percy, The war of the axe: adventures in South Africa, Blackie. 2 sh 6 d

Henderson, Keith, Palm groves and humming birds, an arist's fortnight in Brazil, Benn. 21 sh

Hepburn, A. Barton, History of currency in the United States, Hutchinson. 21 sh

Hints and tips, for newcomers to West Africa, by „Bushman, Bale. 2 sh

Kenya Colony and Protectorate — Handbook of General information, H. M. S. O. 8 d

Kandel, I. L., Twenty five years of American education, Macmillan. 10 sh 6 d

Lewin, Evans, Africa, Milford. 3 sh

Macintyre, Archie, Down the Araguaya: travels in the heart of Brazil, R. T. S. 2 sh 6d

Marchant, Bessie, On the track; or Among Torches of the Andes, Low. 2 sh 6 d

Maxwell, Marius, Stalking big game with a camera in Equatorial Africa, 113 plates after photographs of the autor, Medici Soc. 252 sh

Mexico: (Withdrawal of Mr. H. A. C. Cummins from) correspondence, H. M. S. O. 9 d

Nevins, Allan, ed., American social history: as recorded by British travellers, Allen & Unwin. 18 sh

Migeod, Frederick W. H., Through Nigeria to Lake Chad, Heath, Cranton. 30 sh

Nordenskiold, Erland, The Ethnography of Sout America seen from Nojos in Bolivia, Milford. 18 sh 6 d

Nyasaland, Colonial report, 1923, H. M. S. O. 6 d

Owen, Hermon, On tour in U. S. A., Hutchinson. 4 sh 6 d

Statham, J. C. B., Col., With wy wife across Africa by canoe and caravan, Simpkin. 12 sh 6 d

Swazyland — Colonial report, 1923, H. M. S. O. 6 d

Tanganyika, Colonial report, 1923, H. M. S. O. 3 sh 3 d

Trinidad and Tobago — Colonial report, 1923, H. M. S. O. 1 sh 6 d

United States of America, Report on finance, industry and commerce, Apr. 1924, H. M. S. O. 3 sh 3d

Willard, Myra, History of White Australia policy, Macmillan 10 sh 6 d

Zanzibar Protectorate — Colonial report. 1923, H. M. S. O. 6 d

4. ALLGEMEINES UND SYSTEMATISCHES;

Abbati, H., The unclaimed wealth, how money stops production, Allen & U. 6 sh

Arnold, Thomas W., The Caliphate, Milford 6 sh

Babbitt, Irving, Democracy and leadership, Constable. 15 sh

Berry, A. J., Britannia's growth and greatness: an historical geography of the British Empire, Pitman. 2 sh 6 d

Bertram, Arthur, The Economic illusion, L. Parsons. 7 sh 6 d

Birkenhead, Earl of, and others, Approaches to world problems, Milford. 7 sh

Le Bon, Gustave, The world unbalanced, Unwin. 12 sh 6 d

Christian Potitics, Economics and Citizenship Conderence on, The Proceedings of C.O.P.E.C., report 1924, Longmans. 3 sh 6 d

Coal and power, The report of an enquiry presided over by the Rt. Hon. D. Lloyd George, Hodder & S. 7 sh 6 d

Cockin, F. A., The problem of race, Student Christian Movement 1 sh

Colonial research Ctte., report 1923. H. M. S. O. 6 d

Copeland, Rice, Macmillan. 20 sh

Coulson, H. J. W., and Forbes, Urquhart A., Law relating to waters sea. tidal, and inland, 4 th ed. m, Sweet & M. 50 sh

Currency and Foreign Exchanges after the War, Committee on, First interim report, H. M. S. O. 6 d

Douglas, The Relations of the anglican Churches with Eastern Orthodox especially in regard to anglican oreders, Faith Pr. 3 sh 6 d

Debrett's British Empire book. Ed. by Artur G. M. Helsridge, Dean 10 sh 6 d

Dendy, Arthur, The biological foundations of society, Constable 7 sh 6 d

Dominions and Dependencies of the Empire, The, By Dominion Authorities (The Biritish Empire, a survey in 12 vols.) Collins. 16 sh

Dunnage, James A., The Importers handbook, Pitman. 10 sh 6 d

Engeln, O. D. von and Urquhart, Jane M., The Story key to geographic names, Appleton. 6 sh

Eldridge's, Marine policies, Butterworth. 25 sh

Franklin, Fabian, Plain talks on economics: leading principles and their applications to the issues of today, Putnams. 12 sh 6 d

Frothingham, Thomas G., The naval history of the world war. Offensive operation 1914-15, Milford. 18 sh

Grigg, Edward, Sir, Greatest experiment in history, Milford. 11 sh 6 d

Gunn, Hugh, ed., Makers of the Empire, Collins. 16 sh

Historical Atlas of the British Empire Macmillan. 1 sh

Jagtiani, H. M., The role of the State in the provision of railways, P. S. King 8 sh 6 d

Jeffreys, Harold, The Earth; its origin, history and physical constitution, Camb. Un. Pr. 16 sh

Johnston, G. A., International social progress: the work of the International Labour Organisation of the League of Nations, Allen & U. 10 sh 6d

Jones, Eliot, Principles of railway transportation, Macmillan 16 sh

Kelly's Directory of merchants, manufacturers and shippers of the world; a guide to the export and import, shipping and manufacturing industries, 1924, 2 vols., Kelly's Directories 64 sh

Kelly's Custom tariffs of the world, 1924, Kelly's Directories 36 sh

Lagden, Godfrey, Sir ed., The Native races of the Empire (The British Empire a survey in 12 vols.) Collins 16 sh

League of Nations, 29 th session of the council, report by Lord Parmoor, H. M. S. O. 6 d

Lindsell, W. G., Military organisation and administration, Gale & P. 7 sh 6 d

Loewenfeld, Henry, Money in fetters; its history and myystterey candidly related, Murray. 3 sh 6 d

Mackinder, Halford, Sir, The nations of the modern world: an elementary study in geography and history, Vol. 2, after 1914, G. Philip. 3 sh 6 d

Mackinder, Halford, Sir, The World War and after: a concise narrative and some tentative ideas, G. Philip. 3 sh 6 d

Mackendrick, W. G., Lt.-Vol., The Destiny of the British Empire an and the U.S.A., With an appendix: Who are the Japanese? Covenant Pubg. Co. 4 sh 6 d

McLeod, Charles Campbell, Sir, and **Kirkaldy**, Adam W., The trade, commerce, and shipping of the Empire, (The British Empire a survey in 12 vols.) Collins. 16 sh

Mill, Hugh Robert, and **Allen**, Fawcett, Elementary commercial geography, 5 the d., Camb. Un. Pr, 4 sh

Mills, J. Saxon, The Press and communications of the Empire, (The British Empire, a survey in 12 vols.) Collins. 16 sh

Mineral resources Bureau (Imperial) Mineral industry of the British Empire and foreign countries: statistical summary (production, imports, and exports), 1920-22, H. M. S. O. 8 sh

Moncriieff, A. R. Hope, The Rise of the British Empire, Blackie. 3 sh 6 d

Newton, Arthur Percival, The Universities and educational system of the British Empire (The British Empire, a survey in 12 vols.) Collins 16 sh

Ports, International regime of maritime, Convention, Geneva, 1923 Dec., H. M. S. O. 6 d

Railways, International regime of, Convention Geneva, Dec. 1923, H. M. S. O. 6 d

Schiller, F. C. S., Tantalus, or, the future of man, K. Paul. 2 sh 6 d

Small, Albion W., Origins of sociology, Camb. Un. Pr. 16 sh 6 d

Sturgis, Henry S., Investment, a new profession, Macmillan. 10 sh

Swinburne, J. Population and the social problem. Allen & U., 15 sh

Wallace, William Kay, The passing of politics, Allen & U. 12 sh 6 d

Warfare, Revision of the rules of, despatch from the first British Delegate to the International Commission, together with General report of the Commission of Jurists, The Hague, Dec. 10. 1922-Feb. 17. 1923, H. M. S. O. 1 sh

War office – History of the war, Medical Services, General Hystory, vol. 4., Medical services during the operations on the Gallipoli Peninsula, in Macedonia, in Mesopotamia, and N.W.-Persia, in E.-Africa, in the Aden Protectorate and N.-Russia; Ambulance transport during the war. H. M. S. O. 25 sh

White, E. M., Woman in world history, her place in the great religions, H. Jenkins. 8 sh 6 d

Verantwortlich sind: Dr. P. Hesse. Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Prof. Dr. K. Haushofer, München, Arcisstraße 30 / Prof. Dr. E. Obst, Hannover, Geibelstraße 24 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Dr. Selle & Co. A.-G., Berlin SW 29, Zossener Straße 55

ADOLF REIN:

GRUNDZÜGE DER WELTPOLITIK DER LETZTEN HUNDERT JAHRE.

Eine raumpolitische Betrachtung.

II.

Die für England gefährlichste Position, die ein starker Gegner innehaben kann, muß nicht in Amerika, sondern an einer anderen Stelle liegen. Der Bogen von England bis Indien und Singapore bildet die Lebenslinie der englischen Weltmacht. Würde ein Großstaat mit starken politischen Mitteln in dem Landraum bestehen, den dieser Bogen umschreibt, so hätte er den Vorteil der inneren Linie und könnte seine Angriffe auf den Hauptfaden des englischen Netzwerkes an den verschiedensten Stellen ansetzen; die große englische Weltstellung könnte unter einem dauernden gefährlichen Druck gehalten werden, und es müßte auf der englischen Seite die beständige Sorge da sein, daß die Verbindungsfäden reissen und das feingesponnene Netz zerstört wird. Diese für England bedrohliche Position nimmt der russische Staat ein.

Rußland, aus dem küstenlosen rein kontinentalen Großfürstentum Moskau hervorgegangen, hatte eine Epoche weiter Landausdehnung hinter sich, als es in das europäische System als vollwertiges Glied aufgenommen wurde. Die Russen hatten fast ohne Widerstand und daher in unglaublich kurzer Zeit einen Marsch der Eroberung nach Osten durchgeführt. Der linke Flügel ihrer Kolonne hatte dabei den Raum bis zum nördlichen Eismeer in Besitz genommen, während der rechte Flügel nur bis zur natürlichen Grenze der zentral-asiatischen Wüste mit den dort wohnenden schwer greifbaren Nomadenvölkern und dann bis zur politischen Grenze des chinesischen Reiches sich hatte ausdehnen können.

Peter der Große war es, der dem russischen Staatswesen eine neue Idee und neue Aufgaben brachte: er wollte Rußland europäisieren. Das russische Gesicht wandte sich dem Abendlande zu. Die Zaren begannen mit der Besitzergreifung der Ostseeländer, als Verbinduugsmittel zum Atlantischen Ozean, und der Länder am Schwarzen Meer, als Zugangsmöglichkeiten zum Mittelmeer [1]). Die Erwerbung der dazwischenliegenden Gebiete (Litauen, Polen) sicherte diese Ausgangsstellungen. Aber auch die asiatische Ausdehnungspolitik erhielt neue, ebenfalls westeuropäisch gedachte Zielsetzungen: Peter stellte die Frage der Verbindungsmöglichkeit mit Indien und Amerika. So sind die Russen nach Alaska hinübergegangen und bis nach Kalifornien vorgedrungen; amerikanische Politiker haben sogar den russischen Einfluß an der ganzen pazifischen Küste entlang bis Chile gefürchtet. Diese amerikanische Stellung, diese Fortsetzung des russischen Marsches nach dem Osten, haben die Russen im Laufe des 19. Jahrhunderts aufgeben

müssen. Ihre Politik scheiterte überall da, wo sie anfangen mußte maritim zu werden. Der Rückzug aus Amerika, der alten westindischen Welt, führte zur Annahme einer neuen Marschrichtung in Asien. Der rechte Flügel machte eine Rechtswendung, verwandelte sich in eine Front und trat auf der ganzen Linie den Marsch nach Süden an, das alte petrinische Ziel vor Augen: Rußland in das Staatensystem, in den Weltverkehr, in das Kulturleben hineinzubringen. Der Anstoß zu diesem Vordringen aus dem Inneren des Kontinents her nach der Weltverkehrslinie, dem Gürtel der großen Kulturen, war der russischen Politik von Europa her gekommen (Napoleon I.). Im 19. Jahrhundert wurde der russische Druck auf der ganzen Linie gespürt in Nord-Ost-China, in der Turan- und Iran-Zone, am Kaukasus, am Bosporus, auf dem Balkan, in Mitteleuropa, an der Ostsee, in Nord-Skandinavien. Nur das weite abgeschlossene tibetanische Gebiet wirkt wie ein politisch toter Raum, der Indien vom Nordosten her, Hinterindien und Südchina vom russischen Druck freihielt.

Je näher die russische Macht an den von England beanspruchten Weltherrschaftsstreifen heranrückte, umsomehr strebte England nach der Festigung und dem weiteren Ausbau seiner Stellungen auf dieser Linie. Es spann Fäden nach Norwegen und Dänemark, es griff in die west- und mitteleuropäische Politik ein, es hielt Portugal in Abhängigkeit, es schuf sich einen politischen Einfluß auf dem Balkan, es pflegte die türkische Freundschaft, solange es noch nicht die Landenge von Suez mit ihren westlichen und östlichen Nebenländern in Besitz hatte, es hielt den Freiheitskampf der kaukasischen Gebirgsvölker aufrecht, verband sich mit den Armeniern, suchte Beziehungen zu Persien und den anderen mohammedanischen Staaten von Belutschistan bis zur Oase Chiwa, baute seine Herrschaft im Innern von Indien aus und erweiterte sie nach Nordwesten, wo die Russen am nächsten an das englische Kernland herangekommen waren. In der Kette dieser Maßnahmen findet sich ein Ereignis von größter symbolischer Bedeutung: die Errichtung des indischen Kaisertums. Dem Zaren, dem Erben des oströmischen Kaisertums, der drohend nördlich von Indien stand, stellten die Engländer die Erneuerung des weströmischen abendländischen Kaisertums, aber auf indischem Boden entgegen und kennzeichneten auch damit, wo das eigentliche Zentrum ihrer imperialen Stellung zu suchen ist.

Der englisch-russische Gegensatz, der die große Politik des 19. Jahrhunderts bestimmte, fand seine Entladungen nicht in einem offenen englisch-russischen Krieg, sondern in dem Kampfe der dazwischen gelegenen Staaten: so in den türkisch-russischen Kriegen, vor allem im Krimkriege (nur damals griff England auch selbst militärisch gegen Rußland ein), in den zentral-asiatischen Kämpfen, in den Kriegen um Herat, Afghanistan und zuletzt in dem japanisch-russischen Krieg, da Rußland aus seiner weit nach Süden vorgeschobenen Stellung zurück-



geworfen wurde[2]). Indirekt also wurden die englisch-russischen Kriege geführt, weil es noch bedeutsame zwischen ihnen liegende Mächte gab. Entspannend und eine einzige ungeheure Entladung — in der eine endgültige Entscheidung gesucht worden wäre — verhindernd hat auch eine besondere durch seine Lage mitbedingte Erscheinung der russischen Politik gewirkt, nämlich der häufige Richtungswechsel in dem Ansetzen der russischen Vorstöße. Die russische Stellung auf der inneren Linie verführt dazu, ein Unternehmen abzubrechen, wenn es auf anscheinend unüberwindliche Hindernisse stößt, es auf günstigere Zeiten zu vertagen und an einer anderen Stelle das Vordringen an die Verkehrslinie zu versuchen. Die russische Lage lockt zur Schwäche der Pendelpolitik. Nach dem russischen Aderlaß im japanischen Kriege und der wühlenden Revolution im Innern konnte England sogar zu einem Waffenstillstande mit Rußland kommen. Für England war die deutsche Gefahr ernster und drängender geworden als die langsame russische. Das Zugeständnis der Teilung Persiens in eine russische, eine englische und eine dazwischenliegende neutrale Zone war das Ergebnis der im Gang befindlichen Einkreisungspolitik gegen Deutschland.

Wie war es gekommen, daß England das kleine Deutsche Reich für gefährlicher hielt als Rußland? Hier müssen wir etwas weiter ausholen und zunächst die Grundzüge der französischen Weltstellung darlegen.

Kontinental-Europa, besonders Inner-Europa, stand bis 1813 unter der Tyrannis des Kaisers der Franzosen. Durch das Zusammenwirken Englands und Rußlands, der beiden führenden Mächte im Kampfe gegen Napoleon, wurde Europa befreit. Napoleon sagte, Europa werde entweder republikanisch oder kosakisch sein, also entweder französisch oder russisch[3]); so kam es: nach 1815 war der russische Einfluß bis zur Pyrenäen-Halbinsel zu spüren.

Für die englische Staatsleitung entstand, im Zusammenhang der weltpolitischen Lage, die Aufgabe, den russischen Einfluß in Europa einzudämmen und zu durchbrechen. Den Auftakt dazu bildete das Fernbleiben Englands von der Heiligen Allianz und sein Ausscheiden aus der Mitarbeit auf den Kongressen der Pentarchie. Dem russischen System der monarchischen Interventionspolitik stellte England sein System des liberalen und nationalen Konstitutionalismus entgegen, und verknüpfte somit das Weiterwirken der revolutionären Ideen auf dem europäischen Festlande mit seinen weltpolitischen Zielen.

Für England entscheidungsvoll mußte die Haltung der französischen Politik werden. Frankreich war als weltpolitische Macht von England und seinen Verbündeten bezwungen worden. Aber der Friede von Wien war nicht ein englischer Friede geworden, wie der Friede von 1763. Die napoleonische Kriegsepoche wurde abgeschlossen mit der Idee der Wiederherstellung des alten Europa von 1789. Die Bedingungen des Friedens schonten Frankreich in jeder Beziehung

und erhielten es als eine der Großmächte in der Staatengesellschaft. Von zwei kleinen Ausnahmen abgesehen wurden an Frankreich auch seine alten Kolonialbesitzungen nach dem Stande vom 1. Januar 1790 zurückgegeben. Diese Kolonien bildeten freilich nur Trümmer und Überreste der einst bedeutungsvollen überseeischen Machtstellung Frankreichs. Ein Sinn für die Neugestaltung der französischen Zukunft kam ihnen aber doch zu; denn sie wirkten als Erinnerungsstücke einer früheren kolonialen Größe, sie hielten den Ehrgeiz der Nation wach und gaben Anknüpfungsstellen für einen neuen weltpolitischen Aufstieg.

Solange Frankreich in den Bahnen der Heiligen Allianz vorwärts schritt, achtete England sorgfältig darauf, jede neue überseeische Ausdehnung Frankreichs zu verhindern; noch einmal stellte es die Kriegsfrage an den alten Feind, als dieser die Absicht zeigte, französische bourbonische Sekundogenituren in Süd- und Mittelamerika zu errichten (1823). Auch 1829 willigte England nur in eine Strafexpedition, nicht in eine kolonisatorische Unternehmung Karls X. in Algier.

Die Wendung kam 1830 durch den Übergang Frankreichs zum liberalen Konstitutionalismus. Die Juli-Revolution holte Frankreich aus der russischen Allianz heraus und zog es auf die englische Seite hinüber. Die englische Politik gewann damit den stärksten atlantischen Staat des Festlandes; eine Bresche in dem Europa an Rußland haltenden System war damit geschlagen, Rußlands indirekte Einwirkung auf den Atlantischen Ozean und das Mittelmeer wurde dadurch zurückgedrängt. Um der Entente mit Frankreich Dauer zu verleihen, mußte England aber auch ein Opfer bringen, es mußte den neugewonnenen Bundesgenossen zu neuer überseeischer Ausdehnung in dem freien Reich der Amphitrite zulassen, das es seit der napoleonischen Zeit wie sein eigen Haus geschlossen hatte. So trat Frankreich als „Junior-Partner" in die See- und Handelsherrschaft und die koloniale Expansion wieder ein.

Von 1830 bis 1914 haben die Franzosen in vorsichtiger Anlehnung an England, meist mit stillschweigender englischer Genehmigung, zuweilen auch Zeiten englischer Bedrängnisse benutzend, ein zweites großes Kolonialreich, eine zweite weltpolitische Stellung sich geschaffen. Im Nordwesten von Afrika wurde ein umfangreiches kontinentales Gebiet in ein neues Frankreich umgewandelt, das weit nach Mittelafrika hineinreicht; in der Südsee wurde ein weites Inselgebiet erworben, in der Nähe von Australien: Neu-Kaledonien, im Indischen Ozean: Madagaskar, in Hinterindien: Annam und Tongking. Auch in Amerika sind Versuche unternommen worden, die alte Stellung in den Antillen wiederzugewinnen und die alte nordamerikanische Politik in Mexiko fortzusetzen, jetzt in besonderem Hinblick auf den kommenden Kanalbau, für den sich französisches Kapital einsetzte. Ein französisches weltpolitisches System ist entstanden, das wie ein verkleinerter Schatten des größeren englischen Systems wirkt. Aller-



dings muß man beachten, daß die französische Ausdehnung die Richtung des geringsten Widerstandes eingeschlagen hat und vor allem in die Nebenkreise gegangen ist: nach Afrika, nach Ozeanien, nach Ostasien, nach Amerika. Auch hier hat Frankreich aber nicht immer freie Bahn vor sich gefunden. In den wichtigsten australischen Gebieten sind ihm die Engländer zuvorgekommen, Madagaskar wurde ihm eine lange Zeit wegen seiner Lage zu Indien von England streitig gemacht, an der Guinea-Küste setzte England eigene Erwerbungen den französischen entgegen, in Amerika waren es die Vereinigten Staaten, die die Hoffnungen Napoleons III. zerstörten.

Der englische Widerstand gegen den jüngeren Partner — auf den Nebenlinien und in den Nebenkreisen wechselnd und zu Zugeständnissen und Vereinbarungen bereit — hat mit äußerster Schärfe und rücksichtsloser Entschiedenheit jedesmal dann eingesetzt, wenn die sichere Kontrolle des Bogens von England bis Indien (Singapore) bedroht schien. In der Orientfrage gab es keine englisch-französische Entente, kein Sich-Verstehen und Sich-Verständigen.

Der weltpolitische Ehrgeiz aber, auf den auch Napoleon I. von St. Helena aus die Franzosen hingewiesen hatte, gegenüber einer kontinentalen Eroberungspolitik, begehrte mehr als ein Zugelassenwerden in den Nebenstellungen von Afrika und Ozeanien. Die Bestrebungen in Madagaskar, in Hinterindien, in Mexiko, zeigen, daß ein weltumfassendes System dem englischen gleichartig angestrebt wurde. Das hat die Franzosen auch nach dem Orient geführt. Ihre Politik setzte hier ein mit der Begünstigung eines großen, selbständigen, mächtigen, von Frankreich geführten und beratenen Ägypten. Sie hatten Mehemed Ali zur Eroberung von Tripolis und Algier aufgefordert und begünstigten seine Eroberungspolitik in Syrien. Beides hat England verhindert, nicht ohne davor zurückzuschrecken, die Kriegsfrage an Frankreich zu stellen (1840). Louis Philipp mußte nachgeben und Mehemed Ali fallen lassen. Napoleon III. ging in der gleichen Richtung wieder vor; nach dem gemeinsamen Kampfe an der Seite Englands gegen Rußland für die Erhaltung der Türkei förderte er den Bau des Suez-Kanals unter französischer Leitung, jenes „schwindelhafte Unternehmen", wie es die englischen Minister grollend in der Öffentlichkeit bezeichneten. 1869 ward die feierliche internationale Eröffnung des Kanals vollzogen unter alleiniger Abwesenheit des Staates, der den größten Schiffsraum durch den Kanal würde gehen lassen. Im Jahre 1870 ließ England den Sturz von Napoleon geschehen und brachte in den nächsten zwölf Jahren die Kanalaktien und Ägypten in seine Hand. Noch einmal holte Frankreich, unter der dritten Republik, zu einem Vorstoß gegen die Orientlinie aus. Diesmal kam es nicht vom Mittelmeer her, sondern unter Benutzung seines mittelafrikanischen Besitzes aus dem Inneren des Kontinents und trieb einen Keil gegen Ober-Ägypten vor, um von hier aus Einfluß auf das Nil-Gebiet

und den Ausgang vom Roten Meer (Obok) zu gewinnen. Wieder kam die englische Kriegsdrohung zum Schutze der englischen Straße nach Indien und Frankreich mußte 1898 aus Faschoda weichen. Bald darauf, nach der Schwächung seines russischen Bundesgenossen durch Japan, schwenkte Frankreich wieder in die alten Bahnen der Entente ein und ließ sein Staatsschiff im Kielwasser des englischen fahren; als Preis dafür und Entschädigung erhielt es Marokko zugesprochen.

Während diese Dinge in Afrika geschahen, war als fünfte Macht mit weltpolitischen Wünschen und Zielen Deutschland auf den Plan getreten. Die deutsche innereuropäische Lage war den drei Weltmächten Rußland, England und den Vereinigten Staaten gegenüber gleichartig der französischen. Frankreich besitzt den Vorzug der Mittelmeerlage und einer freien atlantischen Stellung; es liegt den unmittelbaren Einwirkungen Rußlands fern; sein Weg nach dem Osten in die Welt hinaus läuft durch das Mittelmeer, also durch die englische Interessensphäre. Deutschlands natürliche Straße nach dem Osten ist durch den Donaustrom gewiesen; dieser Weg führt in die russische politische Zone hinein. Die atlantische Lage Deutschlands wird durch England beherrscht. Während Frankreich seit dem 18. Jahrhundert nur noch eine Front, die Ostfront hat, muß Deutschland mit zwei Fronten rechnen.

Unter Bismark wurde von Deutschland die Bahn der Weltpolitik mit größter Vorsicht und nur schrittweise betreten, dem französischen Beispiel folgend in der Richtung der von den anderen freigelassenen Stellen in den Nebenkreisen von Afrika und Ozeanien. England ließ die deutschen Kolonialgründungen geschehen, weil ein Gegengewicht gegen Frankreich nicht unerwünscht schien und man in London das sichere Gefühl hatte, daß diese fernen überseeischen Kolonien der deutschen Kontinentalmacht jederzeit von der englischen Flotte abhängig sein würden. So ist der deutsche Streubesitz in den von den alten Kolonialvölkern und im 19. Jahrhundert von England und Frankreich übriggelassenen Teilen der Welt entstanden. Diese Kolonien bedeuteten für Englands Weltstellung ebensowenig eine Gefahr wie die portugiesischen oder die holländischen Kolonien in Afrika und in den südasiatischen Inseln.

Der zweite Schritt Deutschlands in die Welt war bedeutungsvoller und folgenschwerer. Die Deutschen gingen den Weg über die Donau nach dem Orient. Vielleicht ist dieser Schritt von England zunächst nicht ungern gesehen worden. „Wenn ich ein Deutscher wäre", so etwa erklärte ein bekannter englischer Kolonialpolitiker in einem Londoner Klub, „so würde ich mein Feld der Tätigkeit auf dem Balkan und in Anatolien suchen." Was bedeutete dieser Plan von England aus gesehen? Das Hereinholen eines Keiles nach dem Orient, der hart an den russischen Stellungen entlang geht und diese von der Berührung mit den



englischen Stellungen am Mittelmeer und am Roten Meer abhält. So konnte England in seiner Orientstellung von dem Druck von Norden befreit werden und sich selbst von dem französischen Druck aus dem Innern von Afrika im Süden währenddessen frei machen. Eine russisch-französische Verbindung mit einem Aktions-Programm im Orient — eine alte Sorge Englands seit den zwanziger Jahren — hätte höchste Gefahren für die englische Weltstellung bringen können. Das Auftreten Deutschlands im Orient — es kombinierte hier seine Politik mit der älteren österreichischen Orientpolitik — schuf für England zunächst eine Entlastung; denn das deutsche Vordringen auf der Linie Wien, Sofia, Bukarest, Konstantinopel, Angora mußte Zusammenstöße mit Rußland herbeiführen und dadurch den russischen Angriff auf die englische Orientstellung auffangen.

Da die deutsche Orientpolitik nicht auf den Donauweg und Anatolien sich beschränkte, sondern den Keil weiter hinein in den Osten zu treiben suchte über das Taurusgebirge hinaus, wie das Schlagwort Berlin — Bagdad oder Hamburg — Koweit zum Ausdruck brachte, so wirkte der deutsche Keil im Osten nun bedrohlich für die Pläne Englands. Zur Verschärfung des Gegensatzes von Deutschland und England, der jetzt nach Wiederherstellung der englisch-französischen Entente in den Mittelpunkt der großen Politik rückte, kam der Bau einer beachtlichen deutschen Flotte in der Nordsee, die die Aufgabe hatte, die schwache atlantische Stellung Deutschlands zu stärken. Es war zum ersten Male wieder seit dem 18. Jahrhundert, daß in der Nähe des Sitzes der das Weltnetz beherrschenden Spinne eine maritime Macht gebildet wurde. Da hat England mit der Einkreisungspolitik eingesetzt. Amerika war bereits ein Freund, Frankreich vergaß seine gescheiterten Orientpläne und nährte wieder seine Hoffnungen auf Straßburg, den Rhein und eine dominierende Stellung in Europa. Rußland schloß den Waffenstillstand von 1907 im Interesse seiner von Deutschland gestörten Balkan- und Bosporus-Politik, selbst das heranwachsende Japan stand in Ostasien, das inzwischen zum Treffpunkt aller Weltmächte geworden war, auf der englischen Seite. Der Kampf, der eintrat, endete mit der völligen politischen Vernichtung Deutschlands; nicht nur seine Weltstellung wurde zerstört, auch seine innereuropäische Macht zertrümmert und verstümmelt.

Vielleicht hätte die deutsche Weltpolitik bei ihrem Vordringen gegen England und Rußland zugleich Aussicht auf Erfolg gehabt, wenn es gelungen wäre, durch ein deutsch-französisches Bündnis einen innereuropäischen Block herzustellen mit einem Orientprogramm, das den Seeweg nach dem Osten, also Ägypten und das Rote Meer zur französischen Interessenzone, den Landweg über Konstantinopel und Bagdad bis an den persischen Golf zur deutschen Interessenzone bestimmt hätte. Louis Philipp hat eine solche Politik der innereuropäischen Rückendeckung zusammen mit Österreich vorgeschwebt[4]), Bismarck und Ferry haben

auf dieser Linie gearbeitet. Das irrationale Element der französischen Revanchepolitik hat schließlich aber doch solchen weltpolitischen Unternehmungen auf weite Sicht hin als Hindernis im Wege gestanden. So scheiterte Deutschland.

Die Konstellation in der Weltpolitik nach dem Kriege ist wieder aufgebaut auf das Wirken der vier älteren Großstaaten. England und die Vereinigten Staaten haben nach einigem Schwanken das angelsächsische Welt-Kondominium hergestellt, die Herrschaft über die großen Verkehrswege auf der Erde. Frankreich, das ein den englischen Interessen entgegenstehendes Übergewicht auf dem europäischen Kontinent erlangt hat, wird zum Gegenspieler dieser Macht und besitzt als neue Position in diesem Kampfe auch noch den Keil in Syrien. Rußland, der andere Gegenspieler gegen die Angelsachsen, ist zwar durch die deutschen Siege und die Revolution — die beide in weitgehendem Maße für England gearbeitet haben — zur Zeit nicht in der Lage, mit den alten Methoden seinen Kampf gegen die Beherrscherin der Welt-Verkehrslinie wieder aufzunehmen; es versucht aber durch Unterwühlung des alten südasiatischen Kulturgürtels von Anatolien bis China im Sinne eines religiös gerichteten und mit Rasseninstinkten arbeitenden Kommunismus die englische Weltstellung von innen her zu erschüttern.

Dazwischen steht Deutschland. Zwischen diesen Kräften sich zu bewegen, ist es berufen. Welche Möglichkeiten sind ihm gegeben? — Doch hier hört der Historiker auf und der Politiker hat das Wort.

ANMERKUNGEN

[1]) Die äußerste Position, die Rußland im Mittelmeer winkte, war der Besitz von Minorca, während des englisch-amerikanischen Krieges 1776—83.

[2]) In diese Reihe gehört in gewissem Sinne auch der deutsch-österreichisch-russische Krieg von 1914—1917 hinein.

[3]) Man könnte das Wort auch umdeuten und die französische Militärherrschaft über Europa „kosakisch", das auf einem Rechts-Verband der Staaten beruhende System der Heiligen Allianz dagegen „republikanisch" nennen. — Zu dem Wort siehe den bedeutsamen Aufsatz von Max Lenz in Wille, Macht und Schicksal: „Eine Prophezeiung Napoleons", München 1922.

[4]) Louis Philipp im Oktober 1838 an den österreichischen Gesandten: „Nous croyons l'Angleterre vouloir s'étendre et dominer partout!... Il me semble qu'une entente, qu'un parfait accord établi entre l'Autriche et la France sur une attitude commune à prendre dans la question de l'Orient est le seul moyen infallible d'y maintenir le status quo..; si nous parvenons à nous entendre, nous resterons les maitres de la question et nous la sauverons d'une crise funeste qui parait imminente". (Hasenclever: Orientfrage S. 11).

JOH. SÖLCH:
BETRACHTUNGEN ÜBER DIE POLITISCH-GEOGRAPHISCHE STELLUNG VON NORDTIROL

Nichts wäre falscher als die Annahme, daß nur die großen geographischen Räume geopolitische Bedeutung haben; vielmehr sind mitunter, ja häufiger, als man zunächst glaubt, kleine Erdstellen durch irgendeine Eigenschaft so ausgezeichnet, daß sie von der Politik als wichtige Wertgegenstände angesehen und behandelt werden, d. h. man sucht sich ihrer am liebsten selbst zu bemächtigen oder doch wenigstens zu verhindern, daß sie ein anderer gewinnt und dadurch einen unerwünschten Vorteil oder gar ein bedenkliches Übergewicht erhält. Nicht selten ist geradezu die ganze politische Bedeutung und Kraft eines Landes förmlich in einer einzigen geographischen Gegebenheit verankert: denkt man sich diese hinweg, so wird man gewahr, daß damit auch die Voraussetzung für das Vorhandensein, daß die Idee des betreffenden Staatsgebildes fällt, daß dieses mit anderen Worten, ohne jene bestimmte ausgezeichnete Eigenschaft einer einzelnen Örtlichkeit (ob nun der Lage, der Ausstattung u. dgl., ist dabei ganz gleichgültig) überhaupt niemals hätte werden und bestehen können. Manchmal ist eine solche Tatsache schon in der Bezeichnung wie Inselstaat, Paßstaat u. a. m. angedeutet; im übrigen wird jeder selbst ohne größere Anstrengung eine Reihe von Beispielen für das Gesagte finden.

Nun hat der Ausgang des Weltkrieges in Europa eine Anzahl neuer politischer Gebilde entstehen lassen, z. T. wohl von recht fraglichem Werte und recht fraglicher Lebenskraft und Lebensdauer. Zu denjenigen, deren Haltbarkeit man von Anfang an mit besonders großen Zweifeln gegenüberstand, gehörte das neue Österreich, das ethnographisch nicht einmal das geschlossene deutsche Sprachgebiet des alten Österreich in sich aufnehmen durfte und dem die „Sieger“ und ihr Kleingefolge an allen Seiten, unter dem Titel historischer, wirtschaftlicher oder strategischer Ansprüche, weitere Stücke aus dem blutenden Leib geschnitten hatten. Eines der traurigsten Kapitel ist dabei die Zerstückelung Tirols gewesen: und doch ist, wie wir im folgenden näher beleuchten möchten, auch Rumpf-Tirol politisch noch ein überaus wertvolles Stück Land, wertvoll zugleich für das neue Österreich, wertvoll für das gesammte Deutschtum.

Bekanntlich erstreckte sich Habsburgisch-Tirol, mit seinen ungefähr 29000 km² Flächeninhalt etwa um die Hälfte größer als Württemberg, aber um ein Drittel kleiner als die Schweiz, als „Land im Gebirge“ von den Hochkämmen der Nördlichen Kalkalpen über die Firnfelder der Zentralalpen hinweg bis fast an den Südfuß der Alpen, die gerade hier am breitesten sind. Seine politische Einheit erklärte sich aus seinem Verkehrsbild, deckte sich nämlich mit einem Verkehrs-

raum, der durch die Gestaltung der Landschaft klar und deutlich vorgezeichnet war: er umfaßte in der Hauptsache die inneralpinen Wegstrahlen des Brennerpasses, die sich zwischen Innsbruck und Sterzing (Franzensfeste) zu einem einzigen Strang zusammenschließen. Ungleich ist der Wert der einzelnen Straßenzüge heute noch wie im Wandel der Zeiten. Der moderne Verkehr mit der Eisenbahn hat dem Wege durch das Tiroler Unterinntal und die Pforte von Kufstein einen kräftigen und dauernden Vorsprung vor den höheren Ausgängen weiter im Westen verliehen, vor dem heute noch schienenlosen Fernpaß — über den einst die wichtigere Straße führte — und dem Sattel von Seefeld, von dessen hoher Stufe zwar seit 1912 eine ausblickreiche elektrische Bahn nach Innsbruck hinabsteigt, die aber, wenigstens vorläufig, weder für ausgiebigen Güterverkehr noch europäische Durchgangszüge in Betracht kommt. Auch im Süden des Passes verteilt sich der Verkehr in ungleicher Strömung auf mehrere Furchen; und auch hier führt nur eine von ihnen ohne abermaligen Anstieg aus dem Gebirge heraus, das Eisack-Etschtal. Sie verwirklicht zugleich am besten den Verkehr quer durch das Gebirge hindurch, indem sie, wenn auch im einzelnen mit stärkeren Abweichungen, doch im großen ganzen senkrecht zu seiner Längsrichtung verläuft. So war sie von Anfang an am ehesten dazu berufen, die anderen Zinken der Verkehrsgabel, die gegen Osten und Südosten abbogen, zu überflügeln. Schließlich hat die Lage der Ziele in der Ferne dabei entscheidend mitgewirkt: der Brenner bot durch Jahrhunderte hindurch den bequemsten und kürzesten Alpendurchgang zwischen Deutschland und Italien-Rom. Man kann es nicht leugnen: wäre im Verlaufe der Geschichte ein wichtigeres Fernziel irgendwo im Südosten aufgekommen, dann hätte sich der Verkehr eben dorthin gewendet. Die Zeiten von Venedigs Blüte bezeugen dies eindringlich.

Habsburgisch-Tirol reichte nun an den angedeuteten alten Talwegen im allgemeinen bis zu jenen Stellen hinab, wo deren Flüsse das Gebirge verlassen. Fast alle diese Stellen sind nämlich gekennzeichnet nicht durch große, breite Mündungstrichter, sondern durch scharf eingerissene Engpässe, in welchen selbst so große Flüsse wie die Etsch noch mit tosenden Schwellen an der Ausgleichung ihres Gefälles arbeiten müssen. Weiter oberhalb sind die Talgründe regelmäßig geräumiger, siedlungs- und kulturenfreundlicher und verkehrsholder. Alle Engen sind dagegen Strecken geringerer Verkehrsleitbarkeit, hemmungsreicher und leichter zu verteidigen; also war, bis zu ihnen vorzudringen, sie womöglich ganz in ihre Hand zu bekommen, der begreifliche Wunsch der Landesherren und der Bewohner von Tirol gewesen. Denn „nicht wer über den Brenner als solchen gebot, war Herr des Landes Tirol, und damit über den Verkehr von Norden nach Süden, Osten nach Westen, sondern wer auch sämtliche Zugänge in den Händen hatte bis zu den Eintrittsstellen des Verkehrs aus den umgebenden Flachländern



ins das Gebirge, wer die Straßen durch das Lech-, Isar- und Inntal im Norden, die Klausen an der Etsch, an der Brenta und in der Nachbarschaft des Toblacher Feldes jederzeit sperren konnte" [1]). Im großen ganzen war jenes Streben der Habsburger auch wirklich nicht ohne Erfolg geblieben.

Diese Entwicklung war aber doch nur möglich gewesen dank der besonderen Vorzüge des Brennerpasses selbst. In mehr als 1000 km langem, vornehm geschwungenem Bogen spannt sich zwischen der in der Geschichte Europas so ungeheuer wichtigen Apenninenhalbinsel und deren Vorhof, der Poebene, einerseits und dem ganzen übrigen, nördlich und nordwestlich davon gelegenen Europa anderseits ein gewaltiges Gebirge, man kann sagen, von Meer zu Meer, mit einem mehrfachen Kettengürtel hoch erhobener Fels- und Eiskämme. Die wasserscheidende Linie des Westflügels zieht fast durchaus in mehr als 2000 m Höhe dahin; selbst so tiefe Einschnitte wie der Col di Tenda (1813 m) und der Mt. Genèvre bleiben nicht wesentlich darunter. Allein der Col di Tenda führt aus dem innersten Winkel der Posenke nicht nach dem transalpinen Europa, sondern an die Gestade des Mittelmeeres zurück, und der Mt. Genèvre zielt mehr nach Südfrankreich als nach den Tiefländern des Nordwestens. Just dort hingegen, wo der Verkehr aus der SO-NW gerichteten, gleich der benachbarten Adria auf den Suezkanal weisenden Landbrücke von Italien die gerade Fortsetzung nach den Uferländern des Ärmelkanals und an der Nordsee suchen möchte, etwa zwischen den Strahlen Turin-Brest und Mailand-Rheinlande-Rheinmündungen, schwillt der Wall der Alpen besonders hoch an. Auf einer Strecke von 300 km Länge gestatteten ehemals nur wenige Pässe, und keiner unter 2000 m, bloß die kurzen Sommermonate hindurch einen anstrengenden und bei dem damaligen Zustand der Wege auch in der guten Jahreszeit keineswegs ungefährlichen Übergang. Die Verbindungen über die Alpen hinweg sind hier im Westen bis in das Jahrhundert der Dampfeisenbahnen spärlich geblieben, und selbst heute durchqueren bloß ein paar wenige Schienenstränge das wilde Hochgebirge.

Indes auch noch im Ostflügel der Alpen, abermals auf mehr als 300 km Länge (vom Splügen aus gerechnet), läuft die zentrale Wasserscheide fast zur Gänze in mehr als 2000 m über dem Meeresspiegel, und selbst nur ganz wenige Kerben schneiden sich bis zu 2000—2500 m in ihre Firste ein. Doch zum Unterschied von den Westalpen öffnen sich hier, und zwar gerade in den breitesten Querschnitten des Gebirges, mehrere tiefere Durchgänge. Daß der tiefste von ihnen, der Brenner (1370 m), auch durch die Richtungen und die Beschaffenheit seiner Anstiege und durch die Lage zu den fernen Hauptzielen ausgezeichnet ist, bedeutet eine eigentümliche Verbindung von Vorzügen. Der Malojapaß (1811 m) konnte doch nur in eine Sackgasse des Verkehrs führen oder höchstens mit großen Schwierigkeiten schräg durch das Gebirge hindurch, während man geradenwegs nach dessen Nord-

seite zu gelangen wünschte. Der Engpaß Finstermünz scheidet noch heute das schweizerische Engadin nachdrücklichst vom Tiroler Oberinntal. Der Reschenscheideckpaß (1510 m) ist merklich tiefer; tatsächlich hat er jederzeit, früher aber in ganz anderem Maße als heute, einen Teil des Verkehrs an sich gezogen, trotz dem Umweg, zu dem er zwingt. So wurde also der Brenner die Heer- und Königstraße, die Pilger- und Händlerstraße des Mittelalters und der Neuzeit. Wie sich aber seine Benützung einerseits weiter zurückverfolgen läßt, bis sie sich im Dunkel der Vorgeschichte verliert, so hat ihr anderseits in der neuesten Zeit die Überschienung den Glanz einer noch viel größeren Bedeutung verliehen. Es gibt wohl überhaupt keinen anderen Alpenpaß, ja vielleicht überhaupt keinen anderen Gebirgspaß in Europa, der für die Geschichte unseres Erdteils verhängnisvoller, wirksamer gewesen ist als er, der Brenner.

Man braucht sich übrigens, um auf das eingangs bereits Angedeutete zurückzukommen, nur für einen Augenblick vorzustellen, wie ganz anders sich Europas Schicksal, im weitesten Sinn des Wortes genommen, gewendet hätte *ohne* den Brenner! Gewiß ganz anders ohne die *Alpen*, aber nicht minder gewiß, und abermals anders mit den Alpen, aber ohne den Brenner! Wenn sich auch hier die Wasserscheide nirgends unter die 2500—3000 m Höhe herabsenkte, wie in weiten Teilen der Westalpen; wenn sich vielmehr die firnbewehrten Felsgrate der Ötztaler Alpen im geschlossenen Wall in die der Hohen Tauern im Osten, die Ketten der Graubündner Alpen im Westen fortsetzten! Kann man sich namentlich die Geschichte der Beziehungen zwischen Deutschland und Italien ohne den Brenner überhaupt denken? Und vollends das alte Land Tirol, Habsburgisch-Tirol, wie hätte es ohne diesen Paß jemals ins Leben treten können! In der Tat, indem es das Wegnetz des Brenners bis zu den Randklausen seiner Täler umfaßte, war es ein einzigartiges Beispiel eines „Paßlandes" geworden, in viel tieferem Sinn, als man die Schweiz das Land des St. Gotthard genannt hat.

Freilich, daß sich das Paßland Tirol so typisch entfaltete, ist nicht aus den dabei unmittelbar wirksamen geographischen Tatsachen *allein* zu verstehen; vielmehr sind daneben auch ganz andere Kräfte ins Spiel getreten. Es ist ja gewiß nur zu klar, daß der Besitz eines so wichtigen Passes für alle Nachbarn immer ein begehrtes Ziel gewesen ist. Von Norden und von Süden her suchte man sich seiner zu bemächtigen. Wer aber die *eine* Abdachung besaß, fand bald, daß er auch die *andere* haben müsse. Zwischen kleineren Völkern bezw. Staaten, ja vielleicht noch gegen größere, solange sie der Kriegführung im Gebirge nicht gewachsen sind, können sich Bergvölker selbständig behaupten; gegen übermächtige und überzahlreiche Nachbarn aber werden sie vergebens für ihre Freiheit kämpfen. Auch das Paßland Tirol, wie es durch mehr als ein halbes Jahrtausend umrissen war, ist kein selbständiges Staatengebilde gewesen, sondern war Teil eines größeren



Reiches. Nur klingt es wie eine Ironie des Schicksals, daß dieses weder von Norden, noch von Süden her das Paßland an sich schloß, sondern von Osten. Es ist hier nicht der Platz auseinanderzusetzen, wie Tirol als wichtiges Stück einer Ost-West-Verbindung seinen besonderen Wert erhielt, einer Verbindung allerdings, die wieder nicht ohne den Brenner verständlich ist: die Habsburger suchten durch die Erwerbung von Kärnten und von Tirol eine Brücke zu schlagen zwischen ihren neuen Besitzungen im Osten, dem alten babenbergischen Erbe, und den Besitzungen ihrer Väter im Westen. Die Jahre 1335 und 1363 und die Jahre der Erwerbungen verschiedener vorarlbergischer Gebiete bezeichnen die Marksteine dieser ihrer Politik, die auch für manche andere ihrer Regierungshandlungen maßgebend war. Allerdings bedeutete diese Verbindung durch die Alpen, zusammengesetzt aus dem „Schrägen Durchgang“ über den Semmerring und den Neumarkter Sattel ins Klagenfurter Becken, aus der südlichen Längstalfurche über das Toblacher Feld, aus der Brennerlinie und der Fernpaßstraße einen gewaltigen Umweg; aber man blieb dafür ganz auf eigenem Boden[2]). Gerade die Sicherung des so wichtigen Ostwestweges hat deutlich auch die Bemühungen der Habsburger geleitet, die Grenzen des Landes im Süden möglichst weit von ihm wegzuschieben. Eben damals hat das Paßland Tirol annähernd die Gestalt erhalten, die ihm bis in die Gegenwart herauf geblieben ist. Ich habe diese Dinge bereits an anderer Stelle einmal erörtert[3]). Etwas Tragisches mag man vielleicht darin sehen, daß der Brenner das Land, das er einigt und immer wieder einigen wird, doch zugleich um die völlige Selbständigkeit bringt. Hätten sich seiner damals nicht die Habsburger bemächtigt, so vielleicht die Wittelsbacher — jedenfalls immer die politisch Stärksten unter den Nachbarn!

Einst waren dies die Römer gewesen, die von Süden her ihre Herrschaft vorschoben. Dann aber hatten, noch lange bevor die Politik der Habsburger aus getrennten Gebieten eine politische Einheit schuf, machtvolle Wogen germanischen bezw. deutschen Volkstums über die Wasserscheide geschlagen und waren durch die Furchen der südlichen Täler hinabgeströmt, sich dabei verzweigend und vielfach auch die waldigen Gänge hinaufbrandend, die der Romane unbesiedelt gelassen. Deutsche Sprache und deutsches Recht, deutsche Sitten und Gebräuche, überhaupt deutsche Kultur und deutsches Wesen hatten sich auch jenseits des Brenners und des Reschenscheideck verbreitet und immer festere Wurzel geschlagen; das Rätoromanentum war in dauernder Abnahme begriffen, auch das neu sich entwickelnde Italienertum konnte zunächst an kräftigeren Vorstoß nicht denken. Erst in den untersten Talstücken innerhalb der Klausen, aus denen Tirols Flüsse das Land verlassen, war das Deutschtum verebbt. Namentlich das Landschaftsbild der Höhen war ebenso deutsch wie seine Bewohner; das deutsche Mitteleuropa schob sich hier sozusagen über das italienische Südeuropa. Ein gewisser Gleich-

gewichtszustand hatte sich schließlich eingestellt und, bloß mit kleinen Schwankungen, bis in die neuere Zeit behauptet. Wie es dann allmählich anders wurde, wie im 19. Jahrhundert die Sprachenfrage auflođerte und alsbald die gefährlichere Flamme bewaffneter Bewegungen zu entzünden drohte, ist von verschiedenen Seiten wiederholt beleuchtet worden, und auch ich selbst habe gelegentlich Bemerkungen dazu gemacht[4]).

Mit den Habsburgern ist nun auch das Paßland Tirol zunächst gefallen. Allein die gewaltige politische Kraft des Passes wird weiterwirken und früher oder später zu einer neuen Vereinigung der beiden, heute getrennten Hälften führen, weil sich kein Starker auf die Dauer mit der einen Seite begnügen kann. Das Streben nach Machtsicherung drängt zur „Glacispolitik". Hoffen wir, arbeiten wir, daß dann jenes neue Tirol der Zukunft nicht die Verwelschung des ganzen Paßlandes bedeutet, sondern daß jene Vereinigung uns Deutschen wieder zurückgibt, was uns durch eine Verkettung unseligen Mißgeschicks geraubt wurde. Denn ein Raub am ganzen deutschen Volke ist und bleibt auch hier die Wegnahme eines Bodens, den sich seine Söhne in vieler Jahrhunderte mühsamster Arbeit erschlossen haben, ganz abgesehen von der politischen Knechtschaft, in welcher sie nun von den neuen Herren gehalten werden. Mit gleißnerischen Worten waren sie ins das Land gezogen, aber seit der Friede von St. Germain ihre „Rechte" anerkannte, arbeiten sie systematisch daran, die Sprach- und Völkergrenze, die Grenze der deutschen Kultur so rasch wie möglich bis zum Brenner zurückzuverschieben; alles Gebiet bis zu dieser „ianua barbarorum" soll welsch werden. Die deutschen Südtiroler sind in vieler Hinsicht vogelfrei geworden. Das alles sind Dinge von uns traurigst berührender Auswirkung, indem ein Stück deutsche Südmark hier der Vernichtung verfallen zu sein scheint. Wie wird es in einer Generation dort aussehen?

Die Behauptung, daß sich kein Machthaber auf die Dauer mit der einen Abdachung des Brenners zufrieden geben könne, hätte übrigens beinahe schon in der großen Krise, die Österreich im Jahre 1922 durchmachte, eine allen Österreichern und Deutschen unwillkommene Bestätigung gefunden: Italien saß sprungbereit auf der Lauer, auch Nordtirol einzustecken, in dessen Hauptstadt es ja gleich nach dem Waffenstillstand reichlich Truppen geworfen. Zum Glück ist es anders gekommen, Österreich ward durch die Staatsklugheit eines Mannes gerettet, der im entscheidenden Augenblick mit sicherer Hand das Steuer ergriffen hatte. Freilich, ohne die Gunst gewisser Umstände hätte auch sein Versuch scheitern müssen. Mehrere von diesen Umständen sind geographisch begründet; einen von ihnen müssen wir in diesen Zusammenhängen noch kurz beleuchten, denn er verleiht auch Rumpf-Tirol einen weiteren Zug geopolitischer Bedeutung.

Dieses verfügt nämlich außer über die nördlichen Zugänge des Brennerpasses



über einen zweiten überaus wichtigen Weg, die Arlberglinie, die freilich erst durch den Eisenbahnbau (vor 40 Jahren wurde der Paß durchstochen) ihren hohen Wert gewonnen. Vorher war dieser auch nicht annähernd mit dem der Brennerstraße vergleichbar gewesen, haben doch an und für sich Längslinien im Innern eines nicht allzubreiten Gebirges niemals die Bedeutung der Querdurchgänge. Aber politische Momente üben auch hier ihre nie fehlende Wirkung aus.

Bekanntlich läuft am Außenrand der Alpen eine wichtige Verkehrslinie entlang, meist in einiger Entfernung vom Gebirgsfluß. Sie wird heute durch den Schienenweg Genf—Bern—Zürich—Bodensee—München—Wien bezeichnet. Mit ihm verbinden sich, z. T. schon in der Schweiz, Wege, die aus Frankreich, England, überhaupt Nordwesteuropa kommen, um durch den großen, ostwärts sich verschmälernden Trichter des Alpenvorlandes auf das Doppeltor von Wien zuzulaufen und dann weiter nach dem Osten hinüberzuführen. Die Pforte von Wien saugt gewissermaßen den Verkehr von allen Seiten her an. Aber dieser muß dabei ein gutes Stück über reichsdeutschen Boden gehen. Das ist Frankreich namentlich zu jenen Zeiten unerwünscht, wo es mit Deutschland auf Kriegsfuß steht. Frankreich schätzt die Möglichkeit hoch ein, im Bedarfsfall seinen Verkehr nach Osten über des Gebiet eines kleinen Staates leiten zu können, mit dem Konflikte umso weniger zu befürchten sind, als es nicht unmittelbar an ihn angrenzt. Eine solche Möglichkeit wird ihm nun durch die Arlbergbahn geboten, die ja in der Tat in den letzten zwei Jahren, seit dem Einbruch der Franzosen ins Rhein- und Ruhrland, einem ihre Leistungsfähigkeit geradezu überwältigenden Verkehr zu dienen hatte. Italien aber im Besitze von Nordtirol, hieße auch Italien Herr der Arlberglinie und nicht bloß Herr des Brenners. Gestaltet sich dann eines schönen Tages Frankreichs Verhältnis zu Italien schwierig, findet sich dieses am Ende gar mit Deutschland zusammen, so ist Frankreich die unmittelbare Verbindung mit seinen Gefolgestaaten im Osten so gut wie verschlossen. Wieder findet sich für uns Deutsche eine bittere Tragik dabei insofern, als Frankreich jene im Arlberg mitbegründete Liebe für Österreich und ein österreichisches Nordtirol nur solange empfinden kann, als diese nicht in ein Großdeutschland aufgegangen sind. Von dem Augenblick an, wo sich Wien und die österreichischen Stammländer mit dem Reiche vereinigen würden, schiene es Frankreich vielleicht wünschenswerter, wenigstens das Stück Nordtirol von diesem Anschluß ausgeschlossen zu wissen. Diese traurigen Überlegungen bleiben bestehen, solange wir Deutsche nicht selbst wieder so weit gekräftigt sind, daß wir unsere eigene Politik betreiben und selbst über Wohl und Wehe unserer Brüder entscheiden dürfen.

In seiner Verkehrsbedeutung also und in der damit unzweifelhaft verknüpften strategischen Stellung, begründet in erster Linie auf den Brennerpaß, in zweiter auf die Arlbergbahn, wurzelt der politische Wert von Nordtirol. Alle übrigen



geographischen Momente treten dahinter zurück, ja, ließen es vielleicht wenig verlockend erscheinen, die Hand nach ihm auszustrecken. In wirtschaftlicher Hinsicht ist das Land nicht besonders gesegnet. Seine Bergschätze, einst viel gerühmt, als man die Reichtümer fremder Erdteile noch nicht kannte, sind fast erschöpft. Für das Holz seiner Wälder und die Erzeugnisse seiner Milchwirtschaft muß es Lebensmittel aller Art und Rohstoffe einführen, die eigene Ernte reicht nicht entfernt zur Versorgung der Einwohner aus. Kostbarer sind die nutzbaren Wasserkräfte des Landes, die auf 300000 PS geschätzt werden. Sie werden in steigendem Maße verwertet und werden dem Lande selbst solange zugutekommen, als es nicht unter das Joch eines fremden Volkes gebeugt wird. Diese Gefahr kann einst wieder aufleben. Gerade für einen mit Kohlen- und Holznot ringenden Nachbarn wären sie aber ein besonderer Anreiz, sich ihrer zu bemächtigen.

Wie ein deutsches Nordtirol, viel zu klein und schwach, um seine absolute Unabhängigkeit zu wahren, ohne politische Verbindung mit anderen deutschen Ländern nicht fortbestehen könnte, so kann hinwiederum das deutsche Volk dessen Bedeutung nicht hoch genug anschlagen: es ist ein Stück Südmark deutschen Volkstums, umso kostbarer, umso sorgfältiger zu behüten, je mehr die andere Hälfte jenseits des Brenners von der Geißel der Entdeutschung heimgesucht wird. Nichts wäre unrichtiger und unwürdiger als zu sagen, auf ein paar tausend Kilometer öden Gebirgslandes mehr oder weniger komme es nicht an. Ebensowenig wie ein achtsamer Grundherr die Grenzen seines Besitztums vernachlässigt, kann ein Volk von Ehrgefühl und Selbstbewußtsein gleichgültig darüber hinwegsehen, ob an den Rändern seines Sprach- und Kulturgebiets starke, zuverlässige Angehörige stehen, kräftige Säulen des Grenzschutzes, oder ob völkische Schlaffheit, ja vielleicht Liebäugeln mit einem listig lockenden Nachbar um sich greift. Gemeinsame Pflicht aller Volksgenossen ist es, die Hüter der Grenze zu stärken und die Freundschaft mit ihnen zu festigen; nichts ist schlimmer, als wenn sich die Brüder im eigenen Haus umeinander nicht kümmern oder gar einander befehden. Keine Gelegenheit soll ungenützt bleiben, durch Anknüpfung neuer ersprießlicher Beziehungen im Wirtschafts- und Geistesleben, durch die Vertiefung des gegenseitigen Verständnisses neue Kraft zu gewinnen. Wo immer eine Grenzsäule, sich selbst überlassen, zusammenbricht, ist es ein böses Vorzeichen. Nordtirol hat vor nicht langem in einer Volksabstimmung einen glänzenden Beweis für seine treue deutsche Gesinnung gegeben; hüten wir es und vergessen wir nie, daß der Brenner nicht dauernd die Grenze tragen kann!



ANMERKUNGEN

[1]) Vgl. meine Abhandlung „Geographische Kräfte im Schicksal Tirols". Mitt. d. Geogr. Wien. 66. 1923. S. 26.

[2]) Übrigens hat, beiläufig bemerkt, selbst der modernste Verkehr in der Vorkriegszeit den gleichen Umweg nicht gescheut: wenn ich mich recht erinnere, kamen die direkten Wagen des Pustertaler Abendschnellzuges, die nach Innsbruck liefen, unmittelbar von Wien her.

[3]) Vgl. o. Anm. [1])

[4]) Ebd., S. 30—43. Bei dieser Gelegenheit eine kleine Bemerkung: W. Rohmeder hat mir bei seiner Besprechung jener Abhandlung (in Petm. M. 1924, S. 146, Lb. 415a) mit Unrecht vorgeworfen, ich hätte das Rätisch-Ladinische in Südtirol als „fast erloschen" erklärt. Das wäre ja nicht bloß einfach „irrig", sondern ein ganz unverzeihlicher Irrtum! Aber der aufmerksame Leser sieht sofort, daß ich an der betreffenden Stelle, S. 34, nicht von Südtirol schlechtweg spreche, sondern im Gegenteil die Gebiete ausdrücklich nenne, für die eine derartige Behauptung gilt. Und auf S. 35 heißt es: „Während sich also westlich der Etsch .... heute fast (jetzt hier gesperrt!) rein italienisches Sprachgebiet mit dem deutschen berührt"; das bezieht sich doch auf den Nonsberg (nicht Nonsland, wie Rohmeder schreibt)!

SIEGFRIED PASSARGE:
MADRID
DAS WERDEN EINER GROSSSTADT IN EINER STEPPENLANDSCHAFT

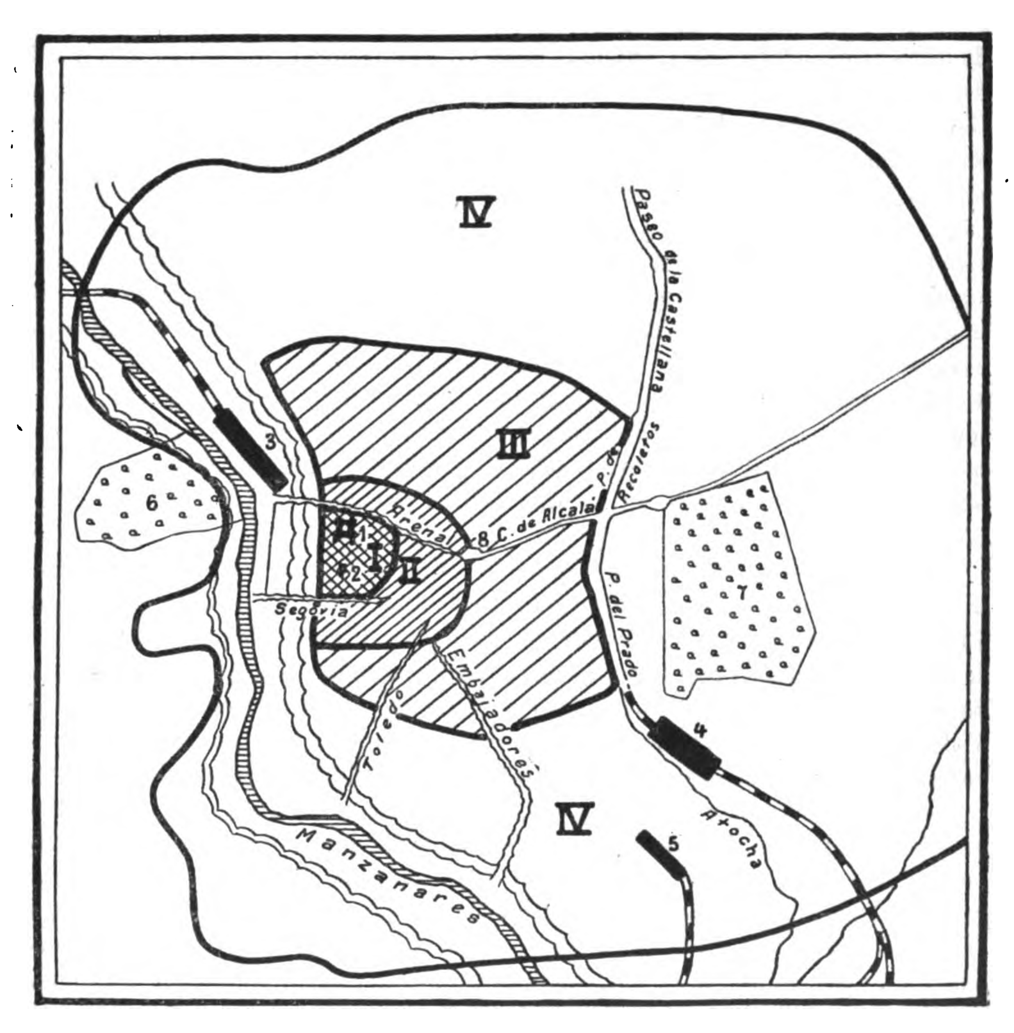
Um das Jahr 1000 n. Ch. bot das Land zwischen Tajo und der Sierra de Guadarrama wohl noch das Bild einer Naturlandschaft. Nördlich des Gebirges lag das christliche Reich von Castilien und Leon, im Süden, am Tajo, die maurische StadtToledo. Dazwischen Kampfgelände — Zwergstrauchsteppenebenen mitSteineichenbuschwald. In die Steppentafel hat sich der Manzanares wohl 80 m tief eingeschnitten. Schluchten zerfurchten einst seine Gehänge, und zwischen zwei solcher tiefen Schluchten, geschützt durch sie, erhob sich auf dem Ostufer des Tajo, hart an seinem Rande, an der Stelle des jetzigen Schlosses (Karte I), die Maurensiedlung Madjrit mit Burg und Moschee. Sie bewachte die Straßen, die über die Sierra de Guadarrana kamen. Manche wechselnde Kämpfe wurden hier geführt, zuletzt aber, seit 1030 n. Ch. bleibt Madjrit in christlicher Hand. Die Maurenburg wurde christlich, die Moschee aber zur Kirhe Jglesia de la Virgen de la Almudena. Eine Rolle hat der Ort aber zunächst nicht gespielt, da bereits 1085 n. Ch. auch Toledo erobert wurde.

Nun blieb der kleine Ort vergessen und unbeachtet fast 400 Jahre liegen, einsam in der Wald- und Steppenfläche, ohne nahe Dörfer, wie denn überhaupt letztere in Castilien keineswegs zahlreich sind. Das kleine Landstädtchen hatte um 1500 n. Ch. ca. 3000 Einwohner. Und wie sah es aus! Kleine unansehnliche Häuser, enge, winklige, sehmutzige Gassen — das war Madrid zur Zeit Karls V., der einmal die Cortes, das Parlament, dort versammelte. So sah es noch aus, als Philipp II., Spaniens größter Herrscher, es im Jahre 1560 zur Hauptstadt des Reiches erkor. Warum fiel die Wahl gerade auf dieses gottverlassene Landstädtchen?

Gewöhnlich ist man schnell bei der Hand mit dem Hinweis auf die glänzende Verkehrslage (Karte II). Allein, liegt Madrid wirklich günstiger als Toledo oder Aranjuez? Für den Verkehr mit dem Norden und Nordosten ja, aber für den Süden und Südosten liegt Aranjuez, für den Westen aber Toledo günstiger. Dem Mittelpunkt der Halbinsel ist obendrein Aranjuez viel näher als Madrid.

Will man die Gründe verstehen, warum die alte Hauptstadt Toledo aufgegeben wurde, warum Philipp II. nach Madrid zog, so muß man die politischen Verhältnisse jener Zeit verstehen; sie waren entscheidend für die Wahl. Zunächst ein geographischer Gesichtspunkt! Die Pyrenäenhalbinsel besteht aus einem zentralen Tafelland — Castilien — und Küstenlandschaften von wesentlich anderen klimatischen und wirtschaftlichen Bedingungen. Das zentrale Tafelland ist ein ausgesprochenes Getreideland — Weizen —, in Neu-Castilien gedeihen auch Ölbäume und Wein. Dagegen sind das Ebrobecken und Catalonien, Valencia und Murcia,





Karte 1. DIE ENTWICKLUNG VON MADRID

I Madrid um 1500 v. Chr.
II Madrid am Ende des XVI. Jahrhunderts.
III Madrid in der Mitte des XVIII. Jahrhunderts.
IV Madrid von heute:
1 Palacio Real.
2 Catedral.
3 Estación del Norte.
4 Estación del Mediodia.
5 Estación de la Delicias.
6 Casa de Campo.
7 El Retiro ó Parque de Madrid.
8 Puerta de Sol.

sowie Andalusien trockene Steppen bis Salzsteppenländer mit Oasenkulturen und daneben Regenfeldbau, bes. Ölbaum- und Weinpflanzungen. Noch größer wird der Gegensatz zu dem viel feuchteren Portugal und dem geradezu regenreichen Galizien, Asturien und Baskenland im Nordwesten und Norden der Halbinsel; dazu kommen die Randgebirge. Selbst das Tafelland wird noch von dem Alt- und Neukastilien trennenden Scheidegebirge und den Bergen von Toledo durchzogen, die doch recht trennend wirken. Demgemäß neigten die verschiedenen Landschaften sehr dazu, ihre eigenen Wege zu gehen, zumal die Küstenländer starke überseeische Beziehungen besitzen und mehr nach den Gegenküsten als nach dem Zentralgebiet schauen. Portugal ist ja tatsächlich ganz seine eigenen Wege gegangen. Spaniens Königreich entstand aus einer Verschmelzung mehrerer Reiche. Am wichtigsten war einmal die Vereinigung von Castilien und Leon, sodann die der beiden genannten Staaten mit Aragon im Ebrobecken. Die einzelnen, ursprünglich selbständigen Reiche hatten ihre Sonderrechte — Fueros —, über deren Aufrechterhaltung sie eifersüchtig wachten. Diese Sonderpolitiker hießen Communeros.

Höchst ungünstig wirkte auf Spanien die Regierungszeit von Karl V. Selbst nur ein halber Spanier, in Flandern geboren, hielt er sich nur zeitweilig in Spanien auf. Er war mehr deutscher Kaiser als spanischer König. Demgemäß lockerte sich wegen der Sondergelüste der Communeros das Gefüge des spanischen Staates bedenklich. Philipp II., Karls Sohn, ein Monarch, dem man hinsichtlich seiner Willensstärke, seinem Streben nach Einfachheit, seiner rücksichtslosen Selbstaufopferung für sein Land am besten mit Friedrich Wilhelm I. vergleichen könnte, setzte mit aller ihm zur Verfügung stehenden Macht, oft den Widerstand gewaltsam brechend, eine Zentralregierung durch, der sich die Einzelkönigreiche zu beugen hatten. Um diese Zentralgewalt durchzusetzen, brauchte er eine zentral gelegene Hauptstadt. Zweifellos lag dafür Toledo sehr günstig, aber als ehemalige Hauptstadt eines selbständigen Staates war diese Stadt ein Bollwerk der Communeros, und sich mitten in den Rachen des Löwen zu setzen, war nicht angängig. Aranjuez lag wohl zu nahe an Toledo, leidet auch unter Überschwemmungen des Tajo. So fiel die Wahl auf das unscheinbare Landstädtchen Madrid, das ja schon einmal der Sitz der Cortes gewesen war. Es hätte aber jedes andere Städtchen zwischen Tajo und Guadarrama auch sein können.

Für die Wahl zur Hauptstadt waren also nicht geographische, sondern politische Bedingungen maßgebend. Man kann die Verhältnisse mit denen in Australien vergleichen. Als Bundeshauptstadt wählte man dort nicht eine bestehende Großstadt, sondern schuf einen ganz neuen Ort.

Mit der Verlegung der Zentralregierung nach Madrid wuchs die Stadt rasch. Während der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts erreichte sie 3000 Häuser mit





Karte 2. **DIE LAGE MADRIDS INNERHALB DER IBERISCHEN HALBINSEL.**
I Die regenreichen Randlandschaften. II Portugiesisches Übergangsgebiet. III Andalusisches Tieflandgebiet. IV Südspanisches Festungsgebiet. V Östliche Randlandschaft. VI Ebrobecken. VII Zentrales Tafelland.

33000 Einwohnern. Die alte Burg verwandelte sich in das Königliche Schloß. Der Westrand der Stadt fiel mit dem Rand der Tafel am Manzanarestal zusammen. Von da ab bildete sie etwa einen Halbkreis, der durch die heutigen Namen Puerta Latina, Cerrada und Guadalajarra bezeichnet wird (Karte I). Das war etwa der Umriß von 1500. Als die Stadt wuchs, dehnte sie sich bis zur Puerta del Sol, San Martin und San Damingo aus. Sie schob sich über die ebene Tafelfläche und die das Plateau zerschneidenden Schluchten hinweg. Allein das Äußere der jungen Hauptstadt entsprach nicht der Hauptstadt jenes Riesenreiches, in dem die Sonne nie unterging. Trotz des glänzenden Hofes im 17. Jahrhundert unter Philipp III. und IV., trotz der rauschenden Feste und der Anwesenheit des reichsten Adels der Erde blieb Madrid ein schmutziges, engstraßiges, elendes Nest. Warum? Wegen der Steuerpolitik! Große Häuser wurden mit hohen Abgaben

bedacht. Aus Widerspruchsfanatismus baute man deshalb kleine, niedrige Häuschen, die der Volkswitz „Boßheitshäuser" — Casas de malicia — nannte. Trotz dieses miserablen Aussehens und des traurigen Ruhmes der schmutzigsten Residenz Europas wuchs Madrid nach Osten, Norden und Süden und erreichte nicht nur nach Osten hin die Schlucht, die nach Süden gerichtet zu den Atochatälchen herabstieg, sondern schob sich noch darüber hinaus. Diese Schlucht wurde für die Ausgestaltung der Stadt entscheidend. Denn dort entstand ein langer Zug von Parkanlagen und öffentlichen Gebäuden, der Paseo de Prado, de Recoletos und später noch weiter nördlich der Paseo de Castellana.

Aber auch auf der Südseite zog sich die Stadt über die Hänge und Sohlen der Täler hin. So hatte denn um 1800 die Stadt die Gestalt eines Rechteckes. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts hatte nun aber eine neue Periode eingesetzt. Zwar waren schon früher größere Plätze im Innern der Stadt entstanden, so namentlich an ehemaligen Toren, auch hatte z. B. Philipp III. einen großen Platz, die Plaça Mayor, sogar in der Altstadt angelegt, auf dem jetzt noch sein Denkmal steht. Allein erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts schritt man dazu, größere Straßenzüge durchzubrechen. Die meiste Arbeit leistete indes während der französischen Besetzung Joseph Bonaparte, der deshalb den Spitznamen „Rey Plazuélas" erhielt. Die meisten der breiten, im großen Ganzen radialstrahlig angeordneten Straßenzüge und viele der Plätze entstanden damals, und bemerkenswerterweise wählte man mit Vorliebe die Einsenkung der ehemaligen Schluchten zur Anlage der großen Straßen, z. B. die Calle de Segovia, del Arenal, de Toledo und Embajadores (Karte I).

Als Willkomm in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in Madrid war, bot die Stadt noch einen ganz eigenartigen Anblick. Sie war gleichsam als Fremdkörper in die Steppen- und Felderfläche hineingestellt, und der von auswärts kommende Reisende befand sich beim Betreten der Stadt plötzlich in dem lebhaftesten Straßenleben. Das Fehlen von Vororten war die Ursache des Fehlens eines Überganges. Madrid war eben einst ein einsam in der Steppe daliegendes Landstädtchen, ohne Siedlungen in der Nähe.

Zu Willkomms Zeiten bot die Stadt im wesentlichen denselben Anblick wie heutzutage — abgesehen natürlich von den damals noch nicht vorhandenen neuen Stadtteilen. Stolz erhob sich das Königliche Schloß (Abb. 1.) am Rande des Manzanarestales, das größte Schloß der Welt, und ihm gegenüber die Kathedrale. Allein, statt der prachtvollen königlichen Gärten, die sich heute auf dem Osthang des Tales zum Fluß herabziehen, stand dort das armseligste, schmutzigste Viertel mit zerlumptem Proletariat. Von dem Schloß aber zog sich bereits der Hauptstraßenzug durch die Calle de Arenal über den Platz Puerta del Sol zu der überaus breiten Calle de Alcala (Abb. 2) bis zu dem langen Zug der Paseos im



Osten. Dort standen schon die Gartenanlagen und Denkmäler, die Brunnen und Museen, große öffentliche Gebäude und der Botanische Garten.

Auch heutzutage ist die Altstadt noch gut erkennbar. Mögen ihre heutigen Straßen auch weit breiter und gerader sein als zur Blütezeit Spaniens im 16./17. Jahrhundert, eng und winklig sind sie immer noch, wenn man sie mit den modernen Stadtteilen vergleicht, die seit den letzten Jahrzehnten entstanden sind, Stadtteile mit breiten, sich senkrecht schneidenden Straßen, mit Trambahnen, Fabrikanlagen und allen sonstigen Erscheinungen in der Peripherie moderner Großstädte. Selbst Vororte sind entstanden, nämlich am Ende von Tramlinien, und als Glanzstück des jüngsten Madrids der prachtvolle, ca. 1,2 km lange Parque de Madrid oder Buen Retiro (Abb. 3) genannt, mit Teichen und Parkanlagen. Zwei Bahnhofsanlagen bewältigen den Verkehr nach allen Seiten. Im Süden, im Atocha-Tal der Atocha-Bahnhof für den Süden, Osten und Nordosten, daneben die Estacion de las Delicias für den Westen, dagegen im NW, in der Tiefe des mit Parkanlagen erfüllten Manzanarestales, die Estacion del Norte. Selbst auf das Westufer des Manzanares haben sich die Vororte geschoben nebst Kirchhöfen und der Casa de Campo, einem königlichen Park mit Anlagen, Teichen und Lustschloß. Von der westlichen Uferhöhe, am Cementerio bei San Isidro, aber hat man den schönsten Überblick über die Stadt, die sich jenseits des grünen Tales oben auf der Höhe entlang zieht, während das Königliche Schloß und die Kathedrale im Mittelpunkt des Stadtbildes liegen (Abb. 4).

Madrid ist heutzutage eine schöne Stadt, nicht wegen alter Kirchen und Paläste von architektonischem Werte, aber die Stadt ist reich an modernen, stattlichen Gebäuden, reich an Denkmälern, Brunnen, Parkanlagen, sauber und elegant, mit lebhaftem Straßenleben.

Und nun noch ein Wort über die Bevölkerung!

Sie war bereits zu Willkomms Zeit weit weniger originell als in den anderen spanischen Städten. Damals trug man schon überall die „französische Tracht". Für die heutige Zeit gilt das noch weit mehr, und doch darf man eine stadtlandschaftliche Beschreibung Madrids nicht schließen, ohne des Volkslebens auf der Straße zu gedenken und an den „Paseo" zu erinnern, der zwischen 6 und 8 Uhr abends auf den Hauptverkehrsstraßen der Altstadt stattfindet. Auf jedem Bürgersteig schiebt sich ein dunkler Menschenstrom entlang, die Damen in schwarzen Kleidern, keineswegs selten mit hohem, kunstvoll geschnitztem Schildpattkamm und kokett darüber gelegter Mantilla, während auf den breiten Straßenzügen in Autos und Wagen die wohlhabenderen und vornehmeren Madileños die nach des Tages Hitze so willkommene Erholung und Kühlung suchen und gleichzeitig den Wunsch befriedigen zu sehen und gesehen zu werden. Wir denken bei dem Anblick eines solchen Paseo aber auch an das für den Süden so unpraktische

nordische Haus mit seinen heißen Etagenwohnungen und an das alte Atriumhaus mit seinem abgeschlossenen Familienleben, und fragen uns, was wohl besser war.

An Festtagen, bei der Ausfahrt zu einer Corrida, d. h. einem Stiergefecht, entfaltet sich das Straßenleben wohl am lebhaftesten, und dann hat man am besten Gelegenheit, die schönen Madrileñerinnen in ihrer graziösen Haltung, in dem kleidsamen Kopfputz mit Kamm und Mantilla, sowie die kühnen Stierfechter in ihrer bunten malerischen Tracht zu bewundern.

Madrid ist schön als moderne Residenz, interessant wegen des malerischen Straßenlebens und vor allem für den Kunsthistoriker von geradezu grundlegender Wichtigkeit. Nicht nur die spanischeKunst — Velazquez, Murillo, Ribeira usw.— nein, auch die der Niederländer ist nirgends besser als in dem Prado-Museum Madrids zu studieren.

ERNST SAMHABER:
DIE MILITÄRREGIERUNG IN CHILE

Durch die ganze Welt geht die Krise des Parlamentarismus. Das Beispiel Spaniens lehrt, daß nicht nur die am Weltkrieg beteiligten Staaten in dieser Krise stehen, daß sie in demselben Maße auch in den neutralen Staaten auftritt. Jetzt hat auch in Chile eine nicht verfassungsmäßige Bewegung, die wie in Spanien vom Militär ausging, die Regierung in die Hand genommen und die Kammern aufgelöst.

Diese Bewegung kam nicht überraschend — ihre Anfänge und tieferen Ursachen reichen weit zurück und sind auch vielfach in der eigenartigen Stellung Chiles begründet. Die Längenausdehnung der Republik, die in ihrem Verhältnis zu der geringen Breite des Landes beispiellos auf der Erde ist, erweckt bei jedem, der die Republik nicht kennt, die Frage, wie bei einer derartig ungünstigen Form ein geschlossener Staat möglich ist. Andere große amerikanische Republiken, vor allem die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Brasilien, erscheinen viel eher für eine Zentralregierung bestimmt, und sie sind föderalistisch, während Chile ein einheitlicher Staat ist. Wenn man noch bedenkt, daß das Land durch Querriegel die von den Hochenden zur Küstenkordillera vorspringen, wie in einzelne Stücke zerschnitten wird, so wird das Eigenartige noch unterstrichen.

Die Wurzel für den einheitlichen Staatswillen in Chile muß man in dem fruchtbaren Längstal suchen, das sich ungefähr von der Hauptstadt Santiago bis Chillan erstreckt, das „eigentliche“ Chile. Hier wurzelt die politische Macht seit der Befreiung, hier liegt auch in der Landwirtschaft der Reichtum der Nation. Um diese Zentralzone herum gruppieren sich die Randgebiete. Das ist der Norden, also zunächst die nördlichen Provinzen bis Antofagasta, welche die ungeheuren Salpeterschätze bergen, von denen Chile bis in die Zeit vor dem Kriege gezehrt hat, die allein alle Staatsausgaben gedeckt haben, und dann die Provinz Coquimbo mit ihrem Erzreichtum, an die sich dann die Provinz Aconcagua anschließt, die sich vor allem von Viehzucht ernährt. Weiter müssen wir der Zentralzone die Küste gegenüberstellen, vor allem die bedeutendste Hafenstadt Valparaiso mit ihrem Hinterland, dem sehr fruchtbaren und reichen Aconcaguatal. Zu ihr rechnen wir auch die Provinzen Maule, Concepcion und Arduco, da sich diese Provinzen in Gegnerschaft zur Zentralzone befinden. Als letztes Randgebiet zeigt der Süden ein ganz anderes Bild. In seinem Norden, an der alten Indianergrenze, zeigt er überwiegend Kleingrundbesitz, dort liegt die sich rasch und hoffnungsfroh entwickelnde Stadt Termaco, weiter im Süden mit dem Zentrum Valdivia sehen wir eine aufstrebende Industrie, dann mit dem Zentrum Osorno überwiegend Großgrundbesitz. Der äußerste Süden, Chiloe und Magellanes sind zu wenig ent-



wickelt, um eine nennenswerte Rolle zu spielen, Punta Arenas wirtschaftlich zu sehr nach Buenos Aires tendierend, um im chilenischen politischen Leben eine Rolle zu spielen.

Die politische Macht liegt nun in der Zentralzone, in den Händen der konservativen Partei. Da es in Chile keine Trennung von Staat und Kirche gibt, so ist hier der wichtigste Träger des konservativen Geistes der Klerus und die Landwirtschaft. Die Partei vertritt die Forderungen des Agrarlandes, vor allem den scharfen Schutzzoll gegen das billige argentinische Fleisch und Vieh. Sie verlangt vor allen anderen Parteien die Zentralisierung in der Hauptstadt Santiago. Sie hat im pazifischen Krieg die Salpeterprovinzen Peru entrissen und so ihrer Unternehmungslust in der Minenspekulation ein Tätigkeitsfeld geschaffen, das zugleich den ganzen Staatssäckel zu tragen in der Lage ist. Sie vertritt aber auch den Kampf gegen die Landwirtschaft im Süden, die der Zentralzone gefährlich werden könnte, sucht durch Verhinderung von Verbesserungen im Eisenbahnbetriebe die Konkurrenz zurückzudrängen, durch Ausbau des Hafens von San Antonio sich von Valparaiso freizumachen und einen günstigeren Weg zum Meer zu verschaffen.

Der Norden ist, wie sich das aus der Zusammensetzung seiner Bevölkerung vor allem aus dem Minenproletariat ergibt, stark sozialistisch und kommunistisch. Auch die landwirtschaftlichen Gegenden, vor allem Coquimbo, sind äußerst arm und fristen nur mühsam von Ziegenzucht ihr Leben, so daß auch hier radikale Lehren ein geneigtes Ohr finden.

Die Küste ist, wie sich aus ihrem Charakter als Handelsmittelpunkt ergibt, liberal, die Arbeiterschaft vor allem der Häfen stark links, das landwirtschaftliche Hinterland stark rechts gerichtet. In Valparaiso und dessen Umgebung wohnt eine einflußreiche Geldaristokratie, die es bisher zu verhindern wußte, daß der Hafen von San Antonio ausgebaut wurde, hier liegt mit dem Sitz der ausländischen Banken, Importhäuser und Salpeterminendirektionen der finanzielle Schwerpunkt der Republik, der durch die Herrschaft der dortigen Börse über den Devisenmarkt und der damit verbundenen Spekulation noch unterstrichen wird.

Der Süden ist „oppositionell“ und hat sich daher der radikalen Partei angeschlossen. Der Kampf gegen Santiago, den sich bildenden „Wasserkopf“, der für alles Unheil verantwortlich gemacht wird, der Kampf für bessere Eisenbahn- und Verkehrsverhältnisse, der Kampf für ein Verbleiben der dort aufgebrachten Steuern in der Provinz und der Kampf gegen die Verschönerung und den Ausbau der Hauptstadt auf Kosten der Randgebiete ist sein Programm, in dem er sich mit der sonst so anders gearteten radikalen Partei zusammengefunden hat. Unterstrichen wird der Gegensatz zur herrschenden Partei noch durch den Gegensatz der protestantischen Deutschen im Süden zum Klerikalismus.

Alle mit der Herrschaft der Konservativen Partei unzufriedenen Elemente, zu



denen außer den gekennzeichneten alle die aufstrebenden und widerstrebenden, vor allem in Fragen der Weltanschauung andersdenkenden, Kreise gehören, sie sammelten sich in der großen „Allianza liberal". Diese umfaßte alle linksgerichteten Parteien von den Linksliberalen bis zu den Demokraten, die den deutschen Mehrheitssozialisten entsprechen. Die Kommunisten blieben außerhalb, sie spielen aber im politischen Chile so gut wie keine Rolle. Die in der „Union Nacional" zusammengefaßten gegnerischen Kreise, die Rechtsliberalen, die Nationalisten und die Konservativen, konnten es nicht verhindern, daß die „Allianza" von Sieg zu Sieg schritt, zunächst unter Aufbietung aller zur Verfügung stehender Mittel, unter deutlicher Drohung mit gewaltsamem Umsturz, zunächst ihren Präsidenten und dann unter vielfacher Wahlbeeinflussung im März dieses Jahres ihr genehme Kammern durchdrückte. Der Mann, der als anerkannter Führer die Allianza schonungslos zum Siege führte, war der Präsident Arturo Alessandri, zweifellos ein hervorragender Kopf, dabei grenzenlos ehrgeizig und rücksichtslos, sei es in seinen Versprechungen, sei es im politischen Kampfe. Mit seiner Regierung sollten die „neuen Männer" kommen, sollte mit dem Schlendrian und der Mißwirtschaft aufgeräumt werden.

Nun traf Alessandri im Jahre 1920, als er zum Präsidenten gewählt wurde, die ungünstigsten Verhältnisse an. Die Beendigung des Weltkrieges und die wirtschaftliche Depression lähmten den Salpeterexport, die unglückliche Mobilisierung seines Vorgängers gegen Peru hatte große Schulden mit sich gebracht. Ohne die Salpetersteuern war Alessandri gezwungen, immer neue und neue Schulden zu machen, das Land sank wirtschaftlich, sein Wechselkurs wurde so schlecht, wie er noch nie gewesen war.

Der Präsident stützte sich vor allem auf die Radikalen und die Linksliberalen. Es waren vor allem die jungen Kräfte, die zur Macht wollten, es waren Studenten, Intellektuelle, Advokaten, alle jene politische Kliquen, deren Ehrgeiz mühsam Stellungen anstreben muß, die anderen einfach durch die Geburt freistehen. Alessandri war Advokat, seine Freunde sind wenig mit der Landwirtschaft, sehr viel aber mit dem Handel, der Industrie und vor allem der Börse verbunden. Viele jene Glücksritter, Börsenspekulanten und Industriekapitäne, die eine politische Rolle spielen wollten, und die in der konservativen Partei nicht gebührend geachtet wurden, sahen in ihm ihren Mann.

Während des Weltkrieges, als Chile von den Industriegebieten abgeschlossen war, hatte sich eine hoffnungsfrohe Industrie entwickelt, mit dem Sitz vor allem in Santiago. Damit war in der Hauptstadt selbst ein neues einflußreiches Element entstanden, das der konservativen Partei entgegengerichtet war, und das nun eine Stütze der radikalen Partei wurde.

Santiago gewinnt immer mehr und mehr an Bedeutung. Schon immer war es

der Aufenthalt der Grundaristokratie der Zentralzone, jetzt zog es aber auch immer mehr und mehr die anderen Kräfte, vor allem die ausländischen Häuser aus Valparaiso und dem Norden, aber auch die wichtigsten Elemente aus dem Süden an sich. Und alle diese Elemente, die nach der Hauptstadt strömten, suchten sich zu entfalten, suchten vor allem politisch eine Rolle zu spielen. Vielfach war aber der Ehrgeiz mit einer gewissenlosen Ausbeutungssucht verbunden.

Anstelle, daß die Mißwirtschaft aufhörte, wurde sie immer schlimmer. Der Präsident hatte seinen Wählern und Freunden zu große Versprechungen gemacht, er konnte sie nicht mehr zurückhalten, selbst wenn er gewollt, und nun suchten die politischen Emporkömmlinge sich so schnell wie möglich zu bereichern und die Früchte ihrer Herrschaft zu ernten.

Es setzte eine unsinnige Spekulation ein, es wurden über eine Milliarde Pesos (100 Millionen Dollars) Schulden gemacht, das Defizit im Haushalt von 110 Millionen Pesos sollte durch Papiergeldausgabe gedeckt werden. Statt zu beschwichtigen übertrieb die Regierung den Ernst der Lage, der Finanzminister wollte ein Sinken des Wechselkurses. Dabei konnten die Staatsbeamten und darunter das Offizierkorps monatelang nicht bezahlt werden, da kein Geld da war. Da griff das Militär ein.

Die äußerliche Veranlassung war, daß die Volksvertretung sich sehr bedeutende Diäten bewilligte, Millionen, die sofort ausgezahlt werden sollten, während dem Heer jede Solderhöhung, die durch den verschlechterten Wechseskurs und die damit verbundene Teuerung unbedingt notwendig wurde, abgelehnt wurde.

Zunächst versuchten die Offiziere der Garnison Santiago durch Erscheinen im Senat stillschweigend einen Druck auf die Kammer auszuüben, als dennoch die Diätenfrage durchging, forderten sie mit allem Nachdruck vom Präsidenten sein Veto und ließen an ihrer Entschlossenheit keinen Zweifel. Ein Versuch, die Marine gegen das Heer auszuspielen, scheiterte an der Haltung der Marineoffiziere. Da räumte die Kammer das Feld. Sie erklärte sich bereit, die Verantwortung dem Militär zu überlassen, nahm in Bausch und Bogen alle ihr vorgelegten Gesetze an und ließ sich ohne Widerspruch auflösen. Der Präsident legte auf Verlangen sein Veto gegen die Diätenvorlage ein und dankte ab. Ein neues Kabinett wurde gebildet, in dem fast ausschließlich angesehene Zivilisten erscheinen, nur eine „Junta Militar" überwacht alle seine Schritte, ohne nach außen die Macht anszuüben. Damit war mit vorbildlicher Ruhe und Selbstverständlichkeit eine große Revolution durchgeführt.

Die neuen Männer genießen weithin Vertrauen. Das zeigte sich sofort an der Bereitwilligkeit der Privatbanken, große Kredite bereitzustellen, so daß die Staatsbeamten sofort bezahlt werden konnten, was sicher sehr zur Stützung des Ansehens der neuen Regierung beitrug.



Wenn wir nach der geopolitischen Bedeutung des Ereignisses fragen, so handelt es sich wohl im Großen gesehen um neues Emporsteigen der Macht der Zentralzone gegen die auflösenden Kräfte der Randgebiete. Die Zentralzone stellt mit ihrem „roto", dem einfachen Landarbeiter, das wichtigste und beste Material für die Armee, sie will jetzt durch Einführung einer sparsamen, ehrlichen und vorbildlichen Regierung die Republik wieder zu einem emporstrebenden und reichen Lande machen, das auch in außenpolitischen Fragen wieder stark auftreten kann, nachdem es durch Mißwirtschaft bereits stark in die finanzielle und politische Macht des Auslandes gekommen war.

HERMAN GEORGE SCHEFFAUER:

DER KU KLUX KLAN

Als die Nordstaaten die Südstaaten im großen Bürgerkrieg besiegt und die blauen Armeen sich zurückgezogen hatten, da wurde das besiegte weiße und das befreite schwarze Volk von gierigen Horden von Parasiten und Ausbeutern überflutet. Die meisten trugen ihr Hab und Gut und auch ihre Beute in Reisetaschen, die aus bemustertem Teppichstoff hergestellt waren, weshalb man ihnen den Namen "carpet-baggers" gab. Dieser Schwarm von Schwindlern, Abenteurern und Winkeladvokaten saugte die kriegsgeschwächte weiße Bevölkerung aus, und die hilflosen Massen der befreiten Sklaven fielen ihnen leicht zum Opfer. Um diese Invasion zu bekämpfen, wurde im Süden der Ku Klux Klan organisiert. Der Klan war eine Art Femgericht, das rücksichtslos gegen diese Scharen vorging und das Land bald von ihnen säuberte. Die Macht des Klans wuchs derartig heran und wurde schließlich so sehr mißbraucht, daß sich die Regierung genötigt sah, gegen diese Geheimorganisation einzuschreiten, und sie wurde als eine unbequeme, ungesetzliche Nebenregierung aufgehoben.

Der Ku Klux Klan von heute hat nur den mystischen Namen, das gespensterartige Kostüm und den lächerlich-feierlichen Hokus-Pokus der ursprünglichen Organisation übernommen. Er ist nicht mehr auf die Südstaaten beschränkt, sondern hat sich über das ganze Land ausgebreitet. Seine Ziele sind auch andere geworden, aus einer defensiven Einstellung ist eine offensive geworden — man darf die ganze Bewegung als eine Art amerikanischen Faschismus auffassen. Er ist ein Produkt des Krieges und der Nachkriegszeit und ein Erbe des historischen "Knownothingism", der sich vor zwei Generationen in Amerika gegen alles Ausländische breitmachte. Der Ku Klux Klan vertritt den „hundertprozentigen" Amerikanismus, und wie "The American Legion", deren Mitglieder aus früheren Soldaten der amerikanischen Armee bestehen, ist er von einem fanatisch-angehauchten Nationalismus erfüllt. Er stellt eine Regierung neben oder auch über der Landesregierung dar und maßt sich die Rollen der Polizei, des Richters und des Strafvollziehers an.

Äußerlich beutet der Klan den Trieb zum sporthaften, melodramatischen, der dem Durchschnittsamerikaner angeboren ist, aus — jenen Hunger nach dem Ungewöhnlichen, dem Zirkusartigen, nach Macht und Auszeichnung der großen undifferenzierten Masse gegenüber. Die Sprache und die Namen, die phantastische Kleidung, die geheimnisvollen Verschwörerzeremonien, Einweihungen und Zusammenkünfte befriedigen seine Begierde nach neuen Sensationen. Die Klansmänner verkleiden sich nämlich in lange weiße Gewänder, mit Mönchskapuzen, aus denen schwarze Augenlöcher drohen — wie bei den Brüdern der Misericordia

oder den bayerischen Gugelmännern. Dieses geisterhafte Gewand wurde vor sechszig Jahren erfunden, um den abergläubischen und rebellischen Negern Schrecken einzujagen und eine bequeme Anonymität zu bewahren. Das Zeichen des Klans ist das „flammende Kreuz“ — denn er ist stark orthodox christlich. Das Haupt der sämtlichen Klans wird, nach der unsinnigen Wortspielerei, die in seinem Bereich herrrscht, der "Imperial Wizard" genannt, die Versammlungshallen des Klans eine "Klavern", die Führer "Grand Kleagles", ihre Feste und Zusammenkünfte "Koloros". Der Geheimbund hat sein offizielles Organ, das in vielen Städten herausgegeben wird — "The Fiery Cross".

Der Ku Klux Klan kündigt natürlich sehr hochtrabende und edelklingende Ideale an, die einem wie ein Überbleibsel der wilsonischen Rhetorik und der offiziellen Propapanda der Kriegszeit vorkommen. Es soll die Sicherheit der Republik gewährleistet und die Fehde an alle ihre Feinde erklärt werden. Es soll die „von Gott vorgesehene Vorherrschaft der angelsächsischen Rasse“ in Amerika erhalten und verteidigt werden, sowie die der christlichen Religionen – aber nur die protestantischen, und unter diesen wiederum hauptsächlich nur die Methodisten, Baptisten und Presbyterianer. Der Klan bekämpft die katholische Kirche, in deren Ausbreitung und musterhafter Organisation er eine staatsgefährliche Macht erblickt. Er bekämpft jeglichen politischen Einfluß der Neger und besteht darauf, besonders im Süden, daß ihre politische Entrechtung aufrechtgehalten wird, obgleich dies gegen die Verfassung und die den Negern gesetzlich zugesprochenen Rechte ist. Er richtet sich gegen das Judentum und predigt einen scharfen und bigotten Antisemitismus, der durch offene und unterirdische Kanäle sich im ganzen Lande äußert. Der Klan ist auch der Todfeind des Bolschewismus und bekämpft alles „Rote“ oder Radikale, das sich politisch oder wirtschaftlich entwickelt. Dadurch erhält er eine nicht unbedeutende Unterstützung durch die Plutokratie, der diese Lynchjustiz zur Aufrechthaltung ihrer Eigenmacht sehr willkommen ist.

Der Ku Klux Klan ist nicht nur vom engherzigsten Nationalismus, sondern auch von jenem Nativismus erfüllt, der sich stets gegen den Ausländer gewendet hat und in dem starren, mechanisierten „Amerikanisationsprogramm“ der Yankee-Chauvinisten und gewisser Regierungskreise seinen formulierten, dogmatischen Ausdruck findet. Jede Eigenart der ausländischen Sprache, Sitte oder Kultur muß ausgemerzt werden und alle Staatsbürger mit dem Stempel des stereotypen, „normalisierten“ Amerikanertums geprägt — denn jede Abweichung ist geistige Auflehnung gegen das große Ideal. Obgleich er nach dem Krieg organisiert wurde, ist es selbstverständlich, daß auch der Deutschenhaß noch in schlimmster Weise in den Scharen des Klans weiterspukt. Letzter Zeit scheint aber die Ordre ergangen zu sein, daß das deutsche Element als Teil der großen, einzig überle-

genen Rasse der "nordic blonds" eine gewisse Vorzugsstelle auf dem Index des Klans genießen soll.

Auch spielt sich der Klan als Hüter der öffentlichen Sitten, besonders der vielgerühmten „Heiligkeit des amerikanischen Familienlebens" auf. Das mag in dem heutigen, von einem wilden hedonistischen Geist durchdrungenen Amerika auch eine gewisse Berechtigung haben. In der Ausübung dieses von ihm selbst sich auferlegten Amtes offenbart er jenen alt-hebräischen Eifer der Bestrafung, jene Härte und Intoleranz, die charakteristische Merkmale der degenerierten puritanischen Natur sind, und sich oft in einem gewissen Massensadismus äußern. Ein Mädchen oder eine geschiedene Frau verkehrt vielleicht mit diesem oder jenem Mann oder mit mehreren. Sie erhält eine Warnung, den Ort zu verlassen. Achtet sie nicht darauf, wird sie gewaltsam vertrieben, ausgepeitscht oder sie wird ausgezogen und mit heißem, flüssigem Teer übergossen und dann in Federn gerollt. Der Fall der Miß Grandon von Meyersville, der neulich ganz Amerika mit moralischer Entrüstung und erotischem Prickeln erfüllte, ist kein ungewöhnlicher. Der Ku Klux Klan trat sofort auf und bedrohte Richter und Grand Jury. Ein Mann erlaubt sich einige Freiheiten auf sexuellem Gebiet oder ist eines Mangels an Patriotismus verdächtig. Sein Haus wird nachts von einem Mob dieser weißbekleideten Femgerichtler umgeben, er wird aus dem Bette geschleift, in einen Kraftwagen geworfen, nach einem Wald geführt, im Licht der Scheinwerfer des Autos oder der Autos (denn manchmal fährt die ganze Rotte in Kraftwagen zum Spiel) an einen Baum gebunden, grausam durchgepeitscht und eventuell, nachdem er die amerikanische Fahne geküßt hat, mit den beliebten Teer und Federn bedacht. Vor kurzer Zeit wurde ein halbtoter Mann aufgefunden, dem die drei Buchstaben K. K. K auf der Brust eingebrannt waren. Friedliche Menschen, die anderer Gesinnung als der Klan sind, werden verfolgt, bedroht und drangsaliert.

Der Geist, der aus dem Ku Klux Klan und hinter der Maske des Patriotismus spricht, ist der des Hasses, der Intoleranz und des Fanatismus, verbunden mit dem grotesken, halb-kirchlichen Kultus, der die feigen Ausschreitungen der bewaffneten und organisierten Vielen gegen den hilflosen Einzelnen den Schein einer gewissen moralischen Autorität geben soll. Die Blüten dieses Geistes lesen sich wie die Auswüchse der wüstesten Zeitungsfehden und des Revolverjournalismus aus der Periode des wilden Westens — wie z. B. das Folgende zeigt, das aus der offiziellen Klanzeitung "The Fiery Cross" von El Paso, Texas, entnommen ist:

„Auf ihrem Rückwege zum Klavern begegneten die Klansmänner einem typischen Vertreter jener elenden und unerwünschten Klasse von Individuen, die man schon so lange als eine Gefahr für Amerika und seine Einrichtungen erkannt hat. Man konnte ihn leicht durch den leeren Ausdruck der Unwissenheit, der sich seinem Gesicht aufprägte, als Ausländer erkennen und durch die Anmaßung

und Frechheit, mit der er in die Gesichter der vorbeiziehenden Klansmänner grinste. Das teuflische Glotzen seiner Augen schien auf seinem sonst ausdruckslosen Gesicht jene mörderischen Gedanken, die seine Seele verwüsteten, widerzuspiegeln. Aber er war allein, und diese Sorte Menschen arbeitet gewöhnlich nur in Haufen, denn sie sind im Herzen nur Feiglinge."

Dieser Ausbruch seitens des größten organisierten, anonymen Memmentums der Vereinigten Staaten, entbehrt durch seine unbewußte Ironie nicht einer gewissen Komik.

Die Mitgliederschaft des Klans besteht zum größten Teil aus bürgerlichen Elementen, aus jenen Kreisen des amerikanischen Spießbürgertums, die sich als hundertprozentige, „rotblütige" Amerikaner brüsten — Besitzer von Vorstadtvillen und Automobilen, kleine Geschäftsleute, Land- und Häusermakler, Lebens- und Feuerversicherungsagenten und dergleichen, darunter aber auch viele hochstehende Kaufleute, Advokaten und Ärzte, "representative citizens" — die sich unter der Decke der Anonymität diesen modernen Femgerichten anschließen, und die wahrscheinlich auch glauben, daß sie sich dadurch zu Schirmherren des Gesetzes und der Ordnung erheben. Mancher faßt dieses Treiben im patriotischen, mancher im romantischem Sinne auf, und mancher tritt dem Klan bei, wie er irgend einer von den vielen andern Gesellschaften und Geheimlogen beitritt, irgend einem Orden, die mit ihren bunten Abzeichen, ihren wichtigtuerischen Festen und ihren imposanten Umzügen einen so wesentlichen Teil des amerikanischen Geschäfts- und Gesellschaftslebens ausmachen.

Das Geheimnisvolle lockt, das von dem Klan ausströmende Machtgefühl befriedigt den Minderwertigkeitskomplex dieser im Einzelnen genommenen harmlosen, ängstlichen und naiven, halbgebildeten Menschen. Die Würden und Titel, die vom "Imperial Wizard" herunter bis zum einfachen Mitglied und Türschließer alles mit einem Schein von pseudo-religiöser Feierlichkeit umgeben, üben auch ihren Zauber aus. Die spannenden, aufregenden Verfolgungen bei Nacht und die Paraden mit dem „flammenden Kreuz", Bannern und vollen Insignien bei Tag, bieten dem nationalistischen Spießer einen großartigen und hochdramatischen Sport. Dazu kommt noch das Gesellschaftliche, und damit verbunden das Geschäftliche, auch Klantaufen, Klanhochzeiten und dergleichen, alles mit interessanten Zeremonien und viel Rhetorik verbunden.

Die Ausschreitungen des Ku Klux Klans und sein Ausbau zu einer großen nationalen Organisation, die schon viele Hunderttausende von Mitgliedern zusammenfaßt, hat die etwas furchtsame und zaghafte Bundesregierung veranlaßt, Schritte gegen den Orden zu unternehmen und auf dessen Auflösung hinzuarbeiten. Bis jetzt hat sich der Klan aber stets stärker als die Regierung, die durch manche versteckten Sympathien mit ihm verbunden ist, erwiesen. Erst als vor kurzer

Zeit ein mutiger Gouverneur in Oklahoma die Staatsmiliz gegen den Klan aufbot, konnte von einer wirklichen Gegenbewegung die Rede sein. Die Sozialisten und die neue Progressive Partei La Follette's sind bisher die einzigen politischen Parteien, die es gewagt haben, diesem Terrorismus in ihren Wahlparolen den Kampf anzusagen.

In der Politik ist der Klan seinem Wesen nach konservativ und reaktionär — der Vorkämpfer vieler veralteter Vorurteile und der bestehenden Gesellschaftsordnung. Sein Wesen, seine Denk- und Kampfart sind feudal, aber ohne eine Spur von Edelsinn oder Großmütigkeit. Seine Anhänger sind Ritter ohne Ritterlichkeit, Verletzer des Gesetzes im Namen des Gesetzes, armselige Clowns in der Tracht weißer Mönche, wohlbeleibte Spießer, die nur zu Dutzenden oder zu Hunderten die Heldenstimmung aufzubringen vermögen, kleinliche maskierte Tartuffes, die in hiflosen Frauen oder in ihnen preisgegebenen Männern das verdammen und bestrafen, dessen sie sich im Verborgenen oft selbst schuldig machen.

Der Ku Klux Klan ist aber eine amerikanische Erscheinung, die für das geistige, politische, nationalistische Chaos, das der Krieg über Amerika heraufbeschworen hat, eine sehr kennzeichnende ist. Die Mentalität und die Instinkte, die dahinter stecken, spiegeln das Europa des Mittelalters, verbunden mit dem dunklen Drang eines neuen amerikanischen Imperialismus, der von dem messianischen Wahn zuerst Amerika und dann die übrige Welt zur moralischen Bekehrung nach puritanischem Muster zu zwingen, ergriffen ist. Organisationen wie der Ku Klux Klan glauben, daß sie sich mit der Knebelung der nicht mehr angelsächsischen Republik zufriedengeben würden. Sie sind aber nur die Vorläufer, der Anfang einer neuen und staatlichen Heiligen Inquisition, die der Menschheit durch Überredung oder durch Gewalt alle Segnungen des hundertprozentigen Amerikanertums bringen möchte.

KARL SAPPER:

DIE TROPEN ALS SIEDELUNGS- UND NÄHRRAUM

Es ist nicht zu verkennen, daß in den gemäßigten Zonen der zur Verfügung der rasch wachsenden Menschheit stehende Nährraum immer enger wird. Wohl sind noch große Flächen unbesetzt und von dem bereits in Kultur genommenen Boden stehen weite Gebiete erst in extensiver Kultur. Es kann also durch Bearbeitung bisher freien Landes und Intensivierung der bereits bestehenden Betriebe eine weit größere Zahl von Bewohnern ernährt werden, als es bisher der Fall gewesen war. Ja, man kann sich vorstellen, daß in Anbetracht der Erschöpflichkeit so mancher mineralischer Dungstoffe bei weit vorgeschrittener Verdichtung der Bevölkerung in den Gebieten der europäischen Kultur die bisherigen Anbaumethoden zugunsten der ostasiatischen verlassen werden könnten und müßten, weil diese vom gleichen Areal mehr Nährstoffe zu ziehen gestatten würden. Aber schließlich wird doch früher oder später die Grenze kommen, über die hinaus die Erträge nicht mehr gesteigert werden können, die also zugleich das Maximum der von den gemäßigten Zonen ernährbaren Menschenzahl bedeuten würde.

Wenn einmal dieser Zeitpunkt gekommen sein wird, so wird man, da die kalten Zonen nur eine äußerst geringe Menschenmenge zu ernähren vermögen werden, seine Hoffnung auf die Tropen setzen, die bei ihrer gewaltigen Ausdehnung und ihren günstigen Wärme- und großenteils auch Feuchtigkeitsverhältnissen die Aussicht auf Rettung bieten.

Diese Rettung kann in zweierlei Weise erfolgen: entweder dadurch, daß der Menschenüberschuß der gemäßigten Zonen in die Tropen übersiedelt, oder dadurch, daß die Tropen einen genügenden Nahrungsmittelüberschuß nach den gemäßigten Zonen schicken.

Beides hat bereits in sehr kleinem Maßstabe eingesetzt; aber trotzdem die Tropenländer schon seit mehr als vier Jahrhunderten in engerer Berührung mit den Ländern der gemäßigten Gürtel stehen, so beschränkte sich die Lieferung tropischer Produkte doch bisher hauptsächlich auf nicht lebensnotwendige Erzeugnisse, wie Gewürze und Reizmittel, Hölzer, Farbstoffe, Sammelprodukte, wozu allerdings allmählich in wachsendem Maße Zucker, Reis und Medizinalpflanzen kamen. In neuester Zeit trat in rasch steigenden Mengen Pflanzenfett hinzu, für dessen Erzeugung die warme Zone besonders geeignet ist. So kommt es, daß im Jahre 1912 nach meiner Berechnung bereits über 10 Milliarden Goldmark tropischer Erzeugnisse nach den gemäßigten Zonen ausgeführt worden sind: an sich eine achtunggebietende Zahl, aber im Verhältnis zu dem Gesamtbedarf der Bewohnerschaft der gemäßigten Gürtel doch eine noch bescheidene Menge, die aber mit der sich verringernden mittleren Siedelfläche in den kühleren Erdgürteln

rasch zunehmen wird. Wenn einmal die Not in den gemäßigten Zonen drückend werden wird, so wird man sich erinnern, daß die Tropen das Reservegebiet für den Rest der Erde sind — eine Tatsache, auf die ich schon 1907 in meiner Tübinger Antrittsrede hingewiesen habe.

Es erhebt sich aber die Frage, in welcher Weise sich die Tropen als solch ein Reservegebiet werden betätigen können: als Siedelungs- oder als Nährraum?

1. DIE TROPEN ALS SIEDELUNGSRAUM

Im Morgengrauen der menschlichen Geschichte waren die Tropen fast ausschließlich von farbigen Völkern bewohnt. Nur die Semiten dürften sehr frühzeitig nach dem Süden Arabiens und Teilen des tropischen Afrika vorgedrungen sein. Die Arier stellten sich in Indien etwa im zweiten Jahrtausend v. Chr. ein; aber der größte Teil derselben ist nunmehr vermischt mit Farbigen und nur die höchsten Kasten haben sich rein zu erhalten vermocht. Es sind das Kasten, deren Mitglieder keinerlei körperliche Arbeit zu leisten haben, namentlich nicht im Freien.

In nachchristlicher Zeit kam das Problem der Besiedelung der Tropen durch Weiße erst im Entdeckungszeitalter wieder auf. Da diese Frage zuerst an südeuropäische, iberische Völker herantrat, die in ihrem Heimatlande bereits an langdauernde Hitze gewöhnt waren, ja, während ihres Sommers sogar höhere Temperaturen zu ertragen hatten, als im größten Teil der Tropen überhaupt vorzukommen pflegen, so gelang das Experiment überraschen gut. Freilich wurden für harte körperliche Arbeit Indianer oder, wo diese ausstarben, Neger herangezogen. Zudem verlegten die Spanier in den meisten Fällen, wo das möglich war, den Schwerpunkt ihrer Tropenkolonien ins gesunde Hochland und erwiesen sich in dieser Hinsicht als die besten Tropenkolonisatoren unter den europäischen Nationen, wobei allerdings zugegeben werden muß, daß die Bevorzugung der Hochländer vielleicht nur instinktiv erfolgte, weil sie eben von ihrer Heimat her gewohnt waren, das politische Zentrum des Staatswesens im zentralen Hochland zu suchen. (Noch leichter als den Südeuropäern gelang die Akklimatisaton den gelben Chinesen, als diese in Hinterindien Fuß faßten.)

Als im 17. Jahrhundert Engländer, Holländer und Franzosen sich in Westindien festsetzten, mißlang der Versuch, weiße Arbeitskräfte bei der Feldarbeit zu verwenden, fast völlig und nur auf kleinen windüberströmten Eilanden konnten sich körperlich arbeitende Europäer generationenlang halten, freilich nicht, ohne deutliche Zeichen der Degeneration aufzuweisen.

Ähnliche Erfahrungen machten die nordeuropäischen Kolonialvölker später in Indien, Australasien und Afrika. In der Hauptsache vermochten sie sich nur vorübergehend in den Tropen anzusiedeln; sie bilden zum überwiegenden Teil nur ein fluktuierendes Bevölkerungelement. Wohl haben nach Kohlbrugges



Untersuchungen in Holländisch-Indien die im Lande geborenen Kinder weißer Eltern zunächst eine günstige Lebenserwartung, aber in der dritten oder vierten Generation sterben die reinblütig bleibenden weißen Familien wieder aus, so daß also von einer erfolgreichen Akklimatisation nicht gesprochen werden kann.

Anders liegen die Dinge bei den Südeuropäern, zu denen übrigens auch die Südfranzosen gehören. Diese vermögen lange Generationenfolgen auch in den Tropen einzuleiten, wie denn in Mittelamerika eine ganze Reihe von Familien sich seit der Eroberungszeit reinblütig und lebenskräftig erhalten hat, freilich in mäßig hohen Wohnlagen, nicht im Tieflande. In bedeutenden Höhen werden selbst Nordeuropäer sich für generationenweise Ansiedlung eignen. Man darf das als sicher annehmen, obgleich die Erfahrung den Beweis noch nicht erbracht hat. Dagegen wissen wir aus Erfahrung, daß Nordeuropäer im tropischen Hochland körperliche Arbeit im Freien zu verrichten vermögen, ohne gesundheitlich darunter zu leiden, namentlich wenn über die Zeit der größten Hitze eine Ruhepause eingeschaltet wird.

Südeuropäer können auch im Tiefland körperliche Arbeit im Freien leisten; aber es hat sich bei den Arbeiten des Panamakanalbaues gezeigt, daß die dort verwendeten spanischen Arbeiter anfänglich den Negern überlegen waren, nach Jahresfrist ihnen aber nachstanden, woraus man erkennen kann, daß im Tiefland der inneren Tropen auch die südeuropäischen Siedler nur eine beschränkte Eignung zur Akklimatisation haben und daß ihre körperliche Leistungsfähigkeit im Laufe der Zeit zurückgeht. Tatsächlich darf man auch annehmen, daß die stark überwiegende Mehrheit der generationenlang in den tropischen Tiefländern ansässigen Südeuropäer jetzt nicht mehr reinblütig ist, sondern die endgültige Eignung für das Tropenklima erst durch Aufnahme von Farbigenblut erkauft haben. In der Tat darf man sich von den verhältnismäßig großen Zahlen von „Weißen" in den Statistiken mancher Tropenländer nicht täuschen lassen, denn vielfach handelt es sich dabei um Weiße, die erst vor kurzem ins Land gekommen sind, oder aber um Individuen, die nur die Höflichkeit des Zählbeamten noch in die Rubrik der „Weißen" einreiht, während ein Unparteiischer das Mischblut auf den ersten Blick erkennen würde.

Wenn wir uns fragen, woher der große Unterschied im Verhalten der Süd- und Nordeuropäer hinsichtlich des Tropenklimas kommt, so muß man wohl an die klimatische Verschiedenheit Süd- und Nordeuropas in erster Linie denken. In ersterem sind der Mittelwärme nach mehrere Monate durchaus tropisch, in letzterem nicht ein einziger, so daß man das leichtere Angewöhnen der Südeuropäer in den Tropen leicht versteht; obwohl einzelne Temperaturen auch in den kühl gemäßigten Zonen tropischen Wärmegraden durchaus gleichkommen, so fehlt dem Nordeuropäer doch die Gewöhnung an langdauernde Wärme, die

eben das Charakteristische des Tropenklimas ausmacht. Es gibt ja wohl unter den Nordeuropäern dann und wann einmal eine wärmeharte Persönlichkeit, die ohne Schaden der Gesundheit und der Spannkraft des Körpers und Geistes langdauernder Hitze gewachsen ist; aber das ist eine Ausnahme. In den meisten Fällen geht die Spannkraft des Körpers und meist noch mehr die des Geistes bei längerem Aufenthalt im tropischen Tiefland rasch zurück, so daß der Betreffende nur durch einen längeren Aufenthalt im Hochland oder aber in der gemäßigten Zone wieder seine frühere Leistungsfähigkeit zurückerlangen kann. Wenn daher Schellong die Ansicht geäußert hat, daß die Akklimatisation des Europäers gleichbedeutend mit seiner Anpassungsfähigkeit an die Malaria wäre, so hat er das thermische Element entschieden unterschätzt (und mit ihm neuerdings Gregory). Gewiß sind die Tropenkrankheiten ein höchst beachtenswertes Hindernis gegen die Ansiedelungsmöglichkeit der Europäer in den Tropen, aber selbst wenn es gelingen sollte, größere Landstriche des Tieflandes ebenso zu sanieren, wie es bei einzelnen Städten und bei der Panamakanalzone hinsichtlich des gelben Fiebers, der Malaria und des Hakenwurms bereits geglückt ist, so würden die Nordeuropäer darum doch noch nicht dieses Klima restlos ertragen können, weil der herabdrückende Einfluß der Dauerwärme sich eben dennoch geltend machen würde.

Zu der klimatischen Bessereignung des Südeuropäers trägt aber zweifellos auch in vielen Fällen die frühere Beimischung von Blut wärmegewohnter Stämme bei, wie Juden, Mauren und Neger, die ja lange Zeit neben den eingeborenen Iberern in Spanien und Portugal gelebt haben.

Überblickt man die bisherigen Darlegungen, so erkennt man, daß der Südeuropäer eine (allerdings beschränkte) Eignung für das Tropenklima besitzt, während der Nordeuropäer derselben entbehrt. Aber auch der Südeuropäer wird schwer tun, auf die Dauer harte Arbeit im Freien zu verrichten, vielmehr wird auch er nach Möglichkeit versuchen, klimagewohnte Einheimische für sich arbeiten zu lassen. Wir sehen also, daß die Tropen höchstens für Südeuropäer ein Kolonisationsgebiet werden können, und daß sie auch für diese nur dann verlockend erscheinen, wenn die Arbeit nicht von den Siedlern selbst ausgeführt werden muß. Für Nordeuropäer kommen nur die Hochländer über etwa 1800 bis 2000 Meter zur Anlage von Dauersiedelungen in Betracht und auch dort entsprechen die tatsächlichen Verhältnisse vielfach nicht den Vorstellungen, die man sich bei uns von den Tropen zu machen pflegt. Wenn ein deutscher Bauer z. B. hört, daß der Mais in Guatemala von der Saat bis zur Ernte in 3000 m Höhe zehn volle Monate benötigt, trotz des Fehlens eines eigentlichen Winters, wegen der häufigen langdauernden Nebel und Regen und des Fehlens langer Tage, und daß zudem vielfach noch unzeitiger Frost die Ernte gefährdet, so wird ihm solch



ein Land als kein sonderlich lockendes Siedelungsgebiet erscheinen. Noch weniger aber, wenn er hört, daß der mittlere Ernteertrag weit niedriger ist, als in seiner deutschen Heimat! Dazu kommt aber, daß gerade in dem genannten Tropenlande fast aller verfügbare Boden bereits im Besitz von Indianern ist und also nicht einmal die Möglichkeit einer Ansiedelung in größeren geschlossenen Gruppen gegeben wäre. In anderen Tropenländern steht es in dieser Hinsicht freilich besser, so in Mexiko und den übrigen Hochländern des tropischen Amerika. Aber auch hier ist das bessere Land größtenteils schon in festen Händen, und wenn nicht etwa eine bodenreformerische Regierung für die Ansiedelung von Nordeuropäern Land frei macht, wie das vielleicht in Mexiko denkbar wäre, so ist auch dort für Neusiedler kein Raum. In den afrikanischen Hochländern ist auf weiten Flächen das Klima so trocken, daß nur mehr extensive Viehzucht möglich erscheint, also wieder nur vergleichsweise wenige Menschen untergebracht werden könnten. In regenfeuchten Hochländern könnte freilich, wie es am Irazú in Kostarika geschieht, Milchwirtschaft in europäischem Stil betrieben werden, sofern man europäisches Vieh einführt und es mit Kraftfutter füttert. Aber die Ausdehnung solcher Hochlandsflächen ist sehr beschränkt.

Für die mäßig warmen und die heißen Gebiete der Tropen kommen Nordeuropäer, also vorwiegend Germanen, nur insofern in Betracht, als Beschäftigungen innerhalb des Hauses oder aber (bei Beschäftigung im Freien) leitende Stellungen oder Aufseherposten usw. zur Verfügung stehen. Da dies naturgemäß immer nur wenige Stellen sein können, so sehen wir, daß eine Masseneinwanderung aus den kühleren Teilen der gemäßigten Gürtel für Weiße nicht möglich sein wird, während eine solche seitens der Bewohnerschaft der warmgemäßigten Zonen, vor allem für Angehörige der gelben Rasse, zwar möglich sein dürfte, aber sicherlich zu dem Ende führen würde, daß die Einwandernden sich bald mit den farbigen Einheimischen mischen würden.

Vermutlich wird es mit diesen Mischlingen ergehen, wie mit den Mestizen Amerikas, d. h. die große Mehrzahl derselben dürfte dem Beispiel der Eingeborenen hinsichtlich ihrer Lebens- und Wirtschaftsweise folgen und demnach in kleinstem Maßstab landwirtschaftliche und sonstige Betriebe durchführen, während eine kleine Minderheit energischer Männer dem Beispiel der Europäer folgen und in größerem Stile wirtschaften wird. Diese werden also zu Konkurrenten der Nordeuropäer werden und ihnen die mögliche Zahl von Stellen verkürzen, so daß die Aussichten für Unterbringung größerer Mengen Nordeuropäer in den mittleren und tieferen Lagen der Tropen noch verschlechtert werden.

Eine Unterbringung größerer Mengen von Nordeuropäern in den Tropen wäre nur dann möglich, wenn es gelänge, auf irgend welche Weise Nordeuropäer doch so weit an das Tropenklima anzupassen, daß sie körperliche Arbeit im Freien aus-

zuführen vermöchten, ohne an ihrer Gesundheit und Leistungsfähigkeit Schaden zu nehmen.

Fast scheint es, als ob auf dem Umweg über generationenhafte Ansiedelung in den Subtropen teils durch entsprechende natürliche Auswahl, teils durch Vererbung erworbener besserer Gewöhnung an langdauernde Hitze tatsächlich allmählich eine größere Eignung für das Tieflandklima der Tropen erreicht werden könnte, denn die Buren Südafrikas und die nordeuropäischen Siedler in Queensland, auch wohl die nordeuropäischen Ansiedller, die seit Generationen in den Südstaaten der Union wohnen, ertragen in der Tat das Tropenklima entschieden besser als die Neuankömmlinge aus den kühlgemäßigten Zonen. Es ist aber noch die Frage, ob wirklich eine völlige Akklimatisation eingetreten ist, oder ob es mit diesen weißen Tropenarbeitern ergehen wird, wie mit den holländischen Familien in Holländisch-Ostindien, d. h. ob sie nicht nach wenigen Generationen wieder aussterben werden, also in ähnlicher Weise immer wieder durch Nachschub neuen Menschenmaterials aus den gemäßigten Gürteln ersetzt werden müssen, wie die anderen Nordeuropäer, nur mit dem Unterschiede, daß der Nachschub erst in einigen Generationen erfolgen müßte, nicht schon nach der ersten, wie bei direkten Neueinwanderern.

Seitdem die australische Arbeiterpartei um 1900 es durchgesetzt hat, daß für die tropischen Plantagen Queenslands keine farbigen Arbeiter mehr eingeführt werden dürfen, wird das Experiment in großem Stil gemacht, ob obige Annahmen einer völligen Akklimatisation auf dem genannten Umwege möglich ist. Aber die Versuchszeit ist natürlich noch viel zu kurz, um schon eine abschließende Antwort zu gestatten [1]).

Wenn es sich nun erweisen sollte, daß eine vollkommene Akklimatisation der Nordeuropäer nicht möglich sein wird, so ist klar, daß für die Bewohner der kühlgemäßigten Gebiete, vor allem die Angehörigen der weißen Rasse, die Aussichten auf eine bedeutende Verdichtung nur dann günstig werden können, wenn es gelingt, in den Tropen sehr große Mengen von Lebensmitteln zu erzeugen, groß genug, um gewaltige Menschenmassen außerhalb des heißen Gürtels zu ernähren. Dieses ist aber nur denkbar, wenn in den Tropen eine sehr dichte Einheimischen-Bevölkerung vorhanden ist, die die nötigen Arbeiten auszuführen vermöchte, und wenn diese Bevölkerung unter zielbewußter Leitung sich auf die Erzeugung der für die Ernährung und die sonstigen Bedürfnisse der Bewohner der gemäßigten Gürtel notwendigen Stoffe einstellt, denn die Erfahrung lehrt, daß die Tropenbewohner in eigener Wirtschaft kaum nennenswerte Überschüsse hervorbringen; wenigstens ist das, was bisher aus unbeeinflußter Eingeborenenwirtschaft in den Handel kommt — abgesehen von gewissen afrikanischen Gebieten — geringfügig.



Nun ist die überwiegende Mehrzahl der Tropenbewohner von Natur aus faul, was ohne weiteres zugegeben werden soll, soweit es sich nicht um Arbeiten handelt, die ihnen ein gewisses sportliches Vergnügen machen, wie etwa Jagd, Fischerei oder Bootsfahrten, bei deren Ausübung oft ein gewaltiges Maß von schwerster Arbeit den lieben langen Tag über geleistet wird. Aber zu Arbeiten, die ihm kein Vergnügen bereiten, drängt sich der Indianer oder Neger oder Malaye gewiß nicht, und so ist es denn tatsächlich oft schwer, selbst für kleine Betriebe die nötige Arbeitermenge zusammenzubekommen. Ich bitte aber dabei nicht pharisäisch auf den „faulen" Tropenmenschen herabzusehen, denn wir selbst bedürfen nach kurzem Tropenaufenthalt oft schon des Aufwandes unserer ganzen, im kühlen Klima der Heimat angereicherten Energie, um unsere Obliegenheiten ordnungsmäßig durchzuführen, und wer die Tropen nicht aus eigener Erfahrung kennt, der mag eine Vorahnung der dortigen Umstände etwa in unseren Hundstagen bekommen, wenn er mit Erstaunen bemerkt, daß die Arbeitslust unter dem Einfluß der Hitze ganz wesentlich abgenommen hat.

Da nun routinemäßiges Arbeiten ohne eigenes Interesse nirgends ein Vergnügen ist, am allerwenigsten aber im heissen Klima, so ist schon in ältester Zeit in den meisten Tropenländern für derartige mühsame und anstrengende Arbeiten die Einrichtung der Sklaverei und der Zwangsarbeit aufgekommen. Diese Einrichtung wurde von den Europäern alsbald skrupellos übernommen, als sie sich in den Tropen festsetzten; und von den in den Tropen wohnenden Europäern wäre der Gedanke der Sklavenbefreiung gewiß nicht ausgegangen, vielmehr wurde sie aus allgemeinen Erwägungen den europäischen Pflanzern, die sich bei diesem System verhältnismäßig wohl befanden, von ihren Heimatregierungen aufgezwungen. Damit wurden die Besitzer größerer Betriebe in den Tropen genötigt, auf andere Weise Arbeiter zu gewinnen, wobei teils mit Hilfe der Regierung (z. B. die „Ley de mandamientos" in Guatemala), teils mit eigener Lockung, oder mit Schuldsklaverei, teils auch wohl früher mit Gewalt der nötige Stamm der Arbeiter beschafft wurde. Da es in den dünn bevölkerten Tropenländern meist nicht möglich war, die Arbeiter aus der unmittelbaren Umgebung zu bekommen, so nistete sich ein System der Arbeitergewinnung ein, das zwar dem Rechtsgefühl der Europäer entsprach, aber in seinen Folgen stellenweise fast noch unheilvoller für die Eingeborenenbevölkerung wurde, als die ehemalige Sklaverei. Ich meine hier die Einrichtung der Fernanwerbung.

Wenn man bedenkt, daß die Tropenbewohner, die an einem bestimmten Platze aufgewachsen sind, vermöge der außerordentlichen Gleichförmigkeit ihres Klimas ungewöhnlich stenotherm sind, d. i. sich nur innerhalb einer sehr engen Wärmespannung wohl fühlen, und daß sie in ähnlicher Weise auch nur unter den sehr gleichmäßigen sonstigen klimatischen Bedingungen, vor allem bestimmten

Feuchtigkeitsgraden ihrer Heimat, ihre Gesundheit wahren können, daß zudem vielfach ihre seelische Widerstandskraft gegen widrige Eindrücke aller Art gewöhnlich sehr gering ist (vor allem bei Indianern und Melanesiern oder Mikro- und Polynesiern), so begreift man, daß die Verpflanzung an einen fremden Ort mit neuen Lebens- und Klimabedingungen eine ungeheure Sterblichkeit veranlassen kann, so zwar, daß die Verluste durch den unheilvollen Weltkrieg dagegen ganz und gar verblassen, denn wir wissen, daß in der Südsee von dem dreijährigen Arbeitsaufenthalt am fremden Ort oft ein Viertel, ja, zuweilen die Hälfte und mehr der Angeworbenen in fremder Erde zurückgeblieben sind! Daß unter solchen Umständen die Bevölkerung derartiger Gebiete, abgesehen davon, daß die zeugungsfähige Mannschaft jahrelang dem Dorfe entzogen ist, zurückgehen muß, liegt auf der Hand und daß in der von der jungen Mannschaft verlassenen Heimat aller Frohsinn jäh erlischt, ist ebenso verständlich. Dr. Felix Speiser hat dies in ergreifender Weise in seinem ausgezeichneten Buche „Südsee, Urwald, Kanibalen“ geschildert. Und dabei bleiben die betreffenden Melanesier oder Polynesier noch innerhalb ähnlicher klimatischer Verhältnisse! Wie aber wird es erst, wenn die Wärmebedingungen völlig verschieden sind? Wer sich darüber unterrichten will, der lese die erschütternden Schilderungen des Paters van dem Burgh in der „Kolonialen Rundschau“ 1913, denen so manche ähnliche aus Amerika oder Westafrika zur Seite gestellt werden könnten. Da der Tropenbewohner viel stenothermer ist als der Bewohner der gemäßigten Zone, so wirkt im heißen Gürtel die Sachsengängerei, die bei uns keinerlei gesundheitliche Schädigung im Gefolge zu haben pflegt, geradezu katastrophal, wenn nicht nur die Wärme-, sondern auch die Feuchtigkeitsverhältnisse starke Verschiedenheiten aufweisen.

Wenn so der europäische Unternehmer — meistens ohne eine Ahnung der tatsächlichen Verhältnisse und Folgen zu haben — viel zur Verringerung der Eingeborenen beiträgt, obgleich er sich selbst damit der Möglichkeit späterer Ausdehnung seiner Betriebe beraubt, so handeln manche Kolonialvölker gleichartig, indem sie kurzsichtig nur den augenblicklichen Vorteil im Auge behalten, ohne zu bedenken, daß sie nicht nur den Eingeborenen ungeheuren Schaden tun, sondern auch zugleich sich selbst. Ich meine hier vor allem die Rekrutierung von Eingeborenen der Tropen zum Zweck der Verwendung in den europäischen Kriegen und sonstigen Diensten in der gemäßigten Zone. Diese Art der Ausnutzung der Eingeborenen muß notgedrungen zu starker Bevölkerungsminderung in ihrer tropischen Heimat führen, einmal weil viele der Ausgehobenen in dem ihnen ungewohnten, rauhen Klima zugrunde gehen müssen, und andererseits, weil die zeugungsfähige Jungmannschaft nicht mehr in der Heimat weilt und zudem weil die Zurückkehrenden häufig Krankheiten mit einschleppen.



Gar nicht reden will ich von den geradezu widersinnigen Quälereien und Tötungen, die manche kapitalistischen Gesellschaften, freilich ohne es zu wollen, durch ihre Agenten hatten geschehen lassen und die teilweise eine geradezu erschreckende Ähnlichkeit mit den von Las Casas berichteten Greueltaten der Spanier in den finsteren Zeiten des ausklingenden Mittelalters haben (Congogreuel, Putumayogreuel!).

So sehen wir, daß die Zahl der Tropenbewohner in den letzten Jahrhunderten und Jahrzehnten großenteils abgenommen hat, während eine weitblickende Bevölkerungspolitik alles daran setzen müßte, um sie nach allen Kräften zu heben, denn nur dann wird der heiße Gürtel dereinst den notleidenden gemäßigten Zonen Rettung bringen können, wenn die Tropenbevölkerung zahlreich und gesund genug ist, um seiner Zeit die Lebensmittel hervorzubringen, die in den kühleren übervölkerten Erdgebieten benötigt werden. Der Europäer hat ohne Schaden für sich selbst in den gemäßigten Zonen Amerikas die Eingeborenen getötet und verdrängt, weil er selbst hier an deren Stelle treten konnte. Aber in den Tropen kann der Europäer aller Wahrscheinlichkeit nach niemals die körperliche Arbeit im Freien leisten, die der Landbau erfordert, sondern er bedarf dazu der Ureinwohner der heißen Zone. Und wenn er ihnen nicht jegliche Schonung und Fürsorge angedeihen läßt — (von Humanität spreche ich schon gar nicht mehr, denn diese scheint bei den Völkern Europas zum leeren Schlagwort geworden zu sein, wenigstens den armen Naturvölkern gegenüber!), so fügt er den kommenden Geschlechtern seiner eigenen Rasse und seines eigenen Volkes den schwersten Nachteil zu.

2. DIE TROPEN ALS NÄHRRAUM

Wenn man bedenkt, daß die Tropen nahezu die Hälfte der Erdkugel einnehmen und daß die klimatischen Bedingungen im allgemeinen wesentlich günstiger sind als in den gemäßigten Gürteln unseres Planeten, so sollte man denken, daß es dereinst ein Leichtes sein müßte, für die sich übervölkernden Außenzonen die benötigten Lebensmittel und sonstigen Rohstoffe zu beschaffen. Aber schon bald erscheint bei weiterer Überlegung dieser Schluß nicht mehr so zwingend, denn innerhalb der Tropen überwiegt das Meer bedeutend über die Landfläche, womit natürlich auch die Leistungsfähigkeit der heißen Zone hinsichtlich der Nährstofflieferung geringer wird. Nun ist freilich auch das Meer eine Nährfläche. Aber die Beträge, die es beisteuert, sind in den Tropen äußerst gering. Zwar ist auch hier die Fischerei örtlich von größter Bedeutung und Seefischerei ist für manche Tropenvölker eine Hauptgrundlage des Lebensunterhalts, so vor allem in der Südsee; allein die warmen Meere stehen doch im Großen und Ganzen den kälteren an Fischreichtum bedeutend nach, weshalb auch nur an wenigen Küsten (z. B. Südostasiens) eine Ausfuhr von Fischereierzeugnissen in größerem Maßstabe

stattfindet und diese wird zudem wieder in den Tropen selbst verbraucht. In den westindischen Gewässern hat man den Versuch gemacht, Großfischerei einzuführen, aber man hat ihn alsbald als unrentabel wieder aufgegeben: Die Tropen sind kein Fischausfuhr-, sondern ein Fischeinfuhrgebiet.

Nun ist allerdings die tropische Landfläche immerhin sehr bedeutend und zudem die Beschaffenheit derselben weithin sehr günstig, aber die in Romanen so vielgebrauchte Phrase von der „unerschöpflichen Fruchtbarkeit des tropischen Bodens" ist eine Fabel. Es gibt ja freilich sehr viele gute Böden in den heißen Ländern und wichtig ist, daß, wie Karl Schneider hervorgehoben hat, die Tropen ungewöhnlich reich an Vulkanen sind, denn die vulkanischen Böden sind von besonderer Fruchtbarkeit und Ausdauer. Allein auf weiten Flächen herrschen auch recht minderwertige Böden vor, die nur geringe Produktionskraft besitzen. Die Ausdehnung der Wüsten ist zwar nicht sehr beträchtlich, aber Steppen, die doch auch nur verhältnismäßig wenig Nahrungsmittel hervorzubringen gestatten, nehmen sehr große Räume ein. Weit mehr Gewähr für reichliche Erzeugung von Lebensmitteln als die Steppen bieten die Savanen- und Urwaldgebiete, die glücklicherweise in den Tropen ebenfalls eine große Verbreitung haben, besonders in Amerika und Australasien. Allein die große Ausdehnung von Gebirgen mit steilen Hängen verringert in vielen Ländern wiederum die für die Dauer geeignete Nährfläche. Die Verteilung des Regenfalls über das Jahr kann in den meisten Gegenden als günstig bezeichnet werden; am günstigsten ist sie in denjenigen Gebieten der inneren Tropen, die sich einer zweimaligen Regenzeit im Jahr erfreuen, denn in solchen Gegenden ist eine zweimalige Ernte die Regel, während in den Gebieten mit einmaliger Regenzeit gewöhnlich nur einmal geerntet werden kann, wenn sich nicht die Regenzeit hinreichend ausdehnt, um wenigstens auf der zuvor benutzten Rodung noch eine zweite Saat zu gestatten, was neuerdings vielfach in Mittelamerika ausgenützt wird. Eine dreimalige Ernte im Jahr vom gleichen Grundstück ist auch in den Tropen nur bei Gewächsen von sehr kurzer Vegetationsperiode (z. B. Tieflandmais) möglich und im allgemeinen auch nur dann, wenn künstliche Bewässerung angewandt werden kann. Dagegen vermag die ostasiatische Art der Landwirtschaft vermöge ihrer Reihenpflanzung eine noch stärkere Ausnutzung des Bodens zu erzielen.

Es erhebt sich nun die Frage, was kann etwa von dem festen Land der Tropen dereinst in großen Massen an die gemäßigten Zonen abgegeben werden (wobei nur die Nahrungsmittel Berücksichtigung finden sollen)?

Der Wildstand ist in den meisten Tropenländern immer mäßig gewesen; nur Afrika hatte eine rühmliche Ausnahme gemacht. Allein die Einführung der modernen Feuerwaffen hat den Wildstand schon stark verringert und an eine Ausfuhr von Wildfleisch hat man nie gedacht, kaum daß einige Felle zur Ausfuhr kamen.



Die Viehzucht tritt in den Tropen in den Hintergrund, denn das vorhandene Vieh ist großenteils stark degeneriert, und wenn man zur Zeit auch in manchen Ländern Anstrengungen macht, durch Einführung von Zuchttieren die Rassen zu verbessern, so ist doch große Gefahr vorhanden, daß über kurz oder lang wieder neue Degeneration eintreten werde, wenn nicht etwa im Hochland, wie neuere Versuche anzudeuten scheinen, dies Übel vermieden werden kann. Im Tiefland dürfte die Kreuzung mit Zebu als einer in den Tropen schon akklimatisierten Rasse am meisten Erfolg versprechen (Trinidad, Venezuela, Guatemala). So wie die Dinge in den Tropen liegen, wird aber die Viehzucht voraussichtlich nur an ganz wenigen Stellen von sehr begrenzter Ausdehnung an Leistungsfähigkeit die der gemäßigten Gürtel erreichen können; in den meisten Gegenden wird sie, sowohl was Fleisch-, wie was Milch-Erzeugung betrifft, stets weit unter der Leistungsfähigkeit der Viehzucht der gemäßigten Zonen bleiben. Immerhin werden die Tropenländer in Zukunft stets Gefrierfleisch nach den kühleren Ländern der Erde schicken können, wofür während des Krieges bereits Anfänge gemacht worden sind. Dagegen ist wenig Aussicht vorhanden, daß die Tropen auch einmal größere Mengen von Molkereierzeugnissen liefern könnten, denn die Milchergiebigkeit der tropischen Kühe ist zumeist äußerst gering, weshalb bisher auch ansehnliche Mengen von kondensierter Milch, von Butter und Käse eingeführt werden müssen.

Bienenzucht in europäischem Stil ist neuerdings in den Tropen zur Einführung gelangt und hat sehr gute Resultate gegeben, so daß schon kleine Mengen Honig und Wachs nach den kühleren Ländern haben ausgeführt werden können.

Die Pflanzenwelt spielt in den Tropen weitaus die erste Rolle. Einmal leben die ursprünglichen Einwohner des heißen Gürtels fast überall vorwiegend von vegetabilischer Nahrung, obwohl sie gelegentlich gerne auch Fische und Fleisch zu sich nehmen, z. T. sogar einen erheblichen Anteil ihrer Ernährung auf animalischer Nahrung aufbauen, und dann ist auch die weitaus überwiegende Masse der jetzt aus den Tropen ausgeführten Ausfuhrgüter pflanzlichen Ursprungs. Freilich spielen darunter Erzeugnisse der wildwachsenden Pflanzenwelt eine nicht unbedeutende Rolle (Hölzer, Arzneipflanzen und alle Art von Sammelprodukten), aber die Hauptmasse entstammt doch dem Feldbau, der allerdings in den verschiedensten Formen ausgeführt wird und darum hinsichtlich des Ertrags selbst in einer und derselben Gegend große Unterschiede zeitigt. Die Wirtschaftssysteme der Eingeborenen sind sehr mannigfaltig, aber der Anbau erfolgt fast immer in kleinstem Maßstab. Auf dem Weg unbeeinflußter Eingeborenenkultur lassen sich dereinst also kaum große Ausfuhrmassen erzielen, wie sie doch erforderlich wären, wenn einmal den Bewohnern der gemäßigten Zonen Hilfe gebracht werden muß.

Wenn Siam weit geringere Mengen Reis an die Außenwelt abführen kann als Birma, so rührt das vor allem davon her, daß in Birma die Arbeit besser organisiert ist und daß zudem alljährlich rund eine halbe Million Arbeiter aus Vorderindien zur Bewältigung der notwendigen Arbeiten herüberkommen. Es ergibt sich daraus, daß, abgesehen etwa von starkem Anreiz zu Eingeborenenkulturen, wie er etwa an der Goldküste, in Nigeria oder Uganda ausgeübt wurde, nur bei straffer Leitung der Arbeiterscharen und Anwendung der denkbar besten Anbaumethoden wirklich große Überschüsse der landwirtschaftlichen Produktion erreicht werden können. Da nun aber die Tropenbewohner anhaltende Arbeit nicht lieben, so wird zur Mobilmachung der großen Arbeiterheere ein gewisser Zwang notwendig sein, dem man dann, wenn bis dahin dieselbe heuchlerische Beschönigung des nackten Egoismus bei den Kulturnationen der gemäßigten Zone noch üblich ist, wie heutzutage, gewiß ein rechtliches Mäntelchen umzuhängen verstehen würde.

Fragen wir uns, welche Nutzgewächse vermutlich in Anbau gelangen würden, wenn wirklich die Tropen die Miternährung der gemäßigten Zonen übernehmen müßten und könnten, so ist die Antwort nicht ganz leicht. Gewiß würde die ganze Mannigfaltigkeit der tropischen Nährpflanzen auch fernerhin angebaut werden, wie bisher, aber eine kleine Auswahl würde doch sicherlich gewählt werden müssen, die in erster Linie zur Ausfuhr bestimmt und auch am ehesten dazu geeignet wäre. Daß die jetzt vorwiegend in den gemäßigten Zonen angebauten Cerealien darunter nicht wären, kann mit Sicherheit behauptet werden, denn die Kultur derselben in den Tropen kann nach dem Maße der Erträge nicht mit der in der gemäßigten Zone wetteifern; ihr Anbau wird vielmehr wie bisher nur dem Verbrauch an Ort und Stelle oder in der näheren Umgebung dienen.

Von wichtigen tropischen Nährpflanzen können die in der Südsee so viel kultivierten Taros nicht in Frage kommen, weil sie nicht haltbar sind, es sei denn, daß man ein Verfahren zu ihrer Haltbarmachung erfände. Günstiger wäre schon die Yam, die zudem den Vorzug hätte, 2 bis 3 Jahre im Boden bleiben zu können. Aber es sind sperrige Knollen, die daher für die Verfrachtung einige Schwierigkeiten böten; und zudem pflegt ihr Geschmack dem Europäergaumen meist nicht sonderlich zu behagen. Bataten würden schon weit eher in Frage kommen, vielleicht auch die Maniok, deren Entgiftung freilich dann in großem Maßstabe vorgenommen werden müßte.

Die Hirse in ihren vielen Arten ist zur Zeit bei den europäischen Völkern wenig beliebt; sonst könnte sie, falls einmal die Geschmacksmode wieder wechselt, sehr wohl in Frage kommen.

Bananenmehl würde an sich eine gute Ausfuhrware sein, aber die Bananen sind hinsichtlich des Bodens sehr anspruchsvoll und wo sie längere Zeit angebaut



sind, werden die Böden (nach mittelamerikanischen Erfahrungen) bananenmüde, so daß sie nicht länger für diese Kultur verwendet werden können. Dagegen könnten Kokos- und Ölpalmpflanzungen in sehr großer Zahl angelegt werden, um so den Fettbedarf der kälteren Länder zu decken.

Es bleiben als vermutlich bevorzugte Anbaupflanzen wahrscheinlich in erster Linie Mais, Bohnen und Reis. Der Anbau der ersteren erfordert nach der zur Zeit im tropischen Amerika üblichen Pflanzstockbaumethode verhältnismäßig sehr wenig Arbeit, aber die Erträge sind mäßig und, was das schlimmste ist, gewöhnlich muß nach einer oder ganz wenigen Ernten eine lange Brache eingeschaltet werden, so daß also ein übermäßig großes Areal in Anspruch genommen würde, was in den künftigen Zeiten der Raumnot nicht mehr möglich wäre. An Stelle des Pflanzstockbaus müßten also wirksamere Anbaumethoden treten, es sei denn an Steilhängen, wo Pflügen unmöglich ist und die Abschwemmungsgefahr zu groß wäre.

Der Reis würde voraussichtlich, wo irgend angängig, mittels der süd- und ostasiatischen nassen Pflugkultur angebaut werden, weil auf diese Weise die sichersten und reichsten Ernten erzeugt werden können, soweit man bisher weiß. An geeigneten Flächen für nasse Pflugkultur würde es nicht mangeln, vor allem würden die großen Tallandschaften des Amazonas und des Kongo riesige Flächen geeigneten Bodens bieten. Aber die Beschaffung der nötigen Riesenheere von Arbeitern dürfte nur bei Anwendung größter Organisationen möglich sein.

Sollte der Fall eintreten, daß die jetzigen Tropenkolonien sich nicht frei vom europäischen Gängelband machten und daß einmal die Völker der gemäßigten Zonen wirklich ihren natürlichen Egoismus verleugneten, und lediglich das Wohl der Tropenbewohner im Auge hätten, so würden sie sich begnügen, dieselben nur mit sanitärer Fürsorge zu umgeben, sie aber nach eigenem Belieben leben zu lassen. Dann würde sich das Schauspiel ergeben, daß die Tropen in den Tiefländern vernegern würden, soweit nicht Angehörige der gelben Rasse im weitesten Sinn sich dort hielten (nebst Mischlingen, die aus der weißen Rasse und farbigen Vertretern hervorgegangen wären). In den höheren Lagen der außerafrikanischen Tropenländer dagegen dürften Gelbe und Mischlinge, in den höchsten daneben zugleich auch Weiße nordeuropäischer Herkunft wohnen.

Die Zahl der Tropenbewohner könnte in dem Falle, daß den Eingeborenen die völlige Verfügung ihres Landes und ihrer Zeit gelassen würde, nicht sehr hoch werden, bei weitem nicht so hoch, wie wenn sie unter organisierte Arbeit gestellt würden.

Gegenwärtig sind die Tropenländer mit wenigen Ausnahmen unter der politischen, und ohne Ausnahme unter der wirtschaftlichen Kontrolle der Weißen und es ist kaum denkbar, daß diese jemals auf letztere verzichten möchten. Infolge-

dessen ist es im höchsten Maße wahrscheinlich, daß sie in Zeiten beginnenden allgemeinen Nahrungsmittelmangels mit aller Energie danach streben werden, tatsächlich die oben skizzierte Verwendung der Tropen als Nahrungsmittellieferant der gemäßigten Zonen durchzuführen. Dann werden die bisherigen Versündigungen am Zahlenbestand der eingeborenen Tropenbevölkerung schwer empfunden werden, wenn nicht jetzt systematisch mit allen Mitteln auf Hebung ihrer Anzahl hingearbeitet wird, worauf die Regierungen der Tropenländer schon jetzt eindringlich hingewiesen sein mögen!

Aber in Wirklichkeit wird von den Regierungen der Tropenländer nicht bloß vielfach das Bevölkerungsproblem nachlässig behandelt, sondern die Mehrzahl derselben sieht auch, ohne einzuschreiten, einer Bodenverwüstung zu, die unter allen Umständen den künftigen Generationen eine schwere Schmälerung ihrer Ernährungs- und Wirtschaftsgrundlage bedeuten wird: ich meine die leichtsinnige Vernichtung des Urwaldes auf stark geneigten Flächen mit darauffolgendem mehrmaligen Anbau dieser Rodungen. Die Folge davon ist, daß das Erdreich allmählich abgewaschen wird und an die Stelle des ursprünglichen Waldes eine dürftige Grasflur tritt, die nicht mehr für Anbauzwecke verwendbar ist, sondern höchstens noch als armselige Viehweide dienen kann, während gleichzeitig auch die Wasserführung der Quellen und Flüsse des Gebietes, namentlich während der Trockenzeit, katastrophal verschlechtert wird und damit die Möglichkeit späterer Nahrungsmittelversorgung der gemäßigten Zonen immer mehr erschwert wird. Während meiner jüngst ausgeführten Reise in das tropische Amerika habe ich die kolossale Zurückdrängung des Urwalds im Laufe der letzten 25 Jahre allenthalben beobachten können und mußte erkennen, daß in keinem der besuchten Länder ein wirksamer Waldschutz ausgeübt wird, als allein in Venezuela, wo die überragende Intelligenz des gegenwärtigen Präsidenten sorgsam über die Erhaltung des noch vorhandenen Waldes wacht. Möchte doch auch in den übrigen Tropenländern eine gleich sorgfältige Waldschonung durchgeführt werden, ehe nicht noch größerer Schaden angestiftet wird, als bisher schon geschehen ist!

Es sind aber nicht nur Urwaldflächen, die durch die gegenwärtig üblichen Kulturmethoden für spätere intensivere Ausnutzung verdorben werden, sondern vielfach werden auch Grasflurenflächen auf Kosten von Gehölzen verschiedenster Art über Gebühr ausgedehnt: die Grasfluren werden in den Tropengebieten vorwiegend als Weideland verwendet und es hat sich fast allenthalben der Gebrauch eingebürgert, die Grasbestände gegen Ende der Trockenzeit abzubrennen, um die Plage der Zecken, Schlangen und anderen Ungeziefers zu verringern. Bei solcher Gelegenheit greift das Feuer außerordentlich häufig über die bisherigen Grenzen der Grasflur hinaus und brennt mehr oder weniger große Flächen benachbarten



Busch- oder Hochwaldes nieder. Dadurch wird aber der Boden großenteils im Laufe der Zeit ungeeignet für den Ackerbau, d. i. für die ausgiebigere Ausnutzungsmöglichkeit des Bodens, und damit also minder wertvoll für die Zwecke künftiger Ernährung größerer Volksmassen, weil nunmehr die Sonne unmittelbaren Zugang zum Boden selbst gewinnt, denselben austrocknet, und die Humusbildung erschwert; außerdem aber wird der Vegetationsschutz wesentlich herabgesetzt, was sich an geneigten Hängen durch vermehrte Abschwemmung ungünstig bemerklich macht und ebenfalls zu einer erheblichen Herabminderung des Wertes der betreffenden Flächen für die Zwecke der Ernährung führt.

Daß die in vielen Tropengegenden allgemein geübte Brandwirtschaft in Waldgebieten vielfach ganz gleichartige Schäden verursacht, sei nur beiläufig erwähnt. In diesen Fällen könnte durch sorgfältige Überwachung des Feuers viel wertvoller Boden gerettet werden.

Wo durch ungeregelte Brandwirtschaft der Wald in den höheren Gebirgsregionen entfernt worden ist, da wird ein großer Teil der Feuchtigkeit, die im Waldboden aufgespeichert zu werden pflegte, nunmehr alsbald nach dem Regenfall zu Tal fließen, wodurch leicht eine Überlastung der Flüsse und die Neigung zu Überschwemmungen entsteht auf Flächen, die zuvor kaum jemals überflutet worden waren. Durch die Überschwemmungen werden aber mehr oder weniger ausgedehnte Tieflandflächen vermurt und damit wiederum intensiverer Ausnutzung entzogen.

Alle die genannten Schädigungen der Bodenflächen, die sich im Laufe der Zeit zu bedeutender Verminderung der Produktionskraft ganzer Länder auswachsen können, ließen sich aber bei zweckentsprechender Überwachung vermeiden, während gleichzeitig auch Wasserkraftausnutzung und Schiffahrtsbetrieb in ruhigeren Bahnen gehalten werden könnten.

Die Überschwemmungen selbst können freilich in den Tropen noch weniger als bei uns ganz verhindert werden; denn für die gewaltigen Regenmengen, die in der Regenzeit fallen, sind naturgemäß alle Flußbetten unzureichend. Wir haben nur ganz vereinzelt genauere Angaben über das Ausmaß dieser Überflutungen, aber wir können schätzen, daß alljährlich Hunderttausende von Quadratkilometer Land Wochen und Monate lang jeder landwirtschaftlichen Nutzung entzogen sind und demnach Flächen von verringerter Ausnutzungsmöglichkeit darstellen. Daran kann keine menschliche Anstrengung in den Kerngebieten der Überschwemmung etwas ändern. Wohl aber wird es möglich sein, da, wo die Wassermassen nicht allzumächtig sind, d. h. bei den großen Strömen vorwiegend in den Randgebieten, das Wasser in den Dienst der Landwirtschaft zu stellen, so vor allem für nasse Pflug- (Sawah) Kultur nutzbar zu machen. Wichtig ist in solchen Fällen die oft sehr ausgiebige natürliche Düngung, die durch den

Schlammabsatz bewirkt wird. Dieser Schlammabsatz pflegt besonders ergiebig zu sein bei Flüssen, die in der Hauptsache im Urwaldgebiet fließen, während von Flüssen, die aus offenen Landschaften kommen, viel mehr grober Schutt, Gerölle und Sand, also für die Landwirtschaft sehr ungünstige Stoffe, abgelagert zu werden pflegen. Wo in den Tropen feiner Schlamm regelmäßig durch die Überschwemmungen abgesetzt wird, da finden sich in der Tat Böden von unerschöpflicher Fruchtbarkeit, weil eben alljährlich neue Nährstoffe vom Flusse herbeigetragen werden.

Seit urdenklichen Zeiten werden solche schlammgedüngte Böden ausgiebig für die Landwirtschaft ausgenützt, so am Ganges und Bramaputra, am Irawaddy, am Nil usw. und es ist kein Zweifel, daß in späteren Zeiten die Randgebiete der Kongo- und Amazonasüberschwemmungen zu Kornkammern der Erde werden dürften. Damit wird also ein gewisser Ersatz für die durch Vernachlässigung in Verlust geratenen Ackerböden geschaffen werden können.

Andererseits wird aber durch Ausdehnung des Bewässerungslandes ebenfalls ein erhebliches Areal von Neuland oder intensiver benutzbarem Boden gewonnen werden können, und es ist erfreulich zu sehen, daß gerade in dieser Hinsicht in den trockenen Tropenlandschaften bereits eifrig gearbeitet wird, um das vorhandene offene und unterirdische Wasser in den Dienst der Landwirtschaft zu stellen.

Aber wenn so tatsächlich die Aussicht besteht, daß unter der Voraussetzung einer entsprechenden Organisation der nötigen Arbeitermassen und geeigneter Betriebssysteme die Ernährung eines Teiles der Bevölkerung der gemäßigten Zonen von den Tropen übernommen werden kann, so wäre das doch nur für eine gewisse Spanne Zeit möglich, wenn die Bevölkerungszunahme auf der Erde in ähnlichem Maße wie bisher weitergehen sollte. Aber was wird geschehen, wenn einmal kein weiterer Zuwachs von Nährgebiet mehr zu erreichen sein wird?

Niemand wird darauf eine Antwort wissen. Werden fürchterliche Kriege um Erweiterung des Nährraums seitens der stärkeren Völker entstehen oder wird die Menschheit eine ruhige Regelung der Frage erreichen? Mir scheint letzteres nicht nur möglich, sondern sogar bis zu einem gewissen Grade wahrscheinlich. Denn wenn wir uns eine Karte der mittleren jährlichen Bevölkerungszunahme der Erde betrachten (etwa die von mir bei Oldenbourg in München herausgegebene), so erkennt man, daß gerade bei sehr volkreichen Ländern, wie China und z. T. auch Indien, die sich selbst ernähren, die Volkszunahme schwach ist und daß eine starke Vermehrung doch nur in solchen sich selbst erhaltenden Ländern stattfindet, wo tatsächlich auch eine erhebliche Ellenbogenfreiheit noch vorhanden ist; wenn man außerdem sich erinnert, daß während der 200jährigen Abschließung Japans die Bevölkerung dieses Inselreiches nach K. Haushofer fast ganz stag-



nierte, so darf man annehmen, daß bei Erreichung der ungefähren Maximalzahl der Menschen man sich allenthalben auf die Tatsache einstellen wird, daß eben eine nennenswerte Zunahme nicht mehr angeht, so daß vielleicht auch die gesamte Menschheit sich in verhältnismäßiger Ruhe mit den Verhältnissen jener Zeit abfinden wird.

5. DIE TROPEN ALS AUSWANDERUNGSZIEL IN DER GEGENWART

Ich bin am Schlusse. Wir haben gesehen, daß die Tropen in der Tat bis zu einem gewissen Grade ein Nährraum für die Länder der gemäßigten Zone werden können, ja, in kleinem Maßstabe bereits sind. Das ist es ja, warum wir den Verlust unserer Tropenkolonien so besonders schwer tragen, weil wir dadurch in unserer Lebensführung und wirtschaftlichen Betätigung so stark benachteiligt worden sind, ganz abgesehen von dem bitter wurmenden Gefühl, daß man uns Deutsche so wider alle Wahrheit der Unfähigkeit und Unwürdigkeit der Kolonisation geziehen hat!

Die Tropen sind aber bis zu einem gewissen Grade bereits gegenwärtig auch ein Siedlungsraum für die Europäer. Wohl dürfte die Zahl der rein Weißen in dem gesamten ungeheuren Tropengebiet zwei Millionen kaum überschreiten, wovon die weitaus überwiegende Menge in den Randzonen angesiedelt ist und die Südeuropäer weit überwiegen, aber in der jetzigen Zeit der Not richten sich doch viele Augen sehnsüchtig auf die Tropen als ein Auswanderungsziel, wobei vielfach ein gewisser abenteuerlicher Sinn mitwirkt. Aber wir haben im Vorhergehenden schon gehört, daß von den Tropengebieten höchstens die Hochländer für Dauersiedlungen von Nordeuropäern in Betracht kommen können und daß dort vielfach kein verfügbares Land vorhanden ist; wo es aber zur Verfügung ist, da ist häufig keine Möglichkeit des Absatzes der Erzeugnisse aus Mangel an Wegen oder es besteht keine Möglichkeit, mit den Eingeborenen den Wettbewerb siegreich aufnehmen zu können.

Für vorübergehende Ansiedelung stehen dagegen dem Nordeuropäer die gesamten Tropen offen, wobei aber immer im Auge behalten werden muß, daß früher oder später eine Rückkehr in die alte Heimat das Ziel bleiben sollte; denn selbst bei Beschäftigungen, die im Hause ausgeübt werden können, ist ein allzulanges Verweilen in den Tropen nicht empfehlenswert, oft selbst nicht möglich. Geschlossene landwirtschaftliche Siedelungen Deutscher haben sich nur in sehr seltenen Fällen bewährt und es ist leider festzustellen, daß die überwiegende Zahl versuchter Bauernsiedelungen in früherer und gegenwärtiger Zeit völlig mißlungen ist, ja, daß nicht ganz selten sogar die Auswanderer von gewissenlosen Agenten betrogen worden sind. Als ich mich anfangs dieses Jahres in verschiedenen lateinamerikanischen Republiken aufhielt, hörte und sah ich so viel von unüber-

legten und daher von vornherein zum Scheitern verurteilten Auswanderungsversuchen, daß ich die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen möchte, um auch an dieser Stelle dringend davor zu warnen, in die Tropen zu reisen, ohne sich zuvor gründlich über die zu erwartenden Verhältnisse zu erkundigen und ohne schon vor der Abreise sich eine feste Stelle gesichert zu haben.

ANMERKUNGEN

[1]) Freilich hat neuestens Gregory auf Grund seiner Queensländer Beobachtungen wieder die Behauptung aufgestellt, daß nicht das Tropenklima, sondern die Tropenkrankheiten dem Weißen feindlich wären und daß mit der gegenwärtig erreichten Ausschaltung der letzteren große Gebiete der heißen Zone für Kolonisation durch Weiße besiedelbar würden. Er übersieht aber m. E., daß die Queensländer Tropen eben doch nur am Rand des heißen Gürtels liegen und noch alljährlich erhebliche Abkühlung erfahren, ja, stellenweise noch Frost aufweisen, also mit typischtropischen Gebieten nicht auf eine Stufe gestellt werden können, und andererseits, worauf oben bereits hingewiesen wurde, daß die Beobachtungsdauer noch zu kurz ist, um weittragende allgemeine Schlüsse darauf aufzubauen. Er spricht freilich von 70 jähriger Erfahrung; aber in den Jahren vor 1900 handelte es sich wohl fast nur um Leute, die nicht als Arbeiter tätig waren.

H. LAUTENSACH:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER ALTEN WELT

Fast den ganzen September hindurch tagte in Genf die fünfte Vollversammlung des Völkerbundes. Die großen Probleme, die auf ihr zur Verhandlung standen, drehten sich im wesentlichen um einen Kern von größter geopolitischer Tragweite: Die Zukunft der politischen Landkarte von Europa. In ihrer Stellung zu dieser Kardinalfrage europäischer Politik sondern sich die Völkerbundstaaten deutlich in zwei Gruppen. Die eine erstrebt allen Ernstes die Verminderung der ungeheuren Spannung, die die politische Atmosphäre über Europa vergiftet, das Wirtschaftsleben hemmt und jeden Staat sich in einem früher unbekannten Ausmaße mit Zoll- und Paßmauern umgeben läßt. Sie wünscht aus idealen Gründen und aus dem Gefühl der Schwäche der Kleinen heraus, die friedliche Regelung internationaler Konflikte durch Schiedsgerichte und durch Abrüstung der weit über jedes Schutzbedürfnis hinaus gesteigerten Waffenmacht der kontinentalen Siegerstaaten. Zu dieser Gruppe gehören naturgemäß vor allem die im Weltkriege neutral gebliebenen Staaten. Auch die andere Gruppe ergeht sich in den hochtönendsten Worten über Völkerversöhnung, Demobilisierung der Geister und Verhinderung von Angriffskriegen. Für sie aber sind solche Worte nur der Deckmantel für ein machtpolitisches Ziel. Das sind die Siegerstaaten von 1919. Als ihre Hauptaufgabe betrachten sie es, die politische Landkarte von Europa in der Fixierung zu erhalten, die ihr durch die Friedensverträge vom Weltkriegsende gegeben wurde. Ihr Bestreben auf der Völkerbundstagung ging dahin, durch einen „Garantiepakt" auch die Staaten der ersten Gruppe zu Garanten (Bürgen) ihrer durch die Friedensdiktate geschaffenen Machtstellung zu stempeln. Der Garantiepakt französischer Fassung drang allerdings nicht durch. An seine Stelle ist durch einstimmige Annahme das „Genfer Protokoll für die friedliche Regelung internationaler Konflikte" getreten, das von dem griechischen Gesandten in Paris, Politis, entworfen worden war. Gewiß ist es in seiner äußeren Form auf den Dreiklang: Sicherung gegen Angriffskriege, Einsetzung von Schiedsgerichten für internationale Streitfragen, Abrüstung gestimmt, in der Sache aber durchaus dazu geeignet, den eben angedeuteten Bestrebungen Vorschub zu leisten. So bestimmt z. B. Artikel 4, daß in keinem Fall Lösungen, die schon einmal Gegenstand einer einmütigen Entschließung des Völkerbundrates gewesen waren, erneut in Frage gestellt werden können. Deutschland würde es also im Falle eines Beitritts zum Völkerbund unmöglich sein, die oberschlesische Frage zum Gegenstand eines schiedsrichterlichen Entscheids machen zu lassen. Außerdem sollen, wie die Genfer Verhandlungen ergaben, alle Konflikte von vornherein ausgeschlossen sein, die auf eine Revision der zur Zeit geltenden internationalen Verträge hinauslaufen. Und so müssen wir durchaus das Urteil unterschreiben, das die „Schweizerischen Monatshefte für Politik und Kultur" fällen: „Ein noch so kunstvolles System von Garantie- und Abrüsttungsverträgen wird Europa nie dauernden Frieden geben können, solange es im Grunde genommen einzig und allein dazu dienen soll, einer Gruppe von Staaten eine ihnen mit Gewalt aufgezwungene Last dauernd aufzuerlegen. Und etwas anderes geschieht heute in Genf nicht. Solange die Pariser Verträge mit ihren gewaltigen Lasten für die Besiegten, solange die dort gezogenen unnatürlichen Grenzen zu Rechte bestehen, solange wird es in Europa nie dauernd ruhig werden." Artikel 21 sieht vor, daß das Protokoll von den Volksvertretungen der Siegerstaaten ratifiziert werden muß, und daß es erst dann in Kraft tritt, wenn die Mehrheit der ständigen Ratsmitglieder, sowieso 10 andere Völkerbundsmitglieder ihre Ratifikation niedergelegt haben, und wenn die für den 15. VI. 1925 in Aussicht genommene internationale Abrüstungskonferenz zu einem praktischen Ergebnis geführt hat. Es dürfte da-

her, zumal nach dem Kabinettswechsel in England, sehr fraglich sei, ob das Protokoll je praktische Bedeutung erlangt.

Die Sitzung des Völkerbundrates, die Ende Oktober in Brüssel stattfand, füllte einen für die Türkei günstigen Entscheid in der Mossulfrage (vergl. S. 650 u. 386). Allerdings hatte die Türkei sich nicht darauf eingelassen, ihr das letzte Wort über die Zuweisung des Wilajets Mossul zu überlassen. Es handelte sich nur um die Frage, ob die türkischen Truppen in den im Laufe des September bezogenen Stellungen im Norden des Wilajets zu verbleiben berechtigt sind.

Zu den oben berührten Kardinalfragen, die die Genfer Völkerbundstagung behandelte, gehört auch das Problem der Entspannung der großen internationalen Reibungszonen innerhalb Europas. In dieser Hinsicht enthält das Genfer Protokoll im wesentlichen nur die eine offensichtig gegen Deutschland gerichtete scharfe Bestimmung (Artikel 10), daß die Verletzung des Statuts einer entmilitarisierten Zone einem kriegerischem Angriff gleichzuachten sei. Die bei weitem gefährlichste dieser Reibungszonen ist infolge Frankreichs Expansionsdruck der Arelatisch-lotharingische Grenzsaum (vergl. Karte S. 586 und S. 384, 184). In ihm vollzieht sich die politische Praxis nach wie vor ohne jede Beeinflussung des Völkerbundes.

Die Genfer Zonenfrage (S. 445, 188) ist insofern einen kleinen Schritt vorwärts gekommen, als das Frankreich Herriots dem Verlangen der Schweiz nach dem Haager Schiedsgericht nachgegeben hat.

Immer schwieriger wird dagegen die Lage in Elsaß-Lothringen. Allerdings hat der elsässische Bergbau durch starke Hilfe des französischen Staates einen forcierten Aufschwung genommen. Das elsässische Erdölgebiet, das unmittelbar südlich der pfälzischen Grenze beginnt und bis zur Bahnlinie Straßburg—Paris reicht, förderte 1913 49000 t, 1923 dagegen 70700 t Rohpetroleum, und der schon von deutscher Seite 1917 begonnene bergmännische Abbau der Erdöllager nimmt immer weiteren Umfang an. Noch schneller ist die elsässische Kaliförderung gestiegen, die 1913 4,2 %, 1921 dagegen schon 8,9 % der Gesamtförderung betrug. Besonders stark ist die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten. 1923 stand einer reichsdeutschen Ausfuhr von 121 200 t eine elsässische Ausfuhr von 50500 t Kali nach der Union gegenüber. Diese aus politischen Gründen von der französischen Regierung stark begünstigte Kaliausfuhr hatte im August dieses Jahres ein auf 3 Jahre geschlossenes Kaliabkommen zwischen den reichsdeutschen und französischen Unternehmern zur Folge, das den deutschen Anteil an der Unionsausfuhr auf 62,5, den elsässischen auf 37,5 Gewichtsprozent kontingentierte. Im übrigen steht die elsaß-lothringische Wirtschaft nach wie vor in engster Abhängigkeit von der Aufnahmefähigkeit Reichsdeutschlands, als dessen Glied sie seit 1871 einen hervorragenden Aufschwung genommen hatte. Nur Reichsdeutschland ist ein aufnahmefähiges Absatzgebiet für die Halb- und Fertigfabrikate der oberelsässischen Baumwollindustrie, des lothringischen Minettebergbaus, sowie der Wein- und Gemüseerzeugung der ehemaligen Reichslande. Wie einseitig diese Abhängigkeit ist, geht aus der Tatsache hervor, daß die Einfuhr von Elsaß-Lothringen nach Reichsdeutschland im ersten Halbjahr 1924 5,4 % der Gesamteinfuhr, die Ausfuhr in umgekehrter Richtung dagegen nur 0,2 % (Hüttenkoks!) betrug. Das Streben der stark durch französisches Unternehmertum überfremdeten Industrie Elsaß-Lothringens geht daher dahin, sich auch über den 10. Januar 1925 hinaus das reichsdeutsche Absatzgebiet, „le hinterland" (sprich: engt'rlang), zu erhalten. An dem genannten Tage nämlich läuft die in Versailles übernommene Verpflichtung des Reiches ab, elsaß-lothringische Erzeugnisse bis zu einer der Vorkriegszeit entsprechenden Menge zollfrei hereinzulassen. Die Frage der elsaß-lothringischen Ausfuhr nach Deutschland spielt daher in den augenblicklichen deutsch-französischen Zolltarifsverhandlungen eine wichtige Rolle. Eine deutsche Unnachgiebigkeit in diesem Punkte würde zwar unsere Volksgenossen in Elsaß-Lothringen in eine schwere Absatzkrise stürzen, dürfte aber andererseits dazu geeignet sein, einer gesunden Auffassung von der gewaltigen Bedeutung des Reiches für den Wohlstand der bisherigen Reichs-

lande Bahn zu brechen. Bis zum Jahre 1789 lag das Elsaß als „province effectivement étrangère" außerhalb der Zollgrenze des französischen Staates. Die Franzosen wären heute in der Lage, durch eine entsprechende Maßnahme Elsaß-Lothringen aus seiner Wirtschaftsschwierigkeit herauszuhelfen. Doch werden sich die „Befreier" aus Prestigegründen niemals auf diesen Ausweg einlassen. Sehen sie doch alles Heil darin, die Grenze von 1870—1918 durch schleunigste Verwischung aller Gegensätze zwischen Innerfrankreich und den „der gemeinsamen Mutter wiedergegebenen" Provinzen vergessen und verschwinden zu machen. Dieses Bestreben hat auch zu dem augenblicklich auf der Höhe der Entwicklung stehenden elsaß-lothringischen Kulturkampf geführt. Im alten Frankreich besteht seit dem 11. XII. 1905 das Gesetz der Trennung von Kirche und Staat, das dem Konkordat von 1801 ein Ende gemacht hatte. Das Trennungsgesetz hatte die Kirchengemeinschaften in Kultvereine verwandelt und das Vermögen der katholischen Kirche liquidiert. Die konfessionelle Schule war abgeschafft worden. In Elsaß-Lothringen dagegen gilt noch bis heute das alte Konkordat. Das antikirchlich gerichtete Kabinett Herriot betreibt nunmehr die Einführung des Trennungsgesetzes und der Laienschule in Elsaß-Lothringen. Die Folge war die Kampfansage der sechs französischen Kardinäle und eine starke Erregung in Elsaß-Lothringen, die sich in zahlreichen Protestversammlungen äußerte (vergl. S. 384).

In dem von den Alliierten besetzten Teil des arelatisch-lotharingischen Grenzsaums ist im Laufe des Oktober die Räumung im großen und ganzen in dem S. 588 angedeuteten Rahmen vollzogen worden (vergl. die Karte von S. 586). Entgegen den nicht immer klaren Angaben der Tageszeitungen verdient betont zu werden, daß die militärisch geräumten Gebiete einen winzigen Bruchteil des gesamten besetzten Gebietes darstellen, und daß sie sogar gegenüber den übrigen widerrechtlich besetzten rechtsrheinischen Gebieten geringe wirtschaftliche Bedeutung haben. In Herdecke bei Bahnhof Hengstey, das auf der Karte von S. 586 zum Dortmunder Gebiet gerechnet ist, sitzt nach wie vor ein französisches Kommando. Das Gleiche gilt von Mengede an der Bahn Dortmund—Wanne. Und auch in den Häfen von Mannheim und Karlsruhe hat Frankreich Überwachungsposten belassen. Die Ausweisungen sind größtenteils zurückgenommen, aber Wohnungen im besetzten Gebiet zu finden ist den Zurückgekehrten kaum möglich. Als eine wesentliche Erleichterung dagegen empfinden die Bewohner der besetzten Gebiete die wirtschaftliche Räumung, die mit der Übergabe der Bahnen von der Regie an die deutsche Reichsbahngesellschaft in der Nacht vom 15. zum 16. November ihren Abschluß finden wird. Auch sind die Familien der französischen Beamten und Offiziere fortgezogen, weil ihnen das Leben in Deutschland zu teuer wurde, und die französische Kulturpropaganda ist stark eingeschränkt, da Frankreich seit Einführung des Gutachtens der Sachverständigen diese Propagandaausgaben nicht mehr auf die Besatzungskosten buchen und damit vom Deutschen Reich bezahlen lassen kann.

In eine schwere Wirschaftskrise ist auch das Saargebiet geraten. Da in ihm seit 1924 die Währung des französischen Franken eingeführt ist, nahm es um die vergangene Jahreswende an der günstigen Inflationskonjunktur Frankreichs Anteil und war in seiner Industrie voll beschäftigt. Nach dem Wiederaufstieg des Franken hat es jedoch nicht vermocht, sich auf die neue Lage einzustellen und seine Konkurrenzfähigkeit auf den Auslandsmärkten wiederzuerlangen. Es ist das in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß die französische Bergverwaltung im Saargebiet die Kohlenpreise nicht in dem Maße herabgesetzt hat, wie es die wirtschaftlichen Verhältnisse erfordern. Zweck dieser französischen Kohlenpreispolitik ist es, indirekt Reparationsleistungen aus dem Saargebiet herauszuziehen. Das größte industrielle Unternehmen, die Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke, hat daher für längere Zeit seine Pforten schließen müssen.

Das Deutsche Reich hat in den letzten Monaten seine wirtschaftliche und außenpolitische Stellung verbessern können. Seine Handelsbilanz, die 1923 schwach aktiv geworden war, ist allerdings unter dem Einfluß der Stabilisie-

rungskrise wieder passiv geworden. Nachdem der August plötzlich einen Ausfuhrüberschuß von 141 Millionen Goldmark ergeben hatte, ist der September wieder mit 59 Millionen Goldmark passiv. Der Wert der Gesamteinfuhr Januar—September 1924 beläuft sich auf 6,1 Milliarden Goldmark, der der Ausfuhr nur auf 4,6 Milliarden Goldmark. Seit die deutsche Handelsbilanz passiv geworden ist, bemühen sich mit einem Male die bisher sehr zurückhaltenden Staaten West- und Südwesteuropas eifrig darum, mit dem deutschen Reich Handelsverträge abzuschließen, zumal die durch das Versailler Friedensdiktat erzwungenen Handelsbegünstigungen mit dem 10. Januar 1925 ablaufen. Bei diesen Verhandlungen hat die deutsche Regierung durch folgenden Umstand eine günstige Stellung. Hinsichtlich der Richtung der deutschen Ausfuhr, deren Förderung die erste handelspolitische Aufgabe der Regierung ist, hat sich seit der Stabilisierung ein hochbedeutsamer Umschwung vollzogen. Im Jahre 1913 gingen von der deutschen Gesamtausfuhr 45,0 % nach Westeuropa, dagegen nur 30,4 % nach Osteuropa. Für das erste Halbjahr 1924 jedoch sind die entsprechenden Zahlen 31,8 bzw. 37,7 %. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen ist von 576000 am 1. IX. auf 473000 am 15. X. gefallen. Die Steinkohlenförderung des September verbesserte sich auf 11,39 Millionen t und kam damit der Vorkriegsförderung gleichen Gebietsumfangs (11,73 Millionen t) nahe. Das Ruhrrevier befindet sich jedoch zur Zeit in einer schweren Absatzkrise, und da auf die Halden schon so viel Kohle gestürzt worden ist, daß eine Vermehrung des Haldenbestandes die Gefahr der Selbstentzündung hervorruft, sind Förderungsbeschränkungen, für die südlichen Zechen sogar Stillegungen kaum vermeidlich. Von den Industrien haben diejenigen eine verhältnismäßig günstige Konjunktur, die billige Massenartikel für die Wiederauffüllung der durch die Kriegs- und Nachkriegszeit aufs schwerste gelichteten Verbrauchsbestände der Familien herstellen, also besonders die Textil- und Schuhindustrie. Eines der erfreulichsten Kennzeichen des langsamen Wiederaufstiegs ist der von den deutschen Reedern mit zäher Energie durchgeführte Wiederaufbau unserer Handelsflotte. Deren Tonnage betrug Mitte 1920 nur 673000 Brutto-Registertonnen, Mitte 1924 dagegen wieder 3,4 Millionen Brutto-Registertonnen. Die deutsche Handelsflotte steht damit nach dem Britischen

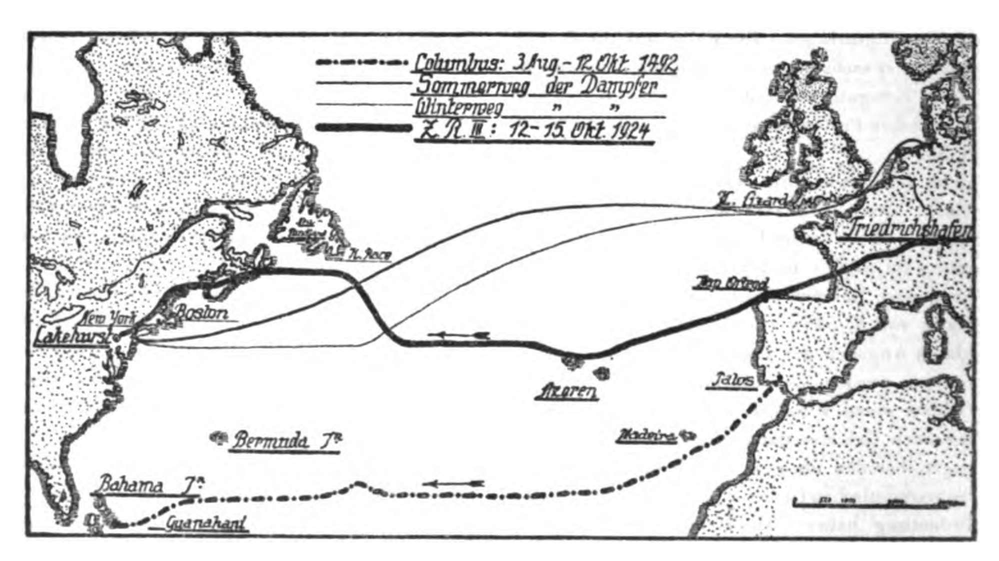


Abb. 1. Zum Flug des Z. R. 3. über den Atlantic

Reich, der Union, Japan und Frankreich wieder an fünfter Stelle und wird vermutlich im nächsten Jahre auch Frankreich schlagen. Dabei ist die deutsche Flotte verständlicherweise die modernste der Welt, besonders reich an den hervorragend rentablen Schiffen mit Ölfeuerung und mit Motorantrieb. Nachdem endlich am Anfang dieses Jahres die Herstellung einer Kabelverbindung Emden—London uns den Wiederanschluß an das Weltkabelnetz gegeben hatte, ist nunmehr auch die Legung eines neuen Kabels Emden-Neu-York in Angriff genommen worden. Allerdings wird nur die Strecke Emden—Azoren von der Deutsch-atlantischen Telegraphengesellschaft betrieben werden, während die Strecke Azoren—New York von der Commercial Cabel Co. übernommen wird. Zu der Verbesserung unserer außenpolitischen Stellung gegenüber der Union, der auch diese Kabelverbindung dienen wird, hat in hervorragendem Maße die jüngste Großtat der deutschen Technik beigetragen. Der Flug des Z. R. III über den Atlantik (Abb. 1) hat das deutsche Ansehen bei der kapital- und wirtschaftskräftigsten Macht der Welt stark gehoben. Die Flugroute ist ein Musterbeispiel für die Anpassung eines Verkehrsweges an die physischen Verhältnisse der Erdoberfläche (Bodensee, Rheintal, Burgundische Pforte, Saônesenke, Nordrand des französischen Zentralplateaus, Girondemündung, Nordwestecke Spaniens, Azoren, nördliche Umgehung eines zwischen 40° und 45° n. Br. gelegenen Tiefdruckwirbels, Sable-Island, Küste von Neuschottland).

Die wirtschaftliche Stellung Frankreichs ist die günstigste von allen Staaten Europas. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen betrug Anfang Oktober nur 466. Die Zahl der Stellenangebote war um 15 % größer als die der Stellengesuche. Die Lage auf dem französischen Arbeitsmarkt ist somit durch einen ausgesprochenen Mangel an Arbeitskräften charakterisiert. Die Handelsbilanz Januar—September 1924 war mit 1245 Millionen Frank aktiv, die Weizenernte im Gegensatz zur deutschen nicht geringer als 1923 (75 Millionen dz). Die einzige wesentliche wirtschaftliche Schwäche Frankreichs, dessen öffentliche Meinung sich allmählich in steigendem Maße mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigt, ist seine natürliche Armut an Kohlenlagern, die es ihm in der genannten Zeit nur gestattete, 53 % seines Bedarfes selbst zu erzeugen. Dabei sind die zerstörten Gruben Nordostfrankreichs in der Hauptsache wieder hergestellt. Die Kohlenerzeugung des Departements Nord betrug schon 1923 wieder 5,6 Millionen t (1913: 6,8 Millionen t). Die Grube Ostricourt im Pas de Calais, die zerstört gewesen war, verteilte 1923 eine Dividende von 50 Fr. brutto für die Aktie. Die größte geopolitische Gefahr für Frankreich liegt in der Stagnation seiner Bevölkerungszahl. Der Geburtenüberschuß im zweiten Vierteljahr 1924 betrug nur noch 3655 und wurde vollständig allein durch Elsaß-Lothringen aufgebracht. Die zahlreichen Departements, die schon einen Überschuß der Todesfälle aufweisen, liegen mit wenigen Ausnahmen in den gebirgigen Teilen Frankreichs.

In England ist die British Empire Exhibition zu Wembley Ende Oktober geschlossen worden. Sie erreichte zwar „nur" eine Besucherzahl von 17 Millionen und endete dadurch mit einem Schaden von 1 Million £, hat aber ihren wirtschaftlichen und politischen Zweck voll erreicht. Ersterer bestand darin, das britische Weltreich als einen einheitlichen Wirtschaftsorganismus hinzustellen. Die riesige Industrie- und Maschinenhalle zeigte die materiellen, der Ausstellungspalast der Regierung die geistigen Werte, die England seinen Schutzgebieten als Gegenleistung für seine Rohstoffe liefert. Die Kolonien ihrerseits fügten sich diesem Grundgedanken nicht durchaus harmonisch ein, indem sie sich in ihren Pavillons nicht darauf beschränkten, Rohstoffe auszustellen, sondern gerade Wert darauf legten, mit Fertigwaren zu glänzen, um so zu betonen, daß sie auf dem Wege der wirtschaftlichen Selbstversorgung schon erstaunlich weit gekommen sind (vgl. Aufsatz von Prof. Levy in Heft 9 der Z. f. G.). Der politische Zweck der Ausstellung war es, die gewaltige Kolonialmacht Englands auf Eindrucksvollste vorzuführen und damit den Gedanken der politischen Reichseinheit zu fördern. Diesem Zweck legt die englische Regierung sicher ganz besondere Bedeutung bei, angesichts der offenkundigen Zersetzungserscheinungen, die die britische Zentralgewalt nicht nur

in Indien sondern auch in den Dominions bedrohen, und die schon so stark geworden sind, daß Mac Donald im Juni d. J. einen **ständigen Ausschuß der britischen Reichskonferenz** einrichtete, der die englische Außenpolitik in dauernder Übereinstimmung mit der Auffassung der Dominions halten soll. Die dadurch bezeugte außenpolitische Schwäche der Labourregierung trat in noch stärkerem Maße im **englisch-russischen Vertrag** hervor, der nach dem Kabinettswechsel nunmehr allerdings erledigt ist. Er schloß England von der Fischerei des Weißen Meeres aus, versprach ihm nichts über die wirkliche Zurückzahlung seiner der Zarenregierung geliehenen Gelder, verpflichtete es jedoch, sich mit der Aufbringung einer Anleihe für die Sowjets zu befassen. Die Verhandlungssprache bei den englisch-russischen Verhandlungen in London war übrigens die deutsche, da die russische Delegation des Englischen nicht mächtig war und sich weigerte, französisch zu sprechen, und in dem Vertragstext war, entgegen jeder sonstigen bisherigen britischen Gepflogenheit, „Seine Majestät, der König des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland und der britischen Dominions über See, Kaiser von Indien ....“ ignoriert. Die **englischen Wahlen**, die daraufhin mit dem vollständigen Siege der konservativen Partei endigten, hatten folgendes Ergebnis:

	Konserv.	Liberal.	Labour
Millionen Stimmen	7,4	2,9	5,5
Sitze	403	36	150
% der Stimmen . .	46,1	18,1	34,2
% der Sitze	67,2	6	25

Diese Zusammenstellung zeigt deutlich die Rückständigkeit des englischen Wahlsystems. Wie Prof. J. M. Keynes im „Wirtschaftsdienst“ (Nr. 45) ausführt, sind etwa 70 % der englischen Wähler unwandelbare Parteileute, und zwar 28 % Konservative, 14 % Liberale und 28 % Anhänger der Arbeiterpartei. Von den verbleibenden 30 % enthalten sich nahezu 20 % der Stimme, und die restlichen 10 % Unentschlossenen geben den Ausschlag. Abb. 2 gibt ein Bild von der geschickten Art der konservativen Wahlpropaganda. Man beachte, daß die Stufenleiter der steigenden Arbeitslosigkeit mit 1 Million beginnt, so daß die Höhe der einzelnen Stufen gegenüber der Wirklichkeit für das Auge stark übertrieben erscheint. Der 6. Oktober, mit dem das Diagramm endet, bedeutet zugleich den damals höchsten Stand der Arbeitslosigkeit.

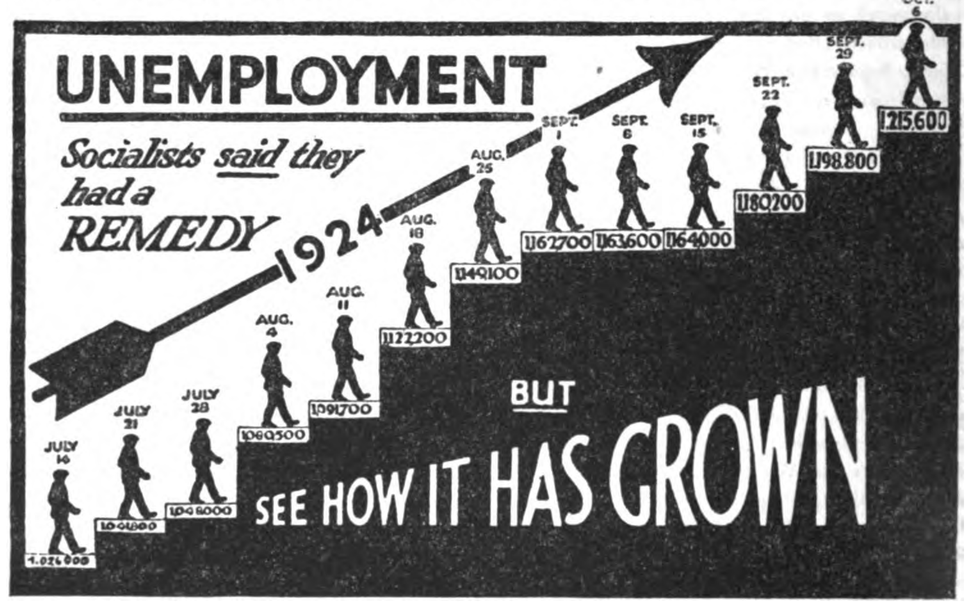


Abb. 2. Wahlzettel der Konservativen Partei in England

K. HAUSHOFER:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER INDO-PAZIFISCHEN WELT

„Terra australis" darf wohl wenigstens einmal im Jahreslauf der indo-pazifischen Berichterstattung das Recht in Anspruch nehmen, mit ihrer Geopolitik an erster Stelle zu Wort zu kommen. Nicht ihre Menschenzahl berechtigt sie dazu, aber ihre Zukunfts-Dynamik und deren weiter Land- und See-Entwicklungsraum; wohl auch die sich immer mehr ausprägende, vom alten Stamm weiter und weiter abzweigende geopolitische Eigenart ihrer wenig über 5 — mit Neu-Seeland nicht 6 1/2 — Millionen weißer Bewohner, und der ihnen zugesellten braunen und schwarzen Vorbesitzer, nunmehrigen Metöken. Der abschüssige Weg vom Landeigner über den Mitwohner zum Wurzellosen und Enterbten ist kurz — für Einzelne wie für Völker.

Und umgekehrt vergißt man schnell den fragwürdigen Rechtsanspruch der eignen Landnahme über dem Standpunkt des beatus possidens gegenüber den Verdrängten und Enterbten der Erde, so weit nicht wehrgeographische Erwägungen seine Verteidiger wachhalten. Freilich gebraucht aus kluger Rücksicht auf die öffentliche Meinung der Welt, auch eine Macht, die mit ihren Raumrechten auf nackter Gewalt fußt, heutzutage nur Worte, die Abwehr und Verteidigung bezeichnen. Das gilt auch für die Wehrgeographie Australiens vielleicht am besten in wenigen Sätzen zusammengefaßt in Vaughan Cornish: A Geography of Imperial Defence, London 1922. Er zeichnet den Gegensatz zwischen der australischen Siedelungsleere und der Nähe der übervölkerten Monsunländer, zwischen dem fruchtbaren Küstengürtel und den wüsten- und steppenhaften Herzlandschaften, der zur Hälfte gemäßigten, zur Hälfte tropischen Klimaverteilung, deren Scheidelinie etwa die Eisenbahn Rockhampton-Longreach gleichläuft. Dazu kommt der exzentrische Bevölkerungsschwerpunkt im gemäßigten Teil, dessen südöstliche Randlage nur die Siedelungsgruppe um Perth und Freemantle ein westliches Gegengewicht bietet, das zu leicht ist. Sehr bedenklich ist der zu wenig binnenländische (kontinentale) Ausgangscharakter der australischen Bahngeopolitik. Vor allem aber regt sich immer wieder die tropische Antithese zur "White Australia"-Leitlinie: Bedarf nach farbiger Arbeit bei gleichzeitiger Furcht davor, deren Überwindung durch die Steigerung weißer Arbeitsfähigkeit in den Tropen in jüngster Zeit J. W. Gregory als möglich zu erweisen versuchte.

Das, was die australischen Schlagworte unter der Reihe "Labour-Trades-Unionism" und "Exclusion of Coloured Labour" einerseits und unter der imperialistischen Ausgestaltung des "White Australia"-Prinzips andererseits verfechten, und zwar beides mit einer religiösen Inbrunst, das sind doch nur zwei Linien verwandter Entwicklungstendenz, und sie führen zu denselben Überschneidungen.

Durchaus einverstanden sind wir mit Vaughan Cornish, wenn er erklärt, der philanthropisch gutgemeinte Vorschlag einer geographischen Colour-Scheidelinie in Australien würde so wenig zu halten sein, wie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, und der ganze wehrgeographische Sinn der Verteidigung Australiens innerhalb des Reiches würde mit der Einheitlichkeit der weißen Besiedelung verloren gehen. Er fragt mit Recht: „Wie lang hielte sich "a country of white overseers and foremen with coloured peasantry and factory hands"! Das ist freilich eine dunkle Frage, die z. B. auch aufmerksame Beobachter längst am Sehkreis südamerikanischer Staaten, wie z. B. Brasiliens heraufsteigen sehen, die Gefahr, daß sich Klassenscheidungen mit Rassenscheidungen decken.

In einem Riesenram — den man vorerst mit ländlichen Siedlern, die er zunächst braucht, einfach nicht auszufüllen vermag — ist aber der Beweggrund für vorbeugende Handlungen allerdings "selfishness" so oder so, in einem Fall von Machthabern, die rote internationale, im andern Fall von solchen, die grüne internationale Ziele mit den Lippen bekennen und mit Nationalisten in den leitenden Ämtern. Ausgesperrt wird in

jedem Fall der farbige "Gentleman"-Bürger, Kamerad oder Genosse, von seinen roten und grünen Menschenbrüdern — die geopolitische Tatsache und Wirkung ist dieselbe.

Und deshalb kommt auch hier bei dem angelsächsischen Wehrgeographen schließlich das Bekenntnis, daß es zuletzt eine Frage der Vitalität, also eine wehrgeographische ist, wie weit Australien und Canada als Raumreservate von "our own race-not of alien stock" zu halten sind, was bei Canada wegen seiner nördlich gemäßigten Lage leichter, bei Australien aber sehr schwer sein werde. Coudenhove-Kalergi, sicher des Militarismus nicht verdächtig, sagt in seiner neuesten Studie „Pazifismus", die australische Frage dringe auf kriegerische Lösung...

Kitcheners "Memorandum on the Defence of Australia", von 1910, veröffentlicht vom Parliament of the Commonwealth, ist immer noch die Grundlage der australischen Wehrgeographie und zeigt auch hier, abgesehen von seinen Organisationsleistungen in Indien, Südafrika und am Nil, wie scharf und klar er als Verkehrs- und Wehrgeograph dachte. Was Gregory und Griffith Tailor, Dr. Andrew Harper ("Australia"), Joh. Mc Whae ("The Heart of Australia") und andere hinzufügen, erweitert Kitcheners wehrgeographisches Bild und seine Erkenntnis der Gefahren, verändert es aber nicht.

Die großen Züge der Idee der absoluten Küstenkontrolle bei der stellenweisen Ungunst der Küstenentwicklung (die Ost-Dampfstrecke Freemantle—Townsville (Queensland) ist gleich der von Yokohama!), mit bedeutsamen Außenposten, wie Port Moresby anf Papua und anderen neu erworbenen, treten schon bei Kitchener scharf hervor. Sie beherrschen heute die australische nähere Außenpolitik. Der Groll über das Verzögern der Singapore-Befestigung verriet es deutlich genug. Die australische Eisenbahn-Geopolitik zeigt als Hauptkontraste, die nach innen unzulänglich verbundenen Stichbahnen von der Küste her, und den großen Gedanken eines die Konzentrations-Schwierigkeit überwindenden Binnenbahnnetzes. Auch Port Jervis-Canberra ist eine Küstenstichbahn. Oft genug wurde den Australiern gesagt, daß ihre "linking lines" zu küstennah sind. Wir möchten gerade in Mitteleuropa immer wieder sagen, mit welcher Selbstverständlichkeit ein auf seine Selbstbestimmung so eifersüchtiges, sicher modernes Volk im "System of universal training", der vollen wehrgeographischen Verantwortung jedes, aber auch jedes im Volk eine ganz selbstverständliche Aushilfe gegen wehrgeographische Nachteile sieht, aber auch in der Ablehnung gewisser Völkerbundsprotokolle, die ihm den Gedanken der Behauptung seines Lebensraums zu gefährden scheinen. Was ist aber ein nur so partiell von ganzen Erdteilen bejahter Völkerbund, was bleibt von ihm übrig? Neuseelands Verteidigung wird von Vaughan Cornish als leichter und weniger dringlich angesehen — dennoch sei das Schicksal seiner weißen Million an Australien gebunden, ein "coordinated defence scheme needed."

Ein Völkerbund-Torso, wie er sich eine Zeitlang als Möglichkeit enthüllte, ohne die Vereinigten Staaten und den russischen Sowjetverband, mit nur sehr teilweise und bedingt eingefügtem China, Japan, Australien, Neuseeland und abseits stehenden wichtigen spanisch-amerikanischen Staaten, dagegen mit einem hereingelockten, völlig lahmgelegten Deutschland, verrät ein politisches Sturmfeld der Zukunft mit seltener Eindeutigkeit in pazifischer Isolierung.

Die Völkerbund-Protokollierung am 1. 10. 24 hat scharf und deutlich gezeigt, was wir gern mit den Worten des britischen "Economist" geopolitisch feststellen: „Zu Genf ist eine diplomatische Brücke über den Abgrund zwischen der japanischen und australischen (aber auch U.S.) Auffassung geschlagen worden, aber der Zwischenfall hat der Sache des Völkerbundes weder in Australien, noch den U.S. gedient, und für die britische Staatskunst ist vordringlich, Lagen zu vermeiden, in denen die Dominions und Amerika auf der einen Seite, Indien und die Fernostländer auf der andern Seite in Schlachtreihe stehen, mit Großbritannien in der unbehaglichen Rolle als Vermittler..."

„Die zivilisierten, an Blutüberdruck leidenden Ostvölker am Pazifik können nie freiwillig zugeben, daß untervölkerte „weiße" Länder östlichen Auswanderern nur wegen Rassen"inferiority"

verschlossen bleiben sollen und Amerikaner, wie weiße Dominion-Völker nie, daß die Zusammensetzung ihrer Bevölkerung nicht ausschließlich Sache ihrer inneren Verfügung ist, die ihr nationales Schicksal bedeutet ...“

Nach dieser sehr maßgebenden britischen Meinung versagt also in solchen Dingen „die nationales Schicksal bedeuten“ der Völkerbund! Im Wortlaut des gegenwärtigen australischen Premiers Bruce liest sich die Sache: „Die japanischen Delegierten waren erfreut über die auf ihr Drängen eingefügten Änderungen im Protokoll, aber die Commonwealth hat die ihren instruiert "to give no consideration to the alteration." So kann man es auch machen, aber es wird nicht ganz im Sinne der hohen Versammlung sein. Am 24. VIII. hat sich W. M. Hughes, der frühere Ministerpräsident von Australien, in Sidney sehr bestimmt darüber ausgesprochen: ebenso, wie die Verteidigung Hawaiis und des Nordpazifik das pazifisch-politische Leitproblem der Vereinigten Staaten sei, das sich leider nicht auf den ganzen Pazifik erstrecke, ebenso sei die pazifische Frage für Australien eine südpazifische bis einschließlich des eurasischen Hauptlandes. Sie könne ohne eine Basis in Singapore oder eine ähnliche (Port Moresby auf Papua? Das jüngst verlästerte Port Darwin im N. W.? Port Jervis, den Zukunfts-Bundes-Kriegshafen?) nicht gelöst werden. Die geopolitische Zwangsläufigkeit würde stärker sein als irgend eine politische Gegenerklärung.

Sie ist zunächst im Mutterlande über Macdonald und sein Labour-Kabinett hinweggegangen, und zeigte im Gegensatz zu ihm, daß die australischen Labourleute zwar gegen die zwei von der Regierung verlangten schnellen 10000 Tonnen-Kreuzer waren, aber doch Luftflotten und Munitionsfabriken wünschten.

Die australischen Rundflugunternehmungen und die Landerkundung durch den Fliegerdienst sind aufmerksam verfolgt worden. Daß Nordaustralien noch große Entwicklungsmöglichkeiten birgt, ist durch die Berichte von G. A. Hobler neu erhärtet, durch Flugerkundung bestätigt worden.

Die Weltkraftkonferenz zeigte freilich, daß neben den reichen Reserven an Stein- und Braunkohle (namentlich die Braunkohlenlager nahe Melbourne sind sehr wertvoll) die Wasserkräfte Australiens ärmlich sind, nur in dem „Mandatgebiet“ von Neuguinea außerordentlich groß; und es wird sicher bald in Frage kommen, wie weit Elektrizitätsausfuhr hier ausgleichend wirken kann.

Außerordentlich vielseitig sind gerade 1923 und 1924 die Bemühungen gewesen, das Reichs-Zusammenhangsgefühl in Australien wachzuhalten. Über viertausend junge Australier sind, mit namhafter Unterstützung namentlich von Viktoria aus, durch Reisen in Europa ausgebildet worden. Eine Woche wird in London, eine in Paris verbracht, dann schnell Italien, die Schweiz und Frankreich durchfahren, Deutschland nicht berührt. So wird die Young Australia League wohl politisch so orientiert sein, wie es ihre Väter waren. „Der erzieherische Wert solcher Besuche kann nicht leicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Jungen sind im eindrucksfähigsten Alter, sehr aufmerksam und repräsentieren fast alle höheren Schulen Australiens. Sie reisen uniformiert, mit gedrillter Kapelle ...“ Diese und ähnliche Versuche, namentlich Auswanderer aus den britischen Industriegegenden voll Arbeitsloser in das im Grunde nach weißer Arbeit hungrige Australien zu ziehen, erlitten einen bösen Schlag durch die Singaporepolitik der Labourregierung und durch die Tatsache, daß sich die erwünschte Sorte Einwanderer nicht melden wollte: nämlich die gewandten und sich zur Pionierarbeit drängenden landwirtschaftlichen Arbeiter und die geschulten Bauhandwerker, denen sogar geraume Zeit bezahlte Überfahrt angeboten war. Noch immer liegt das riesige Nordaustralien ungenützt, angesichts der zu seiner Entwicklung völlig unfähigen Kräfte von zwischen 2000 und 3000 Weißen, etwa 1000 Chinesen und 15000 Eingebornen.

Dabei aber hintertreibt man den sonst nirgends an Kolonisation herangelassenen Deutschen die armselige Möglichkeit dazu im niederländischen Neu-Guinea und fühlt doch auf der andern Seite, wie bedenklich die Lage auf die Dauer in den untervölkerten tropischen Gebieten gegenüber den anbrandenden farbigen Menschenmassen ist. Man fühlt, daß, wie Gregory in seinem mächti-

gen, von wirklich großen Gesichtspunkten ausgehenden Vortrag: "Intervacial Problems and White Colonisation in the Tropics" zeigte, auf die Dauer in dem Riesenringen um Lebensraum auf der sich zusehends übervölkernden Erde an vielen Stellen „die primitive Rasse gewinnen" nicht nur kann, sondern wird und muß. Das scheint unabwendbar, wenn nicht ganz weitsichtige Raumpolitik getrieben wird, die es sich auf die Dauer nicht leisten kann, die fruchtbarsten und arbeitsamsten unter den rasseverwandten Völkern zu Parias zu machen und so in Kampf- und Schicksalsgemeinschaft mit den Primitiven zu treiben.

Als Beweis für die Großzügigkeit reichsbritischer Geopolitik sind aber die Ausführungen von Gregory von symptomatischer Bedeutung, wenn er uns auch geneigt scheint, den reinen Klimaeinfluß zu unterschätzen. Für australische Geopolitik ist der Gegensatz eines relativen Erfolgs weißer Tropenarbeit in Queensland, und des bisherigen völligen Mißerfolgs in Nordaustralien wichtig, der aber genügend aus der allgemeinen Untersiedlung Australiens, und dem fehlenden Wirtschaftsreiz in seinem für Weiße am wenigsten anziehenden N. Gebiete erklärt werden kann.

Damit ist die Stelle erreicht, wo wir das australische Problem wieder in den Gesamtrahmen der geopolitischen Berichterstattung einfügen können. Seine Abseitigkeit — vorläufig noch — von dem Gesamtpulsschlag der indo-pazifischen Welt zeigt sich z. B. darin, daß die sonst geopolitisch stark verfolgte Frage des amerikanischen Weltrundflugerfolgs, des französischen Teilerfolgs und des britischen Fehlschlags gegenüber dem erfolgreichen australischen Kontinentalrundflug in Australasia völlig zurücktrat. Fliegerdienst und Kraftwagen erleichtern gerade die Raumüberwindung so dünn bevölkerter Riesenstrecken, wie in Australien, wo noch nicht ein Mensch auf den Quadratkilometer trifft, wo auch der ergiebige Kredit die Kapitalarmut zur Schaffung ausreichender Bahnnetze nicht überwinden kann; wohl aber vermögen das die neuen Verkehrsmittel, die zunächst die bestehenden australischen Überlandfluglinien Perth-Derby (Westaustralien) und Charleville-Cloncurry (Queensland) bis Port Darwin in Nordaustralien ausdehnen sollen. Damit wäre endlich die ersehnte Nord-Süd-Verbindung geschaffen, wenigstens für ganz hochwertige Güter und eilige wichtige Menschen — ein Verkehrsdurchbruch gegen die Monsunländer. Die klug ausgedachte Fluglinie Charleville-Cloncurry allein schon verbindet fünf Stich-Eisenbahn-Köpfe von der Küste her! Der Erkundungsflug des australischen Civil-Flugchefs 1924 schaffte in 77 Flugstunden, mit 35 Landungen in 22 Tagen über etwa rund 12300 km und leistete eine Aufnahmearbeit, die sonst in fünf Monaten nicht zu leisten wäre, und zeigte damit, welche Rolle die Weiterbildung des Flugdienstes für die untervölkerten Teile der Pazifik-Ränder spielt. Die übervölkerten Teile aber sind sich über die Gefahren fremder Flugüberlegenheit ohnehin klar; nicht umsonst hat sich für die Entscheidung in China Chang Tso Lin noch in letzter Stunde achtzehn französische Flugzeuge mit allem Zubehör in die Mandschurei zugeführt. Bei einem Mißerfolg seinerseits könnte sich eine zweite Auflage des Alabama-Falles daraus entwickeln und die Rechnung für Frankreich teuer werden, — aber es befindet sich freilich im Falle der Unterstützung der Mandschurei in einer Linie mit Japan und den Sowjets, gegen die Schützlinge der Angelsachsen, die sich nun allerdings durch den Verrat des christlichen Generals Feng Yu-Hsiang an Wu Pei Fu gespalten haben.

Allerwärts ist Ende Oktober im Indopazifischen Gebiet eine Zeit sehr ernsthafter Zusammenfassungen und Entscheidungs-Vorbereitungen geworden: In Indien sind zwischen dem 25. und 27. 10. in Bengalen einige dreißig Führer der Unabhängigkeitspartei verhaftet worden. Hätte man es vor vier Jahren getan, so wäre damit vielleicht ein Brand ausgetreten worden, der nun nur um so heller auflammt. Auch Reiseverbote an Gandhi, wie das zur Hindu-Mohammedanerversöhnung in Kohat, nützen nun nichts mehr. Japan hat den Erdbebenschaden jetzt anscheinend endgültig auf etwa 11½ Milliarden Goldmark ermittelt, ohne den unmittelbaren Verlust der Marine und Heeresverwaltung, und sieht trotz der Luxussteuer bei einer passiven Handelsbilanz keinen rechten Weg zur Wiederholung, womit sich manche Nachgiebigkeit erklärt, die sonst überraschen möchte,



und manche Anknüpfung neuer Verbindungen mit namhaftem Gesichtsverlust.

In China aber hat sich der „Krieg“ zwischen Kiangsu und Chekiang als die Episode in einem viel größeren Geschehen erwiesen, als die wir ihn von vornherein bezeichnet hatten, Wo die wirklichen Gefahren liegen, haben wir im Bericht X zu zeigen versucht. Sie entstehen vor allem aus der Unmöglichkeit für ein Reich von der ungeheuren Rechts-Anspruchausdehnung Chinas, ohne wirkliche Zentralgewalt, nur durch eine Cliquen-Puppe als Präsident, und mit einem wegen seiner Bestechlichkeit allgemein verachteten Parlament die regionalen Mächte auch nur zum Zusammenwirken, geschweige denn zu wirklichem Gehorsam zu bringen. Das wird namentlich dann offenbar, wenn — wie im gegenwärtigen Fall — starke auswärtige Mächte hinter einzelnen der regionalen Randgewalten auf der äußeren Linie stehen, wie hinter Chang Tso Lin in der Mandschurei (Japan, Frankreich, Sowjets) und Sun Yat Sen (Sowjets), während der auf der inneren Linie ringende Wu Pei Fu fortwährend von Verrat umgeben ist und die ganze Unzuverlässigkeit amerikanischer Hilfe genau so erfahren muß, wie sie Korea erfuhr. Wehe dem, der sich auf dauernde Stützung durch angelsächsische Mächte verläßt, die einen solchen Freund oder Schützling sehr oft, wie wahrscheinlich im Fall des Verrats des „christlichen Generals“ ihrem eigenen Parteienspiel oder sogar energisch vertretenden Missionsinteressen opfern; Feng Yu-Siang aber versteht sich anscheinend gut auf die angelsächsiche Missionsreklame.

Immerhin ist wenigstens in der Mossulfrage durch Brantings Schiedspruch eine kriegerische Verwicklung mit der Angora-Türkei vermieden, die England angesichts der indischen, arabischen und ägyptischen Lage in die größte Verlegenheit, allerdings eine pazifistische Labour-Regierung in eine noch viel größere bringen konnte, in der das Weltreich deshalb aus geopolitischem Ferndruck nachgab, weil es mußte.

Nun erfahren es der Reihe nach die Könige von Hedjas und Jrak, wie der Kriegsherr von Loyang: „It is an old policy of England to sacrifice her friends to her ennemies“.

So sagt Al. Carthill in „The Lost Dominion“ (London 1924) mit der herben Sachlichkeit, mit der Shakespeare seine Narren die tiefsten Wahrheiten seiner Dramen aussprechen läßt, während die Könige und die Premierminister lügen.

F. TERMER:
BERICHTERSTATTUNG ÜBER DIE AMERIKANISCHE WELT (DAS GERMANISCHE AMERIKA)

Die technische Glanzleistung des deutschen Ozeanfluges ist im Begriff, politische Wirkungen nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch vor allem bei den Versailler Vertragsmächten auszuüben. Das überragende Werk deutscher Wissenschaft und Technik, auserprobt durch den kühnen Wagemut ausgezeichneter Führer und Mannschaften, hat der Welt wiederum gezeigt, daß in einem Volke Imponderabilien geistigen Besitzes und geistiger Schaffenskraft vorhanden sind, die sich nicht durch Phrasen verleugnen oder durch Gewalt, selbst mit den unlautersten Mitteln ausrotten lassen. Darüber hinaus hat der Flug über den Atlantischen Ozean aber auch gelehrt, wie in Zukunft ein weite Entfernungen meisterndes Luftschiff ein brauchbares völkerverbindendes Verkehrsmittel werden und damit geopolitische Tendenzen auslösen dürfte, die heute erst ganz langsam in die Erscheinung treten. Welche Hoffnungen und Befürchtungen damit verbunden sind, beweisen die Äußerungen in der Presse der gesamten Welt, mag sie in bejahendem Optimismus oder in nörgelndem Skeptizismus befangen sein. Wir hoffen das Beste von der Einsicht und dem Unternehmungssinn der Amerikaner, die mit so großer Begeisterung und ehrlicher Anerkennung den Zeppelin empfangen haben und jetzt überlegen, auf welcher Verkehrs-

route sie ihn sicher und nützlich verwerten können. Dabei sind Stimmen laut geworden, die ihn für die Linie nach dem amerikanischen Mittelmeer empfehlen.

Der Zeppelin kam zu keiner gerade günstigen Zeit ins Land. Die wirtschaftliche Depression in der vereinsstaatlichen Industrie war noch nicht geschwunden, Letzten Endes ist sie ja nur die Folge der im Kriege entstandenen Überproduktion auf Grund reichlichster natürlicher Hilfsquellen an allen wichtigen Rohstoffen, die bei dem Niedergang Europas den Hauptabnehmer verlor, andererseits aber auch im eigenen Lande die Erzeugnisse nicht absetzen konnte, weil die Landwirtschaft — ebenfalls durch Überproduktion — an Kaufkraft eingebüßt hatte und selbst eine schwere Krisis durchmachte. Die Ursachen der Stockung, von der alle Industrien mit Ausnahme der Nahrungsmittelindustrie betroffen sind, werden von den Parteien natürlich mit Vorliebe zum Vorwand politischer Anschuldigungen der Gegenseite gewählt. Wenn in den letzten Monaten die Zahl der in der Industrie Beschäftigten noch keinen größeren Rückgang als 5% zu verzeichnen hat, so hängt das damit zusammen, daß die Mehrzahl der Unternehmungen sich eher zu einer Kürzung der Arbeitszeit als zu Entlassungen oder Lohnherabsetzungen entschlossen hat, um alle Möglichkeiten von Unzufriedenheit unter den Arbeitern, Unruhen oder hetzerische politische Agitation auszuschalten. Trotz der mißlichen Lage in der Wirtschaft, die nur vorübergehend sein dürfte, ist der Wohlstand des Landes in den letzten Jahren bedeutend gewachsen. Das läßt sich nicht nur aus dem für Deutschland günstigen Ergebnis der Zeichnung der Dawes-Anleihe erkennen, sondern direkt nach den offiziellen Schätzungen des Census Office belegen. Solche sind in der letzten Zeit in den Jahren 1904, 1912 und 1922 vorgenommen worden. Danach belief sich der Gesamtreichtum der Union im Jahre 1912 auf 186 Billionen Dollar, 1922 aber auf 321 Billionen Dollar, hatte also während der Kriegsjahre um 72,2% zugenommen. Rechnet man diese Zahlen auf den Kopf der Bevölkerung um, so ergibt sich für 1912 pro Kopf eine Summe von 1950 Dollar, 1922 aber von 2918 Dollar. Die Steigerung betrug hier 49,5%. Freilich muß man berücksichtigen, daß in dieser Zeit der Dollar an sich Schwankungen unterworfen war, so daß also diese Zahlen keinen absoluten Wertmesser für die Zunahme des Reichtums der einzelnen Bürger abgeben. Es hat sich weiter gezeigt, daß innerhalb der einzelnen Staaten die Prosperität des Besitzes nicht überall gleiche Fortschritte zeigte. Vielmehr lassen sich nicht unwesentliche Unterschiede erkennen. So beträgt die Kopfsumme im Staate Mississippi 1216 Doll., in Süd-Dakota 4482 Doll. und in Nevada 6998 Doll. Sehr reich gewordenen Staaten wie Tennessee (Steigerung von 1912 bis 1922; 113,6%) oder Süd-Dakota (112,9%) stehen andere mit einer sehr viel geringeren Zunahme gegenüber, wie Oklahoma (12%) oder Nord-Dakota (11,6%). Es hat sich ferner gezeigt, daß alle Staaten, in denen die Kopfsumme unter 2000 Doll. bleibt, eine Negerbevölkerung besitzen, die also eine Verhinderung des Reichtumszuwachses veranlassen würde. Warum nun gerade die Staaten Tennessee, Florida, Süd-Dakota, Nordkarolina eine bedeutende Zunahme, andere wie Nevada, Kalifornien, Nord-Dakota, Washington, Montana und New-York eine Abnahme zu verzeichuen haben, läßt sich noch nicht übersehen.

Von dem Gesamtvermögen der Ver. Staaten waren nun Ende 1923 acht Milliarden Dollar außer Landes angelegt, und es zeigen sich dabei für die geopolitische Einstellung des Landes interessante Tatsachen. Die Summe war nämlich in folgender Weise auf andere Länder verteilt:

in Canada . . .	2500	Millionen Dollar
„ Cuba	1360	„ „
„ Europa . . .	1300	„ „
„ Südamerika .	1230	„ „
„ Mexiko . . .	1022	„ „
„ Asien . . .	440	„ „
„ Mittelamerika	148	„ „

Europa steht also hier an dritter Stelle und wird selbst von Cuba noch übertroffen. Diese Zahlen geben einen vortrefflichen Beleg für die geopolitischen Tendenzen in den Ver. Staaten, die in erster Linie sich auf die Neue Welt beschränken.

Einen weiten Raum im öffentlichen politischen Leben nahmen natürlich die in Aussicht stehenden Präsidentenwahlen ein, bei denen die drei Kandi

daten Coolidge (Republikaner), Davis (Demokraten) und La Follette (Progressisten) sich gegenüber standen. In dem Wettkampf spielte die auswärtige und gerade die europäische Politik der Union eine besondere Rolle, insofern nämlich Demokraten und Progressisten eine aktive Teilnahme an derselben in ihr Programm aufgenommen haben und die Zurückhaltung der bisherigen Regierung, besonders auch ihre Opposition gegen den Völkerbund tadeln. Gegen die Vergewaltigung schwächerer Nachbarn wie Mexiko, Mittelamerika, Haiti, Santo Domingo, Nicaragua verwahrte sich besonders La Follette, ohne aber das Fiasko nordamerikanischer Intrigen in Honduras dabei zu erwähnen. Auch fordert er, was zu beachten ist, die Aufgabe der Philippinen. Der englandfreundliche Davis und seine demokratischen Anhänger wünschten ihrerseits eine energische pazifische Politik und sind mit dem Nachgeben der Republikaner bei den britischen und japanischen Mandatsfragen im Stillen Ozean nicht zufrieden. In der Nichtanerkennung der Sowjetregierung, solange sie nicht ihre Propaganda einstellt und sich zur Schuldenzahlung an die Union verpflichtet, ist man sich im großen und ganzen einig, selbst wenn auch hier und da Neigungen zur Wiederanknüpfung mit Rußland vorhanden sind. Unter den drei Kandidaten ist LaFollette die interessantestePersönlichkeit, wirtschaftlich radikal gesinnt, voll von eigenen Reformideen, politisch seinen Anhängern sehr entgegenkommend. Zu diesen zählten in erster Linie die Deutsch-Amerikaner, denen La Follette besonders geschmeichelt hatte. Ihnen galt er als einer der eifrigsten Gegner des Versailler Vertrages, für dessen Revision er sich oft genug ausgesprochen hat. Seine pazifistischen Ideen hofft er durch allseitige Abschaffung der gesetzlichen Dienstpflicht, allgemeine Abrüstungen und den Völkerentscheid über Krieg und Frieden durchsetzen zu können, wobei er von seiner politisch tätigen und ebenfalls pazifistisch gesonnenen Gattin unterstützt wird. Die Sympathien der Deutsch-Amerikaner hat er sich auch durch sein energisches Verhalten gegen den Eintritt der Ver. Staaten in den Krieg und die Erklärung gesichert, daß Deutschland am Kriege nicht Schuld trage. Ferner fällt seine Freundschaft mit Karl Schurz bei den deutschen Wählern auch für ihn ins Gewicht. Die Steubengesellschaft, die nach dem Kriege alle Deutsch-Amerikaner anstelle des im Kriege aufgehobenen deutschamerikanischen Nationalverbandes zusammenfaßt, hat sich in der Mehrzahl ihrer Mitglieder für La Follette ausgesprochen. Auch die Italiener stehen ihm sympathisch gegenüber, und nur die amerikanischen Gewerkschaften waren zweifelhaft ihm Gefolgschaft zu leisten, trotzdem sich ihr Führer Gompers fürLaFollette ausgesprochen hatte.So ist schließlich derstreitbareSenatorzumFührer aller mit denheutigen politischen und allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen unzufriedenen Elemente geworden. Eine nicht zu unterschätzende Wählerschaft sind die Neger in den Nordstaaten, die sich noch nicht für eine der Parteien entschieden haben, aber bedenklich zu den Kommunisten und radikalen Linksparteien neigten. Im Süden kommen die Neger insofern nicht in dem Maße für den Ausgang der Wahlen in Frage, als sie eine zu große Anzahl von Analphabeten besitzen (12 Millionen Neger in den Ver. Staaten, davon 2,2 Millionen Analphabeten), die nicht wahlberechtigt sind. Im ganzen sind übrigens in der Union bei einer wahlberechtigten Bevölkerung von rund 50 Millionen mindestens über 4 Millionen Analphabeten. Namentlich in den Südstaaten sind an verschiedenen Stellen noch Zustände, die an russische erinnern sollen. —

Zwischen der Union und ihrem nördlichen Nachbarlande Canada hat die Einwandererfrage durch gegenseitiges Übereinkommen eine Regelung erfahren, die namentlich im Interesse Canadas gelegen war. Denn die hier schon früher erwähnte Einwanderung aus Canada in die Union (S. 329 und 393) nahm immer größeren Umfang an. Für das Fiskaljahr 1923/24 schätzt man sie auf 200 000 Menschen, die, meist aus Engländern und Canadiern zusammengesetzt, einen Verlust für Canada, wie einen nicht sehr erwünschten Zuwachs für die eine innere Krisis überstehenden Ver. Staaten bedeuten. Europäische Einwanderer, namentlich Engländer und Schotten, die nach der Sperre in der Union in wachsender Menge nach Canada kommen (1923/24 : 148 360; 1922/23 :

72880), verließen alsbald dieses Land, weil sie in gleicher Weise wie die einheimischen Canadier durch die günstigen Verdienstmöglichkeiten in der Union angelockt wurden und Canada — übrigens ebenso wie Mexiko — nicht unter die Einwanderungsbeschränkung fällt. Auf diese Weise sind in den Jahren 1920/23 aus Canada insgesamt 366600 Personen in die Union eingewandert. Aus dem südlichen Grenzlande Mexiko waren es in dieser Zeitspanne 167500. Das Abkommen mit Canada sieht nun jetzt eine verschärfte Grenzkontrolle vor.

Zu einer neuen Erwerbsquelle der canadischen Bevölkerung ist der vereinsstaatliche Turistenverkehr geworden, der Scharen von Nordamerikanern aus allen Staaten der Union nach Norden führt und schon die Fremdenziffern der Schweiz in den Vorkriegsjahren übertreffen soll. Man hofft auf Grund doch wohl zu optimistischer Schätzungen in wenigen Jahren auf eine Gesamteinnahme von ca. 500 Millionen Doll. Am stärksten macht sich der Automobilverkehr bemerkbar, der 1921 über 600000 Wagen über die canadische Grenze bracht, 1923 aber schon 1,9 Millionen. Das Land hat Mühe sich schnell genug auf diese Zunahme einzustellen; in aller Eile bauen die lokalen Behörden neue Automobilstraßen. In Verbindung mit dem Turistenverkehr steht eine Überfremdung der besten Jagd- und Fischereigründe durch reiche vereinsstaatliche Sportsfreunde, die ihre Standquartiere mit Vorliebe am Eriesee oder den fischreichen Gewässern Neu-Braunschweigs aufschlagen. Wenn auch diese Erscheinungen keine unmittelbare politische Bedeutung besitzen, so sind sie doch dazu imstande, mittelbar die Beziehungen zwischen beiden Ländern zu beeinflussen, andererseits lehren sie, wie in mancher Beziehung der Fremdenverkehr anstelle Europas den amerikanischen Boden als Ziel bevorzugt. —

Die Getreideernte in Canada ist in diesem Jahre stellenweise eine Rekordernte geworden, besonders in der Provinz Manitoba, so daß der Export über die großen Seen wie die pazifische Küste starke Steigerungen zu verzeichnen hatte. Der Hafen von Vancouver zeigte sich einem solchen Verkehr nicht gewachsen, so daß kostspielige Erweiterungsbauten notwendig wurden. Wenn Vancouver mit der Seenroute in Konkurrenz treten kann, so hängt das mit den Schiffsverbindungen durch den Panamakanal zusammen, die von den Getreideimportländern am Atlantischen Ozean immer mehr bevorzugt werden. Die Frachtraten auf den Seen waren in letzter Zeit recht hoch geworden und schwankten bei der vereinsstaatlichen Konkurrenz bedeutend. Um dem abzuhelfen, hat durch Parlamentsbeschluß das canadische Getreidehandelsamt das Recht bekommen, Höchstsätze für die Getreidefrachten festzusetzen, wenn ihm die Dampfergesellschaften zu hohe Sätze zu erheben scheinen. Die pazifischen Verbindungen Canadas sind in den letzten Monaten durch gesteigerte Holzausfuhr nach Japan lebhafter geworden, wie überhaupt der Handel der Westhäfen langsam zugenommen hat (infolge des Panamakanals). Allerdings haben die nördlichen Häfen mit einem scharfen Wettkampf des schnell aufblühenden Los Angeles zu rechnen, über das bereits früher berichtet wurde (S. 328). Nach den zuletzt vorliegenden Mitteilungen hat sich die Zahl der von diesem Hafen ausgehenden oder ihn anlaufenden Schiffahrtslinien in dem letzten Fiskaljahr (bis 30. Juni 1924) von 63 auf 136 (!) erhöht, die Schiffszahl in dem einen Jahre um 30 %, die Tonnage um 37 % zugenommen, die Hafeneinnahmen sind um 40 % gewachsen, alles so gut wie beispiellos dastehende Rekordziffern.

* * *

H. LAUTENSACH:

LITERATURBERICHT ÜBER WERKE ERDUMSPANNENDEN UND SYSTEMATISCHEN INHALTS

Nachdem der Literaturbericht von Heft 4 Werke zur Systematik der Politischen Geographie in den Vordergrund gestellt, der von Heft 8 Abhandlungen von erdumspannender Weite besonders gewürdigt hatte, seien heute einige statistische Neuerscheinungen, wie sie dem praktisch arbeitenden Geopolitiker unentbehrlich sind, an erste Stelle gesetzt.

Diplomatisches Jahrbuch 1924. XXXVI u. 880 S. Gotha. Justus Perthes. Dieses älteste bis zur Gegenwart fortgesetzte statistische Nachschlagewerk der Welt ist neben Statesman's Yearbook zugleich das umfangreichste und gediegenste. War es bis 1922 mit dem bekannten Genealogischen Hofkalender zum „Gothaischen Kalender" vereinigt, so erscheint es jetzt zum zweiten Mal als gesonderter Band, und damit ist Raum für die Überfülle statistischen Materials der Nachkriegszeit gewonnen. Das Jahrbuch behandelt alle Staaten der Erde in der international üblichen alphabetischen Folge. An der Spitze jedes Abschnittes stehen Angaben über die staatsrechtliche Entwicklung des betreffenden Staates sowie über den gegenwärtigen Stand von Verfassung und Verwaltung. Es folgt je eine Übersicht über die obersten Behörden, mit namentlichen Angaben über die derzeitigen Inhaber der Dienststellen, durch alle Länder einheitlich geordnet nach den gesetzgebenden und ausführenden Instanzen, den Verwaltungs-, Gerichts- und anderen Gesamtbehörden, den Provinz- und Kirchenbehörden, den Vorstehern der gelehrten und künstlerischen Anstalten, den Kommandostellen in Heer und Flotte, dem diplomatischen und konsularischen Korps. Das Ende jedes Abschnitts bilden die für uns unentbehrlichen Zahlennachweise über Fläche, Bevölkerungszahl und -bewegung, die wichtigeren Städte, die sprachlichen Verhältnisse, die Religionsbekenntnisse, den Staatshaushalt, die Haupthandelswaren, Hauptverkehrsländer und die Verkehrsmittel, das Zeitungswesen, über Heer und Flotte.

Die Benutzbarkeit des Werkes, dessen Unterlagen durch Versendung hunderter von Fragebogen an die auswärtigen Behörden und an bewährte Mitarbeiter in allen Ländern der Erde gewonnen werden, würde noch leichter sein, wenn es durch zusammenfassende Übersichten leitende Fäden für den Gang durch die ungeheure Masse des hier aufgestapelten Rohmaterials bieten würde. Solche zusammenfassenden Übersichten waren in den Jahrgängen bis 1922 immerhin, wenn auch spärlich, vorhanden. Man vermißt sie besonders bei den großen Kolonialmächten. Sie müßten hier, in Tabellenform und nach Erdteilen geordnet, kurze Angaben über Namen, Größe und Volkszahl jeder einzelnen Kolonie enthalten, unter Hinzufügung der Seite, die die Einzelheiten bringt. Es dürfte sich sogar empfehlen, eine Übersicht anzuschließen, die das gleiche Material nach Erdteilen ordnet; diese könnte an Stelle der dem Buch angehängten Literaturbesprechung treten, die kein organischer Teil des Ganzen ist und in dieser Kürze (17 Bücher auf 5 von 880 S.) keinen Sinn hat. Zu den Wertangaben in ausländischen Währungen gehört unbedingt jedesmal die Angabe des Standes der betreffenden Währung in Goldmark. Auch ist es wünschenswert, daß sich an die Aufzählung der wichtigsten Gegenstände im Spezialhandel eine kurze Zusammenstellung der Aus- und Einfuhrüberschüsse der den betreffenden Staat charakterisierenden Handelsgüter anschließt. Den größten Dank der Fachgenossen aber würde sich die Leitung des Jahrbuches sichern, wenn sie sich entschließen könnte, allmählich der Außenhandelsstatistik eine Erzeugungs- und Verbrauchsstatistik beizufügen. Schließlich wäre zweckdienlich ein alphabetischer Katalog aller reichsdeutschen Städte bis etwa 10000 oder 5000 Einwohner herab; in der jetzigen Form sind die Angaben über die Einwohnerzahlen der deutschen Städte über die einzelnen Länder verstreut und dort oft noch wieder nach „Hauptstädten" und „anderen wichtigen Orten" gesondert.

Hübners geographisch - statistische Tabellen aller Länder der Erde. Fortge-



führt von Franz v. Juraschek. 67. Jahrgang; neu bearb. von Dr. E. Würzburger und Dr. W. Grävell. 67. Jahrg. XI. u. 153 S. Wien. 1924. L. W. Seidel & Sohn. Enthält das diplomatische Jahrbuch im wesentlichen das für Spezialarbeiten unumgänglich nötige Rohmaterial, so bietet der Hübner auf ungleich engerem Raum die in mühseligster Rechenarbeit gewonnenen Zusammenfassungen und Übersichten, die es ermöglichen, die verschiedenen Staaten der Erde in allen Richtungen, die überhaupt Zahlenangaben zulassen, geopolitisch scharf zu erfassen. Die neue Auflage, die von neuen Verfassern bearbeitet ist, stützt sich im Gegensatz zur vorhergehenden, 3 Jahre zuvor erschienenen ausschließlich auf Nachkriegswerte. Die erste Abteilung enthält die Bevölkerungsstatistik (Flächeninhalt, Bevölkerungszahl u. -dichte, Auswanderung, Nationalitäten, Konfessionen, Armee und Flotte, Städte u. a.), die zweite Finanzwesen, Handel und Verkehr (Staatshaushalt, Geldwesen, Banken, Verkehrsmittel- und -wege, Gesamthandel, Haupterzeugnisse u.a.). Während diese beiden Abteilungen die Angaben nach Staaten ordnen, gibt der Anhang, der eine ungeheure Arbeitsleistung darstellt, Übersichten über die ganze Welt nach sachlichen Gesichtspunkten (Vergleich von Ein- und Ausfuhrwerten der wichtigsten Länder, desgl. von Anbauflächen und Erzeugung an Körnerfrüchten und Kartoffeln, von Viehbeständen, Zucker-, Gold-, Silber-, Kohle-, Eisen-, Aluminium-, Erdöl-, Kautschuk-, Baumwollerzeugung u. a.). Besonders wertvoll ist es, daß stets nicht nur die neuesten Zahlen, sondern zum Vergleich die letzten Vorkriegszahlen, ja z. T. sogar viel weiter zurückgehende Angaben geboten werden. Leider mußten infolge der Valutazerrüttung alle Wertangaben des Ende 1923 abgeschlossenen Buches in der Währung der betreffenden Länder erfolgen, während die früheren Auflagen dankenswerterweise die Umrechnung in Reichsmark boten. Der einzige Mangel ist die Zusammenpressung des gewaltigen Stoffes auf einen gar zu engen Raum. Durch etwas geringere Sparsamkeit mit dem Papier ließe sich die Übersichtlichkeit erhöhen.

Prof. Hickmanns Geographisch-statistischer Universalatlas 1924. Vollständig neu bearbeitet von Alois Fischer. G. Freytag u. Berndt. Wien. Der überaus rührige Wiener Statistiker Alois Fischer, von dem wir unseren Lesern in einem der nächsten Hefte einen Aufsatz vorlegen werden, hatte schon die vorige, 1921 erschienene Auflage des Hickmann auf eine völlig neue Grundlage gestellt. Die Ausgabe 1924 bedeutet einen weiteren Um- und Ausbau. Der Hickmann ist tatsächlich ein „Universalatlas". Er bringt auf engem Raum in statistischer und kartographischer Darstellung Angaben über alles, was überhaupt mit Geographie in Zusammenhang gebracht werden kann. Darin liegt allerdings die große Gefahr der Verleitung zur Vielwisserei, aber die Emsigkeit, mit der der Verfasser dieses ungeheure Gebiet bearbeitet hat, verdient volle Anerkennung. Der Atlas enthält zwei Teile. Der erste bringt in Letterndruck Tabellen, beginnend mit dem Sonnen- und Planetensystem und endend mit den bedeutendsten technischen Bauwerken der Erde, den konventionellen Einheitszeiten und Geschwindigkeitsvergleichen. Der Abschnitt Menschenrassen und Völkerstämme unterscheidet nicht die gänzlich verschiedenen Begriffe Rasse und Volk. Den breitesten Raum in diesem 1. Teil nimmt die „Statistische Tabelle über alle Staaten der Erde" ein, die in der äußeren Anlage den beiden Abteilungen Hübners ähnelt. Der 2. Teil bringt auf farbigen Steindrucktafeln politische Karten und Diagramme. Letztere sind in ihrer Anschaulichkeit und Vielseitigkeit eine einzigartige Leistung statistischer Darstellung. Sie sind fast stets nach der Methode der Sachbildreihe entworfen, d. h. zur Veranschaulichung z.B. der Kakaoernte sind Kisten gezeichnet, deren Fassungsvermögen im Verhältnis der Ernten der einzelnen Länder steht. Da die Längen, Höhen, Breiten dieser Kisten je den kubischen Wurzeln aus den Produktionsmengen entsprechen müssen, treten die Unterschiede in den Erzeugungen auf den ersten Blick allerdings nur abgeschwächt in Erscheinung, und diese Methode hat infolgedessen auch zahlreiche Gegner. Da Anfang nächsten Jahres schon wieder eine neue Auflage des begrüßenswerten Werkes herauskommen soll, dürfte kaum noch eine Notwendigkeit dazu bestehen, die augenscheinlich verhältnismäßig seltenen, unvermeidlichen Versehen in den statistischen Angaben besonders aufzuzählen.

Taschenatlas der Ganzen Welt. 60. völlig neubearbeitete Auflage. Mit erläuterndem Text von Dr. Fr. Tamß. Gotha 1924. Justus Perthes. Die kartographische Darstellung steht in diesem altbekannten und mustergültigen kleinen Werk im Vordergrund. Die Kartenblätter zeigen die neue Verteilung der Erdräume unter die Siegerstaaten, und ihre Namengebung berücksichtigt vor allem diejenigen Orte, die in der Zeitgeschichte und im Wirtschaftsleben häufig genannt werden. Der 96 Seiten umfassende statistische Teil bringt gerade das, was dem Diplomatischen Jahrbuch des gleichen Verlags fehlt: knappe zuverlässige Übersichten nicht nur in regionaler, sondern auch in sachlich-vergleichender Richtung.

Seeatlas. Mit nautischen Notizen und Tabellen von Kapitän L. Schubart. 11. Auflage. Gotha 1922. Justus Perthes. Dieses Büchlein stellt eine Ergänzung zum vorbesprochenen Atlas dar und ist zugleich für die Praxis des berufsmäßigen oder gelegentlichen Seefahrers bestimmt Es enthält Karten von allen Meeren der Erde und Situationspläne der wichtigsten Hafenstädte, Meerengen und Kanäle. Die beigefügten Tabellen beziehen sich meist auf die Praxis nautischer Messungen.

Dr. Lautensach

A. Nobel. Handbuch des Staatsmanns. 348 S. München 1923. Wieland-Verlag. Ein für den Politiker, den Historiker und den Geographen sehr wertvolles Nachschlagebuch, das eine fühlbare Lücke füllt! Es macht sich zur Aufgabe, dem Leser einen Überblick über den innerpolitischen Aufbau der Welt seit Kriegsausbruch zu geben, dessen Bedeutung für die Gestaltung des allgemeinen politischen Weltbildes nicht unterschätzt werden darf, und zieht in alphabetischer Ordnung sämtliche Staaten aller fünf Erdteile, von den Weltmächten bis zur Negerrepublik Liberia, in den Kreis seiner Darstellung. Diese beginnt, in überall gleicher Gruppierung des Stoffs, mit bevölkerungstatistischen Angaben, denen eine Skizzierung der religiös - kirchlichen Verhältnisse sich anschließt. Die nächsten Abschnitte sind der Verfassung und der Verwaltung gewidmet. Der größte Teil des Raumes ist aber der innerpolitischen Entwicklung in Regierung und Parlament vorbehalten und vor allem der Arbeiterbewegung, den wirtschaftspolitischen Organisationen und der Presse mit weitgehenden Personalangaben. In diesen Teilen liegt für den Verfasser der Schwerpunkt. Den Abschluß bildet ein vortreffliches Namenregister. Die Ausführlichkeit der Darstellung ist naturgemäß bestimmt durch die weltpolitische Bedeutung der einzelnen Staaten.

Das Buch ermöglicht eine leichte, schnelle und, soweit nachprüfbar, zuverlässige Orientierung über alle diese namentlich für den Politiker so wichtigen Dinge in aller Welt, über die man sich sonst oft nur schwer und mit großem Aufwand von Zeit unterrichten kann (vgl. Indien, Irland, Rußland und seine Nachfolgerstaaten, China, Japan). Daß dem Werke Mängel anhaften, kann angesichts der ungeheuren Fülle des weitschichtigen und mannigfaltigen Stoffes sowie der Schwierigkeit der Beschaffung des Materials für weite Gebiete keinen Einsichtigen wunder nehmen. Ich vermisse vor allem in den verfassungsgeschichtlichen Abschnitten vielfach eine genauere und klare Bestimmung der Rechte der verfassungsmäßigen politischen Faktoren (z. B. für Belgien, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Schweiz, Tschecho-Slowakei; Südslavien in dieser Hinsicht ganz unzulänglich). Hier müßte grundsätzlich gebessert werden, wenn das Buch seinen Zweck ganz erfüllen soll. Darüber hinaus gilt es manche Unklarheiten, u. a. bezüglich der Einstellung der Parteien und Unausgeglichenheiten, auch sprachliche Mängel zu beseitigen. So dürfte beispielsweise die Verwaltungsorganisation in einem so überaus wichtigen Staate wie England nicht fehlen, wo auch die Reform des Oberhauses von 1911 und ihre Bedeutung nicht befriedigend zur Geltung kommt. Damit sind der nächsten Bearbeitung des Buches Aufgaben gestellt, deren Erfüllung dem Verfasser in erhöhtem Maße den Dank aller interessierten Kreise einbringen würde, der ihm schon jetzt nicht versagt werden wird.

Dr. Eiten

A. Penck. Das Hauptproblem der physischen Anthropogeographie. Sitzungsber. Preuß. Ak. d. Wiss. Phys. Math. Kl. 1924. S. 242-257. Penck stellt der historischen Anthropogeographie Ratzelscher Auffasung, die die „Grundzüge der

Anwendung der Erdkunde auf die Geschichte" zum Gegenstand hat, die physische Anthropogeographie gegenüber. Als das Hauptproblem letzterer betrachtet er die Beziehungen zwischen Erdoberfläche und Mensch, die durch dessen Nahrungsbedürfnis hergestellt werden. Bezeichnet z die Zahl der Menschen in einem sich gerade selbst mit Nahrung versorgenden Lande, l die Produktionsfläche dieses Landes, k die durch die Kraft von Klima und Boden bedingte größtmögliche Produktion der Flächeneinheit, i den Intensitätsfaktor des derzeitigen Bodenbaus, n das durchschnittliche Nahrungsbedürfnis des einzelnen, so ergibt sich: $z = \frac{l\ k\ i}{n}$. Aus dieser Formel geht hervor, daß z mit i wächst. Sobald aber der Bodenbau die größtmögliche Intensität erlangt hat, also i gleich 1 geworden ist, ist auch die größtmögliche Menschenzahl erreicht. „Sobald allenthalben auf der Erde eine Höchstkultur des Bodens erreicht ist, kann die Zahl der Menschen nicht mehr zunehmen". P. schätzt die größtmögliche (potentielle) mittlere Bevölkerungsdichte der elf Klimareiche Köppens und kommt so zu einer potentiellen Einwohnerzahl dieser Klimareiche und der ganzen Landoberfläche. Die potentielle Bevölkerungszahl der Erde ergibt sich ihm zu 8—9 Milliarden (1920: faktische Bevölkerungszahl 1,8 Milliarden). Diese potentielle Bevölkerung verteilt sich prozentual in ganz anderer Weise auf die Klimareiche und Erdteile als heute. Sie wohnt in relativ viel stärkerem Maße als heute in den feuchtwarmen Klimareichen Köppens, also in den Tropen. Die potentielle Bevölkerung Brasiliens und der hispano-amerikanischen Staaten beträgt je 1200 Mill., die der Union und des Britischen Reiches in seinen nichttropischen Teilen (Stammland, Kanada, Südafrika, Australien, Neuseeland) nur je 600 Mill. So eröffnet sich die politisch-geographische Perspektive gewaltiger Bevölkerungsverlagerungen, die mit der zunehmenden Erfüllung der Erde verknüpft sein werden, falls die Tropen dann, wenn sie das Hauptproduktionsgebiet menschlicher Nahrung geworden sind, auch zugleich Sitz der größten Menschenmenge geworden sein werden.

J. W. Gregory. Interracial Problems and White Colonisation in the Tropics. Scottish Geogr. Mag. XL. 1924. Septemberheft. S. 257—282. Ist die potentielle Bevölkerungszahl der Gesamterde eines der Endergebnisse von Pencks Untersuchung, so geht der bekannte schottische Geograph in diesem Aufsatz, dem ein Vortrag vor der Versammlung der British Association for the Advancement of Science in Toronto zugrunde liegt, von einer solchen Zahl aus. Er hat sie in einer früheren Veröffentlichung auf 6,6 Milliarden geschätzt. Der Nachdruck in diesem Aufsatz liegt auf 2 Fragen, die mit Pencks Ausführungen in engem Zusammenhang stehen: Welche Rassenpolitik ist in den Ländern zu empfehlen, in denen Angehörige grundverschiedener Rassen zusammenleben? und: Ist die herrschende Meinung richtig, daß die Tropen für eine Masseneinwanderung der Weißen Rasse aus klimatischen Gründen nicht in Frage kommen? Letztere Frage wird unter geschickter Verwertung der Erfahrungen mit weißen Zuckerplantagenarbeitern in Queensland verneint (vgl. jedoch den Aufsatz von Sapper in diesem Heft der Z. f. G.). Bei Behandlung ersterer empfiehlt G. für die Südstaaten der Union die Zulassung der Einwanderung von Süd- und Osteuropäern, die mit den Negern ähnlich wie in Südamerika zu einer Mischrasse verschmelzen würden, so daß die zurzeit ständig größer werdende Kluft zwischen den weißen und den farbigen U. S.-Amerikanern überbrückt werden könnte. Für Südafrika billigt er die Politik der vor kurzem zur Regierung gekommenen nationalistischen Partei (General Hertzog), die Politik der regionalen Sonderung (segregation) der Rassen.

K. Sapper. Die Tropen. Stuttgart. 1923. Strecker und Schröder. XII u. 152 S. Der beste Tropenkenner unter den deutschen Geographen schenkt uns hier ein in allgemein verständlicher, leichtflüssiger Sprache geschriebenes umfassendes Bild von den typischen Erscheinungen der Landschaften zwischen den Wendekreisen. Das Buch ist mit 40 ausgezeichneten Landschaftsaufnahmen aus Urwald, Savanne, Steppe und Wüste aller in Betracht kommenden Erdteile mit Ausnahme Australiens und aller Höhenstufen geschmückt. Überall ist das für das Landschaftsbild Wesentliche in den Vordergrund gestellt und die Wirkung auf

den Menschen betont. Ausführliche Zitate aus andern Meistern der Schilderungskunst, A. v. Humboldt, Martius, Volz, Bluntschli, A. R. Wallace, B. Haberlandt sind geschickt eingeflochten. Die Ausführungen des dritten Teils berühren sich mit denen des Aufsatzes von Sapper in diesem Heft und von Termer in Heft 7 der Z. f. G. (Die geopolitische Bedeutung des Klimas für die Auswanderung nach den Tropen).

Vilhjalmur Stefansson. Länder der Zukunft. Fünf Jahre Reisen im höchsten Norden. F. A. Brockhaus, Leipzig 1924. 119 Abb. 8 Karten. 2 Bde. 385 u. 418 S. Ein lebendig geschriebenes, reich illustriertes Reisewerk über die Canadische Expedition 1913—1918 in den Arktischen Inselarchipel. Auf die geopolitische Bedeutung der Entdeckungen Stefanssons ist Prof. Baschin in der Berichterstattung von Heft 8 der Z. f. G. (S. 515 f.) ausführlich eingegangen. Es fragt sich nur, ob St. die „Freundlichkeit der Arktis" nicht überschätzt. Penck veranschlagt in der oben besprochenen Abhandlung die potentielle Bevölkerungsdichte des Tundrenreiches nur auf 0,01 pro qkm.

E. Tiessen. Versailles und Fortsetzung. Eine geopolitische Studie. 62 S. Berlin-Grunewald. 1924. Kurt Vowinckel Verlag. Das mit wissenschaftlicher Strenge geschriebene und doch von tiefstem Schmerz ob der Not des Vaterlandes erfüllte kleine Buch gibt die Gedanken wieder, die T. in Heft 4 der Z. f. G. (S. 203) entwickelt hat, und dehnt sie auf das Dawes-Gutachten aus.

Dr. Lautensach.

C. Delisle Burns, A Short History of International Intercourse. London 1924. Allen and Unwin. Eine in leicht faßlichem, klarem Englisch geschriebene kurze Geschichte zwischenstaatlicher Kulturbeziehungen, die als Ergänzung zur politisch-wirschaftlichen Geschichtsbetrachtung außerordentlich anregend und nützlich ist. Verfasser schrieb zahlreiche politische Bücher (Political Ideals, International Politics), war im Aufbauministerium des Labour Government und liest Philosophie an der University of London.

Nicht Kriege und Revolutionen, die bisweilen für Freiheit und Ordnung bedeutungsvoll sind, sondern der friedliche Wechselverkehr, die Übertragung von Ideen von einem Volke zum andern sind die wesentlich kulturfördernden Foktoren. Im 1. Kapitel wird gezeigt, wie nach dem Verfall des römischen Weltreichs ein „dunkles Zeitalter" für Europa anbricht. Kirche und Klöster retten einiges Kulturgut hinüber. Italien und Frankreich übernehmen die Führung im Mittelalter, wechselseitige Einflüsse treten deutlich hervor in der Kunst (Gotik), in Wissenschaft und Handel (Venedig, Florenz). Das 3. Kapitel ist der Renaissance gewidmet mit ihrem Gewirr geistiger Fäden zwischen den beginnenden Nationalstaaten. Den gewaltigsten Impuls gibt die Erfindung der Buchdruckerkunst (Germany is to be for ever honored as the inventress of this greatest utility), die Renaissancekunst zeigt verschiedenartige Entwicklung unter klimatischen Einwirkungen, Entdeckungsfahrten führen zur Begründung des Welthandels und der Weltpolitik, Reformationen schließlich leiten geistige und politische Freiheitsbewegungen ein. Das 4. Kapitel (die Aufklärungszeit) hebt die internationale Bedeutung der Wissenschaften, des französischen Hof- und Gesellschaftslebens hervor, während das 5. Kapitel (das Industriezeitalter) die Grundlagen unserer Zivilisation in ihrer Wechselwirkung schildert und gleichzeitig die Wandlungen in den Lebensformen andeutet. Internationale Organisationen in Wissenschaft und Handel werden mehr und mehr gewürdigt und gefördert durch die Regierungen einzelner Mächte. In den Schlußkapiteln: „Vor und nach dem großen Kriege" wird auf das steigende Bedürfnis friedlichen Wettbewerbs im Interesse der Kultur, auf die Notwendigkeit des Wiederaufbaus zentral- und osteuropäischer Länder hingewiesen. Verf. kritisiert scharf die britische Steuerpolitik 5 Jahre nach dem Waffenstillstand (every person in Great Britain who pays a shilling in taxes is paying ninepence of that shilling for past and future wars, and only threepence for the whole of the peace services of law, education, health, and central administration). Unkenntnis des eignen Volkes und fremder Völker läßt vielfach nicht die Aufgabe der Staaten im kommenden Zeitalter erkennen: durch Pflege internationaler Beziehungen die nationale Kultur zur Höchstleistung anzuspannen und so zum Wohle

der Menschheit beizutragen. "We are at the beginning, not at the end of civilisation".

Ein lesenswertes Buch, geschrieben von einem Verfechter des Völkerbundgedankens, ideal gesehen, nicht als Zerrbild und Mäntelchen imperialistischer Ideen. Hoffen wir, daß diese Auffassung sich im bisher feindlichen Ausland weiter Bahn bricht.

Dr. Hemken

J. Sölch. Die Auffassung der „natürlichen Grenzen“ in der wissenschaftlichen Geographie. 63 S. Universätsverlag Wagner. Innsbruck. 1924.

J. Sölch. Die Brennergrenze eine „natürliche“ Grenze? Tiroler Heimat, Heft IV. S. 58—96.

J. Sölch. Geographische Kräfte im Schicksal Tirols. Mitt. d. Geogr. Ges. Wien Bd. 66. 1923. S. 13—45.

Diese 3 Aufsätze des verdienstvollen Innsbrucker Geographen bilden zusammen mit der Abhandlung, die dieses Heft der Z. f. G. enthält, ein geschlossenes Ganzes. Dabei gehören die ersten beiden wieder enger zusammen; sie behandeln, der eine theoretisch-systematisch, der andere an der Hand eines uns alle tief innerlich berührenden Beispieles, die Geographie der politischen Grenze. Der Aufsatz aus den Mitteilungen der Wiener Geogr. Ges. dagegen hebt zusammen mit dem hier veröffentlichten die geopolitischen Leitlinien hervor, die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des staatlichen Lebens von Tirol beherrschen. Der erste Aufsatz beginnt mit einer sorgfältigen historischen Untersuchung über die vielfältigen Verwendungen der Bezeichnung „natürliche Grenze“ und betont die Notwendigkeit, zwischen den verschiedenen Bedeutungen, die diese Bezeichnung erlangt hat, scharf zu unterscheiden. Zunächst behandelt er die Chorengrenzen, d. h. die Grenzen der Erdräume, die sich durch gleichartige Züge von Formen, Boden, Klima, Pflanzen, Tieren, Siedlung und Verkehr (der „Geofaktoren“) gegenüber anderen Erdräumen als geographische Einheiten oder „Choren“ abheben (leider ist die Einzahl des neu eingeführten Wortes „Choren“ kaum verwendbar). Unter „Naturmarken“ versteht er von der Natur gesetzte Zeichen, die der Mensch seinen Zwecken bewußt dienstbar macht, politische Grenzen, die durch sie bestimmt werden, heißen daher naturgemärkte oder -entlehnte Grenzen. Entsprechend werden die Begriffe „Naturschranken“ und „schrankentreue Grenzen“ entwickelt. Auch die „organische Grenze“ wird gründlich analysiert; dabei betont S. mit Recht, daß dieser Begriff aufs engste mit der Organismustheorie des Staates verbunden ist. Ich bin der Überzeugung, daß die politische Geographie solche Theorien vom Wesen des Staates überhaupt unberücksichtigt läßt, und kann S. nur beistimmen, wenn er betont: „Objektiv organische Grenzen ermitteln zu wollen halte ich für ein aussichtsloses Unterfangen“. Schließlich werden die Begriffe: völker-, sprach- und kulturgerechte Staatsgrenzen beleuchtet. Der 2. Aufsatz stellt fest, daß die Brennergrenze keine Choren- und keine Völkergrenze ist. Sie ist nur die Grenze eines einzelnen Geofaktors: als Wasserscheidengrenze. „Das Verfahren, einen einzelnen Geofaktor auszuwählen und ihm im Widerspruche zu der großen Mehrzahl der anderen Physiogeofaktoren die entscheidende Bedeutung für die Grenzziehung zuzuerkennen, ist willkürlich und wissenschaftlich unzulässig“. Die Brennergrenze ist auch nicht wirtschaftsgerecht; denn sie trennt Gebiete, die wirtschaftlich Ergänzungslandschaften sind. — Der 3. Aufsatz schildert ungemein eindrucksvoll, wie sich in den zentralalpinen Paßfurchen Tirols, insbesondere dem Brenner, der Verkehr der Vergangenheit und Gegenwart bündelt, um im N und S radial auseinanderzustrahlen, und welche politische Bedeutung der Brenner infolgedessen für das Schicksal Tirols gehabt hat und auch in Zukunft haben wird.

Dr. Lautensach



NEUERSCHEINUNGEN DES AUSLANDES
RUSSLAND, 1924
JAN./SEPT.

ZUSAMMENGESTELLT VON DR. GEORG SEMENOFF (BERLIN)

1. ALTE WELT:

J. Alksnis. Latwija i Litwa. Lettland und Litauen. Wissenschaftl. Verband d. Kriegsakademie, Moskau.

A. Basarewsky, Polscha. Polen. Vorlesungen über Militärgeographie und Statistik in der Kriegsakademie. Moskau.

S. Boi. Polscha i mi. Polen und wir. M. V. „Glawpolitproswjet".

G. Dawydoff. Germanija preschde i teper Deutschland einst und jetzt. M.

A. Desjatow. Rumynija. Rumänien. Wiss. Verb. der Kriegsakademie. M.

Ekonomitscheskoje i finansowoje polojenije Germanii. Die ökonomische und finanzielle Lage Deutschlands. Die Nachwirkungen des Weltkrieges nach den deutschen offiziellen Angaben. Moskau.

A. Fersmann, Mtgl. d. Akademie. Tri goda sa poljarnim Krugom. Drei Jahre jenseits des nördlichen Polarkreises. Skizzen der Forschungsexpedition nach Zentral-Lappland 1920 bis 1922. Leningr. Verl. „Wremja".

K. Gofmann. Golodajuščhaja Germanija. Das hungernde Deutschland. L.-M.

A. Gromow. Polscha i poljaki. Polen und die Polen. M. Staatsverl.

W. Katschinsky. Russky chljeb i rabotschaja Germanija. Russisches Brot und das arbeitende Deutschland. Moskau. Verl. „Krasnaja Now".

D. Kin. Tschego chotschet ot nas kapitalistitscheskaja Franzija? Was will von uns das kapitalistische Frankreich? Moskau.

Lechen. Finljandija. Finnland. Historische, politische und militärische Skizze. Moskau.

E. Lémonon. otscherk istorii anglo-franzusskich Otnoschenii. Eine Skizze der Geschichte der englisch-französischen Beziehungen. Aus dem Franz. übersetzt unter der Redaktion und mit Vorwort von F. Rotstein. Hgb. von der Sozialist. Akademie zu Moskau.

Herrmann Levy. Angliiskoje narodnoje chosjaistwo. Die englische Volkswirtschaft. Übers. a. d. Deutsch. V. „Kniga" L.-M.

W. Lirau. Nowaja Turzija. Die neue Türkei. Ihr ökonomischer Zustand und ihre Aussichten für die Zukunft. Übers. a. d. Deutsch. L.-M. „Kniga".

J. Majsky, Ssowremennaja Germanija. Das zeitgenössische Deutschland (Volkswirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung). M.-L. V. „Komintern".

J. Marchlewsky. Rewoljuzionnoje dwijenije w Germanii i Polsche. Die revolutionäre Bewegung in Deutschland und Polen. Ekaterinburg.

A. Maslow. Otscherki Ssowremennoi Germanii. Skizzen über das zeitgenössische Deutschland. M. d. Vorwort v. Sinowjew. L.-M.

S. Oldenburg, M. d. Akademie. Jewropa w ssumerkach na pojarišche woiny. Europa im Niedergang auf der Brandstätte des Krieges. Die Eindrücke einer Reise nach Deutschland, Frankreich und England im Jahre 1923. Leningrad.

M. Pawlow. Germanija i Rossija. Deutschland und Rußland (Landwirtschaft und Industrie). M. Staatsverlag.

M. Pawlowitsch (Weltmann). „Russkii wopros" w angliiskoi wnjeschnei politike. Die „russische Frage" in der englischen auswärtigen Politik. Hrgb. v. d. Allruss. wissenschaftl. Verband für Orientkunde.

M. Pawlowitsch (Weltmann). Ssowjetskaja Rossija i kapitalistitscheskaja Franzija. Sowjet-Rußland und das kapitalistische Frankreich. Erster Teil des Werkes: Sowjet-Rußland und die kapitalistischen Mächte. Moskau.

L. Polonskaya. Puti Germanii. Deutschlands Wege. Die ökonomischen und sozialen Kräfte 1913—23 in Tatsachen und Ziffern. L.-M. Staatsverlag.

Prolivi. Sbornik. Die Meerenge. Sammelband. Red. v. F. Rotstein. Sozialistische Akademie. M.

Rabotschii klass Germanii w poslewojennije godi. Die Arbeiterklasse Deutschlands nach dem Kriege. Statistischer Sammelband. Moskau.

A. Schlichter. Nascha ssosjedka Finljandija. Unser Nachbar-Finnland. Moskau.

∴ Ssowremennaja Germanija. Das heutige Deutschland. Jekaterinburg.

A. Suchow. Kurs ekonomitscheskoi Geografii. II. Franzija. Kursus der ökonomischen Geographie. II. Frankreich. Odessa. Staatsverlag der Ukraine.

Swjerstwa faschistskogo prawitelstwa Bolgarii. Die Grausamkeiten der Bulgarisch-faszistischen Regierung an den bulgarischen arbeitenden Massen. Übers. a. d. Deutsch. M.

E. W. Tarle. Krisis Germanii. Die Krise Deutschlands. L.

K. Tikk. Estonija. Esthland. M.

A. Tschekin. Germanija na perewale. Deutschland im Übergang. M.-L.

Walter Vogel. Nowaja Jewropa. Das neue Europa und seine geschichtlich-geographischen Grundlagen. Übers. a. d. Deutsch. unt. d. Red. v. Prof. H. Henkel. 2 Bände. M. V. „Kniga".

2. INDO-PAZIFISCHE WELT:

Afghanistan. Sbornik statei. Afghanistan-Sammlung der Aufsätze von D. Anutschin, J. Borosdin, M. Wetscheslow, W. Gorodtzew, W. Gurko-Krjaschin, B. Denike, L. Mserjanz, A. Ssamoilowitsch. Teil I. Mit Zeichnungen und Karten. Herausgeg. von dem Allrussischen Wissenschaftlichen Verband für Orientkunde.

A. Annenskaya. Puteschestwija Swena Gedina 1893—97. Die Reisen Swen-Hedins 1893—97 nach Pamir, Ost-Turkestan und Tibet. St.-V. L.

Kurt Beck. Obitatel snjegow. Der Bewohner der Schneeberge. (Eine Reise nach den Gletschern des Himalaya.) Bibliothek der Reisen. Staats-Verlag L.

L. S. Berg. Otkritije Kamtschatki. Die Entdeckung von Kamtschatka und die Bering-Expeditionen. Moskau-Leningr. Staatsverlag.

F. Raskolnikow. Afghanistan i angliiskii ultimatum. Afghanistan und das englische Ultimatum. M. Staatsverlag.

L. Woitolowsky. U japonzew. Bei den Japanern. Aus Reiseeindrücken. L.-M. V. „Kniga".

3. ATLANTISCHE WELT:

I. Iwanow. Sojedinennyje Schtaty i Jewropa w mirowom chosjaistwje. U. S. A. und Europa in der Weltwirtschaft. Herausgeg. von der Socialistischen Akademie zu Moskau.

4. RUSSLAND (S. S. S. R.):

L. Apostolow. Kubano-tschernomorskii Krai. Das Kuban-Schwarzmeerische Gebiet. Sein gegenwärtiger Zustand. Krasnodar.

A. Arnoldow. Kolonisazija Murmana. Die Kolonisierung des Murman-Gebietes. L.

Die Ausgaben des Statistischen Amtes (Officiell): Statistisches Jahrbuch f. d. Gouvernem. Wladimir. I T. Kowrow.

Dasselbe f. d. Gouv. Kostroma. Kostroma.

Die Ergebnisse der Allrussischen Volkszählung 1923 f. d. Mariische Autonome Gebiet. Krasnokokschaisk.

Das administrativ-ökonomische Jahrbuch f. d. Gouv. Moskau, f. d. J. 1924. Moskau.

Die Industrie im Gouv. Tscheljabinsk 1921-23. Tscheljabinsk.

Die städtischen Ansiedlungen in Aserbeidschan, nach der Volkszählung des J. 1923. Baku.

Awtonomnaja Tschuwaschskaja oblast. Das autonome Tschuwaschen-Gebiet. Statistisch-ökonomische Übersicht. Tscheboksari.

A. Chodorow. Nischegorodskaja jarmarka i strani Wostoka. Die Nischnii-Nowgoroder Messe und die Länder des Orients. N.-Nowgorod.

B. Ditmar i M. Bodnarsky. Kratkii utschebnik Geographii S. S. S. R. Kurzes Lehrbuch der Geographie der Union der S.S.R. M.-L. Staatsverlag.

R. Godsischewsky. Russkaja neft na mirovom rynke. Das russische Naphtha auf dem Weltmarkt. Herausgeg. von d. Oberen Volkswirtschaftsrat. Moskau.

Graschdanskaja woina. Materialy no istorii ferganskogo basmatschestwa. Der Bürgerkrieg. Material für die Geschichte des Bassmatschentums in Fergana und der Kriegs-Operationen im Buchara. Moskau.

G. Gurari und A. Ponomarew. Ekonomitscheskoje rayonirowanije Jugo-Wostoka Rossii. Die ökonomische Rayonierung des Süd-Ostens von Russland. Rostow a. Don.

P. Iwanow. Kratkii kurs geografii S.S.S.R. Kurzer Lehrkursus der Geographie des S.S.S.R. St.-V. L.

L. Liberman. W ugolnom zarstwe. Im Reiche der Kohle. Arbeit, Lebensweise und Industrie im Don-Becken. M.

W. Nemčhinoff. Narodnoje chosjaistwo Urala. Die Volkswirtschaft des Ural-Gebietes. Ihr Stand und ihre Entwickelung. Jekaterinburg. Verl. „Uralkniga".

A. Neopichanow. Russkii transport i ego planirowanie. Das Verkehrswesen Rußlands und seine Regelung. B. I. St-V. M.

Prof. M. Podtjagin. Narodnoje chosjaistwo S.S.S.R. Die Volkswirtschaft des S.S.S.R. Ihre Leistungen und ihre Lage 1924. St. Verl. M.

Prof. A. Pokrowsky i L. Kolesnitschenko. Geografija Ukrainy. Die Geographie der Ukraine. Poltawa.
Dasselbe — ukrainisch. Poltawa.

A. Ponomarew. Territorija i naselenije Jugo-Wostoka. Fläche und Bevölkerung des Süd-Ostens von Rußland. „Bibliothek der Heimatkunde". Rostow a. D.

Primorje. ego priroda i chosjaistwo. Das Küstengebiet, seine Natur und Wirtschaft. Sammelband. 2 Bände. Wladiwostok.

R. Sabirow. Derewnja Tatrespubliki posle goloda. Das tatarische Dorf nach der Hungersnot. Kasan.

Prof. W. P. Semenoff-Tjan-Schansky. Dasimetritscheskaja Karta Jewropeiiskoi Rossii. Die dasimetrische Karte des Europäischen Rußland- (Karte der Bevölkerungsdichte). Hergb. vom Forschungsinstitut „Powerchnost i nedra" („Die Oberfläche und das Innere"). Leningr. Seite: 22, 44, 57, 70, 58, 73, 138, 72, 71. Alle mit russischem und französischem Text.

L. Sinizky. Učebnik ekonomičeskoi geografii S.S.S.R. Lehrbuch der ökonomischen Geographie des S.S.S.R. Moskau.

J. Stepanowsky. Wologodsky Krai. Das Wologda-Gebiet. Aus der Geschichte der Nord-Kunde. Wologda.

Pr. P. Timofejew. Kratkii kurs ekonomitscheskoi Geographii S.S.S.R. Kurzer Lehrkursus der ökonomischen Geographie des S. S. S. R. St-V. M.

P. Timofejew. Ekonomitscheskaya Geographija S. S. S. R. Die ökonomische Geographie der Union der S. S. R. L.-M. Staatsverlag.

Trudy obschestwa isutschenija Kirgisskogo kraja. Abhandlungen der Forschungsgesellsch. für das Kirgisengebiet. H. II. Sammelband. Orenburg.

G. Wassilieff. Puti ssoobščhenija Jugo-Wostoka. Der Verkehr im Süd-Osten Rußlands. Rostow a/Don.

L. N. Werschinsky. Twerskoi krai. Das Gebiet von Twer. Bibliographie der historischen, ethnographischen und geographisch-ökonomischen Literatur. I Teil. Twer.

M. Wolf und G. Mebus. Statistitscheskii sprawotschnik po ekonomitscheskoi geografii S.S.S.R. Statistisches Nachschlagebuch für die ökonomische Geographie des S. S. S. R. L.

A. Zawaritzky. Gora Magnitnaja i eje mestorojdenija schelesnich rud. Der Berg Magnitnaja und seine Eisenlager. H. I Th. II. Abh. des Geologischen Komitees. Neue Folge, B. 122. L.

5. SYSTEMATISCHES UND ALLGEMEINES:

R. Dove. Ekonomitscheskaya geografija mira. Die ökonomische Geographie der Erde. Übers. aus d. Deutsch. M.

A. Kruber, S. Grigorieff, A. Barkoff, S. Shefranoff. Kurs geografii wneje-

wropeiskich stran. Lehrbuch der Geographie der außereuropäischen Länder. Moskau. Staatsverlag.

Meschdunarodnaja letopiss. Die völkerrechtlichen Annalen. Politik, Ökonomie, Recht. Monatshefte. Hgb. v. d. Sozialistischen Akademie zu Moskau. Nr. 1.

W. Miljutin. Nowii period mirowoi ekonomiki. Die neue Periode der Weltökonomie. Staatsverlag M.

Nowii Wostok. Schurnal nautschnoi assoziazii wostokowedenija Ssojusa S. S. R. Der neue Orient. Zeitschrift, hgb. von d. Allrussischen wissenschaftlichen Verband für Orient-Kunde. Unt. d. Redaktion v. M. Pawlowitsch (Weltmann), G. Broido, Prof. J. N. Borosdin, S. J. Duchowskoy, W. A. Gurko-Kraschin. Nr. 5. M.

R. Poincaré. Proischoschdenije mirowoi woini. Der Ursprung des Weltkrieges. Übers. a. d. Franz. mit Vorreden von Prof. J. Borosdin und M. Pokzowsky: „Wer ist Poincaré?“ M.

W. Popoff. Wojennaja geographija. Die militärische Geographic. „Polnisch-Litauischer Korridor“ im russisch-polnischen Grenzgebiet. M.

J. Rudneff und M. Uskoff. Utschebnik wseobschei geografii. Lehrbuch der allgemeinen Geographie. St.-V. L.

Schisn nazionalnostei. Das Leben der Nationalitäten. Zeitschrift, herausgegeben von dem Volkskommissariat für nationale Angelegenheiten. Unter der Redaktion von Broido und M. Pawlowitsch. Nr. 1 (6). M.

Prof. A. Snessarew. Wwedenije w wojennuju geografiju. Die Einleitung in die Kriegsgeographie. Kriegsakademie. M.

N. Ssuchanow. Mirowoje chosjaistwo nakanune i posle woiny (1913—23). Die Weltwirtschaft vor und nach dem Kriege. L. „Kniga“.

Troizky. Lekzii po woennoi geografii i statistike. Die Vorlesungen über militärische Geographie und Statistik. Moskau.

Verantwortlich sind: Dr. F. Hesse. Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Prof. Dr. K. Haushofer, München, Arcisstraße 30 / Prof. Dr. E. Obst, Hannover, Geibelstraße 24 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Dr. Selle & Co. A.-G., Berlin SW 29, Zossener Straße 55

ERICH OBST:
GEORGIEN, EINE GEOPOLITISCHE STUDIE.

Prof. Dr. Obst, einer der Herausgeber dieser Zeitschrift, ist soeben von einer viereinhalbmonatigen Studienreise durch das gesamte europäische Rußland zurückgekehrt. Seine Reisebriefe erscheinen soeben in Buchform (Russische Skizzen, 256 Seiten Text, 174 Abbildungen. Verlag Kurt Vowinckel, Berlin-Grunewald).

Zur Zeit unseres Besuches herrschte in Tiflis, namentlich im grusinischen Viertel, tiefe Trauer. Sehr viele Frauen gingen in schlichtem schwarzen Gewand einher, und ihre Mienen verrieten schweren, schweren Kummer. Bei den Männern war die schwarze Halsbinde geradezu Regel, doch trug man dieses Trauerzeichen fast mit ängstlicher Vorsicht, als ob man fürchtete, sich dadurch irgendwie verdächtig zu machen. Kaum eine einzige georgische Familie, die nicht den Verlust mindestens eines Angehörigen zu beklagen hat! Mit unerhörter Grausamkeit ist der georgische Aufstand niedergeworfen worden. Die offizielle kommunistische Statistik zwar gibt an, daß nur einige hundert Menschen standrechtlich erschossen wurden. Aber wen interessiert diese Zahl? Die wirklichen Opfer einer rachelüsternen Soldateska zählen nach Tausenden; sie wurden auch ohne standrechtliches Urteil erschossen, oftmals selbst dann, wenn sie nachweislich am Aufstand in keiner Weise beteiligt waren. — Wie ist dieser Aufstand möglich geworden? Welches waren die wahren Triebkräfte dieser Bewegung? Die Frage stellen, heißt das Problem der geopolitischen Struktur dieses seltsamen Landes anschneiden.

Es gehört zu den Wesenszügen des großrussischen Lebensraumes, daß er jeglicher natürlichen Grenzen gegenüber dem Wohnbezirk anderer Völker ermangelt. Selbst die mittlere und untere Wolga ist keine Völkerscheide von zwingender Kraft, sitzen doch z. B. Kirgisen und Kalmücken hüben und drüben auf beiden Seiten des Stromes. Von einer natürlichen Grenze zwischen Groß-, Klein- und Weißrussen kann vollends keine Rede sein. Die Zusammenschweißung aller dieser Völkerstämme zu dem moskowitischen Großreich mußte natürlich dazu führen, daß der Russe seinen Staat im Grunde gar nicht anders empfinden und erleben konnte, denn als über- oder internationalen Bund. Selbst ein chauvinistischer Großrusse konnte nicht daran vorbeigehen, daß der Riesenraum seines Staates eine Fülle von Nationen barg, die mangels irgendwelcher scharfen natürlichen Grenzen einen innigen Verkehr miteinander pflegten und auf gegenseitige Unterstützung unbedingt angewiesen waren. Vielleicht träumte er trotzdem von einem Nationalstaat und stellte sich darunter die brutale Knechtung der übrigen Nationen durch die Großrussen vor; bei ruhigem Nachdenken aber mußte er zu dem Schluß kommen, daß sich die verschiedenen Nationalitäten eben doch nicht weg-

diskutieren lassen, daß sein Staat ein internationaler Verband ist und bleibt. — Dazu kommt die tiefe religiöse Einstellung, die dem russischen Volke eigentümlich ist. Nicht einmal die Revolution hat daran etwas geändert; sie vermochte allenfalls der russischen Kirche einen Schlag zu versetzen, die Religiosität der Menschen aber konnte selbst durch noch so viele geharnischte Dekrete nicht ertötet werden. Diese Religiosität läßt den Einzelmenschen immer wieder in die Masse untertauchen und führt ihm tagtäglich vor Augen, daß er im wesentlichen nur als Glied der Gemeinschaft einen Wert besitzt. In politischer Beziehung wirkt sich die Religiosität des russischen Menschen in zweifacher Weise aus. Solange sie erhalten bleibt, wird das russische Volk sich stets ohne inneres Widerstreben damit abfinden, als unpersönliche Masse von einer Monokratie, sei sie zaristischer oder leninistischer Prägung, beherrscht zu werden. Andererseits wird die religiös-kollektivistische Grundstimmung des Russen naturgemäß dazu führen, daß er in jedem Menschen, ohne Rücksicht auf Nationalität und Rasse, in erster Linie den Menschen, ein Glied der größten und allumfassenden Gemeinschaft, der Menschheit, erblickt. Für engherzigen Nationalismus ist deswegen in der Seele des russischen Menschen kein Platz.

In diesen Tatsachen erblicke ich die Grundursache für die internationale Einstellung weiter russischer Kreise, für den Traum von Menschheitsfrieden und von allgemeiner Weltbeglückung, Vorstellungen, die das russische Volk auch im Zeitalter des Kommunismus in hohem Maße beherrschen.

Im Kaukasus liegen die Dinge wesentlich anders. Zunächst darf man ohne Übertreibung sagen, daß das religiöse Leben hier einen gänzlich anderen Charakter trägt. Dem Mohammedaner ist der Islam Ersatz für das, was Nichtmohammedanern das Nationalgefühl bedeutet. Zwar erkennt er jeden, der die Religion des Propheten angenommen hat, freimütig als seinen Bruder an; jeder Giaur aber ist sein Feind, mit dem es eine Gemeinschaft einfach nicht geben kann. Wo Mohammedaner und Nichtmohammedaner aneinander grenzen, werden erstere stets den religiösen Gegensatz als nationalen erleben. In diesem Sinne darf sehr wohl von einem stark ausgeprägten Nationalgefühl der Turk-Tataren von Aserbaidschan gesprochen werden. Auch die Religiosität des Armeniers trägt unverkennbar nationalistische Züge. Wenn sich die Armenier inbrünstig zur armenisch-gregorianischen Landeskirche bekennen, so doch vor allem deshalb, weil die armenische Volkskirche ein letztes Relikt einstiger Souveränität bedeutet und damit zum Symbol des Nationalismus geworden ist. Der armenische Katholikos wird von seinen Gläubigen gleichsam als Statthalter des für die Zukunft bestimmt wieder erhofften Landesherrn verehrt. Bei den Georgiern endlich spielt die Religion entschieden eine untergeordnete Rolle. Von einem Aufgeben des Einzelmenschen in der religiösen Gemeinschaft kann hier



jedenfalls gar keine Rede mehr sein. Es ist eine wichtige Tatsache, daß die Kirche in Georgien seit einem Jahrhundert nicht eigentlich autokephal ist, sondern das Oberhaupt vom Zaren ernannt wurde und oftmals als Stütze der Russifizierungspolitik diente. Nicht zuletzt hierdurch ist man der Kirche entfremdet worden und hat sich schließlich mehr und mehr einem areligiösen Individualismus hingegeben. — Auch die Umwelt hat zweifellos stark dazu beigetragen, jeglichen Internationalismus von Kaukasien fernzuhalten. Ursprünglich lebten die drei Hauptvölker — Georgier, Armenier und Turkotataren — für sich getrennt, und der Lebensraum jedes einzelnen war als Ganzes wohl individualisiert und gegen den des Nachbarn natürlich begrenzt. Die geschichtliche Entwicklung hat es allerdings mit sich gebracht, daß Teile der einen Nation in den Lebensraum der anderen eindrangen und sich dort ansiedelten. Aber noch heute überschaut der Georgier sein Land in dem Bewußtsein, daß es eben der Lebensraum *seiner* Nation ist, und er sieht hinauf zu dem Bergland von Armenien oder hinunter auf die Steppengefilde Aserbeidschans als auf die von Natur scharf abgegrenzten Wohngebiete gänzlich anders gearteter Nachbarn.

Wir werden es nach alledem begreifen, daß der Georgier dem Großrussen durchaus fremd, wenn nicht gar feindlich gegenübersteht. Die breite Masse des russischen Volkes empfindet es als getreues Spiegelbild der unendlichen Weite, der Ausdruckslosigkeit und nichtssagenden Einförmigkeit der russischen Ebene, die in all und jedem den schärfsten Gegensatz zu der Kraft und Wucht der kaukasischen Landschaft darstellt. Für die weichliche Ergebenheit, mit der sich der Russe in sein Schicksal fügt, für die willenlose Unterordnung des Einzelnen, das Aufgehen in die unpersönliche Masse, den Hang zum Internationalismus usw., für alles das vermag der Georgier schlechthin keinerlei Verständnis aufzubringen. Wesensfremd aber ist ihm auch die Oberschicht, die diese religiös gebundene russische Masse beherrscht. Zwischen Zarismus und Leninismus findet er im Grunde keinen erheblichen Unterschied: die gleiche Knechtung des Volkes hier wie dort, dieselbe Brutalität und Spitzelwirtschaft, dieselbe Arroganz einiger Individuen und Kliquen, die lediglich mit roher Gewalt die große Mehrheit der Andersdenkenden in Schach halten. Ein solches System widert ihn, den aufrechten, selbstbewußten und ritterlichen Menschen, geradezu an. Dagegen fühlt er sich in hohem Maße zu Europa hingezogen. Die europäischen Staaten begreift gerade der Georgier so gut, weil auch in Europa jede Nation in einem mehr oder weniger natürlich abgegrenzten Lebensraum wirkt und schafft; den europäischen Völkern fühlt er sich geistesverwandt, weil auch sie den schicksalsbestimmenden Schritt getan haben von mystisch-religiösem Kollektivismus zu national-intellektualistischem Individualismus, von vagem Menschheitsempfinden zu starkem Nationalbewußtsein, von der absoluten Monokratie zum liberalen Verfassungsstaat.

Seinen stärksten politischen Niederschlag findet diese Gegensätzlichkeit zwischen Georgiern und Russen zweifellos in der Verschiedenartigkeit des Staatsbegriffes. Mag sonst im Bereich der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken der internationale Gedanke noch so fest wurzeln, hier in Georgien ist nahezu jedermann national bis auf die Knochen, aber natürlich nur georgisch-national und daher für eine Trennung von dem moskowitischen Rußland gefühlsmäßig durchaus zu haben. Nicht umsonst sagte mir ein hoher Beamter des russischen Auswärtigen Amtes in Moskau, als ich ihm von meinen Eindrücken in Georgien sprach: „Sie mögen in Vielem richtig beobachtet haben, verehrter Herr Professor. Die Menschen dort unten sind ein besonderer Schlag und bereiten uns oftmals ernste Sorgen. Aber, schauen Sie, jedes Reich hat halt sein Bayern."

Es unterliegt für uns nach allem, was wir in Georgien gesehen und gehört haben, keinerlei Zweifel, daß der Aufstand vom Sommer 1924 in der Hauptsache eine nationale Bewegung war und sich als solche nicht bloß gegen das Sowjet-System sondern gegen das moskowitische Rußland schlechthin richtete. Von verschiedenen Seiten wird nun allerdings versucht, die Dinge zu verschleiern; aber es hält nicht schwer, diese Tendenzmeldungen zu widerlegen. Die georgische Geistlichkeit als solche z. B. hat mit dem Aufstand nicht das mindeste zu tun. Gewiß wirkt die oftmals mit sehr häßlichen und geschmacklosen Mitteln betriebene antireligiöse Propaganda der Kommunisten stark verbitternd selbst in dem herzlich wenig kirchlichen Georgien. Man begreift vor allem nicht, warum die Sowjet-Politiker mit solchem Eifer gegen Kirche und Religion überhaupt wettern, wo doch ihr Einfluß auf die Massen mit deren religiöser Grundeinstellung steht und fällt. Ein Volk, dem die religiöse Bindung von Mensch zu Mensch geraubt wird und dem man zugleich eine starke rational-intellektualistische Schulung aufzwingt, wird auf die Dauer eine kommunistische Minderheitsdiktatur nimmermehr ertragen; es wird vielmehr allmählich zum Individualismus gelangen und sich für eine dem gemäße liberal-demokratische Staatsform entscheiden. Von dieser Warte aus beurteilt der Georgier den erbitterten Kampf der Kommunisten gegen die Religion. Im übrigen aber spielt hier die Geistlichkeit eine viel zu untergeordnete Rolle, um politische Bewegungen zu erzeugen.

Der georgische Aufstand von 1924 ist auch in keiner Weise als Rebellion etwa der Arbeitslosen und des städtischen Proletariats aufzufassen. Gerade das ethnisch oftmals sehr gemischte Proletariat in den größeren Städten Kaukasiens hat sich in keiner Weise am Aufstand beteiligt. Weder Tiflis noch Batum, von Eriwan und Baku ganz zu schweigen, haben in ihren Mauern etwas wie Aufruhr gesehen. Die anderslautenden Nachrichten der europäischen Presse beruhen auf einer Irreführung durch die georgischen Emigranten in Paris, die aus naheliegenden Gründen



den grusinischen Aufstand als allgemeine kaukasische Revolution hinzustellen bemüht waren.

Sicherlich falsch ist auch die Lesart, die von Moskau aus verbreitet wurde. Danach sollte es sich um eine Agrarrevolution handeln, um einen Verzweifelungskampf der georgischen Fürsten gegen die kommunistische Regierung, die den Großgrundbesitz aufgeteilt und den Bauern überantwortet hat. Vielleicht ist diese These dazu angetan, die Tatsache zu bemänteln, daß zahlreiche Fürsten von der roten Soldateska bestialisch hingeschlachtet wurden, obgleich sie während des Aufstandes völlig untätig und unbeteiligt in ihrem Hause saßen; der Wahrheit aber gibt man mit dieser Meldung nicht die Ehre. Niemand kann und wird im Ernste abstreiten, daß neben der national begeisterten Intelligenz, vor allem der akademischen Jugend Georgiens, sehr viele Bauern und Arbeiter am Aufstand teilgenommen haben. Welchen Sinn konnte es haben, daß z. B. die Arbeiter im Manganrevier von Tschiaturi die Waffen gegen Moskau erhoben, die Sowjet-Beamten gefangen setzen usw.? Will wirklich jemand behaupten, daß die Bergarbeiter von Tschiaturi alles Fürstensöhne seien, oder daß sie als Söldlinge der Fürstengeschlechter in den Kampf gegen Moskau gezogen wären?

Wer unparteiisch an Ort und Stelle alle Berichte und Beschreibungen von Augenzeugen geprüft hat, für den steht es unabänderlich fest: die georgische Intelligenz, die im Sommer 1924 gemeinsam mit georgischen Bauern und Arbeitern zu den Waffen gegriffen hat, wurde von reiner und selbstloser Vaterlandsliebe zu diesem Schritt getrieben. Man entschloß sich zum Äußersten in der Überzeugung, daß anders die vom gesamten georgischen Volke heißbegehrte nationale Unabhängigkeit nicht zu erringen ist.

Nur zu bald erwies sich die Hoffnung der Aufständischen als trügerisch. Die Armenier in Tiflis, zahlenmäßig das stärkste Bevölkerungselement dieser Stadt, dachten gar nicht daran, sich dem Aufstand anzuschließen und das Feuer des Aufruhrs auf die Landeshauptstadt überspringen zu lassen. Auch der Traum von einem Eingreifen der europäischen Großmächte zerrann nur gar zu schnell in nichts. Man war und blieb isoliert; die einrückende Rote Armee hatte leichtes Spiel. Bürgerkrieg ist immer furchtbar; hier aber spielten sich Szenen ab, die zu beschreiben die Feder sich einfach sträubt. Einen großen Teil der auch in Georgien nicht übermäßig dicht gesäeten Intelligenz deckt heute der Rasen; in demselben Massengrab ruhen die georgischen Bauern und Arbeiter, die die Stunde der Befreiung vom moskowitischen Joch für gekommen hielten. Das georgische Volk wird diese seine Toten gewiß nicht vergessen, denn ihm sind es Helden, die ihrem Lebensziel treu blieben bis in den Tod. Sie waren Nationalisten mit derselben Leidenschaftlichkeit wie die Moskowiter Internationalisten sind. Keiner ist an sich gut, keiner an sich schlecht. Jeder von beiden gehorchte einfach dem

großen geopolitischen Gesetz, das für seinen Lebensraum gilt. Zwei Welten, die sich nun und nimmermehr verstehen werden.

Um diese These für Georgien zu stützen, bedarf es noch eines kurzen Hinweises auf die geographische Struktur und die Geschichte des Landes. Wir erkennen dann klarer, als es ohnedies ist, daß der Aufstand von 1924 wirklich nur ein Auftritt in einer großen Folge von Akten ist, nur ein Glied einer langen, langen Kette. Georgien hat seine Unabhängigkeit seit vielen Jahrhunderten immer und immer wieder verteidigen müssen. Die Feinde wechselten und mit ihnen das gegenseitige Kräfteverhältnis. Oftmals war jahrhundertelange Versklavung nicht zu vermeiden. Jedesmal aber brach dann unerwartet das Feuer einer heiligen nationalen Begeisterung durch, und die gleiche Leidenschaft beseelte die ganze Volksgemeinschaft vom einfachsten Bauern bis zum Großgrundbesitzer und Fürsten: lieber tot als Sklav'!

Der Lebensraum der georgischen Nation war niemals und ist auch heute nicht ein einheitliches Ganzes, vielmehr umfaßt er die folgenden Teilgebiete: das Gebirgsland der oberen Kura (Kartalinien), das Bergland von Kachetien mit der großen Aue des Alasan-Flusses und dem dazu parallelen Jora-Tal, den innerhalb des Kaukasus gelegenen Teil des Rion-Gebietes mit der Hauptstadt Kutaïs (Imeretien) und schließlich die pontischen Küstenlandschaften Abchasien, Mingrelien, Gurien, Adscharien, zu denen bis zum Mongolen-Einfall auch noch Lasistan gehörte. Die topographisch-klimatische Vielteiligkeit des georgischen Lebensraumes wird jedoch zu einem guten Teil dadurch aufgehoben, daß ganz Georgien in einem spezifischen und starken geopolitischen Kraftfeld gelegen ist: von Norden drohten seit jeher die kaukasischen Bergvölker bezw. in neuerer Zeit die Russen, von Süden die Armenier; wer immer in Aserbeidschan herrschte, ob Perser, Mongolen oder Tataren, stets mußte man in Georgien auf der Hut sein, um der Gefahr aus dem Osten zu begegnen. Nicht viel anders lagen die Dinge im Westen, wo jeweils Griechen oder Römer, Araber oder Türken den Hebel ansetzten, um Kaukasien sich untertan zu machen. Diesem auf dem Lande lastenden konzentrischen Druck konnte Georgien nur dadurch begegnen, daß es einen Verteidigungsplatz ausfindig machte, von dem es notfalls nach jeder der vier in Betracht kommenden Richtungen leidlich gleichmäßig eingreifen konnte. Wie wir in einem anderen Aufsatz zeigten, mußte die Wahl auf Tiflis fallen. Diese Stadt aber liegt im Rahmen des Ganzen entschieden exzentrisch, und das bedeutet für die geopolitische Struktur des georgischen Staates einen schweren Nachteil. Zwar gegen Norden, Osten und Süden war Tiflis die gegebene Basis; den Westen aber vermochte man von Tiflis aus doch nur schwer zu schützen. Ein häufiges Absplittern dieser westlichen Landesteile war die Folge.

Gleich beim ersten Auftauchen in der Geschichte erscheint Georgien in seiner



typischen geopolitischen Prägung: im Westen die Kolonien der Griechen (milesische Siedler an der kolchischen Küste, namentlich im Tiefland des Phasis = Rion) der Osten, zeitweise sogar das ganze Land in Abhängigkeit vom altpersischen Reich; bald darauf von Süden her Bedrohung durch die mazedonischen Heere! Auf den Druck folgte der Gegendruck der freiheitsliebenden Georgier: im dritten Jahrhundert v. Chr. errangen sie in schweren Kämpfen die nationale Unabhängigkeit zurück. Bis zum dritten nachchristlichen Jahrhundert war dem Lande nunmehr leidliche Ruhe beschert; dann begann die Periode wiederholter Reichsteilungen, die der neupersische Staat geschickt benutzte, um sich einen maßgebenden Einfluß in Georgien zu sichern. Die Gefahr aus dem Osten erschien den Georgiern so groß, daß sie den Schutz des Byzantinischen Reiches erbaten und die Oberhoheit dieses mächtigen West-Staates anerkannten. Indessen auch dieser Schritt führte nicht zum Ziel, denn plötzlich erschien ein neuer furchtbarer Feind, die Araber. Vom 7. bis 12. Jahrhundert mußte Georgien nunmehr das Joch der arabischen Fremdherrschaft tragen. Dann aber weckte die kraftvolle Persönlichkeit Davids II. (1089—1125) den Drang nach Freiheit, bis im Jahre 1122 die Stunde der Erlösung schlug. Das dankbare Volk ehrt den großen Helden noch heute durch den Beinamen „der Erneuerer". Eine Periode glänzenden Aufschwunges folgte nun, und unter der Königin Tamara (1184—1212) erlebte Georgien einen Höhepunkt in Macht und Kultur, wie er nie wieder erreicht wurde.

Nur gar zu schnell trat der Umschwung ein, und Georgien wurde erneut in tiefste Not gestürzt. Schon unter dem Nachfolger der Tamara verwüsteten die Horden Dschingis Khans das Land; das Reich zerfiel, in den peripherischen Gebieten nisteten sich Türken, Kurden und Perser ein. Es bedurfte wiederum einer überragenden Führerpersönlichkeit, um dem georgischen Volke Einheit und Freiheit zurückzugewinnen. Georg V. (1318—1346) führte dieses Werk der nationalen Wiedergeburt zielbewußt durch. Indessen, kaum war die Unabhängigkeit errungen, da brachen die beutelüsternen Heere Timurs ins Land und die Mongolen zerstörten in wenigen Tagen, was Georg V. in Jahren aufgebaut hatte.

Noch einmal schien es, als ob ein geeintes und freies Georgien wiedererstehen sollte. Es war in jenen Jahren, da Alexander I. (1414—1424) die Geschicke des Landes leitete und die Mohammedaner aus Georgien vertrieb. Durch die unglückselige Erbteilung wurde jedoch das Reich beim Tode Alexanders in drei Stücke zerrissen: West-Georgien (vor allem Imeretien), Zentral-Georgien (Kartalinien) und Ost-Georgien (Kachetien). Nun hatten die Gegner leichtes Spiel. Niemandem, der geopolitisch zu schauen gewohnt ist, wird die weitere Entwicklung problematisch erscheinen. Im Osten brachten die Perser Kartalinien und

Kachetien unter ihre Gewalt. Tausende von Georgiern, die gegen diese Fremdherrschaft zu murren wagten, wurden hingerichtet, viele andere Tausende nach Persien verschleppt. Im Westen richteten derweilen die Türken ihre Gewalt auf und erreichten eine weitgehende Islamisierung dieser Gebiete. Das Vordringen des Islam war vielleicht noch schlimmer als die Fremdherrschaft an sich, denn wie für den ganzen Orient, so erwies sich auch für West-Georgien diese Regel als richtig: stärker als Blutsverwandtschaft wirkt im Morgenland die Religion als Staatskitt. Die islamisierten Lasen und Adscharen vor allem gingen, obwohl nach Blut und Sprache reine Georgier, dem grusinischen Staate mehr und mehr verloren. Sie verbanden von nun ab ihr Schicksal ganz ausschließlich mit dem der Türken, benutzten jede Gelegenheit, um ihren alten Volksgenossen Schwierigkeiten zu bereiten, und trachteten danach, womöglich demtürkischen Staatsverband angegliedert zu werden. Die Lasen haben dieses Ziel bereits erreicht; den Adscharen mußten noch in neuester Zeit die Georgier weitgehende Autonomie einräumen, um sie dem Mutterlande zu erhalten.

Die Zeit der Fremdherrschaft von Persern und Türken dauerte mehrere Jahrhunderte. Die Situation für Georgien war umso trostloser, als es sich dann und wann auch in diesen Perioden in den Bergen nördlich und südlich von Georgien zu rühren begann. Bald fielen Armenier ein, bald Osseten, Tscherkessen, Tschetschenzen, Lesghier und andere Bergvölker. Es sah entsetzlich düster aus im Lande der Tamara, und nur ein letzter Ausweg schien möglich, um der Gefahr des gänzlichen Zerriebenwerdens zu entgehen: Anschluß an eine europäische Großmacht. Die Georgier, die gelegentlich einige Erfolge über Perser und Türken davongetragen hatten, wandten sich an Österreich und Preußen. Mit aufrichtiger Bewunderung hörte man in Europa von dem verzweifelten Bemühen der Georgier, sich ihrer Todfeinde zu erwehren. Friedrich der Große zollte dem ostgeorgischen König Irakli II. größte Anerkennung mit den Worten: „Ich in Europa und der tapfere König Irakli in Asien". Aber es blieb allenthalben bei freundlichen Worten; dem damaligen Europa lag Georgien noch viel zu weit abseits.

Inzwischen hatte die großrussische Expansion den Kaukasus erreicht. Nachdem sich 1774 die Osseten den Russen angeschlossen, waren letztere in den Besitz der wichtigsten Paßstraße über den Kaukasus gelangt und standen damit vor den Toren Georgiens. Jedermann in diesem Lande fühlte, daß die Schicksalsstunde schlug. Sollte man einen Kampf wagen, einen Kampf auf Tod und Leben mit Russen, Türken, Persern, Armeniern usw.? Denn daß alle über Georgien herfallen würden, wenn der Kampf an einer Stelle entbrannte, das verstand sich von selbst. Wäre man wenigstens einig gewesen in dieser großen Stunde! Aber noch immer war das Reich geteilt und die Macht des östlichen Georgien reichte nicht aus, um dem Westen seinen Willen aufzuzwingen. Dem Herrscher von Tiflis,



der die Gefahr selbstverständlich am ehesten und stärksten spürte, blieb unter diesen Umständen nichts anderes übrig, als mit den Russen zu paktieren: am 4. August 1783 unterzeichnete Irakli II. als Zar von Kartalinien und Kachetien den Bündnisvertrag mit Katharina II. von Rußland. Selbstverständlich war dieser Schritt, Vasall von Moskau zu werden, nur ein äußerster Notbehelf gewesen. Man wollte den ostgeorgischen Staat dadurch erhalten, um zu gegebener Zeit die Fesseln zu sprengen und wieder frei zu werden.

Daran war jedoch einstweilen nicht zu denken. Rußland sah dem Einfall der Perser nach Georgien im Jahre 1795 untätig zu und rührte sich selbst dann nicht, als Tiflis verbrannt und bis auf die Grundfesten zerstört wurde. Je schlechter es den Georgiern geht, so rechnete man in Petersburg, um so mehr müssen sie geneigt sein, das Verhältnis zu Rußland noch inniger zu gestalten. Der neue Bündnisvertrag des Jahres 1799 war im Grunde schon nurmehr Vorbereitung und Vorwand zu dem Schlage, den Rußland 1801 führte: Ost-Georgien wurde, mir nichts, dir nichts, für annektiert erklärt. — Daß nunmehr auch West-Georgien seinem Schicksal nicht mehr entgehen konnte, wird kaum wundernehmen. In blutigen Kämpfen hielt der Doppeladler im Jahre 1803 seinen Einzug in Kutaïs, und alle noch so heldenhaft durchgeführten Aufstände vermochten an dieser Tatsache nichts zu ändern. Im Gegenteil, der russisch-türkische Krieg von 1827 — 1829 brachte die pontischen Küstengebiete nördlich von Poti unter die Gewalt des Zaren, und im Kriege von 1877—1878 nahmen die Russen den Türken sogar die Küste von Batum und das Gebirgsland von Kars ab.

War bisher der Druck aus Ost und West der entscheidende gewesen und damit eine weitgehende Islamisierung verbunden, so wurde nunmehr der Druck aus Norden und die von hier aus betriebene Russifizierung des georgischen Volkes nicht minder lästig empfunden. Gewiß, die neuen Herren des Landes waren mit den Georgiern durch die gleiche Religion verbunden; indessen eine Fremdherrschaft bedeutete die russische Okkupation doch auch. Die politische Spannung hatte lediglich die Richtung geändert, Georgien war und blieb unfrei, eine Kolonie der Fremden.

Der Zusammenbruch des Zarenreiches am Ende des Weltkrieges bot die langersehnte Gelegenheit, die Freiheit wieder zu erringen. Schon im November 1917 erklärte sich Georgien für selbständig, und noch am 25. Februar 1921 mußte sich Sowjet-Rußland bereit finden, die Unabhängigkeit Georgiens anzuerkennen. Inzwischen aber hatte auch in Georgien der Rätegedanke gesiegt. Auf die Errichtung der Transkaukasischen Sozialistischen Föderativen Räterepublik (13. Dezember 1922) folgte der Anschluß dieses Staatenbundes an die S. S. S. R. am 30. Dezember 1922.

Daß hinter der Aufrichtung der Sowjet-Republik in Georgien wie überall in

Rußland nur eine kleine, aber über die Machtmittel des Staates gebietende Minderheit stand, ist allbekannt. In der großen Masse des georgischen Volkes ist der nationale Gedanke, der Drang nach völliger Souveränität, unendlich viel stärker als das Verlangen nach einer Diktatur des Proletariats. Dieser unbeugsame Wille des georgischen Volkes, die Zeiten eines David II. und einer Tamara wiedererstehen zu lassen, trieb die Revolutionäre von 1924 zur Tat. Es wird bestimmt nicht der letzte Aufstand dieses heldenhaften Volkes gewesen sein.

FRITZ HEYER:
DAS SCHOTTISCHE WIRTSCHAFTSGEBIET

Trotzdem Schottland von Deutschland nur durch die Nordsee getrennt ist und vor dem Krieg von Deutschen viel besucht wurde, wird es bei uns vielfach ohne weiteres mit England zusammengeworfen. Es gilt meistens nur noch als landschaftliche Bezeichnung, und die tiefgehenden wirtschaftlichen Unterschiede zwischen beiden Reichsteilen werden übersehen. Wenn auch nicht bestritten werden soll, daß das Gemeinsame jetzt überwiegt, so läßt sich ein deutliches Bild von jedem der zwei Länder doch nur dann gewinnen, wenn man auch die Gegensätze einmal scharf heraushebt.

Diese sind zum großen Teil durch geographische Bedingungen unabänderlich festgelegt. England liegt nicht nur südlicher als Schottland, sondern es hat auch eine viel geringere durchschnittliche Meereshöhe, die Gebirge bilden dort die Ausnahme. Ferner ist England vor der zerstörenden Wirkung des atlantischen Ozeans durch das vorgelagerte Irland wie durch einen Wellenbrecher geschützt. Dagegen hat der Westen Schottlands den vollen Anprall des Meeres auszuhalten. Ein großer Teil des Landes ist dort schon versunken oder in Halbinseln, Inseln und Schären aufgelöst, während tief in das Land einschneidende Fjorde an der weiteren Zerklüftung arbeiten. Dagegen besitzt der im Windschutze gelegene Osten, ähnlich, wie dies in Irland und Skandinavien der Fall ist, ein trockneres Klima (so daß z. B. in Aberdeen der Kabeljau sogar im Freien gedörrt werden kann). Die Küste ist im Osten nur da erodiert, wo weichere Gesteine dem Meere die Arbeit erleichtert haben (Moray Firth, Firth of Tay, Firth of Forth), und am Fuß der Berge ist ein Vorland erhalten geblieben, auf dem Ackerbau in größerem Umfange betrieben werden kann. Noch wichtiger ist der Gegensatz zwischen Hochland und Tiefland. Das erstere nimmt den weitaus größten Teil der Bodenfläche ein. Wenn ganz Schottland ungefähr die Größe von Bayern und der Pfalz hat, so entfällt davon auf das Tiefland nicht mehr, als etwa dem Umfange Thüringens gleichkommt. Alles Übrige ist Hochland, und zwar rechnet man dazu nicht nur den Norden des Landes, sondern auch die Inseln sowie das südliche Oberland, die „Uplands", die früher das Glacis gegen England bildeten. Dieses ganze Gebiet besteht größtenteils entweder aus hartem Urgestein oder aus vulkanischen Massen, die der Verwitterung und Abtragung mehr Widerstand geleistet haben und daher höher aufragen, als die jüngeren weicheren Gesteine des Tieflandes. Die durchschnittliche Meereshöhe des Hochlandes beträgt etwa 500 m, was in dieser nördlichen Breite ein so rauhes Klima bedingt, daß Ackerbau nur an wenigen geschützten Stellen möglich ist, vor allem in den „Glens", d. h. den breiten Tälern, die ehemalige Gletscher der Eiszeit ausgefurcht haben. Schottland

würde daher nur eine sehr spärliche Bevölkerung ernähren können, ähnlich wie z. B. Norwegen, wenn nicht zwischen Hochland und südlichem Oberland in einem breiten Streifen, der von Nordosten am Tay und Forth nach Südwesten am Clyde reicht, das Tiefland eingesenkt wäre. Dieses bildet nicht etwa eine gleichmäßig flache Ebene, sondern ein welliges Hügelgelände, das aus jüngeren weicheren Gesteinen besteht. Daher ist das Land dort stärker abgetragen, und im Schutze der nördlich vorgelagerten Berge herrscht ein milderes Klima. Der Ackerbau, die Zucht von Rindvieh und Pferden, die Kohlengewinnung, Industrie, Handel, Verkehr und Schiffahrt haben ihren Sitz fast ausschließlich im Tiefland, während im Hochland fast nur Schafzucht und (an der Küste) Fischerei getrieben wird. Dabei ist hervorzuheben, daß sich der wirtschaftliche Begriff des Hochlandes mit dem geologischen nicht überall deckt. Die Basalthügel z. B., die den größten Teil der Grafschaften Stirling, Dumbarton und Renfrew ausfüllen, tragen wirtschaftlich ganz den Charakter des ödesten Hochlandes, obwohl sie geographisch schon im Tiefland liegen. Umgekehrt wird die östliche am Meere gelegene Hälfte von Aberdeenshire wirtschaftlich dem Tiefland zugerechnet, obwohl sie geologisch zweifellos der Hochlandzone angehört.

Diese geographischen Bedingungen erklären es, warum die schottische Bevölkerung noch weit ungleichmäßiger verteilt ist, als die englische. Von dem 4,9 Millionen Einwohnern, die Schottland zählt, wohnen kaum mehr als 500 000 im Hochland, der Rest von fast 4 1/2 Millionen drängt sich im Tiefland zusammen. Die Bevölkerungsdichte ist dort etwa dreimal so groß als in Thüringen, das bei gleicher Bodenfläche nur rund 1 1/2 Millionen zählt. Besonders eng zusammengepreßt ist die Bevölkerung in der Umgebung von Glasgow, während in der unmittelbaren Nachbarschaft weite Gebiete so gut wie menschenleer sind. Ganz ähnlich schroffe Gegensätze zeigen Edinburgh und Dundee. Hochland, südliches Oberland und die Inseln haben sich während des letzten Jahrhunderts immer noch mehr entvölkert, da die Lebensbedingungen dort zu ungünstig sind. Die jetzigen billigen Verkehrsmittel und erleichterten Auswanderungsmöglichkeiten haben diesen Prozeß gegen früher noch beschleunigt. Das mittelschottische Industriegebiet saugt die Menschen aus dem Hochlande (und zum Teil auch aus Irland) an und gibt andererseits seinen eigenen Überschuß nach England und nach Übersee ab. Der Strom der Bevölkerung richtet sich also vorwiegend nach Süden, nicht aber umgekehrt. Man findet daher viele Schotten in London und anderen englischen Städten, aber nur wenige Engländer in Schottland.

Die Armut und Unfruchtbarkeit des Hochlandes und des südlichen Oberlandes sind die Hauptgründe dafür, daß sich dort noch weit größere Latifundien erhalten haben, als selbt in England. Abgesehen von dem Herzog von Northumberland besitzt kein englischer Magnat solche riesigen Landflächen, wie die schottischen



Herzöge von Sutherland, von Argyll, von Richmond, von Atholl oder von Buccleuch. Allerdings ist der größte Teil davon öde unergiebige Heide. Andererseits ist das schottische Hochland das Land der Zwergbauern, der sogenannten „crofters", ländlicher Proletarier, die bis 1886 so gut wie rechtlos waren, da sie jedes Jahr von dem Grundeigentümer gesteigert oder aus der Pacht gesetzt werden konnten. Erst die Crofters Act 1886 schuf hierin Wandel, indem sie den Bauern „fair rent" und „fixity of tenure" verschaffte, d. h. das Gesetz schützte sie vor Kündigung, solange sie ihre Pacht, die von einer mit besonderen Vollmachten versehenen Crofters Commission auf ein erträgliches Maß heruntergesetzt wurde, pünktlich zahlten. Die Small Landholders Act 1911 dehnte diese Grundsätze, die bis dahin nur für die crofter counties im nördlichen Hochland gegolten hatten, auf das ganze Land aus. Die Bauern dürfen seitdem ihren Besitz sogar vererben, nur das unbeschränkte Verkaufsrecht (free sale) ist ihnen vorenthalten geblieben. Die Crofters Commission wurde durch dasselbe Gesetz in einen Land Court umgewandelt, und dieser dem neugegründeten Scottish Board of Agriculture angegliedert. Seit dieser Agrarreform nimmt Schottland eine mittlere Stellung zwischen England und Irland ein. In Irland sind die Großgrundbesitzer meistens bereits abgelöst, und die Bauern freie Eigentümer geworden, während in England bisher keine wesentliche Änderung zu verzeichnen ist. Die Pächter sind dort zwar vielfach durch Sitte und durch Überlieferung, nicht aber durch das Gesetz geschützt.

Die Wohnungsnot ist in England erst neuerdings akut geworden, in Schottland war sie es immer. In den englischen Industriestädten sind die Zustände zwar gleichfalls dringend der Abhilfe bedürftig, immerhin wirkt dort der Umstand mildernd, daß auch Arbeiterfamilien meistens ein Haus für sich bewohnen. Dagegen ist es in Schottland seit Alters her üblich, große Mietshäuser mit einer ganzen Anzahl von Wohnungen zu bauen, vielleicht deswegen, weil die ältesten schottischen Städte, Edinburgh und Stirling, auf einem schmalen Höhenrücken lagen, der nur für eine einzige größere Straße Raum ließ, so daß man nach oben bauen mußte, wenn man mehr Platz gewinnen wollte. Dieselbe Bauart ist dann aber auch in ganz modernen Orten, wie z. B. Glasgow, bis in die jüngste Zeit beibehalten worden. Viele dieser Wohnungen bestehen nur aus einem einzigen Raum, der zugleich als Küche dient, die meisten aus zwei Räumen. Diese hohen, gewöhnlich aus Sandstein errichteten Mietskasernen geben einer schottischen Großstadt ein ganz anderes Gepräge als einer englischen mit ihren zahllosen kleinen Ziegelhäuschen. Seit dem Kriege ist fast jede private Bautätigkeit infolge des Höchstmietengesetzes zum Stillstand gekommen, und die Zustände haben sich dadurch noch verschlimmert. Bis heute werden in ganz Großbritannien neue Wohnungen für die arbeitende Bevölkerung nur dann erstellt, wenn die Regierung

eine Beihilfe zahlt. Die auf Grund dieser Notgesetzgebung in Schottland errichteten Wohnungen bestehen größtenteils aus kleinen Einzelhäusern in Ziegelputzbau, wie sie bis dahin in Schottland nicht üblich waren, so daß sich also dadurch eine Annäherung an englische Verhältnisse anbahnen würde. Allerdings hat sich die Bevölkerung in Schottland so sehr an die großen Mietshäuser gewöhnt, daß sie vermutlich zu diesen zurückkehren dürfte, sobald der freie Wohnungsmarkt einmal wieder in Gang gekommen sein wird.

Die Landwirtschaft des Hochlandes ist von der des Tieflandes ganz verschieden. Der Ackerbau der Hochland-Crofters beschränkt sich auf etwas Hafer und Kartoffeln. Von Rindvieh gibt es nur eine — nicht sehr zahlreiche — kleine zottige Rasse. Ziegen sind selten, da sie zuviel Wartung erfordern. Die eigentliche wirtschaftliche Nutzung des Hochlandes und des südlichen Oberlandes besteht vielmehr in seiner Verwendung zur Schafweide, die Schafhaltung spielt daher in Schottland eine weit wichtigere Rolle als in England. Insgesamt werden in Schottland etwa 7 Millionen Schafe gezählt, rund 25% des Bestandes von ganz Großbritannien. Sie werden nicht, wie die meisten englischen Rassen, des Fleisches, sondern der Wolle wegen gezogen, die lang, ungekräuselt und ziemlich grob ist. Das Hochland ist die Heimat einer Rasse mit schwarzem Kopf, während im südlichen Oberland eine solche mit weißem Kopf (Cheviots) einheimisch ist, deren Wolle etwas höher geschätzt wird.

Der Ertrag der Schafzucht ist auf den unfruchtbaren Hochlandsweiden pro Hektar sehr gering. Die Möglichkeit einer besseren wirtschaftlichen Verwertung des Hochlandes und des Oberlandes würde nur die Aufforstung bieten. Auch hierfür liegen die Vorbedingungen in Schottland ganz anders, als in dem von der Natur begünstigteren England. Dort bilden die wirtschaftlich wertlosen und nur durch Aufforstung allenfalls zu nutzenden Flächen die Ausnahme, in Schottland dagegen die Regel. Man kann die aufforstbare Fläche im Hochlande und im Oberlande auf 3 Millionen Hektar schätzen. Die Aufforstung würde für das Hochland eine völlig wirtschaftliche Umwälzung bedeuten. Ganz abgesehen von der Veränderung des Landschaftsbildes und des Klimas wäre es von der größten Wichtigkeit, wenn ein Teil der von dem britischen Bergbau benötigten Grubenhölzer im Inlande gewonnen werden könnte. Die Aufforstung würde aber sehr bedeutende Summen erfordern, die sich erst nach Jahrzehnten verzinsen würden. Der Privatbesitz, dem der Grund und Boden gehört, ist nicht im Stande oder nicht bereit, diese Lasten zu tragen, so daß nur ein staatliches Eingreifen Wandel schaffen könnte. Einen Anfang dazu bedeutet die Forestry Act 1919, die bis zum Jahre 1929 die Aufforstung von 60000 ha, davon ungefähr die Hälfte in Schottland, zur Folge haben wird, also nur 1% der aufforstbaren Fläche. Immerhin ist es nicht ausgeschlossen, daß die Aufforstungspläne, die schon oft erörtert



und stets wieder beiseite gelegt worden sind, angesichts der immer rascheren Erschöpfung der überseeischen Holzvorräte endlich doch einmal Gestalt gewinnen.

Im Tiefland ist die Landwirtschaft viel entwickelter und daher der englischen viel ähnlicher als im Hochland. Der regnerische Westen ist der Hauptsitz der Viehzucht und der trocknere Osten von Inverness bis herunter zum Tweed der des Ackerbaus. Unter den schottischen Rindviehrassen sind die wirtschaftlich wichtigsten das wegen seines Milchertrages geschätzte Ayrshirevieh sowie das des Fleisches wegen gezüchtete hornlose Angus cattle in Aberdeenshire. Beide Rassen sind jetzt in ganz Schottland verteten. Das Gleiche gilt von den schweren Clydesdabpferden, die neuerdings mehr und mehr durch die Lastautomobile verdrängt werden. Schweinezucht wird in Schottland wenig getrieben. Schweinefleisch erscheint fast nie auf dem Tisch, da der Schotte daran gewöhnt ist, jahraus jahrein fast nichts als Hammelfleisch zu essen. Unter den Getreidearten spielt in Schottland von jeher der Hafer, unter den Hackfrüchten die vor etwa 150 Jahren eingeführte Kohlrübe die erste Rolle. Der Kartoffelbau ist gering. Von Geteidearten wird nur noch etwas Gerste, dagegen Weizen wenig und Roggen so gut wie gar nicht angebaut, die schottische Landwirtschaft ist also von der deutschen recht verschieden. Das mit Getreide und Hackfrüchten bestellte Land beträgt alles in allem noch nicht 10% der Gesamtfläche. Einer Ausdehnung sind in Schottland viel engere Grenzen gesetzt, als in England.

Neben der Schafzucht ist die Fischerei der einzige schottische Erwerbszweig, der seinen Hauptsitz im Hochlande hat. Sie wird zwar an der ganzen schottischen Küste betrieben, da aber die Nordsee flacher und deshalb fischreicher ist, als der atlantische Ozean, so liegt der Schwerpunkt der Fischerei an der Ostküste, und zwar in Aberdeen und weiter nördlich. Der Bestand der Bevölkerung ist dort fast ausschließlich auf die Fischerei gestellt, ohne sie wären die Inseln und die Küsten des nördlichen Hochlandes völlig verödet. Die schottische Fischerei baut sich etwa in folgenden Stufen auf, die sich nacheinander und zum Teil auseinander entwickelt haben. Am ältesten ist die Binnenfischerei in den Flüssen, Seen und Bächen, die wirtschaftlich hauptsächlich dadurch von Bedeutung ist, daß sie während des Sommers zahlreiche Angler ins Land zieht und zwar oft gerade in solche Gegenden, die abseits vom Verkehr liegen und sonst wenig besucht werden würden. Der Lachs bildet gewissermaßen das Bindeglied zwischen Binnenfischerei und Küstenfischerei, da er in den Küstengewässern heranwächst und zum Laichen in die Flüsse steigt. Er wird daher hier sowohl wie dort gefangen, und zwar im Meere mit Stellnetzen, in den Flüssen meist mit der Angel. Die Küstenfischerei ist überall in Schottland vertreten, dient aber hauptsächlich zur Versorgung der lokalen Märkte. Das eigentliche Kernstück der schottischen Fischerei ist indessen der schon vor mehr als 200 Jahren aus Holland eingeführte Heringsfang, der mit

Treibnetzen betrieben wird, da der Hering zu den „pelagischen" Fischen gehört, die sich in den oberen Wasserschichten aufhalten. Welche Kapitalien allein in diesem Zweige der schottischen Fischerei angelegt sind, geht daraus hervor, daß die Gesamtlänge dieser Treibnetze ungefähr ausreichen würde, den Nordatlantischen Ozean dreimal zu überspannen. Die Hauptfanggründe liegen nördlich von Aberdeen sowie östlich von den Shetlands. Auch in England (Lowestoft) werden Heringe gefangen, die dortige Fangzeit liegt aber erst im Herbst, also später, als die schottische. Die Heringsfischerei ist auch dort eine schottische Spezialität und daher kommen sowohl die Fischer wie die Mädchen, die das Einsalzen besorgen, dazu von Schottland nach Lovestoft herunter. Bemerkenswert ist es, daß, obwohl in Schottland seit vielen Jahren Heringe in großen Massen eingesalzen werden, trotzdem weder Schotte, noch Engländer sich an den Genuß gewöhnt haben, so daß fast der ganze Fang ins Ausland geht. In England und Schottland werden die Heringe höchstens in geräuchertem Zustande gegessen, aber auch dann nicht roh, sondern gebraten (bloaters und kippers).

Ein anderer für Schottland charakteristischer Zweig der Fischerei ist die große Angelfischerei, die in Schottland eine viel größere Bedeutung behalten hat, als in England, wo sie von der Schleppnetzfischerei mehr und mehr verdrängt worden ist. Gefangen werden hauptsächlich Heilbutt, aber auch Schellfisch und Kabeljau.

Diese letzteren Fische sowie die verschiedenen Arten von Plattfischen (Seezungen, Schollen u. s. w.) werden sonst, da sie zu den Grundfischen gehören, größtenteils mit Schleppnetzen gefangen. In keinem anderen Lande ist die Schleppnetzfischerei zu größerer Entwicklung gelangt, als in England. Die englischen Trawler fischen vom weißen Meer im Norden bis Marokko im Süden. Grimsby ist dadurch zum ersten Fischereihafen der Welt emporgestiegen, und die Abladungen mehrerer anderer englischer Küstenplätze bleiben nicht allzu weit dahinter zurück. In Schottland dagegen hat sich die Schleppnetzfischerei erst verhältnismäßig spät einbürgern können, nicht, ohne zunächst auf Widerstand zu stoßen. Eine beträchtliche Trawlerflotte gibt es nur in Aberdeen. Immerhin hat sich Aberdeen in den letzten Jahrzehnten so entwickelt, daß es jetzt an zweiter Stelle hinter Grimsby steht. Die dort gelandeten Fänge kommen nur zum kleineren Teile in Schottland zum Verbrauch, das Meiste geht auf die englischen Märkte. Aberdeen ist auch der einzige britische Küstenplatz, den deutsche Fischer regelmäßig aufsuchen, und zwar hat sich dort eine Arbeitseinteilung insofern herausgebildet, als die Schotten hauptsächlich in der Nordsee, die Deutschen dagegen vor Island fischen. Die Fänge der schottischen Fischer werden frisch verzehrt oder mitunter auch geräuchert, während die von den Deutschen eingebrachten Fische von den Aberdeener Trocknereien zu Stockfisch verarbeitet und nach Spanien und anderen südlichen Ländern ausgeführt werden.



Der Walfischfang wird seit 1903 nordwestlich von Schottland betrieben. Während des Krieges mußte er, wie die meisten anderen Zweige der Fischerei, eingestellt werden. Seitdem hat er sich nicht mehr recht erholen können und wird vielleicht demnächst ganz aufhören. Insgesamt sind seit 1903 über 7000 Walfische erlegt worden.

Schottland ist nicht minder hafenreich, als England, doch sind seine Häfen viel ungleichmäßiger verteilt. Das Hochland besitzt trotz der Länge seiner Küstenlinie und seiner zahlreichen geschützten Fjorde und Buchten nur wenige kleine Fischerhäfen, unter denen die Heringshäfen im Osten die wichtigsten sind. Das Hinterland ist eben arm und bietet weder zur Einfuhr noch zur Ausfuhr Gelegenheit. Alle anderen schottischen Häfen liegen an den Küsten des Tieflandes, und zwar sind gerade die drei größten von ihnen, Glasgow, Leith und Dundee, künstliche Schöpfungen. Glasgow mußte erst durch Ausbaggerung des schmalen und flachen Clyde geschaffen werden, der oberhalb der Flutgrenze nur ein unbedeutendes Flüßchen ist, während Leith und Dundee durch große Molenbauten aus offenen Reeden zu sicheren Häfen umgestaltet wurden. Gerade Schottland ist ein deutliches Beispiel dafür, daß ein Hafenplatz mit der wirtschaftlichen Entwicklung seines Hinterlandes entsteht und wächst, gleichviel, ob ein natürliches Hafenbecken vorhanden ist, oder nicht. Der oft wiederholte Spruch: „Glasgow made the Clyde and the Clyde made Glasgow" ist in seiner zweiten Hälfte sehr anfechtbar. Jahrhundertelang, als Leith und Dundee längst in Blüte standen, war Glasgow trotz des Clyde kein Seehafen. Erst die Erschließung der Kohlenlager von Lanarkshire und die dadurch bedingte Entwicklung der Glasgower Industrie machte es lohnend, den bisher unbeachteten Wasserlauf so zu vertiefen, daß jetzt die größten Dampfer mit der Flut mitten in die Stadt hineinfahren können. Bemerkenswert ist dabei der „Zug nach dem Westen", der auch in England zu beobachten ist. Im ganzen Mittelalter wandten England und Schottland ihr Gesicht der Nordsee zu. Dort liegen die alten Städte mit ihren Kathedralen und die Häfen, die bis in die Neuzeit hinein die erste Rolle spielten. Erst im neunzehnten Jahrhundert machte sich das rasche Aufsteigen Amerikas über dem Atlantischen Ozean geltend, und dadurch kamen die westlichen Westhäfen Liverpool und Glasgow in die Höhe.

Besonders zahlreich sind in Schottland die Kohlenhäfen. Die Kohle von Lanarkshire geht über Glasgow und Grangemuth, die von Ayrshire über Ardrossan, Troon und Ayr, die von Haddington über Leith, und die Fifekohle über Burntisland und Methil. Die Kohlenhäfen am Firth of Forth sind die wichtigsten, einmal, weil im Osten die Industrie nicht so entwickelt ist, so daß mehr Kohle für die Ausfuhr zur Verfügung steht, sodann aber auch deswegen, weil die gegenüberliegenden nordischen Länder kohlenarm sind. Daher ist auch der Verkehr deutscher Dampfer am Firth of Forth und in den Tynehäfen besonders rege.

So umfangreich der Schiffsverkehr Schottlands, insbesondere Glasgows, auch ist, so hat sich dennoch keine größere Reederei dort halten können. In Glasgow z. B. haben sich eine ganze Anzahl kleiner und mittlerer Schiffahrtsunternehmungen herausgebildet. Sowie aber eine davon zu einem Großbetrieb heranwuchs, wanderte sie ab, entweder nach London, wie die zwei Frachtlinien Clan Line und Allan Line (die von der Canadian Pacific Railway aufgekauft wurde) oder nach Liverpool, wie die Anchor Line und die City Line, die beide neben dem Frachtgeschäfte auch den Passagierdienst pflegen. Die letztere gehört jetzt zur Gruppe der Ellerman Line und die erstere zur Cunard Line (die ihrerseits ursprünglich gleichfalls in Glasgow gegründet wurde). Offenbar ist Schottland als Hinterland zu klein, um einer erstklassigen überseeischen Dampferlinie genügend Rückhalt bieten zu können.

Für die Anlage von Binnenschiffahrtswegen scheinen die Vorbedingungen auf den ersten Blick in Schottland viel günstiger zu liegen, als in England. Nirgends nähern sich in England Nordsee und Atlantischer Ozean so, wie es in Schottland an zwei Stellen der Fall ist, im Tiefland zwischen Forth und Clyde und im Hochland in der alten geologischen Spalte des „Glen More“ zwischen Inverneß und Fort William. Beide Einschnürungen hat man durch Kanäle durchschnitten, und zwar wurde der Forth und Clyde Canal im Süden schon 1790 fertig, und der Caledonian Canal im Norden 1847. Der nur wenige Meilen lange Crinan Canal, der die Küstenschiffahrt von Clyde nach dem Norden abkürzt, wurde 1801 eröffnet. Der Forth and Clyde Canal, der seinerzeit als ein Wunder der Technik angestaunt wurde, hat der schottischen Wirtschaft mehrere Jahrzehnte lang vorzügliche Dienste geleistet, verlor aber um die Mitte des vorigen Jahrhunderts durch den Bau der Eisenbahnen seine Bedeutung. Er ist jetzt veraltet, namentlich wegen seiner zu vielen und zu kleinen Schleusen. Die Bahn, die ihn 1867 erworben hat, tut seit zehn Jahren nichts mehr dafür und lenkt den ganzen Güterverkehr über ihre Gleise. Eine Modernisierung oder ein Neubau würden sich nicht bezahlt machen, da nur wenige große Seeschiffe auf die neue Wasserstraße angewiesen sein würden. Der Hauptverkehr kommt vom Westen und findet in Glasgow sein Ziel, so daß er einen Kanal nicht braucht. Die Verhältnisse liegen also in Schottland ganz anders, als beim Manchester Ship Canal, der in das Herz des mittelenglischen Industriegebiets mit einer Bevölkerung von rund zehn Millionen Menschen hineinführt. Der Caledonian Canal und der Crinan Canal gehören dem Staate. Sie vermitteln noch einen gewissen Verkehr, dienen aber nur der Küstenschiffahrt.

Viel wichtiger sind für Schottland die Eisenbahnen geworden. Sie erst haben das Tiefland erschlossen und es mit dem englischen Industriebezirk und London in Verbindung gesetzt. Bis dahin waren das englische Hauptland und das schotti-



sche Nebenland, trotzdem sie auf derselben Insel lagen, fast nur durch die Segelschiffahrt miteinander verknüpft. Die Landwege waren schlecht und unsicher und wurden erst Ende des achtzehnten Jahrhunderts durch den Schotten Mac Adam verbessert. Die Erfindung der Dampfschiffahrt bedeutete zwar einen großen Schritt vorwärts, aber erst der Bau der Eisenbahnen schuf die Möglichkeit für einen gleichmäßigen, ununterbrochenen Verkehr von Waren und Personen.

Die schottischen Bahnen dienen drei verschiedenen Aufgaben, je nachdem sie Hochland, Tiefland oder südliches Oberland durchziehen. Die spärlichen meist eingeleisigen Hochlandstrecken haben nur örtliche Bedeutung, sie vermitteln etwas Post- und Personenverkehr, ihre Güterbeförderung ist gering. Das Tiefland dagegen hat ein so dichtmaschiges Netz, wie es sonst nur an wenigen Stellen der Erde vorkommt. Der größte Knotenpunkt ist Glasgow, wo über ein Dutzend Linien zusammentreffen. Dabei liegt Glasgow nicht einmal an der großen nordsüdlichen Straße London-Aberdeen, die vielmehr an der Ostküste entlangführt. (Der Umweg über Stirling, der früher unumgänglich war, ist durch den Bau der beiden großen Brücken über den Tay und den Forth abgeschnitten worden). Im südlichen Oberland ist das Eisenbahnnetz wieder sehr weitmaschig. Den dortigen Strecken fällt vor allem die wichtige Aufgabe zu, die dünnbevölkerte Zone zu durchqueren, die Schottland von dem mittelenglischen Industriebezirk trennt. Wie sehr England und Schottland dadurch bereits zusammengewachsen sind, zeigte sich bei der kürzlichen Umgestaltung des britischen Eisenbahnnetzes, wo der anfängliche Plan der Regierung, alle schottischen Schienenwege zu einem einzigen Unternehmen zu vereinigen, gerade an dem Widerstande der schottischen Bahnen scheiterte. Diese wollten auf keinen Fall durch dazwischenliegende fremde Strecken von London und von den Midlands abgeschnitten werden. Statt selbständig zu bleiben und eine schottische Gruppe für sich zu bilden, zogen sie es vielmehr vor, sich den englischen Bahnen anzuschließen. Seit 1923 gibt es daher keine unabhängigen schottischen Bahnen mehr, diese sind vielmehr in den zwei englischen Gruppen aufgegangen, die von London bis an die Nordspitze Schottlands reichen, nämlich der London and North Eastern Railway im Osten und der London Midland and Scottish Railway im Westen. Die beiden Netze sind nicht scharf getrennt, sondern vielfach miteinander verflochten, so daß z. B. alle vier schottischen Großstädte von beiden Gesellschaften bedient werden.

Für die Anlage von Wasserkraftwerken ist das schottische Hochland durch seine reichlichen Niederschläge und das starke Gefälle seiner Wasserläufe weit besser geeignet, als England. Das eigentliche England besitzt bis jetzt überhaupt keine nennenswerten Wasserkraftwerke, nur in Nord-Wales hat man einen Anfang damit gemacht. Auch Schottland hat erst einen geringen Prozentsatz des vorhandenen Kraftvorrates in Anspruch genommen. Für kleinere Kraftwerke



sind die Möglichkeiten dort nahezu unbegrenzt. Fast in jeden Bach und in jede Schlucht könnte man eine Turbine einbauen, um ein Dorf mit Licht und Kraft zu versorgen. Da das Hochland aber so gut wie menschenleer ist, würde es an Abnehmern für den Strom fehlen, und es haben daher dort nur größere Anlagen Aussicht auf Verwirklichung. Bisher hat nur die British Aluminium Co. solche Anlagen errichtet. Schon lange vor dem Kriege nutzte sie in Foyers am Loch Neß den dortigen Wasserfall (ohne Aufstau) aus, und später hat sie in Kinlochleven südlich von Fort William ein Staubecken und eine große Kraftanlage gebaut. Gegenwärtig hat sie in Fort William ein drittes Kraftwerk begonnen, das vom Loch Laggan und Loch Treig aus gespeist werden soll. Eine Verstaatlichung der Kraftquellen des Hochlandes ist bisher nicht ins Auge gefaßt. Im Tiefland wird bisher noch alle elektrische Energie aus Kohlen gewonnen. Die bedeutendsten Elektrizitätswerke sind dort die der Städte Glasgow und Edinburgh sowie die Clyde Valley Electric Power Co., die die Umgebung von Glasgow mit Strom versorgt. Diese letztere hat sich die Konzession zur Ausbeutung der Wasserfälle des Clyde bei Lanark oberhalb von Glasgow erteilen lassen, der größten Wasserkraft, die im Tiefland zur Verfügung steht.

Im südlichen Oberland sind die Möglichkeiten zur Anlage von Wasserkraftwerken nur beschränkt. Die günstigste Gegend dafür ist der Südwesten (Galloway).

Der Kohlenbergbau ist die eigentliche Grundlage der schottischen Wirtschaftsblüte. Die meisten schottischen Industrien, vor allem die Schwerindustrie, würden niemals in Schottland Fuß gefaßt haben ohne die Kohlenlager, die ihnen billige Betriebskraft sicherten. Nur seinen Kohlenschätzen hat es das sonst wenig ergiebige Land zu danken, wenn es trotz seiner so weit nach Norden vorgeschobenen Lage in dem engen Raum des Tieflands eine so dichte Bevölkerung zu ernähren vermag. Kohlenlager finden sich nur im Tiefland. Die Urgesteine des Hochlands und des südlichen Oberlandes enthalten keine kohlenführenden Schichten. Die schottischen Kohlenfelder zerfallen in zwei Gruppen, eine östliche und eine westliche, die beide mit den nordenglischen in keinem Zusammenhange stehen, sondern durch die breite Zone des südlichen Oberlandes von ihnen geschieden sind. Die östliche erstreckt sich von Haddingtonshire unter dem Firth of Forth bis nach Fifeshire hinüber und ist, wie schon erwähnt, hauptsächlich für die Ausfuhr nach den kohlenarmen Gebieten jenseits der Nordsee von Wichtigkeit. Viel ausgedehnter (aber auch schon stärker abgebaut) ist das westliche Vorkommen, das wieder aus zwei Teilen besteht. Der größere von beiden ist das Kohlenfeld von Lanarkshire, auf dem die Glasgower Eisen- und Stahlindustrie sowie der Schiffbau am Clyde beruht. Die Lager reichen nördlich bis nach Stirlingshire hinein, wo die Carron Works liegen, die älteste Hochofenanlage Schottlands, und ein Zipfel greift sogar über den Firth nach der kleinen Graf-



schaft Claokmannan hinüber. Südwestlich von Glasgow scheiden die ausgedehnten Basaltflächen der „Renfrew Uplands“ das Kohlengebiet von Lanarkshire von dem von Ayrshire (Hauptort Kilmarnock). Der Staat und die Eisenbahnen besitzen keine eigenen Kohlengruben, auch sonst sind Großbetriebe die Ausnahme, die mittleren Unternehmungen herrschen vielmehr vor. Die Jahresförderung Schottlands beträgt rund 30 Millionen t, etwa 12 % der Jahresmenge Großbritanniens, zufällig annähernd derselbe Prozentsatz, in dem auch die beiderseitigen Bevölkerungsziffern zueinander stehen.

Westlich von Edinburgh wird seit etwa 1850 Ölschiefer abgebaut und destilliert. Dieser schottische Gewerbezweig hat auf dem Gebiete der Petroleumindustrie Pionierarbeit geleistet, ist aber stets in Gefahr, von jener, die auf seinen Schultern steht, erdrückt zu werden. Denn die Petroleumgewinnung schöpft bisher noch aus dem Vollen und kann daher billiger arbeiten, als der schottische Bergbau, der den Schiefer unter Tage brechen und daraus erst das Rohöl herausschwelen muß. Auch hat man bisher in Schottland für die abgebrannte Schlacke keine rechte Verwendung finden können, sondern stürzt sie auf riesige Halden, die westlich von Edinburgh das Landschaftsbild weithin verunstalten. Daher hat die schottische Ölgewinnung andauernd schwer zu kämpfen und sich bisher kaum bezahlt machen können. Im Jahre 1919 wurden die damals noch übrigen vier Gesellschaften unter Mitwirkung der Regierung zu einem einzigen Unternehmen „Scottish Oils Ltd.“ zusammengeschlossen. Alle Aktien gehören seitdem der Anglo-Persian Oil Co., die auch in Grangemouth eine große Raffinerie für das von ihr eingeführte persische Rohöl errichtet hat.

Auch England besitzt Lager von Ölschiefer, die sich von Norfolk an der Nordsee bis Dorset am Kanal erstrecken. Sie sind nicht nur ausgedehnter, als die schottischen, sondern ihr Ölgehalt ist auch größer. Wenn sie trotzdem nicht abgebaut werden, so liegt das einerseits an ihrem hohen Prozentsatz von Schwefel, andererseits daran, daß die ungünstigen Erfahrungen in Schottland abschreckend gewirkt haben. Die englischen Vorkommen bleiben aber als wertvolle Reserven späteren Zeiten vorbehalten, wenn erst die überseeischen Petroleumquellen nicht mehr so reichlich fließen werden, so daß es leichter sein wird, den Wettbewerb mit ihnen aufzunehmen.

Auf der Kohlengewinnung baut sich die schottische Industrie auf. Auch diese ist fast ganz auf das Tiefland beschränkt. Die Verhältnisse liegen in Schottland also anders, wie z. B. in Deutschland, wo sich gerade in den Mittelgebirgen häufig Hausgewerbe und später Fabriken entwickelt haben. Die schottischen Berge sind rohstoffarm, sie besitzen weder Holz noch Mineralien. Hindernd wirkte auch die Unsicherheit, die dort bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts herrschte sowie die spärliche Besiedelung (die zum Teil künstlich durch Bauern-

legen herbeigeführt worden war). Als einziges Gewerbe war früher hier dort und im Hochlande die Whiskybrennerei vertreten, und erst in diesem Jahrhundert hat die Aluminiumindustrie mit ihren Wasserkraftwerken zuerst wieder einen neuen Gewerbezweig dort eingeführt. Dagegen hat sich im südlichen Oberlande am Tweed aus der dortigen Schafzucht die Wollspinnerei und Weberei entwickelt, die jetzt längst zum Fabrikbetrieb übergegangen ist.

Im Tieflande ist der Hauptsitz der Industrie vor allem das westliche Kohlengebiet (Lanarkshire und Ayrshire). Fast alle Hochöfen sowie Stahl- und Walzwerke liegen dort. Die Kohlenlager an der Nordsee dagegen haben keine Eisen- und Stahlindustrie hervorgebracht, die östlichste Hochofenanlage Schottlands ist vielmehr die der Carron Works in Stirlingshire. Die schottischen Hochöfen werden nicht wie die englischen mit Koks, sondern fast alle mit Schieferkohle (splint coal) beschickt. Sie müssen daher kleiner sein, als die englischen (ein Ofen liefert nur etwa 40 t Roheisen täglich) und arbeiten unwirtschaftlicher. Auch sind die Anlagen veraltet, die meisten kommen aus den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Ein weiterer Nachteil gegenüber England ist der, daß Hochöfen und Stahlwerke sehr oft räumlich getrennt sind. Viele Werke stellen überhaupt keinen Stahl her, sondern verkaufen ihr Roheisen im offenen Markte. So gibt es z. B. in ganz Ayrshire nur Hochöfen, keine Stahl- und Walzwerke. Heute, wo man überall den Fabrikationsprozeß auf jede Weisc abkürzt und das Roheisen womöglich noch flüssig in den Stahlofen und von da rotglühend in das Walzwerk leitet, bedeutet diese Trennung für die schottische Industrie einen nicht zu unterschätzenden Nachteil. Da die Stahlwerke in Schottland vorwiegend für die Bedürfnisse des Schiffbaus arbeiten, ist der Bessemerprozeß wenig im Gebrauch, vielmehr wird fast nur "open hearth steel" hergestellt. Die Werften, die jetzt die Hauptabnehmer der schottischen Eisenindustrie sind, stammen zum Teil noch aus der Zeit der Holzschiffe, ihre eigentliche Blüte kam aber erst mit dem Übergang zum Eisenschiff, da sie nun ihren Baustoff vor der Tür hatten, statt ihn von weither beziehen zu müssen. Der Clyde ist jetzt das größte Schiffbauzentrum der Welt. Die dortigen Werften sind im Stande, eine Million t jährlich vom Stapel zu lassen, etwa ein Drittel der Leistungsfähigkeit von ganz Großbritannien. Wenn man zum Schiffbau alle Betriebe rechnet, die mit den Werften in derselben Produktionskette arbeiten (Fabriken von Kesseln und Schiffsmaschinen, Röhren- und Blechwalzwerke, Stahlwerke, Hochöfen und Kohlengruben), so kann man schätzen, daß im nichtschottischen Industriebezirk ungefähr 50 % aller Arbeiter vom Schiffbau abhängen. Umso schwerer werden diese durch das gegenwärtige Überangebot an Schiffsraum und die dadurch verursachte Dauerkrisis des Schiffbaus betroffen. Der Prozentsatz der Arbeitslosen in Glasgow und Umgebung ist daher etwa doppelt so hoch wie im Durchschnitt des Landes.

Die schottische Schwerindustrie betätigt sich außer im Schiffbau auch noch auf anderen Gebieten. So stellt die mit Vickers zusammenhängende Firma William Beardmore nicht nur Schiffe und Schiffsmaterial her, sondern auch Panzerplatten, Geschütze usw., und die North British Locomotive Co. ist die größte Lokomotivfabrik des Landes. Von sonstigen Industrien Westschottlands sind zu erwähnen die Türkischrotfärbereien am Leven, dem Ausflusse des Loch Lomond, die Nähfadenindustrie von Paisley, die in der ganzen Welt führend ist, die Zuckerraffinerien von Greenock, deren Gründung bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts zurückreicht, die vom Nobeltrust in Ardeer an der Westküste errichtete große Sprengstoffabrik, die Singersche Nähmaschinenfabrik in Clydebank u.a.m. Die in Glasgow und Umgebung vertretenen Industriezweige sind so mannigfaltig, daß es im Rahmen dieser Skizze nicht möglich ist, eine auch nur einigermaßen vollständige Liste davon zu geben.

An der Ostküste ist in Aberdeen, abgesehen von den Fischräuchereien, nur die seit etwa 100 Jahren dort eingeführte Granitindustrie zu erwähnen. Die größte Industriestadt im Osten ist Dundee, wo sich die Spinnerei und Weberei von Leinen und Jute konzentriert hat. Hergestellt werden Sackleinen, Säcke und Segeltuche. Auch die Marmeladenindustrie ist in Dundee besonders stark vertreten. In Dunfermline (Fifeshire) wird Tischleinen angefertigt und in Kirkcaldy Linoleum.

Edinburgh ist keine eigentliche Fabrikstadt. Am meisten tritt dort die Papierfabrikation und Druckerei in den Vordergrund.

Die ersten Anfänge der schottischen Industrie reichen bis etwa in die Mitte des 18. Jahrhunderts zurück, als die Zolleinigung mit England schon längst eine vollendete Tatsache war. Die schottische Industrie ist daher niemals ein in sich abgeschlossenes Ganze gewesen, sie weist vielmehr viele Lücken auf, da sie sich von vornherein als Glied in die gesamtbritische Wirtschaft einzufügen hatte. Sie hatte stets mit der englischen Konkurrenz zu rechnen, vor der sie durch keine Zollmauer geschützt war, so daß es bald zu einer gewissen Arbeitsteilung zwischen beiden kommen mußte. Sehr klar zeigt sich dies beim Textilgewerbe. In der Baumwollindustrie z. B. hat Lancashire fast ein Monopol. Schottland hat dem nichts Ähnliches zur Seite zu stellen, seine eigene Baumwollweberei ist ganz unbedeutend, dafür ist Schottland aber auf dem Spezialgebiet der Nähfadenindustrie führend. Ebenso ist es bei den Wollwaren, wo sich Schottland auf eine bestimmte Art Gewerbe, die „Tweede", beschränkt und alles übrige Yorkshire überläßt. So gut wie konkurrenzlos dagegen ist Schottland dann wieder in der Juteindustrie. Bei der Leinenindustrie ist die Verteilung die, daß Segeltuch aus Dundee und Tischwäsche aus Dunfermline kommen, während die feinen Gewebe in Irland hergestellt werden.

Bei den Gärungsgewerben besteht ein charakteristischer Gegensatz darin,

daß in England, wo Bier das nationale Getränk ist, die Brauerei überwiegt, in Schottland dagegen die Whiskybrennerei. Der nächst der Firma Buchanan-Dewar an zweiter Stelle stehende Whiskytrust, die Distillers Co., hat zugleich für ganz Großbritannien das tatsächliche Hefemonopol.

In der Schwerindustrie ist die Trennungslinie zwar weniger scharf, immerhin ist dort die Eigenart Schottlands deutlich genug durch die zentrale Stellung des Schiffbaus betont. Absolut genommen ist allerdings die jährliche Leistungsfähigkeit des übrigen Großbritanniens mit zwei Millionen Tonnen ungefähr doppelt so hoch, wie die der schottischen Werften, relativ bedeutet aber der Schiffbau für Schottland viel mehr als für England mit seiner achtmal so großen Bevölkerung.

Der Standort der einzelnen Industrien innerhalb Schottlands läßt sich nicht überall wirtschaftsgeographisch begründen. Eine große Rolle spielten früher die Rohstoffe, doch haben sie mehr und mehr an Wichtigkeit verloren. So hatten sich z. B. ursprünglich die Wollindustrie am Tweed und die Leinenweberei in Dundee auf Grund der dortigen Schafzucht und des Flachsbaus entwickelt. Beide Gewerbe sind jedoch inzwischen längst von der heimischen Zufuhr unabhängig geworden und verarbeiten jetzt vorwiegend, wenn nicht ausschießlich, eingeführte Rohstoffe. Die Nähfadenindustrie hat in Paisley einen günstigen Standort, weil die größere Luftfeuchtigkeit in der Nähe der Westküste das Spinnen feinerer Garnnummern erleichtert. Die Eisenindustrie bevorzugt in Schottland wie überall die Nähe der Kohlenlager. Ursprünglich wurde außerdem auch Eisenerz in der Nachbarschaft der Kohlen abgebaut. Jetzt arbeiten die Hochöfen schon lange überwiegend mit überseeischen Erzen. Der Schiffbau wiederum folgte den Eisen- und Stahlwerken und siedelte sich deswegen vor allem am Clyde an, weniger dagegen im Osten, wo die Eisenindustrie fehlt, der Lokomotivbau konnte in Glasgow an die dortige Fabrikation von Schiffskesseln und Schiffsmaschinen anknüpfen. Die Aluminiumindustrie braucht billige Wasserkräfte, die sie im Hochland reichlich antrifft. Die Einbürgerung der Juteindustrie in Dundee erklärt sich dadurch, daß man in der Jute einen billigen Ersatzstoff für die am gleichen Orte gewebte Sackleinwand fand. Daß die Zuckerraffinerien gerade in Greenock errichtet wurden, liegt wohl daran, daß im 18. Jahrhundert die aus Westindien kommenden Segelschiffe den Clyde nicht weiter hinauffahren konnten. Bei großen Industriebezirken, wie z. B. Glasgow, wirkt schließlich ein gewisses Gesetz der Schwerkraft durch, sie ziehen immer neue Fabrikationszweige an, weil dort die meisten Vorbedingungen schon vorhanden sind, die anderswo erst geschaffen werden müßten.

Ganz große Unternehmungen sind in Schottland selten, immerhin haben sich im Laufe der Zeit einige herausgebildet, so die North British Locomotive Co., die Whyskytrusts Buchanan-Dewar, Distillers Co., John Walker, die Jute-Industrie



Ltd., die Eisenwerke Baird & Co. u. a. m. Mitunter war diese Vertrustung (ähnlich wie bei den Eisenbahnen- und Schiffahrtsgesellschaften) mit dem Übergang in englische Hände verbunden. So gehört jetzt das große Stahlwerk David Colville & Sons zu dem Konzern von Harland & Wolff, Belfast, während an diesem wiederum die Firma John Brown in Sheffield beteiligt ist; das Stahlwerk William Beardmore steht in enger Verbindung mit Vickers Ltd., von den schottischen Schieferölwerken (Scottish Oils Ltd.) befinden sich, wie schon erwähnt, alle Aktien in den Händen der Anglo-Persian Oil Co. u. s. w. In den meisten Fällen handelt es sich dabei um eine „horizontale Vertrustung“, d. h. den Zusammenschluß gleichartiger Unternehmungen, so bei Whisky, Nähgarn, Jute, Öl, mitunter aber auch um die vertikale Zusammenschmiedung einer ganzen Produktionskette. Dies ist vor allem der Fall bei der Eisen- und Stahlindustrie und im Schiffbau. Damit das fertige Schiff entsteht, müssen Kohlengruben, Hochöfen, Stahlwerke, Walzwerke, Maschinenfabriken und Werften zusammenwirken. Früher waren alle sechs Glieder dieser Reihe fast stets getrennt, die Tendenz geht aber unverkennbar dahin, die verschiedenen selbständigen Fabriken dieser Reihe zu bloßen Abteilungen innerhalb eines einzigen Unternehmens zu machen. Kohlengruben und Hochöfen gehören jetzt schon ausnahmslos zusammen, ebenso meistens die Stahl- und Walzwerke sowie schließlich die Fabriken von Schiffsmaschinen und die Werften. Es gibt aber immer noch manche Werften, die ihre Maschinen nicht selber herstellen, und ebenso sind z. B. die Röhrenwalzwerke noch darauf angewiesen, ihren Stahl im offenen Markte zu kaufen. Von den schottischen Hochöfen verarbeitet bisher höchstens die Hälfte ihr Roheisen zu Stahl, und ebenso ist es auf der anderen Seite noch eine Ausnahme, daß eine Werft ihren Schiffbaustahl in eigenen Stahl- und Walzwerken herstellt.

Die verschiedenen Zwischenprodukte sind also in Schottland noch vielfach Handelsartikel geblieben, während in anderen Ländern die Industrie danach strebt, ihre Rohstoff- und Halbfabrikate aus eigenen Betrieben zu beziehen und erst das letzte Endprodukt des Fabrikationsprozesses auf den Markt zu bringen.

Die schottische Industrie ist im wesentlichen eine Ausfuhrindustrie, sie arbeitet nicht ausschließlich oder vorwiegend für den inneren Markt, sondern hat als Absatzgebiet ganz Großbitannien und seine Kolonien sowie womöglich das Ausland im Auge. Die meisten schottischen Erzeugnisse (Granit, Kohlen, Roheisen, Schiffe, Lokomotiven, Aluminium, Chemikalien, Jutewaren, Wollstoffe, Nähfaden, Marmelade, Whisky, Salzheringe) werden in großen Mengen ausgeführt, und bei vielen überwiegt die Ausfuhr weitaus den heimischen Verbrauch. Schottland ist zu dieser Ausfuhr gezwungen, wenn es seine überschüssige Bevölkerung ernähren und die eingeführten ausländischen Rohstoffe bezahlen will. Daß Ausfuhr und Einfuhr sich gegenseitig bedingen, war bis in die neueste Zeit hinein fast ein

Glaubensartikel in Schottland. Das Land war daher überwiegend freihändlerisch gesinnt, und erst jüngst haben unter dem Druck der andauernden Absatzkrise auch schutzzöllnerische Neigungen in Schottland an Boden gewonnen.

Was den schottischen Außenhandel anbetrifft, so ist die Ausfuhr oben bereits erwähnt. Die Einfuhr besteht teils aus Nahrungsmitteln (Weizen, Zucker, lebendem Vieh, Gefrierfleisch), da die schottische Landwirtschaft nur einen kleinen Teil der Bevölkerung ernähren kann, teils aus Rohstoffen und Hilfsstoffen für die schottische Industrie, wie Eisenerz (aus Spanien und Marokko), Grubenhölzern (aus Osteuropa), rohem Petroleum, Schiffbaustahl für die Werften, Rohaluminium, Kork, Jute, Baumwolle, Flachs, Wolle usw.

Die wichtigsten Ausfuhrwaren, die heute aus Schottland nach Deutschland gehen, sind Kohlen, Roheisen und Heringe. Wenn es auch durch statistische Zahlen nicht zu belegen ist, so kann man doch annehmen, daß die Handelsbilanz zwischen Schottland und Deutschland zugunsten des ersteren steht, während in England das Verhältnis normalerweise umgekehrt zu sein pflegt.

Im Bankwesen bestehen zwischen England und Schottland die größten Verschiedenheiten. Der englische Bankbetrieb hat sich immer mehr in London konzentriert, wo sich für die verschiedenen Zweige des Bankgeschäftes eine Reihe von Typen entwickelt haben, die fünf großen Riesenbanken, eine Anzahl mittlerer Aktienbanken und Privatbankiers (die allerdings neuerdings nach und nach von den „big five" aufgesaugt werden), die Kolonialbanken, Überseebanken usw. Über allen steht „the bankers bank", eine einzige Zentralnotenbank, die Bank von England. Der Umlauf der wenigen sonstigen Banken, die noch ein Notenausgaberecht besitzen, kommt daneben gar nicht in Betracht. Ganz anders ist das Bild in Schottland. Dort gibt es nur einen einzigen Typ, die Notenbank, von denen sich noch acht erhalten haben. Die älteste von ihnen, die Bank of Scotland, ist schon 1695 gegründet, also um ein Jahr jünger als die Bank of England, sie hat aber nicht wie diese, irgend ein Vorrecht gegenüber den anderen Banken. Früher konnte vielmehr jede schottische Bank ohne weiteres Noten bis zu einem Pfund hinunter ausgeben, und zwar ohne Metalldeckung. Erst im Jahre 1845 setzte Sir Robert Peel seine Bankakte durch, wonach in Schottland keine neuen Notenbanken mehr errichtet werden durften. Die bestehenden behielten zwar alle das Recht, ungedeckte Noten auszugeben, aber nur in der Höhe ihres damaligen Umlaufes. Für darüber hinausgehende Beträge mußte in Zukunft Metalldeckung vorhanden sein. Dieses Gesetz verschaffte den damals vorhandenen schottischen Notenbanken eine Monopolstellung und zugleich Unabhängigkeit von London. Die schottischen Notenbanken beherrschen seitdem das Feld in Schottland allein. Sie betreiben neben der Notenausgabe auch sämtliche sonstigen Bankgeschäfte, haben überall im Lande Zweigstellen errichtet und lassen keine andere Art von Bank neben sich aufkommen.



Seit dem Kriege hat sich die Lage der schottischen Banken wesentlich geändert, vor allem dadurch, daß die Regierung Schatzscheine (treasury notes) in Höhe von 1 £ und 1/2 £ ausgegeben hat, die überall, auch in Schottland, umlaufen und vom Publikum ebenso gern genommen werden, wie die Banknoten. Die Treasury notes gelten als „legal tender" und können von den Banken als Deckung für ihre Noten verwandt werden. Seitdem halten die schottischen Banken nur ganz geringe Goldbestände, fast alles Gold befindet sich vielmehr seit dem Kriege in den Tresors der Bank of England. Die wichtigste Änderung aber ist wohl die, daß in den letzten Jahren die fünf Londoner Großbanken begonnen haben, sich in Schottland festzusetzen. Drei von ihnen haben bereits vier schottische Notenbanken aufgekauft, und den zwei in Schottland noch unvertretenen Londoner Großbanken wird es vermutlich ebenfalls gelingen, sich eine oder die andere der noch unabhängigen vier schottischen Institute anzugliedern. Die Selbständigkeit des schottischen Bankwesens dürfte daher bald ganz aufhören und seine völlige Verschmelzung mit dem englischen ist nur noch eine Frage der Zeit.

In auffallendem Gegensatze zu diesem unaufhaltsamen Zusammenwachsen auf wirtschaftlichem Gebiete steht der neuerdings immer schärfer hervortretende Zug zur politischen Dezentralisation. Die 1707 durchgeführte Union zwischen den beiden bis dahin völlig getrennten Königreichen England und Schottland hatte seinen Grund gerade in wirtschaftlichen Erwägungen. Die Schotten erreichten dadurch den freien Handel und die völlige Gleichstellung mit den Engländern in England und den englischen Kolonien, die ihnen bis dahin versagt gewesen war. Trotzdem blieben die beiden Länder noch lange wirtschaftlich getrennt, und auch die politische Einigung machte sich in Schottland wenig fühlbar, da die alten Gesetze einstweilen erhalten blieben und nur wenige neue dazu kamen. Als aber die Eisenbahnen im neunzehnten Jahrhundert die bis dahin getrennten Nachbarländer mehr und mehr zu einem einzigen Wirtschaftsgebiet verschmolzen und andererseits eine umfangreiche Gesetzgebung einsetzte, erwies es sich bald als unmöglich, die bisherige Zentralisation ungemildert aufrecht zu erhalten und bei den so vielfach anders gearteten Verhältnissen Schottlands jede Einzelheit von London aus zu regeln. Es wurden daher in den letzten fünfzig Jahren verschiedene schottische Behörden (Education Department, Fishery Board, Board of Agriculture, Board of Health) geschaffen und einem besonderen Staatssekretär für Schottland unterstellt. Dabei handelt es sich indessen keineswegs um eine eigentliche Selbstverwaltung. Jeder penny, den diese Behörden ausgeben, muß vom Parlament in London bewilligt werden, und ferner muß der Staatssekretär nach dem englischen parlamentarischen System stets der regierenden Partei angehören, auch, wenn diese in Schottland in der Minderheit geblieben sein sollte. Das jetzige System, wonach jede, auch die kleinste Angelegenheit, wenn sie über die Zuständigkeit

der Gemeinden und Grafschaften hinausgeht, in London erledigt werden muß, bleibt jedoch sehr unbequem und belastet außerdem das Parlament und das Kabinett ungebührlich. Der Ausbau der schottischen Behörden zu einer wirklichen Selbstverwaltung wird zweifellos einmal kommen, wenn sich auch ein bestimmter Zeitpunkt dafür nicht genau vorher sagen läßt. Politische Selbständigkeitsbestrebungen, denen der irische Freistaat als Muster vorschwebt, sind zwar auch in Schottland hier und da vorhanden, sie sind aber aussichtslos, da die Schotten niemals darauf verzichten werden, in Westminster mitzusprechen. Die Home Rulefrage ist daher in Schottland nur eine administrative, keine politische Angelegenheit.

Auch in ihren Beziehungen zu Deutschland zeigen Schottland und England einen interessanten Gegensatz. London hat von jeher eine nicht unbeträchtliche deutsche Kolonie beherbergt. Im Mittelalter hatten die Hanseaten dort ihren Stahlhof, und später zogen die hannoverschen Könige manche deutschen Zuwanderer nach sich. Auf der anderen Seite war der Zuzug von Engländern nach Deutschland niemals erheblich. Die Schotten dagegen haben von ihren Nordseehäfen aus durch das ganze Mittelalter Deutschland des Erwerbes halber aufgesucht, und zwar war ihr Ziel weniger der ihnen benachbarte deutsche Nordwesten, als vielmehr die Ostsee, insbesondere das Gebiet des ehemaligen deutschen Ordens, wo noch heute Nachkommen von ihnen leben. Womit sie Handel trieben, zeigt das Wort „spruce“, das „preußisch“ bedeutet und auf Leder und Fichtenholz angewandt wird. In welcher Schätzung Preußen damals stand, geht daraus hervor, daß „land of spruce“ sogar in der Bedeutung „Schlaraffenland“ gebraucht wurde. Umgekehrt fühlten sich deutsche Zuwanderer damals nicht nach Schottland hingezogen. Erst von der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts an wurde dies anders. Seitdem besteht zwischen Schottland und England keine wesentliche Verschiedenheit mehr. In beiden Reichsteilen lebten bis zu dem Kriege eine nicht unbeträchtliche Anzahl von deutschen Kaufleuten, Handwerkern, Gastwirten, Kellnern, Bergleuten usw., die seit 1914 bis auf ganz geringe Reste verschwunden sind.

WALTHER KÜHN:

ENGLÄNDER UND BELGIER IM KAMPFE UM DIE VORHERRSCHAFT IN DER AUSBEUTUNG DER KUPFERSCHÄTZE KATANGAS

Auf S. 234 ff. dieser Zeitschrift hat mein hochverehrter Lehrer Geh. Rat Hans Meyer die wirtschaftliche Überfremdung der beiden portugiesischen Kolonien Angola und Moçambique durch die Engländer dargelegt. Sie beruht einerseits auf der Schwäche der portugiesischen Kolonisation, verbunden mit dauerndem Geldmangel; auf der anderen Seite ist die Schwellenlage, besonders Moçambiques, ausschlaggebend für den starken Einfluß der Engländer, denen das Hinterland gehört.

Es sind zwei alte Wahrheiten, daß Gebiete, die fern von den großen Linien des Weltverkehrs inmitten eines Kontinentes liegen, wirtschaftlich nur gehoben werden können, wenn sie durch Eisenbahnen Anschluß an dieses Verkehrsgetriebe erhalten, ferner aber auch, daß nur die das Land wirtschaftlich beherrschen, die diese Verkehrswege in der Hand halten. Seit langem nun sind diese beiden Wahrheiten von den Engländern beherzigt worden, wie in unserem Falle der Bau der Beira- und Benguellabahn zeigt. Ihr Entschluß zum Bau dieser Bahnen ist aber nicht zuletzt durch die hohen wirtschaftlichen Aussichten des Gebietes gefördert worden, das ihnen zwar heute noch nicht gehört und in das vorerst nur die Beirabahn mit ihrem letzten Ende hineinragt: Katanga. Diese erzreiche Südostecke der belgischen Kongokolonie an der Kongo-Sambesi-Wasserscheide ist dadurch ein Land stärksten wirtschaftlichen Kampfes zwischen Engländern und Belgiern geworden. Es wird am Schlusse dieser Zeilen nicht schwer fallen, den Sieger in diesem Kampfe vorauszusagen.

Unter Katanga soll im folgenden der Einfachheit halber in Abweichung von der belgischen Bezeichnungsweise, die unter Katanga die ganze Südostprovinz der Kolonie mit einem Flächeninhalt größer als das Vorkriegsdeutschland versteht, nur das Gebiet längs der Wasserscheide (im allgemeinen über 1200 m hoch) verstanden werden (Haut-Katanga der Belgier). —

Wer mit dem schnellen Flugzeug über das gewaltige Gebiet des tropischen Afrikas dahineilen könnte, dem müßte aus der Monotonie riesiger, in allen Abtönungen zwischen dunkelgrün und gelbrot leuchtender Farben sofort das erzreiche Katanga als der Punkt stärksten europäischen Eingriffes in die Landschaft auffallen. Wo hier vor einigen Jahrzehnten das Leben der Natur, noch unbeeinflußt von der spärlichen Bevölkerung und unberührt von dem alles umgestaltenden Europäer, sich rein nach den Gesetzen der kausalen Wechselwirkungen vollziehen konnte, da werden heute Erzhügel abgegraben und an anderer Stelle Halden neu aufgeschüttet, da wird heute der Wald niedergemacht, um Raum zu gewinnen für die Bauwerke des Menschen: Wohnhäuser für eine immer mehr wachsende Be-

Bestehende Eisenbahnlinien
Geplante " " "
Bestehende Fluss- und Seeschiffahrtslinien
Hauptverbreitungsgebiet des Kupfers
K Kohlevorkommen.
Masstab 1:1 Million

völkerung, Hochöfen und andere Anlagen der Verhüttungsindustrie für eine immer sich steigernde Kupfergewinnung.

Aus den Riesenzahlen über den Kupferreichtum Katangas, mit dem die Belgier einst hofften, den Kupferbedarf der ganzen Welt decken und wirksam auf den von den Amerikanern angegebenen Kupferpreis drücken zu können, sind doch in den letzten Jahren Zahlen geworden, die hinter denen der Kupfererzlagerstätten von



Nordamerika oder Chile weit zurückstehen. Gewiß kamen in Katanga im „eisernen Hut" lokale Anreicherungen von 30—40% vor. Aber Erze dieses Gehaltes sind jetzt nicht mehr zu finden, nachdem sie einmal von den Eingeborenen, die ja seit langer Zeit schon die Kupfergewinnung betrieben, andererseits aber auch von den Europäern in den ersten Jahren im Raubbau dem Hochofen zugeführt worden waren. Trotzdem ist mit 6—8%, wie die neueren Zahlen lauten, der Reichtum Katangas noch ein großer zu nennen. Ein solch hoher Prozentsatz, der hier überhaupt den Abbau erst lohnend macht, wird auf der ganzen Erde nicht wieder erreicht (die amerikanischen Minen führen höchstens 5%, Rio Tinto 3%, Mansfeld 1—2%). Beim Vergleich der absoluten Mengen muß allerdings Katanga hinter den amerikanischen Minen zurückstehen (insbesondere hinter den nordchilenischen, aber auch hinter denen von Montana, Arizona und Keweenaw).

Die Kupfererzgewinnung in Katanga, die seit 1910 im Gange ist, erfolgt im Tagebau. Das bedeutet einen großen Vorteil, denn auf allen anderen Kupfererzlagerstätten der Welt muß das Kupfererz aus tiefen Schächten herausgeholt werden, so z. B. in Keweenaw aus 1800 m Tiefe. Ob sich die Kupfererzgewinnung in Katanga bei Tiefbau und — wie vermutet wird — geringerem Prozentgehalt noch lohnen wird, muß erst die Zukunft lehren.

Die Kupferproduktion Katangas ist seit Beginn stetig gewachsen bis auf 43000 t im Jahre 1922 (= 6—7% der Weltproduktion). Während alle anderen Kupferminen der Erde nach einem gewaltigen Aufschwung im Kriege von 1918 ab infolge Überproduktion immer weniger förderten, ging die Entwicklung Katangas dauernd nach oben. Die Erklärung bietet einmal die Unabhängigkeit von dem produktions- und preisgestaltenden amerikanischen Kupfermarkte, denn Katanga liefert sein ganzes Kupfer nach England; ferner aber auch die Tatsache, daß es in Katanga gegenüber der allgemeinen Preissteigerung auf der ganzen Welt gelungen ist, die Gestehungskosten trotz der großen Entfernung von den europäischen Verarbeitungszentren durch den hohen Prozentgehalt, den Tagebau und seit 1919 teilweise Verwendung eigener (Katanga)-Kohle dauernd niedrig zu halten. Vorher mußte die gesamte Kohle zum Verhütten von dem über 1000 km entfernten rhodesischen Kohlevorkommen bei Wankie geholt werden. Wieviel jetzt noch eingeführt wird nach Katanga, entzieht sich meiner Kenntnis. Die Verhüttung erfolgt, um die Transportkosten auf ein Minimum zu bringen, in Katanga an Ort und Stelle. Die Flußmittel (Kalkstein, Eisenkies) sind fast unmittelbar zur Hand.

An den erzfördernden Gesellschaften ist englisches Kapital zu einem großen Teil beteiligt, die Verhüttungsindustrie arbeitet fast völlig mit englischem Gelde, und natürlich ist ebenso der ganze Transport in englischen Händen. Vor dem Krieg wurde das gewonnene Kupfer an eine deutsche Firma geliefert, und auch die Verschiffung erfolgte von Beira aus mit der deutschen Woermannlinie.

Mit Beginn des Krieges haben sich die Engländer sofort auch hier an die Stelle der Deutschen gesetzt.

Hinter dem Kupfer treten alle anderen Metalle, soweit sie in Spuren oder auch abbauwürdigen Mengen (z. B. Zinn) nachgewiesen worden sind, weit zurück. Eine gewisse wirtschaftliche Bedeutung kommt aber Katanga noch insofern zu, als das ganze Gebiet längs der Kongo-Sambesi-Wasserscheide, soweit es über 1200 m hoch liegt, sich für Europäersiedelungen eignet und auch die Viehzucht gestattet, wenn erst einmal der Tsetse in den Rand- und Nachbargebieten noch energischer zu Leibe gegangen wird, wozu Anfänge schon gemacht sind. Aber dieser letztere Gesichtspunkt ist für die wirtschaftliche Durchdringung und die Begehrungsgelüste der Engländer keineswegs maßgebend gewesen, denn sie brauchen keine Siedelungskolonie. Es ist also nur das Kupfer gewesen, was die Augen der Engländer auf Katanga lenkte. Und mit dem Bau der Bahnen, also der Zu- und Abfuhrwege, setzen sie dieses ihr sonst vage und aussichtslose Begehren um in erfolgreiche, zunächst nur wirtschaftliche Vorstöße, die in den Bahnen eine gute Rückenversteifung besitzen.

„Ohne Eisenbahn ist der Kongo keinen Penny wert". Dieses Wort Stanleys auf der Berliner Konferenz 1885 gilt für keine Provinz des $2^1/_3$ Millionen qkm großen Gebietes mit größerem Rechte als für das so zentral gelegene Katanga. Aber noch lange 25 Jahre mußte es warten, bis es durch den Schienenstrang in das pulsierende Leben des Weltverkehrs einbezogen wurde. Zum größten Schmerze aller Belgier kam dieser Anschluß von Süden her, von den gefürchteten Engländern; viel lieber hätte man in Belgien einen Weg von der Kongomündung nach Katanga durch eigenes Gebiet gesehen. Dieses Bestreben, unbedingt einen „nationalen" Weg zu haben, ließ sie denn auch den "Transcongolais" mit relativ großer Schnelligkeit ausbauen, so daß er 1910 nur wenig später als die Beirabahn fertig wurde.

Ganz anders wie die Belgier dachte ein Engländer namens Robert Williams, der seit 1910 die Seele und die treibende Kraft in der wirtschaftlichen Entwicklung Katangas genannt werden muß. Ihm kam es nur darauf an, den schnellsten und billigsten Transportweg nach der Küste zu finden, ohne Rücksicht auf territoriale Zugehörigkeit. Als 1906 die Bahn von Kapstadt her den Sambesi erreicht hatte und auch die Querverbindung nach Beira fertig war, bestanden keine nennenswerten Hindernisse mehr, den Schienenstrang bis nach Katanga vorzutreiben. 1910 war die 2600 km lange Linie von Beira bis zur Hauptstadt Katangas, Elisabethville, vollendet. Nur wenig später wurde der "Transcongolais" fertig. 1915 war dann mit der Vollendung der deutsch-ost-afrikanischen Zentralbahn ein dritter Weg nach Katanga hergestellt. Im Bau ist zur Zeit neben der Benguellabahn, wenn man den Angaben der Belgier glauben darf, noch eine direkte Verbindung von der Kongomündung nach Katanga, die in ziemlich gerader Linie



verlaufen soll. Man ersieht daraus, daß der Ehrgeiz der Belgier immer noch nicht zur Ruhe gekommen ist: Sie wollen eben einen eigenen "nationalen" Weg haben.

Der Vergleich aller dieser schon bestehenden oder im Bau befindlichen Verkehrswege nach Katanga ergibt zunächst, daß der "Transcongolais" wegen seiner Länge von 4000 km und seiner Beschwerlichkeit (siebenmaliges Umladen zwischen Wasser- und Schienenwegen) und die Bahn nach Kapstadt ebenfalls wegen ihrer Länge von 3800 km praktisch nicht in Frage kommen. Daran wird auch eine Verfügung des belgischen Generalgouverneurs vom April 1923 nicht viel ändern, wonach wegen des Tiefstandes der belgischen Valuta alle Regierungstransporte, die bisher über Beira in einem Monat gingen, von nun an über den "Transcongolais" in zwei bis drei Monaten zu gehen haben. Die beiden weiteren schon bestehenden Wege, die Beirabahn und die Bahn über Daressalam werden einander keine Konkurrenz machen. Die letztere wird bei vier Umladungen (zwei Wasserstrecken) und einer Gesamtlänge von 2600 km gegenüber der ersteren mit 2600 km (nach einer geplanten Verkürzung sogar nur 1650 km) nicht ihren Einfluß bis in das Minengebiet ausdehnen können. Sie wird nur für das östliche Kongobecken unter Ausschluß Katangas in Frage kommen. Ihren großen Wert haben auch die Belgier erkannt, denn sofort nach der Aneignung Deutsch-Ost-Afrikas durch die Engländer haben sie sich von ihren Bundesgenossen besondere Transportrechte zugestehen lassen, z. B. die zoll- und kontrollfreie Durchfuhr aller Waren durch Daressalam, Vorzugstarife usw. Allerdings ist der kongolesischen Ausfuhr über diesen Weg bisher der niedrige Stand des belgischen Franken sehr hinderlich gewesen. Der Transit ist deshalb wegen der hohen Frachtkosten nur ein geringer gewesen.

In ernsten Wettbewerb mit der Beirabahn wird die Benguellabahn treten — wenn sie erst einmal fertiggestellt sein wird. Sie wird mit ihrer Länge von nur 2000 km auch dann noch konkurrenzfähig sein können, wenn die Beirabahn auf 1650 km verkürzt sein wird, da die Seefracht von Europa nach der Lobitobucht, dem Ausgangspunkt der Benguellabahn, 16—18 Tage kürzer ist als nach Beira. Vielleicht werden beide Linien nebeneinander bestehen und sich rentieren können: Die Erzausfuhr aus Katanga wird wohl ihren Weg über die Benguellabahn nehmen, aber andererseits kommt die Bahn nach Süden für die Einfuhr von Kohle, Lebensmitteln und Industrieerzeugnissen aus Rhodesien und dem mächtig aufstrebenden Südafrika in Frage.

Welchen Einfluß die angeblich jetzt begonnene „Bas-Congo-Katanga"-Bahn, deren Vollendung allerdings erst in sehr weiter Ferne zu erwarten ist, auf die Güterbewegung nach und von Katanga ausüben wird, ist noch nicht abzusehen. Es ist sogar wahrscheinlich, daß sie keine Einwirkung hat; denn ihre Frachtkosten müssen bei einer Schienenlänge von etwa 2400 km sehr hoch werden, da ihr Bau durch ein riesiges Urwaldgebiet und über zahlreiche Flüsse hinweg ge-

waltige Summen verschlingen wird, deren Verzinsung hohe Tarife erfordert. Ihre Hauptbedeutung wird sie in der Aufschließung der volk- und produktenreichen Gebiete am Kasai und seinen Nebenflüssen haben. Von hier dürfte Katanga in Zukunft auch eine Versorgung mit Arbeitskräften und Lebensmitteln zu erwarten haben.

Bei der fast vollkommenen Monopolstellung, die die Beirabahn in jeder Art der Verbindung nach und von Katanga besitzt, ist es nicht verwunderlich, daß sie Katanga handelspolitisch an Südafrika kettet. Durch die Anlehnung Katangas in breiter Front an die Kongo-Sambesi-Wasserscheide von Norden her könnte man zwar meinen, daß diese für Katanga einen starken Rückhalt bilden und dadurch diese Provinz eng an die Kongokolonie anschließen würde. Dem ist aber nicht so. Das Gesicht Katangas ist vielmehr vollkommen nach Süden gerichtet und der eigenen Kolonie gerade abgewendet. Einer der Hauptgründe dafür ist — neben der unerschöpflichen, eroberungslustigen Volks- und Kapitalkraft Englands und Südafrikas — die leichte Überschreitbarkeit der Wasserscheide, über deren sanftgewellte, breite Plateaus schon mehrfach Völkerbewegungen und Handelsbeziehungen (in meridionaler Richtung und senkrecht dazu) ihren Weg genommen haben. Hinzu kommt, daß der undurchdringliche Urwald und der kataraktenreiche Kongo nach Norden hin den Ausbau irgendwelcher Verkehrswege sehr erschweren, wodurch die Isolierung Katangas von der Kolonie noch mehr begünstigt wird. Es hat also eine typische Randlage und zwar in zweifacher Hinsicht: Auf der politischen Karte zeigt es eine Randlage mit Abhängigkeit von der eigenen Kolonie. Auf der Wirtschafts- und Verkehrskarte dagegen liegt es im Randgebiet der südafrikanischen Interessensphäre und ist in weitgehendem Maße von ihr abhängig.

Den englischen Einwirkungen auf Katanga kommt ferner noch zugute, daß, kolonialpolitisch gesprochen, Südafrika schon ein altes vorgeschrittenes Kulturland ist, das eine energische Eisenbahn- und Besiedelungspolitik betreibt (z. B. steht seine Bahndichte schon über der Norwegens). Gegenüber den natürlichen Vorteilen der südafrikanischen Firmen: geringe Spesen, kurze Lieferungszeit, direkte Bearbeitung ihrer Kunden in Katanga konnten alle noch so großen Begünstigungen, die seitens der belgischen Regierung dem belgischen Handel eingeräumt wurden, diesem noch keinen ausschlaggebenden Einfluß verschaffen.

Die eigentümliche Lage Katangas mit der zwar natürlichen, aber ungünstigen und keinen Schutz gegen Einfälle gewährenden Grenze im Süden längs der Wasserscheide bildete für die Kongokolonie von jeher eine dauernde Gefahr gegenüber den englischen und südafrikanischen Annexionsgelüsten. Und diese Gefahr wird drohend für die Belgier auch weiter bestehen bleiben, denn das Leben Katangas pulsiert im Rhythmus des englischen und südafrikanischen Wirtschaftslebens. „Le Katanga est une province commerciale de l'Afrique australe", so müssen auch die Belgier, wenn auch bitteren Herzens, immer wieder selbst bekennen.



ROWLAND-KALLING:
ERLEBNISSE AUF SUMATRA

Sumatra, eine der größten Inseln der Erde, ist ihrer Lage nach so gut bekannt, daß ich darauf nicht eingehen brauche. Man gelangt dorthin entweder mit Dampfern der zwei großen holländischen Linien, die auf der Reise nach Batavia einen oder den anderen der größeren Häfen von Sumatra anlaufen; oder über Singapore oder Penang, die einen regelmäßigen Pendeldienst nach Sumatra, Java und Borneo im Anschluß an verschiedene Linien von und nach Europa unterhalten. Der Norddeutsche Lloyd, der Zweiglinien von beiden Häfen aus hatte, war vor dem Kriege wohl die beliebteste von allen Linien.

Der Einfluß Europas setzte zuerst an der Westküste Sumatras ein. Das Rückgrat von mächtigen Bergen, teilweise noch lebenden Vulkanen, das sich durch die ganze Länge der Insel zieht, tritt dicht an die Küste heran, bildet durch kurze westliche Ausläufer mehrere vorzügliche Häfen, wirkt aber zugleich als ein trennender Wall zwischen diesen und dem entfernteren Hinterlaud — auf beide entwickelungshemmend.

Die Erschließung der ungleich ausgedehnteren Ostküste begann erst zwei Jahrhunderte später in dem Sultanat Deli, wo vor etwa 60 Jahren unternehmungslustige Pflanzer, meist Deutsche und Schweizer, eine Industrie schufen, die für das Land mehr getan hat als in vielen Ländern Gold- und Diamantenfunde. Von hier stammen die berühmten Zigarrendeckblätter, die noch kein anderes Tropenland in gleicher Güte hat hervorbringen können.

Der fast zu einer Kunst entwickelte Tabakbau hat sich nie weiter nach Norden als Langkat, und nach Süden bis an den Asahanfluß ausgedehnt. Aber seit dem großen "Rubber-Boom", der Hochkonjunktur von Kautschuk von 1910, hat sich diese neue Industrie energisch auf alles für Tabak weniger geeignete Land zunächst in Deli selbst geworfen und zur raschen Aufschließung des ganzen Gebietes zwischen den Bergen und dem Meere wesentlich beigetragen. Nach Süden zu hört die Massenentwicklung der Kautschukplantagen am Asahanflusse auf; weiter südlich trifft man nur mehr größere Gruppen von Pflanzungen am Unterlauf der für die Bildung dieser unwegsamen Alluvialregion verantwortlichen großen Ströme. Die ungeheuren Ländereien zwischen dem Gebirge und den Gewässern des malayischen Archipels sind nur spärlich bevölkert und abseits von den Flußläufen kaum bekannt. Nur im äußersten Süden, gegenüber dem von Menschen überfließenden Java, wieder ein begrenzter Pflanzungsdistrikt, der es aber trotz seiner in jeder Beziehung günstigen Lage nicht annähernd so weit gebracht hat wie Deli.

Die Verkehrsmittel sind in Sumatra noch so ungleich und spärlich verteilt, daß

man bei größeren Entfernungen nie über Land reist, sondern die Dampfer benützt, die in entgegengesetzter Richtung die Insel umkreisen. Nur Deli kennt einen modernen Eisenbahnverkehr; von Medan, der Tabak- und Kautschuk-Metropole, sind Hauptlinien nach Norden bis Sabang, nach Süden bis an den Asahanfluß vorgetrieben worden; eine vorzügliche, vollkommen europäisch verwaltete Normalspurbahn. Auch was andere Verkehrswege betrifft, ist Deli nicht nur Sumatra, sondern vielen Ländern in Europa voraus; das vielverzweigte Straßennetz ist musterhaft angelegt und gehalten — bei dem tropischen Regenfall eine nicht zu unterschätzende Leistung — und hat viel dazu beigetragen, daß das Automobil in kurzer Zeit das Hauptverkehrsmittel geworden ist. Eine Automobilstraße läuft jetzt von Medan bis an die Nordspitze, wo der natürliche Hafen von Sabang sogar dem alten Singapore einige Konkurrenz macht; eine gleich gute nach Süden bis an den Bilafluß; die übrigen 1200 km bis an die Sundastraße sind sozusagen ohne Landverbindungen. Eine ganz neue Straße läuft von Deli, resp. von der Endstation der einzigen Zweigbahn, Siantar, nach Südwesten, in das Bergland der Bataks, am Ost- und Südufer des wunderbaren Tobasees entlang und jenseits durch zerrissene Randgebirge wieder hinab an die See, die sie bei dem malerischen Hafen von Sibolga erreicht. Von diesem aus kann man per Automobil 1000 km weit bis nach den Hafenstädten Padang und Benkoelen gelangen; eine Motorfahrt bis an die Südspitze der Insel und im Trajektboot nach Java wird in wenigen Jahren möglich sein. Von der alten Stadt Padang aus läuft ein Strang neben einer kurzen Bahn in die Berge, wo das Städtchen Fort de Kock als Höhenkurort, und Redjang Lebong und Savah Loentoe als ertragsreiche Gold- und Kohlenminen sich einen Namen gemacht haben. Wer aber von hier an der breitesten Stelle nach Osten zu die Insel durchqueren will, muß das entweder in vielen wochenlangen Märschen durch kaum bewohnte Gegenden oder zu Boot über Dutzende von Wasserfällen und Stromschnellen hinweg tun — eine mühevolle und nicht ungefährliche Reise, die hier und da ein Beamter dienstlich, aber nie jemand zum Vergnügen unternimmt.

Als Verkehrswege kommen noch die drei größten Ströme von Südostsumatra in Betracht; der Indragiri, Djambi und Palembang, auf welchen man mit den Ozeandampfern von Singapore her bis über 100 km weiter stromaufwärts fahren kann. Ruder- und Motorboote findet man auch auf anderen Flüssen der Ostküste, von denen der Asahan volkswirtschaftlich einmal die größte Rolle spielen wird; er ist dank seinem großen natürlichen Staubecken, dem Tobasee, dem er entfließt, der einzige große Fluß, der einem "bandjer", einer Überschwemmung, nicht ausgesetzt ist und sein großer Fall, da, wo er sich aus dem Riesenkrater des Tobalandes heraus durchgenagt hat, dürfte einer der größten der Tropen sein. Die Höhe desselben, der Wasserreichtum und die Stetigkeit des Stromes bei einer



Entfernung von nur 150 km von einem so reichen Konsumenten von Kraft und Stickstoffdünger wie der Plantagendistrikt von Sumatra O. K. es ist, hat schon vor einigen Jahren die Aufmerksamkeit von Industriellen auf sich gelenkt; ein norwegisches Syndikat hat die von einem Regierungsingenieur in langen, mühsamen Forschungen gesammelten Daten nachgeprüft, doch soll die Schwierigkeit der Beschaffung von Kohle und Kalk vorläufig auf die Pläne dämpfend gewirkt haben. Mein Gewährsmann, eben dieser Regierungsingenieur, der gelegentlich seiner Forschungen entdeckt hat, daß der schon seit Jahren bekannte Asahanfall nur einer von einer ganzen Kette von Fällen ist, ist der Überzeugung, daß Mangel an Kapital das wahre Hindernis war und daß ein Hugo Stinnes z. B. sicher Mittel und Wege gefunden hätte, um die keineswegs unerreichbaren Vorräte von Kohle und Kalk zu erschließen und heranzubringen. Bei der nahen Nachbarschaft zu einem dicht bevölkerten, fast ganz von Reisbau und auswärtigem Verdienst abhängigen Gebiete wie das Tobaland, dessen Bewohner durch einen auffallenden Sinn für mechanische Arbeiten bekannt sind, scheinen alle Vorbedingungen für die günstige Entwicklung einer Industrie gegeben zu sein.

Und damit bin ich in dem Tobalanda angekommen, von dem ich ihnen erzählen will.

Als ich 1897 zum ersten Mal zum Studium der jungen Kaffeekultur aus den gegenüberliegenden Malayischen Staaten nach Sumatra kam, wohnte ich ein paar Wochen auf einer der großen Tabakplantagen der Ostküste. Ich war damals noch begeisterter Anthropologe und die Kette von vielgestalten, imposanten, blauen Gipfeln am westlichen Horizont übte eine gewaltige Anziehungskraft aus. Aber meine Sehnsucht nach den Bataks und ihrer Bergheimat wurde dadurch gedämpft, daß die Regierung jede nicht voll ausgerüstete und bewaffnete Expedition ohne weiteres verbot.

Genau 20 Jahre später kam ich wieder von der englischen Seite nach Sumatra herüber — als Flüchtling, den England, das Land meiner Verwandten und Freunde, gezwungen hatte, aus seiner hochgelobten Zivilisation heraus unter den „menschenfressenden" Bataks ein nicht von Stacheldraht und Waffen umgebenes Asyl zu suchen. Auf dem Wege zu den Wilden ließen wir diesmal die Waffen bei der Zivilisation zurück; unser Gastfreund in Medan verstaute uns in einem mächtigen amerikanischen 6-Zylinderwagen, und gab uns nichts gefährlicheres als eine Ladung von Mänteln und Decken mit — deren Zweck man in der Hitze von Deli zunächst nicht recht einsieht. Eine Stunde später wußten wir warum. Ich möchte es zu den angenehmsten Gefühlen rechnen, die ich in den vielgepriesenen Tropen empfunden habe, wenn man ganz unbemerkt zu schwitzen aufhören und sich in warmen Kleidern wieder als Europäer bewegen und fühlen darf.

Die Straße von Medan nach dem Bataklande ist eine Sehenswürdigkeit. Die

erste Stunde lang fährt man durch Tabakplantagen. Mit ihren riesigen Trocken- und Fermentirscheunen aus Palmblättern, die wie in Schlachtordnung aufmarschierte Ungetüme in der weiten Ebene stehen; mit ihren sauberen Kulihäusern und Märkten und den gepflegten Gärten um die mehr oder weniger großen und eleganten Villen der europäischen Angestellten; mit ihren endlosen, bis ins geringste Detail kultivierten und mit minutiösester Genauigkeit angelegten Tabakfeldern. Dann beginnt der Urwald, bei dessen Anblick der Neuangekommene in Verzückung gerät. Dann kommen die immer steiler werdenden Berge, Kehren, Brücken, Stützmauern, bei denen man mit Erstaunen bemerkt, daß die Holländer nicht bloß Kanäle zu bauen verstehen.

Bei 1000 m Seehöhe ist es schon merklich kühler geworden. Bei 1400 m überschreiten wir den Ostrand des weiten Kessels, den man das Karoland nennt. Der Wald kommt urplötzlich zu Ende und vor uns breitet sich, zwischen den immer weiter zurücktretenden bewaldeten Höhen, eine schier unendliche Ebene aus, heimatlich grün, mit Buschwerk hier und da. Aber beim Näherkommen zeigt sich, daß der erste Eindruck überall getäuscht hat: Die Ebene ist gar keine Ebene; die flachen Rücken von hunderten von gleichhohen Hügeln schließen sich, nur aus der Ferne gesehen, zu einer Ebene zusammen — ein Marsch hindurch bedeutet ein konstantes Bergab und Bergauf. Die heimatlich aussehende Weide ist kein kurzes Gras, sondern jenes berüchtigte, schilfartige Lalang, ein Kainszeichen auf der Stirn auch der schönsten Tropenländer, die einmal dem Raubbau zum Opfer gefallen waren. Auch das verstreute Gebüsch ist eine Täuschung; das sind die Spitzen von Urwaldüberresten, die an den Wänden der tieferen Schluchten hängen geblieben sind und dadurch glücklicherweise das Weiter- und Tieferwaschen in dem lockeren Tuffboden verhütet haben.

Am Grunde der breiteren Schluchten liegen die Reisfelder, von denen die Bevölkerung lebt. Erst in den letzten Jahren hat sich auf den flachen Rücken und Mulden zwischen den Schluchten ein richtiger Ackerbau entwickelt, dank den Bemühungen des Batakinstitutes, das sich dieses interessanten Stammes mit viel Verständnis angenommen hat. Seit einigen Jahren sind weite Strecken mit Kartoffeln bebaut — hier mitten in den Tropen eine lohnende Kultur; nur haben die von ihrer Klugheit sehr eingenommenen Bataks gleich klüger sein wollen als ihre Lehrmeister, indem sie die ausgesucht großen Kartoffeln auf den Markt und die schäbigen Überreste als Saat zur Verwendung brachten. Das Resultat war vorauszusehen: Entartung, und es hält heute schwer, in Sumatra eine gesunde, schöne Kartoffel zu bekommen; die Besten werden aus China und Java eingeführt.

Wer den wunderbar lockeren, tiefen, schwarzen Boden zum ersten Male sieht, den der Pflug hier zutage befördert, wird glauben, daß hier ein zweites Deli an Fruchtbarkeit entdeckt worden ist; doch ist auch dies eine Täuschung. Auf



diesen einstmals mit dem prächtigsten Urwald bestandenen Lalangflächen wächst ohne reiche Stalldüngerbemistung nichts; und dann meist erst nach mehreren Jahren intensiver Düngung. Die Gelehrten haben bewiesen, daß es sich hier nicht um eine dicke Schicht von Humus handelt, sondern um eine Lage von verbranntem, mit ausgelaugter Asche vermengtem, leblosen Tuff, in dem alle die Mikroorganismen fehlen, die mit ihrem Wachsen und Vergehen eine Vorbedingung aller Fruchtbarkeit sind. Die Behandlung, die diesen ursprünglich zu jeder Kultur geeigneten Ländereien in einem paradiesichen Klima von den Eingeborenen zuteil geworden ist, erklärt ihre heutige Verfassung: der Urwald wurde seit Jahrhunderten rücksichtslos gefällt und verbrannt, wo immer eine Siedelung beabsichtigt war; nach ein paar Jahren Raubbau ließ der Ertrag nach; doch anstatt zu düngen, wurde lieber ein weiteres Loch in den Wald gehauen, bis man alles ebene, bequem zugängliche Land entblößt hatte. Um die einmal aufgegebenen Strecken kümmerte sich niemand mehr; teilweise wuchs darin junger Busch auf; meist aber Lalang, an dem nur Eines gut ist: die ganz jungen Schösse sind ein gutes Viehfutter. Um letzteres zu gewinnen und nebenbei Schädlinge aller Art zu bekämpfen, wurden die alten Bestände von zähem, hartem Lalang alljährlich abgebrannt, wobei meist die Ansätze von jungem Busch wieder zugrunde gingen. Das Lalang pflanzt sich, ähnlich der Quecke, durch ein fabelhaft reges und zähes System von Wurzeln fort, die, da sie bis zu einem Meter unter der Erdoberfläche liegen, sich nichts aus dem Feuer machen. Über der Oberfläche wirkt das Brennen wie ein Schnitt; wenige Tage nachher ist alles bedeckt mit jungem Grün. Dieser sich immer wiederholende Prozeß hinterläßt schließlich einen vollkommen totgebrannten Boden, auf dem nichts mehr wächst als eben dieses Lalang.

Quer durch das Land der Karo-Bataks läuft die Straße durch unzählige Schluchten und Mulden hindurch nach Westen, etwa 50 km weit. Als erste Station erreicht man, am Rande des Plateaus und zwischen den beiden lebenden Vulkanen Si Bayak und Si Nabong lieblich hingeschmiegt, den in wenig Jahren zur Villenstadt angewachsenen Luftkurort Brastagi, wo jede respektable Plantagengesellschaft und jeder besser bezahlte Beamte ihre reizenden Landhäuser haben. 10 km weiter ein ebenfalls ganz europäisch anmutender Ort, der Sitz des holländischen Beamten. Der flüchtig Durchreisende sucht vergeblich nach den Wohnungen der Bataks selber. Diese liegen immer abseits der Straße, versteckt in Gruppen von uralten Bäumen oder hinter dichten, auf Erdwällen gepflanzten Bambushecken. Der tiefe Graben ringsum, die engen, verbarrikadierten Zugänge durch die undurchdringliche Umzäunung, zeigen deutlich, daß die Zeit noch nicht fern liegt, wo diese Dörfer und Landschaften in konstanter Fehde miteinander lagen.

Die großen Dörfer sind eine Sehenswürdigkeit. Die in Reihen stehenden Häuser mit ihren hohen, weitausragenden Giebeldächern muten an wie Überbleibsel

aus der Urzeit. Die eigenartige Archenform der auf dicken Säulen stehenden fensterlosen Häuserkästen läßt den Gedanken aufkommen, daß wir es mit Gebäuden zu tun haben, die ursprünglich nicht feststanden, sondern verankert auf dem Wasser schwammen — eine Vermutung, die allerdings in diesem Teile des Bataklandes weniger berechtigt ist als jenseits der Wasserscheide, nach dem Tobasee zu, dessen Spiegel vor Jahrtausenden unzweifelhaft viel höher und ausgedehnter war als heute.

Diese Wasserscheide erreichen wir lange bevor man den See zum ersten Mal erblickt.

Das Meer von Toba, wie es von den Holländern richtig übersetzt wird, galt den Bataks als ein Heiligtum, das dem Auge der fremden Eindringlinge um jeden Preis vorenthalten werden mußte. Von der Existenz desselben wußte man schon lange; es war einem amerikanischen Missionar vorbehalten, von Westen her unter vielen Gefahren bis auf die Höhe vorzudringen, von wo der erste Blick gewonnen wird, und für die Bataks war damit sein Tod eine beschlossene Sache. In der Tat ist auch einer der ersten Eindringlinge von den Bataks getötet und gefressen worden, eine bis Anfang dieses Jahrhunderts beliebte Methode, Feinde zu beseitigen.

Die Erlebnisse der rheinischen Missionare, die sich mit bewunderungswürdigem Glaubenseifer, Mut und Zähigkeit in jahrelanger Arbeit gegen das Batak Heiligtum herangerungen haben, verdienten in der Geschichte der Entdeckungen mehr Anerkennung als sie bisher gefunden haben. Einer von den Allerersten, der allgemein verehrte Herr Nommensen, ist erst vor einigen Jahren am Südufer des Sees hochbetagt gestorben und auf seinem Grabe hat ein Riesenklotz von Beton aufgetürmt werden müssen, um zu verhüten, daß dieselben Bataks, die ihn mehrmals bei einem Haare geschlachtet hätten, ihn jetzt ausgraben — um ihn als Gottheit zu verehren.

Die Wasserscheide, jenseits der der See liegt, ist deutlich kenntlich an zwei genau gleichen, mächtigen Vulkankegeln, die für Ankömmlinge von Osten eine breite Lücke am Horizont flankieren; sie werden von den Bataks in ihrer bilderreichen Art „die Hüter des Tobameeres" genannt. Jenseits derselben erstreckt sich die wellige Ebene von Sariboe Dolok — die 1000 Hügel — monoton weiter, doch läßt der Kontrast zwischen dem näheren Horizont und dem augenscheinlich viel weiter fort gelegenen meist in Nebel gehüllten bewaldeten Höhen des Pakpaklandes deutlich erkennen, daß dazwischen ein weiter Schlund klafft.

Wenn der Erbauer der schönen Straße, die vor etwa 10 Jahren aus strategischen Gründen angelegt wurde, auf Effekthascherei ausgegangen wäre, er hätte keinen geeigneteren Platz zur Annäherung an Sumatras erste Sehenswürdigkeit wählen können. Ebenso wie die vielen kleineren und größern Schluchten, die



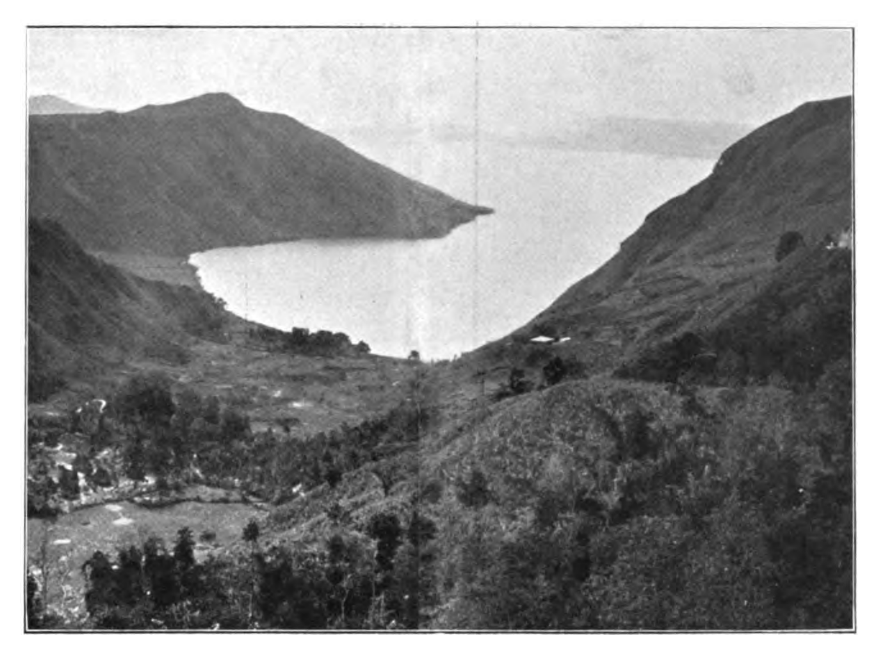


Abb. 1. Der Toba-See



Abb. 2. Batakdorf



Abb. 3. Der Urwald auf Sumatra



Abb. 4. Die Toba-Ebene, südlich des Sees



Abb. 5. Brücke über einen kleinen Fluß



Abb. 6. Der lockere Tuffboden des Habinsaran-Plateaus

wir durchkreuzt und umfahren haben, erst in dem Augenblick sichtbar werden, wo man an dem scharf abfallenden Rande steht, so ist es bei dem Riesenkrater des Sees: Ein kurzer Durchstich, durch einen der zahllosen Ausläufer von der Wasserscheide her, um die sich die Straße windet und — eine scharfe Kurve nach rechts verhütet, daß wir ins Blaue hinaus fahren. 500 m unter uns ein smaragdgrünes Tal — ein Batakdorf wie winziges Spielzeug mitten drin aufgestellt — hier und da zwischen den Bäumen die weiße Schlangenlinie unserer sich immer tiefer schraubenden Straße — und rechts, in der schönsten Rivierafarbe, von einem blendend weißen Sand- und Schaumstreifen eingesäumt — der See — ein Stück davon. Rechts und links fallen, die malerische Bucht von Harangaul kulissenartig begrenzend, die Tuffwände schroff ab und umrahmen ein Bild von ausgesuchter Schönheit. Für eine „paradiesische Landschaft" ließe sich kein besseres Motiv finden.

Das Tobameer ist fast so groß wie der Bodensee, liegt aber, ähnlich wie der Königsee, tief zwischen steilen Bergen eingekesselt, die zum Teil schroff in den See abstürzen. Nur im äußersten Süden liegt zwischen dem Ufer und der Kraterwand eine etwa 5 km breite, leise gewellte Alluvialebene — das eigentliche Tobaland — einst der seichteste Teil des Sees, als das Wasser noch mehrere 100 m höher stand und der ausfließende Asahanfluß noch nicht jene tiefe Rinne in den Tuffrand gewaschen hatte, über die ein guter Turner hinüberspringen könnte, wenn nicht der Gedanke, bald darauf als formlose Masse im Tiefland anzukommen, ihn davon abhält. Die Spuren des früheren Wasserstandes sind an vielen Orten noch deutlich zu erkennen. Trotzdem die Hänge ringsum nur auf der Höhe bewaldet sind, so ist der See doch in seiner ganzen Ausdehnung unbeschreiblich schön — hier lieblich, dort düster, großartig. Einen Begriff von seiner Größe erhält man, wenn man zu Fuß durch die langgestreckte Insel Samosir geht, die den westlichen Teil des Sees einnimmt, und wenn man hört, daß allein die für den Reisbau geeigneten Ränder derselben von über 70000 Menschen bewohnt sind.

Von Harangaul nach dem Südende des Sees braucht ein zweimal die Woche verkehrendes Motorboot 8 Stunden; und die Reise trat ich an, als ich erfuhr, daß auf dem fast unbewohnten Plateau im Süden des Sees eine kleine Teeplantage mit großem dazugehörigen Landkomplex, der Versuch einer holländischen Gesellschaft, für wenig Geld zu haben sei. Der Tee wolle nicht wachsen und man ziehe es vor, die hineingesteckte Viertelmillion Gulden abzuschreiben, als noch mehr Geld zu riskieren.

Zu jener Zeit hatte ich, dank reichlicher Übung in unserem Gärtchen, eine solide Hornhaut an den Händen; meine Frau konnte die ihren neben denen jeder Köchin sehen lassen und es gab keinen Weg, über den wir nicht hätten barfuß

laufen können. Sollte ich von den englischen Vettern, die sich meines Vermögens so liebevoll angenommen hatten, nichts mehr herausbekommen, so war nicht daran zu denken, nach Europa zurückzukehren; es schien dann besser als Bauer weiterzuarbeiten in einem Klima, wo man keine Heizung und ein Minimum von Kleidung braucht, das trotz unserer Lage mitten in den Tropen europäisch war. Freilich, von allem, was uns in Europa, in der Heimat, lieb war und früher unentbehrlich geschienen hatte — der Verkehr mit den alten Freunden, die Freude an Wissenschaft und Kunst, an Theatern und Konzerten, die wir schon so viele Jahre vermißt hatten — die mußten geopfert werden. Aber würde es nicht auch zu Hause nach dem verlorenen Kriege Tausende geben, die auch die Hoffnung aufgeben mußten, wieder ein Leben zu führen, wie wir es früher gewohnt waren? Und war es nicht hundertmal besser, hier als freier Herr auf der eigenen, noch so kleinen Scholle zu sitzen, als unter den total veränderten Verhältnissen nach Europa zurückzugehen, wo wir alten, nur an Befehlen und Organisieren gewöhnten und verwöhnten Plantagen-Magnaten auch früher selten volle Befriedigung gefunden hatten. Als Tropenpflanzer war ich eine Autorität — in Europa, ich mochte hinsehen wohin ich wollte, war ich ein mit allen möglichen unerwünschten Beigaben behafteter Anfänger, der auch als bescheidenstes Rad in einer großen Maschine durch seine Fülle von Unkenntnis und die Schwierigkeit seiner Behandlung aufgefallen wäre.

Ich habe damals, trotz meiner großen Hochachtung vor dem deutschen Offizier und Beamten, doch nie geahnt, in wie wunderbarer Weise gerade diese, der praktischen Welt verhältnismäßig fernstehenden Leute sich in die neuen Verhältnisse finden würden. Als ich damals alles, was ich an Geld und Kredit auftreiben konnte, zusammenkratzte und die Konzession Si Bosoer in Habinsaran kaufte, dachte ich hier den Grundstein zu einer Siedlung von patriotischen Männern zu legen, die lieber mit Schwielen an den Händen in einem glücklichen Klima unter gleichdenkenden und Gleiches anstrebenden Gefährten schwer arbeiten, als in der Großstadt vegetieren wollten. Das Los der deutschen Pioniere in Nord- und Südamerika ist in den ersten Jahren gewiß viel härter gewesen als das des Siedlers im Tobalande. Das einzige Hindernis sollte die Unfruchtbarkeit des Boden sein! Ich konnte mir nicht denken, daß heute, wo die Wissenschaft auf den Sanddünen von Holland die ausgesuchtesten Gemüse und die farbenprächtigsten Tulpen hervorbringt, ein Boden nicht wieder zu beleben sein sollte, der noch vor 50 Jahren den üppigsten Urwald getragen hat und der noch heute in den Mulden, wo Humus sich angesammelt hat, Jahre hintereinander, ohne Düngung, 3 m hohen Mais mit 2 und 3 Kolben daran trägt.

Balige heißt der Hauptort des Toba Landes. Ein freundliches, zum größten Teile aus Verkaufsläden bestehendes Örtchen am Südende des Sees, da, wo die



große Automobilstraße von Medan herüber das Seeufer verläßt und sich anschickt, die Randhöhen im Süden zu erklimmen, um ihren Lauf gegen den Indischen Ozean fortzusetzen.

Der Vertreter Ihrer Niederländischen Majestät, der Kontrolleur von Toba, einer der fähigsten und zugleich liebenswürdigsten Beamten, mit denen ich je den Vorzug hatte zu verkehren, kam noch am Abend nach dem kleinen, wellblechgedeckten Hotel herüber, um meine Pläne zu hören. Auch der britische „District-Officer", das Equivalent des „Kontrolleurs" in Holl. Indien, sieht seinen Stolz darin, der „Vater seines Distrikts" zu sein. Daß er aber nach den Dienststunden einen Unbekannten aufsucht, von dem er Interesse für sein Land erwartet, das ist mir in einer fast 20jährigen Praxis nie vorgekommen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit erwähnen, daß der Fremde von seiten der holländischen Beamten auf alles Entgegenkommen rechnen darf — wenn er den einem königlichen Beamten schuldigen Respekt etwas betont. Ich blicke mit fast ausnahmsloser Befriedigung auf meinen vieljährigen Verkehr mit den holländischen Behörden zurück und glaube dies zum nicht geringen Teile der Gewohnheit zu danken, daß ich bei einem ersten Besuche unter Mobilisation des bescheidenen mir zur Verfügung stehenden holländischen Vocabulariums gewissenhaft die ersten Höflichkeiten in der Sprache der Herren des Landes anzubringen versuchte — worauf unweigerlich die Versicherung folgte, daß der betreffende Herr ganz gut englisch oder meistens noch besser deutsch könne. Französisch ist mir weder in Britisch- noch Holländisch-Indien in 30 Jahren ein einziges Mal als Umgangssprache angeboten worden.

Mein Kontrolleur erzählte mir zunächst von Siantar, dem blühenden Städtchen, jetzt unsere nächste, 90 km entfernte Bahnstation. Es verdankt sein fast amerikanisch schnelles Aufblühen der Entdeckung, daß auch in der verhältnismäßig geringen Höhe von 3—500 m — im Gegensatz zu den bisher gelehrten Regeln — ein guter Tee wächst. Einige fernblickende Leute haben daraufhin bedeutende Ländereien bis hart an die hohen Berge aufgenommen und daran in wenig Jahren Vermögen verdient. Als die Straße von Siantar über Balige nach der Westküste gebaut wurde, wurde man auf die weiten, ebenen Ländereien in Habinsaran, hoch über Balige, aufmerksam. Ein alter Delipflanzer witterte hier ein zweites Siantar und erwarb eine Reihe von Landkonzessionen; zusammen etwa 20000 ha, was fast den ganzen südwestlichen Teil der Landschaft in Privatbesitz brachte. Und dann wurde, ohne Rücksicht auf Geld, in der aus Deli bekannten großzügigen Weise, eine Plantage angelegt: Die Wege nach dem Rezept Nikolaus' von Rußland, mit dem Lineal gezogen; was sich in dem tot-flachen Deli gut macht, dem an gebrochenes Terrain gewöhnten alten Kaffee- und Kautschukpflanzer aber oft durch Heiterkeit temperiertes Staunen abnötigt. Eine schnur-

gerade, breite Hauptstraße, fast 1 km lang, begann irgendwo im Lalang und endete ebenso unmotiviert. Auf dem einzigen ebenen Stückchen, sauber in Reih und Glied, die Häuser der beiden Assistenten; dann die Kedai, der Laden; jenseits desselben die Kulihäuser; in der Mitte ein großer Schuppen für den Markt und ein turmartiges Gerüst für die Stundenglocke; alles sauber aus Holz gebaut, die Dächer aus soliden Schindeln. Einen vollen halben Kilometer von dem Plebs, mit dem adjutantenhaft dienstlich halblinks etwas zurückstehenden Kontorgebäude, in einsamer Herrlichkeit — das Haus des Tuan Besar, des Großen Herrn, des Herrn Administrateurs. Nur wer in Deli war, kann voll und ganz die Bedeutung dieses Titels verstehen. Kein kommandierender General, kein Regierungspräsident kann sich mehr fühlen als der junge Mann, der sich sechs statt vier Knöpfe an seinen weißen Rock nähen läßt und den grauen Administrateurhut zum erstenmal aufsetzt, zum Zeichen, daß er mit dem Pack der Assistenten nichts mehr gemein hat. Die demokratischen Holländer und Schweizer schlagen hier den preußischen Militaristen um viele Längen. Von dem Nimbus zu erzählen, der erst den Tuan Maatschappij, den Hauptadministrateur einer der großen Gesellschaften, umgibt, verbietet die Zeit; es würde den Herren Zuhörern auch nur Herzweh bereiten, wenn ich ihnen berichten wollte, wie so ein erlauchter Herr lebt und arbeitet und welche fabelhaften Summen er in Jahren verdient, wenn das Wetter und die Raupen seine Deckblätter verschont und die Herren der Amsterdamer Tabaksbörse sein Produkt mit wohlwollenden Augen angesehen haben.

Die Herrlichkeit des Administrateurs von Si Bosoer war aber kurzlebig; nachdem mit offener Hand die Umrahmung hergestellt worden war, stellte es sich heraus, daß das Bild dazu fehlte: der Tee wollte nicht wachsen. Den Grund habe ich kurz nach meiner Ansiedlung dort entdeckt und will ihn gleich jetzt verraten: Die guten Flachlandautoritäten hatten erwartet, daß hier, wie in Deli, alles und überall wachsen würde; daß in einem gebrochenen Gelände der höchste Grat eines Höhenrückens, der sich für eine zwar zwecklose, dafür aber schnurgerade Straße eignete, nicht unbedingt die fruchtbarste Stelle im Umkreis sein könnte, war ihnen nicht eingefallen. Ferner mußte nach dem Schema von Deli der Boden vor dem Pflanzen 1 Fuß tief umgegraben werden. Als man aber die jungen Teepflänzchen in den sandigen Untergrundboden einsetzte, der jetzt zu oberst lag, wollten diese sonst äußerst anspruchslosen Gewächse sich auf eine Hungerkur nicht einlassen. Erst ein Jahr nachdem ich mich dort angesiedelt hatte, fingen sie auf einmal zu wachsen an — das war, als die Wurzeln endlich die Reste von Humus und Asche erreichten, die man sorgfältig vergraben hatte. In den Mulden steht der Tee jetzt über 5 m hoch und das Wachstum, nach einem gründlichen Schnitt — das gehört zur Kultur, denn nur das ganz junge Grün wird gepflückt — läßt nichts zu wünschen übrig.



Darauf haben aber die Delier Herren nicht gewartet. Als nach einem Jahre kein Fortschritt zu bemerken war, setzten sie dem Unternehmen die Krone auf, indem sie einer Expertenkommission die Entscheidung überließen, ob die Plantage weitergeführt oder aufgegeben werden sollte. Die Kommission bestand aus einem Botaniker und dem größten Teepflanzer in Siantar, der dem neuen Konkurrenten in einem bevorzugten Höhenklima unmöglich aufrichtiges Wohlwollen entgegengebracht haben kann, zu einer Zeit, wo nur durch Verbesserung der Qualität an Tee noch etwas zu verdienen war. Das Unglück wollte es, daß die Herren an einem der wenigen Tage in Si Bosoer weilten, wo der berüchtigte Bohorrok weht, ein föhnartiger Wind, der von den Tabakpflanzern mit Recht gefürchtet wird. In den 3 Jahren, die wir in Si Bosoer waren, haben wir alljährlich 2—3 Tage derartige Winde erlebt; außer daß er die Büsche etwas schüttelt und die älteren Blätter schneller zum Abfallen bringt, hat er aber weder dem Tee noch den anderen Kulturen geschadet. Da der Kommission, um sie günstig zu stimmen, von dem Administrateur ein reichlich warmer Empfang bereitet worden war, unter einem Aufwand von Getränken, der in der Geschichte von Habinsaran vermutlich unerreicht bleiben wird, so schrieb der Botaniker schließlich seinen Bericht in einer programmwidrig pessimistischen Kopfwehstimmung; der Pflanzer hatte nebenbei seine eigenen Gründe, sich bedingungslos dem abfälligen Urteil anzuschließen — und Si Bosoer als Teeplantage war erledigt. Alles Bewegliche wurde versteigert, der Administrateur verschwand und der Meistbietende konnte die 20000 ha Land, die leere Ansiedelung und die etwa 5 ha Miniatur-Teepflänzchen haben.

Der Meistbietende war ich.

Auch ungesehen lag mir nichts an dem Tee. Er ist für den Kleinsiedler wertlos, denn es fehlen ihm die Hauptbedingungen: reichliche und billige Arbeitskräfte, wie in Java, und das große Kapital, denn eine Teeplantage unter 200 ha lohnt sich, schon wegen der sehr kostspieligen Fabrikanlage für die Aufbereitung, nicht. Die Gebäude hingegen zogen mich an und ebenso die 20000 ha. Ich hatte seit Monaten versucht, in der Nähe unseres ersten Exils ein Stück Land zu erwerben, um wenigstens auf eigenem Boden das Nötigste für den Lebensunterhalt anzubauen. Aber obwohl ich den alten Radja, unseren Hausherrn, ganz auf meiner Seite hatte, immer fand sich jemand unter der Bevölkerung, der gegen die Veräußerung protestierte. Der Batak hütet sein Land mit einer bei der Fruchtbarkeit des Volkes berechtigten Eifersucht; veräußert darf es auf keinen Fall werden; das Meiste, was der Europäer erreichen kann, ist durch die Regierung eine sogenannte „Erbpacht" oder Vermietung durch einen Einzelnen. Der Vertreter einer großen Gesellschaft, der in einer anderen Gegend des Bataklandes einen größeren Komplex erwerben

sollte, hat jahrelang dort gesessen, jedesmal, wenn er glaubte, eine Parzelle gesichert zu haben, wurden ihm die gesetzten Grenzmarken über Nacht wieder ausgerissen oder sonst welcher Schaden getan, und der Versuch mußte schließlich aufgegeben werden. Daß in Habinsaran eine so große Konzession ausgegeben werden konnte, war dem Umstande zu danken, daß es sich um ausgesprochenes Ödland handelte, mit einer äußerst geringen und weitverstreuten Bevölkerung, der wenig an dem Lande und vielleicht etwas mehr an der durch eine Plantagenanlage eröffneten Arbeitsmöglichkeit lag. Auf jeden Fall konnte man annehmen, daß sich aus diesem unnötig großen Komplex einiges wirklich gute Land würde aussuchen lassen. Einmal wieder mit einem eigenen Dache über dem Kopfe müßte das Arbeiten auf eigenem Boden eine Freude sein.

Früh am nächsten Morgen holte mich der Beamte mit seinem Automobil ab und wir fuhren auf der vorzüglichen Hauptstraße durch Lagaboti, den Jahrzehnte alten Hauptsitz der Rheinischen Mission am See, mit ihrer große Industrieschule, bis Si Gumpar, mit den riesigen Akazien-Bäumen, die seit einigen Jahren alle einem Rindenbohrer zum Opfer fallen. Die Bataks aber glauben, daß der alte Herr Nommensen, der sie vor 60 Jahren ins Land gebracht hatte, sie jetzt aus seinem Grabe hier abberufen hat.

Eine Straße zweiter Güte zweigt hier nach rechts ab, direkt gegen die Berge zu, die wie eine Mauer gegen den östlichen Horizont stehen. In Lantjang, 23 km von Balige, hört der Fahrweg auf; der Kapala Negri, das Landeshaupt, kommt aus seinem bambuseingefaßten Dorfe mit langen Schritten herunter, fährt noch im Gehen in den weißen Rock mit den kronengeschmückten silbernen Knöpfen und stülpt die schwarze Samtmütze mit der Goldtresse auf den Kopf. Von der Servilität des Javaners keine Spur — eher kühle, fast unfreundliche Reserve. Der Aufstieg mit einigen durch Geld und gute Worte bewogenen Trägern beginnt gleich hinter dem Dorfe; der Fußweg ist steil und der Beamte bemerkt mit strengem Blick, daß er vielfach als Kanal benützt wird, um das Wasser von einem der zahllosen Reisfelder, die in Terrassen übereinander liegen, zum anderen zu leiten. Nach $^3/_4$ stündigem Steigen ist die Höhe erreicht — etwa 500 m über dem Tal — und ein Rückblick von unbeschreiblicher Schönheit tut sich auf. Zwischen dem See mit seinem Hintergrunde von dunklen Bergkulissen und uns eine durch unzählige glitzernde Wasserstellen unterbrochene grüne Ebene, die Kornkammer des Hochlandes. Das Grüne sind junge Reisfelder; tausende von kleinen, seichten Wasserbecken, die jedes mit dem anderen durch Tausende von hellen Wasserströmchen verbunden sind, die durch ein wunderbares Kanalsystem aus den Bergtälern oft viele Kilometer weit herbeigeleitet, sich, nachdem sie die ganze Talsole befruchtet haben, im See wiedertreffen. Und über die ganze Ebene verstreut kleinere und größere Ortschaften — ein Neuling würde nur Gebüsche sehen,



denn jede liegt verborgen hinter ihrem dichten Wall von Bambus und von riesigen Bäumen überschattet — nur die weißen Kirchtürme leuchten überall hervor — ein wahrhaft heimatliches Bild.

Die weite, von einem Kranz von Bergen eingefaßte Landschaft, die sich im Weiterschreiten vor uns ausbreitet, ist Habinsaran, das heißt Sonnenaufgang ... welch gutes Omen! Links eine imposante Phalanx von waldbedeckten Gipfeln von 2000 m Höhe, rechts das schöngeschwungene Doppelhorn des Habo Habo, weit über 2000 m, alle anderen überragend, von dessen Höhe aus man den Indischen Ozean und Teile der Chinasee erblicken kann. Anschließend eigenartige, phantastische Berggebilde mit schroffen weißen Wänden, sonst aber urwaldbedeckt — ein Wall gegen ein vielzerrissenes Bergland zu, das heute noch auf der Karte vollständig unbeschrieben ist. Nach Osten zu nähern sich die nördlichen und südlichen Ketten, so daß man die tiefe Schlucht, durch die der Kwaloefluß das ganze Land entwässert, nur ahnt. Rechts von ihr das Wahrzeichen von Habinsaren: die täuschend kirchturmähnliche, steile und fast ganz kahle Nadel des Si Manumpak. Und innerhalb dieses weiten Amphitheaters eine sonnige, mit Gebüsch durchzogene grüne Ebene — ein Ebenbild dessen, was wir bei unserem ersten Eintritt in das Batakland gesehen haben.

Das Charakteristische daran: die absolute Stille und Einsamkeit. So weit man sehen kann, 100000 ha kein Europäer, die paar Tausend Bataks, die hier und da wohnen, verlieren sich vollkommen. Und fast ein Viertel von all dem, alles was rechts von mir bis an die Berge reicht, wäre zu haben! Was müßte sich hier von tüchtigen, fleißigen deutschen Landwirten tun lassen!

Der schmale Fußpfad, teilweise kaum zu erkennen, von mannshohem Lalang eingefaßt, läuft leise aber stetig bergab. Hier und da dichtes Gestrüpp, vorwiegend die fast das ganze Jahr über mit kleinen weißen Blüten bedeckten sogen. Myrtenbäume. Dann Rauschen in der Tiefe — der Si Bosoer Bach. Jenseits steil bergan und auf einmal sind wir auf der mit Spannung erwarteten Teeplantage. Die Schindeldächer der Ansiedelung schimmern wie Silber in der Sonne; die sauber angelegte kleine Ortschaft wirkt wie ein Wunder. Aber Tee—? Davon ist nichts zu sehen. Hingegen laufen über den ganzen Höhenrücken peinlich gerade, parallel im rechten Winkel von ebensolchen Linien geschnitten, je 2 m auseinander, Reihen von winzigen korbartigen Schutzdächlein aus verdorrten Palmblättern; wenn man die sorgsam auseinanderbiegt, kann man kaum bleistiftdicke Stielchen mit 2, manchmal 4 gezackten Blättchen daran erkennen: das sollen die Teebüsche sein.

Die Assistenten- und Kulihäuser sind leer; Türen und Fenster vernagelt; ein verzaubertes, ausgestorbenes Dorf. Aus der Küche des Administrateurhauses stolpert gähnend, noch nicht ganz wach, Jacobus, der Wächter. Die Bataks hier

sind zu 80 % Christen und meine spätere Lohnliste liest sich wie ein Kalender; doch kommen auch andere Namen vor: Luther, Bismarck, Hannibal; sogar Hennemann & Co., die hier weitverbreitete deutsche Importfirma, hat sich einem jungen Christen als Taufname empfohlen.

Das Administrateurhaus, einfach aber solid gebaut; in- und auswendig mit Kalk gestrichen — unschön, aber praktisch und gesund; bis auf eine schwere eiserne Tigerfalle mitten in einem Zimmer, ganz leer. Vor den Glasfenstern — etwas Unbekanntes in den Tropen — wundervoll blühende Rosenbüsche. Darüber hinaus der Kranz von vielgestalten, blaugrünen Bergen. Trotz aller Einsamkeit ein sympathischer Fleck. Absolut uneingeengt, allein, unbeobachtet; ein erhebendes Gefühl der Freiheit lebt hier in der köstlich kühlen Luft.

Welche Räume, welche Ausdehnungs- und Entwicklungsmöglichkeiten! Wasser in jedem Tal, Futter für Vieh im Überfluß, Holz auf geringe Entfernung, genug um ganze Dörfer zu bauen; knappe 3 Wegstunden von einer ausgezeichneten Automobilstraße, die zwei Ozeane verbindet, von Telegraph und Telephon, von Arzt, Spitälern und christlichen Schulen. Sollte es da nicht in dem armen Deutschland und besonders in den Gegenden, die Deutschland geraubt worden sind, Tausende geben, die hier, unter der im höchsten Grade liberalen holländischen Regierung, lieber im Schweiße ihres Angesichtes arbeiten und sich ein eigenes Anwesen aufbauen wollen? So absolut steril konnte das Land doch sicher nicht sein, daß Wissenschaft und Fleiß ihm nichts abringen können! Der Tee sieht allerdings nicht versprechend aus; nicht einmal Unkraut schien dazwischen zu wachsen. Doch — siehe da! Rings um den Pferdestall, wo der Mist achtlos hinausgefegt worden war, schoß es üppig empor. Das ist ein gutes Zeichen. Wozu sind Hindernisse da, wenn nicht um überwunden zu werden?

Wenige Wochen später haben wir als erste Ansiedler den Anfang gemacht. Das große Haus wurde wohnlich eingerichtet, die Assistentenhäuser für Gäste und solche, denen es noch schlechter ergangen war als uns, hergerichtet und in Rufweite versetzt. Die vielen Kulihäuser wurden in einfache Viehställe verwandelt. Durch Vermittlung eines der deutschen Missionare kamen schon in den ersten Tagen einige wohlhabende Häuptlinge von Toba herauf und boten mir ganze Herden von Büffeln „zu Gaste“ an, wenn ich nur die Hüter bezahlen wollte. In dem bis auf den letzten Quadratmeter kultivierten, dicht bevölkerten Tobabecken magert das Vieh in den Monaten bis zur Reisernte stark ab, weil es da nicht frei grasen kann. Hier in Habinsaran, wo Weide im Überfluß wäre, kann man es aber aus Furcht vor den Tigern nachts nicht im Freien lassen; so war uns beiden geholfen und ihre hungrigen Büffel füllten bald meine leeren Ställe; mein Düngerhaufen nahm erfreulich zu. Das war auch nötig, denn was ich auch an Samen und Pflanzen probierte, nichts wollte ohne Dünger wachsen



— für einen alten Tropenpflanzer eine schmerzliche Überraschung. Samen keimten in wenigen Tagen; sobald aber der eigene Vorrat an Nährstoff erschöpft war und die junge Pflanze sich an den Boden wandte, starb sie ab. Nicht einmal Gründüngerpflanzen wollten wachsen, und doch hatten meine botanischen Ratgeber mir empfohlen, als Vorläufer jeder Kultur mit diesen zunächst Leben in den Boden zu bringen. Als endlich einiges schüchtern zu gedeihen anfing, zeigte sich, daß nicht nur die Pflanzen in diesem seit Jahrzehnten vernachlässigten Boden von hunderterlei hungrigen Schädlingen erwartet waren; sogar mein sorgfältig behüteter Stalldünger hatte Liebhaber: einen Nashornkäfer, der zu meinem Ärger einen Kuhfladen für eine Delikatesse hält; er kommt, meist in Paaren, geflogen, sobald er etwas wittert, bohrt mitten hinein und hindurch ein talergroßes Loch in den Boden, legt hier ein Höhlendepot an und — am nächsten Tage ist nur noch die Schachtöffnung zu sehen. Sogar meinen Misthaufen hatten die Tiere meuchlings überfallen; als wir die erste Stalldüngung vornahmen, kamen dafür aber Engerlinge zum Vorschein, viel größer als eine Weißwurst, die man erst töten mußte, ehe sich die Hühner an dieselben heranwagten.

Da sich gar nicht sagen ließ, was hier am besten wachsen würde und sich am ehesten verwerten ließ, habe ich an Gemüsen und anderem ziemlich alles versucht, an was man denken kann. Da stellte sich heraus, daß für eine intensive Gemüsekultur das Wasser des nächsten Tälchens, von wo unser Trinkwasser geholt wurde, zu weit entfernt war. Ein Widder mit einer viele Meter langen Leitung von eisernen Röhren wurde angeschafft, aber bevor er arbeitete erfuhr ich, daß die weite Fläche östlich von meinem Hause vor Jahren mit Reis bebaut worden war. In der Tat fand sich ein „bondar“ (ein Graben) und 6 Monate später floß ein schöner kleiner Bach zwischen meinen Beeten hindurch, mit einer Abzweigung nach der Küche und dem Badezimmer. Wo früher die Bataks weite Täler mit diesem Wassergraben umgangen hatten, legte ich aber sogen. Biberdämme an, die aus jedem dieser Täler einen Stauweiher machten, in die Fische gesetzt wurden.

Die wichtige Frage der Wasserversorgung auf einem Hochplateau, das von der Natur sehr gründlich drainiert und bei regenarmen Wochen wegen seines porösen Bodens sehr wasserbedürftig ist, war damit gelöst. Da die 100 m tiefe Schlucht des Si Bosoer Baches vor dem Hause ein bedeutendes Gefälle bietet, ist auch für eine schöne Kraftquelle gesorgt — woran es übrigens in der Gegend nicht mangelt.

Ich will Sie mit der Aufzählung meiner Mißerfolge in den fast drei Jahren auf Si Bosoer verschonen; es waren ihrer mehr als erwartet, was schließlich nur die alte Regel bestätigt, daß der Erste in Neuland am schwersten arbeiten und am seltensten von Erfolg sprechen kann. Meine ursprüngliche Ansicht, daß meine eigene Unerfahrenheit als europäischer Landwirt — denn nur solche sind hier zu

brauchen — die Hauptschuld daran trägt, ist etwas ins Wanken geraten, weil mein Vertreter, ein ungemein fleißiger Diplomlandwirt, der mit größter Begeisterung seit einem Jahre dort an der Arbeit ist, ohne finanzielle Hilfe auch noch nicht bestehen kann. Allerdings hat nach meinem Weggehen ein neunmonatliches Interregnum Si Bosoer viel geschadet. Ich hatte einen jungen Mann dort eingelernt und als Verwalter eingesetzt, von dessen Eignungen, daß er Deutscher, fleißig und gewissenhaft war, schließlich nur die erste unantastbar geblieben war. In Wirklichkeit war er der Krankheit erlegen, die dem jungen Deutschen gerade aus bescheidenen Kreisen gefährlich wird: dem Tropenkoller. Er hatte nur den „Tuan Besar", den Großen Herrn gespielt, alle seiner Indolenz zu verdankenden Mißerfolge als durch Uneignung des Landes und meine Knickrigkeit verursacht hingestellt und dadurch dem Unternehmen das Interesse und mir das bisherige Wohlwollen der Regierung vorübergehend verscherzt, was die Annullierung der Konzessionen zur Folge hatte. Das ist umsomehr zu bedauern, als die Regierung früher wirklich alles Mögliche zur Förderung meiner Pläne getan hat. Der Resident hatte mir sogar den Bau einer 15 km langen Fahrstraße anvertraut, die Habinsaran jetzt mit der Außenwelt verbindet; für Si Bosoer, das von einem Ozeanhafen jetzt in vier bis fünf Stunden per Auto zu erreichen ist (150 km), von hohem Werte und damals für mich ein willkommener Nebenverdienst zu einer Zeit, wo ich jeden Heller abwägen mußte.

Augenblicklich habe ich meinem Vertreter erklären müssen, daß er sich in wenigen Monaten entweder auf eigene Füße stellen oder das Unternehmen liquidieren und zurückkehren muß, denn für einen einzelnen, der jetzt hier von den Resten eines kriegsbeschädigten Vermögens lebt, sind die finanziellen Opfer zu groß und die Aussichten auf eine baldige sichere Verzinsung des Kapitals zu gering.

Schon draußen und erst recht, seitdem ich wieder in Deutschland bin, haben sich unzählige Leute bei mir gemeldet, die sich in Sumatra ansiedeln wollen; das sind aber alles Menschen ohne Mittel, deren Fähigkeiten und Fleiß erst dann verwertbar sind, wenn draußen ein Feld für sie bereitet ist. Die ursprüngliche Idee, daß man sich mit ganz kleinen Mitteln nur durch Fleiß emporringen kann, ist falsch. Für den, der nicht wenigstens auf zwei bis drei Jahre einige 100 Gulden per Monat zusetzen kann, sind keine Aussichten. Die, welche Mittel haben, gehen aber leider nicht in die Einsamkeit des Toba-Landes und würden — wenn der Sinn für Kapitalsanlagen in den Kolonien überhaupt so rege wäre wie etwa in England oder der Schweiz — vorziehen, einen Verwalter hinauszuschicken. Mein Traum war aber nicht der eines Kapitalisten, sondern eines, der Arbeit in jeder Form für keine Schande hält.

Die Arbeit des Siedlers würde schon aus Prestigegründen nie annähernd so hart sein wie die der Pioniere nach dem Wildwest. Zufassen, helfen muß man überall;



mit dem bloßen Organisieren wie im Tieflande auf den Plantagen ist hier nicht gedient. Die wirklich schwere Arbeit wird aber den Eingeborenen überlassen, weil es rationeller ist. Es gibt dann immer noch Unzähliges, wozu nicht rohe Kraft, sondern Geschicklichkeit und Wissen gehört, und gerade dafür hatte ich an unsere Offiziere gedacht, bevor ich die finanziellen Schwierigkeiten am eigenen Leibe richtig einzuschätzen gelernt habe.

Was die rein finanziellen Aussichten für eine Siedlung und Selbstbewirtschaftung eines kleinen Gutes betrifft, so bin ich nach sehr gründlicher Prüfung der Frage zu dem Resultat gekommen, daß die Aussichten an und für sich sehr gut sind. Die Hauptrolle müßte dem ausgezeichneten und sehr teuren Kaffee zufallen, der, vor Jahrzehnten aus Java eingeführt, auf der Höhe ausgezeichnet gedeiht. Zum Unterschied gegenüber dem Tee eignet er sich, was seine Pflege und Aufbereitung betrifft, gerade für den kleinen Mann; kein Batakdorf, das nicht einige Bäume für den eigenen Bedarf hat. Die Kaffeepreise am Weltmarkt mögen noch so niedrig gehen, eine so hochgeschätzte Qualität aus einem so eng begrenzten Produktionsgebiet wird sich immer bezahlen, besonders, wenn ihr eine Spur mehr Sorgfalt gewidmet wird, als dies von seiten der Batoks geschieht; sie sind daran gewöhnt wie die meisten Tropenkinder, dem lieben Herrgott den Hauptteil der Arbeit zu überlassen.

Das nächstwichtige Produkt würde die Kartoffel sein, deren Fiasko im Karolande nur der Unerfahrenheit und Kurzsichtigkeit der Bauern zu danken ist. Im Zusammenhang damit die Zucht einer besseren Rasse von Schweinen, als sie jetzt bei den Bataks gehalten werden, sowie von Geflügel. Für alle diese Produkte ist ein kaum zu befriedigender Markt vorhanden. Gemüse kann zu Zeiten in größeren Mengen abgesetzt werden. An einigen Arten von Bohnen soll einer der in Java nach dem Kriege angesiedelten Transvaalbauern reich geworden sein.

Viehzucht als Selbstzweck ist aussichtslos, solange die Viehärzte in bezug auf die weitverbreiteten Seuchen noch im Dunkeln tappen. Für Kenner wäre Pferdezucht ein Feld, denn die Batakpferde, die Tag und Nacht und in jedem Wetter im Freien zubringen, sind ein im ganzen Archipel vielbegehrter Schlag; ihre Erhaltung kostet nahezu nichts.

Die Perspektiven sind, wie Sie sehen, zahlreich; sie sind aber, abgesehen von der persönlichen Eignung des Unternehmers, immer an die Bedingung des hinreichenden Anfangskapitals gebunden.

Gesundheitlich ist Habinsaran so wie das ganze Tobaland ideal; es gibt etwas Malaria; aber keiner, der diese Krankheit in den Malayischen Staaten kennen gelernt hat und weiß, wie leicht sie zu behandeln und fast zu verhüten ist, braucht sich vor ihr fürchten. Von dem Heer von Krankheiten, unter denen man in Europa leidet, ist man dort meist verschont. Ansteckende Krankheiten sind selten und

haben bei den weiten Entfernungen zwischen den Ansiedelungen geringe Schrecken.

Die Tage sind bei unbewölktem Himmel von 10 Uhr früh bis 3 Uhr nachmittags so heiß wie bei uns im Juli, August. Die Nächte immer kühl, meist kalt. Von einer Regelmäßigkeit des Wetters nach Jahreszeiten kann man kaum sprechen; selten daß es einen Monat nicht regnet, und auch in der Regenzeit sind die Vormittage fast immer strahlend schön.

Kurz — Habinsaran ist ein schönes Land, das man liebgewinnen kann. Unter den zahlreichen deutschen Missionaren, die dort ein Leben voll Arbeit und nicht frei von Enttäuschungen zugebracht haben, wird kaum einer sein, der nicht gern bis ans Ende seiner Tage dort bleiben möchte.

Bilder geben immer nur einen schwachen Begriff von der Schönheit dieses gottgesegneten Stückes Erde, dem nichts fehlt als eine regsame intelligente Bevölkerung, um es zu einem idealen Siedelungsland für Europäer zu machen.

JOSEF MÄRZ:
DER BEGRIFF DER ÜBERSEEISCHEN WACHSTUMSSPITZE.

I.

Der Begriff der „Wachstumsspitze" ist von Ratzel in die politische Geographie eingeführt worden, hat sich aber bisher nur wenig durchgesetzt, obwohl sich eine ganze Gruppe von Erscheinungsformen gut unter ihm zusammenfassen läßt, so die Lebensäußerung der Staaten, die man als Stützpunktpolitik bezeichnen kann, die rein wirtschaftliche Randberührung älteren Typs und verwandte Vorgänge, denen allen gemeinsam ist, daß sie 1. der Ausdruck eines aktiven Wachstums sind, 2. sich in ein fremdes Gebiet begeben, dessen Selbstbestimmungsrecht sie dadurch beeinflussen, und 3. in der Hauptsache peripherisch bleiben. Von der anderen Art von Wachstumsspitzen, wie sie etwa das englische und russische Vorgehen gegen den Hindukusch oder die Korridorpolitik der Staatswesen ohne brauchbaren Ausgang zum Meere darstellen, wollen wir hier absehen. Die Wachstumsspitze ist eine Erscheinungsform küstenländischer Kultur, ein Erzeugnis der Ausdehnungsbestrebungen einer Polis, und selbst wieder polisbildend in überseeische Gebiete hinein; sie deckt sich etwa mit dem Streubesitz, der heute mehr als je möglich ist, seit sich die Verkehrsmöglichkeiten so ungeahnt entwickelt haben.

Wachstumsspitzen sind Strandtieren ähnlich; sie kommen von der See her, leben von ihr und sterben ab, wenn sich ihre Lebensbedingungen ändern. Zwei Entwicklungsreihen lassen sich bei ihrerEntstehung feststellen: bei der einen ist das Vorgehen der Allgemeinheit — besser gleich gesagt: des Staates — das Primäre, bei der anderen das der Einzelindividuen. In beiden Fällen können Vorstufen vorausgehen, doch gehören sie nicht notwendig zum Gesamtbild der Erscheinung.

Beim erstgenannten Typus ist die Vorstufe die Beanspruchung eines Punktes. Der Anspruch sichert den Rahmen für die künftige Betätigung (ist er ein vorwiegend politischer, so trägt meist auch die spätere Entwicklung weiterhin einen politischen Stempel, während beim anderen Typus, der Entstehung aus wirtschaftlichen Anfängen, dieses Gepräge im Gesamtcharakter vorzuwiegen pflegt), er schließt andere Mitbewerber von vornherein aus. Hierher kann man Erscheinungen wie die völkerrechtlichen „Hypotheken" zählen, wie sie England auf den Tschusan-Inseln vor der Jangtsemündung, auf Sokotra u. a. sich geschaffen hat, Japan auf die Küstenprovinz Fukien gegenüber Formosa.

Dem künftigen Wachstum sind damit Reservaträume vorbehalten. Ein solcher Anspruch kann sich selbst auf unbewohnte und noch unbesiedelte Plätze erstrecken, deren Ausnützung erst in der Zukunft liegt und deren Wert bis dahin nur latent ist.

Die neuen politischen Werte müssen durchaus nicht von Anfang an staatsrechtlich greifbar gestaltet sein; Staatskunst wird gerade das, was sich erst vorbereitet, schon als Faktor in die Rechnung einstellen, ohne erst nach der juristischen Formel zu suchen; der angelsächsischen Auffassung liegt das nahe, unsere eigene noch allzu einseitig juristische Schulung ist auf diese Anpassungsfähigkeit noch nicht eingerichtet.

Diese Vorstufe, der Anspruch, kann vorausgehen; die staatliche Besitznahme, die ihm zu folgen pflegt, kann aber auch in sich schon den Anfang der Entwicklung bilden, sie zieht dann nach sich: Beschlagnahme und alleinige Verfügung über Grund und Boden, planmäßige Anlage der neuen Siedelung, Heranziehung der eigenen Staatsangehörigen, wirtschaftliche und kulturelle Einwurzelung durch die Kleinarbeit vieler Einzelindividuen und, wenn die politische und militärische Ausnützung des neugewonnenen Punktes von vornherein Hauptzweck der Besitznahme war oder es im Laufe der Entwickung wird, Befestigung und ähnliche Maßnahmen. Ein Musterbeispiel für eine Entwicklung dieser Art ist z. B. Tsingtau. (Die Vorstufe der Beanspruchung fehlt hier; trotz Richthofens Hinweis war die Kiautschou-Bucht nicht von Anfang an für eine deutsche Festsetzung in Aussicht genommen, sondern erst nach Prüfung verschiedener anderer Plätze auf ihre Eignung, während sie mehrere Monate lang nach einer oberflächlichen Untersuchung als ungeeignet galt und aus dem Wettbewerb ausschied. Dagegen hatten die Russen Anspruch auf die Bucht erhoben[1]). Gerade die Wirkung einer kulturellen Einwurzelung ist hier besonders gut zu verfolgen; die sechzehn Jahre deutscher Kulturarbeit in Schantung hatten eine verhältnismäßig viel festere Anheftung und Einwurzelung des über See gekommenen Eingriffs bewirkt, als z. B. die englische Festsetzung in Aden es vermochte, das zwar seit der Erhebung zum Freihafen wohl eine wirtschaftliche Blüte erlebte und fast den ganzen Handel Jemens an sich zog, auch militärisch gesichert ist und zum Ausgangspunkt politischer Einflußnahme geworden ist, aber trotzdem viel loser an den großen Körper Arabiens angeheftet erscheint: Wüstencharakter des Landes, Nomadentum der Bewohner bieten nicht die Grundlage, die ein Wurzelschlagen mit so vielfältigen Ausstralungen ermöglichen würde.

Wachstumsspitzen sterben ab durch feindliche Eroberung, durch Abtretung, durch freiwillige Räumung aus politischen Gründen oder zugunsten freiwerdender bevorzugter Plätze (Englands Rückzug von Port Hamilton, von Wei-hai-wei, von den Posten auf Sumatra usw.), endlich durch Wegzug oder Verdrängung oder Überwältigung der Bevölkerung.

Der Weg des zweiten Typus beginnt am entgegengesetzten Ende; zuerst trägt das Einzelindividuum, nicht der Staat, die über See kommende Bewegung in den fremden Raum vor. Es kommt zu wirtschaftlicher Einnistung, zur Bildung



einer ethnischen Kolonie. Erst am Ende dieser Entwicklung macht der Staat seine Mittel geltend: Schutz, Unterstützung, territoriale Besitznahme; er macht die Ansprüche seiner Angehörigen zu den seinigen, er tritt in ihre Rechte ein, gestaltet aus ihnen solche der Allgemeinheit. Die politische Besetzung bildet bei dieser Reihe den Schluß, bei der erstgenannten den Anfang des Entwicklungsganges.

Auch diesem zweiten Typus kann eine Vorstufe vorangehen: das zunächst unmerkliche, tropfenweise Einsickern von Einzeleinwanderern. Doch ebensooft ist von Anfang an schon die kleine aber geschlossene Festsetzung in einer meist befestigten Handelsniederlassung, einer kaufmännischen Randberührung gegeben. Diesen Typus bevorzugen die Seewandervölker, zunächst im Mittelmeer (Phönizier); später verpflanzen ihn Portugiesen, Holländer und Engländer in die neuerschlossenen Meeresräume. Das holländische Kolonialreich im Sunda-Archipel ist aus solchen Niederlassungen entstanden, deren Erben heute noch viel mehr, als das Kartenbild mit seiner einheitlichen Flächenfärbung erkennen läßt, das Gerippe des Reiches bilden. Die Reisen des Vasco da Gama, die Unternehmungen Albuquerques und d'Almeidas hatten geradezu als Hauptzweck die Gründung solcher Handelsfaktoreien neben der Zerstörung des feindlichen Handels, ihre Flotten bestanden teilweise aus den Schiffen privater Unternehmer, die sich mehr oder wenig „freibleibend" beteiligten, und mit den Beamtenstellen in Portugiesisch-Indien und Ostafrika waren persönliche Handelsvorrechte verküpft. Wo die Flagge nicht gleichzeitig mit dem Handel vorging, folgte sie ihm bald. Doch blieb es bei den Portugiesen bei punktförmiger Festsetzung ohne Übergang zu einer flächenhaften Kolonisation; auf dem ganzen großen Gebiete von China bis Arabien besaß Portugal nur 12 Städte und 33 kleine Besitzungen, von denen aber 25 nur als unbedeutende Plätze oder Vorwerke zu gelten haben; das ganze Reich war somit eine lose verbundene Kette ausgesprochener Wachstumsspitzen.

Waren auch bei den englischen und holländischen Festsetzungen die Anfänge der Entwicklung, einem Gesetz der Angleichung folgend, ebenfalls punktförmig, so entstand bei ihnen in vielen Fällen aus dem zuerst besetzten Punkte der Ausgangspunkt einer Kolonialbildung; solche Plätze konnten bei einer Änderung der politischen Verhältnisse sogar zu selbständigen Subjekten der Politik werden, wie es etwa mit den australischen und neuseeländischen Küstenstädten seit dem Zusammenschluß der ihr Hinterland bildenden großräumigen Gebiete geschah.

Das Einzelvorgehen, die unmerkliche Anklammerung und Einnistung, die aus der noch übersehbaren Einwanderung von heute auf morgen schon eine peinlich fühlbare Unterwanderung und schließlich vollkommene Überflutung und Überwältigung werden läßt, wird noch in unseren Tagen von den Wandervölkern

des indisch-ostasiatischen Gebietes, die an den Monsun gewöhnt und mit der Kleinarbeit der Wanderung über See weit vertrauter sind, als die europäischen Eindringlinge, bevorzugt, sie ist ihnen wesensverwandt. Penang, Singapore, ähnlich manche Punkte von Niederländisch- und Französisch-Indien sahen schon bald nach ihrer Eröffnung eine immer stärker werdende chinesische Einwanderung, die jetzt an vielen Orten zu unbestreitbaren Mehrheiten geführt hat und, vereint mit der Wirtschaftstüchtigkeit der einflutenden Gäste, nicht nur den ursprünglichen einheimischen Besitzern, sondern auch dem neuen Herrn in absehbarer Zeit den vorherrschenden Einfluß und schließlich die politische Macht zu entwinden droht. Noch besser läßt sich das Anschwellen des chinesischen Elements verfolgen — weil fast vom Nullpunkt ausgehend — in chinesischem Gebiet selbst bei Hongkonk und Tsingtau, die zur Zeit der Besitznahme so gut wie unbewohnt waren. In eine ähnliche Lage kann sich die Union einmal durch das Anwachsen der ostasiatischen Bevölkerung Hawaiis versetzt sehen, das den Inselbesitz zu einer Basis in „latentem Feindesland" gemacht hat. Ein anderer Bevölkerungsbestandteil Hawaiis ist Beleg dafür, daß nicht alle Völker, die zur Wanderung über See veranlagt sind, solche Gefahren bringen müssen, zumal wenn sie sich auf der absteigenden Linie befinden: die Portugiesen, die in einer Stärke von etwa 10000, angezogen durch die Verwandtschaft in Klima und Landesnatur und ozeanischer Umgebung, aus dem übervölkertem Madeira hierher übergesiedelt sind, wie sie auch von den Azoren aus stark zur Bildung der Mischbevölkerung auf den Bermudas beigetragen haben, ohne dort so als künftiges Sprengmittel zu wirken wie die Ostasiaten auf dem Gegenstück dieses Archipels im Pazifik.

Die Auswanderung aus politisch und wirtschaftlich passiven Lebensformen hat nicht die Kraft, aktive Wachstumsspitzen zu bilden. Auch der frühere portugiesische Streubesitz an den Rändern des Indischen Ozeans war eine der losesten Anheftungsformen, nirgendwo durch eigentlichen Landbesitz gesichert und oftmaligem Wechsel ausgesetzt. Besonders in Ostafrika waren diese zwerghaften Niederlassungen (Mombasa als die größte zählte nie mehr als 50 portugiesische Familien und der Gewinn des einen Schiffes, das alljährlich den Handel von ganz Ostafrika mit Portugiesisch-Indien vermittelte, konnte nur einigen Dutzend Portugiesen Unterhalt gewähren) in anderen Wachstumsspitzen des arabisch-indischen Typs eingeschachtelt: in Anheftungen des arabischen Herrenvolkes in den Gebieten der Küstenneger. Diese arabischen Ansiedlungen, die bezeichnenderweise gegen Land, nicht gegen See zu befestigt waren, sahen zwar oftmals Zeiten der Bedrängung und auch Verdrängung, blieben aber doch fester haften und haben sich bis heute erhalten. (Sansibar, Mombasa, Kilwa u.a.), wenn sie auch vom Zustand politischer Selbständigkeit in den der Abhängigkeit als rein ethnische Kolonie, mit einem Rest von Selbstverwaltung, zurückgesunken



sind. Ihre Grundlage war breiter; sie waren nicht wie die portugiesischen Wachstumsspitzen ein Erzeugnis einer zentralisierten und einheitlich gerichteten Regierungsmacht, sondern waren von Stämmen und Städten (Schiras) gegründet und, der arabischen Staatsauffassung entsprechend, bei Verteilung der politischen Macht unter einflußreiche Einwohner lediglich einem oft wechselnden primus inter pares untertan, auch wohl überhaupt republikanisch eingerichtet und, als Einzelherrschaften mit vielfach wechselnden Abhängigkeitsverhältnissen, ohne eine Zusammenfassung in staatlichem Rahmen, höchstens mit einer vorübergehenden Vorherrschaft einer Stadt, meist aber untereinander in ständiger Fehde. (Vergl. den Zustand im Gebiete des Sultanats Sansibar vor dem deutschen und englischen Eingreifen). Der Gegensatz der beiden Arten von Wachstumsspitzen, die hier nebeneinander zu beobachten sind, ist höchst aufschlußreich. Die portugiesischen haben so gut wie keine Spuren hinterlassen (eine tatsächliche Herrschaft bestand nur in Mombasa und Kilwa, sonst überall nur eine nominelle), nur in einzelnen Bauwerken, wie dies auch an der atlantischen Küste Marokkos der Fall ist, sind sie nachzuweisen; die arabischen sind zwar auch nur Oasen gewesen, hatten jedoch der Suahelisprache bemerkenswerter Weise ihre Bezeichnungen für alle über das Primitive hinausgehenden Begriffe gegeben. Auf das Land an sich aber haben beide Gruppen fremder und fremd bleibender Eroberer keinen ausschlaggebenden Einfluß ausüben können, und die Küste blieb immer wirtschaftlich von Vorderindien abhängig; sie ist es heute noch. Der kulturell höchststehende unter den arabischen Stämmen, von denen solche Gründungen von Wachstumsspitzen und ihre lose Zusammenfassung in Seereichen aus Inseln und Küstenpunkten ausstrahlten, waren die Araber von Maskat, die zweimal, und zwar zuletzt im 19. Jahrhundert, dem Antrieb zu einer sprunghaften, aber doch lose und punktförmig bleibenden Ausbreitung über einen großen Teil des Indischen Ozeans folgten. Auch Ormuz war einmal Mittelpunkt einer solchen Reichsbildung, die aber nicht ein Staatswesen nach europäischen Begriffen in sich schließt, sondern etwa dem entspricht, was heute das Sultanat Oman darstellt: eine lockere Oberherrschaft über Einzelstämme.

Sieht man von den anders gearteten Machtmitteln und ihrer Stärke ab, nimmt man ferner Australien und das weiße Südafrika aus, so ist die heutige Anwesenheit Englands in und um den Indischen Ozean schließlich im Typus auch nur eine in die Neuzeit übertragene Weiterbildung dieser Küstenkultur, und ihr, im Grunde genommen, wesensgleich. Nur der Kern, der gesicherte Gürtel unmittelbar beherrschter Inselposten, die jetzt zusammengefaßt worden sind, mit dem Schwerpunkt in Mauritius, ist fest.

Daß Malaien, Chinesen, Japaner ihre Ausdehnung nach den gleichen Gesetzen einrichten, kann hier nur angedeutet werden.

II.

Hat die Geopolitik, als Lehre von der Lebensform im Lebensraum, ein Mittel, um die Überleitung, den Umschlag von der ethnischen zur politischen Festsetzung zu bestimmen und festzulegen? Die Rechtswissenschaft gibt ihr dieses Mittel an die Hand. Faßbar und für eine vergleichende Beobachtung geeignet werden solche Erscheinungen erst, wenn sie eine gewisse Selbständigkeit gewonnen haben. Von diesem Standpunkt aus bleiben Erscheinungen wie die Settlements und Konzessionen[2]) in Ostasien (die japanischen Nihonmachi des Mittelalters in fremden Hafenstädten, die Hansaniederlassungen, das genuesische Galata, das 1453 während der Belagerung Konstantinopels neutral blieb, und ähnliche italienische Quartiere und Stadtstaaten mit eigenem Recht) besser ausgeschlossen; mögen sie nun schon ursprünglich geschlossene Niederlassungen gewesen sein oder auch erst aus einzelnen Einwanderern sich zusammengeballt naben, sie sind trotz Übereinstimmung in verschiedenen Zügen noch keine eigentlichen Wachsstumspitzen, auch wenn ihre Volkszahl weit größer ist, als etwa bei den Handelsniederlassungen des geschilderten portugiesischen Typs; es fehlt ihnen noch etwas, was den Prüfstein darstellt und sie erst wirklich heraushebt und abstechen läßt; eine Einwirkung auf die Selbstbestimmung des Wirtslandes oder wenigstens der Versuch und Anspruch dazu. Sie sind noch Übergangszustände und es müssen sich nicht notwendig Wachstumsspitzen im Sinne der politischen Geographie daraus entwickeln. Dem bloßen Zusammenleben auf nationaler Grundlage fehlt noch der politische Anspruch.

Hatschek untersucht dieses Hinübergleiten vom Personalverband zur territorialen Entwicklung an Hand der britischen Settlements, der Keimzellen der Kolonialbildung. Den Engländer begleiten sein heimisches Common law und seine subjektiven Freiheiten als „Geburtsrecht" überall hin.[3]) Das bewirkt, daß in einem Zusammenschluß englischer Kolonisten, deren heimische Einrichtungen früher oder später dorthin übertragen werden, aus einem Personalverband ein Gemeinwesen nach englischem Muster entstehen muß, und dieser Übergang zum Territorialverband kommt vor allem in Frage bei Staatsgebilden, die völkerrechtlich nicht vollwertig sind, sie kann dort durch die Form des Protektorats sogar umgekehrt zur Erstreckung der englischen Gerichtsbarkeit auch über die Eingeborenen führen. Die Tendenz zu dieser Entwicklung liegt in der englischen Rechtsidee begründet; der Überleitungsprozeß bleibt der Außenwelt oft lange verborgen.

Die ersten englischen Handelsfaktoreien in Indien waren ursprünglich Personalverbände, die allmählich territoriale Rechte der Engländer nach sich zogen, obwohl sich solche weder aus dem Völkerrecht noch aus dem englischen Staatsrecht herleiten ließen. Die portugiesischen Niederlassungen waren dagegen



von Anfang an zweifellos als politische gedacht. Die Handeltreibenden leiteten ihre rechtliche Stellung ausschließlich von ihrer eigenen Faktorei ab, das Mutterland hatte dann zuzusehen, wie es die Anmaßung territorialer Rechte durch seine Staatsangehörigen sich staatsrechtlich zu eigen machen konnte. Im Orient hatte England schon seit dem 16. Jahrhundert solche "Settlements"; die „Kapitulationen", die geduldete Übertragung von Hoheitsrechten an die Vertreter der fremden Mächte in der Türkei, sind ein Stadium dieser Überleitungsvorgänge.

Ein Musterbeispiel ist Britisch-Honduras. Ursprünglich eine von Engländern aus Jamaika auf spanischem Boden begründete Handelsfaktorei, ein Settlement, wurde es noch 1817 jedenfalls nicht als Teil der britischen Besitzungen oder gar als britisches Territorium angesprochen, nichtsdestoweniger richteten die englischen Kolonisten auf diesem spanischen Boden eine Legislatur nach englischem Muster ein, wie es zu den Freiheiten jedes Engländers gehört, und ihre Gesetze waren rechtsverbindlich für englische Gerichtshöfe. Spanien erkannte wohl die Ansiedlung an, gab aber seine Souveränitätsrechte nicht auf und behielt sie sich ausdrücklich vor; England richtete Gerichtshöfe ein, ohne territoriale Ansprüche zu erheben, und erst 1862 wurde das Gebiet zur britischen Kolonie erklärt. Das Kriterium für eine Wachstumsspitze, die Selbstbestimmung, war damit anerkannt.

In den chinesischen Vertragshäfen-Settlements ist dieser Zustand noch nicht erreicht, wir haben sie deshalb als Übergangserscheinungen bezeichnet. Sie ruhen auf dem reinen Personalprinzip, der Wirtsstaat übt die Gebietshoheit noch unbestritten aus, sie wird erst durch die völkerrechtliche Pacht beseitigt, und der Widerstand gegen das russische Bestreben, das russische Settlement in Tientsin zu befestigen, war ein Kennzeichen für das Bewußtsein, daß mit dieser Handlung der Übergang zur staatlichen Machtausübung schon beschritten worden wäre. Der Weltkrieg hat allerdings gezeigt, daß England geneigt war, die Niederlassungen als Territorialverband aufzufassen, um gegen die in ihnen angesiedelten Deutschen vorgehen zu können.

WICHTIGSTE LITERATUR.

Haushofer, K., Der Wiederaufstieg Südostasiens zur Selbstbestimmung; und

März, J., Das Schicksal überseeischer Wachstumsspitzen (Die Stützpunktpolitik der großen Mächte: Grundlagen und Entwicklung) unter dem gemeinsamen Titel „Zum Freiheitskampf in Ostasien" 1923 bei Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Halensee erschienen.

Hatschek, J., Britisches und Römisches Weltreich. München und Berlin 1921.

Strandes, J., Die Portugiesenzeit von Deutsch- und Britisch-Ostafrika. Berlin 1899.

Simon, K., Spanien und Portugal als See- und Kolonialmächte. Hamburg 1913.

ANMERKUNGEN

[1]) Siehe Haushofer-März, S. 374 ff., 218, 228, 365, 230 — Mit Benützung der Kiautschou-Akten des Reichsmarineamtes.

[2]) Grünfeld, E., Hafenkolonien und kolonieähnliche Verhältnisse in China, Japan und Korea. Jena 1913.

[3]) S. a. Froude, J. A., The Rise of Oceana: „The provincial, or the colonist, being unrepresented, suffers some actual injustice and imagines more. He conceives that he is deprived of his birthright. He cannot submit to an inferior position, and the alternative arises whether the mother country shall part with its empire or part with its own liberties."

OTTO MAYR:
DIE RÄUMLICHE AUSDEHNUNG DES ABENDLÄNDISCHEN KULTURKREISES IN OSWALD SPENGLERS „UNTERGANG DES ABENDLANDES"

Oswald Spenglers „Untergang des Abendlandes" ist eine Geschichtsphilosophie. Alles historische Geschehen ist an den Boden, an eine bestimmte Landschaft gebunden. Für Spengler spielt sich aber alles historische und kulturelle Leben im Rahmen, in der Form von großen Kulturen ab; Kultur ist für ihn kein bloßer Begriff, sondern lebendiges, organisches Sein, das einer bestimmten Landschaft angehört und an einen festen Raum gebunden ist, durch den die Kultur sich entwickelt. Und zwar spricht Spengler von einer genau abgegrenzten Landschaft, an die ihre Kultur pflanzenhaft gebunden bleibt. „Die Menschengeschichte ringt sich so schwer von der Geschichte einer Landschaft ab und bleibt mit tausend Wurzeln so tief mit ihr verbunden, daß man ohne sie das Leben, die Seele, das Denken gar nicht verstehen kann" (II, 45). Dieser Satz läßt darauf schließen, daß Spengler den letzten Grund für die Verschiedenheiten der Einzelkulturen in der Verschiedenheit des Charakters ihrer mütterlichen Landschaft sieht. Tatsächlich erweist sich nach Spengler der Geist einer Kulturseele identisch mit der Seele ihres Mutterbodens und der Landschaftsnatur. Die Kultur nimmt ihr höchstes, ihr Ursymbol aus der Landschaft. „Der ägyptische heilige Weg, das Bild des Lebens, ist ein Strom. Es ist der Nil selbst, der mit dem Ursymbol der Richtung eins wird. Der Geist der mütterlichen Landschaft vereinigt sich mit der aus ihr entsprungenen Seele" (I, 263). Die Hügelebenen der Landschaft am Hoangho wurden das Ursymbol für den chinesischen Lebenspfad, den die verschlungenen Pfade der chinesischen Gartenarchitektur wiedergeben sollen. „Ganz ebenso knüpft sich das euklidische Dasein der antiken Kultur in geheimnisvoller Weise an die vielen kleinen Inseln und Vorgebirge des ägäischen Meeres und die stets im Unendlichen schweifende Leidenschaft des Abendlandes an die weiten fränkischen, burgundischen, sächsischen Ebenen" (I, 263). Der Hochwald der nordischen Ebenen wurde Symbol für die romanischen und gotischen Dome mit ihrem einflutenden Licht. Die Zypresse und Pinie sind körperhafte Bäume, Eiche, Buche und Linde drücken das abendländische Streben in die unendliche Weite aus; so ist auch die „Weltesche" ein Symbol in der nordischen Mythologie geworden. Doch will Spengler den Zusammenhang zwischen Natur und Kultur nicht so aufgefaßt wissen, als böte die Natur einer Landschaft den Anlaß für das Aufblühen einer Kultur gerade auf diesem Boden. „Daß die hohen Kulturen in dieser Zahl, an diesen Orten und zu dieser Zeit entstanden, ist für das menschliche Auge ein Zufall ohne tieferen Sinn" (II, 43). „Daß innerhalb der Menschengeschichte der Typus der hohen Kulturen erscheint, ist ein Zufall, dessen Sinn nicht nachprüfbar ist.

Es ist auch ungewiß, ob nicht ein plötzliches Ereignis im Dasein der Erde eine ganz andere Form zum Vorschein bringt." Die Landschaft gibt der auf ihr erblühenden Kultur den Stil, den Charakter und macht es ihr dadurch unmöglich, sich im Lauf ihrer Entwicklung von ihr als ihrem Ausgangspunkt loszulösen, so wie auch eine Pflanze ihren mütterlichen Boden nicht verlassen kann.

Das Ursymbol der abendländischen Kultur ist demnach die Unendlichkeit der nordischen Ebenen mit ihren Wäldern, Wiesen und Seen. Diese Ebenen bilden nach Spengler die eigentliche Kernlandschaft, den Mutterschoß der abendländischen Kultur. Spengler hat jedoch — entsprechend dem mehr künstlerischen als systematischen Aufbau seines Werkes — an keiner Stelle diese Kernlandschaft genau und erschöpfend umgrenzt; es müssen daher aus zerstreuten und oft nur nebensächlich erwähnten Angaben die Grenzen dieses Raumes entnommen werden. Die deutlichste Stelle lautet: „Alles, was europäische Kultur heißt, entstand zwischen Weichsel, Adria und Guadalquivir (I, 22). Weniger klar sind Ausdrücke wie: „Die faustische Landschaft von der Provence der Troubadoure bis zum Hildesheimer Dom" (I, 145) oder: „Die abendländische Kultur blühte in den nordischen Ebenen zwischen Elbe und Tajo auf." Andere Stellen ergeben, daß Spengler weder Polen noch Ungarn, weder Griechenland noch Rumänien zur abendländischen Kernlandschaft zählt. Sie gehören überhaupt nicht zum Okzident, sondern zum Orient — eine Einteilung, die Spengler anstelle des überlebten Begriffs „Europa" eingeführt wissen will. Gotisches Lebensgefühl spricht aus den altnordischen Völkern, z. B. den Wikingern, wie aus den Spaniern und Portugiesen, welche die großen Entdeckungen vollbrachten; denn „nur die faustische Kultur überwand die geographischen Schranken, durch ihren Unendlichkeitsdrang." Und darum haben wir von der eigentlichen Kernlandschaft jene Länder und Völker zu unterscheiden, die nicht innerhalb des ursprünglichen Kulturbereichs liegen, die nicht selbst Kultur besitzen, sondern von ihr angezogen werden, um dann passiv an ihr teilzuhaben wie Karthago an der antiken Kultur. Die deutlichste Stelle dieser Art lautet (II, 128): „Gewiß haben die Hansastädte in ihren nordrussischen Stapelplätzen gotisch, und die Spanier in Südamerika im Barockstil gebaut, aber es ist unmöglich, daß auch nur der kleinste Abschnitt der gotischen Stilgeschichte außerhalb Westeuropas verlaufen wäre." Darum kann man den Machtbereich der abendländischen Kultur, die ja nach Sprengler nur bis 1800 oder genauer bis zu Beginn der französchen Revolution währte, soweit ausdehnen, als die europäische Kolonisation vorgedrungen ist. Spengler denkt hier besonders an das spanische Mexiko, das portugiesische Vorderindien, Rußland und Polen, wo französische und italienische Baumeister arbeiten. So wurde das gewaltige Gebiet östlich der Elbe erst durch Albrecht den Bären, Heinrich den Löwen und die Deutschordensritter der abendländischen Kultur gewonnen,



indem sie gotischen Geist in den slavischen Osten trugen, allerdings schon in so frühen Jahrhunderten unserer Kulturepoche, daß dem Randgebiet der deutschen Kolonisation jener Philosoph entwachsen konnte, der die abendländische Philosophie auf ihren Höhepunkt führte. Jene Teile Polens und der Ostseeprovinzen dagegen, die von der deutschen Kolonisation nicht durchgreifend erfaßt wurden, haben nie zur abendländischen Kultur gehört. Libau und Riga sind nur durch ihre Beziehungen zur Hansa zu westeuropäischen Städten geworden, während es schon fraglich ist, ob Dorpat eine deutsche Universitätsstadt genannt werden darf. Im Ganzen dürfte es aber unmöglich sein eine feste Linie zu ziehen, die den Machtbereich der abendländischen Kultur nach Osten abgrenzt, ebensowenig wie sich das Vordringen der deutschen Siedlungen in Polen und Rußland durch eine Linie bestimmen läßt. Das eigentliche Rußland hat nie zur abendländischen Kultur gehört; es begann erst in den Kreis der westeuropäischen Großmächte und das Kulturleben einzutreten, als die abendländische Kultur bereits der Zivilisation zu weichen begann. „Die Russen stehen als Volk abendländischen Stils in unserer Geschichte von der großen Katharina bis zum Untergang des petrinischen Zarentums" (II, 487). Nur die von Spengler geahnte Zukunft einer eigenen kulturellen Entwicklung hebt Rußland aus dem Kreis jener Länder und Nationen heraus, die der abendländischen Zivilisation verfallen sind. Dies ist aber heute die ganze bewohnte Erde. „Jede zivilisierte Form ist überall zu Hause und verfällt deshalb, sobald sie erscheint, einer unbegrenzten Verbreitung" (II, 128). „Das Einflußgebiet der abendländischen Kultur wird schon beinahe der Erdoberfläche gleichbedeutend. Japaner, Juden und Russen stehen unter dem geistigen Zauber der abendländischen Zivilisation."

Spengler bedient sich gern des Ausdrucks: „Westeuropäisch-amerikanische Kultur", nicht weil Amerika jemals in der abendländischen Kultur eine Rolle gespielt hätte — „Die nordamerikanischen Kolonien spielen in der westeuropäischen Staatengeschichte erst mit, als die abendländische Kultur sich ihrem Ende zuneigte" — sondern weil die Zivilisation ihre großartigsten Formen in der neuen Welt annehmen wird. Wie der Schwerpunkt der antiken Zivilisation nicht in der Heimat der antiken Kultur, der Balkanhalbinsel, sondern auf der Apenninenhalbinsel lag, so wird der Schwerpunkt vom alten Europa mehr und mehr nach der „Neuen Welt" verlegt. „Washington hat innerhalb der westeuropäisch-amerikanischen Kultur den ersten großstädtischen Grundriß" (II, 119). Dagegen „ist es unmöglich, daß ein dogmatischer Schritt des faustischen Christentums in Amerika getan würde" (II, 341).

Es fällt auf, daß Spengler bei der Abgrenzung des magisch-arabischen Kulturkreises, ja sogar für seine verschiedenen Epochen viel deutlichere und prägnantere Punkte angibt als für das Abendland. Vielleicht hat ihm gerade die zeitliche

und örtliche Nähe des letzteren unmöglich gemacht, sich für scharfe Grenzen zu entscheiden. Indem nach Spengler eine Kultur wie der einzelne Kunststil an Nationen und Völkern keine Grenze findet, andrerseits aber innerhalb ihres Gebietes teils zurückgebliebene, teils minderwertige oder entartete Stämme leben können, ohne an ihrer Entwicklung innerlich beteiligt zu sein, z. B. die Basken, so ist es äußerst heikel und auch wenig fruchtbar, rein geographische Grenzen bestimmen zu wollen. Wie sich (II, 103) zwischen der alten minoischen und jungen mykenischen Kunst keine scharfen Grenzen ziehen lassen, so trägt auch manche Stadt des östlichen Randgebiets unserer Kultur nach ihren Gebäuden, Kirchen und dem Straßenbild ein teils russisches, teils westliches Gepräge.

Dagegen vermissen wir an Spenglers Kulturphilosophie eine ihr entsprechende Konzeption und Formulierung eines klaren und eindeutigen geographischen Weltbildes. Zweifellos ist in diesem universalen Werk, das die Ergebnisse aller Wissenschaften überblickt und verwertet, die Geographie am schlechtesten weggekommen; sonst hätte sich Spengler bei der Kennzeichnung der abendländischen Kulturlandschaft nicht mit dem vagen Begriff der nordischen Ebenen begnügt, die das Landschaftsbild Westeuropas nicht überwiegend beherrschen; man denke nur an das Heimatland der Edda. Es herrschen in Spenglers Buch zu selbstherrlich die kulturgeschichtlichen Ideen vor, statt daß diese in einer vertieften Anschauung und Darstellung des geographischen Gepräges des Kulturschauplatzes einen Prüfstein und ihre Rechtfertigung gefunden hätten.

O. BASCHIN:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER ANTARKTIS

Bis vor kurzem konnte man bezweifeln, ob jener eisumpanzerte Kontinent im fernen Süden, der von allen menschlichen Wohnplätzen am weitesten entfernt ist, jemals eine geopolitische Bedeutung gewinnen würde. Denn es gibt kein Land auf der Erde, das ihm an Unwirtlichkeit gleichkäme, und nirgends hat man bisher abbauwürdige Bodenschätze irgend welcher Art gefunden. Erst die vor kurzem bekannt gewordene Besitzergreifung großer Teile des Südpolargietes durch England hat auch weiteren Kreisen zum Bewußtsein gebracht, daß die Antarktis doch nicht, wie heute noch manche harmlose Diplomaten glauben, ein so ganz wertloser, unproduktiver Teil unseres Erdballs sein kann.

Wie bei der Arktis (vergl. Zeitschrift für Geopolitik, 1924, II. Halbband, Seite 510–517), so haben auch hier im Laufe der Geschichte die Ziele und Triebkräfte vielfach gewechselt, welche die Menschheit veranlaßten, die Erreichung und Erforschung jener abgelegenen Ländermassen anzustreben.

Es ist kein Zufall, daß die Umgebung des Südpols später bekannt wurde, als alle anderen größeren Landmassen; denn naturgemäß wachsen mit der Entfernung von den Wohnsitzen der Menschen auch die Schwierigkeiten der Erforschung. Wir Zeitgenossen des 20. Jahrhunderts, denen das Antlitz der Erde in seinen großen Zügen bekannt und vertraut ist, werden uns freilich bei der, die größten Entfernungen mühelos überbrückenden Ausdehnung unseres Weltverkehrs, des Gegensatzes zwischen bewohnten und unbewohnten Teilen der Erde kaum noch bewußt. Im klassischen Altertum dagegen spielte dieser Gegensatz eine große Rolle, und die bewohnte Erde, die „Oikumene" der Griechen, wurde für eine große, rings vom Ozean umgebene Insel gehalten, die einen Teil der Nordhälfte der Erdkugel einnahm. Diese Auffassung tritt uns in der Weltkarte des zu Beginn unserer Zeitrechnung lebenden griechischen Geographen Strabo entgegen. Bereits nach wenigen Jahrzehnten modifizierte Pomponius Mela, der erste geographische Schriftsteller, der sich der lateinischen Sprache bediente, das Weltbild dahin, daß er südlich der Oikumene eine andere, etwa ebenso große Weltinsel, den „alter orbis" annahm, wie es scheint, aus Gründen der Symmetrie. Auch in späteren Jahrhunderten treffen wir noch öfter auf die Anschauung, daß eine Erdkugel, die einseitig auf der Nordhälfte mit schweren Landmassen beladen sei, nicht im Gleichgewicht bleiben könne, und daß daher auch eine zweite große Landmasse im Süden vorhanden sein müsse.

Auf diese Weise bürgerte sich allmählich die Vorstellung von einem großen unbekannten Südkontinent, der „Terra Australis Incognita" ein, die durch die Autorität des im Altertum maßgebenden Geographen, Claudius Ptolemäus, stark gestützt wurde. Er zog um das Jahr 150 nach Christi Geburt die Grenzen jenes hypothetischen Südlandes so, daß es Südostasien mit Afrika verband, sich von dort weiter westwärts erstreckte und den Atlantischen Ozean im Süden abschloß. Dieses Weltbild behielt seine Gültigkeit auch während des größten Teils des Mittelalters. Erst das Zeitalter der großen Entdeckungen, die gewaltigen Erfolge von Kolumbus, die Seefahrten Vasco da Gamas und seiner Nachfolger zwangen die Menschheit, ihre Anschauungen über die Verteilung von Land und Wasser gründlich zu reformieren, um das Kartenbild mit den Resultaten der Entdeckungsreisen in Einklang zu bringen.

Wenn nun in der Folgezeit weit im Süden Land gesichtet wurde, so hielt man es in der Regel für einen Ausläufer des unbekannten Südlandes, ein Schicksal, das auch dem um das Jahr 1600 entdeckten Kontinent Australien beschieden wurde, dessen Name sich aus dieser falschen Anschauung herleiten dürfte. Selbst der berühmte Reformator der Kartographie, Gerhard Merkator, stellte die Terra Australis noch 1648 in der alten Weise dar, trotzdem der Holländer Abel Tasman bereits mehrere Jahre vorher Australien umsegelt und damit die Selbständigkeit des neuen Erdteils festgestellt hatte. Es erscheint uns heute, da wir gewohnt sind, von jedem Fortschritt des menschlichen Wissens

bereits nach wenigen Tagen oder Wochen durch die Tageszeitungen oder Fachzeitschriften zu erfahren, schier unglaublich, daß in jenem Zeitalter der großen Entdeckungen viele Jahrzehnte erforderlich waren, bevor die verbürgten Resultate von Forschungsreisen in das Bewußtsein der gebildeten Welt eindrangen und sich soweit zur Anerkennung durchrangen, daß sie von den Kartographen berücksichtigt wurden. Allerdings darf man nicht vergessen, daß selbst damals noch die Erdkarte des Ptolemäus eine weitgehende Autorität genoß und der Hypothese von dem großen unbekannten Südland immer neue Nahrung zuführte. Erst im 18. Jahrhundert, als zahlreiche Schiffsexpeditionen das Südland immer wieder vergebens suchten, wurde der Glaube an dessen Vorhandensein ernstlich erschüttert. Die fortschreitende Erweiterung unserer Kenntnis der Verteilung von Wasser und Land, welche die großen Seereisen im Gefolge hatten, und die immer schärfere Erfassung der wirklichen Gestalt des Weltbildes, mußten schließlich dazu führen, daß energische Naturen den Plan, über die bis dahin befahrenen Meeresteile hinaus in die Antarktis selbst vorzudringen und dort das mysteriöse Südland aufzusuchen, nicht nur faßten, sondern auch in die Tat umsetzten.

Einen ersten Versuch dazu bedeutete die Expedition des Franzosen Bouvet de Loziers, der im Jahre 1738 mit zwei Schiffen und 160 Mann Besatzung von Lorient ausfuhr, „pour aller découvrir les Terres Australes". Am 1. Januar 1739 entdeckte er etwa 2600 Kilometer südsüdwestlich vom Kap der Guten Hoffnung ein völlig schneebedecktes, eisumpanzertes Land, dessen Inselnatur zwar vermutet aber nicht festgestellt werden konnte. Diese Bouvet-Insel wurde später wiederholt gesucht, meist jedoch ohne Erfolg. Erst der deutschen Tiefsee-Expedition auf dem Dampfer „Valdivia", die in den Jahren 1898—1899 den südlichen Atlantischen und Indischen Ozean erforschte, gelang es, im November 1898 die Insel zu umfahren, ihre Größe festzustellen und ihre geographische Lage genau zu bestimmen. Es stellte sich heraus, daß sie weiter im Südwesten lag, als man bis dahin angenommen hatte, nämlich noch jenseits des 54. Breitengrades.

Nach dieser Breitenlage könnte die Bouvet-Insel eigentlich der Südpolarzone, die ja erst am Südpolarkreis, also in 66½ Grad südlicher Breite beginnt, nicht zugerechnet werden. Man darf aber den Begriff „Südpolargebiet" nicht mit dem rein astronomisch-geographisch definierten der „Südpolarzone" identifizieren. Es sind zwar von verschiedenen Seiten Versuche gemacht worden, eine Linie festzusetzen, durch welche das Südpolargebiet nach Norden hin abgegrenzt wird, jedoch bisher ohne wesentlichen Erfolg. Die Abgrenzung ist hier nämlich noch weit schwieriger als im Nordpolargebiet, wo man bereits zu einer gewissen Einigung über die konventionelle Grenze gelangt ist. Während aber in der Arktis vielfach die Landzusammenhänge für den Verlauf der Grenzlinie entscheidend sind, ist für die Begrenzung der Antarktis in erster Linie das Klima maßgebend, und vom klimatischen Gesichtspunkt aus muß man die Bouvet-Insel unzweifelhaft zum Südpolargebiet rechnen. Denn obgleich sie in einer geographischen Breite liegt, welcher auf der Nordhalbkugel etwa diejenige von Helgoland entspricht, ist sie bis zu dem jähen Absturz der Küste im Sommer völlig mit Schnee bedeckt, und mächtige Gletscher ziehen sich von dem, fast 1000 Meter hohen Hauptberge der Insel, der offenbar ein alter Vulkan ist, bis ins Meer hinab. Die Sichtung der Bouvet-Insel im Jahre 1739 bedeutet also die erste sicher festgestellte Entdeckung eines Südpolarlandes. Den gleichen Typus finden wir im Norden erst 25 Breitengrade weiter polwärts in den nördlichsten Inselgruppen unserer Erde.

Das Verdienst, sich zuerst in die unbekannten Gewässer der Südpolarzone gewagt und dem Fabelgebilde des hypothetischen Südlandes endgültig den Garaus gemacht zu haben, gebührt James Cook, jenem berühmten britischen Seefahrer, dessen drei große, in den Jahren 1768—1779 ausgeführte weltumspannende Schiffsreisen mehr als alle früheren und späteren dazu beigetragen haben, uns Wasser und Land in ihrer wirklichen Verteilung auf unserer Erdkugel kennen zu lehren. Im Januar 1773 drang er zum ersten Male in die eigentliche Südpolarzone ein und überschritt im Dezember desselben Jahres zum zweiten, im Januar 1774 zum dritten Male den Südpolarkreis. Auf diesem Vorstoß erreichte er die hohe Breite von 71 Grad 10

Minuten, kam also dem Südpol bis auf 2100 Kilometer nahe. Nirgends aber fand er Land, und somit war die Nichtexistenz des großen Südlandes in dem bis dahin vermuteten Ausmaß nachgewiesen und der Glaube an die Terra Australis, der fast zwei Jahrtausende die Menschheit beherrscht hatte, endgültig zerstört.

Aber trotzdem Cook kein Land gefunden hat, verdanken wir ihm doch eine wichtige Entdeckung. Er hat uns die Kunde von dem, nun an die Stelle der Terra Australis getretenen freien Südmeer vermittelt, jenem gewaltigen Meeresring, der sich durch die Einheitlichkeit seiner Wind- und Strömungsverhältnisse in bemerkenswerter Weise von allen anderen Meeren der Erde unterscheidet. Er hat ferner auf die große wirtschaftliche Bedeutung des Südmeeres aufmerksam gemacht, die es seinem Reichtum an Walen, See-Elefanten und anderen Robbenarten verdankt.

Nun wiederholte sich in der Antarktis derselbe Vorgang, der zwei Jahrhunderte vorher im Nordpolargebiet eine Verschiebung in den Zielen der Polarforschung zuwege gebracht hatte. An die Stelle der Entdeckungsfahrten traten Fangexpeditionen, angelockt durch die Nachrichten Cooks über die wertvollen Pelz- und Trantiere. Gewitzigt durch die früheren Erfahrungen im Nordpolarmeere gingen die Fangschiffer aber nunmehr, um die Konkurrenz nach Möglichkeit auszuschalten, vielfach in aller Heimlichkeit zu Werke, was ihnen in den Einöden des Südmeeres auch viel leichter gelang als im Norden.

So kam es, daß bereits wenige Jahre nach dem Bekanntwerden von Cooks Berichten die Herden von See-Elefanten und Pelzrobben in Süd-Georgien durch englische und amerikanische Fangexpeditionen fast völlig vernichtet waren. Erst in diesem Jahrhundert wurde bekannt, daß auf dem subantarktischen Archipel im Süden des Atlantischen Ozeans bereits seit 1812 eine Station für amerikanische Robbenschläger bestand, die von diesen fast ein Jahrhundert lang verheimlicht worden war.

Die Folgen jener Ausrottungsjagden machten sich bald in einer erheblichen Verminderung der Wale und Robben in allen leichter zugänglichen Teilen der Antarktis bemerkbar, und immer entlegenere Gegenden mußten die Robbenschläger aufsuchen, um auf ihre Kosten zu kommen. Je weiter man aber nach Süden vordrang, um so größer erwiesen sich auch die Gefahren des Eises und des Klimas. Eine unfreiwillige Überwinterung, wie wir deren viele aus dem Nordpolargebiet kennen, wurde in der Antarktis mit Recht so sehr gefürchtet, daß bis zum Jahre 1898, wo eine belgische wissenschaftliche Expedition länger als ein Jahr vom Eise eingeschlossen wurde, keine Überwinterung in der Antarktis bekannt geworden ist.

Immer seltener kamen Fangschiffer in hohe südliche Breiten, und das Interesse für die Südpolarforschung wäre wohl ganz erloschen, wenn nicht neu auftauchende wissenschaftliche Probleme plötzlich bei allen Nationen eine mächtige Begeisterung für die Erforschung des höchsten Südens angefacht hätten.

Im Jahre 1831 war gelegentlich einer Nordpolarexpedition von vierjähriger Dauer unter Leitung von John Roß durch dessen Neffen, James Clark Roß, auf einer Schlittenreise der nördliche Magnetpol der Erde erreicht worden, und um dieselbe Zeit bot Alexander von Humboldt seinen ganzen Einfluß auf, um die Regierungen aller zivilisierten Staaten zur Ausführung erdmagnetischer Messungen in den verschiedensten Gegenden unserer Erde zu veranlassen. Weniga Jahre später veröffentlichte der berühmte Göttinger Mathematiker und Physiker Karl Friedrich Gauß eine neue Theorie des Erdmagnetismus, in welcher er den Nachweis erbrachte, daß man die jeweilige Richtung der Kompaßnadel für alle Punkte des festen Landes wie des Meeres mit einer für die Zwecke der Schiffahrt ausreichenden Genauigkeit im voraus berechnen könne, wenn aus bestimmten Gebieten, vor allem aus der Nähe der magnetischen Erdpole, exakte erdmagnetische Messungen vorlägen. Es fehlten damals, um diese, für den Seeverkehr auf allen Meeren so überaus wichtigen Rechnungen durchzuführen, namentlich Messungen aus der Nähe des Südpols, ja überhaupt aus der Südpolarzone, innerhalb deren bis dahin keine einzige magnetische Messung angestellt worden war.

Es folgte nun jene klassische Epoche der antarktischen Entdeckungen und wissenschaftlichen Erforschungen in dem Südpolargebiet um das Jahr

1840, in welcher zwei französische Schiffe unter Dumont d'Urville, fünf amerikanische unter Wilkes und zwei englische unter Roß eine räumliche Erweiterung unserer Kenntnis von der Arktis zuwege brachten, die auf Jahrzehnte hinaus nicht übertroffen wurde. Namentlich gilt dies von den Reisen des Engländers James Clark Roß, dessen Ehrgeiz dahin ging, nach der Entdeckung des nördlichen Magnetpoles unserer Erde auch deren südlichen Pol zu erreichen. Es glückte ihm, das gebirgige Viktorialand zu entdecken, die sich östlich anschließende Eismauer mehrere Hundert Kilometer weit zu erkunden und schließlich im Februar 1842 die hohe südliche Breite von 78 Grad 10 Minuten zu erreichen. Bis um die Wende des Jahrhunderts ist diese, mit dem Schleier des Geheimnisses umhüllte Eisbarriere der südlichste Teil der bekannten Erde geblieben. Zahlreiche meteorologische, ozeanographische, erdmagnetische und andere geophysikalische Messungen schufen gleichzeitig die Grundlagen für eine wissenschaftliche Kenntnis des äußersten Südens.

So klingt diese glänzende Epoche der Südpolarforschung in harmonischer Weise aus, aber leider war damit auch das allgemeine Interesse an der Antarktis erschöpft und wandte sich nunmehr wieder anderen Aufgaben zu, vor allem der Aufsuchung jener von Franklin geführten, verschollenen Nordpolarexpedition. Alle Kräfte der britischen Nation wurden damals für diese Rettungsexpeditionen beansprucht, so daß selbst der Nachdruck, mit dem Roß auf den kommerziellen Wert des Walfangs in den von ihm erschlossenen Meeresteilen hinwies, ohne Widerhall blieb.

Auch in der Folgezeit gelang es nicht, die Anteilnahme an der Südpolarforschung neu zu beleben, so große Mühe sich auch der amerikanische Kapitän Maury und der Deutsche Geophysiker Georg Neumayer darum gaben. Diese beiden hervorragenden Hydrographen wirkten seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts mit rastloser Energie, begeisterter Hingebung und glänzendem Erfolge dahin, den Seefahrern Anweisungen über die Seewege auszuarbeiten, auf denen sie am schnellsten und sichersten ihre Reisen vollenden konnten. Durch solche Segelanweisungen wurde die Nautik aus dem Stadium einer empirischen Praxis in dasjenige einer angewandten Wissenschaft gehoben, und wenn heute die Seereisen ihre früheren Gefahren verloren haben, so ist dies zum wesentlichen Teil ein Verdienst der genannten Forscher.

In dem Bestreben, den mathematisch kürzesten Weg zwischen zwei Häfen zu wählen, machte man in jener Zeit den Versuch, das Segeln auf dem größten Kreise der Erdkugel einzuführen, also z. B. bei einer Fahrt von Südafrika ostwärts nach Südaustralien nicht den östlichen Kurs beizubehalten, sondern nach Süden auszubiegen. Am deutlichsten erkennt man den daraus entspringenden Vorteil bei der Betrachtung eines Globus. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß z. B. eine Reise von Kapstadt nach Melbourne erheblich länger ist, wenn das Schiff sich stets in der Nähe des 40. Parallelkreises hält, dagegen beträchtlich abgekürzt wird, wenn es, zunächst nach Südosten fahrend, sich auf der ersten Hälfte der Fahrt dem Polarkreise nähert und auf der zweiten sich von demselben in nordöstlicher Richtung wieder entfernt. Dieses Bestreben nun, weit nach Süden auszubiegen, führte in jener Zeit zur Auffindung einiger subantarktischer Inselgruppen im Indischen Ozean. Gleichzeitig aber zeigte sich, was in den seefahrenden Kreisen damals noch nicht bekannt war, daß die gewaltigen antarktischen Eisberge durch Winde und Meeresströmungen in viel größerem Ausmaße äquatorwärts getrieben werden als die nordpolaren, daß also die von ihnen drohenden Gefahren für die Schiffahrt im Süden größer sind als im Norden. Dieser Grund war hinreichend, um ein Aufgeben der gefährlicheren Route zu veranlassen, so daß der Weltverkehr heute wieder den zwar weiteren, aber sichereren nördlichen Weg bevorzugt.

Es ist bemerkenswert und charakteristisch für die nationale Eigenart der Völker, daß bis dahin fast ausschließlich Angehörige fremder Nationen, hauptsächlich Briten, sich bei der Erforschung der Antarktis aktiv beteiligt hatten, während es deutsche Gelehrte, Humboldt, Gauß und Neumayer, waren, welche die Probleme stellten, deren Lösung anzustreben war, und welche die Wege dazu wiesen. Umso lebhafter aber wurde nach dem politischen Zusammenschluß der deutschen Nation der Wunsch, nunmehr auch von deutscher Seite aktiv in die Süd-

polarforschung einzugreifen. Seit 1873 sehen wir daher deutsche Schiffe in den Meeresteilen südlich von Amerika tätig, denen manche neue Entdeckungen, namentlich an den Küsten von Grahamland zu verdanken sind.

Schon aber bereitete sich eine neue Periode vor, die eine systematische wissenschaftliche Erforschung der Südpolarregionen zum Ziel hatte. Als ihren Vorläufer darf man den Norweger Borchgrevink betrachten, der im Januar 1895 als erster Mensch seinen Fuß auf den Südpolarkontinent setzte, sowie die belgische Expedition auf der „Belgica" unter Leitung von de Gerlache, welche 1898 die erste Überwinterung in der Antarktis durchmachte und uns dadurch die Kenntnis des antarktischen Winterklimas erschloß. Inzwischen hatten die Anschauungen, die 1882-1883 eine internationale Erforschung der physikalischen Verhältnisse in der Nordpolarregion zuwege brachten, immer weiter an Boden gewonnen. Gerade die eben erwähnten Expeditionen und die wissenschaftlichen Resultate, die sich aus ihren, auch während des Winters auf der See wie auf dem Lande angestellten Messungen ergaben, trugen nun dazu bei, die Erweiterung der räumlichen Kenntnis durch Einzel-Expeditionen an Bedeutung zurücktreten zu lassen gegen die Erforschung der physikalischen Verhältnisse, die sich nur durch gemeinschaftliches und gleichzeitiges Arbeiten mehrerer Expeditionen nach festgelegten Methoden und vereinbartem Schema erzielen ließ. Die zahlreichen Anregungen, die schon früher nach dieser Richtung vereinzelt ergangen waren, verdichteten sich immer mehr zu einem festen Plan, der schließlich seinen bestimmten Ausdruck in einem Beschlusse des 1899 in Berlin tagenden Internationalen Geographen-Kongresses fand.

Diese internationale Südpolarforschung nahm 1901 ihren Anfang, indem eine deutsche Expedition auf dem Schiff „Gauß" unter Leitung Erich von Drygalski's, eine englische auf der „Discovery" unter Kapitän Scott und eine schwedische auf der „Antarctic" unter Otto Nordenskjöld an verschiedenen Stellen so weit als möglich nach Süden vorstießen, auf dem Festlande oder in dessen Nähe eine Station errichteten und ein, beziehungsweise zwei Jahre lang nach gemeinschaftlichem Plane Beobachtungen anstellten. Die Ergebnisse dieser Expeditionen sind bekannt, insbesondere diejenigen der Deutschen unter Erich von Drygalsky, welcher sich den unbekanntesten und am stärksten vereisten Teil des antarktischen Küstengebietes im Süden des Indischen Ozeans zum Forschungsfeld ausersehen hatte.

Auf den so gewonnenen Erkenntnissen fußend, setzten in der Folgezeit schottische, französische, englische, deutsche und norwegische Forscher das begonnene Werk fort. Im Süden des Atlantischen Ozeans entdeckte Bruce auf der „Scotia" 1904 Coats-Land, Filchner auf der „Deutschland" 1912 Prinzregent-Luitpold-Land, Charcot untersuchte mit dem „Français" die Fortsetzung des Grahamlandes nach Westen und englische Expeditionen unter Shackleton und Scott stießen in Süd-Viktorialand weit nach Süden vor. Letzterem gelang es, im Januar 1912 bis zum Südpol zu kommen, den jedoch der Norweger Amundsen bereits einen Monat früher erreicht hatte. Eine australische Expedition unter Mawson schließlich erschloß die ganze, südlich von Australien gelegene Küstenstrecke unserer Kenntnis. Amundsens Station „Framheim" erwies sich dabei als die kälteste, Mawsons Hauptquartier „Commonwealth-Bai" als der weitaus stürmischste Ort des bis jetzt bekannten Teiles unseres Erdballs.

Nunmehr scheint auch diese Periode wissenschaftlicher Erforschung der Antarktis zu einem gewissen Abschluß gekommen zu sein, und neue Triebkräfte müssen an die Stelle der alten treten. Der Drang nach Beschaffung von technisch verwertbaren Rohstoffen einerseits und die Ernährungsproplemе der neuesten Zeit andererseits sind es gewesen, denen eine Wiederbelebung des Interesses für die Antarktis zugeschrieben werden muß. Insbesondere ist der Reichtum der südlichen Wale und Robben an Öl so groß, daß alljährlich mehrere hunderttausend Barrels gewonnen werden. Das Walöl findet ausgedehnte Verwendung in der Seifenfabrikation und liefert als Nebenprodukt Glyzerin, das während des Weltkrieges von besonderer Bedeutung für England wurde, weil es zur Herstellung von Nitroglyzerin und anderen Sprengstoffen diente. Einen großen Aufschwung hatte der Walfang in hohen südlichen Breiten

genommen, seitdem die Compania Argentina de Pesca 1904 auf der Insel Süd-Georgien eine Walstation angelegt hatte und die Wale nach modernen Methoden jagte, wobei die Tiere aus Kanonen beschossen wurden, deren Geschosse eiserne, mit Sprenggranaten versehene Harpunen sind. In den folgenden Jahren nahm die Zahl der Walfangstationen rasch zu, und nach den letzten zur Verfügung stehenden Nachrichten sind auf Süd-Georgien vier norwegische, drei britische und eine argentinische Gesellschaft mit dem Walfang beschäftigt, die sämtlich Küstenstationen zur Bearbeitung der Fänge haben. Auf den Süd-Shetland-Inseln befindet sich nur eine feste Station auf der Deception-Insel; im übrigen wird der Fang hier auf schwimmenden Faktoreien bearbeitet, da passende Plätze an Land fehlen. Die Zahl der Fangschiffe betrug vor dem Kriege in Süd-Georgien 21, auf den Süd-Shetland-Inseln 32. Außer den Küstenstationen gab es in Süd-Georgien 2, auf den Süd-Shetland-Inseln 12 schwimmende Faktoreien, doch hat ihre Zahl während des Krieges stark abgenommen.

Mit dem Weitblick, welcher der englischen Politik von jeher eigen gewesen ist, hat es die britische Nation verstanden, sich in erster Linie die Ausnutzung dieser Rohstoffquellen zu sichern. In aller Stille wurden bereits 1908 die subantarktischen Inselgruppen von Süd-Georgien, Süd-Orkneys, Süd-Shetlands, Süd-Sandwich, sowie Grahamland dem Gouvernement der Falkland-Inseln unterstellt und während des Krieges im Jahre 1917 dieses neue britische Kolonialgebiet auf die umliegenden Meeresteile und das benachbarte südpolare Festland bis zum Südpol ausgedehnt. Bezeichnenderweise waren die betreffenden Regierungs-Erlasse der Jahre 1908 und 1917 nicht in der „London Gazette“ sondern nur in der „Government Gazette“ der Falkland-Inseln veröffentlicht worden, so daß diese Erweiterung des englischen Kolonialbesitzes lange Zeit ziemlich unbekannt blieb. Anerkennen muß man aber, daß die englische Regierung schon 1907 eine Kommission einsetzte, um Maßregeln zum Schutz der Wal-Industrie, sowie zur Entwicklung anderer Erwerbszweige zu treffen. Hierbei sollten nicht nur wirtschaftliche Fragen Berücksichtigung finden, sondern man wollte auch ermitteln, welche wissenschaftlichen Probleme in Angriff zu nehmen und der Lösung entgegenzuführen seien.

Die britischen „Dependencies of the Falklands Islands“ zeichnen sich durch gute, in jedem Sommer zugängliche Häfen aus. Sie gehören aber zu den stürmischsten Gebieten der Erde und haben ungewöhnlich niedrige Sommertemperaturen. Vielleicht aber sind gerade diese widrigen Naturverhältnisse daran schuld, daß der Walfang hier von größerer Bedeutung ist, als der Gesamtfang in allen anderen Meeren der Erde. Der Wert des in den Jahren 1909 bis 1918 gewonnenen Walöls betrug annähernd 11 Millionen Pfund Sterling. An der Gewinnung beteiligten sich damals 11 norwegische, 2 britische und eine argentinische Firma. 1921 dagegen waren 37 norwegische, 17 britische und 4 argentinische Fangschiffe bei Süd-Georgien und den Süd-Shetlands beschäftigt. Der Fang des Buckelwals (Megaptera nodosa) hat außerordentlich nachgelassen, der des Finnwals (Balaenoptera physalus) stark zugenommen, jedoch nur bis zum Jahre 1914, worauf der Ertrag der Fänge sich wieder verminderte. Dagegen stieg der Anteil der Blauwale (Balaenoptera musculus) an der Gesamtmenge von 1,4 Prozent im Jahre 1910/11 auf 68,2 Prozent im Jahre 1917/18. Der Grund hierfür dürfte darin liegen, daß sich die Jagd in zunehmendem Maße auf die größeren Arten einstellt, weil diese mehr Öl liefern. Nicht mit Unrecht befürchtet die britische Regierung daher, daß der Walfang in den südlichen Meeren wegen Verringerung des Bestandes unrentabel werden könnte, wie es in gewissen Teilen der Arktis bereits der Fall ist.

Zur Erhaltung und Belebung der Walindustrie ist ein genaues Studium der Lebensverhältnisse dieser Tiere erforderlich, und zwar gilt es zunächst, genauere Kenntnis über die Vermehrung und die Wanderungen der Wale zu erhalten. Es wird deshalb nach der, bei anderen Tieren mit so großem Erfolg angewendeten Methode die Markung der Wale durch ein kleines Geschoß mit einer numerierten Scheibe empfohlen, die eine Identifizierung beim endgültigen Fang des Tieres gestattet. Von großer Bedeutung wären auch Untersuchungen über die Nahrung der Wale, die aus dem Grunde sehr schwierig sind, weil sie sich nicht auf die ver-

schiedenen Arten des Plankton beschränken, sondern beim Buckel- und Finnwal auch auf deren Fischnahrung ausgedehnt werden müßten. Namentlich ist großer Wert auf die Fortführung der statistischen Feststellungen seitens der Fanggesellschaften zu legen, da, um nur ein Beispiel für die Bedeutung solcher Untersuchungen anzuführen, das nahende Aussterben einer Walart durch Verminderung der Größe der erwachsenen Individuen schon rechtzeitig vorherangezeigt wird. Wenn auch manche Sachverständige die Gefahr einer Abnahme des Walbestandes gering einschätzen, weil sie glauben, daß die antarktischen Meere ein so gewaltiges Reservoir von Walen bilden, daß aus ihm alle Verluste mühelos ersetzt werden, so hat man sich doch zu Schutzmaßregeln entschlossen. Der Magistrat von Süd-Georgien z. B. verbot für das Jahr 1918/19 die Jagd auf Buckelwale überhaupt. Auch geht man mit der Absicht um, eine Schonzeit vom 15. Mai bis 30. September einzuführen und Lizenzen in Zukunft nur ganz kurzfristig für eine bestimmte Zahl von Schiffen zu erteilen, damit die Regierung den Fang stets regulieren kann.

Neben dem Öl kommt noch das Walfleisch in Betracht, das an den Fangplätzen viel gegessen und auf Neuseeland zu Konserven verarbeitet wird. Durch diese im Aufblühen begriffene Industrie erfährt der Walfang fortgesetzt eine große Wertsteigerung.

Hierin liegt vielleicht der Schlüssel für die britischen Bestrebungen, immer weitere Teile der Antarktis zu annektieren. Der neueste Schritt auf diesem Wege erfolgte im Sommer 1923 durch die Begründung der „Ross Dependency". Das gesamte Gebiet der Roßsee mit den angrenzenden Meeresteilen und Ländern wurde dem Gouverneur von Neu-Seeland unterstellt, der die Erlaubnis zum Wal- und Robbenfang innerhalb der neuen Kolonie zu erteilen hat, wodurch namentlich die norwegischen Fangschiffe betroffen werden. Damit befindet sich nunmehr das ganze Südpolargebiet, soweit es wirtschaftliche Möglichkeiten irgendwelcher Art bietet, völlig in englischem Besitz, denn die übrigen Teile des Südpolarlandes der Antarktis sind entweder noch unbekannt oder weisen stark vergletscherte, unzugängliche und unwirtliche Küsten auf, an denen eine produktive menschliche Tätigkeit ausgeschlossen erscheint. Das britische Gebiet erstreckt sich bei Süd-Georgien bis zum 50. Breitengrad, bei der Roßsee bis zum 60. Breitengrad nordwärts in die südliche gemäßigte Zone hinein.

Die Bedeutung des Robbenfanges tritt gegenüber der des Walfanges zurück. Auch hier ist in früheren Zeiten unökonomisch gewirtschaft worden. So berichtet Weddell, daß auf den Süd-Shetlands in den Jahren 1820 bis 1822 etwa 320000 Pelzrobben geschlagen worden seien, was in kurzer Zeit die Ausrottung dieser Tiere zur Folge hatte. Heute ist der Robbenschlag durch Gesetz geregelt. Wirtschaftlichen Wert hat heute hauptsächlich der See-Elefant wegen des Ölertrages. Im Jahre 1918 lieferten die 2952 auf Süd-Georgien erlegten Exemplare rund 6000 Barrels Öl im Werte von etwa 30000 Pfund Sterling. Nachdem die Amerikaner durch Versuche im Beringsmeer den Nachweis geliefert haben, daß es möglich ist, die Pelzrobben mit geeigneten Methoden wie Haustiere zu halten, hofft man, sie auch in den subantarktischen Gebieten wieder einbürgern zu können. Daß es den Fortschritten der Konservenindustrie gelingen wird, auch das Robbenfleisch als Nahrungsmittel zu verwerten, kann nicht bezweifelt werden.

Mit der Ausnutzung und Verwertung des tierischen Lebens der subpolaren Meeresteile dürfte aber das wirtschaftliche Interesse der Menschheit an der Antarktis auch erschöpft sein, falls nicht etwa unerwarteterweise wertvolle Bodenschätze gefunden werden sollten. Jedenfalls kommt eine Bedeutung für den Weltverkehr, dessen Eindringen in die arktische Zone dieser eine aussichtsreiche Zukunft sichert, bei der Antarktis wegen ihrer ungünstigen geographischen Lage, wenigstens für absehbare Zeiten nicht in Frage.



K. HAUSHOFER:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER INDO-PAZIFISCHEN WELT

Zum Feste des Friedebringers auf Erden ist es für geopolitische und wehrgeographische Studien geboten — damit der Berichterstatter nicht irre an der Nötigkeit seines Amtes werde — sich die Kampfstätten der Erde an der Winterwende 1924 vor Augen zu führen, soweit sie im indopazifischen Raum, in dessen Übergangszonen zu Nachbarräumen, oder noch in seiner geopolitischen Schütterzone liegen.

Kampfzonen waren zur Zeit der Abfassung des Berichtes: Wrangel-Insel (Besitzstreit zwischen Sowjet-Bund, Vereinigten Staaten und Canada):

Kamtschatka (Kampf zwischen roten und weißen Russen, amerikanischen Konzessionen und japanischen Fischerei- und Küsten-Rechten); Sachalin (japanische Besatzung auf russisch beanspruchtem Boden mit amerikanischen und japanischen Konzessionen darin); Shanhaikwan-Jehol-Peking-Tientsin (Kampfraum der chinesischen Armeen Chang Tso Lin-Wu Pei Fu-Feng Yu Hsiang-Tuan Chi Jui); Mongolei (Bürgerkrieg mit russischem und chinesischem Einschlag); Tibetanische Grenze und West-Szechuan (Grenzkämpfe zwischen Tibetanern und zusammengebrochenem chinesischem Grenzdienst); Yangtseprovinzen (Kräfte-Aufmarsch der zehn mittelchinesischen Provinzen gegen die neue Usurpatoren-Regierung in Peking); Kiangsu-Chekiang (langsame Befriedigung vom Provinzialkrieg um Shanghai her); Yünnan-Kwangtung (Söldnerkriege und Bürgerkriege unter der Aegide Dr. Sun Yat Sens); Afghanistan und indische Nordwest-Grenzlandschaften (üblicher Zustand).

Außerdem entnehme ich für größe Raumspannungen der Schrift „Pazifismus“ seines bekannten Verfechters Coudenhove-Calergi, daß er für Indien wie Australien kriegerische Lösung der dort entscheidenden Fragen für unvermeidlich hält, was ich schon aus Höflichkeit bejahen möchte, ohne, wie er, zu glauben, daß sich Europa völlig außerhalb dieser Entscheidungen um den zukünftigen Lebensraum aller wichtigen Rassen auf der Erde halten lassen werde. Ich begründe das mit einem Hinweis auf die zutreffende politische Spottzeichnung des Titels, auf die Tatsache der Kämpfe in der näheren Übergangszone bei Mosul, im Irak, um Mekka, in Ägypten, im Sudan, mit ihren Fernwirkungen bis zum Atlas und Balkan, und die anthropogeographische Erkenntnis, daß bei der Einteilung von Menschen, wie Ratten, in die hungrigen und satten ein überwältigendes Mehr der Hungrigen gerade bei demokratischen Weltzuständen auf plötzliche und unerwünschte Ausgleiche gegenüber den Satten zustrebt.

Im schweren Ernst gesprochen: wenigstens in meinem Beobachtungsbereich ist die Weltlage gegen Ende 1924 alles eher als ermutigend, um mit den Parteien der linken deutschen Mitte an die Nähe des tausendjährigen Reiches und die Überflüssigkeit geopolitischer und wehrgeographischer Studien zu glauben.

Dazu kommt das völlige Versagen des Völkerbundes in der Frage der farbigen Auswanderung und der britischen Ausbeutung der ägyptischen Wirren für die Ablösung des Sudans von Ägypten und seine Vergewaltigung in der Bewässerungsfrage. Er stand auch fast unüberwindlichen Schwierigkeiten gegenüber: der tatsächlichen Unausgleichbarkeit des amerikanisch-australischen und des japanischen, aber auch chinesischen und indischen Standpunkts in der Rassenfrage, die zuletzt auch eine innere Strukturprobe des britischen Weltreiches geworden war; der Nichtbeteiligung der Vereinigten Staaten, wie der Gleichgültigkeit der latein-pazifischen Mächte; und es ist ihm doch tatsächlich schon einmal von fast allen großen pazifischen Mächten der Reihe nach der Stuhl vor die Tür gestellt oder wenigstens damit gedroht worden. Wir sehen denn auch alle großen indopazifischen Mächte sich auf die Möglichkeit plötzlich aufziehender Sturmfelder einrichten. Aus der Ahnung, daß der Reichsbau sich auf das Überwettern ganz schwerer Belastungsproben einzustellen habe, erklären wir uns am meisten die Wendung zur konservativen Regierung in England, die Ankündigung einer beratenden Konferenz zwischen Reichsbehörden und australischer Commonwealth ausgerechnet in Singapur, den furchtbar durchgreifenden Schritt in Ägypten, aber auch auf der andern Seite das Abstoßen aller unsachlichen Belastungen und gewaltige Abschreibungen vom Idealismus eines Gandhi in Indien zu Gunsten von Das und Motilal Nehru, den Führern zum geopolitisch Möglichen der Swaraj-Partei.

Es geht eine Krise der Tribunen und Mystagogen über die ganze Erde; eine gewaltige Ernüchterungswelle, die als erdumspannende Tatsache verzeichnet werden muß, nicht nur in Mitteleuropa: Gandhi, Zaghlul, auch Sun Yat Sen haben sie zu spüren, wie Alessandri in Chile und Mussolini in Italien. Sun Yat Sen aber trägt zwei sehr verschiedene Seelen in seiner Brust, die es erst verstehen lassen, warum er doch so lange das Idol der jungchinesischen Intellektuellen bleiben konnte: die phantastische Tribunen-Natur

einerseits und den weitsichtigen, weltkundigen Beobachter geopolitischer Strömungen und Unterströmungen andrerseits; übersteigert wahrnehmender völkerpsychologischer Schwung, wie er in dem berühmten Brief an Inukai über die Aufgaben Japans und Chinas zu Beginn des Weltkriegs an der Seite der Mittelmächte zu Tag tritt, und klare Abwägung technischer Möglichkeiten in China paaren sich in ihm, wie sein Buch über die internationalen verkehrsgeographischen Arbeitsmöglichkeiten und Probleme zeigt.

Auf dieser Linie liegt Sun Yat Sens kluge Reise nach Japan zur Stimmung der japanischen öffentlichen Meinung vor seiner Fahrt zur Reichskonferenz der siegreichen Triumvirn der Anfu- und Kuomingtang-Partei in Peking. Wenn eine Gruppe von Männern in Ostasien den großen Schnitt hat, die östliche Seite der eurasiatischen Kontinentalpolitik mit einer Seemacht (Japan!) als Flügelschutz zu Stande zu bringen, so ist es das Zusammenwirken von Sun Yat Sen mit Chang Tso Lin und Kato auf der einen, Karachan auf der andern Seite.

Alle vier besitzen genug geopolitische „Vision", um ihre Aussichten in der gegenwärtigen Weltlage zu begreifen, die dicht vor einer der schwersten Belastungsproben britischer Reichspolitik steht, ein „Niemals" der weißen Dominien und der Vereinigten Staaten gegen ein „Niemals" der wichtigsten, 320 Millionen schweren Überseebesitzung, und der dahinter stehenden farbigen Kulturmächte wie der Sowjets abzugleichen.

Es ist gerade diese Lage im Heraufziehen, deren Vermeidung noch vor wenigen Wochen der „Economist" als eines der wichtigsten Ziele britischer Staatsklugheit empfohlen hat. Daneben macht die Zusammenfassung der zerstreuten Teile durch Reichsfunkdienst und Flug Fortschritte: neue Strahlfunkstellen in Canada, Südafrika, Australien, vier in Indien werden ihm dienen, denen freilich Indien und Neu-Seeland noch sehr kritisch gegenüberstehen.

Gewiß ist, im Gegensatz zu dem in düsterer Rotglut befindlichen Indien — Neu-Seeland einer der stärksten Aktivposten der gegenwärtigen Reichspolitik, wenigstens in deren pazifischem Strahlungskreis. Aber neben großen Wasserkraftplänen (Waikatoprojekt von Armstrong für 1,2 Mill. £ mit schwedischen (!) Maschinen; Nord- und Süd-Insel-Elektrisierungsplan) geben die Folgen der Waldverwüstung zu denken: vor 80 Jahren war noch die Hälfte des Inselreiches von jungfräulichem Wald bedeckt, heute ist er auf zehn Prozent zusammengeschmolzen, die Bauholzpreise sind so gestiegen, daß sogar dort eine Bau- und Wohnungsnot entstand, und man bedauert, wie in Canada und den Vereinigten Staaten, zu spät die sinnlos unbedachte privatwirtschaftliche Verschwendung eines im Tempo des Verbrauchs unersetzlichen Gutes, die nun ernstlich die Wasserführung und Wirtschaft des reichen Landes bedroht.

Der Kraftverschwendung mit Holz und Kohle soll die Elektrisierung zum Teil Einhalt tun, aber die gewonnene Kraft wird dann ein Mittel zur wirtschaftlichen Bekämpfung des Mutterlandes, namentlich seiner Textilindustrie sein. Das wird sehr unbefangen ausgesprochen, und ist für die Reichszentrale, der man doch mit edler Selbstverständlichkeit die Verteidigung gegen den Druck der farbigen Rassen aufbürdet, nicht beruhigend. Auf dem Boden Neu-Seelands könnten bei ihren Lebensraum-Ansprüchen etwa 60 Millionen Japaner oder Chinesen leben . . . wenig über ein Sechzigstel Weißer wohnt augenblicklich darauf. Allein in Nordaustralien kämen etwa 30 weitere Millionen Farbige hinzu, wenn das Land ihnen nicht verschlossen wäre.

Die richtige Schätzung der daraus entspringenden latenten Spannung bringt wohl den Pazifisten Coudenhove-Calergi zu seiner melancholischen Betrachtung, daß diese Frage ebenso wie die indische einer kriegerischen Lösung zudränge, bei der es nur darauf ankäme, Europa aus dem Spiel zu lassen.

Aber gilt das nicht mehr für die satten und zufriedenen Europäer, als für die in den Tartarus gestoßenen, hungrigen und beraubten Europäer und Asiaten? Wer wird die bis heute in ihrer asiatischen Politik so klug geführten Sowjetbünde hindern können, in diesem Fall „für die Selbstbestimmung der Menschheit und ihre edelsten Rechte" Partei zu ergreifen, und wenn es nur durch rechtzeitige Anerkennung als Kriegsführende wäre?

Und wer wird dann dem Wirbel eine Grenze ziehen? Für das zertretene und mißhandelte, belogene und enttäuschte Mitteleuropa gibt es dann doch nur vier Möglichkeiten: die angelsächsische Stützpolitik mit dauernder Abhängigkeit von den Angelsachsen und gewinnloser Beteiligung an ihrer ganzen Unterdrückungsschuld über See; die kleinkontinentale, unter ewiger Einpressung in das französische Vasallengefüge mit Völkerbund-Dekoration, ohne jede Möglichkeit, uns anders, als nach Katastrophen in Jahrhunderten wieder zu erheben; die eines grollenden Hineinfügens in den verengten Lebensraum mit schwarzrotgoldener Selbstbefriedigung oder Hoffnung auf vage Zufallshilfe — eine großdeutsch genannte, in Wahrheit entsetzlich kleindeutsche Lösung —; und die allerdings durch Katastrophen führende eurasiatische, großkontinentale. Auf deren Linie liegt die Selbstbestimmung der großen, nicht nur der kleinen Kulturvölker, die Organisation des größten Festlandes zur Abschüttelung der ihm auferlegten Bevormundung der ozeanischen Reiche und alten Kolonialmächte, aber auch die Befreiung des nahen Ostens, Indiens, Chinas von Fremdherrschaft und Fremdkapitaldruck, — also das Gleiche, was Mitteleuropa doch wenigstens heimlich ersehnt. Das ist — vom indopazifischen Standpunkt gesehen, — jene große Anschauung unaufhaltsamen geopolitisch bedingten Geschehens, die nach den großen napoleonischen Kriegen auch in einer Ermattungsperiode Canning wahrnahm, als er zu einer Zeit kleinräumiger Lahmlegung Europas durch Anerkennung nahöstlicher, wie der südamerikanischen Unabhängigkeitsbewegungen den Grund zum fast kriegsrisiko-losen Wachstum der früh-victorianischen Periode legte. Deshalb schauen die indopazifischen Kräfte, die sich in ähnlicher Richtung befreien wollen, mit steigendem Vertrauen nicht nur auf das Rußland der Sowjets, bei denen sie weitgehende Förderung finden, — das auch als Rußland anderer Machthaber russische Politik treiben muß, sondern auch auf uns, und sollten auch bei uns mehr Verständnis finden, — ein Verständnis, das wir hier durch klare Darlegung ihrer geopolitischen Unterlagen zu wecken suchen.

Wir verlangen deshalb von unsern Orientalisten, daß sie uns gerade für den mittleren Osten ein Geschlecht ganz hochwertiger Organisatoren und Techniker erziehen, die zugleich dessen Geopolitik und vor allem die Umgangsprachen Indiens kennen, für den vielleicht nahen Tag, wo Indien keine britischen Helfer mehr will, und dennoch ohne europäische noch nicht auskommt; und das Gleiche gilt für China, den nahen Osten und die Malaienwelt. Zu wirklicher „Cooperation“ bereite ganze Männer, ohne Rassenvorurteile, aber von höchstem Verpflichtungsgefühl gegen die eigene Rasse erfüllt, werden in wenigen Jahren vor ungeheueren Zukunftsmöglichkeiten stehen, und um diese — nicht um das, was sie zunächst in der Heimat erleben werden — könnte man an der Jahreswende 1924 das junge Geschlecht beneiden. Aber die Jungen finden es nicht da, wo kleinmütige Angst um das noch gerettete, doch keinen Augenblick vor fremden Räuberzugriff gesicherte Wirtschaftsgut ohne Macht und Recht sich jetzt unterducken zu müssen glaubt, sondern da, wo der Acheron gegen die gleichen ungerechten Lügengötter aufsteht, die auch Mitteleuropa den Lebensraum bis zur Unmögligkeit verengt haben.

Wie weit es möglich sein wird, in einem solchen Erneuerungsvorgang in „Cooperation“ tätig zu sein, ist freilich nicht vorherzusagen. Die augenblickliche Zusammensetzung des anglo-indischen Beamtenkörpers zeigt z. B. ein Verhältnis von etwa 39 % Indern zu 61 % Europäern, das in den einzelnen Dienstzweigen zwischen 33 und 50 % schwankte. Eine Umkehrung auf 40 % Europäer zu 60 % Indern wurde von amtlichen Ermittlungen noch für erträglich gehalten, bei sehr homöopathischem Verfahren in der Auslese.

Werfen die Ereignisse in Ägypten über die viel mächtiger wirkenden in Indien ihre Schatten voraus? Sind die Vorgänge längs der ganzen Strecke der alten Ostasienfahrt Vorbereitungen für „Klar Schiff zum Gefecht“, oder bedeuten sie nur verhütende Zurüstung auf möglicherweise mehr befürchtete als erhoffte oder erwartete Stürme? Das ist die geopolitisch entscheidende Frage, wenigstens für den indopazifischen Erdraum, der sich bei der Jahresschlußbetrachtung alle kleineren

unterzuordnen hatten, um so mehr, als sie sich auch erst gegen Ende des Jahres in solcher Schärfe herausstellte.

Weil man das im Osten selbst herausgefühlt hatte, fand Tagore bei seiner fehlgeschlagenen Vortragsfahrt nicht den Weg zum Herzen Jung-Chinas, und floh erschüttert, stärkeren Menschen das Feld überlassend, zurück in seine Akademie; brach der Tribun Ghandi in Tränen aus, und versuchte vergeblich durch Fasten und Beschwörung das harte Wirklichkeitsprogramm der durch C. R. Das und Motilal Nehru veränderten Swaraj-Partei zu beeinflussen. Darum erreichte Karachan als Botschafter in Peking von China und der Mandschurei, und wird auch vom Japan Katos erreichen, was Joffe noch mißriet. Darum fährt Sun Yat Sen, nach Veröffentlichung seines Fremdenaustreibungs-Programms nach Kobe, um die japanische öffentliche Meinung zu präludieren, und darum muß der „christliche General" außer Landes. Darum muß Australien in Singapur begütigt werden, nachdem vorher ein Ausgleich zwischen Nationalisten, Farmern und Labour einfach auf einen brauchbaren modus vivendi gefunden werden mußte, und deshalb bei Angelsachsen auch gefunden wurde. Darum auch mußte, von draußen gesehen, Macdonald fort, um einem Steuermann Platz zu machen, der auf Sturm eingestellt war, nicht nur auf die getrübten und quirlenden Nachgewitter-Wasser von Paris und Genf.

F. TERMER:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT
(Das lateinische Amerika)

In der Union erinnert man sich mit einemmal an die Isla de Pinos, die im Süden der westlichen Hälfte Cubas gelegen ist. Niemand würde daran gedacht haben, die Öffentlichkeit auf diesen versteckten Winkel des Karibischen Meeres aufmerksam zu machen, wenn sich nicht herausgestellt hätte, daß unter den 5000 meist farbigen Inselbewohnern 800 Nordamerikaner sind. Und auch mit der Tatsache, daß sie nur den sechsten Teil der Bevölkerung ausmachen, hätte man sich beruhigt abgefunden, wenn nicht gerade diese weißen Unionsbürger 90 % des gesamten Eigentumsbesitzes in ihrer Hand hielten, dessen Wert 1923 auf 15 Millionen Dollar berechnet wurde. Es ist ja in den Vereinigten Staaten nichts Ungewöhnliches, plötzlich gesteigertes politisches Interesse an Gebieten zu zeigen, die außerhalb des Staatswesens der Union gelegen sind, sobald erst einmal eine Anzahl Nordamerikaner dort ansässig geworden ist und Grund und Boden in ihren Besitz gebracht hat. Früher, ehe die Invasion aus dem Norden einsetzte, hatte man die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Insel nur in der Hebung ihrer Bodenschätze an Natursteinen oder der Ausbeutung ihrer Waldprodukte gesehen, die bei ihrem verhältnismäßig beschränkten Verbreitungsgebiet nicht zu größeren wirtschaftlichen Spekulationen verlockten. Vielmehr sah man die Bedeutung des Eilandes in seiner strategischen Lage. Solange nämlich die Union im vorigen Jahrhundert allein den mexikanischen Golf als ihr besonderes Interessengebiet betrachtete — als Vorbereitung für die heute zur Tatsache gewordene politische und wirtschaftliche Beherrschung des gesamten amerikanischen Mittelmeers — mußte ihr natürlich an der strategischen Beherrschung der Zugangsstraßen zu dem Golfe gelegen sein. Die Enge zwischen Key West und Havana war die eine, die Yucatanstraße zwischen der Westspitze Cubas und der Halbinsel Yucatan die andere, und es war daher ohne weiteres klar, daß man nicht nur eine Flottenstation in Key West, sondern eine solche auch an der Südküste Cubas anstrebte. Bei der ganzen Küstengestaltung daselbst mit den zahlreichen vorgelagerten Riffen, die schon vor Jahrhunderten manchen spanischen Expeditionen zum Verhängnis geworden sind, hatte man sein Augenmerk auf

die Isla de Pinos gerichtet, zumal die 1848 in Vorschlag gebrachte Annektierung Yucatans nie verwirklicht worden ist, ein Verhalten, das bei der ungünstigen hafenarmen Flachküste dieser Halbinsel ohne weiteres erklärlich ist. Der Plan eines Flottenstützpunktes auf der Isla de Pinos wurde dann nach dem Spanischen Kriege akut, der Cuba ganz den Vereinigten Staaten ausgeliefert hatte, ein leichter Sieg, der noch heute als die „Befreiung der Insel vom spanischen Joche" gefeiert wird. Im Jahre 1904 verzichteten die Vereinigten Staaten in dem "Isle of Pines Treaty" auf das Anrecht des Besitzes der Insel mit Rücksicht auf die Überlassung von Kohlen- und Schiffsstationen „auf der Insel Cuba". Dabei wurde aber ausbedungen, daß sämtliche auf der Isla de Pinos ansässigen Nordamerikaner in keiner Weise in ihren privaten Besitzungen geschmälert werden dürften und daß sie die vollkommen freie Verfügung über ihr Eigentum an Grund und Boden behielten. Ferner war festgelegt, daß sie nach ihrem Belieben dort Industrie und Handel ausüben durften. Wer die Gepflogenheiten der auswärtigen Politik der Union kennt, weiß, daß damit die Insel de facto zur Interessensphäre geworden war. Dann kamen aber die Ereignisse in Panamá, die nun auf einmal die Amerikaner zur Herrschaft über das Karibische und damit über das ganze Mittelmeer gelangen ließen. Anstelle des Schutzes der Verbindung zwischen seinen beiden Teilen, trat der dringendere nach Sicherung seiner Zugänge vom Atlantischen Ozean her. Damit verlor die Insel an ihrer aktuellen politischen Bedeutung. Die folgenden Jahre nutzten nun die nordamerikanischen Bewohner der Isla de Pinos insofern aus, als sie Farmbetriebe eröffneten und günstige Erfolge namentlich mit dem Anbau von Obst- und Gemüsesorten erzielten, deren Absatzgebiete bei der früheren Reife der Produkte die nordamerikanischen Märkte wurden, wobei der Transport über die Häfen Batabanó und Havana geht. Mit dem wachsenden Wohlstand der Pflanzer wurden die öffentlichen Einrichtungen nach amerikanischem Muster modernisiert, eine Radiostation eingerichtet, das Erscheinen einer in englischer Sprache geschriebenen Zeitung gesichert, die Filiale einer nordamerikanischen Bank eröffnet. Jetzt wirft man nun mit einemmal in Washington die Frage auf, ob die Union nicht doch ein Besitzrecht auf die Isla de Pinos habe, denn in dem 1904 geschlossenen Vertrage steht nur, daß die Vereinigten Staaten auf das „Recht des Besitztitels" (claim to title), nicht auf den Besitztitel oder das Eigentum an sich verzichten. Man hat aus den Verhältnissen der spanischen Zeit ersehen, daß das Eiland stets ein integrierender Bestandteil Cubas war. Wenn es so dem Anschein nach den Vereinigten Staaten leicht sein müßte, heute eine Lösung der Frage in ihrem Sinne zu finden, so stehen dem die früheren Äußerungen der nordamerikanischen Regierungen entgegen, die die Isla de Pinos als ein "foreign territory" bezeichneten und nicht als einen Teil der Union. Bedenke man die Größe des Streitobjektes, um das es sich handelt, so ist die Bedeutung der ganzen Angelegenheit eine untergeordnete. Aber sie gewinnt insofern an Interesse, als sie an einem kleinen Beispiel in typischer Weise die Praxis der Lösung auswärtiger Fragen in Washington zeigt.

In dem Hexenkessel politischer Unruhen Mexikos ist gegenwärtig ein Zustand der Beruhigung eingetreten, über dessen Dauer niemand auch nur Vermutungen zu äußern wagen wird. Dazu ist die Aufwühlung der Massen zu tief gewesen, als daß sie sich bei den schroffen sozialen Gegensätzen zwischen diesen und den höheren Klassen in absehbarer Zeit in friedlichere Bahnen lenken lassen würde. Und wenn das Problem, das ja auch der Alten Welt ganz geläufig ist, in Mexiko noch mehr kompliziert wird, so geschieht dies durch die damit verbundene Rassenfrage. Es handelt sich nicht bloß um die Frage des Gegensatzes zwischen einer an Zahl geringen Kaste sehr vermögender Besitzer, ausgedehnter Latifundien und armseliger im Frondienst dahinlebender Schuldknechte, sondern auch um den Gegensatz des Indio zum Mischling und des Ladino wiederum zum weißen im Lande geborenen Creolen. Man darf nicht übersehen, daß die Emanzipiation der Indios nicht bloß in Mexiko, sondern auch in Mittelamerika dauernd Fortschritte macht. Der Indianer sieht noch immer in den anderen Landesbewohnern die Fremden, die ihn mit seinem

ganzen komplizierten Seelenleben und seinem von dem europäischen so ganz verschiedenen Vorstellungskreis nie verstehen werden. Wenn irgendwo, dann beim unterdrückten Ureinwohner des Landes werden sich alle Bestrebungen wiederholt finden, die sich gegen die fremden Elemente richten, die den Indio unterdrücken. Nur eine ganz starke Persönlichkeit kann in diesen Wirren die Wege der Ordnung bahnen, wie es einst Porfirio Diaz tat. Dem neugewählten Präsidenten Calles steht eine schwere, aber hohe Aufgabe bevor, die ihren Kernpunkt in der Aufteilung der Ländereien finden wird. Die wirtschaftliche Krisis, die durch die letzte Revolution entstand, ist noch immer nicht beseitigt, wenn sich auch die Arbeitsbedingungen gebessert haben sollen. Aber eine fast ununterbrochene Revolution von 14jähriger Dauer vernichtet die Arbeitsfreude, noch dazu bei einer an sich schon indolenten Bevölkerung natürlich völlig. Den Fremden im Lande erwächst dadurch die Pflicht, das gebotene Aufenthaltsrecht auch dazu zu benutzen, die Bestrebungen zu einer Besserung der inneren Verhältnisse zu unterstützen. Gerade unsere deutschen Landsleute sollten sich das angelegen sein lassen, wo ihnen drüben so hohe, ehrliche Sympathie entgegengebracht wird.

Auch in Südamerika hat es an zwei Stellen gegärt. Über den Aufstand in Chile sind unsere Leser bereits in einem besonderen Aufsatz des Novemberheftes unterrichtet worden, während über den Aufruhr in Südbrasilien noch immer keine sicheren Nachrichten zu erhalten waren. Wir hoffen aber auch die Leser mit den Verhältnissen dort in einem zusammenfassenden Aufsatz im nächsten Jahre bekannt machen zu können. Bei der ungeheuren Flächenausdehnung Brasiliens zieht eine derartige Revolte natürlich nur kleine Kreise, wenn man ihre örtliche Ausbreitung in Betracht zieht. Wenn diese aber dennoch in die Wirtschaft des Staates nicht unwesentlich eingegriffen hat, so ist diese Tatsache darauf zurückzuführen, daß sie ihren Ausgangspunkt und Hauptsitz gerade in den bedeutendsten wirtschaftlichen Zentren Brasiliens hatte. Immerhin ist die Bedeutung dieser Empörung innerhalb der Armee oder, wie sich neuestens zeigte, auch der Marine, nicht so weittragend wie die Bewegung in Mexiko. Das zeigt sich am besten wieder in den wirtschaftlichen Verhältnissen des Landes. Wurde Ein- und Ausfuhr nebst der heimischen industriellen Produktion in Mexiko auf längere Zeit hinaus geschädigt und das ausländische Kapital zur Zurückhaltung auf dem mexikanischen Geldmarkt veranlaßt, so sehen wir in Brasilien im Gegensatz dazu namentlich englisches Kapital in die einheimische Wirtschaft stetig eindringen. So sind erst kürzlich die Kaffeeplantagen der sogenannten Cambucy Felder mit einer Ernte von 3 Millionen Pflanzen und Baumwolländereien in Minas-Geraes an englische Eigentümer übergegangen. Ein energischer Wettkampf zwischen den drei Konkurrenten auf dem brasilianischen Markt ist entbrannt, bestritten von den Vereinigten Staaten, England und Deutschland. Die ersteren haben allerdings noch immer das Übergewicht, denn ihr Export nach Brasilien überstieg in den ersten 8 Monaten dieses Jahres um über 12 Millionen Dollar jenen in der gleichen Periode des Vorjahres, wobei gesteigerter Kohlenbedarf Brasiliens eine wesentliche Rolle spielte. Für uns erfreulich ist die Tatsache, daß Deutschland wieder Geltung in der brasilianischen Wirtschaft erlangt. In der Belieferung mit Erzeugnissen der Eisen- und Stahlindustrie sowie der elektrischen Industrie steht es heute mit in erster Reihe, trotzdem seine Preise zum Teil höher sind als die seiner Konkurrenten. Ähnlich günstig liegen die Verhältnisse für Deutschland in Uruguay, dessen Ausfuhr nach der nordamerikanischen Union zugunsten Deutschlands zurückgegangen ist. Bei der engen Verflechtung von Wirtschaft und Politik in den amerikanischen Staaten, werden diese sich anbahnenden Umwandlungen ihre Wirkung auf die politische Einstellung derselben gegenüber Europa nicht verfehlen.

K. HAUSHOFER:

LITERATURBERICHT ÜBER DIE INDO-PAZIFISCHE WELT

Wäre nicht klar, welcher innere Zusammenhang zwischen erfolgreichem politischen Handeln und geopolitischem Wissen gerade an den Stellen bestehen muß, die der politischen Willensbildung ihre Richtung geben, es würde bei der Sichtung des kultur-politischen und wirtschafts-geographischen Schrifttums, sowie des staatswissenschaftlichen und neugeschichtlichen in bezug auf seinen geopolitischen Lehrgehalt offenbar werden; wenigstens ist das im indopazifischen Bereich an vielen Proben erweisbar.

Die praktische Erfahrung führt uns hier immer wieder russische und amerikanische Werke als epochemachend vor, englische und japanische ihnen dicht auf den Fersen folgend, europäisch-kontinentale aber in weitem Abstand, vielfach mit Wissen aus zweiter Hand durchsetzt: Zeichen des Verzichts, der lediglich fremdes Wollen passiv registriert. Wie schon Kjellén ihr vorwarf, begnügt sich die Wissenschaft in Mitteleuropa allzusehr damit, Registrator zu sein statt Generaldirektor; und die Beachtung ihrer Stimme in der Welt ist danach.

Von allem jüngst entstandenen Schrifttum geopolitischen Charakters kommt aus der Sphäre größter Dynamik, intensivster aktiver Beteiligung der geopolitischen Wissenschaft an der Neuverteilung der Macht auf der Erde ein Werk von Doliwo-Dobrowolski: „Das Problem des Stillen Ozeans“ (Tichokeanskaja Probljema. Büwschii Wojennüi Redakzionnüi Sowjet Moskau 1924). Leider war das Buch mir noch nicht bekannt, als ich meine „Geopolitik des Pazifischen Ozeans“ schrieb. Es hat einen Aufriß von großartigem Wurf. In sechs Hauptgebiete wird der Riesenraum übersichtlich gegliedert. Folgerichtig beginnt man mit der größten ausschließlich pazifischen Lebensform: Australien und Neu-Seeland, deren geopolitische Stärken und wehrgeographische Schwächen in Kap. 2 und 3 untersucht werden. Dann folgen die Länder um den Westeingang in den Stillen Ozean: mit einer Größe der wehrgeographischen Anschauung zusammengefaßt, wie sie etwa Vaughan Cornish in seiner "Geography of Imperial Defence", London 1923, entfaltet. Es ist eine der besten wehrgeographischen und geopolitischen Skizzen der Umrandung des austral-asiatischen Mittelmeeres die ich kenne, deren wunde Stellen sonst von Angelsachsen wie Niederländern und Franzosen gleichmäßig mit Schleiern bedeckt werden, die nur Japaner und Chinesen gelegentlich lüften; Stellen, die aber den Sowjets, dank ihrer Politik der Kooperation mit den farbigen Kultur-Rassen, offenbar genau bekannt sind. Kap. 5 behandelt die chinesische und japanische Seegeltung, sehr richtig die intensive japanische Personalschulung betonend, die natürlich auch eine geopolitische Unterlage in der am meisten ozeanischen Großlebensform der Erde hat. Dann folgt die Inselwelt als Objekt der aufteilenden Zugriffe von außen her und die amerikanische Küste als Hauptausgangspunkt der Kräfte, die das pazifische Gleichgewicht stören. Endlich ein natürlich nicht vollständiger Literatur-Nachweis über den Stillen Ozean, deren annähernd vollständige Sammlung allein eine Lebensarbeit wäre.

Was aus dem ideenreichen Buch noch nicht hervorgeht, verrät die Einleitung von Pawlowitsch. Aber es hat auch den Mut der Wahrheit, und allein die Sowjets wagen es, den amerikanischen Imperialismus so zu zeichnen, wie er wirklich ist — eine Aufgabe, an der sich die europäischen Pazifisten mit verlegener Verlogenheit vorüberdrücken. Das Sowjetbuch nennt im Pazifik schwarz schwarz und weiß weiß; und wie immer man zu ihren Grundsätzen stehen möge — ihren unzweifelhaften Erfolg im Wiedergewinn der russischen Randstellung am größten Meere haben die Sowjetbünde nicht zuletzt der klugen Art wissenschaftlicher Vorbereitung und Durchdringung ihrer Politik zu verdanken. Davon ist dieses Pazifik-Buch eine Probe.

Zwei neuere deutsche Versuche, mit weitblickendem politischen Lehrzweck den größten Teil des Pazifik zu umfassen, sind: Colin Roß:

„Das Meer der Entscheidungen. Beiderseits des Pazifik", Leipzig, Brockhaus 1925, mit 87 Abbildungen und 7 — nur dekorativen — Kartenskizzen, und Hans und Margarete Driesch: „Fern Ost", aus dem gleichen Verlage, mit 61 Abbildungen, 1 Plan und 1 Karte.

Beide sind viel reicher ausgestattet, als der inhaltreiche aber schmale Sowjetband auf seinem ärmlichen, dünnen Papier. Auch sie sind beide von einer ganz bestimmten Weltanschauung geleitet, der links-demokratischen, bei Colin Roß weniger, bei Driesch mehr pazifistisch gefärbt, und wenn man sich von vornherein über die Einseitigkeit solcher Information klar ist, dann tragen solche Bände sicher — durch Bereicherung der Einsicht, wie Anregung von Widerspruch — zur Erweiterung geopolitischen Wissens bei. Nur ist ein warnendes Aber voranzustellen: das Buch von Colin Roß, voll rascher, vielfach guter und treffender Beobachtung ist zu zweidimensional, zu sehr auf die packende Darstellung des Reiseschriftstellers hin gearbeitet, als daß es auch den nur manchmal gestreiften Tiefenwirkungen gerecht werden könnte. Und das ist schade, denn der Beobachter hätte wohl das Zeug dazu, vielleicht nicht die Zeit, die man ihm eben einmal lassen müßte. (Eine Kleinigkeit: die in jedem japanischen Haus vorkommende Bettnische, später als kleines Hausmuseum verwendet, mit einem oder drei Bildern, Vasen und Bronzen geschmückt, heißt Tokonoma, nicht Takemona — ein Wort, das sich zu oft wiederholt, um Druckfehler zu sein.)

Das Buch von Professor Driesch (das ja auch nur zu einem Drittel von ihm selbst, zu zwei Dritteln von seiner Gattin stammt) aber ist für die deutsche Ostasienkunde eine schmerzliche Enttäuschung. Denn sie durfte sich von dem ersten Niederschlag der Reiseerfahrungen eines Philosophen von Rang, der mit ungewöhnlichen Möglichkeiten in China das Wertvollste vom Wertvollen gerade über die Seele der sich wandelnden altchinesischen Kultur zu sehen und zu erfahren, mit allseitiger Unterstützung fast ein Jahr in China, im fernen Osten und in Amerika weilte, mehr und Tieferes erwarten. Wohl zeigt sich an einzelnen Stellen, was der Forscher an Einsichten für sich selbst nach Hause genommen haben mag. Aber was im Ganzen an zum Teil sehr flüchtigen Tagebucheindrücken, an allzu Persönlichem, wie in den Büchern früherer Diplomatenfrauen, zutage kam, das muß immer wieder erst von diesen einzelnen Stellen tieferern Wertes abgehoben werden und auch von der ausgesprochen parteipolitischen Tunke, die an das Ganze gegossen ist. (Auch hier stehen viele Sachirrtümer, von denen einige nicht unwidersprochen bleiben können: die mächtigen Holzsäulen in den Palästen der ersten Mandschu-Kaiser dürften nicht, wie bei M. Driesch geschrieben steht, in den „amerikanischen" Urwäldern gewachsen sein, aus denen zur Zeit der Baugeschichte der Verbotenen Stadt aber auch kein Schiff in chinesische Häfen fahren durfte. Im Machtbereich Kienlungs waren asiatische Urwälder genug, um diese Stämme als Tribut zu liefern, als welcher sie in gewaltigen Flößen über den Kaiserkanal nach Peking befördert wurden. Auch heute noch liefern Kirin, die Urwaldprovinz der Mandschurei, wie Yünnan und Szechuan, und vor allem die damaligen Vasallenländer Hinterindiens solche Stämme genug. Die Bilder im Tempel Chinon sind nicht aus einer Kato-Schule, die es nicht gibt, sondern aus der Kano-Schule.) Die nationale oder vielmehr parteipolitische Stellung der Urheber aber zeigt zur Genüge ein Satz, wie: „Subjektiv fühlte ich mich also moralisch genommen einem französischen Pazifisten verwandter, als einem Alldeutschen, intellektual gesprochen einem britischen Gelehrten verwandter, als einem deutschen Bauern oder Offizier; und endlich nach Seiten des Temperaments als Hamburger einem Schotten verwandter, als einem Bayern". — So ungeschminkte Werturteile quittieren Bayern, deutsche Bauern und Offiziere, sowie national denkende Männer mit der gleichen Ablehnung, und bewiesen ist damit nichts. Oder man erwäge die Verhimmelung amerikanischen Cants über „Civilisation" S. 298, der ohne jede Rücksicht auf die rüde Gewaltwirklichkeit der amerikanischen Politik gerade im Pazifik gläubig nachgebetet wird.

Gehen wir unter den Neuerscheinungen von den Zusammenfassungen weiterer Räume zur Darstellung in sich geschlossener geopolitischer Bildungen über, so hat ein erstes Recht auf Beachtung Kurt Hassert: „Australien und Neu-



eeland", Gotha-Stuttgart, Perthes 1924. Es ist eine völlige Erneuerung und Erweiterung der rühmlich bekannten Landeskunde und Wirtschaftsgeographie des Festlandes Australien, die nun auch Neu-Seeland in sich schließt, in gedrängter und doch übersichtlicher Form, mit einer fast vollständigen Übersicht des Schrifttums. So ist diese Art der Darstellung gerade das, was man als Unterlage eigener geopolitischer Urteilsbildung von der Hand des erfahrenen, land- und menschenkundigen Verkehrs- und Wirtschaftsgeographen als Standwerk braucht; sie dürfte in keiner Bücherei fehlen, die praktisch oder theoretisch mit der Geopolitik Australiens zu tun hat, und müßte zur Hand eines jeden ernsthaft zu nehmenden Lehrers der Erdkunde liegen.

William Pember Reeves: „State Experiments in Australia und New Zealand." 2 Bände, 2 Karten. Neudruck von 1923. London, George Allen and Unwin.

Ein 1902 zuerst erschienenes, zu Unrecht halb vergessenes Buch über die Eigenart der soziologischen Struktur von Australien tritt in einem eleganten Neudruck vor den Leser, ist aber für den geopolitisch Ungeschulten nicht ohne Fallgruben. Denn es ist eben eine Bestandsaufnahme um die Jahrhundertwende, um die es sich handelt, und größer wäre das Verdienst des Verlages gewesen, wenn er die einst so wertvolle Arbeit (wie Perthes die von Hassert) auf den Stand von heute nachgeführt hätte. So aber fehlt uns bedauerlicherweise die Vergleichsmöglichkeit etwa mit Gregory oder Griffith Taylor, die das letzte Vierteljahrhundert mit ihrer Arbeit überbrückt haben.

Wohl ist der Bundesdistrikt, ist Canberra in die Karte eingefügt, auch vieles andere, was seither geopolitisch in den Vordergrund gestellt worden ist. Aber was wir nun wissen wollen, das ist, wie sich jene Experimente in der Praxis bewährt haben, vor allem, wie sich der Gedanke des Weißen Australien, im ersten und letzten Kapitel des Buches erörtert, äußerlich und innerlich im pazifischen Kraftfeld zu behaupten wußte. Kap. 1 des 1. Bandes und Kap. 2 des 2. Bandes sind die geopolitisch aufschlußreichen.

Es ist bewundernswert, welcher divinatorische Weitblick in einigen der großen englischen geographisch-geopolitisch gerichteten Arbeiten um die Jahrhundertwende steckte, und schmerzlich, wie wenig gerade diese Seite englischer politischer Voraussicht in Deutschland bekannt wurde, namentlich auch in sozialistischen Kreisen, denen die geopolitische Urteilskraft des australischen und neuseeländischen Sozialismus „ohne Doktrinen" viel zu sagen hätte.

Das Buch hat uns viel zu lehren, so z. B., wenn auf Seite 2 und 3 die glückliche Fügung geschildert ist, daß die Niederlande ihre Chancen ebenso unbeachtet ließen, wie Ostasien selbst, weil Australien sein Gesicht nach Süden und Osten auf den Pazifik wies, dagegen seine wenig ansprechende Rückseite gegen das niederländische Kolonialreich, welcher psychologische Unterschied eben zwischen der schlichten Pflichterfüllung eines Abel Tasman und der dämonischen „Vision" eines Cook bestand, und warum aus der britischen Volksseele des achtzehnten Jahrhunderts heraus der neue Kontinent, das „Riesen-Atoll" zur Raumreserve des britischen Weltreichs wurde. Was uns geopolitisch am meisten an dieser Raumreserve anzieht, ist in den beiden Anfangs- und Schlußkapiteln zum Teil so ausgezeichnet beschrieben, daß das Buch trotz einzelner überholter Abschnitte zeitlosen Wert behält.

Der Besiedelungs-Vergleich Australiens mit Europa auf S. 27 gehört zu den überzeugendsten volkstümlichsten Schilderungen dieser Art, die wir kennen; Fallen der Geburtenziffern, Überwiegen der städtischen Bevölkerung, Sinken der britischen Einwohnerzahl leiten zu den sozialen Problemen über; der Luxusbetrieb der Weiträumigen steht aber überall dahinter, und macht die Exempel unvergleichbar für unsern engräumigen Weltteil ebenso wie der beständige Kampf um Wasser, und endlich die Furcht vor dem Druck der farbigen Menschenflut, der gelben, braunen und schwarzen, wenn die dagegen aufgerichteten überhöhten Dämme einmal brechen sollten. In einem halben Jahrhundert hat Australien allein den Goldschatz der Welt um 460 Millionen £ vermehrt: um mehr als 9 Milliarden Goldmark! So konnte der Boden der Kolonien mit Gold gedüngt werden, so daß seine Pflege sogar über die schlimmsten Durststrecken und Durstperioden hinwegkam, und man

sich Luxusgüter für alle Monopolbesitzer daran leisten konnte, die andern Orts auf der Erde nicht erreichbar sind.

Das darf nie vergessen, wer australische Soziologie treibt; und sicher ist William Pember Reeves ein ausgezeichneter Ausgangspunkt für solche Studien. Er ist es auch für die Geschichte der Fremden-Ausschließungsbewegung, mit ihrem früh (1885 schon) aufgetretenen Instinkt zur Erhaltung eines „Weißen Australien" als Raumreserve der Angelsachsen, die nun aber nicht mehr die zum Boden zurückstrebende Kraft haben, ihn mit den zumeist benötigten ländlichen Besiedlern zu füllen.

Einen der überdrängten Gegenspieler-Räume des farbigen Süd-Ost-Asien schildert mit glücklichem Griff: Charles E. Russel und E. B. Rodriguez: The Hero of the Filipinos. London, George Allen und Unwin 1924. Die Geschichte eines der genialsten Malaio-Mongolen, erweitert zu der im Hintergrund seiner persönlichen Tragödie riesengroß aufgerissenen Tragödie seiner Rasse und seines Volkes auf einer der von der Natur am meisten zum Glück bestimmten Inselfluren der Erde, versucht Ch. E. Russel dem Westen menschlich so nahe zu bringen, als solche Schicksale über einen allerengsten Kreis hinaus überhaupt verstanden werden können. Voraussetzung ist wohl, daß man mindestens zwei verschiedene Kulturen so gründlich kennt, so frei über ihnen steht, daß man gegen beide gerecht sein kann, wohl auch, daß man nicht von einer Eingeschworenheit auf bestimmte politische Lehren, wie Russel im Verhältnis zur alleinseligmachenden Demokratie, so sehr beherrscht werde, daß man nicht von ihnen loskommt. Denn obwohl er in andern Werken der amerikanischen Demokratie bittere Wahrheiten über ihre Sünden gegen die Philippiner sagt, ist er doch selbst von ihrer Einseitigkeit gegenüber den Spaniern beherrscht. So vergißt er, daß eben doch der Josè Rizal, die sensitive, hochfliegende Künstlernatur, eine der am meisten aristokratischen Erscheinungen der neueren Geschichte ist; wie auch einer der besten Beobachter, Jensen, gerade seiner Rasse den „virilen Adel" nachrühmt, der sie vielleicht veranlaßte, nach der Abschüttelung der spanischen Herrschaft die spanische Kultur im wesentlichen der angelsächsischen vorzuziehen. Und wenn der Amerikaner auf S. 24 von den „Records of the Congo (Gräuel der Belgier), of Dr. Peters in South Africa, of the Germans in the South-Seas" spricht, so hätte er viel näherliegende Beispiele am erwiesenen Auftreten seiner eigenen Rasse in der Südsee, und in allerjüngster Zeit im Pendschab, wo nacktes Auspeitschen, die berüchtigte Kriech-Verfügung, Bombenwürfe auf Volksversammlungen, Haftbarmachen aller Eltern für Entrinnen ihrer Söhne von dem sogenannten freiwilligen Kriegsdienst im Weltkrieg gerichtsnotorisch wurden. Es steht Amerika schlecht, gerade jetzt in hohen Tönen von dem Unheil zu sprechen, das den dunkelfarbigen Kindern der Erde durch mangelhafte psychologische Einstellung auf sie zugefügt wurde.

Das sind einige kleine Vorbehalte, die wir gegenüber einer der besten Schilderungen süd-malaio-mongolischer Eigenart machen müssen, ehe wir sie als völker-psychologisches Beweisstück erster Ordnung unsern Lesern empfehlen. Der Nationalheld der Philippinen hat sehr viel chinesisches Blut von beiden Eltern und ist typischer Malaio-Mongole mit den Vorzügen beider alter Herrenrassen.

„In den Mündungen der Kanonen, nicht im Intellekt, im Geist und Genie lag Spaniens Prestige." — Gewiß. Aber liegt nicht das Prestige der Vereinigten Staaten im Pazifik in den gleichen schlagenden Gründen? Die Darstellung von Rizals Stellung zum Rassenproblem, auch der Anhang, den F. Blumentritt dazu geschrieben hat, gehört zum Feinsten an Beobachtung über dieses Thema und die Auffassung der horizontalen, sozialen Strata im Gegensatz zur vertikalen Rassenscheidung überhaupt.

Es ist nicht möglich, hier den Einzelheiten dieses Lebens zu folgen, das, obwohl schon mit 36 Jahren durch spanische Kugeln beendet, die Philippinen mit einer nationalen Widerstandskraft durchglühte, die von seinem amerikanischen Biographen der Leistung Washingtons für den amerikanischen Norden, Bolivars und San Martins für den Süden, Garibaldis und Mazzinis gleichgestellt wird.

Vom Tod Josè Rizals bis zur Übergabe von Manila waren es 20½ Monate. Heute ist er der

Nationalheilige der Philippinen. Es gibt kaum ein Dorf, das nicht ein Denkmal, eine nach ihm benannte Straße hätte, und sein Leben beweist jedenfalls das Eine, daß der malaio-mongolischen Rassenmischung nach einem $3^1/_2$ Jahrhunderte währenden Ringen um Auslese die höchsten Güter der Menschheit erreichbar sind, und daß auch ihren heutigen Beherrschern früher oder später nichts anderes übrig bleiben wird, als sich die Philippinen entweder als vollwertigen Teilstaat einzugliedern mit unabsehbaren Folgen für die künftige Rassenzusammensetzung der Vereinigten Staaten selbst oder ihnen die volle Freiheit zu geben, für deren Idee Rizal gefallen ist.—

Es ist ein großes, auch geopolitisches Verdienst des Rotapfel-Verlags Erlenbach, Zürich, daß er sich in zahlreichen Schriften über den indischen Tribun-Propheten bemüht, nicht nur die erklärende Arbeit Romain Rollands, sondern auch Gandhis Originale in guten deutschen Übersetzungen breiteren Schichten in Mittel-Europa zugänglich zu machen. Dazu gehört vor allem das Buch: Mahatma Gandhi: „Jung Indien". München-Leipzig 1924. Sicher ist Gandhi die christusähnlichste Persönlichkeit der heutigen Menschheit, und dennoch ein bodenbestimmter Inder, der nicht aus seiner Haut fahren kann. Es gibt kaum ein öffentliches Dokument unserer Zeit, das mehr an Gedankengänge der Bergpredigt erinnert, als Gandhis Verteidigung vor seinem anglo-indischen Richter, kaum etwas, das mehr an die Rolle des Pontius Pilatus gemahnt, als dessen Einleitung zu seinem Schuldspruch. So mögen seine Aussagen über unsere Weltzustände in Vereinigung mit erdgebundenen Hemmungen sicher Ewigkeitswerte in sich tragen. Hier eine knappe Stegreif-Auswahl für unsere Wissenschaft:

S. 2: „Der Friede, der ein Dauerfrieden hätte sein sollen, ist nur dem Namen nach ein Friede. Es zeigt sich immer mehr, daß dieser Krieg, der den Mahabharata-Krieg bei weitem übertraf, nur ein Vorspiel zu einem noch viel größeren Krieg bedeutet". (Anspielung auf Asiens Befreiung.) — S. 21: „Eine bedingte Unterstützung ist wie ein verdorbener Zement, der nicht bindet". — S. 40 ff. die Schilderung der Non-Violenz, in deren Fragen Gandhi nun den praktischeren Swaraj-Führern gegenüber, wie in der Frage des Nichtanteilnehmens an der Regierung, so völlig hat kapitulieren müssen, womit sie aus dem religiös-agitatorischen Stadium in das der praktischen Durchführung getreten ist. Dennoch wird man den indischen erdbestimmten Lokalcharakter der Lehren nicht übersehen dürfen. „Passiver Widerstand", in unseren Breiten, aus dem Temperament der nordischen Rassen heraus unmöglich, war schon dort kaum durchzuführen, wo Landesnatur und Volkscharakter ganz anders auf ihn einstellbar sind. — Auf S. 91 spricht sich G. schroff über die Zustände in Europa aus: „Satans Reich sei über Europa gekommen; Deutschland aber habe wenigstens den scheinheiligen Humbug vermieden, mit dem die Alliierten ihre Handlungen beschönigten." Der Inder kommt dabei zu günstigeren Auffassungen über Deutschland, als Professor Driesch. — Auf S. 150 sagt er, England sei dem Mammon verfallen. S. 256 ist uns wertvoll wegen ihrer Begründung der Notwendigkeit eines Symbols, einer Flagge für alle Völker, wofür Gandhi in Indien weiß-grün-rot und das nationale Spinnrad (Charka) durchsetzen möchte, während die Sikhs noch ihr Schwarz dabei haben wollen. Auch hier also eine Flaggenfrage! S. 336 bringt noch einmal den scharfen Gegensatz zur Reichszentrale „die Sucht nach fremden Kleidern hat uns Fremdherrschaft gebracht, und Manchester, Moden, West-Demokratie", was uns an die Äußerung in William Mc Dougall: „Ethics and some modern World Problems", London 1924 erinnert: „Lancashire fühlt bereits den Wettbewerb der Baumwollspinnerei in Indien, China und Japan, und wird ihm unter jeder Regierungsform mit steigendem Ernst begegnen."

Ist hier der weltwirtschaftlich letzte Grund unversöhnbarer Gegensätzlichkeit gestreift, so bringt S. 370 bis S. 379 den stolzen Appell zum Aufgeben der Furcht vor dem Tode und der Gewalt, — den letzten Grund der Furchtlosigkeit, mit der die an sich weichen Massen Südostasiens über die Fremdgewalt hinweg dem Selbstbestimmungsziel entgegendrängen. Eigene Erwähnung verdient endlich noch das ausgezeichnete Sachregister und ein paar schöne Einzeldarstellungen, wie S. 151 bis 152 die Gegenüberstellung von Volksherrschaft und

Pöbelherrschaft; S. 185: was englisches Raj für Indien bedeutet, S. 203: „Nationen entstehen aus Arbeit und Leiden . . .“ S. 263 das treffende Canning-Citat: „Ein Wölklein, groß wie eines Mannes Hand, das an dem blauen und heiteren Himmel Indiens erscheint, könne jeden Augenblick eine Ausdehnung annehmen, die niemand erwarte, und keiner vermöge dann zu sagen, wann das Unwetter losbreche.“ Und endlich S. 293: „Die Kulturen aller Länder sollen mein Haus ungehindert umwehen, keine aber soll mich von meinem Mutterboden losreißen.“

In ganz anderer Form hat der Volks-Erzieher-Verlag Berlin-Schlachtensee 1924 durch Zakir Husain und Alfred Ehrenreich: „Die Botschaft des Mahatma Gandhi“ herausgeben lassen. An diesem knapperen Auswahlband, der eine schlichte, aber überzeugende Übersetzung mit recht guten Textanmerkungen bringt, scheint mir die vortreffliche zusammenfassende Einleitung von Zakir Husain das geopolitisch Wertvollste. Sie zeigt vor allem, welche Kraft der indischen Bewegung dauernd aus dem Bewußtsein ihrer Bodenständigkeit, ihrer Ablehnung des krankhaft Internationalen bei aller erhabenen Menschlichkeit zuströmt, und wie stark sie dadurch wird; wie sehr in diesem Falle rassenzusammenschließende Mächte tätig und wirksam sind, gegenüber den rassenzersetzenden in Europa, und wie sogar ein so alter Konflikt, wie der Hindu-Islam-Gegensatz, dadurch wenigstens zeitweise überbrückt werden kann. Aber: „Ehre die Mutter, die Heimaterde . . .“ und nicht „verachte sie zugunsten internationaler Proletarier-Zusammenhänge“, singt eben auch der indische Revolutionär! Gandhi ist inzwischen in die keinem Tribunen ersparte Krisis eingetreten, wo das visionär und agitatorisch von ihm Verkündete körperhaft werden und durch alle Wehen der Körpererlangung hindurchgehen muß. Dennoch ist er als erdgeborner Typ vielleicht immer noch der lehrreichste Inder für uns, gerade weil er sich von seinem Heimatboden so weit zu allgemeiner Menschlichkeit losgelöst hat, als es dem indischen Menschen heute überhaupt möglich ist, wenn er Inder bleiben will, wie Gandhi.

St. Kramrisch: Grundzüge der indischen Kunst, Dresden-Hellerau, Avalun-Verlag 1924, gibt im Spiegel der indischen Kunst eine der reifsten und edelsten Schilderungen der indischen Volkspersönlichkeit in ihrer Erdgebundenheit, wie ihrer geschichtlichen Durchbildung, die wir kennen. Das Buch zeigt die Zusammenhänge zwischen raum- und bodenbestimmten Zügen der Volksseele und ihrem Ausdruck in der Kunst, den es durch ein reiches und gewähltes Bildermaterial der eigenen Anschauung des Lesers zur Verfügung stellt. Es gibt zahlreiche Prachtwerke über indische Kunst mit zum Teil ausgezeichneten Aufnahmen, aber es ist keines darunter, das so klar und bestimmt diese Kunst in den Dienst der Völkerpsychologie und damit auch der praktischen Völkerkunde stellt, jenes Teils der angewandten Völkerkunde, den uns die Anthropologie noch vielfach schuldig geblieben ist. So sind wir dankbar, wenn wir ihn von der Kunstwissenschaft empfangen und begrüßen deshalb so sehr diese Erscheinung, bei der unser Gebiet ja doch nur eine Nebenwirkung erhält, eine vielleicht ungewollte, unabsichtliche, die aber eine Vorstellung vom Werte des ganzen Werkes auf seinem eigentlichsten Arbeitsfelde geben mag.

LITERATURNEUIGKEITEN
FRANKREICH
AUG./DEZ. 1924

1. ALTE WELT:

Aulneau, J., Le Drame de l'Allemagne. F. Alcan. 10 fr.

Baudhuin, Fernand, Le Capital de la Belgique et le rendement de son industrie avant la guerre. R. Fonteyn. 15 fr.

Bardoux, Jacques, Ramsay Macdonald. Plon-Nourrit et Cie. 5 fr.

Célarié, Henriette, Un mois en Algérie et en Tunisie. Libr. Hachette. 15 fr.

Divers. La Politique coloniale de la France. F. Alcan 9 fr.

Germain, José et Faye, Stéphane, Le Nouveau Monde français: Maroc, Algérie, Tunisie. Plon-Nourrit et Cie. 7.50 fr.

Goutant Siron, comte R. de et Le Révérend, L., D'Angora à Lausanne. Les Etapes d'une déchéance. Plon-Nourrit et Cie. 10 fr.

Guilbeaux, Henri, Le Portrait authentique de Vladimir Ilitch Lenine. Libr. de l'Humanité. 7.50 fr.

Ferdinand-Lop, S., Les Ressources du domaine colonial de la France. Dunod. 6.50 fr.

Joly, Henri, Les Crises sociales de l'Italie. Perrin et Cie. 7.50 fr.

Lachapelle, Georges, Elections législatives du 11 mai 1924. Résultats officiels. G. Roustan. 10 fr.

Lhéritier, Michel, Tours pendant la guerre. 1914—1919. A. Costes. 25 fr.

Louis, Paul, Le Syndicalisme français d'Amiens à Saint-Etienne. (1906—1922). F. Alcan. 10 fr.

Kessel, J. et Suarez, G., Au camp des vaincus, ou la critique du 11 mai. Nouvelle Revue Française 7.50 fr.

Mangin, général, Regards sur la France d'Afrique. Plon-Nourrit et Cie. 7.50 fr.

Martinot Dubary, S., Une excursion en Corse, suivi de Une vendetta. M. Vigné. 2.50 fr.

Mainguy, Maurice, Le Problème des salaires en Allemagne depuis la guerre. G. Roustan. 12 fr.

Meynier, colonel O., A propos du chemin de fer transsaharien. Tactique saharienne et engins modernes. Berger-Levrault. 3 fr.

Moukhtar Pacha, Général M., La Turquie, l'Allemagne et l'Europe depuis le traité de Berlin jusqu'à la guerre mondiale. Berger-Levrault. 9 fr.

Parisot, Robert, Histoire de Lorraine. A. Picard. 8 fr.

Pic, Paul, Syrie et Palestine. Ed. Champion. 20 fr.

Proust, Louis, Visions d'Afrique. A. Quillet 18 fr.

Reuss, Rudolphe, La Grande fuite de décémbre 1793 et la situation politique et religieuse du Bas-Rhin de 1794 à 1799. Libr. Istra. 20 fr.

Regismanset, François et Rouget, Ce que tout Français devrait savoir sur nos colonies. E. Larose. 5 fr.

Seillière, Ernest, Les Pangermanistes d'après guerre. F. Alcan. 7 fr.

Tauxier, Etudes soudanaises. E. Larose. 20 fr.

Weill, Georges, Histoire du mouvement social en France. F. Alcan. 25 fr.

2. INDO-PAZIFISCHE WELT:

Besnard, Albert, L'Homme en rose (Inde). E. Fasquelle. 6.75 fr.

3. ATLANTISCHE WELT:

Arnaud, Georges, Géographie générale, Amérique, Australasie. Libr. A. Golin. 6 fr.

Ernest-Robert, Canada français et Acadie. P. Roger et Cie. 10 fr.

Fuhrmann, O. et Mayor, Eugène, Voyage d'exploration scientifique en Colombie. V. Attinger. Br. 100 fr., rel. 130 fr.

Gerbault, Alain, Seul à travers l'Atlantique. B. Grasset. 7.50 fr.

Jaray, G. L., et Hourticq, L., De Québec à Vancouver. A travers le canada d'aujourd'hui. Libr. Hachette. 8 fr.

Rabasa, Emilio, L'Evolution historique du Mexique. F. Alcan. 12 fr.

M...—, Guide de la colonisation au Togo. E. Larose. 8 fr.

Wavrin, marquis de, Au centre de l'Amérique du Sud inconnue. P. Roger. 10 fr.

4. SYSTEMATISCHES UND ALLGEMEINES:

Bert, José, L'Alcool. Edit. Spes 5 fr.

Blanchard et Faucheur, Cours de géographie. La France et ses colonies. L'Europe et les grands pays du monde. Libr. Gedalge 10 fr

Busson, H., Fèvre, J., Hauser, H., Les Principales puissances d'aujourd'hui. F. Alcan. 15 fr.

Cabrero, L., La Misère des Nations. Berger-Levrault. 10 fr.

Carpenter, A. F. B., L'embouteillage de Zeebrugge. Payot. 10 fr.

Dufestre, Cdt. H., La Guerre mondiale 1914-1918. Berger-Levrault. 5 fr.

Ebray, Alcide, La Paix malpropre. Societé Editrice Unitas. 35 fr.

Gompers, Samuel, Ligue de nations ou Ligue de financiers? Payot. 5 fr.

Granger, Ernest, Les Races humaines. Libr. Hachette. 2.50 fr.

Jaurès, Jean, Histoirie socialiste de la Révolution française. T. 8. Le Gouvernement révolutionnaire. Libr. de l'Humanité. 15 fr.

Jouhaux, Lebey, Le Foyer, Lévy-Bruhl, Longuet, Percin, général, Renard, Van der Velde. Jaurès et ses contemporains. Chiron. 7.50 fr.

Lanux, Pierre de, Eveil d'une éthique internationale. Libr. Stock. 7.50 fr.

Marchand, A., Les Chemins de fer de l'Est et la guerre de 1914-1918. Berger-Levrault. 40 fr.

Mahan, capitaine de vaisseau, Stratégie navale. L. Fournier. 35 fr.

Masaryk, Les Problèmes de la démocratie. M. Rivière. 6 fr.

Millot, A., Les Mandats internationaux. E. Larose. 25 fr.

Monteil, colonel, Quelques feuillets de l'histoire coloniale. Les Rivalités internationales. Soc. d'Editions géographiques, maritimes et coloniales. 9 fr.

Olphe-Galliard, Histoire économique et financière de la guerre 1914-1918. M. Rivière. 30 fr.

Pignatel, Fernand, Jaurès, par ses contemporains. E. Chiron. 7.50 fr.

Romains, Jules, Europe. Van den Berg et Enlart. 40 fr.

Seignobos, Charles, Histoire politique de l'Europe contemporaine: Evolution des partis et des formes politiques (1814-1914). Libr. A. Colin. 35 fr.

Un Africain. Manuel de politique Musulmane. Bossard. 7.50 fr.

Verantwortlich sind: Dr. F. Hesse. Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 85 / Prof. Dr. K. Haushofer, München, Arcisstraße 30 / Prof. Dr. E. Obst, Hannover. Geibelstraße 24 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Dr. Selle & Co. A.-G., Berlin SW 29, Zossener Straße 55

AUTOREN- UND LÄNDERREGISTER
für den
Jahrgang 1924.

J.

K.

L.

M.

N.

O.

P.

R.

S.


Digitized by Google




Digitized by Google

